



D e r

für die

u o m

mit

in vollständigen Satz
Herausgegeben
BRAUNSCHWEIG
von

Carl Bege,
Herzogl. Braunsch. Lüneb. Justiz-Amtmann.



Mit höchster Genehmigung.

Verlag der Gledeisen'schen Buchhandlung.

1830.

P r e d e.

Dieses für das größere Publikum gedruckte Repertorium über unsere Gesessammlung vom Jahre 1814 bis 1827 einschließlich, hatte ich Anfangs für meinen eignen Gebrauch zusammengetragen. Es fand bei meinen Freunden, denen ich das Manuscript mittheilte, Beifall, und ich wurde von ihnen zur Herausgabe desselben aufgemuntert, daher entschloß ich mich, es dem Drucke zu übergeben, wozu die höchste Landesregierung mir gnädigst die Erlaubniß ertheilte.

Weit entfernt zu glauben, daß dieses Repertorium ohne Mängel und Lücken sei, hoffe ich doch von denen Entschuldigung zu verdienen, welche wissen, wie mühsam die Arbeit war und wie schwer es hielt, die Rescripte zc. nur einigermaßen vollständig herbeizuschaffen. Dankbar werde ich es erkennen, wenn mir die entgangenen Verfügungen zu einem Nachtrage oder zu einer Fortsetzung, wozu der Anfang bereits gemacht worden ist, mitgetheilt werden.

Ueber die Anordnung möge man mit mir nicht rechten. Es hätten freilich einige Materien noch abgesondert aufgeführt werden können; allein theils mangelte es dann an einer vollständigen Uebersicht derselben, theils waren die Gegenstände in einer Verordnung enthalten, wovon die Rescripte zc. sich nicht trennen ließen.

Die chronologischen Verzeichnisse werden dem Geschäftsmanne, wenn er die Verordnungen, Rescripte zc. nur dem Datum nach angeführt findet, ohne daß deren Inhalt bestimmt angegeben worden ist, gewiß willkommen sein; das Sachregister aber ist so viel als möglich durch Hinweisungen und Anführungen aller Benennungen und Andeutungen vollständig und übersichtlich entworfen. Auch die gewöhnlichen Benennungen, wenn sie gleich nicht im Gesetze gebraucht werden, sind zur leichtern Auffindung aufgenommen.

Allen denen, welche zur Bervollständigung des Werks beigetragen haben, statte ich hiermit meinen verbindlichsten Dank ab.

Wenn ich, wie ich hoffe, den Geschäftsmännern eine Erleichterung durch diese Arbeit in ihren Berufsarbeiten verschafft habe, so wird mir dieses die größte Belohnung sein.

Helmstedt im September 1829.

Carl Bege.

Erklärung der in diesem Werke gebrauchten Abkürzungen.

- h. (f.) C. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Consistorium.
- h. (f.) G. R. C. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Geheimen, Raths, Collegium.
- h. Kr. Amt bedeutet: herzogl. Kreis, Amt.
- h. (f.) K. C. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Kammer, Collegium.
- h. (f.) Kr. Ger. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Kreis, Gericht.
- h. (f.) L. Ger. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Landes, Gericht.
- h. (f.) M. A. Com. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Militar, Administrations, Commission.
- h. (f.) Ob. San. C. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Ober, Sanitäts, Collegium.
- h. (f.) St. Ger. bedeutet: herzogl. (fürstl.) Stadt, Gericht.
- h. St. M. bedeutet: herzogl. Staats, Ministerium.
- L. Resc. bedeutet: Landes, Rescript.
- L. Str. C. bedeutet: Landes, Steuer, Collegium.

Die übrigen Abbreviaturen ergeben sich von selbst.

Abzugs-Recht.

- W. wegen Aufhebung des Abzugs-Rechts zwischen Sachsen-Weimar und Braunschweig. (S. 1.) [No. 1.] (6. Januar 1816.)
- W. wegen der Nachsteuer- und Abzugs-Freiheit. (S. 21.) [No. 2.] (2. Jan. 1818.)
Der Beschluß der 30ten Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 23. Jun. 1817 soll, seinem ganzen Inhalte nach, als ein verbindliches Gesetz beobachtet und zur Ausführung gebracht werden. (S. 24.) [No. 2.] (2. Januar 1818.)
- W. die mit der königl. preussischen Regierung wegen Ausdehnung der zwischen den hiesigen Landen und den deutschen Provinzen des königl. preussischen Staats bereits bestehenden Abschoss- und Abzugs-Freiheit auch auf die, nicht zum deutschen Bunde gehörigen königl. preussischen Provinzen, getroffene Uebereinkunft betr. nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange. (S. 1.) [No. 1.] (12. Jan. 1819.)
- W. die Bekanntmachung der kaiserlich österreichischen Verordnung über die Abzugs-Freiheit betr. (S. 7.) [No. 4.] (1. Mai 1820.)

Anpflanzungen, öffentliche.

- W. das Verbot und die Bestrafung der Beschädigungen öffentlicher Anpflanzungen betr. (S. 93.) [No. 13.] (15. October 1816.)
- S. 1. Verbot der Entwendung, Ausziehung, Umhauung u. der Bäume u. Ausziehen der Baumstangen u. (S. 94.) [No. 13.] (15. October 1816.)
- S. 2. Strafbestimmung wegen Entwendung und Beschädigung der Bäume, wenn die Forstgesetze nicht ihre Anwendung finden. (S. 95.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- S. 3. Wegen Entwendung, Beschädigung und Abbrechens einzelner Zweige, Sträucher, Baumstangen u. Anbauen u. der Borke. (S. 95.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- S. 4. Absicht entschuldigt Niemanden. (S. 96.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- S. 5. Bestimmung der Cassen, worin die Geldstrafen fließen. (S. 96.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- S. 6. Schadenerfolg. (S. 96.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)

Arme, Armen-Anstalten &c.

- §. 7. Verfahren nach B. v. 5. Mai 1815 §. 22. wenn der Verurtheilte unermögend ist. (S. 97.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- §. 8. Strafen und Schadenersatz treffen jeden, welcher sich Beschädigungen &c. erlaubt hat. (S. 97.) [No. 13.] (15. October 1816.)
- §. 9. Haft für Strafe und Schaden von Eltern, Lehrherren, Dienstherrschaften &c. (S. 97.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- §. 10. Strafe und Schadenersatz trifft diese Personen jedesmal, wenn Kinder unter 6 Jahren die Beschädigung begangen haben. (S. 98.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- §. 11. Bei jungen Leuten vom 6ten bis zurückgelegten 14ten Jahre haben die Vorgesetzten die Geldstrafe und den Schadenersatz aus dem eigenen Vermögen derselben, wenn sie solches besitzen, zu erlegen; wo nicht, steht den Vorgesetzten die Wahl frei, ob sie die Geldstrafe selbst erlegen und die häusliche Züchtigung sich vorbehalten, oder die jungen Leute der obrigkeitlichen Strafe unterwerfen wollen — Züchtigung im letztern Falle — kein Schadenersatz. (S. 99.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- Junge Leute über 14 Jahre, wenn sie unermögend und deren Vorgesetzte zur Geldstrafe nicht erbötig, werden mit der Gefängnißstrafe belegt und zum Schadenersatz angehalten. (S. 99.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- §. 12. Wer den Kindern Anleitung dazu gibt, wird bestraft und muß den Schaden ersetzen. (S. 99.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- §. 13. Wiederholung wird doppelt bestraft. (S. 99.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)
- §. 14. Belohnung der Nachweisung der Thäter. (S. 99.) [No. 13.] (15. Oct. 1816.)

Arme, Armen-Anstalten, Verhütung der Bettelei &c.

(Vergl. Polizei und Verwaltung.)

B. Die Unterstützung der Armen betr. (S. 225.) [No. 15.] (24. März 1814.)

- §. 1. Versorgung der Armen nach ihrer besondern Lage. (S. 226.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- §. 2. Fonds der Armen-Anstalten und Aufbringung des Fehlenden. (S. 226.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- §. 3. Mit Abnahme der Armen-Rechnung wird es eben so gehalten, wie mit den Gemeine-Rechnungen. (S. 227.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- §. 4. Vorschriften wegen Verabreichung der Unterstützung nach der Lage der Hilfsbedürftigen. (S. 227.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- 1) in der Regel Naturalien. (S. 227.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- 2) denen, welche sich augenblicklich nicht helfen können, ist Arbeit zu verschaffen. (S. 227.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- 3) Unterricht der armen Kinder. (S. 228.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- 4) Arme Kranke sind mit ärztlicher Hilfe zu versehen. (S. 228.) [No. 15.] (24. März 1814.)

Arme, Armen-Anstalten &c. Rescripte.

3

- §. 5. Die beabsichtigte Ausführung kann nur durch zweckmäßige Einrichtung nach jedes Ortsbeschaffenheit zur Vollkommenheit gebracht werden. (S. 228.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- §. 6. Oberhauptleute, Kr. und St. Ger. und sonstige obrigkeitliche Personen sollen auf die zweckmäßigsten Mittel Bedacht nehmen, wodurch die Absicht, nach Lage der verschiedenen Dörfer, am leichtesten und sichersten erreicht werden kann. (S. 228.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- §. 7. Die Vervollkommenung der Armen- und Unterstützungs-Anstalten ist im gegenwärtigen Zeitpunkte dringender, als jemals. (S. 229.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- §. 8. Jede Gemeinde ist schuldig, ihre eigenen Armen zu ernähren. — Erneuerung der, gegen die Bettellei bestehenden Verordnungen und insbesondere die vom 11. Aug. 1795, die Verpflegung der Armen-Kranken betr. (S. 230.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- §. 9. Ein Jeder, welcher sich in der Lage der Hilfsbedürftigkeit befindet, hat sich bei der Ortsobrigkeit zu melden. (S. 230.) [No. 15.] (24. März 1814.)
- B. Die Einrichtung der Armen-Anstalten in der Stadt Braunschweig betr. (S. 9.) [No. 3.] (6. Februar 1815.)
- §. 1. Tilgung der bis Ende Februars 1815 entstandenen Schulden (S. 10.) [No. 3.] (6. Februar 1815.)
- §. 2. Ernennung einer Commission zu diesem Behufe. (S. 10.) [No. 3.] (6. Febr. 1815.)
- §. 3. Autorisation derselben zur Eröffnung eines Anlehns und Bestimmung des Fonds zu dessen Rückzahlung. (S. 10.) [No. 3.] (6. Febr. 1815.)
- §. 4. Bildung des Fonds zur Rückzahlung und Sicherstellung der Gläubiger &c. (S. 11.) [No. 3.] (6. Febr. 1815.)
- §. 5. Bestreitung der laufenden Bedürfnisse durch freiwillige Beiträge — Collectenbücher &c. (S. 12.) [No. 3.] (6. Febr. 1815.)
- §. 6. Liste aller Einwohner in Braunschweig, welche Beiträge geben, oder nicht und derer, welche Unterstützung erhalten und Uebersicht des Zustandes der Armenanstalten. (S. 13.) [No. 3.] (6. Febr. 1815.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. C. v. 17. Januar 1814.

Künftighin sind alle Strafgeelder ohne Ausnahme in die herrschaftlichen Cassen abzuliefern.

Resc. f. G. R. C. v. 12. September 1815.

Da die bestehenden landesherrlichen Verordnungen vom 20ten Februar 1756 und 11ten April 1758 wegen der, bei Errichtung von Testamenten, Ehestiftungen und Contracten an die Armen- und Begebesserungs-Anstalten abzugebenden Gelder von allen Gerichten nicht immer und genau mehr beobachtet zu werden scheinen, deren fernere pünctliche Befolgung aber zum Besten der gedachten Anstalten erforderlich ist, so werden selbige den sämmtlichen Stadt- und Kr. Ger. hiemit ausdrücklich in Erinnerung gebracht und

Arme, Armen-Anstalten re. Rescripte.

lehtere angewiesen, für deren genaue Beobachtung in allen vorkommenden Fällen pflichtmäßige Sorge zu tragen und dahin zu sehen, daß die danach abzugebenden Gelder ohne Unterschied an die Armen- und Gemeine-Cassen der Wohnorte derjenigen, welche sie entrichtet und zu deren vorgeschriebenem Zwecke verwandt werden.

Resc. f. R. E. v. 24. December 1816.

Nach einem höchsten Rescripte vom 2ten Decbr. d. J. sollen die zu erlegenden Polizei-Straf-Gelder in den Städten den Rammerei-Cassen angewiesen, auf dem platten Lande aber daraus für jedes Kr. Ger. eine besondere Armen-Casse gebildet werden, welche von den Kr. Ger. unter Aufsicht der Oberhauptleute zu administrieren und woraus die außerordentlichen und nicht fixirten Ausgaben vom f. R. E. angewiesen werden sollen.

Wie nun die Fonds dieser Cassen insbesondere zu wohlthätigen Zwecken verwendet werden müssen, so haben die Kr. Ger. auf den Fall, daß ein Hilfsbedürftiger, welcher aus der Orts-Armen-Casse nicht nach Verhältniß seiner unverschuldeten, unglücklichen Lage unterstützt werden kann, solches anzuzeigen, und aus gedachter Casse demselben eine Unterstützung zufließen zu lassen.

Die Rechnungsführung dieser Casse ist dem ersten Actuar zu übertragen, die Einnahme mit Hinweisung auf die abgegebenen Straf-Erkenntnisse zu justificiren und die Jahrs-Rechnung dem Oberhauptmanne zuzustellen, welcher solche sodann nach vorgängiger Revision an das f. R. E. einzusenden hat.

Resc. f. R. E. v. 2. Januar 1818.

Da einer höchsten Bestimmung zufolge künftig die sämmtlichen städtischen Armen-Cassen-Rechnungen von f. R. E. revidirt werden sollen, so macht f. R. E. den Kr. Ger. solches bekannt und beauftragt dieselben, die eingehenden Rechnungen der gedachten Art mit ihren Vorrevisions-Protokollen und der zuletzt abgenommenen Rechnung begleitet einzusenden, auch vorläufig binnen 14 Tagen anzuzeigen, seit welchem Zeitpuncte die Ablegung und Abnahme der genannten Rechnungen sich im Rückstande befindet.

Resc. f. R. E. v. 13. Januar 1818.

Es wird unverhalten, daß die Anträge zu Unterstützungen aus der Kreis-Armen-Casse unmittelbar an f. R. E. zu machen sind, da dessen Verwilligungsdecret dem Rechnungsführer der Kreis-Armen-Casse allein nur als Belag dienet.

Resc. f. R. E. v. 9. April 1818.

Die Armen-Anstalten auf dem Lande sind, wie aus mehreren zur Abhelfung der Mängel derselben beim f. R. E. vorgekommenen Anfragen und Vorschlägen hervorgeht, nicht überall in der Beschaffenheit, daß von denselben die wirksame Unterstützung der Armen zu erwarten steht.

Das f. R. E. hat sich deshalb veranlaßt gesehen, über diesen wichtigen Gegenstand dem f. R. E. Vortrag zu machen, und läßt dasselbe den f. Kr. Ger. nach Eingang der höchsten Bestimmungen, darüber Folgendes hiemit unverhalten sein:

Zuförderst ist es für dienlich erachtet, die Orts-Armen-Cassen, wie solches auch früherhin der Fall gewesen, neben den Kreis-Armen-Cassen beizubehalten, und erstere da, wo sie noch nicht bestanden, forderksamst einzurichten zu lassen. In diese Orts-Armen-Cassen fließen neben den freiwilligen Beiträgen der Ortschaften vorzüglich die Gelder aus dem Klingebeutel und Becken, aus den wöchentlichen Sammlungen, aus Beiträgen bei fröhlichen Begebenheiten, als Hochzeiten, Taufen 2c.

Dieselbe ist von dem Prediger mit Zuziehung des Ortsvorstehers zu administrieren, und werden durch diese die nöthigen Unterstützungen verwilligt, wobei es deren pflichtmäßigen Ermessen überlassen bleibt, die Art der Unterstützung zu bestimmen. Es darf jedoch Niemandem etwas verabreicht werden, welcher im Stande ist, sich selbst hinlänglichen Verdienst zu verschaffen.

Die Rechnungen sind von dem Prediger des Orts zu führen, auch hat derselbe die Rechnungsführung der Armen-Casse seines Filials zu besorgen, und findet eine Remuneration für die ihm dadurch zufallende Mühwaltung überall nicht Statt. Die Abnahme sämtlicher Rechnungen wird von den Kr. Ger. jährlich vorgenommen, und haben dieselben dabei genau zu prüfen, ob bei der Verwaltung des Armenwesens sich Mängel zeigen, in welchem Falle solche entweder sofort abzustellen sind, oder den Umständen nach davon an die Oberhauptleute zu berichten ist.

Die nach der Verordnung vom 19ten Februar 1814 angestellten Polizei-Hilfs-Beamten haben auf das Armenwesen in den ihrer Aufsicht untergeordneten Ortschaften gleichfalls zu achten und dafür zu sorgen, daß selbiges in gehöriger Ordnung sich befindet.

An solchen Orten, wo die nothwendigen Unterstützungen der Armen durch die freiwilligen Beiträge und durch die sonstigen Einnahmen der Armen-Casse nicht beschafft werden können, müssen die erforderlichen Zuschüsse aus der Gemeinde erfolgen, und solchergestalt die Ortschaften zu der ihnen nach der Verordnung vom 24sten März 1814 obliegenden Pflicht, die Armen in ihrer Gemeinde zu unterhalten, angewiesen werden.

Es läßt sich erwarten, daß an diesen Orten entweder bereits durch Herkommen das Verhältniß feststeht, wie die nöthigen Hilfsbeiträge aufzubringen sind, oder daß dierhalb schon besondere Reglements entworfen und in Ausführung gebracht worden.

In beiden Fällen soll das angenommene Verhältniß und die Art und Weise der Ausbringung der Hilfsbeiträge, wenn deren Zweckmäßigkeit sich erwiesen hat und über deren Ausführung keine erhebliche Klagen entstanden sein sollten, bis auf Weiteres bestehen bleiben. Wo inzwischen ein solches Herkommen nicht Statt findet und der Versuch, das Deficit durch Erhöhung der freiwilligen Beiträge zu decken, mißlingt, dann soll das Fehlende auf gezwungene Weise und nach einem regulirten Fuße aufgebracht werden.

Der Prediger hat sodann mit Zuziehung des Ortsvorstehers die Beiträge nach einem billigen und gerechten Verhältnisse, nach den bekannten Classen vom Ackermanne bis zum Häuslinge dem Kr. Ger. in Vorschlag zu bringen, wobei auch diejenigen, welche unter obige nicht zu bringen stehen, mit einem verhältnismäßigen Quanto anzusetzen sind.

Arme, Armen-Anstalten &c. Rescripte.

Nach erfolgter Genehmigung des Kr. Ger. sind die solchergehalt festgesetzten Beiträge förmlich einzuziehen.

Durch die Befolgung dieser Vorschriften wird nun der Fall nicht leicht eintreten können, daß eine Orts-Armen-Casse die nöthigen Fonds zur Unterstützung ihrer Armen nicht haben sollte; denn fehlt es ihr an freiwilligen Beiträgen, so muß das Fehlende durch Zwang herbeigeschafft werden, und werden die Kr. Ger. in diesen Verhältnissen die Veranlassung finden, die Regierung fernerhin nicht mehr mit den jetzt so häufigen Gesuchen um Unterstützung für die Orts-Armen anzugehen, zumal erstere auf die ihr zustehenden Polizei-Strafgelder verzichtet und diese ganz zur Unterstützung der Armen auf dem Lande angewiesen hat. Es werden also dergleichen Unterstützungs-gesuche, wenn nicht auffallende, erhebliche Umstände vorhanden sind, künftig zurückgewiesen werden. Was nun ferner die bereits eingerichteten, unter der Verwaltung und Berechnung der Kr. Ger. stehenden Kreis-Armen-Cassen anbetrifft, so sollen bei selbigen, außer den schon dafür bestimmten Einnahmen, auch die bei Aufnahme von Testamenten, Ehestiftungen und Con-tracten ad pios usus legirten Beiträge vereinnahmt werden.

Solchergehalt wird dieselbe im Stande sein, in eintretenden Fällen den Orts-Armen-Cassen einen Zuschuß zu gewähren, wenn deren Fonds einem außerordentlichen Bedürfnisse nicht angemessen sein sollten, und sie solchem nach einer temporellen Beihilfe bedürfen; sie hat da Hilfe zu leisten, wo solche aus der Orts-Armen-Casse nicht erwartet, oder auch nicht von der einzelnen Gemeinde verlangt werden kann, und wird im Allgemeinen die Ausführung gemeinnütziger Polizei-Anstalten befördern.

In eiligen Fällen haben die Kr. Ger. aus der Kreis-Armen-Casse die Zahlungen ohne weitere Anfrage zu verwilligen, die Gründe einer solchen Verwilligung in der abzulegenden Rechnung genau zu bemerken, wegen der bleibenden Ausgaben muß jedoch jedes Mal die Genehmigung der f. R. eingeholt werden. Die zur Erlangung einer sichten Uebersicht der Rechnungsführung und des Bestandes der Kreis-Armen-Cassen dem f. R. E. nöthig geschienene Verfügung wird den Kr. Ger. übrigens durch die Oberhauptleute, welchen solche zugegangen ist, eröffnet werden, und erwartet f. R. E. deren pünktliche und genaue Befolgung.

Die Kr. Ger. haben nun nach obigen Bestimmungen das Erforderliche ohne Verzug einzuleiten und spätestens innerhalb 8 Wochen über dasjenige, was hierunter geschehen, mit Bemerkung des jetzigen Zustandes der Orts-Armen-Cassen, und nach welchem Fuße deren Einnahmen jetzt herbeigeschafft und nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Kr. Ger. künftig aufzubringen sein werden, den Oberhauptleuten Bericht zu erstatten, durch welche dem f. R. E. diese Nachrichten sodann von allen Districten zugehen werden.

Resc. f. R. E. v. 20. August 1818.

Um die vielen einzelnen Berichtserstattungen wegen der zu verwilligenden Brotform-Unterstützungen zu vermindern und auch den f. Kr. Ger. dabei eine Erleichterung ihrer Dienstgeschäfte zu verschaffen, soll nach einem höchsten Rescripte vom 29ten Juli 1818

alljährlich ein Verzeichniß sämmtlicher in dem verlaufenen Jahre verabreichten Brotforn-Unterstützungen nebst Vorschlägen, in wiefern selbige den Umständen nach ferner zu verwilligen, oder einzuziehen, oder auch durch Unterstützungen aus den betreffenden Kreis-Armen-Cassen zu ersetzen sein möchten, höchsten Orts eingesandt werden.

Zu diesem Behufe wurden gedruckte Exemplare solcher Verzeichnisse mitgetheilt, und haben die Kr. Ger. alljährlich am Ende des Monats November ein solches Verzeichniß der daselbst befindlichen Individuen, welche im Laufe des Jahres Brotforn-Unterstützungen erhalten haben, nebst den vordenannten Vorschlägen unfehlbar einzusenden.

Resc. f. K. E. v. 3. April 1819.

Es sind vorzüglich in den letzten Zeiten von mehreren f. Kr. Ger. sehr häufige Anträge zu Unterstützungen hilfsbedürftiger Personen an baarem Gelde oder Brotforn aus herrschaftlichen Cassen eingegangen. Wie jedoch den f. Kr. Ger. gegenwärtig die eingehenden Strafgeelder zur Bildung der Kreis-Armen-Cassen überwiesen worden, woraus der höchsten Absicht gemäß dergleichen Unterstützungen erfolgen sollen, wenn die Orts-Armen-Cassen solche zu tragen nicht vermögend sind, so haben die Kr. Ger. auf solchen Fall bei dergleichen Anträgen jedesmal zuvörderst auf die Kreis-Armen-Cassen Rücksicht zu nehmen; wenn jedoch bei höchst nöthigen und unabwendbaren Unterstützungen weder die Orts-Armen-Cassen, noch die Kreis-Armen-Cassen solche zu tragen im Stande sein sollten, in solchem Falle eine genaue Uebersicht, woraus das Unvermögen dieser Cassen hinlänglich hervorgeht, den Berichten mit beizufügen.

Resc. f. K. E. v. 3. December 1819.

Die Kr. Ger. werden hierdurch angewiesen, in ihren Berichten, worin auf Unterstützung oder sonstige Ausgaben aus der Kreis-Armen-Casse angetragen wird, bei jedem einzelnen Falle den derzeitigen Bestand der Kreis-Armen-Casse mit anzuzeigen.

Resc. f. K. E. v. 26. Februar 1821.

In Gemäßheit eines allerhöchsten Rescripts vom 24ten Januar 1821 soll eine Erhöhung des schon sehr bedeutenden Total-Betrages der gegenwärtigen Korn-Unterstützungen nicht Statt finden, vielmehr auf dessen successive Beschränkung Bedacht genommen und nur das nothwendigste Bedürfniß oder solche Sollicitanten berücksichtigt werden, für deren Gesuche ganz besondere Umstände das Wort reden. Die Kr. Ger. haben daher bei den Vorschlägen bei Korn-Unterstützungen diese höchste Verordnung genau zu befolgen.

Rescript v. 10. December 1821 wegen Verwendung der Polizei-Strafgeelder f. Criminal-Justiz.

Resc. f. K. E. v. 19. September 1822.

Es hat den Anschein, als waren einige f. Kr. Ger. über das Verhältniß der Administration und Rechnungsführung bei den Kreis-Armen-Cassen nicht gehörig unterrichtet.

Um keinen Zweifel hierunter zu lassen, hat f. K. E. dieserhalb allerhöchsten Orts berichtet und läßt hierdurch unverhalten sein, wie zufolge allerhöchsten Rescr. vom 10ten Sept. 1821 feststeht, daß die Administration der Kreis-Armen-Casse dem Gerichte obliegt,

welches für den vorhandenen Cassen-Vorrath verantwortlich ist, für die Verwendung der Gelder zu sorgen hat und wegen der Sicherheit des Cassen-Bestandes die nöthigen Maßregeln treffen muß; daß dagegen die dem ersten Kreisgerichts-Actuar übertragene Rechnungsführung ein Mehreres nicht in sich begreift, als das Notiren der Einnahme und Ausgabe, das Sammeln der Beläge und die Aufstellung der jährlichen Rechnungen.

Die f. Kr. Ger. werden also zu genauer Befolgung dieser allerhöchsten Vorschrift hierdurch angewiesen.

Resc. f. R. E. v. 3. December 1822.

Die von mehreren f. Kr. Ger. eingesandten quartaligen Nachweisungen über die erkannten, in die Kammerei- und Kreis-Armen-Cassen-Rechnungen zu vereinnahmenden Polizeistrafgelder ergeben, daß darin Posten aus früheren Quartalen zum Ansätze gekommen sind, deren in der Nachweisung desjenigen Quartals, worin die Strafe erkannt worden, gar nicht gedacht ist.

Da dieses leicht eine Unordnung herbeiführen kann, so werden die f. Kr. Ger. veranlaßt, sämtliche in dem Laufe des Quartals der einzusendenden Nachweisung erkannte Strafen, wenn auch die Erkenntnisse noch nicht in Rechtskraft getreten, oder sonstige, die Einzahlung noch verzögernde Ursachen vorhanden sein sollten, in die dazu vorhandene Rubrik „erkannte Strafen“ sofort einzutragen, und deren Betrag bis zu Erledigung der Sache in der Restanten-Rubrik aufzuführen, wo denn bei deren etwaigem Nichteingange der Absatz verfügt werden kann.

Resc. f. G. R. E. v. 28. Februar 1823.

Da f. G. R. E. beschlossen hat, daß die nach den bestehenden landesherrlichen Verordnungen bei Errichtung von Testamenten, Ehe Stiftungen, Contracten u. s. w. an die Begebesserungs-Anstalten abzugebenden Gelder künftig an die Gerichte eingesandt werden und selbige darüber eine besondere Rechnung, so wie solches früher bei der Amtswegbesserungs-Casse geschehen, führen sollen, so bleibt solches den sämtlichen f. Stadt- und Kr. Ger. im Verfolge des Circular-Resc. vom 12ten Sept. 1815 zur Nachachtung hienit unverhalten, und sind übrigens, was die Verwendung der f. Gelder anlangt, diesferhalb die Bestimmungen des f. Kam. E. zu befolgen und auch die jährlichen Rechnungen den Oberhauptleuten zur weiteren Beförderung an das f. R. E. von den f. St. Ger. aber unmittelbar an letzteres einzusenden.

Resc. f. R. E. v. 19. April 1823.

In Gemäßheit der unter dem 28. Februar 1823 allerhöchsten Orts dem f. R. E. ertheilten Auftragen, so wie das unter demselben dato an die f. St. und Kr. Ger. erlassenen allerhöchsten Circular-Resc. und im Verfolge des Resc. f. R. E. vom 19. Juli 1822 wird den f. St. und Kr. Ger. der Inhalt der landesherrlichen Verordnungen vom 20. Febr. 1756 und 11. April 1758, die Einforderung und Berechnung der aus Contracten, Vermächtnissen, Schenkungen &c. erfolgenden Abgaben zur Begebesserung betreffend und insbesondere die Vorschrift der ersteren Verordnung, nach welcher die Gerichte

Arme, Armen-Anstalten 2c. Rescripte.

9

richte dafür haften sollen, wenn sie bei der Einforderung und Beitreibung dieser Gelder säumig sein sollten, hiemit zur ferneren, genaueren Nachachtung in Erinnerung gebracht, und zugleich Folgendes in Ansehung verschiedener Punkte bemerkt, rücksichtlich welcher bisher Zweifel bei einigen Gerichten obgewaltet hat.

Da der privilegirte Gerichtsstand nicht hergestellt ist, so finden die Bestimmungen der landesherrlichen Verordnung vom 7. Juni 1770, wonach die Vermächtnisse aus Testamenten, Contracten und andern Handlungen, von solchen Personen und Gütern, welche vormals dem privilegirten Gerichtsstande unterworfen gewesen, so wie diejenigen Wegebesserungsgelder, welche unter Lebenden gegeben worden, unmittelbar zur allgemeinen Wegeunterhaltungs-Casse, die gleichfalls nicht mehr existirt, abgeliefert werden sollen, in diesem Maße nicht weiter Anwendung; vielmehr sind alle, aus solchen Vermächtnissen, Contracten, Schenkungen 2c. erfolgende Gelder anseht ebenfalls bei den f. St. und Kr. Ger. zu erheben und zu berechnen.

Wenn in den Testamenten, Contracten 2c. nicht ausdrücklich bestimmt ist, daß die vermachten Gelder entweder ausschließlich ad pias causas, oder ausschließlich zur Wegebesserung vermacht worden, so müssen selbige zur Hälfte ad pias causas und zur andern Hälfte zur Wegebesserungs-Casse berechnet werden.

In den Fällen aber, wo die Gelder ausdrücklich und allein zur Wegebesserung vermacht worden, sind selbige zwar dahin zu berechnen, aber davon und zwar von jedem 100 Rthlr., welche in den Testamenten, Contracten, Vergleichen 2c. enthalten, zwei Gutegroschen dennoch ad pias causas zu berechnen. Auf gleiche Weise ist es auch im umgekehrten Falle zu halten; wenn ein solches Vermächtniß namentlich nur allein ad pias causas bestimmt ist.

Sämmtliche zur Wegebesserung zu berechnende Gelder sind nunmehr, nach Vorschrift der allegirten landesherrlichen Verordnungen und mit Rücksicht auf die vorbemerkten, allerhöchst genehmigten Erläuterungen von den f. St. und Kr. Ger. zu controfiren, einzufordern und zu erheben, es ist darüber eine genaue Rechnung zu führen und selbige mit dem Schlusse eines jeden Jahrs von den f. St. Ger. unmittelbar an f. K. C. und von den f. Kr. Ger. an den betreffenden Oberhauptmann einzusenden. Zum Belag für die Einnahme ist eine specielle Nachweisung der sämmtlichen, im Laufe des Jahrs erhobenen Wegebesserungsgelder, mit Angabe der Objecte, von welchen die Vermächtnisse oder Schenkungen erfolgt sind, beizufügen.

Ferner sind in dieser Nachweisung diejenigen Fälle mit anzuführen, wo die vermachten Gelder noch nicht erhoben worden, und die Gründe anzugeben, weshalb solches nicht thunlich gewesen.

Rückstände dieser Art müssen in die folgenden Jahrs-Rechnungen, bis selbige eingegangen sind, wiederum aufgenommen werden.

Einnahme von zinsbar belegten Capitalien sind ebenfalls gehörig in der Jahrs-Rechnung nachzuweisen, und sowohl die ausgeliehenen Summen, als die Namen der

10 **Arme, Armen-Anstalten &c. Rescripte. Bankerotte.**

Debitoren, mit Bemerkung der darüber sprechenden Schuldverschreibungen, des Zinsfußes &c. anzuführen.

Was die Ausgaben der Begebesserungs-Casse anlangt, welche durch f. R. C. jedesmal angewiesen werden müssen, so versteht sich von selbst, daß solche mit den Bewilligungen f. R. C. und den Empfangsbesccheinigungen der Empfänger zu belegen sind, so wie denn auch die Jahrs-Rechnung nach Einnahme und Ausgabe abzuschließen und der Cassenvorrath in die nächstfolgende Rechnung zu übertragen ist.

Resc. f. Consist. v. 28. Februar 1824.

Um den möglicher Weise in den Armen-Rechnungen entstehenden Irrungen, wegen Erhebung und Berechnung der eingekommenen Klingebeutelgelder vorzubeugen, wird in Gemäßheit eines unterm 30. Januar 1824 an f. Consist. erlassenen höchsten Resc. verordnet, daß die an vielen Orten hiesiger Lande bereits bestehende Einrichtung, nach welcher das durch die Altaristen in dem Klingebeutel gesammelte Armengeld in einem hinter oder neben dem Altare befindlichen verschlossenen Armenstocke, zu welchem der Prediger und der Opferrmann, oder jener und ein Altarist die Schlüssel haben, verwahrt, und aus demselben von dem Prediger, mit Zuziehung des Opferrmanns oder des Altaristen, welche ihm beim Zählen des Geldes zu Hilfe kommen, zu gewissen Zeiten herausgenommen wird, fürs Künftige allgemein eingeführt werden soll.

Demzufolge haben denn die Superintendenten und Prediger an den Orten, wo dergleichen Armenstöcke noch nicht vorhanden sind, solche auf Kosten der Kirchen verfertigen, mit Eisen stark beschlagen, und mit zwei Schlössern, wovon die vorbenannten Personen die Schlüssel führen, versehen, auch dieselben an der bemerkten Stelle gehörig befestigen zu lassen, und ist den Altaristen aufzugeben, daß sie das im Klingebeutel gesammelte Geld jedesmal in den verschlossenen Armenstock einschütten, den daraus entstehenden Vorrath aber am Schlusse jedes Quartals, oder bei eintretenden Bedürfnissen auch früher, auf die vorgeschriebene Art aus demselben herausnehmen und sofort in die Armenrechnungen eintragen.

Resc. f. R. C. v. 24. Mai 1826.

Da die Absicht nicht anzunehmen steht, daß die nach der Verordnung vom 20sten Februar 1756 bei Schließung von Contracten über unbewegliche Güter an die Armen- und Begebesserungs-Cassen zu entrichtende Abgabe, auch von gerichtlichen Schulden und Pfand-Verschreibungen genommen werden soll, so ist selbige von keinem Gerichte für gedachte Verschreibungen ferner einzufordern.

Resc. h. R. C. v. 18. October 1826.

Nach der gegenwärtigen Verfassung müssen die Vorschläge wegen der, den Einwohnern in den Städten zu verwilligenden Korn-Unterstützungen von den Bürgermeistern ausgehen.

Bankerotte.

W. die Bankerotte betr. (Vergl. Landt. Absch. vom 9. April 1770, Art. 10. Landt. Absch. vom 11. Juli 1823, Art. 40.) (S. 105.) [No. 13.] (26. März 1823.)

- §. 1. Im Fall, wo nach rechtlichen Grundsätzen ein Conkurs eröffnet werden kann, entsteht die rechtliche Vermuthung, daß sich der Unvermögende durch Fahrlässigkeit in den Zustand des Zahlungsunvermögens gesetzt habe und es wird eine Untersuchung gegen ihn eröffnet. (S. 106.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 2. Nachlassvertrag kann das Concursverfahren, nicht aber die Untersuchung hemmen. (S. 106.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 3. Zweck der Untersuchung. (S. 106.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 4. Rechtfertigung des Schuldners — Vorlegung eines schriftlichen Aufsatzeß. (S. 106.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 5. Zweck der Untersuchung — Prüfung der Haushalts-Rechnungen, Handelsbücher — Vernehmung der Hausgenossen. (S. 107.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 6. Zuziehung zweier Kaufleute, bei der Insolvenz der Kaufleute. (S. 107.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 7. Keine Vertheidigung gegen die Verfügung der Untersuchung, welche nicht auf sich beruhen bleiben darf, sondern Erkenntniß erfolgen muß. (S. 107.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 8. Vor solchem Erkenntniße findet die Güterabtretung nicht Statt, jedoch Sicherheitsmaßregeln und eintretenden Falls Concursverfahren. (S. 108.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 9. Urtheil über Freisprechung und auf Bestrafung nach folgenden Bestimmungen. (S. 108.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 10. Wegen beabsichtigten Betrugs, wo ein betrüglicher Bankerott anzunehmen ist. (S. 108.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 11. Strafe des betrüglichen Bankerottirers. (S. 109.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 12. Wegen muthwilligen Bankerotts. (S. 109.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 13. Strafe des muthwilligen Bankerottirers. (S. 109.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 14. Wegen fahrlässigen Bankerotts. (S. 110.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 15. Strafe des fahrlässigen Bankerotts. (S. 110.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 16. Schärfung der Strafen — Wegen Bestrafung der ungetreuen Beamten bleibt es bei den bestehenden Strafgesetzen. (Frederdsborfs Promt. T. 1. S. 67. T. 2. S. 587. T. 6. S. 37.) (S. 111.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 17. Die Güterabtretung findet nur Statt im Fall der Freisprechung. (S. 111.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 18. Oeffentliche Bekanntmachung des Endurtheils. (S. 111.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 19. Bestrafung der Theilnehmer. (S. 111.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 20. Verlust der Privilegien der Ehefrau wegen wahrheitswidriger Angabe im Betreff des Eingebrachten. (S. 112.) [No. 13.] (26. März 1823.)
- §. 21. Erkenntniß gegen die Frau, wenn sie von dem Vermögensverfalle ihres Mannes Kenntniß gehabt und Aufwand gemacht hat. (S. 112.) [No. 13.] (26. März 1823.)

12 Bau-Douceurs zc. Brandversicherung, Brandschäden.

Die besondern Rechte der Stadt Braunschweig bleiben bestehen. (S. 112.) [No. 13.] (26. März 1823.)

§. 22. Nachlaßvertrag. (S. 113.) [No. 13.] (26. März 1823.)

§. 24. Separatverträge sind unzulässig — Bestrafung deshalb. (S. 113.) [No. 13.] (26. März 1823.)

§. 25. Zeitbestimmung der Wirksamkeit der Verordnung. (S. 113.) [No. 13.] (26. März 1823.)

Bau-Douceurs.

Circul.=Resc. an sämtliche f. Kr. Ger., die Aufhebung der Bau-Douceurs und Abgabe-Freiheiten betr. (S. 5.) [No. 2.] (19. März 1825.)

Die Rescripte vom 19. März 1753 und vom 24. Januar 1755 sind als aufgehoben anzusehen. (S. 6.) [No. 2.] (19. März 1825.)

Bibelgesellschaft.

B. das Verbot des Verkaufs der von der braunschweigischen Bibel-Gesellschaft ausgegebenen Bibeln betr. (S. 77.) [No. 11.] (14. Sept. 1816.)

Die von der Gesellschaft ausgegebenen Bibeln und religiösen Bücher sind dem bürgerlichen Verkehr entzogen — Verbot der Veräußerung — Bestrafung. (S. 78.) [No. 11.] (14. Sept. 1816.)

Brandversicherung, Brandschäden.

Circul.=Resc. des f. G. R. C. an sämtliche f. Kr. Ger., die seit einiger Zeit auf dem Lande Statt findenden Brandschäden betr. (S. 69.) [No. 9.] (30. März 1824.)

Unvermuthet die vorschriftsmäßigen Feuer-Visitationen anzustellen, — die Nachlässigen zu bestrafen, — bei Neubauten auf Vermeidung feuergefährlicher Anlagen zu halten, — nach einer Feuersbrunst die Entstehungs-Ursachen auszuforschen, — auf verdächtige Fremde zu achten. (S. 69.) [No. 9.] (30. März 1824.)

B. die Versicherung der Gebäude, Waaren, Mobilien und sonstigen Effecten in auswärtigen Asscuranz-Gesellschaften gegen Brandschäden, so wie auch einige Modificationen des hiesigen Brandversicherungs-Reglements betr. (S. 114.) [No. 24.] (16. October 1826.)

§. 1. Bauerhöfe können nicht noch in anderen Asscuranz-Gesellschaften versichert werden — Strafe der Confiscation deshalb. (S. 114.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)

§. 2. Alle übrigen Gebäude, nur insofern als der Gesammbetrag der an verschiedenen Orten versicherten Summen den wirklichen, nach den Bestimmungen der B. vom 18. Juli 1753 des §. 4., Declarat. vom 18. September 1792 und des Edicts vom 29. Januar 1800 zu ermäßigenden Werth nicht übersteigt. (S. 114.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)

- Anzeige des Eigenthümers deshalb — Strafe der Unterlassung — Verfahren der Obrigkeit. (S. 115.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)
- §. 3. Anzeige der auswärtigen Asscuranz bei hiesiger Obrigkeit von Gebäuden, deren Versicherung in der hiesigen Societät dem Eigenthümer frei steht — Verfahren der Obrigkeit. (S. 116.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)
- §. 4. Anzeige der Versicherung der Waaren, Mobilien oder sonstigen Effecten in einer auswärtigen Brandversicherungs-Anstalt — Strafe der Confiscation — Zu fahrendes Register von der Behörde — Verfahren derselben. (S. 117.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)
- §. 5. Anzeige der Veränderungen — Strafe der Unterlassung. (S. 118.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)
- §. 6. Zubilligung der Strafe. (S. 118.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)
- §. 7. Termin der Anmeldung der Veränderungen — Neue Abschätzung zu jeder Jahreszeit — Entrichtung der Beiträge in diesem Falle. (S. 118.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)
- §. 8. Wirksamkeit der Herabsetzung der Brandasscur. Summe nach dem Edicte vom 29. Januar 1800. (S. 119.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)
- §. 9. Taxation — Ein Mauermeister und ein Zimmermeister. (S. 119.) [No. 24.] (16. Oct. 1826.)

R e s c r i p t e.

Resc. L. Str. E. v. 30. Juni 1824.

Im Fall der Einäscherung der noch nicht versicherten neuen Gebäude, ist die Auszahlung der Brandentschädigung der jetzigen Inscription gemäß, keinem Bedenken unterworfen.

Resc. L. Str. E. v. 26. März 1825.

Alle, mit der Aufnahme der Gebäude in das Cataster verbundenen Kosten, müssen reglemäßig von den Mitgliedern der Asscurations-Gesellschaft übernommen werden.

Resc. L. Str. E. v. 26. Juli 1825.

Da nach dem §. 19. der landesherrl. Verord. vom 18. Juli 1753 bei der Abschätzung der Brandschäden an solchen Häusern, welche über 1000 Rthlr. versichert sind, Jemand aus der Mitte des Schatz-Collegii, jetzt also das L. Str. E. oder ein Bevollmächtigter desselben gegenwärtig sein soll, so werden die f. Kr. Ger. veranlaßt, hinsichtlich der Brandschäden der bezeichneten Art dem L. Str. E. jederzeit den für die Abschätzung gewählten Zeitpunkt und zwar nach dem Tage und der Stunde so frühzeitig anzuzeigen, daß Jemand von Braunschweig aus zu dem bestimmten Zeitpunkte auf der Brandstätte eintreffen könne, indem L. Str. E. die Kr. Ger. zugleich auf den §. 17. der erwähnten Verordnung aufmerksam macht, wonach von jedem Brandschaden und dessen Umfange dem L. Str. E. sofort Anzeige gemacht werden muß.

14 Brannteweins-Verkauf. Bücher-Nachdruck. Censur.

Brannteweins-Verkauf.

W. den Verkauf des Brannteweins auf dem Lande betr. (S. 29.)
[No. 9.] (7. October 1822.)

Geringste Quantität, ein Stübchen — Contraventions-Strafe nach Verordn. vom
22. Mai 1775 bleibt. (S. 29.) [No. 9.] (7. Oct. 1822.)

Vergl. übriges Steuern.

Bücher-Nachdruck.

W. die mit der Königl. preussischen Regierung wegen des Bücher-
Nachdrucks beschlossenen Strafbestimmungen betr. (S. 89.) [No. 20.]
(15. Oct. 1827.)

Censur.

W. die Censur der Druckschriften betr. (S. 238.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 1. Keine politische Zeitung und kein Intelligenz-Blatt soll im Lande gedruckt werden,
wenn nicht zuvor Seren. die Genehmigung ertheilt und wegen der Censur das Nö-
thige verfügt hat. (S. 238.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 2. Ausnahme: die braunschweigischen Anzeigen und die Zeitung für die Landleute, da
dieserhalb die nöthige Einrichtung bereits besteht. (S. 238.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 3. Gegenstände der Censur. (S. 239.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 4. Der Verfasser oder der Buchdrucker bleibt verantwortlich und einer von beiden
muß sich nennen, oder der Verleger dem Geh. Raths-Collegio angezeigt werden.
(S. 239.) [No. 16.] (28. März 1814.)

In Ansehung der Journale entscheidet der Inhalt, ob sie der Censur unterworfen sind.
(S. 240.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 5. Verwaltung der Censur. (S. 240.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 6. Allgemeine Vorschriften für die Censur-Behörden in Rücksicht der erschienenen Schrif-
ten. (S. 240.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 7. In zweifelhaften Fällen sind vom Geh. Raths-Collegio Verhaltensmaßregeln zu
erbitten. (S. 241.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 8. Verantwortlichkeit der Censoren. (S. 241.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 9. Zeitbestimmung, wann die Schriften zur Censur einzusenden sind. (S. 241.) [No. 16.]
(28. März 1814.)

Vorschriften wegen Einrichtung der Manuscripte. (S. 242.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 10. Deren Durchsehung. (S. 242.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 11. Zulässigkeit und Abänderung und Erlaubniß zum Drucke. (S. 242.) [No. 16.]
(28. März 1814.)

Vorstellung gegen die Verfügungen der Censoren. (S. 243.) [No. 16.] (28. März 1814.)

§. 12. Die Aufbewahrung der Manuscripte der censurten Bücher betr. (S. 243.)
[No. 16.] (28. März 1814.)

- §. 13. Gebühren für die Censurbehörde. (S. 243.) [No. 16.] (28. März 1814.)
- §. 14. Vorschriften wegen Vorlegung der, nach §. 5. der Censur der Polizeibehörde unterliegenden Gegenstände, ehe sie zum Verkauf oder zur Distribution gebracht worden: (S. 243.) [No. 16.] (28. März 1814.)
- §. 15. Strafbestimmung der Uebertretung der erteilten Vorschriften. (S. 244.) [No. 16.] (28. März 1814.)
- §. 16. Confiscation. (S. 245.) [No. 16.] (28. März 1814.)
- §. 17. Verantwortlichkeit des Censors wegen Nichtbeförderung in der vorgesezten Frist. (S. 245.) [No. 16.] (28. März 1814.)
- §. 18. Verfügung wegen den Bücher-Catalogen. (S. 245.) [No. 16.] (28. März 1814.)
- §. 19. Bekanntmachung des Bücherverbots. (S. 245.) [No. 16.] (28. März 1814.)
- V. die Censur der Druckschriften betrff. (S. 71.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- Beschluß der Bundesversammlung vom 20. September 1819. (S. 71.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 1. Schriften, welche ohne Vorwissen der Landesbehörden nicht gedruckt werden dürfen — Kläger. (S. 71.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 2. Mittel zur Aufrechthaltung des Beschlusses. (S. 72.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 3. Es können die auf gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der im Wege des Drucks bereits verwirklichten Mißbräuche und Vergehen abzweckenden Gesetze, insoweit sie auf die im §. 1. bezeichneten Classen von Druckschriften anwendbar sein sollen, so lange der Beschluß in Kraft bleibt, in keinen Bundesstaaten als zureichend betrachtet werden. (S. 72.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 4. Verantwortlichkeit der Bundesstaaten für die, unter seiner Aufsicht erschienenen Druckschriften. (S. 73.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 5. Verpflichtung der Mitglieder des deutschen Bundes in Rücksicht der Zeitungen u. (S. 73.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 6. Beschwerde bei der Bundesversammlung, wenn die Regierung eines Bundesstaates durch die in demselben erschienenen Druckschriften sich verletzt glaubt. (S. 73.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- Befugniß der Bundesversammlung. (S. 74.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 7. Ist eine Zeitung unterdrückt, so darf der Redacteur binnen 5 Jahren in keinem Bundesstaate bei der Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen werden. (S. 75.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- Keine Verantwortung der Verfasser u., wenn den Vorschriften gemäß gehandelt ist; die im §. 6. erwähnten Ansprüche werden gegen die Schriften, nicht gegen die Person gerichtet. (S. 75.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 8. Verpflichtung der Bundesglieder, die Bundesversammlung von den getroffenen Verfügungen und Vorschriften binnen 2 Monaten in Kenntniß zu setzen. (S. 75.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)

- §. 9. Die Druckschriften müssen mit dem Namen des Verlegers, die Zeitungen und Zeitschriften auch mit dem Namen des Redacteurs versehen sein. Beschlagnahme, wenn dieses nicht beobachtet ist — Strafe für den Verbreiter. (S. 76.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- §. 10. Dauer des Beschlusses — Verfügungen wegen der Censur im Herzogthume Braunschweig. (S. 77.) [No. 10.] (25. Oct. 1819.)
- W. wodurch der Debit des in Straßburg unter dem Namen des Elssasser Patrioten erscheinenden Zeitungs-Blattes verboten wird. (S. 3.) [No. 2.] (17. Februar 1820.)
- W. das Verbot des zu Sittard im Lüttischen unter dem Titel: Recueil de nouvelles erscheinenden Zeitblattes betr. (S. 67.) [No. 10.] (25. September 1820.)
- W. die, vor dem Abdrucke der Censur zu unterwerfenden, bei der Bundesversammlung einzureichenden Reclamationen und Druckschriften und die Aufnahme der den Bundestag betreffenden Artikel in die Zeitungen betr. (S. 13.) [No. 5.] (23. Februar 1824.)
- §. 1. Zustellung der Manuscripte der Reclamationen und Druckschriften an die Censur-Behörden und deren Genehmigung. (S. 13.) [No. 5.] (23. Febr. 1824.)
- §. 2. Aufnahme in die Zeitungen und Wochenblätter desjenigen, was die Protokolle des Bundestags wörtlich enthalten. (S. 14.) [No. 5.] (23. Febr. 1824.)
- W. die Fortdauer, die wegen der Censur der Druckschriften unterm 25ten October 1819 ergangenen Verordnung betr. (S. 111.) [No. 17.] (30. August 1824.)

In Gefolge des Bundestagsbeschlusses in der 24ten Sitzung 1824 bleibt jene Verordnung fernerweit in Kraft.

Criminal-Justiz.

- W. die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr. (S. 33.) [No. 3.] (15. Januar 1814.)
- §. 2. No. 3 und 4. Competenz-Bestimmung der Gerichte in Untersuchungsfachen und Unterscheidung in Verbrechen und Vergehen. (S. 35.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- Regierungscommission Verfügung, das Verfahren der Gerichte betr. (S. 69.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 28 bis 37. Weitere Competenz-Bestimmung in Untersuchungsfachen. (S. 94.) [No. 7.] (3. Februar 1814.)
- W. die Einrichtung des Justizwesens betr. (S. 21.) [No. 6.] 26. März 1823.)
- §. 2 und 4. No. 2. 3. Weitere Competenz-Bestimmung der Distr. Ger. und Kreis-Aemter. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. Art. Justiz-Verfassung.

Bekanntmachung f. G. R. C. die auf das Fürstenthum Hildesheim ausgedehnte Convention wegen Auslieferung der Verbrecher und Aufhebung der Spotteln im Criminal-Falle (vom 12. April 1798) betrff. (S. 165.) [No. 17.] (20. November 1815.)

B. die mit dem Kurf. Hessischen Gouvernement geschlossene Uebereinkunft wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher und Aufhebung der Gerichtsgebühren in Criminal-Fällen betrff. (S. 11.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 1. Auslieferung der Personen, die während ihres Aufenthalts in einem der beiderseitigen Lande ein Verbrechen begangen haben. (S. 12.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Zu treffende Uebereinkunft, wenn die Verbrecher einen Wohnsitz erworben haben.

Desgleichen wenn bloß Heise- und Contrebande-Vergehen begangen sind. (S. 12.)

[No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 2. Auslieferung an denjenigen Richter, welchem die Untersuchung obliegt. (S. 13.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 3. Requisitionen. (S. 13.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 4. Auslieferung, wenn der Verbrecher schon beim requirirten Gerichte in Untersuchung ist, nach der Größe des Verbrechens und der Bestrafung in den beiden Ländern. (S. 13.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 5. Wenn dieses zweifelhaft, oder gleiche Strafbarkeit vorhanden ist. (S. 14.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 6. Mittheilung der Acten und Nachrichten. (S. 14.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 7. Schnellige Verhaftung auf Requisition. (S. 14.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 8. Benachrichtigung, sobald der Verbrecher außer den im 3. Art. bemerkten Fällen verhaftet ist. — Abschiebung des Verbrechers, wenn die Richter deshalb einverstanden sind. (S. 14.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 9. Abhörung und Stellung der Zeugen oder anderer Personen, Mittheilung der Acten oder sonstiger Nachrichten. (S. 15.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 10. Verabfolgung der Inquisiten zur Confrontation. (S. 15.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 11. Bezahlung der Ausgaben und gerichtlichen Taxen. (S. 15.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 12. Kosten wegen Abhörung und Stellung der Zeugen oder anderer Personen. (S. 16.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 13. Zeugniß wegen des Vermögens des Verbrechers. (S. 16.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 14. Verabreichung der Reise- und Zehrungskosten und Vergütungssummen an die zu stellenden Zeugen und andere Personen — Vorschuß drehalb. (S. 17.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 15. Uebereinkunft wegen Durchführung der Gefangenen durch die beiderseitigen Lande. (S. 17.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Art. 16. Bekanntmachung dieser Vereinbarung. (S. 18.) [No. 4.] (5. Mai 1823.)

Beabsichtigte Verordnung über die Bestrafung des Diebstahls und der Veruntreuung. s. Landt. Absch. (S. 155.) [No. 18.] (11. Juli 1823. §. 41.)

B. die gefundenen Sachen betrff. (S. 71.) [No. 10.] (15. April 1824.)

Aufhebung der frühern Verordnungen. (S. 71.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 1. Verbindlichkeit der Wiederaufstellung — Anzeige bei der Polizei-Direction in Braunschweig, dem Gerichte, oder Ortsvorsteher — Wiederbehandigung durch diese. (S. 71.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 2. Bekanntmachung durch die Br. Anz. und Anzeige bei der Behörde — Folgen der Unterlassung. (S. 72.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 3. Vermuthung der nicht redlichen Besizung bei der Unterlassung der Bekanntmachung — Bestrafung der Unterlassung und Zuzugung — Bestrafung wegen der unterlassenen Anzeige der gefundenen, vom Postwagen verlorenen Sachen. (S. 73.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 4. Gerichtliche öffentliche Bekanntmachung und Vorladung des Verlierers — Frist der Anmeldeung. (S. 73.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 5. Aufbewahrung der Sachen — Verkaufung. (S. 74.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 6. Legitimation zu den gefundenen Sachen — Verfahren nach abgelaufener Anmeldeungsfrist — Verzichtleistung auf die Sachen — Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. (S. 74.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 7. Nachtheile der vorschriftsmässigen Anzeige oder Bekanntmachung. (S. 75.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 8. Kostenersatzung. (S. 76.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 9. Wer eine gefundene Sache wirklich erwirbt, wird als der Finder selbst angesehen. (S. 76.) [No. 10.] (15. April 1824.)

§. 10. Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf die in den Wirthshäusern u. zurückgelassenen Sachen. (S. 76.) [No. 10.] (15. April 1824.)

B. die Competenz-Bestimmung der Gerichte bei einfachen ersten Diebstählen betrff. (S. 227.) [No. 15.] (17. September 1825.)

Competenz der Kr. Aemter über ganz geringe, erste Entwendungen; der Districts-Ger. wegen einfacher erster Diebstähle und Betrügereien — Rechtsmittel — Competenz des f. l. Ger. (S. 227.) [No. 15.] (17. September 1825.)

Declarat. der Verord. vom 26. März 1823. §. 2. u. 3. die Einrichtung des Justiz-Wesens betrff., hinsichtlich der Entscheidung in Untersuchungssachen wegen verbotener Einföhrung fremden Salzes. (S. 241.) [No. 20.] (10. November 1825.)

Die Entscheidung haben die Districts = Ger., wie in Steuerdefraudations = Sachen. (S. 242.) [No. 20.] (10. Novbr. 1825.)

Declarat. des 33. §. der Verordnung vom 3. Februar 1814 und die darin enthaltenen Bestimmungen wegen der Rechtsmittel gegen provisorische Verfügungen in Untersuchungs = Sachen betr. (S. 5.) [No. 2.] (12. Januar 1826.)

Eine Beschwerde beim Oberappell. Ger. gegen ein Erkenntniß des f. Land. Ger. in denjenigen Fällen, wo von demselben gegen eine vom Unterrichter verfügte gefängliche Einziehung erkannt worden, findet nicht Statt, wol aber wenn vom f. Land. Ger. solche verfügt worden, jedoch ohne aufschiebende Wirkung.

W. wegen Zulässigkeit der Rechtsmittel der Vorstellung und Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse der Kr. Aemter, St. und Distr. Ger. und der Competenz, darüber zu erkennen. (S. 7.) [No. 3.] (2. Februar 1826.)

§. 1. Das Rechtsmittel der Vorstellung gegen Erkenntnisse der St. Ger. und Kr. Aemt. in Civil = und Strafsachen wird beim Distr. Ger. verfolgt und erledigt — Ausnahme in Civil = Sachen unter 5 Rthlr. (S. 8.) [No. 3.] (2. Febr. 1826.)

§. 2. In der Supplications = Instanz kein Rechtsmittel, in Civil = Sachen unter 5 Rthlr. — Succumbenz = Gelder. (S. 8.) [No. 3.] (2. Febr. 1826.)

§. 3. Gegen Erkenntnisse der Distr. Ger. über Vorstellungen wider Erkenntnisse der St. Ger. und Kr. Aemt. hat in Civil = Sachen so wenig Nichtigkeitsbeschwerde als Appellation, in Untersuchungs = und Straf = Sachen das erste Rechtsmittel beim f. Land. Ger. Statt. (S. 8.) [No. 3.] (2. Febr. 1826.)

Circul. = Resc. an sämtliche Distr. und St. Ger., auch Kr. Aemt., die Fesselung der Gefangenen betr. (S. 63.) [No. 12.] (8. Mai 1826.)

Vorschriften deshalb — Nachrichtliche Bemerkung in den Acten. (S. 63.) [No. 12.] (8. Mai 1826.)

W. die Competenz, das Verfahren und die Rechtsmittel in Jagd = und Forstfrevel =, auch Steuer = Contentions = und ähnlichen Sachen betr. (S. 93.) [No. 19.] (29. Juli 1826.)

§. 1. Die in W. vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justiz = Wes. betr. §. 2. No. 3. und §. 4. No. 2. enthaltene Competenz = Bestimmung hat auch bei Jagdfreveln Anwendung. (S. 94.) [No. 19.] (29. Juli 1826.)

§. 2. Rechtsmittel in Forstrogen =, Jagd = Frevel =, Steuer = Contravent = und ähnlichen Sachen. (S. 94.) [No. 19.] (29. Juli 1826.)

§. 3. Frist zur Rechtfertigung der Rechtsmittel — Verteidiger — Einsicht der Acten — Einsetzung derselben. (S. 95.) [No. 19.] (29. Juli 1826.)

§. 4. Einlegungsfristen der Vorstellung in Civilsachen an die Distr. Ger. 10 Tage, Rechtfertigung 4 Wochen — in Strafsachen 24 Stunden — Rechtfertigung 4 Wochen. (S. 95.) [No. 19.] (29. Juli 1826.)

Criminal-Justiz, Rescripte.

§. 5. Die Gerichte sind an die Strafanträge nicht gebunden. (S. 96.) [No. 19.] (29. Juli 1826.)

(Die Gebühren der Gefangenwärter sind bestimmt §. 6. der Verord. vom 4. October 1826 s. Art. Gerichtsgebühren.)

W. die Bestimmung der Strafzeit bei Verwandlung erkannter Geldbußen in Gefängniß- oder Arbeitsstrafen betrff. (S. 31.) [No. 10.] (18. Juni 1827.)

1) Ein Tag, ohne damit verbundene Gefangenschaft, abzuleistender Arbeit — nach dem Betrage des Tagelohns.

2) Ein Tag Gefängniß — 12 Ggr.

3) Ein Tag Zwangsarbeit — 16 Ggr.

W. die Strafe des Schand- und Strafpfahls, der Züchtigung und das Verhältniß der Karren-Zuchthaus-Zwang-Arbeit- und Gefängniß-Strafe, behuf der Verwendung der einen in die andere, und in Beziehung auf die Zuständigkeit der Ger. betrff. (S. 55.) [No. 14.] (26. Juli 1827.)

§. 1. Beschränkung der Strafe der öffentlichen Ausstellung auf das Verbrechen des Meineides. (S. 56.) [No. 14.] (26. Juli 1827.)

Festsetzung anderer körperlicher Strafen, oder Erschwerung derselben statt der Ausstellung. (S. 56.) [No. 14.] (26. Juli 1827.)

§. 2. Die körperliche Züchtigung fällt bei erwachsenen Personen weg, nicht bei Kindern. (S. 56.) [No. 14.] (26. Juli 1827.)

§. 3. Karrenstrafe nicht unter zwei Jahre — Werkhaus- oder Zwangs-Arbeit, nicht auf kürzere, als mindestens zweiwöchentliche Dauer. (S. 57.) [No. 14.] (26. Juli 1827.)

§. 4. Competenz der Gerichte — Schärfung der Gefängnißstrafe. (S. 57.) [No. 14.] (26. Juli 1827.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. C. v. 17. Januar 1814.

Wegen Ablieferung der Strafgeelder, (die ehemals an die Armen-Cassen kamen) f. Arme, Armen-Anstalt.

Resc. f. L. G. v. 3. Juni 1814.

1) Die f. Kr. Ger. haben in den Untersuchungs-Sachen die Zeugen sämmtlich den Umständen nach, entweder vor der Aussage zu beidigen, oder wenn es zweckmäßiger gefunden wird, solche zuvörderst mit der Hinweisung auf die eibliche Bestärkung zu vernehmen, sogleich nach erfolgter Deposition diejenigen, deren Aussage für erheblich gehalten, oder von welcher Zurückhaltung zu vermuthen, sogleich jedesmal bekräftigen zu lassen und den Eid mit darauf, daß der Zeuge, insofern ihm noch etwas Sachdienliches beifallen sollte, solches sofort getreulich anzeigen wolle, zu erstrecken; nicht weniger auch,

nach geleistetem Eide, denselben nochmals darüber, ob er sich annoch eines Mehrern erinnere, zu befragen, um ihm dadurch zur Nachholung des etwa Verschwiegenen Gelegenheit zu geben.

2) Damit die Niederschlagung der Untersuchungs-Kosten in den Fällen, wo die Inquisiten zu deren Erstattung nicht im Stande sind, sofort erkannt werden kann; so haben die f. Kr. Ger. mittelst einer Registratur in den Acten, oder doch in dem Einfindungs-Berichte so viel thunlich zu bemerken, ob der Inquisit Vermögen besitze, oder nicht, mit ungefährer Angabe, worin es bestehe und ob davon die Kosten zu erhalten sein werden.

3) Von den zur Haft gezogenen Inquisiten ist, damit bei eintretenden Fällen ihrer Entweichung darauf recurrirt werden kann, sogleich bei der Arretirung ein vollständiges Signalement aufzunehmen und den Acten beizufügen.

4) Ist es zu besserer Uebersicht der Verzeichnisse nöthig, daß in denselben die Ordnungsnummer, welche eine Sache bei ihrer ersten Aufnahme erhalten hat, auch in den nachfolgenden Verzeichnissen, wenn sie in selbigen während der folgenden Monate wieder vorkommt, beibehalten, und darin jede Sache an derjenigen Stelle, wohin sie nach Ordnung und Folge dieser Nummer gehört, wieder aufgeführt werde, um solche sogleich theils wieder auffinden, theils von den neu hinzugekommenen unterscheiden zu können; gleichergestalt

5) in der Columne des Namens des Angeschuldigten, außer den beizusetzenden Vornamen auch zugleich den Wohn- oder Geburts-Ort Behuf genauern Characterisirung der Sache, damit bei der häufigen Gleichheit der Namen etwaige Verwechselungen mit andern ähnlichen vermieden werden, mit zu bemerken; nicht weniger auch

6) die Verhaftung der Inquisiten zugleich mit der Angabe des Tages, wo selbige ihren Anfang genommen, zu bezeichnen.

7) Dürfte es seinen Nutzen haben, in den Tabellen nicht bloß den Tag des gefällten Erkenntnisses, sondern auch der Publication desselben, und den Tag, wo die landesgerichtlichen Erkenntnisse bei dem untersuchenden Ger. eingegangen sind, zu bemerken.

8) Ist in einer annoch hinzuzufügenden Columne, oder doch in den Bemerkungen die Beschaffenheit und Größe der Strafe, wenn dergleichen erkannt worden, und deren Vollziehung anzuführen, oder aber bei Freisprechungen oder Absolution von der Instanz solches zu bemerken und jede Sache so lange in dem Verzeichnisse zu behalten, bis durch solchane Nachweisung die gänzliche Beendigung derselben constatirt; auf eine gleiche Weise es auch bemerklich zu machen, wenn nach aufgenommener General-Untersuchung wegen mangelnder Kenntniß oder Entkommens des Thäters die weitere specielle Instruction nicht so fortgesetzt werden kann, oder auf andere Weise, zum Beispiel, wenn wider Verhoffen ein Inquisit aus der Haft entspringt und die erlassenen Steckbriefe ohne Erfolg sind, die Untersuchung für eine gänzlich unbestimmte Zeit eine Unterbrechung leidet: damit solche sodann, als zur Zeit nicht eigentlich mehr pendent, aus den folgenden Verzeichnissen weggelassen werden kann.

Criminal-Justiz, Rescripte.

9) Auch ist die Vollziehung der Strafen, bekannter älterer gesetzlicher Vorschrift gemäß, jedesmal durch die Br. Anz. bekannt zu machen.

L. Resc. v. 20. Juni 1814.

Daß in Zukunft diejenigen Officianten, welche sich strafbarer Nachlässigkeiten im Dienst zu Schulden kommen lassen, dafür jedesmal mit einer vom f. R. C. den Umständen nach zu ermäßigenden Geldbuße bestraft und diese Strafgebühren von dem monatlichen Besoldungsbetrage der Schuldigen inne behalten werden und einen extraordinaircn Fond bilden sollen, worüber Seren. sich die weitere Disposition vorbehalten hat.

L. Resc. v. 21. März 1815.

Auf die Anfrage: ob die in die Zwangarbeits-Anstalt abgelieferten Militair-Personen auch zu den darin gewöhnlichen Arbeiten anzuhalten und was für eine Straf-Anstalt überhaupt unter dem Ausdrücke: Festungs-Arrest, Festungs-Strafe und Festungs-Arbeit zu verstehen sei? bleibt unverhalten, daß

ad 1. alle, vermöge eines Straferkenntnisses in die Zwangarbeits-Anstalt abgelieferten Militair-Personen, allerdings zu den Arbeiten daselbst, wenn gleich derselben in dem Erkenntnisse nicht ausdrücklich erwähnt ist, angehalten,

ad 2. aber alle zum Festungs-Arreste, Festungs-Strafe und Festungs-Arbeit verurtheilte Militair-Personen in die Zwangarbeits-Anstalt abgeliefert werden sollen, es sei denn, daß sie wegen grober entehrender Verbrechen auf lebenslängliche, oder wenigstens sehr lange Zeit verurtheilt sind, in welchem Falle jedesmal besonders zu berichten und anzufragen ist.

L. Resc. v. 26. März 1815.

Da der f. R. in Folge des durch die neuern Verordn. in allen Untersuchungs-Sachen, insonderheit auch bei Steuer-Contraventionen wieder eingeführten Inquisitions-Prozesses und der allhier zur Anwendung kommenden rechtlichen Grundsätze desselben, die Befugniß nicht zusteht, gegen absolutorische Urtheile in solchen Sachen Rechtsmittel zu ergreifen; es jedoch wegen des dabei obwaltenden Interesses der herrschaftlichen Cassen nothwendig erforderlich ist, daß bei dergleichen Untersuchungen Nichts verabsäumt werde, was zur Erforschung der Wahrheit und zur Ueberführung der Angeschuldigten gereichen dürfte: so wird es sämmtlichen St. und Kr. Ger. hiemit zur ausdrücklichen Pflicht gemacht und aufgegeben, in allen dazu geeigneten Fällen der Art, wo technische Aufklärung und besondere Kenntnisse der Steuerbeamten zur Vervollständigung der Untersuchung dienen kann, vor Beendigung der Instruction der Sache, die Acten dem nächsten Officianten der Steuerbehörde mitzutheilen und dieselben durch eine bestimmte Aufforderung zur Angabe aller derjenigen Umstände und Mittel, wodurch die Sache noch mehr aufgeklärt und die wahre Beschaffenheit derselben herausgebracht werden kann, zu veranlassen, die auf diese Weise erlangten data aber bei Abgebung des Urtheils pflichtmäßig zu benutzen.

L. Resc. v. 29. März 1815.

Weder an das braunschweigische Zuchthaus, noch an die Zwangarbeits-Anstalt in

Wolfenbüttel sind kranke Verbrecher abzuliefern, sondern vielmehr in Krankheitsfällen mit der Ablieferung der Verbrecher, bis zu ihrer gänzlichen Wiederherstellung zu warten; auch ist bei jeder Ablieferung so wol ein Gesundheits-Schein, zu dessen Ausstellung auch der nächste Arzt oder Wundarzt auf der Transportroute requirirt werden kann, als auch ein vollständiges und genaues Signalement des Zuchtlings mit einzuschicken.

Resc. f. L. G. v. 3. October 1815.

Die Zusammenstellung der verschiedenen, wider den Feld-Diebstahl ergangenen Landes-Gesetze (Frederisdorfs Promt. L. 1. S. 249.): daß die Ausstellung an den Strasspfaß zu den geringeren, ohne Aufenthalt und „von der Obrigkeit des Orts“ sofort zu verfügenden Strafen gerechnet werde, ergibt die Verord. vom 3. Februar 1814, da sie dieser Strafe überall nicht gedenken, mithin einer Classification derselben nach Verhältniß Raum gewährt, und der Zuständigkeit des Kr. Ger. nicht entgegensteht.

Bekanntmachung f. Intellig. Direct. v. 5. Februar 1816.

Br. Anz. 1816. No. 11.

Durch ein höchstes Resc. vom 28. Januar 1788, dessen Inhalt im 92. Stücke von 1789 und hernach mehrere Male bekannt gemacht, auch im 52. Stücke der Anz. v. J. wieder in Erinnerung gebracht ist, wurde verordnet: daß die, dem gerichtlichen Bekanntmachungen beigefügten Verzeichnisse gestohlener Sachen, besonders beigefügt und bezahlt werden sollten. Das f. G. R. C. hat indeß in einem höchsten Resc. vom 31. Januar des gegenwärtigen Jahres für die Zukunft eine Veränderung dahin getroffen, daß von Seiten des Intelligenz-Comtoirs auch die ausführlichen, bei den gerichtlichen Anzeigen befindlichen Verzeichnisse und Angaben gestohlener Sachen in die Anzeigen ex officio sollen aufgenommen werden; und daß vierteljährlich eine Berechnung über den Betrag der, der f. Waisenhaus-Casse dadurch veranlaßten Kosten der Regierung eingebracht und deren Erstattung an die genannte Casse verfügt werden soll. Diese Abänderung wird also auf höchsten Befehl hierdurch bekannt gemacht.

Resc. f. L. G. v. 28. November 1816.

Die in der Verordn. vom 15. Januar 1814 §. 2. No. 3. enthaltene Bestimmung wegen der Kreisgerichtlichen Competenz in Strassachen ist nicht bloß auf das eigentliche Gefängniß zu ziehen, sondern erstreckt sich auf alle sonstige, in diese Classe gehörige Strafmittel, wohin ins Besondere nach §. 23. der Verordn. vom 5. Mai a. pr. die Arbeitsstrafen in den Wolfenbüttelschen Anstalten zu rechnen sind.

Schreiben f. Ob. San. C. v. 19. Mai 1817.

Mittels höchsten Resc. vom 11. Mai 1817 ist den Physicis nachgelassen, die Liquidationen über diejenigen Geschäfte, für welche selbige eine Bezahlung aus der herrschaftl. Casse zu fordern berechtigt sind, oder deren Berichtigung von einem Inquisiten geschehen muß, jedoch wegen voraussehender Dauer der Untersuchung sobald nicht zu erwarten ist, zu Ablauf eines jeden Vierteljahrs mit dem Atteste des betreffenden Kr. Ger. darüber, daß solche Liquidation dem Staate zur Last falle, oder doch zu deren Berichtigung

auf anderem Wege keine nahe Aussicht sei, versehen, an Ob. San. C. zur Revision ein-
senden sollen, und wird solche sodann f. R. zur Verfügung der Zahlung zugehen.

Resc. f. G. R. C. v. 23. August 1817.

Da nach einer mit dem königl. großbritannisch-hannoverschen Cabinets-Ministe-
rio getroffenen Vereinbarung die Untersuchung und Bestrafung derjenigen Verbrechen, welche
von hiesigen Unterthanen oder ganz fremden Individuen auf hiesigem territorio, und von
königl. hannoverschen Unterthanen oder ganz fremden Personen auf königl. hannoverschen
Gebiete verübt worden, jederzeit in foro delicti commissi und nicht in foro de-
prehensionis geschehen, und nur in den Fällen, wenn Unterthanen des gegenseitigen
Landes in dem andern delinquirt haben, es mit der Auslieferung der Verbrecher, so wie
es in der deshalb bestehenden Convention vom Jahre 1798 verabredet worden, gehalten
werden soll, so bleibt dieses unverhalten.

Resc. f. L. G. v. 11. December 1817.

Wegen der Requisition in peinlichen Sachen, an die großherzogl. darmstädtischen Ge-
richte, f. „Justiz-Verwaltung.“

Resc. f. R. C. v. 31. December 1817.

Wegen des Fuhrtransports der Inquisiten, f. „Polizei und Verwaltung.“

Resc. f. G. R. C. v. 9. Mai 1818.

Da dem f. Conf. von dem G. R. C. aufgegeben worden, sämmtlichen Predigern
in den hiesigen Landen die Anweisung zu ertheilen, in allen denjenigen Fällen, wo der
Verdacht eines durch eine strafbare Handlung bewirkten Todes eintritt, so wie auch über-
haupt bei Verunglückten und sonst eines natürlichen Todes nicht gestorbenen Personen die
Beerbigung des Leichnams nicht eher, als nach vorgängiger Beibringung einer schriftlichen
Erlaubniß von Seiten der betreffenden Gerichts-Behörde zu gestatten, so läßt f. G. R.
C. solches hierdurch unverhalten.

Resc. f. R. C. v. 28. Mai 1818.

Da über Ausgaben an vorgenommenen Sectionen besondere Berechnungen aufge-
stellt und solche vor der Zahlungsanweisung dem f. Ob. San. C. zu näherer Prüfung der
darin von den Medicinal-Officianten gemachten Ansätze zugestellt werden müssen, so sind
für die Folge diese Kosten aus den Liquidationen über die vorgeschossenen Gerichtsverwal-
tungskosten wegzulassen und die Liquidanten anzuweisen, dergleichen Kostenberechnungen,
nachdem selbige zuvörderst von den Kr. Ger. pflichtmäßig attestirt worden, unmittelbar
an das f. Ob. San. C. zu näherer Prüfung einzusenden.

Resc. f. L. G. v. 3. Juli 1818.

Nach dem höchsten Resc. vom 22. Juni 1818 ist mit der Eidesleistung mit gehö-
riger Vorsicht zu verfahren und nicht in Untersuchungs-Sachen wegen geringfügiger Ge-
genstände, oder wenn noch andere Mittel zur Erforschung der Wahrheit vorhanden sind,
ohne Noth zum Eide zu schreiten.

Criminal-Justiz, Rescripte.

25

I. Resc. v. 11. Januar 1819.

Wegen Ablieferung der Verbrecher an die königl. preussischen Behörden, s. „Polizei und Verwaltung.“

Resc. f. L. G. v. 12. März 1819.

Von der höchsten Landesregierung ist f. L. Ger. mittelst eines unterm 22. Januar 1819 erlassenen Resc. darauf aufmerksam gemacht, daß die f. St. und Kr. Ger. in manchen Fällen, wo sich die Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit von Vergehen oder Verbrechen ergeben hat, die in deren Gerichtsbezirke verübt worden, und worüber das Erkenntniß die Competenz derselben überschreitet, die angefangene Untersuchung auf sich beruhen lassen, ohne die verhandelten Acten einzusenden und darüber Verfügung einzuholen, und ist f. L. Ger. zugleich angewiesen worden, solchen Unterlassungen als der Ordnung zuwider abhelfende Maaße zu geben.

Solchemnach haben die f. St. und Kr. Ger. künftig in allen Untersuchungsfällen, sobald der Thatbestand zur Gewißheit gebracht worden, oder auf Wahrscheinlichkeit sich gründet, die verhandelten Acten jedesmal einzusenden und zwar insbesondere auch dann, wenn keine auf ein bestimmtes Subject, als Verüßer der strafbaren Handlung hinweisende Verdachtsgründe vorhanden sind, oder dergleichen Verdachtsgründe zu schwach und zu gering scheinen möchten, um darauf eine Untersuchung eigentlich zu bauen, oder die etwa schon angefangene fortzusetzen, nicht aber in der Hinsicht, daß es zur Anstellung der eigentlichen Untersuchung, oder zu deren weiteren Fortführung an zureichenden Causalien ermangelt, dieselben zurückzubehalten und zu reponiren, vielmehr zuvörderst darüber, ob in solcher Sache, zu deren gehöriger Erörterung annoch etwas, und welches vorzunehmen sei oder nicht, die weitere Anweisung zu gewärtigen.

Resc. f. L. G. v. 14. Mai 1819.

Mittelst eines von höchster Landesregierung auf den Antrag des f. Oberappellations-Ger. unterm 5. Mai 1819 erlassenen Resc. ist f. L. Ger. angewiesen, den sämtlichen f. St. und Kr. Ger. die Auflage zu machen, vor Einsendung der Untersuchungsacten in denselben künftig jedesmal die nöthige Nachricht über die Vermögensumstände der Ange-schuldigten, dergestalt, daß solches einen Theil der Untersuchung ausmache, mit zu registriren.

Da nun bereits das Circular f. L. Ger. vom 3. Juni 1814 sub Nro. 2. eine gleiche Anweisung enthält, darin jedoch nachgelassen ist, sothane Nachricht allenfalls auch nur dem Einsendungsberichte zu inseriren, so haben die Kr. Ger. solche nunmehr in diese Berichte nicht weiter aufzunehmen, vielmehr über das, was zur Erforschung der Vermögensumstände der Inquisiten geschieht, eine besondere Registratur zu den Untersuchungsacten abzufassen.

(cf. No. 2. des Resc. vom 3. Juni 1814.)

Resc. f. L. G. v. 26. August 1819.

Bei der schweren Strafe, welche die landesherrliche Verordnung vom 7. Sept. 1752 auf den Hausdiebstahl setzt, ist sowol an und für sich schon, als selbst auch nach der in

gebachter Verordnung enthaltenen Vorschrift erforderlich, daß besonders in Fällen, wo nach der Größe des Verbrechens eine Lebensstrafe die zu erkennende sein würde, jene Verordnung, durch vorschriftsmäßige Vorlesung von der Kanzel an dem Aufenthalts=Orte des Verbrechers, diesem gehörig bekannt geworden sei, oder doch hätte bekannt werden können, in Gewißheit gesetzt werde. Wenn indeß aus den eingegangenen Untersuchungs=Acten über Verbrechen dieser Art nicht selten hervorgegangen, daß auf die Ausmittlung dieses Umstandes nicht jedesmal gehörig Bedacht genommen worden: so werden die f. St. und Kr. Ger. hiemit erinnert, bei vorkommenden Untersuchungen des Hausdiebstahls jedesmal vor Einsendung der Untersuchungs=Acten mit Bestimmtheit auszumitteln: ob an dem Aufenthaltsorte des wegen Hausdiebstahls zur Untersuchung gezogenen Verbrechers die landesherrliche Verordnung wegen Bestrafung der Hausdiebe, gehörig von der Kanzel verlesen sei.

Wenn sich auch hervorheben,

a) daß in Fällen, wo eine Verhaftung der Inculpaten Statt gefunden, oder Arrestanten hinwieder der Haft entlassen worden, darüber in den Untersuchungs=Acten das Nöthige nicht registrirt worden, solches gleichwol, um die Dauer des Arrestes gehörig zu constatiren, nothwendig ist;

b) daß in den Fällen, wenn eine unterm Militair im letzten Feldzuge gestandene Person wegen eines Verbrechens zur Untersuchung gezogen, nicht jedesmal bemerkt worden, ob solche die Ehrenmedaille erhalten habe, um über die Beibehaltung oder den Verlust derselben, der Vorschrift gemäß, erkennen zu können;

c) daß in den Vernehmungsprotokollen von den zur Untersuchung gezogenen Personen nicht jederzeit die sämtlichen Vornamen, das Alter und der Stand, der letzte Aufenthalts=Ort, auch Geburts=Ort aufgeführt worden, obgleich solches sowol bei Criminal=Verbrechen als auch bei leichteren Verbrechen, Behuf Constatirung der Identität der Person bei eintretender Wiederholung gleicher oder ähnlicher Verbrechen oder Vergehen, von Einfluß ist;

d) daß in den, den Untersuchungs=Acten vorzulegenden Acten=Verzeichnissen zu oberflächlich verfahren, und z. B. bei Verzeichnung der Protokolle nur das datum derselben, nicht aber die Namen derjenigen Personen bemerkt worden, welche besage des Protokolls vernommen worden sind;

so werden auch diese Punkte den f. St. und Kr. Ger. bemerkl. gemacht, um solche zu beobachten.

Resc. f. L. G. v. 14. September 1819.

Die f. St. und Kr. Ger. werden unter höchster Genehmigung angewiesen, in den künftig einzusendenden Verzeichnissen, insonderheit bei denjenigen Untersuchungssachen, wo die Inquisiten verhaftet sind, deren Lage nicht bloß, wie in der Regel bisher geschehen, im Allgemeinen durch das Befinden in der Instruction, Fortsetzung der Verhöre u. zu bezeichnen, sondern besonders wenn die Dauer derselben in mehrere Monate übergeht, zugleich anzuführen, was darin während des Monats, von welchem das Verzeichniß lautet, und an welchem Tage geschehen sei, wozu es jedoch nur eines kurzen Namhaftmas

chens der vorgenommenen hauptsächlichern Acte, als Verhöre mit den Inquisiten, Zeugenverhöre, Confrontationen und dergleichen, und in dem Falle, wenn dergleichen in dem Monate nicht, sondern nur unwichtigere Statt gehabt haben, so wie wenn während desselben die Untersuchung gänzlich geruhet haben sollte, die Ursachen davon anzugeben.

Es ist ferner bemerkt worden, daß seit einiger Zeit von mehreren Gerichten die Forst- und Jagdstraffachen geringer Art, so wie überhaupt diejenigen zur Competenz der St. und Kr. Ger. gehörigen Untersuchungen, wobei die Strafen 2 Rthr. Geld oder zweitägiges Gefängniß übersteigen, in die Verzeichnisse nicht weiter aufgenommen, oder doch die erstere nicht bis zur Anzeige der Strafvollziehungen in den Tabellen beibehalten sind.

Wie indessen, was die Forst- und Jagdvergehen und die dahin gehörigen Sachen betrifft, der in der Verordnung vom 3. Februar 1814, mittelst der abzufassenden Verzeichnisse der Straffachen beabsichtigte Zweck einer Controlle durch die neuern gesetzlichen Verfügungen, nämlich die von den Forstbehörden zu führenden Verzeichnisse über die anhängig gemachten Sachen dieser Art und die von den Gerichten an jene wiederum abzugebenden Verzeichnisse der Entscheidungen, so wie die den erstern obliegende Sorge für Weitreibung der Strafe, oder Verfügung des Abverdienens derselben durch Arbeit, hinlänglich erreicht wird; so ist f. L. Ger., besonders zur Erleichterung derjenigen Gerichte, welche mit Untersuchungen über Forst- und Jagdvergehen überhäuft sind, höchsten Orts ermächtigt, den Gerichten die Hinweglassung vorerwähnter Untersuchungen aus den Verzeichnissen, jedoch mit Ausnahme solcher, in welchen das Erkenntniß vom f. L. Ger. abzugeben ist, als in Ansehung deren es bei der Aufnahme in die Verzeichnisse wie bisher, sein Verbleiben hat, zu bewilligen, in Ansehung welcher letztern denn auch, soviel die Vollziehung der Strafe betrifft, das Anführen der Bekanntmachung des Erkenntnisses an die Forstbehörde künftig genügen wird. Wenn jedoch nach besonderer Beschaffenheit des Vergehens entweder sofort auf Gefängnißstrafe zu erkennen ist, oder wegen Unvermögens zur Erlegung einer erkannten Geld- oder Leistung einer Arbeitsstrafe, dieselbe in Gefängniß verwandelt werden muß; so sind sodann diese Sachen forderfamst in das Verzeichniß aufzunehmen, und darin so lange beizubehalten, bis die Vollziehung der Strafe zugleich mit angezeigt werden kann.

Auch hat f. L. Ger. hiernächst die f. St. und Kr. Ger. annoch zu erinnern, daß sie die geringeren Straffachen, insbesondere auch diejenigen, welche als bloße Polizeivergehen anzusehen, und ehemals zu den Landgerichtswegen gehörten, als kleine Injurien und Thätlichkeiten, Contraventionen wider die Ackerpolizei, Beschädigungen an Feldfrüchten, Hufdesirebel, Verfehle wider die Vorschriften zur Sicherung gegen Feuergefähr und dergleichen, wenn die Strafe über zwei bis zehn Thaler, oder verhältnißmäßiges Gefängniß beträgt, nicht ferner aus den Verzeichnissen hinweglassen, wie f. L. Ger., daß es bisher geschehen, bei der Seltenheit, mit welcher diese Art Sachen in den meisten Verzeichnissen vorkommen, annehmen müssen, vielmehr auch diese in dieselben, bis zur Erlegung oder Vollziehung der Strafe aufzunehmen, indem f. L. Ger. wiederholt höchsten

Orts angewiesen ist, auf die Erledigungen aller Arten von Untersuchungen, auch wenn die Angeschuldigten nicht gefänglich eingezogen, genaue Acht zu haben und darüber zu halten.

Resc. f. L. G. v. 23. December 1819.

In Untersuchungssachen, worin der Thäter nicht auszumitteln ist, fallen die Entschädigungskosten für die Zeugen der Staatscasse zur Last, sind auch den Zeugen, welche solche Entschädigung ausdrücklich verlangen, sofort nach geendigter Abhörung zu entrichten, weil sie ihnen auf jeden Fall entweder von den Angeschuldigten, oder vom Staate zu zahlen und von letztem jedesmal vorzuschießen sind; denn den Zeugen kann es nicht angenommen werden, mit ihrer Entschädigung bis zum Ende der Untersuchung zu warten, und wie solches bisher so oft der Fall gewesen ist, vergebliche Wege, oder Gesuche deshalb zu machen. Es sind auch dergleichen Zahlungsverzögerungen dem raschen Gange der Untersuchungen nachtheilig, weil selbige eine Abgeneigtheit gegen die schleunige Befolgung der gerichtlichen Aufforderungen, auch endlich ein die Entdeckung der Vergehen erschwerendes Stillschweigen derjenigen bewirken, welche über solche Auskunft geben können.

L. Resc. v. 25. Januar 1820.

Die Bekanntmachung der Strafen durch die Br. Anz. soll Statt finden:

- 1) in allen Fällen, in welchen selbige durch besondere Verordnungen vorgeschrieben worden,
- 2) bei allen Todesstrafen und, wenn auf Karrenstrafe, zweijährige Zuchthaus- oder Zwangarbeits-Strafe erkannt worden.

Dagegen soll die Bekanntmachung in allen Fällen unterbleiben, wodurch ein öffentliches Aergerniß veranlaßt werden könnte, als welches zu beurtheilen, dem pflichtmäßigen Ermessen der Gerichte überlassen ist.

Ferner soll die Bekanntmachung nicht Statt finden, wenn auf Geldstrafe erkannt, oder eine Leibesstrafe im Wege der Gnade in Geldbuße verwandelt worden, und solche Strafe nicht zu den oben sub Nro. 1. erwähnten gehört. Bei allen übrigen Vergehungen ist die Vollziehung der Strafe nur dann bekannt zu machen, wenn von dem Gerichte darauf ausdrücklich mit erkannt worden, als welches daher bei Abfassung der Erkenntnisse jedesmal zu prüfen und in Erwägung zu ziehen ist, ob der Fall von der Art sei, daß diese immer einige Ehärfung der Strafe mit sich führende Bekanntmachung der Vergehen, der Persönlichkeit des Bestraften, oder die Warnung für Andere halber nothwendig oder angemessen erscheint. In allen Fällen aber, wo nicht wenigstens eine achttägige Gefängnißstrafe erkannt wird, ist in der Regel auf die Bekanntmachung nicht, sondern nur alsdann zu erkennen, wenn selbige bei Wagabunden, oder verdächtigen Personen als eine Polizeimaßregel zur Bezeichnung des Verbrechers, nützlich werden kann.

Resc. f. L. G. v. 25. Februar 1820.

Wegen der Aufwartungsgebühren der Unterbedienten und Citationsgebühren, f. Gerichtssporteln.

Resc. f. K. E. v. 22. April 1820.

Es sind bei f. K. E. sowohl von dem f. Ob. San. E., als von den f. Kr. Ger. häufige Liquidationen der Land-Physicorum über Diäten und Reisekosten für vollzogene ärztliche Geschäfte im Auftrage der f. Kr. Ger. zur Zahlungs-Anweisung eingereicht; es steht aber Hinsichts deren Berichtigung fest, daß selbige in den Fällen,

1) wo die Land-Physici im Auftrage der f. Kr. Ger. an ertrunkenen, oder auf sonstige gewaltsame Weise ums Leben gekommenen Individuen Sectionen haben verrichtet, oder wo selbige erkrankte Inquisiten ärztlich haben behandeln müssen, insofern der Inquisit des Vermögens dazu nicht ist, und im ersten Falle die Berichtigung der Sectionskosten nicht sonst sich beschaffen läßt;

2) wo bei drohenden oder schon ausgebrochenen epidemischen Krankheiten allgemeine medizinisch-polizeiliche Untersuchungen und Anordnungen erforderlich gewesen, aus herrschaftlichen Cassen berichtigt werden sollen; in solchen Fällen aber,

3) wo in einzeln Dertern unvermögende Kranke ärztlich zu behandeln sind, sowol der Transport des herbeizuholenden Arztes, als die Berichtigung der demselben bestimmten Diäten zu 2 Rthlr. für jeden Tag, von Seiten der betreffenden Gemeinden geschehen solle.

f. K. E. finde sich nun öfters in Ungewißheit, wie dieser höchsten Bestimmung nachgefolgt, und was wegen Berichtigung obiger Liquidationen verfügt werden solle, indem sich aus demselben und den dabei befindlichen Attestaten der f. Kr. Ger. nicht immer deutlich genug ergebe, wodurch die Liquidation veranlaßt ist, und woher danach deren Berichtigung erfolgen muß.

Nur wenn letzteres Attest deutlich enthält, entweder in dem Falle sub 1., daß der untersuchte Inculpat kein Vermögen hat, oder aber die Berichtigung der Untersuchungskosten nirgend sonst woher erfolgen kann, oder in dem Falle sub 2., daß die Untersuchung eine allgemeine medizinisch-polizeiliche gewesen, oder aber nach dem dritten Puncte eine specielle ärztliche Behandlung von Kranken zum Zweck gehabt hat, läßt sich jeder Zweifel hierunter vermeiden.

Die Kr. Ger. werden daher hierauf aufmerksam gemacht und haben für die Folge bei den einzureichenden Liquidationen jederzeit genau zu attestiren, wodurch selbige veranlaßt sind, auch dabei zugleich darauf anzutragen, woher nach ihrer Ansicht, zufolge obiger höchsten Bestimmung, die Berichtigung dieser Liquidation geschehen muß.

(Vergl. Umlauf f. K. vom 5. Decbr. 1743. Resc. derselben vom 21. Januar 1751.

Verordnung vom 14. Decbr. 1743. S. 14. und 11. Aug. 1795. S. 2. und Art. f.

K. E. vom 19. Mai 1817 und 23. August 1827. f. „Polizei und Verwaltung.“)

Resc. f. L. G. v. 9. Juli 1821.

Es ist von dem St. Ger. zu Wolfenbüttel darüber Beschwerde geführt, daß von verschiedenen Kr. Ger. zu der Zwangsarbeits-Anstalt verurtheilte Sträflinge im Krankenzustande abgeliefert sind, dergestalt, daß sie zur Arbeit nicht angehalten werden können, vielmehr zuvörderst für die Wiederherstellung ihrer Gesundheit gesorgt werden müssen. Da

nun dieses dem Zwecke der Anstalt und der Ablieferung entgegen, auch bereits durch ein höchstes Resc. vom 29. März 1815 sämmtlichen Gerichts- und Polizei-Behörden die Anweisung ertheilt ist, kranke Verbrecher vor ihrer völligen Wiederherstellung so wenig an das Zuchthaus zu Braunschweig als an die hiesige Zwangarbeits-Anstalt abzuliefern, auch bei jeder Ablieferung einen Gesundheitschein mit einzuschicken, so wird sothane höchste Verfügung hierdurch in Erinnerung gebracht.

Resc. f. G. R. E. v. 10. December 1821.

Die Vorschrift, nach welcher die erkannten Orts- und Feld-Polizei-Strafgelder in den Städten bei den Kammererei-Cassen und auf dem Lande bei den Kreis-Armens-Cassen zu vereinnahmen sind, scheine von den Gerichten hie und da zu weit ausgedehnt und auch auf andere Geldstrafen bezogen zu werden. Wie jedoch dieselbe sich nur auf die Strafgelder der vorbenannten Art beschränkt, so ist von allen übrigen Erkenntnissen, worin von den Gerichten wegen begangener Vergehungen besondere Geldstrafen erkannt, oder von den Fällen, wo Leibstrafen im Wege der Gnade in Geldstrafen verwandelt worden, f. R. E. in Kenntniß zu setzen, und sind die Strafgelder an f. Kammer-Casse einzufenden.

Wegen derjenigen Geldstrafen, weßhalb bereits besondere Vorschriften erlassen worden, z. B. an Forst-Strafgeldern u. verbleibt es bei den dieserhalb schon bestehenden Verfügungen.

Schreiben f. Ob. San. E. v. 11. September 1822.

Demnach von f. R. darauf angetragen worden, die sämmtlichen Physici hiesiger Lande dahin anzuweisen, im Falle sie auf Requisition der Gerichtsbehörden Geschäfte verrichtet, wofür ihnen eine Vergütung aus der Staatscasse gebührt, die desfalligen Kostenrechnungen mit gerichtlichem Atteste gehörig versehen zu Ablauf eines jeden Vierteljahrs bei f. Ob. San. E. einzureichen, so wird hiemit der Inhalt des dieserhalb an sämmtliche Physici erlassenen Circulars vom 18. Mai 1817 zur fernerweiten genauen Befolgung gebracht.

Resc. f. G. R. E. v. 5. November 1822.

Da es erforderlich ist, daß das L. Str. E. von dem Ausfalle der Untersuchungen und Erkenntnisse in den benannten Steuer-Contraventions-Sachen wegen des dabei obwaltenden Interesse der Landes-Steuer-Casse jederzeit in Kenntniß gesetzt werde, so werden sämmtliche f. St. und Kr. Ger. hiedurch angewiesen, nach Beendigung von Untersuchungen der vorgedachten Art, jedesmal das L. Str. E. mit dem Resultate derselben und dem Inhalte der abgegebenen Erkenntnisse bekannt zu machen.

Resc. f. G. R. E. v. 8. October 1823.

Demnach bemerkt worden, daß von den Gerichten der hiesigen Lande bei den in ihren Jurisdictionen sich ereignenden plötzlichen Todesfällen, Selbstmorden und Attentaten der Lehtern nicht immer nach gleichen Grundsätzen und in derselben Art verfahren werde, so findet f. G. R. E. nöthig, solcherhalb nachstehende Vorschriften zu erlassen:

1) So oft Personen nicht in Folge einer Krankheit, sondern schnell und eines nicht natürlichen Todes versterben, so muß von dem competenten Gerichte über die Umstände und Ursachen des Todes nicht nur eine ordnungsmäßige Untersuchung angestellt, sondern auch eine Legal-Section vorgenommen werden, wenn die Todesart nicht aus der äußeren Befichtigung des Leichnams offenbar hervorgeht.

2) Ergeben sich bei solcher Untersuchung Spuren, Anzeigen oder Verdacht, daß der sich ereignete Todesfall vorseglischen oder verschuldeten Gewaltthätigkeiten, oder sonstigen Handlungen Anderer beizumessen sei, so ist alsdann, eben so wie in andern Criminalfällen, das weitere Verfahren fortzusetzen, erhellet aber aus den obwaltenden Umständen, daß ein Selbstmord begangen worden, es sei aus Wahnsinn, Mißmuth, Leidenschaft, oder einem andern Beweggrunde, so ist zwar die Veranlassung desselben jedesmal zu untersuchen, und die Einsendung der darüber verhandelten Acten an f. L. Ger. nicht zu unterlassen, jedoch von dem betreffenden Gerichte sofort zu verfügen und darauf gehörig zu achten, daß der todte Körper ganz in der Stille ohne Gesang und Geläute und ohne alles Leichengefolge auf dem gewöhnlichen Kirchhofe begraben werde, bei dagegen etwa eintretenden Bedenlichkeiten aber zuvor an vorgebachte Behörde Bericht zu erstatten.

3) Nur in dem Falle, wenn ein wegen Verbrechen Angeschuldigter sich in Haft und Untersuchung befindet und sich selbst entleibt hat, muß das untersuchende Gericht vor der Beerdigung des Selbstmörders die instruirten Acten an f. L. Ger. einsenden, damit dasselbe nach geprüfter Beschaffenheit des Verbrechens und Lage der Untersuchung ein rechtliches Erkenntniß abgeben, oder sonst den Umständen angemessene Verfügung, auch des Begräbnisses wegen, treffen möge.

4) Auch bei versuchten, aber nicht vollführten Selbstmorden ist von dem betreffenden St. oder Kr. Ger. über die Umstände und Ursachen einer solchen strafwürdigen Handlung jederzeit eine genaue Untersuchung anzustellen und nach deren Beendigung die Entscheidung und rechtliche Verfügung darüber f. L. Ger. anheim zu geben.

Resc. L. Str. C. v. 10. August 1824.

Wegen Einlieferung der Straf-Gelder in Steuer-Contravent.-Sachen und Einsendung der Straf-Erkentnisse, s. „Steuern.“

Resc. f. L. G. v. 29. September 1825.

Da bei verschiedenen Gerichten Zweifel darüber entstanden sind, in wiefern die Bestimmung der höchsten Verordnung vom 29. Sept. 1817. §. 2., daß der Verurtheilte während der Verfolgung eines Rechtsmittels die erkannte Strafe vorläufig antreten könne, in Ansehung der Militairpersonen durch die neuere Verordnung über die Militairstrafen vom 29. Oct. 1821 eine Abänderung erlitten hat, so ist f. L. Ger. durch ein höchstes Resc. vom 13. Sept. 1825 angewiesen, in dieser Hinsicht sämmtlichen f. Districts-Ger. Folgendes zur Nachachtung bekannt zu machen:

Die vorläufige Antretung der Strafe während der Verfolgung eines Rechtsmittels

findet bei Unterofficieren und Gemeinen nach Maßgabe der gedachten höchsten Verordnung vom 29. Oct. 1821 in den nachbemerkten drei Fällen nicht Statt:

1) wenn auf eine solche Strafe, womit nach dem §. 141 und 142 die Ausstoßung aus dem Militair verbunden ist, mithin auf Karren- oder zweijährige und längere Zuchthaus- oder Zwangarbeits-Strafe erkannt worden, indem hier der Vollziehung der Strafe jene Ausstoßung vorausgehen muß;

2) wenn gegen einen Unterofficier auf Zuchthaus- oder Zwangarbeits-Strafe auch unter zwei Jahren erkannt ist, indem sodann nach dem §. 149 vor der Vollziehung der Strafe eine Degradation des Unterofficiers zum Gemeinen erfolgen soll;

3) endlich wenn gegen einen Gemeinen auf Zuchthaus- oder Zwangarbeits-Strafe auch unter zwei Jahren erkannt ist und derselbe sich zugleich eines militairischen Verbrechens schuldig gemacht hat, weil in diesem Falle zuvörderst das in dem §. 153 vorgeschriebene kriegsgerichtliche Verfahren eintritt.

In andern Fällen dagegen hat es auch bei den Militairpersonen bei der zuerst angeführten Verordnung vom 29. Sept. 1817 sein Bewenden.

Resc. f. G. R. E. v. 26. März 1826.

F. G. R. E. ist damit einverstanden, daß die von hiesigen Unterthanen im Auslande begangenen Verbrechen nach den Gesetzen des Orts, wo sie verübt worden, nur alsdann bestraft werden können, wenn dieselben gelinder, als die einheimischen Gesetze sind, und daß diese Beschränkung hinfüro zu beachten und als ein erklärender Zusatz dem §. 2 des wegen Bestrafung der von dieseitigen Unterthanen im königl. preussischen Territorio begangenen Forstfrevel an die St. und Kr. Ger. unter dem 28. October 1817 (f. „Forst- und Jagdwesen“) erlassenen Circulars anzufügen und sämtlichen Unterthanen zu ihrer Nachachtung bekannt zu machen ist. Gleichwol trägt f. G. R. E. Bedenken, den Grundsatz, daß die in fremden Territorien verübten Verbrechen nach den dortigen Gesetzen zu bestrafen seien, auch mit der vorgedachten Einschränkung im Allgemeinen in Ansehung aller Verbrechen und aller fremden Staaten, als eine gesetzliche Vorschrift festzustellen, sondern will es den Gerichten nur überlassen, in solchen Fällen den Umstand, daß das begangene Delict im Auslande mit einer geringeren Strafe belegt sein würde, als einen Milderungsgrund bei der Bestrafung zu berücksichtigen.

Resc. h. L. G. v. 4. December 1826.

Die höchste Verordnung vom 17. September 1825, die Competenzbestimmung der Gerichte bei einfachen ersten Diebstählen betr. hat bei verschiedenen Gerichten zu mehreren Zweifeln Veranlassung gegeben. Es ist nämlich 1) in Zweifel gezogen, ob der in der herzogl. Verordnung gebrauchte Ausdruck: „zum erstenmal verübte Entwendung und betrüglische Handlungen“ und „erste Diebstähle und Betrügereien“ im grammatischen oder rechtlichen Sinne zu nehmen seien; 2) welche Summe hinsichtlich der ganz geringen Entwendungen und betrüglischen Handlungen deren Bestrafung den h. St. Ger. und Kr. Aemt. überlassen, anzunehmen sei; 3) ob, wenn bei diesen ganz geringen Vergehen

gehen sich erschwerende Umstände finden, die St. Ger. und Kr. Nent. dennoch erkennen sollen; 4) endlich, ob das h. L. Ger., wenn wegen der zu seiner Competenz verwiesenen Diebstähle und Betrügereien wegen der vorhandenen Umstände und eintretenden Milderungs-Gründe eine geringere Strafe als 14 Tage Gefängniß und 10 Rthlr. Geld angemessen erscheint, dasselbe diese Strafe unter dem Minimum seiner Competenz selbst erkennen, oder eine solche Sache zur Bestrafung an die Distr. Ger. verweisen solle? Mittelft höchsten Resc. vom 21. November 1826 ist die höchste Willensmeinung dahin erklärt worden: ad 1. daß diese Ausdrücke allerdings im rechtlichen Sinne zu nehmen und der Gegensatz des zweiten Diebstahls im criminalrechtlichen Sinne des Worts seien, mithin mehrere vor einer erfolgten Bestrafung begangene Entwendungen und Betrügereien als zum erstenmal verübt und als erste zu betrachten seien; ad 2. daß unter ganz geringen Entwendungen und betrügerischen Handlungen solche zu verstehen seien, bei welchen der Werth der gestohlenen Sache, oder der durch den Betrug zugefügte Schaden nicht mehr als sechs zehn Gutegroschen betrage; ad 3. daß, wenn auch bei solchen ganz geringen Vergehen erschwerende Umstände vorkommen, (die, wie sich von selbst verstehe, jedoch keine Qualifikationen im rechtlichen Sinne sein müssen) dennoch die St. Ger. und Kr. Nent. zu erkennen haben, indem der Betrag dieser zu deren Competenz verwiesenen Vergehen so gering bestimmt ist, daß für dieselben, wenn sie auch unter erschwerenden Umständen begangen, dennoch das in der Competenz dieser Gerichte liegende Straf-Maximum von fünf Thalern und drei Tagen Gefängniß ausreiche; ad 4. daß in dem gedachten Falle das h. L. Ger. nicht selbst zu erkennen habe, sondern ihm unbenommen sei, den früheren als Regel nach bestehenden Competenz-Bestimmungen zufolge, die Sache zum Erkenntniß an die Distr. Ger. zu verweisen.

Deutsche Bund — dessen Beschlüsse.

Bekanntmachung des deutschen Bundestags-Beschlusses, die Bestellung der Central-Behörde zur näheren Untersuchung der in mehreren Bundes-Staaten entdeckten revolutionairen Umtriebe betr. (S. 79.) [No. 11.] (15. October 1819.)

Bekanntmachung des deutschen Bundestags-Beschlusses, die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maßregeln betr. (S. 84.) [No. 11.] (25. Oct. 1819.)

Bekanntmachung der provisorischen Executionsordnung im deutschen Bunde. (S. 88.) [No. 11.] (25. Oct. 1819.)

W. die Bekanntmachung des deutschen Bundestags-Beschlusses wegen des Kammer-Archivs betr. (S. 3.) [No. 2.] (20. Februar 1821.)

W. den, wegen der Zueignung und Uebersendung von Druckschriften an die deutsche Bundesversammlung in der Bundestags-Sitzung

vom 3. Julius d. J. genommenen Beschluß betr. (S. 133.) [No. 17.]
(29. Juli 1823.)

Bekanntmachung des Beschlusses — Anweisung der Censoren. (S. 133.) [No. 17.]
(29. Juli 1823.)

Dienstkleidung.

Bekanntmachung des f. G. R. C. die, für die bei der Forst- und Jagd-, so wie bei der Berg- und Hütten-Verwaltung angestellten Officianten vorgeschriebene, und die den Mitgliedern der f. R. gestattete Dienstkleidung betr. (S. 17.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)

Uniform der Forst- und Jagd-Officianten.

A. Allgemeine Vorschrift.

B. Besondere Abzeichen

- 1) der Oberjägermeister, (S. 18.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 2) der Oberforstmeister und derjenigen Forstmeister, welche gleich den erstern, einer wirklichen Forstmeisterei vorstehn, (S. 18.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 3) der Titular-Forstmeister und Forst-Räthe, (S. 18.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 4) der Oberförster, Forstsecrétaires, Forstschreiber und sonstigen Officianten gleichen Ranges, (S. 18.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 5) der reitenden Förster und der gehenden Förster 1ster Klasse, wenn sie, wie die erstern, ein eigenes Revier unter sich haben, (S. 18.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 6) der gehenden Förster 1ster und 2ter Klasse, welche kein eigenes Revier haben, (S. 19.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 7) der Unterförster und Holznechte. (S. 19.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)

Uniform der Berg- und Hütten-Officianten.

A. Allgemeine Vorschrift.

- 1) Corps der Bergleute, (S. 19.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 2) Berg- und Hütten-Bediente auf den Werken und bei besondern Gelegenheiten, (S. 19.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 3) Officianten. (S. 19.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)

B. Besondere Abzeichen

- 1) des Berghauptmanns, (S. 20.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 2) des Oberberggraths und Rammerraths zu Blankenburg, (S. 20.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 3) der Oberhütten-Inspectoren, Oberbergmeister, Fabrik-Directoren und andern Officianten gleichen Ranges, (S. 20.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 4) der Hütten-Inspectoren, Bergmeister, Obergeschwornen, Oberfactoren, Hütten-schreiber und andern Officianten gleichen Ranges, (S. 20.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 5) der Obersteiger, Steiger, Gehilfen, Controleurs und andern Officianten gleichen Ranges. (S. 21.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)

Dienstkleidung der Mitglieder der fürstlichen Kammer.

- 1) Für die Kammer-Präsidenten und die Kammer-Directoren, (S. 21.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 2) für die Kammerräthe, (S. 22.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)
- 3) für die Kammer-Messoren. (S. 22.) [No. 4.] (1. Juli 1817.)

D o m a i n e n. (f. auch Kammer.)

Verfügung der fürstl. Regierung=Commission, die Geschäftsführer der vormaligen Donatarien herrschaftl. Domainen betr. (S. 11.) [No. 1.] (4. Januar 1814.)

B. die Aufhebung der Domainendirection und die Errichtung einer provisorischen Domainen=Verwaltungs=Commission betr. (S. 12.) [No. 1.] (8. Januar 1814.)

Verordnung vom 21. April 1815. S. 5.

Weitreibung der Domainen= u. Gefälle. Vergl. „Steuern.“

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 24. Mai 1814.

In den Fällen, wenn ein der f. R. zinspflichtiger Meier wegen einer zu contrahirenden Schuld sein Meier=Gut, oder ein Partinenz=Stück desselben verhypotheciren will, oder sonst über dasselbe einen Contract abzuschließen Willens ist, soll ohne Ausnahme von den Gerichten erst an das f. R. E. berichtet und der Consens desselben dazu erwartet werden.

Resc. f. R. E. v. 8. December 1814.

In vorkommenden Gesuchen um Ertheilung neuer Investituren oder Consense zur Verpfändung und Veräußerungen der Erbenzins=Güter, soll auf den Legitimations=Punct geachtet, auch der neueste Erbenzinsbrief eingefordert und mit dem zu erstattenden Berichte an das f. R. E. eingesandt werden.

Resc. f. R. E. v. 17. Mai 1815.

Durch ein höchstes Resc. vom 12. d. M. ist das f. R. E. angewiesen worden, die von den Häuslingen ehemals geleisteten Naturaldienste, oder dafür erlegten Geldprästationen, als in der vormaligen Landes=Verfassung begründet, überall, wo sie ehemals der Landesherrschaft geleistet worden, auf dieselbe Weise als vormals einzufordern; die Naturaldienste insbesondere zur Verbesserung der Wege und zur Forstcultur zu verwenden, die Geldprästationen aber gehörigen Orts berechnen zu lassen. Wo hingegen ehemals nicht die Landesherrschaft, sondern Privatpersonen jene Leistung zu fordern gehabt haben, und zwar ohne Unterschied, ob Naturaldienste oder Geldprästationen, und unter was für einem Namen die letzteren, da sollen dieselben den ehemals Berechtigten auch jetzt verbleiben, und es ihnen überlassen werden, ihre Gerechtsame gegen die Pflichtigen zu verfolgen. Zufolge jener höchsten Anweisung wird nun erforderlich sein:

Domainen, Rescripte.

1) daß eben so, wie vor der französischen Occupation der hiesigen Lande, von allen Häuslingen Verzeichnisse angefertigt und in denselben die Häuslinge einer jeden Dorfschaft, namentlich unter den bekannten drei Rubriken der vermögenden, der unvermögenden und der ex Privilegio freien Häuslinge aufgeführt, und bei jenen und diesen die Ursachen des Unvermögens und der Befreiung angegeben werden;

2) daß die Verzeichnisse jedesmal Ostern und Michaelis, jene für das halbe Jahr von Ostern bis Michaelis und diese für das halbe Jahr von Michaelis bis Ostern angefertigt und zur Genehmigung an f. R. eingesandt werden;

3) daß, da die Kr. Ger. die Dorfschaften mehrerer vormaligen Aemter unter sich begreifen und in den verschiedenen Aemtern verschiedene Observanzen in Hinsicht der Häuslingsdienste und der dafür zu erlegenden Geldprästationen Statt finden, von den Dorfschaften eines jeden vormaligen Amtes besondere Verzeichnisse angefertigt werden, damit solche den fortdauernden Recepturen dieser vormaligen Aemter zugefertigt werden können;

4) daß die Häuslinge in diesen Verzeichnissen mit den Naturaldiensten oder Geldprästationen, welche sie vor der Occupation geleistet oder entrichtet haben, angelegt werden, und werden die Rechnungsführer bei den Recepturen der vormaligen Aemter darüber, ob die Dienste geleistet, oder ob Geldprästationen und welche, erfolgt sind, wenn es nöthig ist, Auskunft geben.

Da übrigens diese Naturaldienste oder Geldprästationen von Johannis 1815 an, ihren Anfang nehmen sollen, so wird erforderlich sein, daß für dasmal diese Verzeichnisse, nach obiger Vorschrift, für das Vierteljahr von Johannis bis Michaelis 1815 forsbearbeitet angefertigt und eingesandt werden.

Resc. f. R. E. v. 30. April 1817.

Damit die Amts-Rechnungen gehörig wieder eingerichtet und künftig in Ordnung erhalten werden mögen, so werden die Kr. Ger. angewiesen, ein Namensverzeichnis von allen in jeder Dorfschaft des Kreisbezirks jetzt befindlichen Hauswirthen, in den, fürstl. Kammer pflichtigen Höfen, nach ihren verschiedenen Klassen, mit Inbegriff der Anbauer, unter Beifügung der Brandversicherungsnummern, aufzustellen und jedem betreffenden Rechnungsführer der Amtsintraden von den nach den vorigen Amtsbezirken dazu gehörigen Dorfschaften zuzufertigen, so wie auch künftig am Schlusse eines jeden Jahrs von den sich im Laufe desselben zugetragenen Veränderungen der Grundbesitzer in Kenntniß zu setzen.

Instruction für einen Kohlenvoigt vom 28. Februar 1818.

Ihr sollt auf Euren Diensteid in Euren Verrichtungen getreu und gewärtig sein, Nutzen in allen Stücken fördern, Schaden und Nachtheil aber verhüten, wehren und abwenden, Euch eines christlichen Lebens und Wandels befleißigen, Untreue meiden, übrigens aber Euch in Eurer anbefohlenen Arbeit nach Eurem besten Wissen und Gewissen treu verhalten, in allen, in Euren Dienstgeschäften Euch gegebenen oder zu gebenden Ge- und Verboten Gehorsam und den Euch vorgesetzten Hütten- Bedienten gehörige Folge

leisten und ihnen den gebührenden Respect geben, insbesondere aber folgende Punkte unverbrüchlich halten:

§. 1. Bei Anfuhr der Kohlen und des Eisensteins, auch bei Anlieferung anderer Hüttenbedürfnisse, als Sand, Lehm, Holz, Steine u. müßt Ihr beständig gegenwärtig sein und zusehen, wie diese Materialien beschaffen sind, und sobald Ihr an deren Güte etwas auszufehen findet, es den Hüttenbedienten anzeigen, damit mehrerem Schaden vorbeugt werden könne.

§. 2. Seid Ihr verbunden, auf die Kohlen = Körbe und Eisensteins = Höhlen wohl zu achten, ob sie nach dem vorgeschriebenen Maße gemacht und gebrannt sind, auch die völlige und richtige Ladung haben, und falls Ihr hieran Mangel bemerkt, müßt Ihr dieselben mit Hilfe des Fuhrmanns nachmessen und das wirklich gefundene Maaß dem Hüttenbedienten, wenn solcher anderer Verrichtungen halber nicht selbst bei dem Messen gegenwärtig sein kann, melden, wobei Euch, bei unausbleiblicher Strafe, ausdrücklich verboten wird, so wenig von den Köhlern und Vergleuten, als Fuhrleuten Geschenke, wie solche auch Namen haben mögen, zu nehmen, welche Geschenke Euch in der Absicht angeboten werden, daß Ihr wegen schlechter Kohlen oder betrügllicher Eisensteins = oder Kohlen = Ladung, durch die Finger sehen, ersteres nicht anzeigen und letzteres nicht nachmessen möget.

§. 3. Sollt Ihr Euch nicht unterstehen, die angelieferten Kohlen eher in die Schuppen zu tragen, bevor sie nicht eine Nacht auf dem Platze gelegen haben und Ihr versichert seid, daß sie kalt sind, um hierdurch wegen Feuergefährdung gesichert zu sein. Ebenmäßig wird Euch untersagt, mit einer brennenden Pfeife bei den Kohlen, oder an feuergefährlichen Orten umher zu gehen, und Euch zur Pflicht gemacht, nicht zu dulden, daß Andere dieses thun. Auch habt Ihr überhaupt zur Abwendung einer Feuergefährdung auf das Sorgfältigste Acht zu haben, sowohl auf den Werken selbst, als in und bei den herrschaftlichen Wohnungen. Mit Beiragung der Kohlen habt Ihr vorsichtig zu Werke zu gehen, solche nicht unnöthiger Weise zu zerschlagen oder zu zertreten und die Stäbke ganz rein auszuhalten. An den Bränden dürft Ihr Euch nicht vergreifen und davon keine nach Hause tragen, auch die Kohlen für die Hammer = und Zain = Schmiede richtig wieder ausmessen, und alle Sonnabend sollt Ihr den Hüttenbedienten genau angeben, wie viel Fuder Kohlen die Woche verbrannt worden sind.

§. 4. Eine jede Gattung Eisenstein sollt Ihr auf ein besonderes Hauswerk stürzen lassen und bei der Anfuhr mit der größten Aufmerksamkeit darauf achten, ob richtig geladen und reiner guter Eisenstein geliefert worden; beobachtete Mängel aber sind sofort den Hütten = Officianten anzuzeigen.

§. 5. Habt Ihr das gegossene und geschmiedete Eisen, nach allen vorhandenen Gattungen in Gegenwart der Hüttenbedienten richtig abzuwägen und das Stabeisen nach der Vorschrift gehörig zu werfen und zu probiren, die Stäbe und Stücke wohl zu beobachten, ob solche auch rein und ganz ausgeschmiedet, wie auch deutlich gezeichnet sind, und

wenn sich Fehler daran finden, solche den Hüttenbedienten zu zeigen, damit das fehlerhafte Eisen den Hammerschmieden zur gehörigen Ausschweifung wieder zurückgegeben werde, sodann das abgeworfene Eisen an festgesetzten Abwägetagen in die Vorrathskammer zu bringen, und so oft Fuhren mit Eisen abgeschickt werden, dasselbe wieder in Gegenwart der Hüttenbedienten auszuwägen, desgleichen auch den Hammerschmieden das Roheisen aus den Vorrathskammern zuzuwägen.

§. 6. Kommt Euch zu, die Hüttengräben und Hammerkassen von Eis, Schlamm und Hefe, so viel bei dem Stau des Wassers nach Möglichkeit geschehen kann, rein zu halten, und wenn es nöthig ist, daß Euch Tagelöhner dabei zugegeben werden müssen, selbige zur Arbeit anzuhalten, desgleichen auch auf Wehre und Geschütze genaue Aufsicht zu haben und letzteren sowohl, bei großem und knappem Wasser, die gehörige Richtung zu geben.

§. 7. Müßet Ihr, so viel Euch möglich ist, auf sämtliche Hüttengebäude ein wachsames Auge haben, damit solchen kein vorseßlicher Schaden, insonderheit durch Feuer geschehe; solltet Ihr dergleichen wahrnehmen, so ist es Eure Pflicht, dieses Euren Vorgesetzten, und im Falle eines von einem dabei Betroffenen mit Angabe des Namens desselben, sogleich zu melden.

§. 8. Auch habt Ihr nach aller Möglichkeit darauf zu sehen, daß so wenig Kohlen als Eisen, noch andere herrschaftl. Materialien, Producte und Inventariestücke diebischer Weise entwendet werden, und wo Ihr dergleichen Diebereien entdecken solltet, solche sogleich den Hüttenbedienten ohne den mindesten Rückhalt anzuzeigen, ohne dieserhalb, da es Eure Pflicht Euch auferlegt, eine besondere Belohnung zu erwarten.

§. 9. Wenn auf demjenigen Werke, wo Ihr angestellt seid, der Hüttenbediente nicht gerade gegenwärtig ist, oder wenn es von demselben Euch aufgetragen wird, so habet Ihr auf den Fleiß der bei der Hütte in Arbeit stehenden Handwerker, Tagelöhner und Hüttenleute zu achten, sie zum Fleiße und zu guter Ausführung der Arbeiten anzuhalten und wenn Eure Anmahnungen in einzelnen Fällen nicht fruchten sollten, den Hüttenbedienten den nämlichen Tag nach der Schicht, oder früher, Anzeige davon zu thun.

§. 10. Wenn Ihr wahrnehmen solltet, daß die Hüttenleute und andere Arbeiter mit den Kohlen, mit dem Bau- und Gerätheholze und andern Materialien, mit herrschaftl. Geräthschaften und allem Eigenthum der Werke nicht sparsam und ordentlich umgehen würden, so solltet Ihr solches sofort den Euch vorgesetzten Hüttenbedienten anzeigen.

§. 11. Ohne Erlaubniß und Vorwissen des Euch vorgesetzten Hüttenbedienten sollt Ihr Euch nicht von den Hüttenwerken entfernen, vielweniger eine Nacht davon abwesend sein.

§. 12. Wenn es in der Folge gut gefunden werden sollte, Euch noch ein Mehreres aufzutragen, was Ihr an Arbeit oder Aufsicht auszuführen im Stande wäret, so habt Ihr auch dieses auf Euern geleisteten Dienst und nach Anleitung des Hüttenofficianten treu und redlich auszuführen.

§. 13. Bei Wasserfluthen habt Ihr sehr wachsam zu sein und dahin zu sehen, daß

die Schätze bei Zeiten gezogen und dadurch wie durch andere zweckdienliche Vorrichtungen, so viel möglich, die Hüttenwerke vor Wasserschaden bewahrt werden.

S. 14. Ihr habt überhaupt alles dasjenige nach Eurem äußersten Vermögen und Kräften zu thun, was dem herrschaftlichen Interesse zum Besten gereicht, wie es einem ehrlichen Kohlenvoigt gebühret und Ihr es vor Gott und gnädigster Herrschaft zu verantworten Euch getrauet, auch solltet Ihr Euch hierin nicht hindern lassen durch Freundschaft, Feindschaft, Geschenke oder Gaben, vielmehr habt Ihr, wenn Ihr sehen solltet; daß andere Leute auf der Hütte dem herrschaftlichen Interesse durch Saumseligkeit und untüchtige Arbeit, oder auch wol gar durch Betrug, Diebstahl und dergleichen zuwiderhandeln würden, solches Eurem vorgesetzten Hüttenbedienten unverzüglich zu hinterbringen, und im Falle dieser der Sache nicht abhilft, der Direction selbst anzuzeigen.

Resc. f. R. E. v. 4. Januar 1819.

F. R. findet nöthig zur Abänderung der Häuslings-Verzeichnisse bei künftiger Anfertigung derselben Folgendes zu bemerken:

1) es sind die in ein Verzeichniß gebrachten unvermögsamen und ex privilegio freien Häuslinge künftig zu trennen, und für jede Klasse besondere Verzeichnisse und zwar für erstere nach dem beizubehaltenden Schema, worin beide Klassen bisher eingetragen worden, für letztere aber nach dem Schema der vermögsamen Häuslinge, mit Angabe der Ursachen der Freiheit, anzufertigen;

2) jedes einzelne Dorf muß mit einer fortlaufenden Nummer versehen werden; dann sind die Schutzelts-Beträge für jedes Dorf besonders zu summiren, am Ende die Dörfer, nach der Reihfolge, mit ihrer Summa zu wiederholen und Haupt-Summa zu ziehen, und endlich sind

3) sämtliche Verzeichnisse künftig in duplo anzufertigen und einzusenden.

Es wird noch bemerkt,

daß in die Verzeichnisse der Häuslinge und zwar vor der Rubrik des Schutzelts-Ansatzes noch zwei besondere Rubriken für Manns- und Frauens-Personen eingerückt werden müssen, indem das Schutzelts, nachdem es zwei oder einzelne Personen sind, abwechselt, und danach sodann eher beurtheilt werden kann, ob der Geld-Ansatz für zwei oder einzelne Personen gelten soll.

Die f. R. Ger. haben nun diejenigen, welche die Anfertigung der Häuslings-Verzeichnisse zu besorgen haben, hienach gleichfalls gehörig anzuweisen, damit solche künftig nach der vorgeschriebenen Abänderung eingerichtet und eingeliefert werden.

(Vergl. Ergänzt. z. Frederisdorf Promt. Art. Dienst- und Schutzelts.)

Resc. f. R. E. v. 23. Juli 1819.

In der Anlage wird den f. R. Ger. Abschrift einer Verfügung an sämtliche Domainen-Receptoren vom 23. Juli 1819, das Verfahren bei Annahme der herrschaftlichen Zinsfrüchte betr., mitgetheilt, und gewärtigt f. R., daß die darin gedachten Untersuchungen möglichst beschleunigt, und nicht allein die Boden- und Scheuren-Vorräthe

untersucht, sondern auch auf andere zweckdienliche Weise, z. B. durch Vernehmung der Müller, die nöthigen Aufklärungen werden herbeigeschafft und demnächst von dem Ausfall der Untersuchung, unter Beifügung einer Probe des bei den Censiten vorrätzig befundenen Kornes, dem betreffenden Receptor die nöthigen Nachrichten mitgetheilt werden.

Un die sämtlichen Domainen = Receptoren.

Häufige Erfahrungen haben ergeben, daß das für herrschaftl. Rechnung aufkommende Zinsgetreide in der Regel und wenigstens zum größern Theile, auch selbst dann, wenn die Erndte allgemein günstig ausgefallen ist, von äußerst schlechter Beschaffenheit, theils mit Unkraut und Unrath vermischt, theils im Korn zu leicht, von den Censiten abgeliefert und bei den Domainen = Receptoren angenommen wird. Da hiedurch den Deputat- und sonstigen Empfängern, welche Zinsgetreide erhalten, gerechte Veranlassung zu Beschwerden gegeben, und den Domainen = Cassen wesentlicher Nachtheil zugefügt wird, den Censiten aber, wenn es an der gehörigen Aufsicht bei der Empfangnahme der Zinsfrüchte fehlt, Gelegenheit gegeben wird, sich ihren Verpflichtungen auf eine unrechtmäßige Weise zu entziehen, so erachtet f. K. für nothwendig, den sämtlichen Domainen = Receptoren folgende Vorschriften zur genauen Beobachtung für die Folge bekannt zu machen:

Als Regel gilt, daß die Censiten verpflichtet sind, unter allen Umständen die Zinsfrüchte ohne widrigen Geruch, vom Unkraute, Staube und sonstigen Unrathen dergestalt gereinigt, wie das Korn zum Verkaufe gestellt zu werden pflegt, mithin als marktgängige Waare abzuliefern. Gleichfalls darf unter keiner Bedingung allzuleichtes Korn, und namentlich das sogenannte Hinterkorn zum Zinse geliefert werden. Ob das Korn an sich selbst leicht oder schwer sei, hängt freilich zum Theil vom Local und andern Umständen ab, allein die Lieferung der Zinsfrucht darf wenigstens von keinem geringeren Gehalte geschehen, als der Censit im Durchschnitt selbst geerntet hat, und in dieser Hinsicht werden bei dem Receptor nicht leicht Zweifel entstehen, da der Ausfall der Erndte und gewöhnlich auch die näheren Verhältnisse der Censiten demselben bekannt sind.

Der Receptor hat bei der Ablieferung hiernach pflichtmäßig zu untersuchen und zu beurtheilen, ob diese Bedingungen von dem Censiten erfüllt sind, oder nicht. Nur im erstern Falle ist das Korn anzunehmen und darüber zu quittiren; im letztern Falle aber, und wenn der Receptor begründeten Verdacht hegt, daß der Censit schlechteres Korn zu liefern beabsichtige, als er geerntet hat, ist solches zurückzuweisen und keine Bescheinigung darüber zu erteilen.

Versteht der Censit in Güte sich dazu, das angebotene schlechte Getreide zurückzunehmen und ohne langen Verzug gegen besseres umzutauschen, so ist die Sache damit abgethan; wird hingegen solches von ihm verweigert, so ist sofort von abgeliefertem, schlechtem Getreide eine Probe zu nehmen, und solche dem betreffenden f. Kr. Ger. mit dem Antrage zuzusenden, sowohl die Boden = Vorräthe, als die Scheuren = Vorräthe des Censiten, letztere durch einen Probedrusch untersuchen zu lassen. Der Ausfall dieser Untersuchungen, deren Beschleunigung möglichst zu betreiben ist, und deren Resultate dem Re-

Re-

Receptor, unter Beifügung der Probe von den untersuchten Vorräthen mitzutheilen, die f. Kr. Ger. unterm 23 Julius 1819 angewiesen sind, wird sodann ergeben, ob das zuerst abgelieferte Getreide anzunehmen, oder nach Maßgabe der letztgedachten Proben, gegen besseres von dem Cenfiten umzutauschen sei.

F. R. gewärtigt, daß für die Folge nach diesen Vorschriften genau werde verfahren werden, und behält sich in vorkommenden Fällen ihre Ansprüche an denjenigen Receptor ausdrücklich vor, welchem Mangel an Aufsicht bei der Abnahme der Zinsfrüchte zur Last fallen würde.

Braunschweig, den 23. Juli 1819.

Resc. f. R. E. v. 8. April 1820.

Vor Eintritt der Usurpationsperiode sind die Häuslings-Verzeichnisse jedesmal mit Zuziehung der Pächter der f. Aemter und zwar dergestalt angefertigt, daß die Ortsvorsteher in Gegenwart der gedachten Pächter über die Verhältnisse der Häuslinge vernommen sind.

Da diese Einrichtung für höchst angemessen und nothwendig gefunden worden, so soll selbige wieder hergestellt werden und haben die f. Kr. Ger. bei künftiger Aufstellung der Häuslings-Verzeichnisse hiernach zu verfahren, wie denn auch hiervon die gedachten Pächter in Kenntniß gesetzt sind.

Resc. f. R. E. v. 24. November 1820.

Es ist durch die landesherrl. Verordnung vom 5. Januar 1741 verordnet, daß die Beamten und Rechnungsführer, welche Dienstgelber zu erheben haben, mit einem jeden dienstpflichtigen Unterthan in den bestimmten Terminen im Beisein des Justitiarius ordentliche Abrechnung halten, in den Quittanzbüchern, wie viele Tage ein jeder in natura geleistet, oder mit Gelde, und wie hoch bezahlt habe, nebst Beisehung des termini a quo und ad quem notiren und die Dienstpflichtigen darin selbst quittiren sollen.

Diese Verordnung ist durch das landesherrl. Circular-Resc. vom 13. Juli 1786 erneuert und zugleich näher bestimmt, daß die Dienstpflichtigen in den festgesetzten Terminen vorgefordert, von den Justiz-Beamten die Abrechnung nachgesehen, dieselbe mit dem Dienst-Manuale conferirt, die Dienstpflichtigen mit ihren Beschwerden gehört, dieselben deshalb belehrt, oder den Umständen nach davon an die Behörde berichtet, der Abschluß, wenn nichts dabei zu erinnern ist, den Dienstbüchern inserirt und die in den Händen des Rechnungsführers bleibende Abrechnung von dem Justiz-Beamten attestirt werden soll.

Es ist indeß dem f. G. R. E. zur Anzeige gekommen, daß dieser Verordnung zeithier nicht durchgängig Genüge geleistet ist und da die Dienstabrechnung in der Maße, als sie vorgeschrieben ist, nicht allein in mehr als einer Hinsicht zur Beförderung des herrschaftl. Interesse, sondern auch zum Besten der Dienstpflichtigen gereicht, so ist mittheilt allerhöchsten Resc. vom 4. v. M. der f. R. der Auftrag ertheilt, den f. Kr. Ger.

und den Rechnungsführern, welche mit den Dienstpflichtigen dergleichen Abrechnungen über die an Domainen=Pächter verpachteten und zum herrschaftl. Behufe reservirten und verbrauchten Dienste zu halten haben, zu eröffnen, daß dergleichen Dienstabrechnungen der Vorschrift gemäß in Gegenwart eines Justiz=Beamten, oder falls dieser durch dringende unaufschiebbliche Amtsgeschäfte daran verhindert wird, im Beisein eines Actuarius geschehen, und die Verordnung auf das Pünctlichste zur Anwendung gebracht werden soll.

Die f. Kr. Ger. haben daher künftig diese Anordnung genau zu befolgen, und mit den betreffenden Domainen=Pächtern und Rechnungsführern die Lage zu verabreden, an welchen die Dienstabrechnung mit den Dienstpflichtigen vorzunehmen ist.

Resc. h. R. E. v. 20. September 1826.

Wegen Erneuerung der Concessionen zum Hoken= und Victualienhandel f. Polizei und Verwaltung.

Resc. h. R. E. Section für Kloster=Sachen v. 15. Januar 1827.

Hinsühro sind die im herrschaftlichen Dienste stehenden Walдарbeiter unter die ex privilegio dienstfreien Häuslingen in den Verzeichnissen über das Häuslings=Dienstgeld aufzuführen.

Resc. h. R. E. v. 17. April 1827.

Die Erhebung des nach den landesh. Resc. vom 14. August 1745, 10. April 1753 und 14. März 1755 von allen Huf= und Grob=Schmieden auf dem Lande an h. R. zu entrichtende Abgabe des Schmiede=Zinses ist noch nicht in Ansehung derjenigen Schmiede verfügt, welche schon vor der Usurpation zur Gewerbe=Ausübung berechtigt und zur Erlegung des Schmiede=Zinses verpflichtet gewesen sind. Um diese Erhebung gehörrig begründen zu können, ist eine Nachweisung der Huf= oder Grob=Schmiede mit folgenden Rubriken aufzustellen:

- 1) Nro.
- 2) Namen der Eigenthümer und gegenwärtigen Pächter der Schmieden mit Angabe der Pachtzeit;
- 3) ob dieselben neuerlich mit Concessionen versehen und demnach auch schon zum Schmiede=Zinse herangezogen sind;
- 4) ob und zufolge welches älteren Berechtigungs=Titels sie im andern Falle die Profession betrieben und zum Schmiede=Zinse noch heranzuziehen sind;
- 5) welche Gründe gegen die Einziehung des Schmiede=Zinses in die Kammer=Casse sprechen.

(Vergl. R. A. vom 11. Juli 1823. S. 14.)

Resc. h. R. E. v. 10. October 1827.

Da es nicht für nöthig gefunden, daß die Schutz= und Dienstgeld=Verzeichnisse von den Zahlungsunfähigen und ex privilegio freien Häuslingen an h. R. E. in duplo eingesandt werden, vielmehr ein Exemplar derselben genügt: so wird solches den h. Kr. Aemt. zur künftigen Nachachtung hiemit eröffnet.

Domainen, Rescripte. Ehe- und Verlöbniß-Sachen. 43

Bekanntmachung h. R. C. v. 21. October 1827.

(Br. Anz. 1827: St. 84.)

Es ist bemerkt worden, daß die im Resc. vom 6. Aug. 1819 an die damaligen Elementar-Erheber ergangenen Vorschriften über das bei der Einsendung von Geldern an die h. Kammer-Casse zu beobachtende Verfahren nicht allgemein befolgt worden; es sind daher alle diejenigen Rechnungsführer und sonstige Personen, welche Gelder an die genannte Casse einzuzahlen haben, zur Befolgung nachstehender Punkte hiemit aufgefordert:

1) alle an die h. Kammer-Casse abzuliefernden Geldebeträge dürfen nur in Rollen und nicht in Paqueten eingezählt sein;

2) keine Rolle darf so lang geformt sein, daß sie leicht zerbricht, namentlich darf eine Rolle von $\frac{1}{4}$ Stücken nicht mehr und nicht weniger als den Betrag von 5 Rthlr., eine Rolle von $\frac{1}{2}$ Stücken, so wie eine dergleichen von $\frac{1}{6}$ Stücken, nicht mehr und nicht weniger als den Betrag von 10 Rthlr. enthalten;

3) es muß zu den Geldrollen nur starkes und in der Art unbeschriebenes Papier genommen werden, daß die Inhaltsanzeige reinlich und deutlich darauf notirt werden kann;

4) keine Rolle darf Münzsorten von verschiedenem Werthe enthalten;

5) alle Rollen müssen versiegelt werden;

6) auf den Rollen müssen außer dem Betrage des Inhalts auch die Münzsorten und der Name des Absenders bemerkt werden; endlich

7) müssen die abzuliefernden Beutel und Paquete, in welchen sich die Geldrollen befinden, gut und fest verwahrt, versiegelt und mit einer Bezeichnung des Inhalts versehen sein.

Die h. Kammer-Casse ist autorisirt worden, diejenigen Rollen u., bei welchen eine dieser Vorschriften versäumt ist, auf Kosten der Einsender zurückgehen zu lassen.

Ehe- und Verlöbniß-Sachen. (s. Justiz-Verfassung.)

B. die Nichtannahme der Klagen auf Vollziehung der Ehe. (S. 166.)
[No. 10.] (15. Februar 1814.)

Klagen auf Vollziehung der Ehe sollen nicht angenommen werden. (S. 167.)
[No. 10.] (15. Februar 1814.)

Dem Verlobten bleibt gegen den zurücktretenden Theil und der Geschwächten gegen den Verführer die Entschädigungs-Klage vorbehalten. (S. 167.) [No. 10.] (15. Februar 1814.)

B. die Anstellung des Desertions-Prozesses wider die aus den letztern Kriegen nicht zurückgekehrten Militair-Personen betr. (S. 53.) [No. 12.] (1. October 1817.)

Den Militair- und sonstigen, den verschiedenen Truppen-Corps gefolgten Personen, welche den letztern Feldzügen mit beigewohnt und binnen Jahresfrist sich nicht eingefunden, trifft die Vermuthung einer pflichtwidrigen Abwesenheit und es sind de-

44 Ehe- und Verlöbniß-Sachen zc. Resc. Feiertags-Ordnung.

ren Ehefrauen berechtigt, wegen bösslicher Verlassung auf Ehescheidung zu klagen — Verfahren des Gerichts. (S. 53.) [No. 12.] (1. October 1817.)

Declaration, die Competenz des f. l. Ger. in Ehesachen betrff. (S. 29.) [No. 4.] (4. Mai 1818.)

(cf. B. v. 15. Jan. 19. Febr. 1814 und Verfüg. v. 3. Febr. 1814. S. 7.)

Alle, die Eheverträge selbst betrff. Streitigkeiten, auch wegen Ertheilung oder Ergänzung der Einwilligung der Aeltern zur Eingehung der Ehe, gehören in 1ster Instanz vor das l. Ger., die auf das Vermögen beziehenden Klagen vor die St. und Kr. Ger. (S. 29.) [No. 4.] (4. Mai 1818.)

R e s c r i p t.

l. Resc. v. 10. Februar 1815.

Der Bedemund muß, da derselbe nur als Abgabe betrachtet werden kann und als solche dem jetzt bestehenden Steuer-Systemen fremd ist, bis auf weitere Verfügung cessiren.

Feiertags-Ordnung.

Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 43 u. 44. die beabsichtigte neue B. über eine angemessene Feiertags-Ordnung und Bußtags- und Hagelfeier-Verlegung betrff. (S. 156.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

B. die erneuerte Feiertags-Ordnung betrff. (S. 14.) [No. 3.] (28 März 1825.)

§. 1. Keine Arbeit, wenn sie mit Geräusch zc. verbunden, auf öffentlichen Plätzen, Straßen zc. — Nothfälle ausgenommen. (S. 14.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 2. Keine ländliche Arbeiten in dem Felde zc. — Ausnahmen. (S. 15.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 3. Nicht Brauen und Mahlen — Ausnahmen. (S. 15.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 4. Nicht Fischen, Jagen, Aufbieten der Herrendienste dazu, den ganzen Tag hindurch. (S. 15.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 5. Verschließung der Kramladen, Fleischscharren, Bäckerbuden während des Gottesdienstes. (S. 15.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 6. Desgleichen der Wirthshäuser — Schänken zc. (S. 16.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 7. Erlaubniß zu unschuldigen Vergnügungen — Einschränkungen. (S. 16.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 8. In Ansehung der Hochzeiten hat es bei den Vorschriften des §. 13. der B. vom 14. April 1814. sein Verbleiben. (S. 16.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 9. Extension der Verfügungen auf andere Feste — Grünebonnerstag. (S. 16.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 10. Einführung eines Bußtages. (S. 17.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 11. Verlegung der sogenannten Hagelfeier. (S. 17.) [No. 3.] (28. März 1825.)

§. 12. Musik in der stillen Woche vor Ostern. (S. 17.) [No. 3.] (28. März 1825.)

Feiertags-Ordnung. Fideicommiss. Forst- und Jagd-Wesen. 45

- §. 13. Strafbestimmungen wegen der Uebertretungen. (S. 17.) [No. 3.] (28. März 1825.)
 §. 14. Vorschriften an Obrigkeiten und Prediger. (S. 17.) [No. 3.] (28. März 1825.)

Fideicommiss.

- W. die Anmeldung und Eintragung der Fideicommiss betr. (S. 93.)
 [No. 22.] (12. Nov. 1827.)
 §. 1. Geschichte in vorgeschriebener Frist. (W. vom 1. Decbr. 1758.) bei dem St. Ger.
 oder Kreisamte. (S. 94.) [No. 22.] (12. Nov. 1827.)
 §. 2. Ertheilung einer Bescheinigung. (S. 94.) [No. 22.] (12. Nov. 1827.)
 §. 3. Besondere Gerichtsbücher. (S. 94.) [No. 22.] (12. Nov. 1827.)
 §. 4. Eintragung ins Hypothekenbuch. (S. 95.) [No. 22.] (12. Nov. 1827.)

Forst- und Jagd-Wesen.

- F. Regier. Commission Verfügung, das Verfahren der Gerichte betr.
 (S. 69.) [No. 7.] (3. Februar 1814.)
 §. 29. Competenz-Bestimmung in Rücksicht der Bestrafung der Wald- oder Jagd-Frevel.
 (S. 95.) [No. 7.] (3. Februar 1814.)
 W. die Einrichtung des Justizwesens betr. (S. 21.) [No. 6.] (26. März 1823.)
 §. 2. No. 3. §. 4. No. 2. Competenz-Bestimmung in Rücksicht der Wald- und Jagd-
 Frevel. (S. 23. 26.) [No. 6.] (26. März 1823.)
 F. Regier. Commission Bekanntmachung, den Schluß der Jagd betr.
 — Auf den 15. Februar jeden Jahrs. (S. 116.) [No. 7.] (2. Febr. 1814.)
 W. das in Forststraf-Sachen zu beobachtende Verfahren betr. (S. 57.)
 [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 1. Verpflichtung der Forstbedienten wegen Anzeige der Forst- und Jagd-Frevel.
 (S. 57.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 2. Bestrafung wegen der Unterlassung der Anzeige. (S. 58.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 3. Verfolgung der Spuren- und Haus-Suchungen mit Zuziehung des Amts-Boigts
 und Orts-Vorstehers. (S. 58.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 4. Die Pfandungen betr. und Vorschriften deshalb. (S. 58.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 Eigenthümer und Gemeinen haften für Pfandgebühren und Kosten mit Vorbehalt
 des Regreßes. (S. 58.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 5. Bestimmung, wie es mit dem gestrevelten Holze zu halten sei. (S. 60.) [No.
 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 6. Vorschriften wegen Anfertigung und an die Bezirks-Oberförster monatlich zu
 überliefernden Anklage-Listen und Protokolle. (S. 61.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 7. Glaubwürdigkeit der Protokolle der beeidigten Forstbedienten und Jägerburschen.
 — Vorbehalt des Gegenbeweises — Eidesformel. (S. 62.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 Bezeugung der Protokolle — Befleißigung zur Wahrheit. (S. 63.) [No. 10.]
 (5. Mai 1815.)

Prüfung der eingegangenen Anzeigen vom Oberförster. (S. 64.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Fehlerhafte Protokolle — Vernehmung des Verfassers von dem Gerichte — Glaubwürdigkeit der selbst wahrgenommenen Frevel. (S. 64.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 8. Monatliche Ablieferung der Frevel-Listen und Protokolle an den Oberförster. — Prüfung von demselben und Anträge nach dem Formular A. und B. (S. 65.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 9. Eintragung ins Register C. und monatliche Uebergabe ans Kr. Ger. (S. 65.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 10. Vorladung der Frevel — Gegenwart des Oberförsters und im Behinderungsfall eines Försters seines Bezirks in dem Untersuchungs-Termine. (S. 65.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 60. wegen der Privat-Förster.)

§. 11. Inhalt und Insinuation der Vorladung — Contumacial-Erkenntniß und dessen Insinuation. (S. 66.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Wiedereinführung in den vorigen Stand. (S. 66.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 12. Protokoll im Termine — Erkenntniß — Fortsetzung der Untersuchung in geeigneten Fällen. (S. 66.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 13. Anwälde werden nicht zugelassen — Schriftliche Vertheidigung und Erkenntniß darauf. (S. 67.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 14. Rechtsmittel. (S. 67.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 15. Competenz der Gerichte — Separatacten. (S. 67.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 16. Register über die Resultate der Erkenntnisse nach Formul. D. — Eintragung von dem Oberförster ins Formul. E. — Zustellung der Resultate an die Forstschreiber und an den Forsterheber. (S. 68.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 17. Einsendung der zur Competenz des f. l. Ger. gehörigen Acten. (S. 68.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Eröffnung der Erkenntnisse — Eintragung ins Formular D. — Besondere Register für diese Erkenntnisse. (S. 68.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 18. Gegenbeweis wegen Schaden-Ersatz und Werth. (S. 69.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 19. Rechtsmittel gegen Erkenntnisse, insoweit als Entschädigungs-Ansprüche den Gegenstand der Entscheidung mit ausmachen — Einlegungsfrist — Bericht an die f. Kammer von den Oberforstbedienten — Rechtfertigung. (S. 70.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 20. Einfindung und Beitreibung der Strafen und Entschädigungs-Forderungen zur herrschaftl. und zur Gemeinde- und Privataasse. (S. 70.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Vollziehung der Strafen von den Gerichten. (S. 71.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 21. Der Amtsoigt benachrichtigt monatlich die Oberförster wegen der Vollziehung und diese führen Register darüber — Verzeichniß der noch nicht zur Voll-

ziehung gebrachten Strafen und dessen Einrichtung — Einsendung an die f. Kammer. (S. 71.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Uebertragung der rückständigen Strafen. (S. 71.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Erinnerung und Beschwerde wegen deren Vollziehung. (S. 71.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 22. Erkenntniß auf Geldstrafen und Arbeitstage. Vorschriften deshalb und wenn die Insolvenz erst bei der Beitreibung der Geldstrafen außer Zweifel gesetzt wird, Umwandlung der Geldstrafen. (S. 71.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Ableistung der Arbeiten in der Forst und auf Wegen u. (S. 72.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 23. Verfahren im Fall der Widerspenstigkeit und Saumseligkeit. (S. 73.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 24. Verfahren wegen der in den Privatwäldungen und in den nicht unter der besondern Aufsicht der f. Forstbedienten stehenden Gemeinen-Holzungen verübten Vergehen. (S. 73.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Rechtsmittel. (S. 74.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 25. Bestimmung der Gerichts-Exporteln. (S. 74.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 26. Freiwillige Bezahlung der Strafen. (S. 75.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Liste E. darüber. (S. 75.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 27. Vierteljährige Abschließung des Registers C. vom Oberförster — Summarische Uebersicht dieses Abschlusses nach Schema F. und Uebersendung desselben an den Forstschreiber und an f. Kammer. (S. 76.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

Formular zu Schema A. B. C. D. E. und F. (S. 77 — 88.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

W. das Straßdirectorium enthaltend, wornach in Zukunft die vorfallenden Forst- und Jagdfrevel bestraft werden sollen. (S. 89.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 1. Allgemeine Bestimmungen über Forst- und Jagd-Frevel. (S. 89.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

A. Forst-Wrogen.

§. 2. Bestimmung der Strafe wegen eines Forst-Frevels, für welche keine Strafe besonders angeordnet ist. (S. 90.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 3. Bestimmung derselben nach Verhältniß des Werthes des gefrevelten Gegenstandes und Verlustes und Schadens. (S. 90.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 4. Schätzung des Werthes (S. 91.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 5. des Schadens. (S. 91.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 6. Grundsätze deshalb. (S. 91.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

§. 7. Bei nicht haubarem Holze. (S. 92.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

- §. 8. Im Fall der Stamm die Haubarkeit erreicht haben würde. (S. 92.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 9. Eichenholz. (S. 92.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 10. Büchen=Baumholz. (S. 93.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 11. Eschen, Lehenen, Ahorn, Rüstern. (S. 94.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 12. Birken, Ellern, Espen, Pappeln, Linden und übrige inländische Forstbaum-Arten. (S. 94.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 13. Fichten, Föhren und Lerchen. (S. 94.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 14. Gepflanzte und auf Räumen einzeln stehende gesunde Bäume. (S. 95.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 15. Abgehauene starke Nester von haubaren und nicht haubaren Stämmen. (S. 95.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 16. Strafe, wenn im haubarem Schlagholze, Holz gehauen und entwendet worden. (S. 96.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 17. An einem nicht haubarem Schlagorte, im Sommer u. (S. 96.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 18. Bandstöcke, Stiefeln und Weben. (S. 96.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 19. Von haubaren Kopfbainen, Eichen, Büchen, Weiden und dergl. Kopfbäumen das obere Holz. (S. 96.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 20. Trocknes Holz. (S. 97.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 21. Stufenroden. (S. 97.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 22. Laubstreifen, trocknes Laub. (S. 97.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 23. Gras- und Schilf=Schneiden in Gehägen. (S. 98.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 24. Borke reißen, Bäume abschälen. (S. 98.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 25. Harz schrapen, Bäume anbohren. (S. 98.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 26. Bienenschwärme ausschauen. (S. 98.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 27. Birken oder sogenannte Maien. (S. 98.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 28. Ausschneiden der Quirl. (S. 98.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 29. Befenreiser von jungen Birken u. (S. 99.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 30. Von Zweigen alter Birken. (S. 99.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 31. Hauen der Schleppreiser. (S. 99.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 32. Entwendung der Eichen=Pflanzheister aus den Pflanz=Rämpen und Gehägen; von Büchen, Ahorn, Eichen und übrigen ähnlichen Waldbäumen. (S. 99.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 33. Fichten-, Lerchen- und Föhren=Pflänzlinge. (S. 99.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 34. Baumstangen oder Unterstützungs=Pfähle. (S. 99.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 35. Beschädigung der Befriedigungen um die Eichen- und Pflanz=Rämpfe. (S. 100.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 36. Malter-Holz. (S. 100.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

- §. 37. Ausgearbeitetes Bau- und Nutz-Holz. (S. 100.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 38. Beschädigung oder Vernichtung gepflanzter Heister. (S. 100.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

B. Vergehen, welche die Forst-Polizei betreffen.

a) Welche von Wald-Arbeitern begangen werden.

- §. 39. Wenn der Holzhauer die Stämme nicht tief genug abhaut; (S. 100.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 40. andere, als angewiesene Stämme hauen. (S. 101.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 41. Auf einem Schlage die übergehaltenen Laßreiser abhaut. (S. 101.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 42. Bloch-, Schacht-, Bau- oder sonstiges Nutz-Holz zu Feuer- oder Kohlen-Holz schlägt. (S. 101.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 43. Zu kurz hauen oder unrecht bearbeitet. (S. 101.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 44. Feuer- und Kohl- oder Röske-Holz zu kurz hauen und zu locker aufmaltert. (S. 101.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 45. Wenn er einen im Durchmesser über 6 Zoll starken Stamm ohne Noth mit der Art durchschrotet. (S. 101.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 46. Wenn der Schindel- oder Stabs-Holzhauer ic. geringe Nutzholzarten an Dertern die ihm nicht angewiesen, oder mehr als ihm aufgetragen worden, von solchen Holzarten hauen. (S. 102.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 47. Wenn er einen abgehauenen Stamm ungenutzt ohne Ursache liegen läßt und solches nicht anzeigt. (S. 102.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 48. Ohne Anweisung die ihm passenden Stämme ausucht, dabei über die ihm bestimmte Grenze schreitet oder an vollen Orten fällt. (S. 102.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 49. Bereits gefällte Stämme, zu andern Zwecken bestimmt, ohne Erlaubniß ausnützt, oder zu Feuer- und Kohl-Holz schlägt. (S. 102.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 50. Wenn ein Zimmermeister über das vorgeschriebene Maß hauen. (S. 102.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 51. Wenn ein Holzhauer in die Stukemalter Scheitholz legt, solche inwendig mit Steinen ic. ausfüllt, — auf einem noch stehenden Stuken aufmaltert. (S. 103.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 52. Wenn er ein schon verlohntes Malter, Stück Holz noch einmal zur Lohnung bringt. (S. 103.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 53. Ein Stück Scheitholz nach Hause trägt. (S. 103.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 54. Zur Begünstigung längere Stücke oder größere Malter macht, die ertheilte Vorschrift absichtlich übertritt. (S. 103.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
 §. 55. Wenn er, ein Köhler, oder sonstige Arbeiter zu eiligen Arbeiten aufgerufen wird, und nicht erscheint. (S. 103.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)

- §. 56. Wenn er versäumt anzuzeigen, daß ein zu hauender Baum beim Fällen Schaden anrichten werde. (S. 104.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 57. Wenn ein Köhlermeister die Kohlenstätte im Umfange nicht gehörig aufräumt. (S. 104.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 58. Wenn er mehr als 2 Pferde und 1 Füllen auf der Weide im Walde hält. (S. 104.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 59. Wenn er sich zum eigenen Gebrauche, dazu nicht angewiesenes Holz zueignet. (S. 104.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 60. In einen Mieler dazu nicht angewiesenes Holz fährt. (S. 104.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 61. In den zum Verkohlen angewiesenen Malterbänken Holz verneiget und im Kraute liegen läßt. (S. 105.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 62. Ueber die ihm aufgetragene Menge Kohlen übermäßig noch einen Mieler ansticht. (S. 105.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 63. Zur Deckung des Mieler's an verbotenen Orten Laub und Moos holt. (S. 105.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 64. In nicht angewiesenen Stellen von jungen Fichten, Kiefern oder Lerchen auf eine nachtheilige Weise Hecke reißt. (S. 105.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 65. Bei Tage und nicht des Morgens, vor Sonnen-Aufgang, den Mieler ins Feuer bringt. (S. 105.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 66. Wenn er ohne Erlaubniß wegen häuslicher Geschäfte aus dem Hage abwesend war. (S. 105.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 67. Den im Feuer stehenden Mieler nicht gehörig wartet. (S. 106.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 68. Einen Mieler zu stark treibt. (S. 106.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 69. Ungare Kohlen langt und ausladet. (S. 106.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 70. Solche nicht vor Tage holt und nicht gehörig löst. (S. 106.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 71. Wenn er am Ende der Kohlung zu viele Brände und Holzklüfte liegen läßt. (S. 106.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 72. Aus Unachtsamkeit einen Mieler aufbrennen läßt. (S. 106.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 73. Dem Fuhrmanne die Ladung nicht geben kann. (S. 106.) [No. 10.] (5. Mai 1815.)
- §. 74. Ohne Anweisung Kohlen verabsolgen läßt. (S. 107.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 75. Kohlen veruntreuet, wissentlich entwenden läßt. (S. 107.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 76. Forst- und Jagd-Frevel nicht gleich anzeigt; Unordnungen und Unrichtigkeiten von Holzhauern und Fuhrleuten bemerkt und nicht anzeigt. (S. 107.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

b) Vergehen, welche von Fuhrleuten begangen werden.

- §. 77. Fuhrleute, welche wissentlich Brennholz u. abfahren, das nicht vorgeschlagen und angewiesen worden. (S. 107.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 78. Um ein höheres Lohn zu erhalten, andere Forstorte angibt. (S. 108.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 79. Unrechte Wege fährt, Gräben u. beschädigt. (S. 108.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 80. Vom Brennholze u. Klüfte und Wäsen verneigt und liegen läßt. (S. 108.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 81. Unterwegs Holz abwirft und verliert. (S. 108.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 82. Aus Unwissenheit und ohne Absicht von unredten Malterbänken oder Vorräthen an unrechte Orte abfährt. (S. 108.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 83. Unterwegs das Holz spaltet. (S. 109.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 84. Karren- oder Wagenkorb des Kohlenfuhrmanns nicht das volle Maß hält. (S. 109.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 85. Feuer im Karren oder Wagen fährt, solches auswirft und nicht gelöscht hat. (S. 109.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 86. Keinen Eimer bei sich führt. (S. 109.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 87. Kohlen nicht abfährt. (S. 108.) [No. 19.] (15. Mai 1815.)
- §. 88. Kohlen verliert. (S. 109.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 89. Wissentlich gefreveltes Holz für einen Andern abfährt. (S. 110.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

c) Frevel, welche die Begränzungen der Forsten und der darin befindlichen Abtheilungen und Schläge betreffen.

- §. 90. Abreißen der sogenannten Gehägewische. (S. 110.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 91. Veränderung der Gränzen und Gränz-Zeichen. (S. 110.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 92. Beschädigung der Gränz-Bäume. (S. 110.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 93. Erweiterung der Acker u. in die Forst. (S. 110.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 94. Abpflüfung des Forst-Grundes. (S. 110.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 95. Thon- und Lehm-Graben. (S. 111.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 96. Torfstechen und Maggenhauen. (S. 111.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 97. Feueranlegen. (S. 111.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

d) Andere forstpolizeiliche Frevel.

- §. 98. Falsche Waldhammer und Maalbarten. (S. 111.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 99. Falsches Waldzeichen, — Abänderung der gemachten und ähnliche Betrügereien. (S. 112.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 100. Feuermachen in der Forst auf nicht aufgeräumten Plätzen, — nicht Auslöschten desselben. (S. 112.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 101. Feuermachen in einen hohlen Baum. (S. 112.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 102. In der Nähe der Forst, auf eigenem Boden, Haide u. abbrennen, ohne Sicherungsmaßregeln. (S. 112.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

- S. 103. Verantwortlichkeit derjenigen, durch welche in den bemerkten Fällen in den Forsten Feuer- und Brandschäden veranlaßt sind. (S. 112.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 104. Zurückbleiben zum Löschen. (S. 112.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 105. Unterlassungs-Anzeige eines um sich gegriffenen Feuers. (S. 113.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 106. Ungehorsam bei der Löschung. (S. 113.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 107. Brennen der Kohlen und Asche ohne Erlaubniß. (S. 113.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 108. Wer das geschlagene Holz in den Gemeine-Holzungen nicht vor dem 1. Mai aus den Kohden rückt. (S. 113.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 109. In denselben das Holz durch die Kohden fährt, um die er hätte wegkommen können. (S. 113.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 110. Wer verwilligtes oder gekauftes Brennholz über ein Jahr lang, oder Bauholz über zwei Jahre lang nach der Anweisung ohne Erlaubniß im Walde liegen läßt. (S. 113.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 111. Wer solches Holz länger, als bis zum 15. Mai liegen und es abfahren läßt, wenn die Forst im Laube steht. (S. 113.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 112. Es ohne Anweisung abfährt. (S. 114.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 113. Außer den dazu bestimmten Tagen Holz abfährt, oder Leseholz sammelt. (S. 114.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 114. Ohne Erlaubniß, f. Kammer von dem aus herrschaftl. Forst oder daraus zukommenden vermachten Deputat-Holze, etwas verkauft. (S. 114.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 115. Einen Heister durchs Abfahren beschädigt. (S. 114.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 116. In einem Gemeineholze die angewiesenen Bäume nicht hauet. (S. 114.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 117. Wenn ein Zimmermeister das berechtigten Unterthanen verabsolgte Bauholz willkürlich verwendet, — mehr Holz fordert, um davon die Baukosten zu decken desgl. der Bauherr. (S. 114.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 118. Willentlich gefrevelltes Holz kaufen. (S. 115.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 119. Gebohlte Wege im Walde aufreißen. (S. 115.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 120. Von den Brücken oder Stegen, Bohlen oder Geländer abbrechen. (S. 115.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 121. Stehlen des Scheitholzes von der Holzflöße. (S. 115.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

C. Hude- und Mast-Wrogen.

- S. 122. Bestimmung der Bestrafungen der Hude- und Mast-Frevel nach den Forstbeständen. (S. 115.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- S. 123. Verdoppelung der Strafe, wenn die Thiere einem Forst- oder Hütten-Beamten oder einem Hirten gehören. (S. 116.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

- §. 124. Schärfung der Strafe bei Wiederholungen durch auffallende Nachlässigkeit. (S. 116.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 125. Bestrafung eines Ueberlaufs des Viehes in die Gehäge und Zuschläge. (S. 117.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 126. Wenn dergleichen besonders mit ganzen Heerden aus bozhaften und sträflichen Absichten geschieht, auch wol vorsätzlich wiederholt wird. (S. 117.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 127. Grundsätze zur Bestimmung des Ersatzes der Kosten, die wegen der widerrechtlich geschehener Behütung der Gehäge und Zuschläge veranlaßt worden. (S. 117.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 128. Bestrafung wegen der im Forste betroffenen Ziegen. (S. 117.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 129. Schweine außer der Mastzeit. (S. 117.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 130. Hornvieh, Pferde, Esel, während der Mastzeit. (S. 117.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 131. Schaafe ohne Unterschied. (S. 119.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 132. Schwein, das nicht eingeföhmt ist. (S. 119.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 133. Wenn der Mastschweinehirte am verbotenen Mastorte und in junge Gehäge treibt. (S. 120.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 134. Nicht zur Föhme gehörige Schweine aufnimmt. (S. 120.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 135. Strafe für ohne Erlaubniß gesetzte und aufgelesene Eicheln oder Bucheckern. (S. 120.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 136. Für Nadelholzzapfen. (S. 120.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

D. Jagd-, Fischerei- und Hude-Wegen.

- §. 137. Wenn Hirten in einem Baldgehäge mit den Heerden betroffen werden. (S. 120.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 138. Salzlecken ausfressen läßt. (S. 121.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 139. Wenn Hunde jagen und herumlaufend in der Wildbahn und auf dem Felde betroffen werden. (S. 121.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 140. Hunde der Kuh- und Schweine-Hirten in der Satzzeit; (S. 121.) [No. 10.] (15. Mai 1815.);
- §. 141. im Dorfe nicht angekettet oder ohne Knäppel herumlaufen. (S. 121.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 142. Von Hunden zerrissenes Wildpret. (S. 121.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 143. Aufgenommenes Wildkalb, Kestalb, Frischling, Hase; Auerhan- Birkhühner- Haaselhühner- Feldhühner und Wildenten-Nester. (S. 121.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 144. Wenn ein Jagddienstpflichtiger zum Jagddienst nicht erscheint oder baraus weggeht; — das Wildpret nicht abliefern. (S. 122.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

- §. 145. Dohnen stellen ohne Erlaubniß; — sich im Dohnenstiege betreffen lassen; — Vögel ausreißen. (S. 122.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 146. Schlingen stellen zum Hasenfängen. (S. 122.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 147. Betreffen vom Wege ab mit einem zur Jagd fertigen Gewehre; desgleichen jagend; (S. 122.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 148. in einem Waldgehäuge im Holze vom Wege ab, des Jagens verdächtig, desgleichen jagend, oder auf dem Anstande. (S. 123.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 149. Betreffen mit einer abzuschraubenden Wilddiebsflinte. (S. 123.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 150. Vom Wilddiebe geschossenes Wild. (S. 123.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 151. Widersetzen der Pfändung, drohen zu schießen. (S. 123.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 152. Gültigkeit der bisherigen übrigen Jagdstrafgesetze und solcher, die das Benehmen der Forstbedienten gegen Wilddiebe betreffen. (S. 123.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 153. Wegnehmen des von Jagdberechtigten erlegten Wildes. (S. 123.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 154. Wer Wildprett zum Verkauf ausbietet und nicht nachweisen will, von wem er es erhalten habe, (S. 123.) [No. 10.] (15. Mai 1815.);
- §. 155. wissentlich Wildprett von Jagdsfrevlern gekauft hat. (S. 124.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 156. Gerbermeister oder sonstige Käufer, welche Wildhäute von Wilddieben und verdächtigen Inhabern kaufen. (S. 124.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 157. Jagen in der Hägezeit. (S. 124.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 158. Hirten und Waldarbeiter, welche im Walde gefundenes frisch erlegtes Wildprett nicht anzeigen, desgl. es entwenden. (S. 124.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 159. Entwendung Heues und Strohes aus einem Wildschuppen. (S. 124.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 160. Wuchsenmacher, welcher Wilddiebsflinten macht, reparirt und solches der polizeilichen Behörde nicht anzeigt. (S. 124.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- Vergl. die Verordnung deshalb vom 21. Juli 1823. s. Polizei und Verwaltung.
- §. 161. Fischen und Krebsen unberechtigter Weise; — Abgraben und Ablassung des Wassers. (S. 125.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

E. Allgemeine Bestimmungen.

- §. 162. Doppelte Bestrafung der an Sonn- und Festtagen verübten Frevel. (S. 125.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 163. Unkenntlichmachung der Frevel. (S. 125.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 164. Angabe eines falschen Namens oder Wohnorts und Entlaufen der Pfändung. (S. 125.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 165. Widersetzung der Pfändung, oder bei Hausfuchung — Injurien der Forst-
officianten — Thätlichkeiten. (S. 125.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)

- §. 166. Gemeinschaftliche Verübung eines Frevels. (S. 125.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 167. Auszeichnung als Haupturheber. (S. 126.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 168. Verübenlassen des Frevels durch einen Andern in Verhältnissen eines Vorgesetzten oder einer Respectsperson, (S. 126.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 169. Gedungener Frevel. (S. 126.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 170. Schärfung der Strafe im Wiederholungsfalle geringer Forstfrevel; (S. 126.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 171. der Jagdfrevel. (S. 127.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 172. Haft des Eigenthümers des Viehes für die vom Hirten verübten Frevel mit Vorbehalt des Regresses — Haft des Eigenthümers der Schäfersrei in Ansehung seines Hirten, wenn die Gemeine-Mitglieder ihre Schaafe unter seine Heerde treiben. (S. 127.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823. Art. 59.)
- §. 173. Verwandlung der Geldstrafen in Arbeitstage oder Gefängnißstrafe. (S. 127.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 174. Bestimmung der Pfandgebühr; (S. 127.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 175. über die den Wildbuben und Jagdfrevelern abgenommenen Gewehre. (S. 127.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 176. Doppelte Pfandgebühr der des Nachts betroffenen Frevel. (S. 127.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- §. 177. Bestimmung der Gebühren, wenn ein Frevel bei Hausdurchungen entdeckt wird (S. 128.) [No. 10.] (15. Mai 1815.)
- Verfügung des f. G. R. C. die Verlängerung des, sonst für die Eröffnung der niedern Jagd auf den 4. Sept. jedes Jahrs festgesetzten Termins, bis zum 21. Nov. betr. (S. 163.) [No. 16.] (24. Aug. 1815.)
- Bekanntmachung des f. G. R. C., das Verbot des Verkaufs der Spitzen und Kronen von den Nadelholz-Bäumen betr. (S. 181.) [No. 19.] 11. Decbr. 1815.)
- B. die Verwendung des Werths und Schaden-Ersatzes bei solchen Holzfreveln, wo der Eigenthümer des gestohlenen Holzes nicht in Erfahrung zu bringen, betr. (S. 65.) [No. 8.] (9. Juli 1816.)
Das Holz soll 6 Monate lang im Gerichte verwahrlich niedergelegt werden; hat sich der Eigenthümer dann nicht gemeldet, so wird es zu einer Armen-Casse abgeliefert. (S. 65.) [No. 8.] (9. Juli 1816.)
- B. die Verlängerung des, zur Eröffnung der niedern Jagd festgesetzten Termins, bis zum 1. Octob. 1816. (S. 73.) [No. 10.] (19. Aug. 1816.)
- B. die Eröffnung der niedern Jagd betr. — 15. Sept. (S. 33.) [No. 7.] (22. Aug. 1817.)

B. die Ergänzung des Forststraf=Directoriums vom 5. Mai 1815 betr.
(S. 57.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)

- §. 1. Die Anwendbarkeit des §. 1. desselben, auf die Holz=Eigenthümer, deren Holz unter Verwaltung der herrschaftl. Forstbedienten steht, und in diesem ihren eigenthümlichen Holze Forstfrevel begehn. (S. 57.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)
- §. 2. Anwendbarkeit des §. 37, wenn ganze Stämme und Blöcke entwendet werden. (S. 58.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)
- §. 3. Die Entwendung von allem übrigen gehauenen Holze wird nach §. 36. bestraft. (S. 58.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)
- §. 4. Bestimmung, wie es mit dem zu einem gewissen Zwecke frei oder zu einem gemäßigten Forstzinse verwilligten und abgegebenen, dazu aber nicht sämmtlich verbrauchten Bauholze zu halten ist. (S. 58.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)
- §. 5. Bestimmungen der Pfandegebühr bei Hudenrogn; (S. 59.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)
- §. 6. wann sie gefordert werden können. (S. 59.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)
- §. 7. Die Abpfändung des Viehes ist nicht erforderlich, wol aber der Werkzeuge. (S. 60.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)
- §. 8. Auf die Zuerkennung der Pfandegebühr ist besonders anzutragen. (S. 60.) [No. 13.] (11. Decbr. 1817.)

B. die Eröffnung der niederen Jagd für das laufende Jahr betr.
— den 4. Sept. (S. 73.) [No. 10.] (17. Aug. 1818.)

B. die Eröffnung der niedern Jagd in dem Jahre 1821 betr. —
15. Sept. (S. 15.) [No. 5.] (27. Aug. 1821.)

Declaration der Verordnung vom 5. Mai 1815 das in Forststrafsachen zu beobachtende Verfahren betr. (S. 35.) [No. 12.] (4. Decbr. 1822.)

- §. 1. Die zur Forstarbeit condemnirten Forstfrevler sind den Tagelöhnern gleich zu achten. (S. 36.) [No. 12.] (4. Decbr. 1822.)
- §. 2. Anweisung der Arbeits=Plätze. (S. 36.) [No. 12.] (4. Decbr. 1822.)
- §. 3. Mitbringung der Werkzeuge. (S. 36.) [No. 12.] (4. Decbr. 1822.)

Circul.=Resc., die Auslegung des §. 172. des Forst= Straf=Directorii vom 5. Mai 1815 betr. (S. 3.) [No. 1.] (30. Decbr. 1822.) (f. 1823.)

Die Eigenthümer des Viehes haften für den Schaden, für die Strafe die Hirten. (S. 3.) [No. 1.] (30. Decbr. 1822.)

Art. 62. des Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Beschränkung des für jedes Revier erforderlichen Normal=Wild=Bestandes. (S. 166.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

B. die Eröffnung der niedern Jagd im Jahre 1824 betr. — 16. Sept. (S. 109.) [No. 16.] (23. Aug. 1824.)

B. die Jagdfrevel und Wildddieberei und deren Bestrafung betr. (S. 7.) [No. 3.] (22. März 1825.)

Auf-

- Aufhebung der älteren Verordnungen. (S. 8.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- §. 1. Beibehaltung des Straf-Directorii vom 5. Mai 1815. (S. 8.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- §. 2. Strafe der Wildddiebe, welche auf einen Forst- oder Jagdbedienten schießen, ihn verwunden u. (S. 8.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- §. 3. Befugniß der Forst- und Jagdbedienten, auf die Wildddiebe zu schießen unter nachstehenden Bestimmungen. (S. 9.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- §. 4. Wenn der Wildddieb in den Wildbahnen und Forsten das Gewehr auf ihn anlegt, oder eine, auf die Absicht zu schießen deutende Bewegung damit macht. (S. 9.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- §. 5. Wenn der Wildddieb stehen bleibt, oder sich auf die Flucht begibt und der Forst- oder Jagdbediente zweimal gerufen, sein Gewehr von sich zu werfen u. (S. 9.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- §. 6. Weshalb die Befugniß gegeben und wie sie zu gebrauchen. (S. 10.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- §. 7. Anzeige beim Gerichte — Untersuchung. (S. 10.) [No. 3.] (22. März 1825.)
- W. wegen Bestrafung der Forstfrevler und Vollziehung der ihnen zur erkannten Strafen. (S. 17.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 1. Inhalt der Vorladung an notorisch armen Frevler und bei welchen die Erlegung der Geldstrafe zweifelhaft ist — desgleichen des Straferkenntnisses. (S. 17.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 2. Im Fall der Zahlungsunfähigkeit bei der Beitreibung, tritt Arbeit ein in der Forst oder an Wegbauten — Verfahren der Oberförster. (S. 18.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 3. Zeitbestimmungen der Arbeits-Ableistungen. (S. 18.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 4. Ableistung zu jeder Jahreszeit — Urlaubsschein von den Gerichten — dessen Inhalt und Behandlung an die Forst- und Baubedienten. (S. 19.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 5. Dispensation von der Arbeit in der Erndte und den Messen. (S. 19.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 6. Aufforderung zur Arbeit geschieht vom Gerichte durch den Amtsvoigt oder andere Bediente — Register der Sträflinge und Straftage. (S. 19.) [No. 6.] (28. Apr. 1826.)
- §. 7. Ertheilung der Anweisung an die Forst- und Baubediente bei Zufertigung des Verzeichnisses — Benachrichtigung an das Gericht von denselben. (S. 19.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 8. Bestellung zur Arbeit — Persönliches Stellen — Ausnahme. (S. 20.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 9. Mittheilung des namentlichen Verzeichnisses von den Gerichten an die Aufseher — Verhalten desselben und Verfahren gegen die ungehorsamen Sträflinge. (S. 20.) [No. 6.] (28. April 1826.)

- §. 10. Anzeige und Bemerkung der eingetretenen Hindernisse — Requisition an das Gericht, worin der Sträfling wohnt. (S. 20.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 11. Verhaftung der ungehorsamen Sträflinge — Hinführung denselben aus dem Gefängnisse zum Arbeitsplatze — Entlassung auf einige Zeit und Befreiung. (S. 21.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 12. Beföstigung des widerspenstigen Sträflings. (S. 21.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 13. Verfahren, wenn der Sträfling sich ohne Erlaubniß vom Arbeitsplatze entfernt — sich der Anordnungen widersetzt. (S. 22.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 14. Verfahren wegen der widersehligen Sträflinge in Braunschweig und Wolfenbüttel. (S. 22.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 15. Verwandlung der einmal erkannten Arbeits-Estrafe — So viel Einsperrungstage, so viel Arbeitstage — Verwandlung der Spanndienst-Leistungen in Gefängniß-Estrafe. (S. 23.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 16. Auswärtiges Verzeichniß des Amtsvoigts über die abverdienten Straftage. (S. 23.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- §. 17. Vorschriften wegen Befolgung der Anweisung der f. Kammer und der Justiz-Behörden. (S. 24.) [No. 6.] (28. April 1826.)
- (Wegen der Rechtsmittel in Jagd- und Forstfrevel-Sachen, s. Criminal-Justiz. Verordnung vom 29. Juli 1826.)
- B. die mit dem königl. preussischen Gouvernement geschlossene Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ergreifung wirksamerer Maßregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen betrff. (S. 7.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)
- Art. 1. Verpflichtung zur wechselseitigen Untersuchung auf Bestrafung — Anwendung der Gesetze des Territorii, worin die Frevel begangen sind — Vorbehalt wegen Veränderung der Gesetzgebung. (S. 7.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)
- Art. 2. Wechselseitige Hilfeleistung zur Entdeckung der Frevel — Verfolgung der Frevler — Haussuchung. (S. 8.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)
- Art. 3. Aufnahme des Protokolls vom Ortsvorsteher bei der Haussuchung. (S. 8.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)
- Einsendung des Protokolls — Zuziehung des Försters, Waldwärters. (S. 8.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)
- Art. 4. Beweisraft der officiellen Angaben und Abschätzungen des competenten Forst- und Polizei-Beamten des Orts des begangenen Frevels. (S. 9.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)
- Art. 5. Einziehung der Gerichtskosten und Pfandgebühren — Die nach preussischen Gesetzen zu erkennende Strafen und Ersatz des Werthes fällt dem Waldeigenthümer anheim — Verwandlung der Geldstrafe. (S. 9.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)
- Art. 6. Schleunige Untersuchung. (S. 9.) [No. 3.] (7. Febr. 1827.)

W. die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betr. (S. 67.)
[No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

Erster Abschnitt.

Bestimmungen über eine fortwährende Ermäßigung des Wildstandes.

- §. 1. Es kommt nur Rothwild in Betracht, da das Schwarzwild überall nicht gehegt werden soll — Rehe und das übrige kleine Wild wird nicht berücksichtigt. (S. 68.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 2. Normalzahl des Wildstandes nach Verhältniß des Forstes — Abweichungen. (S. 69.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 3. Bestimmung des Normalbestandes des Rothwildes alljährlich. (S. 69.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 4. Jährliche Zählung des Rothwildes — Bericht darüber. (S. 70.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 5. Anzeige nach Ablauf der Schießzeiten in welcher Maße den Befehlen über den Beschlußetat nachgekommen ist — Antrag auf Herabsetzung bei ungewöhnlicher Vermehrung des Wildes. (S. 70.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 6. Bekanntmachung des Resultates der Wildzählung u. durch die Anzeigen. (S. 70.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 7. Bestrafung der Forstbedienten, welche betrügl. handeln. (S. 71.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 8. Die nach §. 3. bestimmte Stückzahl ist als Minderzahl zu betrachten; kann noch während der Schießzeit erhöht werden. (S. 71.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 9. Wegschießen des Wildes, vorzüglich wo es auf die Länderei austritt — Winterfütterung des Wildprets — Anlegung der Salzlecken fern von der Länderei — Wegschießen des Rothwildes ohne Rücksicht und Ausrottung desselben. (S. 71.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 10. Vorschriften wegen der Privatinhaber der Jagden. (S. 71.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 11. Aufhebung der Hegezeit des Schwarzwildes auch für die Privatinhaber der Jagden. (S. 72.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

Zweiter Abschnitt.

Von den Mitteln zur Abwendung der Wildschäden.

- §. 12. Berechtigung, die Grundstücke zu schützen, ist ohne das Jagdrecht zu beeinträchtigen, zu üben; und (S. 72.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 13. es darf sich Keiner Jagdhunde und Schießgewehre bedienen. (S. 72.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 14. Befriedigung der Grundstücke, Aufstellung von Schreckbildern u. zur Abhaltung des Wildes. (S. 72.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

- §. 15. Ausrottung der Caninchen. (S. 73.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 16. Die hohe Jagd kann zeitweise verpachtet werden und (S. 73.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 17. die Gemeinen können Theil nehmen, Bedingungen deshalb. (S. 73.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 18. Verpflichtung zur Anstellung der Wildhüter um die Ansprüche auf Vergütung der Wildschäden begründen zu können. (S. 73.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 19. Zusammenberufung der Gemeinen durch die Kr. Aemte, wenn die Umstände solches besonders räthlich machen, um Wildhüter anzustellen — Folgen der Weigerung. (S. 74.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 20. Die Anzeige wegen Haltung der Wildhüter und deren Anzahl u. ist jeden Jahrs schriftlich vom Ortsvorsteher vor Michaelis dem Revierförster zu machen, von diesem aber dem Kr. Amte. (S. 74.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 21. Der Revierförster kann Einwendungen gegen die Wildhüter und deren Tauglichkeit u. machen — Weiteres Verfahren deshalb. (S. 75.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 22. Entscheidung des Oberhauptmanns — Vorstellung an die h. Kammer. (S. 75.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 23. Verpflichtung der Wildhüter — Instruction für dieselben (ist vom 9. Januar 1828) Anzeige der Contraventionen beim Kr. Amte — Beweiskraft der Anzeige. (S. 76.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 24. Mittel zur Verschuchung des Wildes von den Wildhütern. (S. 76.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 25. Bestrafung derselben, wenn sie mit Pulver u. betroffen werden und Jagdfrevel begehen. (S. 76.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 26. Anwendung des verordneten Verfahrens von §. 18 — 25. auf Diejenigen, deren Grundstücke in Privatjagdbrevieren belegen sind. (S. 76.) [No. 18.] (16. Sept. 1827.)
- §. 27. Anzeige der Wildhüter, wenn sie das Austreten nicht hindern können — Treibjagd auf das Wildpret. (S. 77.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 28. Stellung der Treiber — Stellvertretung für Lohn — Weitreibung dieses Lohns. (S. 77.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 29. Mitwirkung der Forstbediente zur Ausrottung des Schwarzwildprets. (S. 77.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 30. Vorschriften deshalb und Strafbestimmung wegen Unterbleibens u. des Treibjagens. (S. 78.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 31. Verfahren, wenn die fortschreitende Verminderung des Schwarzwildes Hindernisse findet — Ernennung von Schützen, (S. 78.) [No. 18.] (16. Sept. 1827.)
- §. 32. wobei das §. 20 — 22. angegebene Verfahren zu beobachten — Bestrafung desselben wegen Mißbranchs. (S. 78.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

- §. 33. Anstellung von Flurschützen statt der Wildhüter, wenn die verordneten Maßregeln nicht wirksam gefunden werden sollten. (S. 79.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 34. Der Antrag deshalb ist beim h. Kr. Amte vorzubringen — Verfahren darz. auf. (S. 79.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 35. Erklärung der Interessenten — Vereinbarung mit den Revierforstbedienten — in deren Entstehung Entscheidung h. Kammer. (S. 79.) [No. 18.] (16. Sept. 1827.)
- §. 36. Verpflichtung der Flurschützen — Instruction für dieselben — Befugnisse und Verpflichtungen derselben. (S. 80.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 37. Verfügung über das erlegte Wild steht demselben nicht zu. (S. 80.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 38. Jährliche Nachweisung der Revierforstbedienten des von den Flurschützen erlegten Wildes. (S. 81.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

Dritter Abschnitt.

Von der Verbindlichkeit zur Vergütung der Wildschäden.

- §. 39. Die Vergütung der Wildschäden findet nur Statt, wenn Mißbrauch der Hezung des Wildes oder Vernachlässigung der angegebenen Bestimmungen vorhanden ist. (S. 81.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 40. Gründe der Vergütung (S. 81.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 41. was unter den angegebenen Voraussetzungen in Betracht kommt (S. 82.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 42. und wann der Anspruch wegfallt. (S. 82.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

Vierter Abschnitt.

Von der Abschätzung der Wildschäden.

- §. 43. Ernennung und Verpflichtung einiger Landwirthe zur Abschätzung nach einer Instruction. (S. 83.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 44. Anzeige der Wildschäden innerhalb 3 Tagen — Termin zur Abschätzung innerhalb 3 Tagen — Zuziehung der Schätzungs-Commissarien, der Revierforstbedienten und der Beschädigten. (S. 84.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 45. Der Termin vom Beamten u. abzuhalten. (S. 84.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 46. Die Abschätzung 4 Wochen vor der Erndte, bedarf keiner, sonst aber einer Wiederholung. (S. 84.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 47. Ist der Schaden durch Nachwuchs ersetzt oder vermindert, so ist derselbe nicht nochmals abzuschätzen. (S. 84.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 48. Bei der zweiten Taxation ist auf Hagelschlag u. Rücksicht zu nehmen. (S. 85.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 49. Die aufgenommenen Protokolle und Taxen sind an die h. Kammer einzuschicken, den Privatjagdherrn zur Einsicht vorzulegen. (S. 85.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
- §. 50. Weg Rechtsens innerhalb eines Jahres, wenn die Vergütung abgelehnt ist. (S. 85.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

- §. 51. Tragung der Kosten. (S. 85.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
 §. 52. Quote des Zehntherrn der zu leistenden Entschädigung. (S. 86.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
 §. 53. Beim maierspflichtigen Acker kommt bei der Remission die Vergütung in Betracht. (S. 86.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)
 §. 54. Stempel- und Sportelfreiheit dieser Angelegenheiten. (S. 86.) [No. 18.] (16. Septbr. 1827.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 3. Januar 1814.

Durch ein Resc. des f. R. E. v. 27. Juli a. p. ist bestimmt: daß interimistisch und bis zu weiterer Verfügung, die, von verschiedenen ablichen Gütern, bis zum Eintritt der Usurpation, über manche Gemeinde-Holzungen geführte Aufsicht, denselben wiederum, jedoch mit der Einschränkung zugestanden sein soll: daß die Bewirthschaftung der gedachten Waldungen, bloß nach den Vorschlägen und Anweisungen der herrschaftl. Forstbedienten geschehen muß. Letztere Modification ist deshalb nothwendig erachtet um desto mehr versichert zu sein, daß die fraglichen Waldungen nach den Regeln der Forstwirtschaft behandelt und benutzt werden; und ist in dieser Hinsicht durch gedachtes Resc. ferner vorgeschrieben: daß davon zwar keine eigentliche Forstbeitrags-Gelder bezahlt, in dessen zur Sicherheit, daß selbige auf den Betrieb in keine Weise vernachlässigt werden, davon eine geringe, für den Waldmorgen auf drei Pfennige festgesetzte Abgabe jährlich in die herrschaftliche Cassé entrichtet werden soll.

Es ist hiervon denjenigen Gemeinden von den Kr. Aemt. Kenntniß zu geben, die Waldungen besitzen, welche zur Zeit der frühern h. Regierung unter der Aufsicht ablicher Güter gestanden damit sie sich darnach achten, insbesondere aber den Besitzern solcher Güter diejenigen Holztheilungen oder sonstige Entschädigungen wiederum, wie vorhin, unweigerlich abgeben, die früher für die zu führende Forstaufsicht entrichtet werden mußte.

Resc. f. R. E. v. 24. October 1814.

Da einige Forstbedienten über das Verschuchen des Wildes durch Schießen und große Hunde, Beschwerden geführt haben, und da durch die Landes-Ordnung art. 45. die Verschuchung des Wildes durch Schießen bei 5 Mfl. Strafe und unter Androhung der Confiscation der Büchse verboten, auch durch die landesherrliche B. vom 14. Sept. 1767 den Gelbhütern, welche zur Vertreibung des Wildes angestellt worden, der Gebrauch großer Hunde untersagt und denselben nur gestattet ist, zu solchem Ende einen und nach Beschaffenheit der Größe der Felber mehrere kleine mit hangenden Knitteln versehene Hunde, als Spitze oder Isländer bei sich zu führen, so haben die Oberhauptleute diese Verordn. den Unterthanen ihres Districts wieder in Erinnerung zu bringen und auf deren Befolgung genauer, als bisher geschehen, achten zu lassen.

Resc. f. R. E. v. 10. Januar 1815.

Unter der frühern h. Regierung bestand in Ansehung der Bestellung der Jagddienste die Einrichtung, daß um Michaelis jeden Jahrs, den betreffenden Aemtern von Seiten der Oberforstbedienten die Anzeige gemacht wurde, wie oft der Jagddienst in bevorstehenden Herbst und Winter etwa zu leisten, für nothwendig gehalten werde, und das Amt gab den Jagddienstpflichtigen auf, den Dienst, auf vorgängige Requisition des Revierforstbedienten so oft abzuleisten, als von dem Oberforstbedienten bestimmt worden. Letzterer wandte sich alsdann bei Anstellung eines Jagens unmittelbar an den betreffenden Bauernmeister, der die Bestellung der nöthigen Mannschaft auf den bestimmten Tag anordnete. Wenn indeß die obengedachte Bestimmung des Oberforstbedienten erfüllt war, der Jagddienst aber noch öfter geleistet werden sollte, so mußte von demselben eine abermalige Requisition an das Amt ergehen.

Wie es nun für zweckmäßig gehalten wird, diese Einrichtung wieder herzustellen, indem dadurch den Kr. Ger. die öfteren Requisitionen wegen eines jeden Jagens und den Unterbedienten viele Wege erspart werden, so werden die Kr. Ger. veranlaßt, sich demgemäß zu achten und den desfalligen Requisitionen der Oberforstbedienten Genüge zu leisten.

Resc. f. R. E. v. 22. August 1815.

Die Sägemüller auf den Privat-Sägemühlen sind nach beigelegter Eidesformel, zu verpflichten. Uebrigens wird bemerkt, daß den Sägemüllern von demjenigen gestohlenen Holze, wovon durch sie eine Anzeige gemacht und welches nach der Untersuchung confiscirt wird, ein Theil zusfließen soll.

Resc. f. R. E. v. 18. März 1816.

Zur möglichsten Abwendung der Wildschäden, worüber von mehreren Gemeinen verschiedentlich Beschwerden geführt worden, hat f. R. E. an die Forstbehörde eine angemessene Verfügung erlassen, wovon die Gerichte die betreffenden Gemeinen in Kenntniß zu setzen und dieselben anzuweisen haben: daß sie in Fällen, da das Wild auf die Felder und Wiesen ausbricht, den Revierforstbedienten sofort davon Anzeige zu machen haben, damit diese der Instruction gemäß verfahren können. Auch haben die Gerichte genau darauf zu achten, daß von den Gemeinen Wildhüter wirklich gehalten und dazu tüchtige Personen genommen werden, welche sich zur Verschreckung des Wildes der, in der Verordnung vom 14. Sept. 1767 bezeichneten Hunde, mit zu bedienen haben, auch daß die Wildhüter ihren Dienst gehörig versehen.

Ferner haben die Gerichte den Unterthanen zur besondern Pflicht zu machen, daß wenn sie von den Forstbehörden zum Treibjagen aufgefordert werden, sie diesen, jeden Orts hergebrachten, Jagddienst, der vorzüglich zur Beförderung ihres Nutzens abweckt, gehörig verrichten, und sich vor der Beendigung der Jagd nicht entfernen.

Die Forstbehörde ist angewiesen, diejenigen, welche sich eine Versäumnis oder Nachlässigkeit dabei zu Schulden kommen lassen, sofort zur Bestrafung anzumelden.

Wenn ein Wildschaden von einigem Belang angezeigt, und auf dessen Taxation

angetragen wird, die angezeigten Umstände aber von der Art sind, daß die Gerichte das für halten möchten, daß die Eigenthümer der beschädigten Früchte rechtliche Ansprüche auf eine Entschädigung machen könnten; so hat das Gericht, zu deren Besichtigung und Abschätzung einen Termin anzusetzen, und die Forstbehörde dazu zu adhibiren, damit diese mit ihren Einwendungen gehört, der Feldschaden gehörig constatirt, auch damit ausgemacht und ins Klare gesetzt werde: ob solcher Schaden durch Nachlässigkeit von Seiten der Forstbedienten oder den betreffenden Gemeinen entstanden, oder ob solcher nicht abgewendet werden können, und sind zur Taxirung des Schadens zwei Taxatoren aus andern Gemeinen zu adhibiren, und sodann das darüber abgehaltene Protokoll an das f. R. C. einzusenden, damit die Entschädigungs-Ansprüche näher geprüft und dem Befinden nach, das Weitere verfügt werden kann.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß in Fällen, wo Erbenzins-Contracte über nahe an dem Holze belegene Ländereien jede Remissionen ausdrücklich ausschließen, hienach verfahren werde; jedoch haben die Gerichte die Unterthanen zu warnen, daß sie es vermeiden möchten, vor dem Holze Kartoffeln oder andere Früchte, welche das Wild vorzüglich sucht, zu bauen.

Instruction des f. R. C. für die in herrschaftlicher Arbeit stehenden Holzhauer und Wasenbinder vom 11. Juni 1816.

Den in herrschaftlicher Arbeit stehenden Holzhauern und Wasenbindern liegt im Allgemeinen ob, daß sie bei den, denselben zu übertragenden Waldarbeiten, den Nutzen der gnädigsten Herrschaft und deren Bestes auf alle Weise suchen und befördern, Schaden und Nachtheil aber, soviel als möglich verhüten. Insbesondere ist folgendes von ihnen zu beobachten:

1) Kein Stamm darf gehauen werden, der nicht von der Forstbehörde angewiesen worden. Dabei ist dahin zu sehen, daß nicht durch das Niederfallen andere Stämme, welche stehen bleiben müssen, beschädigt werden, und wenn ja zu fürchten sein sollte, daß solches von dem einen und andern Stamme nicht zu vermeiden siehe, so ist solches in diesen besondern Fällen dem Revierforstbedienten vorher anzuzeigen und alsdann das Abhauen in dessen Gegenwart und nach dessen Anweisung zu verrichten.

2) Was die zu hauenden Stämme in Rücksicht der Höhe, der davon stehen zu lassenden Stufen, desgleichen das Abhauen des Schlagholzes anbetrißt, so ist den, deswegen von dem Revierforstbedienten zu gebenden Vorschriften pünktlich nachzukommen, auch eben sowohl dessen Anweisung, wegen des auszuhaltenden Bau- und Nutzholzes, genau zu befolgen.

3) Sämmtliche in die Malter zu legenden Stücke, insofern solche zu spalten, sind nach der vorgeschriebenen Länge abzufügen, und darf das Abhauen derselben, so wie das Abhauen eines Bloches, von welcher Stärke solcher auch sein mag, in keinem Falle Statt haben.

Die Malter sind zwei Zoll über die vorgeschriebene Höhe zu legen, und ist sowohl an der Hinter- als Vorderseite der Malter diese Höhe zu beobachten; desgleichen sind solche dicht, ohne absichtlich darin zu lassende Zwischenräume, zu verfertigen. Gleichergestalt werden die Wasen nach der üblichen Größe und Stärke gewissenhaft gebunden; nicht weniger ist in den Schlägen, wo die Eichen- und Fichtenborke genutzt wird, solche nach der vorgeschriebenen Länge, Breite und Dicke aufzubinden und aufzustellen.

4) Die Scheitholz = so wie die Stuken-Malter, desgleichen die Wasen sind nicht in Kohnen, sondern auf bloßen Plätzen aufzustellen, dabei aber in Ansehung der Malter, soviel als thunlich, gerade Stellen, und insbesondere solche zu wählen, auf welchen sich keine kleine Erhöhungen befinden, damit nicht veranlaßt werde, daß die Malter das Holz nicht enthalten, welches sie enthalten müssen.

5) In allen Fällen, da die herrschaftlichen Holzhauer den gegebenen Vorschriften und Anweisungen nicht nachkommen, verfallen dieselben in die, im Straf-Directorio vom 5. Mai 1815, vom §. 39 bis 56 bestimmten Strafen, welche unerläßlich beigetrieben werden sollen.

6) Sämmtliches zu schlagende Malterholz, so wie sämmtliches Wasenholz, ist von dem Revierforstbedienten in das jedem Holzhauer, oder jeder zusammengetretenen Compagnie zuzustellende Lohnbuch, nach den verschiedenen Sortimenten, bei jedesmaliger Abnahme, einzutragen, und dafür das betragende Lohn anzuführen, und darf davon nicht das geringste gehauene Holz ausgeschlossen bleiben.

7) Jeder Forstfrevel, welcher den Holzhanern zur Kenntniß kommen sollte, ist den betreffenden Revierforstbedienten gewissenhaft anzugeben, dieselben haben sich aber selbst nichts zu erlauben, was ihnen nicht zustehet; dahin gehört: daß nicht eigenmächtig das benötigte Holz zu Keilen, Schlägen, Weilhelften, oder überhaupt das Holz zu den, zu Walдарbeiten nöthigen Werkzeugen genommen, sondern solches jedes Mal von den Revierforstern angewiesen werde; daß keiner derselben zu sogenanntem Feierabendholze sich Holz annaßt und mit nach Hause nehme, welches in Scheitholz = und Stuckenmalter gelegt, oder in Wasen gebunden werden kann, und eben so wenig zugebe, daß solches von Andern geschehe; daß mit Vorwissen Niemand sich Holz zueigne und wegbringe; daß von den Holzhauern eigenmächtig, auch selbst nicht in der Absicht, es dem Revierforstbedienten anzuzeigen, an jemand Holz verabsolget werde; daß von denselben oder deren Angehörigen in verbotenen Orten in der Forst gehütet oder Gras gemähet oder geschnitten werde.

8) In Ansehung des bei der Arbeit anzumachenden Feuers, wozu keine Malterholzkläfte, oder sonstige zu Kohlen oder Nußholz brauchbare Stücke zu nehmen sind, ist alle nöthige Vorsicht anzuwenden, damit dadurch kein Schaden verursacht werde; zu dem Ende muß dazu ein von Bäumen, Kohnen oder Wurzeln gehörig entfernter unschädlicher Platz gewählt und solcher von der erforderlichen Größe, von trockenem Laube oder trockenem Grafe sorgfältig gereinigt werden, um nicht zu veranlassen, daß durch einen Luftzug das Feuer sich verbreiten möge.

In den Sommermonaten und überhaupt bei trockenem Wetter ist nur allein an dazu schicklichen Plätzen zum Kochen einer Suppe u. Feuer anzumachen, welches nach gemachtem Gebrauche sofort gänzlich wieder auszulöschen ist; sogenannte Tabacksfeuer aber sollen in vorbesagter Zeit gar nicht angemacht und unterhalten werden; wie dann Jedweder im Uebertretungsfalle in diejenige Strafe verfällt, welche das Straf-Directory vom 5. Mai 1815 S. 100 und 101 vorschreibt.

9) Wenn die herrschaftlichen Holzhauer etwa von den Forstbedienten zur Hilfe gegen Forst- oder Jagdfresser aufgefordert werden sollten, so wird erwartet, daß sie sich dazu bereitwillig finden lassen, und zur Verhaftung sothaner Fresser nach Möglichkeit beitragen.

Uebrigens haben dieselben den Anordnungen und Befehlen der Revierforstbedienten sowohl, als den übrigen f. Forstofficianten, schuldige Folge zu leisten, und einen solchen Lebenswandel zu führen, wie es guten Holzhauern gebühret und davon zu erwarten steht.

Resc. f. R. E. v. 22. Juli 1816.

Das landesherrl. Circular-Resc. vom 16. Januar 1756 (wegen Citation der Forstbediente) (Fredericks Promt. Theil 1. S. 268) ist in dem Falle nicht anzuwenden, wenn kein Tag vom Gerichte bestimmt, sondern es den Förstern überlassen worden, an welchem Tage sie das aufgetragene Geschäft vornehmen wollen.

Resc. f. R. E. v. 31. October 1816.

Die Forstmeister haben die in herrschaftlicher Arbeit stehenden Holzhauer und Wasenbinder auf den Inhalt der gedruckten Instruction (vom 11. Juli 1816) nach gehöriger Erklärung von den f. Kr. Ger. beeidigen und ein Formular zustellen zu lassen, und die Abschrift des Beeidigungs-Protokolls aufzubewahren.

Bekanntmachung f. R. E. v. 9. Nov. 1816. (Br. Anz. 1816. St. 91.)

Obgleich die betreffenden f. Kr. Ger. durch die Circul. Resc. vom 26. Juni 1815 und 22. Juni 1816 beauftragt sind, in ihren resp. Gerichtskreisen bekannt zu machen: wie diejenigen Unterthanen, welche aus den landesherrlichen Wäldungen Bau- oder Nutzholz zu erhalten wünschen, sich mit ihren Anforderungen so zeitig zu melden haben, daß solche vor dem 15. Sept. jeden Jahrs zur Kenntniß der betreffenden Oberförster gelangen, welche angewiesen sind, selbige an das f. R. E. zu befördern und, daß die später eingehenden Gesuche der Art unberücksichtigt bleiben müssen: so sind doch zeither, nachdem obiger Termin längst verfloßen, noch viele Bau- und Nutzholz-Anforderungen direct bei dem f. R. E. eingereicht. Es wird daher vorstehende Verfügung mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht: daß künftig auf deren genaue Befolgung gehalten werden muß und auf alle Bau- und Nutzholz-Anforderungen, welche zur vorgeschriebenen Zeit nicht angemeldet sind und etwa noch directe eingehen möchten, für das Mal nicht zu reflectiren siehe, auch die desfallsigen Gesuche ohne Resolution bleiben werden.

Gedruckte Bekanntmachung des f. R. E. v. 18. Januar 1817.

Es ist wiederholt zur Anzeige gebracht, daß die Wildddiebereien in dem Blankenburgischen, so wie in dem Harz- und Weser-Districte, überhand nehmen, und die bisher gegen dergleichen Frevel ergriffenen Maßregeln nicht immer den beabsichtigten Erfolg gehabt haben. Zur Steuerung dieses strafbaren Unfugs sind daher aufs neue geschärfte Vorschriften an die betreffenden Forstbeamten ergangen und obgleich es erwartet werden kann, daß die Ortseinwohner in den genannten Districten schon von selbst zur Erreichung des beabsichtigten Zwecks, durch Aufmerksamkeit auf die, der Wildddieberei verdächtigen Personen, imgleichen auf unbefugte Wildprettsverkäufer und durch sofortige pflichtmäßige Denunciation derselben mitzuwirken sich bestreben werden, so werden jedoch dieselben, in Gemäßheit einer desfalls erlassenen höchsten Verfügung, nochmals und ausdrücklich hiedurch aufgefordert, jene Aufmerksamkeit zu verdoppeln, und hiedurch zur Abschaffung jenes frevelhaften Unfugs gebührend beizutragen, wobei, gleichfalls in Gemäßheit höchster Verfügung, zu Jedermanns Kenntniß gebracht wird, daß derjenige, welcher in dem Blankenburgischen, so wie in dem Harz- und Weser-Districte, einen Wildddieb in der Art, bei der nächsten Forst- oder Gerichts-Behörde zu denunciiren im Stande sein sollte, daß derselbe überführt und zur Bestrafung gezogen werden könne, eine Belohnung von fünfzig Thalern und erforderlichen Falls mit Verschweigung seines Namens, zu gewärtigen habe.

Instruction für die Husaren: die Forst- und Jagdfrevel betr.
vom 9. August 1817. f. Art. Militair-Wesen.

Resc. f. R. E. v. 18. October 1817.

Da die Hauer- und Räcker-Löhne für das, von den berechtigten Unterthanen alljährlich angeforderte und denselben verwilligte Feuerholz, welche der Ordnung wegen, aus einer herrschaftlichen Casse vorgeschossen und von dem Forstschreiber an die Arbeiter ausgezahlt, sodann aber durch die Ortsvorsteher von den Empfängern wieder einzassirt und dem Forstschreiber restituiert werden, bisher nicht immer prompt zur herrschaftl. Casse zurückgegeben sind, so sieht sich f. R. E. veranlaßt, die Kr. Ger. zu beauftragen, öffentlich bekannt zu machen, daß den Berechtigten das ihnen verwilligte Feuerholz künftighin, nicht eher zur Abfuhr werde angewiesen werden, bis sie den betreffenden Revierförstern gehörig nachgewiesen haben, daß die Hauer- und etwaigen Räcker-Löhne an die Ortsvorsteher bezahlt worden; übrigens aber in dem Zeitraume von Michaelis bis Oftern, nicht allein die vorgeschossenen Hauer-Löhne eingefordert und das Holz abgefahren, sondern auch der ganze Hauerlohns-Betrag von den Ortsvorstehern an die Forstschreiber wieder abgeliefert werden müsse.

Resc. f. L. G. v. 28. October 1817.

In Folge eines von dem f. G. R. E. eingegangenen Resc. vom 6. October 1817 die, von hiesigen Unterthanen in den königl. preussischen Forsten begangenen Frevel betreffend, werden, um in Hinsicht derselben ein gleichmäßiges Verfahren zu bewirken,

sämmtliche St. und Kr. Ger. hiemit angewiesen, bis zu einer anderweiten Bestimmung in vorkommenden Fällen dabei folgende Grundsätze in Anwendung zu bringen:

1) die in den königl. preuß. Forsten von hiesigen Unterthanen begangenen Frevel sind auf den Antrag der königl. preuß. Forstbehörde, oder des Privat-Eigenthümers sofort zu untersuchen und sind die Freveler zur Ersehung des Werths, des Schadens und der Kosten zu verurtheilen, auch zu bestrafen;

2) obgleich in solchen Fällen der auswärtige Staat die Anwendung seiner Gesetze zu verlangen kein Recht hat, so sind selbige doch aus Gründen der Billigkeit anzuwenden;

3) der Werth der gefrevelten Gegenstände und der Schaden-Ersatz gebührt dem, durch den Frevel verletzten Eigenthümer der Forst, welchem auch die gehaltenen Kosten nach billigen Sätzen zu erstatten sind, die erkannten Geld- und Arbeitsstrafen sind jedoch dem hiesigen Lande in eben der Maße zu entrichten und zu leisten, wie solches wegen der in den hiesigen herrschaftl. Forsten verübten Frevel vorgeschrieben ist und ohne daß von den Geldstrafen der davon in den königl. preuß. Gesetzen dem Denuncianten zugebilligte Theil verabsolgt wird;

4) sollten die hiesigen Unterthanen die, dem verletzten Eigenthümer gebührende Entschädigung aus ihrem Vermögen nicht leisten können, so sind dieselben, so viel die Umstände und ihre körperliche Constitution es gestatten, zur Arbeit so lange anzuhalten, bis durch deren Ertrag der Ersatz des Werths und Schadens bewirkt worden ist, jedoch sind sie in keinem Falle dem Auslande zum Abverdienen zu überlassen.

Resc. f. K. E. v. 23. November 1817.

Da es den Anschein hat, daß in den dieseitigen Forsten einiger Fichten-Saamen zur Reife gekommen ist, so hat f. K. E. rücksichtlich des Einsammelns u. folgendes festgesetzt:

1) ohne Erlaubnißschein ist Niemand befugt, in den dieseitigen Forsten Zapfen zu brechen; wer dawider handelt, verfällt in die, durch den §. 136 des Forst-Straf-Directorii bestimmte Strafe. Alle Unterthanen, welche mit Erlaubnißscheiden versehen sind, müssen den Saamen behufs der hiesigen Culturen an die Saamen-Magazine abliefern, es wäre denn, daß der dieseitige Bedarf bereits gedeckt wäre; aller Saamen, welcher sonst auswärts oder im Lande verkauft wird, wird confiscirt und fällt demjenigen, welcher die Confiscation bewirkt hat, zur Ablieferung an die Magazine gegen den bestimmten Preis anheim;

2) zur Auslieferung des Saamens, insofern solcher nach der vorstehenden Bestimmung als erlaubt zu betrachten ist, muß von dem zunächst wohnenden Forstbedienten, eine Autorisations-Bescheinigung extrahirt werden, widrigenfalls der Saamen der Confiscation unterworfen ist.

Das Publicum ist hievon in Kenntniß zu setzen und die Polizei-Systemen sind zur nöthigen Diliganz anzuweisen.

Resc. f. K. E. v. 17. December 1817.

Die Forstfrevel-Protokolle, welche in formalibus fehlerhaft abgefaßt worden, sind den Forstbedienten zur Verbesserung zurückzugeben und ihnen die Berichtigung aufzugeben; wegen der, auf den Fall der Freisprechung der angeklagten Forstfreveler, zu erstattenden Gebühren, ist auf den Antrag derselben, was Rechtsens, zu erkennen.

Resc. f. K. E. v. 7. Januar 1818.

Die f. Kr. Ger. haben in solchen vorkommenden Fällen, wenn Wildpret, welches angeschossen, entkräftet, zerrissen, oder im Schnee stecken geblieben, aufgenommen worden, gegen die Freveler die, den Gesetzen angemessene Strafe zu erkennen.

Vergl. Verord. vom 16. März 1640, in Fredericks Promtuar T. 2. S. 686.

Resc. f. K. E. v. 31. März 1818.

F. K. E. hat an die Forst-Behörden verfügt, daß über die jährlichen Bauholz- u. Anforderungen der Unterthanen folgende besondere Etats aufgestellt werden sollen:

- 1) Etat von dem Bauholze, welches zur Reparatur oder zum Neubau alter mit Bauholz berechtigten Gebäude, ohne Vergrößerung angefordert wird;
- 2) Etat von dem Nutz- und Geräthe-Holze, welches die Unterthanen forstzinsfrei verlangen können;
- 3) Etat von dem Bauholze zur Vergrößerung vorhandener Gebäude, oder zur Anlegung von neuen auf neuen Stellen, wozu dergleichen nicht forstzinsfrei verabsolgt wird;
- 4) Etat von dem Nutz- und Geräthe-Holze, auch Kohlen, welches von den Unterthanen bezahlt werden muß.

Die f. Kr. Ger. haben hienach die Amtsvoigte und Amtszimmermeister in Kenntniß zu setzen und ihnen aufzugeben, daß die Anforderungszettel zu einem jeden dieser vier Etats gleichsam als Belag dazu separat angefertigt werden, auch dahin zu wirken, daß die Holz-Anforderungs-Zettel sowohl zur gehörigen Zeit eingereicht, als auch mit den nöthigen Attesten versehen, der Forstbehörde so zeitig zugehen, daß die Etats für jedes Jahr um die Mitte des Monats October an f. K. E. eingefandt werden können.

Resc. f. K. E. v. 12. Mai 1818.

F. K. E. gibt den Kr. Ger. aus der kopeilichen Anlage zu ersehen, was wegen Niederschlagung inexigibler Forstbußgelder und deren Umwandlung in Arbeits- oder Gefängnißstrafen den betreffenden Kreisassen-Rendanten von demselben aufgetragen ist, und wie die Forstbehörden gleichmäßig vom f. K. E. beauftragte Instruction erhalten haben, so werden die Kr. Ger. die, als inexigibel ihnen angezeigten Forstbußgelder in andere Strafen umwandeln, deren Vollstreckung der pflichtmäßigen Verfügung der Kr. Ger. überlassen bleibt — sofern sie Gefängnißstrafen bestimmen — übrigens diese sowohl, als die zu substituierenden Arbeitsstrafen dem Vorgesetzten des betreffenden Oberförsters bekannt machen, damit selbiger durch den Districts-Oberforstbedienten davon an f. K. E. berichte,

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

und sodann von diesem der Absatz der betragenden Summe resp. die Ableistung der Arbeitsstrafen verfügt werden kann.

U n t e r s a g e.

Der §. 6. der Instruction vom 7. Novbr. 1815 die Erhebung der Forstrevenden betreffend, schreibt zwar vor:

am Schlusse eines jeden Quartals von den inexigibel befundenen Forstbußgeldern ein, durch die von den Ortsvorstehern bescheinigten Protokolle der Executoren belegtes Verzeichniß, behuf der Niederschlagung an das f. R. C. einzusenden; hingegen bestimmt der §. 22. der höchsten Verordn. vom 5. Mai 1815, das in Forststrafsachen zu beobachtende Verfahren betreffend, unter andern:

daß in solchen Fällen, wo die Insolvenz der zu bestrafenden Forstfrevler erst bei der vorgenommenen Beitreibung der Geldbußen außer Zweifel gesetzt wird, der Forsterheber dieses dem Oberförster anzuzeigen, und daß der letztere darauf bei dem Gerichte auf die Umwandlung der Geldstrafen in Arbeits- oder Gefängnißstrafen anzutragen, auch die desfalligen Verfügungen anzuzeigen habe, damit der Absatz der betreffenden Summen verordnet werde.

Wie nun künftighin genau nach dieser, von divo Seren. erlassenen Bestimmung zu verfahren ist: so wird der oben angezogene §. 6. der Instruction vom 7. Nov. 1815, insoweit derselbe mit dem §. 22. der höchsten Verordn. vom 5. Mai 1815 nicht vereinbarlich, damit aufgehoben und haben die Kr. Ger. sich lediglich nach letzterer von jetzt an zu achten, also die inexigibeln Forstbußgelde-Reste dem betreffenden Oberförster, unter Beifügung der Protokolle der Executoren, wodurch die Unzahlfähigkeit der Debiten bescheinigt wird, quartaliter anzuzeigen, und die Absatzordres demnächst zu gewärtigen.

Braunschweig, den 12. Mai 1818.

Resc. f. R. C. v. 29. September 1820.

Es ist mittelst allerhöchsten Resc. vom 14. Sept. 1820 aus landesherrl. Rücksicht auf das Wohl der Unterthanen verfügt, daß nicht allein der Wildstand in den hiesigen Forsten bedeutend vermindert und selbst unter die bisher für verhältnißmäßig erachtete Rückzahl gebracht und gehalten werde, sondern daß auch die Forstbedienten überall, wo die ackerbautreibenden Landeseinwohner ihrer Hilfe gegen austretendes Wild bedürfen möchten, sofort die wirksamsten Mittel anwenden und keinen Fleiß und Mühe sparen sollen, um, so viel an ihnen ist, das austretende Wild zu erlegen, oder zu verschrecken.

Was f. R. C. in dieser Hinsicht an sämtliche Oberforstbediente unter demselben Tage erlassen hat, wird in Abschrift mitgetheilt, um solches, wie auch, daß von Seiten der Verwaltung der f. Jagden, alles geschehen solle, was zu Verhütung von Wildschäden thunlich ist und beitragen kann, denjenigen Gemeinen und Landeseinwohnern, welche bisher über Wildschäden Beschwerde geführt haben, oder wo es sonst für nöthig gehalten wird, durch die betreffenden f. Kr. Ger. zur Beruhigung bekannt machen zu lassen.

Den, den Wildschäden besonders ausgesetzten Gemeinden ist durch die vorgeordneten Kr. Ger. der Inhalt der bestehenden Verordnungen und Einrichtungen wiederholt in Erinnerung bringen zu lassen, damit Niemand, wenn er wegen deren Nichtbefolgung mit Schadenersatz nicht gehört werden kann, deshalb sich zu beschweren keine Ursache haben möge. Solche Klagen und resp. Ersatzforderungen werden alsdann auch um so weniger begründet erscheinen, als auf einigen möglichen Wildschäden schon bei der Veranlagung der Contribution Rücksicht genommen worden, und ein Jeder, der Grundstücke in der Nähe der Forsten besitzt, es ohnehin im Voraus weiß, daß allen Wildschäden von seinen Besitzungen abzuwenden, selbst bei der ange strengtesten Sorgfalt nicht thunlich ist. Eine Ersetzung alles und jedes Wildschadens liegt auch so wenig in der Verpflichtung der Jagdherrn, als in den Gesetzen des hiesigen Landes, welche vielmehr das Gegentheil deutlich genug voraussetzen.

Sollte aber dessen ungeachtet durch Austragung des Wildes aus f. Forsten, nicht etwa durch bloß übergelaufenes aus fremden Forsten, als wofür als einen bloßen Zufall der Jagdherr in keiner Weise einstehen kann, ein beträchtlicher Schaden verursacht werden und die Beschädigten es erweislich an denjenigen nicht haben ermangeln lassen, was den bestehenden Landesgesetzen gemäß ihnen ihrer Seits obgelegen, so wird f. K. G., wenn solche Fälle gehörig zur Anzeige kommen, nicht anstehen, sich für eine verhältnismäßige und billige Entschädigung zu verwenden. Hievon haben die Oberhauptleute den f. Kr. Ger. Nachricht zu geben, insbesondere aber, was die Ermittlung der vorgefallenen Wildschäden für die Folge betrifft, denselben Nachstehendes zur Nachachtung und erforderlichen Falls zur weiteren Bekanntmachung zu eröffnen:

Jeder verursachte Wildschaden kann nur dann Behuf eines Ersatzes in Betracht kommen, wenn er gehörig constatirt ist. Dazu wird erfordert:

a) daß der Schaden, sobald er geschehen, sogleich dem Gerichte gemeldet, und auf dessen Verfügung ohne Anstand durch einen benachbarten Sachkundigen und zuverlässigen, auch unparteiischen Defonomen, mit Zuziehung eines Forstbedienten und in Gegenwart des Eigenthümers besichtigt, taxirt und sodann bis zur zweiten Besichtigung kurz vor der Erndte, von welcher sub b. die Rede ist, im Auge behalten wird, damit anderweite, auf den Rückfall der demnächstigen Erndte wirkende Umstände von dem eigentlich durch das Wild verursachten Schaden gehörig getrennt bleiben, und nicht, wie es häufig geschehen, auf Rechnung des letztern übertragen werden. Der zu abhübirende Forstofficiant hat nur zu beurtheilen, ob der angegebene Schaden wirklich vom Wilde, und zwar in soweit es ermittelt werden kann, aus herrschaftlichen Forsten geschehen sei. Der abhübirende Defonom hat sein schriftliches Gutachten dahin abzugeben, ob der Schaden nur etwa als ein mäßiger und als ein, nach der Lage der Aecker ganz gewöhnliches Ereigniß, oder aber als ein außerordentlicher zu betrachten; ob dem Beschädigten dabei eine Nachlässigkeit zur Last falle, oder auch, ob der Forstbehörde wegen Mangel an Befolgung dessen, was ihr zur Verhütung obgelegen, etwas zu Schulden komme;

b) daß der Schaden kurz vor der Erndte wieder in Gegenwart derselben Personen in Augenschein genommen und taxirt werde. Ergibt sich dabei, daß der frühere, dem Augenscheine nach, vorhanden gewesene Schaden sodann nicht mehr, oder nicht mehr in der Maße vorhanden, daß der Ausfall von einigem Belange geblieben ist, so ist die Reclamation durch das Kr. Ger. sofort zurückzuweisen. Würde aber sodann noch ein erheblicher Schaden sichtbar geblieben sein, so ist derselbe nach denselben Regeln wie das erste Mal abzuschätzen und sodann beide Taxen, zu denen das angebogene Schema zu benutzen ist, nebst Bericht und Protokoll an f. R. C. einzusenden, um sodann über die billigmäßige Vergütung höchsten Orts Antrag machen zu können. Es wird hiebei bemerkt, daß, wenn der Schaden kurz vor der Erndte überhaupt geschehen ist, oder auf einer Wiese, in Gärten, oder Kartoffelfeldern Statt gefunden hat, er leicht klar zu machen steht und es alsdann einer zwiefachen Besichtigung und Abschätzung nicht bedarf.

Bei der hoffentlich minderen Zahl der künftig zu erwartenden Reclamationen scheint es für jetzt nicht erforderlich, für jede Gegend des Landes eigene Taxatoren zu bestellen, vielmehr ist den Kr. Ger. die Auswahl der Dekonomen nach den Umständen zu überlassen; sollte sich aber die Nothwendigkeit ergeben, im Voraus dergleichen Taxatoren für jede Gegend zu bestimmen, so will f. R. C. den motivirten Anträgen und Vorschlägen der Oberhauptleute deshalb entgegen sehen.

S c h e m a.

L a g a t i o n s

W i l d s c h ä d e n a u f d e

Brand assec. Nro.	N a m e n		N u m m e r		G r o ß e				K o r n = A r t.	Ertrag des Ackers nach dessen Cultur- zustande u. der Producti- onskraft à Morg. Hmpt. Pf.	
	Ackerbesitzer	Länderei	Ban- ne	im Felde	der		des				
					Länderei	Schadens	Morg. Ruth.	Morg. Ruth.			
2.	Ackermann Johann Heinrich Klenke	Die Trumpe	3	12	10	60	4	=	Weizen	12	120
10.	Rothsasse Friedr. Rud. Müller	Im Sacke	2	8	7	30	2	=	Roggen	14	168
14.	Halbspanner Joh. Ludwig Rückelshahn	Im Schierke	1	13	4	60	4	60	Hafer	16	80

B e r e c h n u n g

F e l d m a r k v o r N. N.

Rückfall der Erndte à Morgen		Davon auf				Entschädi- gung des Wildstraßes		B e m e r k u n g e n.
		äußere Ein- wirkungen		Wild- schäden				
Simpf.	Pf.Str.	Simpf.	Pf.Str.	Simpf.	Pf.Str.	Simpf.	Pf.Str.	
3	300	1	100	2	200	8	800	<p>ad 1.</p> <p>Das Land hat im v. J. Klee getragen und ist zum Weizen mit der Achse gedüngt. Der Boden ist bedüngter Klee mit etwas Dammerde gemischt. Der Untergrund Kalkstein. Der Hang des Stückes von Norden nach Süden. In der zwischen den beiden Besichtigungen gewesenen Vegetationsperiode anhaltende Dürre; auch war der Weizen etwas befallen.</p>
2	240	z	z	2	240	4	480	<p>ad 2.</p> <p>Das Land hat im v. J. weiße Erbsen getragen, wozu mit der Achse gedüngt, zum Roggen mit den Hürden überschlagen ist. Der Boden ist bedüngter Sand mit Dammerde melirt, der Untergrund sandiger Lehm. Der Hang von Abend nach Morgen. In der Zwischenzeit abwechselnd Regen und Wärme.</p>
16	400	z	z	16	400	72	1800	<p>ad 3.</p> <p>Das Land hat vorher Weizen getragen, wozu mit der Achse gedüngt ist. Der Boden ist strenger Klee mit etwas Grand gemischt; die Unterlage grandiger Thon. Der Hang von Norden nach Süden. Die Beschädigung war kurz vor der Erndte durch Säuen geschehen, das Korn gänzlich abgestreift, das Stroh halb ruinirt.</p>

Resc. f. L. G. v. 6. September 1821.

Dem f. L. Ger. ist vom f. R. E. die Anzeige zugegangen, daß mehrere der f. Kr. Ger. seit einiger Zeit die bei denselben zur Untersuchung gekommenen Forstfrevler fast sämmtlich, anstatt in Geldstrafe, zu Strafarbeitstagen verurtheilen, mithin die Vorschrift der Verordn. vom 5. Mai 1815, das in Forststrafsachen zu beobachtende Verfahren betrff., nach welcher nur bei bekannter Armuth, oder wenn die Insolvenz der zu Bestrafenden zuvor außer Zweifel gesetzt worden, den Ger. gestattet ist, statt der Geldstrafen Arbeitstage zu erkennen und resp. in solche umzuwandeln, nicht genau befolgt wird, und ist f. L. Ger. aufgefordert, die nöthige Vorsehung zu treffen, daß sich darunter ein Mißbrauch bei den Gerichten nicht einschleiche, indem es den Anschein habe, daß in den Gerichtsbezirken, wo besonders auf Arbeitstage erkannt worden, die Forstfrevler sich vermehren und also die Arbeitstage ein weniger wirksames Abschreckungsmittel sein müssen. In dem deshalb an f. L. Ger. erlassenen Schreiben sind zur Begründung der Anzeige die Fälle aufgeführt, daß unter andern von 195 in einem Monate bei einem Kr. Ger. zur Untersuchung gezogenen Forstfrevlern gar keine Geldstrafen, bei einem andern aber von 332 Frevlern nur 6 Ggr. eingekommen, und daß die allgemeine Zahlungsunfähigkeit aller dieser Eingewroten um so unwahrscheinlicher sei, da es sich sogar zuge tragen, daß dergleichen zu Strafarbeitstagen Verurtheilte die Arbeit durch gebungene und bezahlte Tagelöhner haben verrichten lassen, mithin keineswegs zur Zahlung unvermögend gewesen sein konnten.

Damit nun also durch eine, den Eingewroten angebotene Nachsicht solcher Art, die so sehr häufigen Forstfrevler nicht noch mehr überhand nehmen, so werden die f. Kr. Ger. darauf aufmerksam gemacht, die Gestattung des §. 22. der vorgebachten Verordn. nicht zu überschreiten, die Strafarbeitstage gleich anfänglich nur bei bekannter Armuth der Frevler zu erkennen, im übrigen aber es dem Erfolge der Vertreibung zu überlassen, ob die Geldstrafe eingezogen werden könne, oder auf deren Verwandlung werde angetragen werden, um dadurch die Nothwendigkeit derselben desto gewisser zu constatiren; insonderheit aber werden diejenigen Gerichte, welche bisher darunter sich eine größere Willfähr erlaubt haben, angewiesen, künftighin die gesetzliche Vorschrift genau zu beobachten.

R. f. G. R. E. v. 12. Februar 1822.

Es ist ersehen worden, daß die Einwohner in dem Dorfe D. nicht allein die Jagd auf mehreren Feldmarken gepachtet, sondern selbige sogar wieder an andere Einwohner in E. verpachtet haben. Wie nun mehrere Dorfbewohner und Bauern dieser Dörfer mit Schießgewehren nicht umzugehen verstehen und daher nicht allein für die Gesundheit und das Leben dieser Leute Gefahr zu besorgen steht, sondern auch die Wildddieberei dadurch befördert wird und die Hofbesitzer von ihren häuslichen Beschäftigungen abgehalten werde; so ist, wenn nicht dagegen unvorhergesehene solchenfalls sofort einzuberichtende Bedenken vorhanden sein sollten, den Pächtern die Ausübung der Jagd zu untersagen und auf dieses Verbot streng zu halten, auch die Verpächter davon zu benachrichtigen.

Gedruckte Bekanntmachung f. R. E. v. 15. Juni 1822.

In Gemäßheit eines allerhöchsten Resc. vom 25. Mai 1822 ist bestimmt, daß die, durch die Bekanntmachung f. R. E. vom 18. Januar 1817 ausgelobte Prämie für die Entdeckung eines Wildbiefes in dem Blankenburgischen, so wie in dem Harz- und Weserbisricte nur nach Umständen bis zu der Summe von funfzig Thalern verwilligt werden soll, wornach vorgebachte Bekanntmachung hierdurch deklarirt wird.

Resc. f. G. R. E. v. 30. December 1822.

Es ist bemerkt worden, daß der Inhalt des §. 172. der Verordn. vom 5. Mai 1815, das Forst-Straf-Directorium enthaltend, wonach die Eigenthümer des Viehes für die von dem Hirten verübten Hudestrevel und zwar einer für alle, mit Vorbehalt des Regresses gegen den Hirten, haften sollen, von einigen Gerichten nicht nur auf den durch den Frevel verursachten Schaden, sondern auch auf die dadurch verwirkte Geldstrafe bezogen und solchemnach auch die letzter den Eigenthümern des Viehes auferlegt werde. Obwohl nun das Irrige solcher Ansicht sich schon daraus ergibt, weil sogleich darauf im §. 173. wegen Verwandlung der Geldstrafe im Falle der Insolvenz der Freveler, Bestimmung geschehen, solcher Fall aber, wenn die Eigenthümer des Viehes auch für die Geldstrafe verantwortlich sein sollen, nicht wohl vorauszusetzen ist, mithin daraus genügend hervorgeht, daß der Absicht der gedachten Verordn. zufolge, die Eigenthümer des Viehes für den durch den Frevel verursachten Schaden haften, mit der angeordneten Strafe aber die Freveler, also die Hirten selbst, belegt werden sollen, so hat f. G. R. E. doch, um allen desfalligen Mißverständnissen zuvorzukommen, und zur Nachachtung bei künftigen Erkenntnissen, solches hierdurch ausdrücklich bemerklich machen wollen.

Instruction über den Gebrauch der zu Strafarbeiten verurtheilten Forstfreveler.

Da die bestehenden gesetzlichen Verfügungen das Verfahren über den Gebrauch der zu Strafarbeiten verurtheilten Forstfreveler nicht genau bestimmen, es jedoch nothwendig ist, daß eine gleichförmige Verfahrensweise hiebei durchgängig beobachtet werde, damit, dem Strafgesetze gemäß, sowohl die erkannten Strafen schnell und angemessen in Vollzug gesetzt, als auch durch zweckmäßige Verwendung der Straftage nützliche Arbeiten ausgeführt werden; so wird in dieser Hinsicht und in Gemäßheit der Verordnungen vom 5. Mai 1815 und 4. December v. J., folgendes zur Nachachtung hiemit festgesetzt:

1) Die von Forstfrevelern zu leistenden Strafarbeiten, gleichviel ob solche in Führen oder Handarbeiten bestehen, sind zwar zunächst dazu bestimmt, in den Forsten selbst zu passlichen Ausrichtungen verwendet zu werden, und hat der Oberforstbediente in diesem Falle sowohl die Gattung der vorzunehmenden Arbeiten, als die Zeit der Ausführung zu bestimmen und den ihm untergebenen Revier- und anderen Forstbedienten, bei Zufertigung der Strafverzeichnisse, deshalb die nöthigen besonderen Anweisungen zu ertheilen.

2) Wenn jedoch in den Forsten entweder keine Arbeiten der Art vorzunehmen sind, wobei nach seiner Ueberzeugung Forststrafstage mit gehörigem Erfolge angewendet werden

können, oder nicht zu erwarten ist, daß dergleichen Arbeiten binnen einer gewissen Zeit, längstens binnen 3 Monaten nach der Verurtheilung, vorkommen werden; auch wenn die Wohnorte der Frevler von den Arbeitsplätzen in der Forst zu weit ablegen sind, also die Strafen in den Forsten nicht zweckmäßig oder schnell genug abgeleistet werden können, so hat der Oberforstbediente die Namensverzeichnisse der zu Forstarbeiten nicht zu gebrauchenden Sträflinge, nach der bereits früher vorgeschriebenen Form eingerichtet, an f. R. einzusenden, und sollen die Frevler sodann hauptsächlich bei Wegebesserungen, und wenn dergleichen ebenfalls mit Nutzen nicht anzuordnen sind, zu anderen angemessenen öffentlichen Arbeiten angezogen werden.

3) Die Aufforderung an die Sträflinge, sich zur bestimmten Zeit bei der Arbeit einzufinden, geschieht, ohne Ausnahme, auf Veranlassung des betreffenden f. R. Ger., nach dessen Erkenntniß die Geldstrafe in Arbeitsstrafe verwandelt worden, durch die bei demselben angestellten Amtsvoigte und übrigen Unterbediente. Unmittelbare Aufforderungen dieser Art an die Sträflinge, von Seiten der Forst- oder Bau-Bediente, sollen nicht weiter Statt finden.

4) Jeder Amtsvoigt hat ein vollständiges fortlaufendes Register sämtlicher Forststrafstage zu führen, welche von dem betreffenden f. R. Ger. erkannt worden; letzteres aber dem Amtsvoigte Anweisung und Gelegenheit zu geben, um dieses Register, wozu gedruckte Formulare geliefert werden sollen, und welches, in getrennten Columnen, die fortlaufende Nummer, das Datum des Erkenntnisses, den Vor- und Zunamen der Frevler, deren Stand oder Gewerbe, deren Wohnort, die Anzahl der zu leistenden Spann- oder Handtage, so wie die nöthigen Rubriken, zur Angabe der abgeleiteten Straftage, und zu Bemerkungen, enthält, und worin die Zahl der erkannten und abgeleiteten Straftage summiert und transportirt werden muß, gehörig anfertigen und fortführen zu können.

5) Sobald der betreffende Forst- oder Bau-Bediente, ersterer von seinem vorgesetzten Oberforstbedienten, letzterer von f. R., bei Zufertigung des Verzeichnisses der Frevler, worin das Nähere über selbige enthalten ist, Anweisung erhalten hat, die bestimmten Arbeiten ausführen zu lassen, so hat derselbe das betreffende f. R. Ger. bei Mittheilung des Verzeichnisses, welches jedoch an den Forst- oder Baubedienten zurückzugeben ist, nachdem der Amtsvoigt die Namen der darin aufgeführten Frevler in seinem Register bemerkt hat, davon zu benachrichtigen und demselben schriftlich anzuzeigen, an welchem Tage, zu welcher Stunde und mit welchen Geräthschaften die jedesmal erforderliche Anzahl von Sträflingen an dem bestimmten Arbeitsplatze sich einzufinden hat.

6) Nach Maßgabe dieser Bestimmung von Seiten des Administrations-Bedienten, hat sodann das f. R. Ger. die erforderliche Anzahl von Frevlern durch die Amtsvoigte und übrigen Unterbediente, oder auch durch die Ortsvorsteher und andere dazu geeignete Personen, zum Erscheinen auf dem Arbeitsplatze anzuweisen zu lassen; und ist zugleich, so viel als thunlich, bei dieser Aufforderung, dahin zu sehen, daß die Frevler nach der Folge der Erkenntnisse, mithin diejenigen, welche am frühesten verurtheilt worden, zuerst herbei

gezogen werden. Dabei versteht sich auch von selbst, daß die Frevler sich persönlich bei der Arbeit einfinden müssen. Nur unter ganz besondern, von dem f. Kr. Ger. zu ermäßigenden Umständen, hat dasselbe in einzelnen Fällen nachzulassen, daß der Frevler einen anderen, jedoch brauchbaren Arbeiter, für sich stellen dürfe.

7) Der Forst- oder Baubediente hat in dem, von der vorgesetzten Behörde erhaltenen, Namens-Verzeichnisse zu bemerken, welche Frevler bei der Arbeit erschienen sind, und wie viel Tage solche ordnungsmäßig abgeleistet haben. Am Schlusse einer jeden Woche gibt er dem Amtsvoigt Nachricht von den wirklich erschienenen und abgeleisteten Strafarbeitern, damit der Amtsvoigt das Nöthige in seinem Register bemerken und zugleich ersehen könne, ob sämmtliche bestellte Frevler sich eingefunden haben, oder nicht. Die aus Ungehorsam zurückgebliebenen Frevler sind sodann, auf Anzeige des Amtsvoigts und Verfügung des f. Kr. Ger., unverzüglich auf angemessene Weise zu der ihnen obliegenden Arbeit anzuhalten.

8) Tritt der Fall ein, daß ein Sträfling seit dem erfolgten Erkenntnisse mit Tode abgegangen oder daß solcher außer Landes gegangen und dessen Aufenthaltsort unbekannt wäre, und wenn überhaupt Umstände eingetreten sind, welche die Vollziehung der Strafe unthunlich machen, so muß der Grund der Nichtvollziehung in dem Register des Amtsvoigts bemerkt, auch davon zu gleichem Zwecke dem Administrations- Bedienten Nachricht ertheilt werden. Bei temporellen Hindernissen zur Vollziehung der Strafe, z. B. Krankheiten, Abwesenheiten des Frevlers u. ist deren Beendigung abzuwarten, und dann mit der Strafvollziehung zu verfahren. Veränderungen des Wohnortes innerhalb des Kr. Ger., kommen nicht in Betracht; wenn aber, wie öfters der Fall ist, Frevler in einem anderen Kreise wohnhaft sein oder nach erfolgtem Erkenntnisse dasebst ihren Wohnort genommen haben sollten, über welches alles, wenn etwa die Listen darüber nicht schon Auskunft geben, der Amtsvoigt genaue Erkundigungen einzuziehen bemüht sein wird, so hat, auf die Anzeige desselben, das f. Kr. Ger., von dem die Strafe erkannt worden, die ordentliche Gerichtsbehörde der Frevler wegen deren Stellung zu requiriren, welche letztere, in diesem Falle, hinsichts der Stellung, Bestrafung derselben u. alles dasjenige zu besorgen hat, was die gegenwärtige Instruction vorschreibt.

Auf gleiche Weise ist in Ansehung derjenigen Frevler zu verfahren, welche etwa im Auslande ihren Wohnort, oder sich dahin begeben haben. Wenn aber diese Requisitionen ohne gehörigen Erfolg bleiben sollten, so ist darüber an f. K. Bericht zu erstatten.

9) So wie der Administrations- Bediente, unter dessen Leitung die Arbeiten geschehen, dahin zu sehen hat, daß den Frevlern solche Arbeiten aufgegeben werden, zu welchen sie Kraft und Geschicklichkeit besitzen, und wohin alle Arbeiten derjenigen Art, welche von gewöhnlichen Tagelöhnern verrichtet werden, und wozu die Ausübung einer erlernten Handwerks- Geschicklichkeit nicht erforderlich ist, zu rechnen sind, und wie darauf zu achten ist, daß die Frevler nicht über ihre Kräfte angestrengt werden, so ist auf der andern Seite mit Strenge dar-

auf zu halten, daß die Frevler sich, gleich den Tagelöhnern, zur bestimmten Zeit bei der Arbeit einfinden, fleißig und ohne unnöthige Unterbrechung fortarbeiten und die Arbeit nicht eher, als zur festgesetzten Stunde, verlassen. Trägheit und Nachlässigkeit ist ernstlich zu rügen, und wenn Ermahnungen nicht fruchten, der Frevler dadurch zu strafen, daß ihm statt eines vollen, nur $\frac{3}{4}$ oder ein halber Tag gut geschrieben werden, und er angehalten wird, das Fehlende nachzubienen.

10) Alle Geräthschaften und Instrumente, welche auf herrschaftliche Kosten angeschafft worden, und dem Frevler zum Gebrauche bei der Arbeit überliefert werden, sind an jedem Abend, bei Beendigung der Arbeit, zurückzufordern, und ist nicht zu dulden, daß die Frevler solche mit nach Hause nehmen; widrigenfalls haftet lediglich der Administrations-Bediente oder Localaufseher für den, durch Entwendung oder Verlust der Geräthschaften entstehenden Schaden, und ist, selbigen auf seine Kosten sofort zu ersetzen, verpflichtet. Zugleich hat der Administrations-Bediente darauf zu achten und achten zu lassen, ob die Frevler die ihnen gelieferten herrschaftlichen Werkzeuge durch unrichtigen Gebrauch, verstellte Ungeschicklichkeit, oder aus Muthwillen beschädigen und verderben. Wenn eine solche muthwillige Beschädigung nicht zu bezweifeln steht, so ist der Frevler anzuhalten, so viel Tage nachzubienen, bis er die Kosten der Reparatur des beschädigten Werkzeuges abverdient hat, wobei der Verdienst für einen solchen nachzuleistenden Arbeitstag zu 6 Ggr. anzunehmen ist.

11) Wenn die durch Forststräflinge auszurichtenden Arbeiten, wie bei den mehrsten derselben häufig der Fall sein wird, von der Beschaffenheit sind, daß solche durch einzelne oder mehrere Frevler zusammen auf Accord oder Verding verrichtet werden können, so ist von dem Administrations-Bedienten vorzugsweise die Einrichtung zu machen, die Arbeiten auf diese Weise ausrichten zu lassen. In solchen Fällen hat derselbe den Frevlern die Beschaffenheit der vorzunehmenden Arbeiten genau zu bezeichnen, den Umständen nach eine Probe-Arbeit fertigen zu lassen, ihnen bekannt zu machen, wie viel Tage ihnen für die vorschriftsmäßig vollendete Arbeit zu gute gerechnet werden sollen, dabei auf ihre Geschicklichkeit und Kräfte in dem Maße Rücksicht zu nehmen, daß sie bei gehöriger Anstrengung die ihnen verdingsmäßig zugetheilte Arbeit in wenigern Tagen oder Stunden, als ihnen dafür angerechnet worden, zu verrichten im Stande sind, und hiernächst die verbundenen Arbeiten, ob selbige vorschriftsmäßig gefertigt sind, nachzusehen.

12) Insofern sich unter den Sträflingen Handwerker, z. B. Maurer, Steinhauer, Zimmerleute u. befinden, und selbige bei vorfallenden Brücken-Bauten und andern bergl. Vorrichtungen, wozu eine erlernte Handwerksfähigkeit erfordert wird, zweckmäßig beschäftigt werden können, so sind solche hauptsächlich dabei zu gebrauchen, und ihnen Verdingarbeiten dabei aufzutragen, dergestalt, daß sie bei deren Ausrichtung, in Ansehung der dafür anzurechnenden Straftage, sich verhältnißmäßig etwas besser stehen, als andere, nur Tagelöhnerarbeit verrichtende Frevler.

13) In allen Fällen, wo Forstfrevler nicht im Verding bestimmte Arbeiten verrichten,

ent-

entweder wenn die Arbeiten sich nicht dazu eignen, oder die Frevler keinen Verding eingegangen sind, sondern wo tagweise gearbeitet wird, soll solches nicht anders, als unter gehöriger Aufsicht geschehen. Bei Forstarbeiten ist diese Aufsicht nach Bestimmung des Oberforst-Bedienten, entweder durch die Forstbediente der untern Grade, oder die Gehilfsjäger, oder wenn es diesen, wegen Ausrichtung anderer Dienstgeschäfte, an Zeit dazu fehlt, durch eigends dazu für die Dauer der Arbeit anzustellende Aufseher zu führen. Auf gleiche Weise soll bei Wegebesserungen oder andern öffentlichen Arbeiten, entweder durch die Bau-Bedienten, durch die im herrschaftl. Dienste angestellten, oder durch besondere, für die Dauer der Arbeit anzunehmende Aufseher, über die Frevler beständige Aufsicht gehalten werden. Diese Aufseher, welche mit Vorsicht auszuwählen, und deren Löhne in Anschlag und Rechnung zu bringen sind, müssen, wenn sie aus der arbeitenden Classe genommen werden, den Frevlern vorarbeiten, selbige anweisen und stets im Auge haben; daher auch nach Maßgabe der Arbeiten und der Zahl der Arbeiter, ein oder mehrere Aufseher für einen Arbeitsplatz anzustellen sind.

14) Wenn Sträflinge sich dergestalt faul und nachlässig bezeigen, daß Ermahnungen, oder die Strafe des Nachdienens fruchtlos geblieben, oder wenn sie den Anordnungen des Administrations-Bedienten oder Aufsehers keine Folge leisten, oder sich mit Worten oder durch die That widersetzlich gegen dieselben benehmen, oder sich thätlich an selbigen vergreifen, oder sich zu dergleichen Widersetzlichkeiten oder Thätlichkeiten sogar verabreden oder zusammen rottiren, so hat der Administrations-Bediente oder Aufseher unverzüglich demjenigen f. Kr. Ger., in dessen Gerichtsbezirke der Arbeitsplatz belegen ist, davon, mit Angabe der nähern Umstände, Anzeige zu machen, um alsdann die weitere Untersuchung und Bestrafung zu verfügen.

15) Auch hat das f. Kr. Ger. bei wiederholtem Unfuge, oder wenn von mehrern Frevlern absichtlicher Ungehorsam oder Widersetzlichkeit gezeigt wird, auf beschallige Requisition des Administrations-Bedienten, den Umständen nach, einen der Amts-Unterbediente, oder sonstige dazu geeignete Personen anzuweisen, so lange als der Administrations-Bediente es für nothwendig erachtet, auf dem Arbeitsplatze gegenwärtig zu sein, und selbige dahin mit Instruction zu versehen, daß sie ungehorsame oder widerspenstige Frevler sofort an das Gericht zur Bestrafung abliefern.

16) Am Schlusse jedes Monats hat der, mit der Leitung der Arbeit beauftragte Forst- oder Bau-Bediente die von seiner vorgesetzten Behörde zur Ableistung der Straftage erhaltenen Strafverzeichnisse, in sofern die darin aufgeführten Sträflinge sämmtlich oder bis auf diejenigen abgedient haben, an welchen die Strafe nach §. 8. nicht hat vollzogen werden können, an eben diese Behörde zurück zu liefern.

Nach gänzlicher Beendigung einer Arbeit und wenn selbige nicht etwa nur auf kurze Zeit unterbrochen und in demselben Jahre wieder angefangen und fortgesetzt wird, sind sämmtliche noch in den Händen des Administrations-Bedienten befindliche Verzeichnisse,

wenn auch alle darin aufgeführte Frevler noch nicht abgedient haben sollten, an die vorgesetzte Behörde zurück zu senden.

17) Bevor jedoch diese Listen von dem Administrations-Bedienten an die Behörde zurückgegeben werden, hat selbiger solche mit dem Register des Amtsvoigts hinsichtlich der abgeleisteten Tage, nochmals zu vergleichen, damit, wenn bei einem oder dem andern Posten eine Abweichung gefunden werden sollte, der eingeschlichene Irrthum in dem betreffenden Verzeichnisse berichtigt, und solchergestalt einer nochmaligen irrigen Aufforderung eines Frevlers, welcher schon abgedient hat, vorgebeugt werde, und ist, daß diese Vergleichung wirklich geschehen, unter der Liste zu notiren.

18) Die betreffenden Gerichte haben den, ihnen untergebenen Amtsvoigten und Unterbedienten hiernach die nöthigen und für zweckmäßig befundenen Anweisungen zu ertheilen; und wenn dieselben die ihnen übertragenen Geschäfte und Verrichtungen nicht, wie es sich gebührt, mit Fleiß und Ordnung ausführen sollten, so ist solches von den Administrations-Bedienten den Gerichten anzuzeigen, worauf letztere deshalb zweckmäßige Verfügungen zu treffen haben.

19) Auf gleiche Weise haben die vorgesetzten Gerichte, ohne sich solcherhalb schriftliche Berichte erstatten zu lassen, die Controle über die Amtsvoigte und Unterbedienten in Hinsicht der ihnen übertragenen Geschäfte und Verrichtungen und insonderheit der anzufertigenden Strafwerks-Register, zu führen und letztere, nach Ablauf jedes Jahrs, mit ihren Bemerkungen begleitet, an f. K. in Abschrift einzusenden.

Dabei ist summarisch anzuführen, wie viel Straftage und bei welchen Arbeiten solche verwendet worden, und wie viel Straftage am Schlusse des Jahrs unabgeleistet und noch zu verwenden übrig geblieben sind.

Braunschweig, den 2. Januar 1823.

Resc. f. K. E. v. 17. Februar 1823.

Die Instruction vom 2. Januar 1823 wird mitgetheilt, so wie Formular zu den Registern über die erkannten Forst-Arbeits-Tage und rescribirt: sämtliche Oberforstbediente sind dato angewiesen, die in den Händen derselben befindlichen Verzeichnisse solcher Forstfrevler, welche von selbigen zum Abdieneu bei Forstarbeiten bestimmt sind, den f. Kr. Ger. fordersamst zuzustellen, worauf diese dafür, daß die darin aufgeführten Frevler in die Register der Amtsvoigte gehörig eingetragen werden, zu sorgen, und nachdem solches geschehen, die Verzeichnisse den Oberforstbedienten wieder zuzufertigen haben.

Zu gleichem Zwecke werden den f. Kr. Ger. diejenigen Verzeichnisse von Forstfrevlern, welche die Oberforstbediente bereits an f. K. E. eingesandt haben, damit die darin aufgeführten, zur Walbarbeit nicht zu verwendenden Sträflinge zur Wegeverbesserung oder zu andern öffentlichen Arbeiten angezogen werden können, zugefertigt werden. Diese Frevler sind gleichfalls ohne Aufenthalt in die Register der Amtsvoigte aufzunehmen und die Verzeichnisse alsdann an f. K. E. zu remittiren.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß von jetzt an, der Instruction gemäß,

diejenigen Forstfreveler, welche zu Strafarbeiten verurtheilt werden, sofort in die quaest. Register eingetragen werden müssen, damit diese Register völlig und fortbauernnd vollständig erhalten werden.

Resc. f. L. G. v. 16. September 1823.

Bekanntlich ist durch ein höchstes Resc. v. 6. Oct. 1817, von dessen Inhalte die f. Kr. Ger. durch das Circ. Resc. f. R. E. v. 28. Oct. 1817 in Kenntniß gesetzt worden, in Ansehung der von hiesigen Unterthanen auf königl. preuß. Gebiete verübten Forstfrevel bestimmt worden, daß dieselben nach den an dem Orte des begangenen Delicts geltenden Gesetzen bestraft werden, und dabei die Geldstrafen dem hiesigen Fiscus, der Werth- und Schaden-Ersatz aber dem auswärtigen Waldeigenthümer zufallen sollen.

Bei der Anwendung der obigen Grundsätze kann nun gegenwärtig dadurch ein Zweifel entstehen, daß nach der neuesten, über die Bestrafung der Forstvergehen ergangenen preuß. Verordn. v. 7. Juni 1821, die Geldstrafe, welche bei allen und jeden Forstfreveln besteht, nicht dem Fiscus, sondern dem Waldeigenthümer überwiesen ist, dagegen aber ein weiterer Entschädigungsanspruch des letztern, außer der Bezahlung des tarmäßigen Holzwerthes nicht Statt findet.

Zur Beseitigung dieses Zweifels ist durch ein höchstes Resc. v. 8. Juli 1823 entschieden worden, daß es auch in denjenigen Fällen, wo die gedachte preuß. Verordn. zur Anwendung komme, bei den in dem Resc. v. 6. Oct. 1817 festgesetzten Grundsätzen sein Bewenden hat, mithin die danach zu erkennende Geldstrafe von dem vierfachen Werthbetrage dem hiesigen Fiscus verbleibt, und dem auswärtigen Waldeigenthümer nur die Erstattung des tarmäßigen Holzwerthes, nicht aber eine anderweite Entschädigung, welche in den Gesetzen des Orts des begangenen Delicts nicht begründet ist, zuzubilligen ist.

Den f. Kr. Ger. wird daher solche höchste Entscheidung hiemit eröffnet, um sich danach bei Abgebung künftiger Straferkenntnisse zu achten.

Resc. f. R. E. v. 19. Januar 1824.

Da bisher bei dem meistbietenden Verkaufe des Holzes in den landesherrl. Waldungen nicht gleichmäßig verfahren ist, so findet f. R. E. sich veranlaßt, folgende allgemeine Bestimmungen zu erlassen:

Wenn die Oberforstbedienten mit einem meistbietenden Holzverkauf von f. R. E. beauftragt werden, so sind dieselben gehalten, jedesmal einen Actuar zur Protokollführung bei den Auktionen von dem betreffenden f. Kr. Ger. zu requiriren, und haben dieselben solches vor der Bekanntmachung des Licitations-Termins zu thun, damit solcher nicht auf eine Zeit angesetzt wird, zu welcher der Actuar beim Gerichte nicht entbehrt werden kann. Durch diese Zuziehung eines Actuars sollen jedoch dergleichen Holzverkäufe nicht gerichtlich werden; der Zweck davon ist nur, das Protokoll bei der Handlung durch eine öffentliche Glauben habende Person führen zu lassen. Es folgt daraus, daß nicht dem Actuar die Anordnung der Auction, sondern solche vielmehr dem Oberforstbedienten allein obliegt, und von diesem die Bekanntmachung der Auction, die Entwerfung der nöthigen Bedingungen,

so wie die Leitung des ganzen Geschäfts ausgehen muß. Der committirte Oberforstbediente soll in der Regel bei den Auctionen gegenwärtig sein, kann jedoch bei unvermeidlicher Behinderung sich durch einen der Revierförster vertreten lassen. Von ihm werden den Käufern im Termine die Bedingungen bekannt gemacht, welche ein für alle Mal vorgeschrieben und durch die Umstände von ihm für nöthig gehalten sind. Zu jenen gehört, daß außer dem Gebote die auf das gekaufte Holz verwandten Hauer = Rücker = und andere Löhne, so wie auch das den Revierforstbedienten durch das Resc. f. R. E. vom 12. Decbr. 1814 zugebilligte Accidenz und zwar in guter Conv. Münze, nicht unter Zweigutegroschenstücken, bezahlt werden muß, auch daß vom Augenblicke des Verkaufs an das Holz auf Gefahr des Käufers steht, und spätestens binnen acht Wochen abzuholen ist, widrigen Falls die gleich im Termine zu bezahlenden Arbeitslöhne verfallen sind, und über das Holz anderweit disponirt wird. Zum Ausrufe der Auction kann ein jedes passendes Subject genommen werden, im Falle aber der Oberforstbediente einen Untervogt dazu wählt, ist das f. Kr. Ger. um dessen Sistirung zu ersuchen. Nach Beendigung der Auction händigt der Actuar das Protokoll dem Oberforstbedienten ein und hat dieser dafür zu sorgen, daß, wenn aus mehreren Revieren Holz verkauft wird, für jedes ein besonderes Protokoll geführt werde, da diese den Revier = Forstrechnungen demnächst als Beläge dienen müssen.

Was die Kosten betrifft, welche durch den meistbietenden Holzverkauf veranlaßt werden, so hat der Oberforstbediente davon jedesmal eine Liquidation aufzustellen, und solche mit dem Auktionsprotokolle, nachdem er von diesem Abschrift für seine Registratur genommen hat, zur Genehmigung f. R. E. einzureichen, worauf denn wegen Erstattung derselben das Nöthige verfügt werden wird. An Kosten sollen passiren alle unvermeidlich gewesenenen Ausgaben, namentlich die Kosten der Bekanntmachung der Auction. Desfallsige Inserenda für die Br. Anz. werden frei eingerückt, und ist bei deren Einsendung an das Intelligenz = Comtoir zu bemerken, daß die Bekanntmachung im Auftrage f. R. E. geschehen, auch sind die Briefe, wie alle herrschaftl. Dienstsachen, mit ex officio zu bezeichnen.

Kosten für Kopialien dürfen überall nicht in Anrechnung kommen, da allen Vorgesetzten der Oberforste gegenwärtig ein Schreiber gehalten wird, auch werden in der Regel keine Kosten für das etwaige Anschlagen von Bekanntmachungen in den Krügen u. zu liquidiren sein, da solches fast immer durch die Unterförster und Gehülfenjäger wird besorgt werden können.

Wenn der Verkauf außerhalb des Wohnorts des Actuarius Statt hat, so sollen diesem die Reisekosten ersetzt werden, und erhält derselbe außerdem noch einen Thaler Diäten. Dem Ausrufer bei der Auction passiren 12 Ggr. pro Tag.

Die Oberforstbediente haben sich hienach nun in vorkommenden Fällen zu achten und wird nur noch bemerkt, daß, wenn f. R. E. sich in besondern Fällen bewogen finden sollte, die f. Kr. Ger. mit Abhaltung von Holzauktionen zu beauftragen, alsdann, wie sich von selbst versteht, die Mitwirkung der Oberforstbedienten dabei wegfällt, und

dieselben nur durch die Revierförster das zu verkaufende Holz anweisen zu lassen haben. Zugleich wird hier auch in Erinnerung gebracht, daß von den Käufern außer ihrem Gebote, den Hauer- u. Wönnen und dem Accidenze für die Förster, etwa unter dem Vorwande zur Deckung der Verkaufskosten, durchaus nichts genommen werden darf, und bezieht f. R. E. sich in dieser Hinsicht auf das Resc. vom 23. Febr. 1818.

Resc. f. R. E. v. 14. Februar 1824.

Da die specielle Vertheilung des Holzes, welches in den Gemeinesforsten auf den Grund der von f. R. E. genehmigten Hauungsvorschläge jährlich erfolgt, den Gemeinen selbst unter Aufsicht der f. Kr. Ger. überlassen bleiben muß, so ist die Einrichtung von Holzanforderungslisten rücksichtlich der Gemeinewaldungen nicht nöthig, und sei es nur die Sache der Oberforstbedienten, den genehmigten Holzhieb auszuführen und das erfolgte Material an die Gemeinde, oder wenn die Holzungen getheilt, an die einzelnen Interessenten richtig überweisen zu lassen.

Resc. f. R. E. v. 21. März 1825.

F. R. E. hat unterm 21. März 1815 verfügt: daß alljährlich zwischen Martini und Weihnachten von Seiten des Forstschreibers, der betreffenden Revierförsters und des beeidigten Amts-Zimmermeisters, unter Leitung des ersteren, eine Revision desjenigen Bauholzes vorgenommen werden soll, welches den Unterthanen entweder mit ganzem, oder theilweisem Erlasse des Forstzinses verwilligt worden, damit genau ausgemittelt werde, ob das Holz zu dem angegebenen Zwecke verwendet worden sei, oder nicht. Im letztern Falle liegt dem Forstschreiber ob, diejenigen Unterthanen bei den f. Kr. Ger. zur Anzeige zu bringen, welche das erhaltene Bauholz etwa verkauft oder verborgt haben, damit die Sache näher untersucht und von den Kr. Ger. nach Maßgabe des §. 4. der höchsten W. vom 11. Dec. 1817, die Ergänzung des Forststraf-Directorii betreffend, erkannt werde.

F. R. E. hat zu den Kr. Ger. daher das Vertrauen, daß sie sich dieser Untersuchung prompt unterziehen und die jedesmaligen Erkenntnisse der Forstbehörde zufertigen, damit sodann die erkannte Strafe dem Kr. Einnehmer zur Erhebung überwiesen werden kann.

Die Kr. Ger. haben nun den Unterthanen durch die Ortsvorsteher nach Vorstehendem das Nöthige bekannt zu machen, mit dem Hinzufügen, daß das verwilligte Bauholz im ersten, oder spätestens im zweiten Sommer nach der geschehenen Verabfolgung verbaut sein müsse, wenn nicht nach der Vorschrift des Forststraf-Directorii gegen sie verfahren werden solle.

Resc. f. R. E. v. 20. Juli 1825.

In Gemäßheit eines höchsten Resc. vom 5. Juli 1825 ist auf Veranlassung der erneuerten Beschwerden über die Beschädigung der Feldfrüchte durch Wild, den sämtlichen Forstbedienten die genaueste Befolgung der wegen der Verhütung oder doch thünlichsten Verminderung der Wildschäden und insbesondere wegen der gänzlichen Nichtschonung des Schwarzwildprets erteilten Vorschriften, nochmals zur Pflicht gemacht, und denselben dabei eröffnet worden, wie diejenigen unter ihnen, die sich eine absichtliche oder fahrlässige

Schonung, vorzüglich der letztgedachten Gattung von Wild zu Schulden kommen lassen würden, dieserhalb mit angemessener Ahndung nicht übersehen werden würden, und wird übrigens von den getroffenen Maßregeln und insbesondere von der verfügten bedeutenden Herabsetzung des etatmäßigen Wildbestandes die nunmehrige Erreichung des beabsichtigten wohlthätigen Zweckes um so mehr erwartet werden können, als dabei auch die künftig bewilligte Anlegung von Saufängen und Saufänger-Hezen zu Hilfe kommen wird.

Indem f. K. E. die Kr. Ger. hievon in Kenntniß setzt, veranlaßt dasselbe diese zugleich, dafür zu sorgen, daß, so wie von Seiten der Landesregierung jede thunliche Maßregel gegen dergleichen Feldverwüstungen gern vorgekehrt, dagegen auch von Seiten der Unterthanen dasjenige, was ihnen selbst zur Beschädigung ihrer Aecker zu thun obliegt, gleichfalls nicht unterlassen, sondern in gehöriger Vollständigkeit geleistet werde. Insbesondere haben die Kr. Ger. die Unterthanen darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht durch unzweckmäßige Eintheilung ihrer Feldbestellung dem beabsichtigten Zwecke selbst entgegen arbeiten und z. B. indem sie Kartoffeln, oder eine andere, das Wild stark anziehende Frucht nahe an die Holzungen pflanzen, die Thiere dadurch auch bei dem geringsten Bestande aus den Holzungen selbst hervorlocken, und sich solchergestalt durch eigene Schuld einen sonst vermeidlichen Schaden zuziehen. Da übrigens die Erfahrung gelehrt worden, die Klagen über Wildschäden bedeutend abgenommen haben, so haben die f. Kr. Ger. in Ueberlegung zu ziehen, ob und in welchen, den Beschädigungen vorzüglich ausgesetzten Gegenden eine Verpachtung der Jagd vorzunehmen sein möchte, auch haben dieselben sich zu bemühen, solche Pachtcompetenten auszumitteln, von denen zu erwarten ist, daß sie sich schon des eignen Interesses wegen die Abstellung der Beschwerden über Wildschäden angelegen sein lassen werden.

Resc. f. K. E. v. 19. Januar 1826.

Es ist höchsten Orts unterm 28. Dec. 1825 resolvirt worden,

1) daß die Jagd in ganz abgesonderten Forstförtern verpachtet werden solle, insofern diese Verpachtung zur besseren Abwendung der Wildschäden nützlich erachtet werden würde;

2) daß die pachtweise Ueberlassung der Feldjagden auf denjenigen Feldmarken, welche besonders dem Wildfraße ausgesetzt sind, an Domainen-Pächter und sonstige qualifizierte, auch hinsichtlich ihrer Feldfrüchte bei der Abwehr des Wildes von den zu den Jagdrevieren gehörigen Aeckern interessirten Personen genehmigt werde, und zwar dergestalt, daß den Pächtern daneben auch das Schießen des in ihr Jagdrevier austretenden Hochwildes mit gestattet und nur das geschossene Wild derselben entweder gegen ein angemessenes Locarium oder gegen Erlegung der Taxe überlassen, oder solches von dem Pächter an die Forstbehörde abgeliefert werde;

3) daß auch allen übrigen Pächtern von Feldjagden und anderen bei der Abwehr des Wildes von den Feldern interessirten, und im Uebrigen qualifizen Personen der Anstand vor dem Holze und die Befugniß zum Schießen des austretenden Hochwildes unter einer

der vorgebachten beiden Bedingungen, nach deren Wunsche und Auswahl gestattet werden könne;

4) daß den Forst-Officianten wiederholt und ernstlich zur Pflicht gemacht werden solle, das Schwarzwild nicht nur auf keine Weise zu schonen, sondern auch überall, wo sich etwas davon vorfindet, solches auf jede nur thunliche Weise und mit eifrigstem Fleiße und Benützung der dazu bewilligten Hilfsmittel, auszurotten.

L. Resc. v. 26. März 1826.

Wegen der von hiesigen Unterthanen im Preussischen begangenen Verbrechen, f. Art. Criminal-Justiz.

L. Resc. v. 7. April 1826.

Für die Folge soll nur den bedürftigen Landesunterthanen des Kr. Amtes Helmstadt gegen Weibringung der erforderlichen desfallsigen Atteste des Kr. Amtes der Bedarf an Dielen von den herrschaftl. Sägemühlen zu dem bisherigen herabgesetzten Preise verabsolgt werden; bei den Dielen-Ankäufen sämtlicher übrigen Landes-Einwohner dagegen, sollen künftig die nur von Ausländern und von den einheimischen Dielenhändlern erlegten höhern Preise eintreten.

Resc. f. R. E. v. 5. Juni 1826.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß bei Anmeldung und Untersuchung der von den Privat-Förstern und Aufsehern in den, ihrer Aussicht anvertrauten Privatforsten entdeckten Forst- und Jagd-Frevel bisher nicht gleichmäßig verfahren sei, indem einige Gerichte die Anzeige unmittelbar von den Privatförstern angenommen, andere hingegen nur dann eine Untersuchung darüber eingeleitet haben, wenn die Denunciationen zuvor dem Bezirks-oberförster übergeben und von diesem mit dem gesetzlichen Strafantrage versehen, bei den Gerichten eingereicht sind, und ist vom f. R. E. auf ein gleichmäßiges Verfahren angetragen. Da nun der §. 24 der L. Verordn. vom 5. Mai 1815 das in Forststraf-Sachen zu beobachtende Verfahren betr. ausdrücklich vorschreibt: daß die Protokolle der auf die Constatirung der Forstfrevel beeidigten Privatförster der Revision des Revier- und Oberförsters unterworfen sein, welche dem Befinden nach deshalb nähere Nachfrage anzustellen, die Privatförster aber ihre Frevellisten und Protokolle monatlich dem Revierförster und dieser sodann solche dem Oberförster zuzustellen, letzterer aber dieselben mit seinen Strafanträgen versehen, dem Gerichte einreichen sollen, welche höchste Verfügung in dem neuesten Landtags-Abchiede §. 60 nur noch den Zusatz erhalten hat, daß die Oberförster, welchen die Verfolgung der Forstvergehen vor Gericht obliegt, alsdann, wenn ihnen von einem Privatförster darüber Anzeige geschehen, den letztern von dem zur Untersuchung angeordneten Termine zu benachrichtigen und dadurch in den Stand zu setzen haben, sich dabei, um die erforderlichen Erläuterungen und Beweise herbei zu schaffen, einzufinden: so werden diejenigen Gerichte, welche bisher einen hiervon abweichenden Weg zugelassen haben, auf obige höchste Vorschrift aufmerksam gemacht und angewiesen, die Forst- und Jagd-frevel-Protokolle der Privatförster von denselben nicht weiter und nicht anders, als wenn

selbige durch den Oberförster des Bezirks mit dessen Strafanträgen versehen, bei ihnen eingereicht werden, zum Behuf der einzuleitenden Untersuchung, anzunehmen.

L. Resc. v. 30. Juli 1826.

Da in Erfahrung gebracht ist, daß hin und wieder Zweifel darüber obwalten, ob die f. Distr. Ger. die Instruction der zu ihrer Competenz gehörigen Forststraf-Sachen selbst besorgen müßten, oder ob die f. St. Ger. und Kr. Amt. sämtliche Forststraf-Sachen, auch diejenigen, welche ihre Competenz übersteigen, zuvörderst zu instruiren und sodann erst mit den Instructions-Protokollen an die f. Distr. Ger. abzugeben verbunden seien, und daß in dieser Hinsicht bei den verschiedenen Gerichten der ersten Instanz ein nicht übereinstimmendes Verfahren beobachtet werde, die über die Einrichtung des Justiz-Wesens unter dem 26. März 1823 erlassene Verordnung aber hierüber klare Maße gibt, indem im §. 2. No. 3. derselben den Distr. Ger. in den zu ihrer Competenz gehörigen Forststraf-Sachen, die Untersuchung und das Erkenntniß ausdrücklich auferlegt ist, so werden sämtliche f. Distr., St. Ger. und Kr. Amt. angewiesen, sich nach dieser gesetzlichen Bestimmung genau dergestalt zu achten, daß die f. Distr. Ger. alle zu ihrer Competenz gehörigen Forststraf-Sachen auf die, ihnen von der Forst-Behörde unmittelbar einzureichenden Forst-Protokolle selbst und ohne vorgängiges und vorbereitendes Verfahren der f. St. Ger. und Kr. Amt. instruiren und entscheiden, die f. St. Ger. und Kr. Amt. aber nur die Instruction der, zu ihrer eigenen Competenz gehörigen Forststraf-Sachen auf die, ihnen darüber zugehenden Frevel-Protokolle der Forst-Behörde besorgen und darüber erkennen.

Resc. f. K. E. v. 31. Juli 1826.

Mittels höchsten Resc. vom 20. d. M. und 26. v. M. ist bestimmt, daß die Culturen der Gemeine-Forsten zwischen den Forstbedienten und den Gemeine-Vorstehern zu verabreden, in den Fällen aber, wenn dieselben sich darüber nicht sollten einigen können, die Sache durch das betreffende Kr. Amt und den Oberhauptmann zur Entscheidung f. K. E. zu bringen sei, indem die Feststellung der Culturen in den Gemeine-Waldungen und die darauf zu verwendenden Arbeiten und Kosten nicht einseitig von den Forst-Behörden ausgehen dürfen, sondern die Gemeine-Vorsteher und bei vorkommenden Differenzen die der Gemeine-Verwaltung vorgesetzten Behörden in eben der Art concurriren müssen, wie solches bei der Administration anderer Gemeine-Güter und bei der Verwilligung sonstiger Gemeine-Ausgaben der Fall ist. Uebrigens wird es zur Vermeidung der Inconvenienzen angemessen sein, wenn bei der Verabredung des Cultur-Plans zwischen der Forst-Behörde und den Gemeine-Vorstehern die Zustimmung der letzteren jedesmal schriftlich abgegeben und auf den Grund dieser schriftlichen Einwilligung im Falle nachheriger oder auch zum Voraus zu besorgender Weigerung bei dem betreffenden Kr. Amte von Seiten der Forst-Behörde sachgemäßer Antrag gemacht wird. Es ist also diesem gemäß zu verfahren und die schriftliche Zustimmung der Gemeine-Vorsteher den einzufendenden Cultur-Vorschlägen der Gemeine-Waldungen, beizufügen (Vergl. Resolut.: „wegen derer seelschen Unterthanen zustehenden Erbhölzer“, vom 27. Mai 1676.)

Franz:

Französische Forderung. Gemeine-Angelegenheiten 2c. Resc. 89

Französische Forderung.

W. die an die französische Regierung zu machende Forderung betrff. (S. 33.) [No. 3.] (6. Febr. 1816.)

Vorschriften wegen der Liquidation, Untersuchung der Forderungen nach Bestimmung des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 und der, dem Friedens-Tractate vom 20. Novbr. 1815 angehängten Convention.

W. die Prorogation des zur Einreichung der Liquidationen gegen Frankreich festgesetzten Termins betrff. — bis zum 1. Nov. 1816. (S. 69.) [No. 9.] (22. Juli 1816.)

Gemeine-Angelegenheiten. Vergl. Polizei und Verwaltung.

W. die Verwaltung, insbesondere die Gemeine-Angelegenheiten betrff. (S. 5.) [No. 1.] (30. Decbr. 1813.)

a) Die Maire haben ihre Geschäfte, jedoch der Canton-Maire unter der Benennung von Kreisbeamten, die der Städte und Flecken unter der, der Bürgermeister, Schultheiß 2c. die Maire der Dorfgemeinen unter der Benennung der Ortsvorsteher, fortzusetzen. Die Adjuncten werden als Gehilfen der Ortsvorsteher beibehalten. (S. 6.) [No. 1.] (30. Decbr. 1813.)

b) Ein Verzeichniß der Maire mit einem Gutachten einzusenden, welche unter den veränderten Benennungen beibehalten werden können. (S. 6.) [No. 1.] (30. Dec. 1813.)

c) Ablegung der Gemeine-Rechnungen an die Kreisbeamten. (S. 7.) [No. 1.] (30. Decbr. 1813.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. C. v. 3. Mai 1814.

Das städtische Rechnungswesen soll nach allgemeinen Grundsätzen regulirt, zu diesem Behufe die jährlichen Einnahme- und Ausgabe-Etats von den städtischen Behörden regelmäßig eingefordert und die am Ende eines jeden Jahrs abzulegenden Rechnungen einer genauen Revision unterworfen werden, weshalb vorerst ein Verzeichniß der städtischen Rechnungen an das f. R. C. einzusenden ist.

Resc. f. R. C. v. 16. März 1816.

Durch ein Resc. des f. G. R. C. vom 4. März 1816 findet f. R. sich veranlaßt, den sämtlichen Oberhauptleuten und den f. Kr. Ger. zu eröffnen, daß die Entlassung der Ortsvorsteher und deren Gehilfen, insofern solche ihren Abschied zu erhalten wünschen, so wie die Wiederbesetzung der vacanten Stellen dieser Art, lediglich Sache der f. Kr. Ger. sei, wie solches auch bereits in der Verordn. vom 19. Februar 1814 enthalten ist; daß dagegen die Entlassung derjenigen Ortsvorsteher und deren Gehilfen, welche um ih-

Gemeine-Angelegenheiten, Rescripte.

ren Abschied nicht nachgesucht haben, von den Kr. Ger. nicht allein, sondern nur mit Zustimmung der betreffenden Oberhauptleute verfügt werden soll.

Vergl. Ergänz. zum Frederßdorf. Art. Feldgeschworne.

Resc. f. K. C. v. 5. December 1816.

Es ist mittelst Resc. des f. K. C. vom 26. Novbr. 1816 verordnet, daß in Rücksicht der Heranziehung der Prediger und übrigen Kirchen- und Schul-Diener zu den Gemeinde-Abgaben, Lasten und Diensten, diejenigen Verhältnisse im Allgemeinen wieder hergestellt werden sollen, welche vor der feindlichen Besiznahme bestanden haben.

Resc. f. K. C. v. 27. Januar 1817.

Es soll den f. Kr. Ger. gestattet sein, bei Abnahme der Gemeinde-Rechnungen, insofern die Einnahme in den Beiträgen der Reihewohner zur Bestreitung der Gemeinde-Ausgaben besteht, 8, 12 bis 16 Ggr. und falls sie zugleich in Revenüen der Gemeinde-Güter besteht, 1 bis 2 Thaler dafür, unter der Bedingung zu nehmen, daß solches an Ort und Stelle und in Beisein mehrerer Gemeinde-Mitglieder geschehe, deren Auswahl jedoch den Ortsvorstehern nicht zu überlassen ist.

Die f. Kr. Ger. haben ferner und mit Zuziehung der gedachten Gemeinde-Mitglieder, ein genaues und richtiges Verzeichniß der Güter einer jeden Gemeinde aufzunehmen und durch die Oberhauptleute einzusenden.

Resc. f. K. C. v. 14. Juli 1817.

Bei mehrerer Gelegenheit ist in Erfahrung gebracht, daß die, von ganzen Gemeinden zu tragenden Ausgaben und Lasten gewöhnlich nach dem Fuße der Steuern, namentlich der Grund- und Personalsteuer, repartirt und dabei auch die f. Domainen und deren Pächter herangezogen werden. Von den Auflagen dieser Art, soll f. K. C. erst durch die entstandenen Beschwerden, oder durch die größtentheils unvollkommenen Anzeigen der Pächter und Nugnießer von dem Betrage der Beitragsquoten, Kenntniß erhalten. Es werden dadurch manche Inconvenienzen herbeigeführt, besonders hinsichtlich der zu ertheilenden Zahlungsanweisungen, über die von f. Kammer zu übernehmenden Beiträge. Wenn gleich es nicht die Absicht ist, die herrschaftlichen Beiträge zu diesen Lasten vorzuenthalten, wenn solche gesekzmäßig sind und auf einer richtigen Repartition beruhen: so ist es doch nöthig, daß f. K. C. zuvor über den Gegenstand selbst, über den Repartitionsfuß und über die Beitragsquoten genaue Kenntniß erhalte, ehe die f. Domainen- und sonstige Cassen, zur Zahlung autorisirt werden. Es ist daher künftig in jedem Falle, wo Gemeinde-Ausgaben z. B. Begebesserungskosten, Reparaturkosten der Feuerlöschungs-Geräthschaften, Emolumente der Ortsvorsteher u. repartirt, und herrschaftliche Beiträge dazu geleistet werden müssen, zuvor dem f. K. C. die nöthige Anzeige davon zu machen, wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß bringende Prästationen, die keinen Aufschub leiden, z. B. Kriegszufhren u. dadurch nicht verzögert werden.

Resc. f. K. C. v. 14. Mai 1818.

Da es hin und wieder in Antrag gekommen ist, den Ortsvorstehern Dienstiegel

zu gestatten, bei genauerer Erwägung jedoch große Bedenken dagegen obwalten, so ist höchsten Orts beschlossen worden, daß die Ortsvorsteher dergleichen Siegel nicht führen sollen und haben die Oberhauptleute daher die f. Kr. Ger. darnach zu instruiren und dergleichen etwa schon vorhandene Siegel sofort einzuziehen.

Damit übrigens der Mangel eines solchen Siegels bei Versendung der Dienstschreiben kein Hinderniß mache, so ist der f. Post-Direction von Neuem eingeschärft worden, die mit der vorschriftsmäßigen Beziehung auf dem Couverte versehenen Officialschreiben der Ortsvorsteher auch ohne Beifügung eines Dienstsiegels portofrei zu befördern.

Resc. f. K. C. v. 29. Juni 1818.

F. G. K. C. hat unterm 2. Juni 1818 auf den desfalligen Antrag des f. K. C. beschlossen, daß die, zufolge höchsten Resc. vom 12. Januar 1817 sämmtlichen f. Kr. Ger. obliegende vierteljährliche Einreichung der Verzeichnisse der nicht revivirten Gemeinerechnungen nicht ferner statt finden, sondern zur zweckmäßigen Controlirung des Gemeinerechnungs-Wesens künftig nach folgenden Bestimmungen verfahren werden soll:

1) die f. Kr. Ger. sollen nur alle halbe Jahr einen Etat über das Rechnungswesen der in ihrem Bezirke gelegenen Gemeinen den Oberhauptleuten einreichen;

2) der Etat soll nach dem entworfenen Schema angefertigt werden, wobei doch noch ausdrücklich bestimmt wird, daß in der dritten Columnne des Schema's die Angaben über die abgenommenen Rechnungen sich bis auf die Zeit des Anfanges des in der folgenden Columnne enthaltenen Termins erstrecken müssen, und ist zur Einreichung des Etats an die Oberhauptleute die Zeit vom 1. bis zum 15. Januar und vom 1. bis zum 15. Juli jeden Jahrs bestimmt;

3) diesem Etat werden statt der bisherigen Abschriften von den Rechnungs-Abnahme-Protokollen, solche im Originale nebst den abgenommenen Rechnungen selbst beigefügt;

4) die Oberhauptleute sind gehalten, die den Etats beigefügten Rechnungs-Abnahme-Protokolle und die abgenommenen Rechnungen, nachdem von ihnen daraus die erforderlichen Notizen gezogen sind, spätestens vom 1. Februar und 1. August jeden Jahrs den f. Kr. Ger. zu remittiren, den Etat über die geschehene Rechnungs-Abnahme aber selbst nebst den von ihnen dazu gemachten Bemerkungen an f. K. C. einzusenden.

Gemeine-Angelegenheiten.

93

einzufendender

t a t

das

des fürstlichen Kreis-Gerichts.

B e m e r k u n g e n
d e s

Fürstl. Kr. Gerichts.

Oberhauptmanns.

Gemeine-Angelegenheiten, Rescripte.

Resc. f. R. E. v. 29. Juni 1818.

Den Oberhauptleuten liegt ob, strenge darauf zu halten, daß die Etats über das Rechnungswesen der Gemeinen zu der bestimmten Zeit bei denselben eingehen, auch haben sie sodann die denselben beigelegten abgenommenen Rechnungen und Abnahme-Protokolle gehörig nachzusehen, die, sowohl hinsichtlich der geschehenen Rechnungs-Abnahme, als auch rücksichtlich der aus den Rechnungen sich ergebenden Mängel der Verwaltung der Gemeine-Güter und Cassen in der im Etat dazu bestimmten Columnne ausführlich zu bemerken und zu deren Abstellung Vorschläge zu machen, oder wegen deren Abstellung das Nöthige sofort zu verfügen, insofern diese Mängel nur geringfügig sind; endlich aber diese Etats, mit ihren Bemerkungen versehen, spätestens am 1. Febr. und 1. Aug. eines jeden Jahrs an das f. R. E. einzusenden, die Rechnungen und Abnahme-Protokolle aber den f. Kr. Ger. zu gleicher Zeit zurückzugeben.

Resc. f. R. E. v. 20. October 1818.

Um über die Verwaltung des Vermögens der Städte und Gemeinen stets eine genaue Uebersicht zu erlangen, so wie auch um mehrere Gleichförmigkeit in die Aufstellung der städtischen Einnahme- und Ausgabe-Etats zu bringen, ist von dem f. R. E. mittheilend Resc. vom 29. Sept. 1818 auf den desfallsigen Antrag des f. R. E. verordnet worden:

1) daß sowohl von den Städten, wie solches bisher geschehen, als auch von den Flecken, vom nächsten Jahre an, jährliche Einnahme- und Ausgabe-Etats nach dem anliegenden Schema aufgestellt werden und

2) die Aufstellung derselben von Seiten der Ortsbehörden mit Zuziehung und nach vorgängiger Verathung mit den Stadtdeputirten oder Geschwornen und zwar

3) unfehlbar in der letzten Hälfte des Monats November jeden Jahrs dergestalt geschehen soll, daß solche Etats von den Ortsbehörden mit Anfang December jeden Jahrs an die f. Kr. Ger. in triplo eingereicht, und nachdem dieselben mit ihren Gutachten in der in den gedruckten Etats dazu bestimmten Columnne sind, unfehlbar mit der Mitte Decembers den Oberhauptleuten übergeben werden können;

4) Der Etat selbst soll auf folgende Weise abgetheilt werden:

A. E i n n a h m e.

Tit. I. Zinsen von Capitalien.

Ist der Schuldner, das Datum des Schuld-Dokuments, der Zinsfuß, der Zeitraum, für welchen die Zahlung geschehen muß und das verpfändete Grundstück genau anzugeben.

Tit. II. Eingehende Capitalien.

Ist das Capital mit Bezugnahme auf den Tit. I. zu bezeichnen.

Tit. III. Von Grundstücken.

Hierher gehören Pacht- und Miethgelder von Häusern, Meckern, Gärten, Wiesen, Ertrag von Fischteichen, Obst-Plantagen, Bleichplätzen, Erbenzinse u.

Tit. IV. Von Berechtigungen.

Einkünfte von Marktstellen, von Maß und Gewicht, Zehnten, Hürdenschlag.

Tit. V. Strafgeſelder.

Die den Rämmerei-Caſſen zugewieſenen Polizei-Eſtrafen.

Tit. VI. Sonſtige und zufällige Einnahme.

Alle in vorſtehenden fünf Titeln nicht bemerkte Einnahme.

B. Ausgabe.

Tit. I. Zinſen von Capitalien.

Iſt der Gläubiger, das Datum des Schuld-Dokuments, der Zinſfuß, der Zeitraum, für welchen die Zinſen bezahlt werden und das verpfändete Grundſtück genau anzugeben.

Tit. II. Zu belegendende Capitalien.

Iſt der künftige Schuldner, falls er ſchon bekannt, die Größe des Capitals, der Zinſfuß und das zu verpfändende Grundſtück anzugeben.

Tit. III. Abonnements-Gelder.

Sind die Koſten a) für die Verordnungs-Sammlung, b) für die Dr. Anz. anzugeben.

Tit. IV. Beſoldungen und Löhne.

Sind die Beſoldungen der Bürgermeiſter und Vorſteher der Stadt und resp. Gemeinde-Schreiber, der Steuer-Erheber und der Gemeinde-Einnahmer, wo ſolche vorhanden, der Gemeinde-Forſt-Auſſeher, der Gemeinde-Diener, der Feldhüter, Nachtwächter, Hirten anzugeben, und zwar nicht in Summa, ſondern eines jeden beſonders.

Tit. V. Penſionen für ehemalige Officianten.

Städtiſche und resp. Gemeinde-Officianten, Schullehrer u.

Tit. VI. Zur Unterhaltung der gemeinheitlichen Grundſtücke.

Bau- und Reparaturkoſten u. Beiträge zur Brandverſicherungs-Caſſe, Del und Holz in die Wachtthäuser, Reinigung der Schornſteine u.

Tit. VII. Grund-Abgaben.

Alle auf die gemeinheitlichen Grundſtücke repartirte Laſten.

Tit. VIII. Cultuſ-Koſten.

Beitrag zur Beſoldung der Prediger, Cantoren, Organiſten, des Küſters, Bälgen-treters, Glockenläuter, Unterhaltung der geiſtlichen Gebäude, Umzäunung des Gottes-Ackers, des Pfarr-Gartens u.

Tit. IX. Auf Schul-Anſtalten.

Beitrag zur Beſoldung des Schullehrers, Unterhaltung der Schul-Gebäude, als Reparatur-Koſten, Reinigung der Schornſteine, Beitrag zu der Brandverſicherungs-Caſſe, Holz für die Schulſtube, Umzäunung des Schulgartens u.

Tit. X. Auf Feuer-Löſchungs-Anſtalten.

Koſten der Anſchaffung, resp. Reparatur der Feuerſpritzen, der Waſſerfäſſer, Eimer, Haſen, Leitern u.

Tit. XI. Auf Geſundheits-Polizei.

Beitrag zur Beſoldung der Hebammen, Koſten der Anſchaffung und Reparatur der Geburtsſtühle, Kiſtirſpritzen u.

Gemeine = Angelegenheiten, Rescripte.

Tit. XII. Straßen = Reinigungs = Kosten.

Die beſuch dieſes Gegenſtandes aus der Stadt = oder Gemeine = Caſſe zu beſtreitenden Ausgaben.

Tit. XIII. Sonſtige und zufällige Ausgaben.

Alle in vorſtehenden zwölf Titeln nicht aufgeführten Ausgaben, ſo wie für unvorhergeſehene Ausgaben eine angemessene Summa zur Berechnung.

Alle vorgenannte Einnahme = und Ausgabe = Titel müſſen in dem Etat aufgeführt, und wenn bei dem einen oder dem andern keine Einnahme oder Ausgabe vorfallen, muß ſolches durch „Nichts“ bemerkt werden.

Jede Einnahme oder Ausgabe muß ſpeciell angegeben werden.

Wenn ſich der Einnahme = oder Ausgabe = Betrag eines Poſtens oder eines ganzen Titels nicht mit Beſtimmtheit angeben läßt, als z. B. Baukoſten, Wegebeſſerungskosten, Koſten der Unterhaltung der Feuerlöſchungs = Geräthſchaften u., ſo wird der muthmaßliche Betrag zur Berechnung aufgeführt.

Nach der Balance werden Vorſchläge gethan, wie der Ueberſchuß zu verwenden, oder das Deficit auf eine leichtere zweckmäßigere Art als durch eine Communal = Steuer gedeckt werden könnte, oder falls ſolches unzuläſſig, wie die Communal = Steuer aufzubringen ſei.

Uebrigens verſteht es ſich, daß, wenn einmal der Etat von den höheren Behörden genehmigt worden, es wegen der Vereinnahmung oder Verausgabung der darin aufgeführten einzelnen Einnahme = und Ausgabe = Poſten keiner weiteren Genehmigung bedarf und eine ſpecielle Anweiſung der höheren Behörde nur dann noch nöthig iſt, wenn im Laufe des Jahrs eine Ueberſchreitung des Etats durch irgend eine unvorhergeſehene Ausgabe erforderlich wird.

Schließlich macht f. R. C. den Kr. Ger. bemerklich, daß f. G. R. C. auf die prompte Ausführung der obigen Vorſchriften erſtlich gehalten wiſſen will, weſhalb die Befolgung derſelben bringend empfohlen wird.

E t a t

der

E i n n a h m e u n d A u s g a b e

für (die Stadt — Flecken)

für das Jahr 18..

Gemeine = Angelegenheiten.

N ^o	A. Einnahme oder B. Ausgabe.	Betrag jedes einzelnen Postens.	Betrag jedes Titels.	Gutachten der Ortsbehörde
		Thlr. gr. Pf.	Thlr. gr. Pf.	

Gemeine-Angelegenheiten.

99

Gutachten des fürstl. Kr. Ger.	Gutachten des Oberhauptmanns.	Gutachten des fürstl. K. Collegii.	Entscheidung des fürstl. Ministerii.

Gemeine-Angelegenheiten, Rescripte.

Resc. f. R. C. v. 27. November 1818.

F. G. R. C. hat mittelst Resc. vom 7. Nov. 1818 wegen Remuneration der Ortsvorsteher bestimmt, daß solche nach der Localität eines jeden Orts nach Anleitung des Circul. Resc. vom 30. Nov. 1804 in jeder Gemeinde concertirt, und da, wo es noch nicht geschehen, eine hinreichende Remuneration sofort ausgemittelt werden soll.

Indem f. R. C. die Kr. Ger. hievon in Kenntniß setzt, theilt es die bei diesem Gegenstande angenommenen Grundsätze in Folgendem mit:

1) Die Aufbringung der Remuneration liegt zwar den Gemeinen ob, es soll jedoch denselben, wenn die Umstände hin und wieder es erfordern, dabei thunlichst zu Hilfe gekommen werden, ein desfalliger Zuschuß aber nur als besondere Ausnahme erfolgen.

2) Die Remuneration muß auf Geld berechnet werden und kann die Verwilligung von Spanndienstfreiheit in der Regel nie Statt finden; jedoch wird in ganz besonderen Fällen dieserhalb Bericht erwartet.

3) Ob ein oder zwei Ortsvorsteher, oder ob ein Amtsgeschwornen neben dem Ortsvorsteher zu erwählen, und welche Remuneration dem Geschwornen auszusetzen sei, bleibt dem Ermessen der f. Kr. Ger. überlassen.

4) Das Amt der Ortsvorsteher bleibt lebenslänglich, falls nicht besondere Umstände die Absetzung oder Resignation eines Ortsvorstehers nöthig machen.

Eine Instruction für die Ortsvorsteher und Amtsgeschwornen soll demnächst zugefertigt werden.

Resc. f. G. R. C. v. 4. December 1818.

Da f. G. R. C. der f. Kammer und dem f. Consistorio dato die Erstattung eines jährlichen Hauptberichts über das Gemeine- und Armenicassen- und resp. Kirchen- und Pfarrwitwenhaus-Rechnungswesen aufgegeben hat, auch vom f. Landesgerichte künftig die regelmäßige Einsendung erwartet, so ist die bisher vorgeschriebene gewesene Einreichung der Quartalverzeichnisse von den noch nicht abgenommenen Gemeine- und Armenicassen-Rechnungen sowohl, als von den rüchständigen Vormundschafts-Kirchen- und Pfarrwitwenhaus-Rechnungen nunmehr nicht weiter erforderlich und sind die gedachten vierteljährigen Listen daher nicht mehr einzureichen.

Die Oberhauptleute haben also die Kr. Ger. ihres Districts hiernach zu instruiren, jedoch auf das gesammte Rechnungswesen nach wie vor ihre pflichtmäßige Aufmerksamkeit zu richten und so viel in ihren Kräften steht, ferner dahin zu wirken, daß solches bei sämmtlichen Kr. Ger. in gehörige Ordnung kommt und darin erhalten werde, auch, wenn dazu Veranlassung vorhanden, den Umständen nach, darüber besonders zu berichten.

Resc. f. R. C. v. 28. December 1818.

Zufolge eines unterm 7. Julius 1818 erlassenen höchsten Resc. können die Kammer- Bau-Officianten in Bauangelegenheiten der Gemeinen nur alsdann auf eine besondere Remuneration Anspruch machen, wenn ihre Geschäfte sich auf die wirkliche Ausführung der Gemeine-Bauten und nicht bloß auf eine vom f. R. C. angeordnete Controlle und Revi-

sion der in Vorschlag gebrachten, oder bereits ausgeführten Bauten bezogen haben und demnach nicht als eigentliche Dienstgeschäfte betrachtet werden können.

Die Diäten wegen solcher Geschäfte sind durch das gedachte höchste Resc. für den Kammer-Baumeister und Conducteur auf 1 Rthlr. 8 Ggr. täglich festgesetzt. Was dagegen die Transportkosten und die Remuneration für die Anfertigung der Pläne und Anschläge, so wie für die übrigen im Hause vorzunehmenden Arbeiten betrifft, so sollen diese den Bau-Officianten nach billigen, den Umständen nach zu ermäßigenden, Ansätzen besonders vergütet werden; indessen können diejenigen Baumeister und Conducteurs, welchen behuf ihrer Reisen zur Unterhaltung eines Pferdes ein Hafer-Deputat verwilligt worden, für die Official-Angelegenheiten der Gemeinden (d. h. diejenigen, welche eine vom f. R. C. angeordnete Controlle und Revision der Gemeinde-Bauten betrifft) auf gar keine Reisekosten, für die Privatangelegenheiten derselben (d. h. diejenigen, welche auf die wirkliche Ausführung der Bauten Bezug haben) aber nur auf eine billige Vergütung in Betreff der extraordinairern Benutzung der Transportmittel Anspruch machen.

Die Gerichte werden angewiesen, in vorkommenden Fällen die von den Bau-Officianten für die Geschäfte obiger Art nach den angegebenen Principien liquidirten Diäten, Reisekosten u. auf die betreffenden Cassen zur Zahlung zu assigniren und resp. die Genehmigung dazu in vorkommenden Fällen der geschehenen Ausführung von Gemeinde-Bauten von f. Kammer einzuholen.

1. Resc. v. 5. Juli 1819.

Es wird über die festzustellende Remuneration der Ortsvorsteher im Allgemeinen annoch Folgendes bemerkt:

1) Die Seelenzahl allein ist nicht als allgemein richtiger Maßstab zu betrachten, sondern es kommen außer derselben auch noch andere Rücksichten in Erwägung, als z. B. die Entfernung des Orts von dem Sitze des Kr. Ger., das mehr oder minder beträchtliche, von dem Ortsvorsteher zu verwaltende Gemeinevermögen, selbst auch die Kräfte der Gemeinde und andere in den Localitäten liegende Umstände, welche auf die mehrere oder geringere Mühe des Ortsvorstehers und auf die Bestimmung seiner Entschädigung von Einfluß sein können.

2) Für die Wege, Schreibereiskosten und sonstige zu berücksichtigende Mühwaltungen, oder dem Ortsvorsteher möglicher Weise zur Last fallende kleine Ausgaben ist kein besonderer Ansatz zu machen, sondern auf die erstere bei Bestimmung der Remunerationen Rücksicht zu nehmen, und was die letzteren betrifft, so bleibt es dem Ortsvorsteher unbenommen, solche, wenn sie unvermeidlich gewesen, zu liquidiren und deren Refundirung aus der Gemeinde-Casse zu erwarten.

3) Ob den Ortsvorstehern die Entschädigungen in baarem Gelde, oder mit Anrechnung der Naturalienmolumente, welche sie bereits genossen, auszusetzen sind, ist nach den Localitäten zu beurtheilen, und sind dabei die Wünsche der Gemeinde zu berücksichtigen.

Es versteht sich indessen von selbst, daß da, wo die Ortsvorsteher die Natural-

emolumente behalten, sie sich solche in die ihnen anzusehende Entschädigung mit anrechnen lassen müssen.

4) Wo nicht ein Anderes hergebracht ist, oder besondere Gründe ein Anderes erheischen, ist die Entschädigung in der Gemeinde nach dem Contributionsfuße aufzubringen.

5) Es ist zweckmäßig, die Ortsvorsteher von den kleinen Reihediensten zu befreien.

6) In der Regel ist außer dem Ortsvorsteher noch ein Amtsgeschwornener oder Gehilfe anzustellen, welcher nur dann die Ortsvorstehergeschäfte zu besorgen hat, wenn ersterer an deren Ausübung verhindert wird. Für diese Amtsgeschwornen aber ist kein besonderer Gehalt auszusetzen, sondern sie haben sich mit den Gebühren für die Taxationen und Besichtigungen und mit denjenigen kleinen Emolumenten zu begnügen, welche sie nach dem Herkommen eines jeden Orts bereits genießen. Indessen ist zu erwägen, ob es nicht rathsam sein möchte, auch die Amtsgeschwornen von den kleinern Reihediensten zu befreien. Bei größeren Ortschaften und unter besonderen Umständen können hievon Ausnahmen gemacht werden, wenn solche gehörig motivirt werden.

7) Die Revision und Feststellung der Remuneration der Ortsvorsteher ist für jetzt nur in denjenigen Ortschaften vorzunehmen, in welchen erstere wegen unzulänglicher Entschädigung sich beklagt haben, in Ansehung aller übrigen Ortschaften aber ist Alles bis auf Weiteres in dem vorigen Zustande zu belassen und weder hinsichtlich der Ortsvorsteher, noch der Geschwornen eine Veränderung vorzunehmen.

Resc. f. R. E. v. 16. Januar 1823.

Da in den Gemeinde-Wiesen zu G. jeder seine beständigen Blecke hat und nur vier Wiesen ihrer Bonität wegen für sich jährlich wechseln, solches auch durch die Landesvermessungsbeschreibung bestätigt sich befindet, so ist f. R. E. zu der Ueberzeugung gekommen, daß in Beziehung auf die fraglichen Wiesen weder ein patrimonium universitatis noch universitatis in specie, worüber nach der Bestimmung der höchsten Verordn. vom 19. Mai 1814 dem f. R. E. die Oberaufsicht zusteht, sondern vielmehr Grundstücke vorhanden sind, die als gemeinschaftlich im Eigenthume, nicht der Gemeinde, sondern der einzelnen Mitglieder, obwohl ungetheilt, sich befinden, und über deren Benutzung ein gewisses Herkommen besteht, und daß daher in Ermangelung eines wirklichen Gemeineguts die Anwendung der gedachten höchsten Verordn. und damit die Einwirkung des f. R. E. auf Anordnung einer neuen Benutzungsart hinwegfällt.

Den f. Rr. Ger. wird dieses unverhalten und muß es danach bei der jetzigen Benutzungsart dieser Wiesen verbleiben, bis etwa die Interessenten zu diesen Wiesen über deren zweckmäßige Benutzung sich einigen.

Resc. f. R. E. v. 7. Juli 1824.

Es wird bemerkt gemacht, daß die im Rechnungs-Etat ausgenommenen in der Gemeinde aufzubringenden Steuern, sowol in der Einnahme als Ausgabe wegzulassen sind, in dem der Etat nur über die Gemeinde-Casse und deren Einnahme und Ausgabe aufgestellt werden soll.

Resc. f. R. v. 11. April 1825.

Da die Verordnung vom 26. März 1823 bei Bestimmung der Gehalte der Ortsvorsteher in mehreren Punkten auf verschiedene Weise angewendet worden; so ist durch ein höchstes Resc. vom 20. März 1823 folgendes festgesetzt:

1) Daß bei Bestimmung der gedachten Gehalte die Seelenzahl der Gemeinen mit berücksichtigt werde, jedoch den einzigen Maßstab dabei nicht abgeben könne, da die quaest. Emolumente nach Vorschrift des §. 17. der Verordn. vom 26. März 1823 nach Maßgabe des Gemeinde-Vermögens und nach der Größe der Geschäfte bestimmt werden müssen. Zu Ermangelung einer anderen Uebereinkunft zwischen dem Ortsvorsteher und den Gemeinen, ist daher die Bestimmung des Gehaltes der Ortsvorsteher nach der Seelenzahl anzunehmen, so, daß in einer Gemeinde von 100 Einwohnern 10 Rthlr. und für jede fernern 100 Köpfe 5 Rthlr. mehr, also in einer Gemeinde von 200 Einwohnern 15 Rthlr., von 300 Einwohnern 20 Rthlr. u. gerechnet werden, wobei die entstehenden mittleren Zahlen wegen beständiger Veränderung bei großem Ueberschusse für voll anzunehmen, die geringen aber nicht zu beachten sind.

2) Was die Ortsvorsteher-Gehilfen betrifft, so ist es da, wo dieselben nöthig sind, den betreffenden Kr. Ger. überlassen für sie einen geringen Gehalt auszumitteln.

3) Die Naturalemolumente können, wenn von Seiten der Gemeinde und Ortsvorsteher deren Beibehaltung gewünscht wird, auch ferner verbleiben und in Anrechnung kommen; wenn solches jedoch nicht der Fall ist und eine Gemeinde es vorzieht, den Ortsvorstehern einen baaren Gehalt auszusetzen, so müssen die bisherigen Naturalien wegfallen und der Gemeinde-Casse berechnet werden.

4) Die Aufbringung des Gehalts ist nach dem combinirten Fuße der Contribution und Personalssteuer, als der Verordnung gemäß, zu repartiren und dabei der Betrag der Domainen und adlichen Güter in der Regel, und wo nicht das Mißverhältniß der, von diesen und den übrigen Gemeinde-Mitgliedern zu bezahlenden Contribution zu groß ist, eine Uebereinkunft zwischen den Pächtern oder Gutsbesitzern auch nicht zu erreichen steht, auf ein Viertel dieser Steuern zu bestimmen, so daß, wenn z. B. von einer Gemeinde, worin eine Domaine belegen, an Ortsvorsteher-Gehalt aufzubringen wären 55 Rthlr. und die Gemeinde hätte zu entrichten:

an Contribution . .	836 Rthlr. 11 Ggr.
an Personalssteuer . .	338 = 6 =

Summa 1174 Rthlr. 17 Ggr.

Die Domaine würde geben:

an Contribution . .	1133 Rthlr. 2 Ggr.
an Personalssteuer . .	75 = 7 =

Summa . 1208 Rthlr. 9 Ggr.

Davon würde beigetragen von $\frac{1}{4}$ also von . . 302 Rthlr. 2 Ggr. 3 Pf.

überhaupt von . . : 1476 Rthlr. 19 Ggr. 3 Pf.

Wenn also 1476 Rthlr. 19 Ggr. 3 Pf. aufbringen sollen	55 Rthlr.,
so fällt auf die Gemeinde von 1174 Rthlr. 17 Ggr. . . .	43 Rthlr. 18 Ggr.
und auf die Domain von 302 Rthlr. 2 Ggr. 3 Pf. . . .	11 Rthlr. 6 Ggr.
Summa . . .	55 Rthlr. — Ggr.

5) Die Befreiung der Ortsvorsteher vom Handdienste und den Gemeinde-Reiße-Diensten ist genehmigt, dagegen

6) eine besondere Remuneration für das Ansagen der Dienste und für den Transport der Steuern nicht zu bewilligen.

Resc. f. R. E. v. 19. Juni 1826.

Wegen der Gemeinde-Mitglieder f. Art. Schulen.

Resc. h. St. M. v. 27. April 1827.

Den Ortsvorstehern in den Flecken und Dörfern soll in Zukunft nicht mehr gestattet sein, sich für die Erhebung der directen Steuern und Brandcassengelder Remisen zu berechnen; dagegen soll es hinsichtlich der, von den Orts-Einnehmern und Rämmerern in den Städten wegen der Erhebung der gedachten Steuern vorerst bei der bisherigen Observeanz belassen werden.

I. Resc. v. 8. Juni 1827.

Da über das, bei öffentlichen Verpachtungen von Gemeinde-Gütern und hinsichtlich der Ausfertigung der desfalligen Contracte zu beobachtende Verfahren hin und wieder Zweifel entstanden sind, so haben sich Hochfürstl. Durchl. bewogen gefunden, zu deren Beseitigung und, damit von allen h. Kr. Aemt. gleichmäßig verfahren werde, Folgendes festzusetzen:

1) in der Regel müssen alle und jede Verpachtungen von Gemeinde-Grundstücken und Gerechtigkeiten am Orte des Gerichts vorgenommen werden;

2) hievon ist nur dann eine Ausnahme zulässig, wenn entweder die Verpachtung sich an einem andern Orte bei Gelegenheiten der daselbst vorzunehmenden Abnahme einer Gemeinde-Rechnung bewerkstelligen läßt — in welchem Falle denn, wie sich von selbst versteht, Transportkosten und Diäten für den Beamten und Actuar hinwegfallen — oder aber, wenn die Wichtigkeit des zu verpachtenden Gegenstandes die Vermehrung der Kosten durch eine Verpachtung an Ort und Stelle rechtfertigt,

3) von den über solche Verpachtungen auszufertigenden Contracten ist zwar der gesetzliche Stempelsatz und die übliche, ohnehin unbedeutende Ausgabe für die Armen-Casse und Wegeverbesserung zu erlegen; dagegen aber in allen Fällen, in welchen das locarium jährlich nicht über 20 Rthlr. beträgt, auf Grundlage des Verpachtungs-Protokolls kein besonderer Contract auszufertigen, sondern den Interessenten anstatt desselben nur beglaubigte Abschriften des Verpachtungs-Protokolls zuzufertigen.

Resc. h. R. E. v. 15. Juni 1827.

Demnach Zweifel darüber entstanden sind, ob und wie weit die Bestimmungen des Resc. h. R. E. vom 13. Februar 1817 die Gebühren für Abnahme der Gemeinde-Rechnungen

nungen betr. durch das Resc. vom 26. Januar 1826 eine Abänderung erlitten haben; so wird unverhalten, daß für den Fall, daß die Gebühren für die Abnahme der rückständigen Rechnungen in einem Lage in einer oder mehreren Gemeinden nicht hinreichen sollten, um die desfalligen baaren Auslagen zu decken, außerdem noch eine billige, dem Sinne der Bestimmung vom 27. Januar 1817 gemäß angemessene Remuneration für die Bemühung zu gewähren, alsdann die gedachten Auslagen neben den Gebühren berechnet werden dürfen; wobei sich jedoch von selbst versteht, daß dieselben, wenn an einem Lage die Rechnungen in mehreren Gemeinden abgenommen werden, verhältnißmäßig auf dieselben zu repartiren sind.

Resc. h. R. C. v. 16. Juni 1827.

In Gemäßheit eines höchsten Resc. vom 7. Juni 1827 wird über die, in der neuern Zeit häufig in Zweifel gezogene Beitrags-Verbindlichkeit der herrschaftl. Officianten auf dem Lande, zu den Gemeinde-Lasten, die nachstehende Bestimmung hiermit zu Ihrer Kenntniß gebracht.

Herrschaftl. Officianten, welche durch den Besitz eines Bauerguts zu einer Dorfgemeine im engern Wortverstande gehören, sind den Gemeinde-Lasten, wie jeder andere Reihewohner unterworfen, und ihr Officium kann einen Grund der Befreiung von diesen Lasten nicht enthalten, da sie hier in der Qualität als eigentliche Gemeinde-Mitglieder, als Besitzer von belasteten Bauergütern zur Concurrenz gezogen werden, und als solche auch an den Gemeinde-Vorthellen und Einkünften Theil nehmen. Werden dieselben durch ihre Dienstverhältnisse oder sonst an der persönlichen Leistung der Reihedienste verhindert, so wird es ihnen überlassen bleiben, Stellvertreter für Lohn herbeizuschaffen.

Wenn die Officianten ein solches Grundeigenthum aber nicht besitzen, sondern herrschaftl. Häuser bewohnen, oder sich in Privat-Wohnungen eingemietet haben, so gehören sie zu der Gemeinde nur im weiten Wortverstande, sie haben keinen Antheil an den Gemeinde-Emolumenten und können auch zu denjenigen Leistungen nicht herangezogen werden, welche entweder zur Erhaltung und Verbesserung der Gemeinde-Güter erforderlich sind, oder nur eine Beziehung auf den engern Gemeinerverband haben.

Dagegen bestehen in einer jeden Gemeinde gewisse polizeiliche Einrichtungen, welche zum Vorthelle des Gemeinde-Wesens, oder zum Zwecke der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bestimmt sind.

Die dazu erforderlichen Leistungen und Beiträge sind eine jedem Einwohner ohne Rücksicht auf den engern Gemeinde-Verband obliegende Last, welcher auch die herrschaftl. Officianten sich nicht entziehen können. Dahin sind zu rechnen: die Beiträge zur Besoldung der Gemeinde-Vorsteher und Gemeinde-Diener, die Leistung der Tag- und Nachtwachen, oder die Beiträge zur Haltung eines Tag- und Nachtwächters, die Anschaffung und Erhaltung der Feuerlöschungs-Geräthschaften, der Transport der in Gemeinde-Angelegenheiten erlassenen schriftlichen Verfügungen, die von Polizei wegen nöthig erachtete Hülfleistung in besondern Nothfällen, welche den Beitritt aller Einwohner erfordern, und

überhaupt alle Ausgaben und Beiträge, welche die öffentliche Ordnung, Sicherheit und den Vortheil des Gemeinbewesens zum Zwecke haben und kein Gegenstand des engeren Gemeinde-Verbands sind.

Die Bewohnung herrschaftl. Häuser und die durch Dienstgeschäfte herbeigeführte Behinderung an der persönlichen Ableistung der Gemeinedienste kann die herrschaftl. Officianten von der Concurrnz nicht befreien, weil diese Leistungen rein persönlich und ohne Beziehung auf das bewohnte herrschaftl. Haus stehen, und weil ferner die amtliche Behinderung nur die Verpflichtung herbeiführen kann, Stellvertreter, durch welche die Leistungen verrichtet werden, anzuschaffen.

Uebrigens bleibt die aus der Parochial-Societät hervorgehende Verbindlichkeit der Eingepfarrten zur Uebernahme der Parochial-Kasten hiebei unberücksichtigt, so wie auch den Umständen nach einzelne Gemeinde-Leistungen und Beiträge diejenigen Officianten nicht treffen können, welche isolirt liegende herrschaftl. Häuser bewohnen und daher von den im Orte selbst bestehenden Polizei-Einrichtungen keinen Vortheil genießen.

Resc. h. R. E. v. 5. September 1827.

Da hinsichtlich der Beiträge der Domainenpächter zu den Gehalten der Ortsvorsteher sich ergeben, daß bei Heranziehung der Domainenpächter zu den quaest. Gehalten nach dem vereinigten Personalsteuer- und Contributions-Fuße, ein zu großes Mißverhältniß zwischen solchen Pächtern und den Gutsbesitzern und den eigentlichen Gemeinde-Mitgliedern Statt findet: so wird in Folge des Circular-Rescriptes vom 11. April 1825 damit unverhalten, wie in dem Rescripte vom 19. Juli c. auch schon näher bestimmt ist;

daß die Beiträge der Domainenpächter zu den fraglichen Gehalten allein nach Verhältniß der von denselben zu entrichtenden Personalsteuer festgestellt und dergestalt berechnet werden sollen, daß, wenn der Pächter nur eine Domaine in Pacht habe, derselbe zu dem Ortsvorstehergehalte nach dem ganzen Betrage seiner Personalsteuer concurrirt; wogegen in dem Falle, da der Pächter außer der Domaine, auf welcher er wohne, noch ein dazu gehöriges in einer andern Gemeinde belegenes Vorwerk, oder noch eine zweite Domaine in Pacht habe, seine Beiträge zu den Gehalten der an beiden Orten angestellten Ortsvorsteher, nach Verhältniß der Personalsteuer, welche von ihm als Pächter der einen und als Pächter der andern Domaine zu erlegen ist, repartirt werden müssen.

Uebrigens trete eine Concurrnz der Domainen zu den Ortsvorstehergehalten alsdann ein, wenn die Domaine entweder mit keiner Gemeinde combinirt, und Jemandem in deren Bezirke die Geschäfte eines Ortsvorstehers übertragen sind, oder das herrschaftl. Grundstück steuerpflichtig und ein Reihenhof ist, und hat im erstern Falle der Eigenthümer und der Pächter, nach Verhältniß der Contribution und der Personalsteuer, gemeinschaftlich den Gehalt aufzubringen; — im letztern Falle aber habe der Eigenthümer nach Maßgabe der Contribution und als Mitglied der Gemeinde den Beitrag zu leisten.

Gemeinheits- Theilungen.

V. die Theilung der Gemeinheiten betr. (S. 55.) [No. 9.] (26. März 1823.)
(Landt. Absch. vom 11. Juli 1826 Art. 57.)

- §. 1. Ein jeder Eigenthümer ländlicher Grundstücke, auf welchen Dienstbarkeiten haften, hat das Recht, auf derselben Abfindung anzutragen — Ausnahme — Antrag auf Modificationen. (S. 56.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 2. Antrag des Miteigenthümers auf Absonderung von dem gemeinschaftlichen Grundstücke — Gleichgesetzt sind ihm diejenigen, welche ein nutzbares Eigenthum oder ein erbliches Nutzungs-Recht haben oder antichretische Pfandgläubiger sind. Die Obereigenthümer, Eigenthümer oder Pfandschuldner, Lehns- und Fideicommiss-Nachfolger haben ihre Befugnisse wahrzunehmen. (S. 57.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 3. Antrag der zu einer Dienstbarkeit auf fremden Grundstücken Berechtigten — Absonderung der Mitberechtigten unter sich. (S. 57.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 4. Wer als einzelner Interessent, welcher auf Theilung oder Absonderung antragen kann, zu betrachten. (S. 58.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 5. Beschluß der Gemeinen durch Stimmen-Mehrheit — Wer zu der Interessentschaft gehöre — Stimmenmehrheit nach Verhältniß der Befugnisse — Gleichheit der Stimmen. (S. 58.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 6. Eben so bei dem nur einer Gemeinde gehörigen und von ihren Mitgliedern bisher gemeinschaftl. benutzten Grundstücke. (S. 59.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 7. Der Antrag geschieht beim Gerichte des belegenen Grundstücks — Untersuchung wegen Berechtigung des Antrags — Vernehmung der Gemeinde-Mitglieder. (S. 59.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 8. Vorladung der Interessenten wegen Angabe und Anerkennung der Berechtigungen — öffentliche und specielle. (S. 59.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 9. Gegenstand der Vernehmung in dem angesetzten Termine. (S. 60.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 10. Entscheidung der entstehenden Streitigkeiten — Compromiß — Vorschreiten der Theilungsbehörde — Gültliche Ausgleichung. (S. 60.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 11. Ernennung einer Landesöconomie-Commission — Local-Commissarien und Feldmesser — Deren Belohnung. (S. 61.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 12. Prüfung des Antrags auf Theilung, Wahl oder Ernennung der Sachverständigen, Local-Commissarien — Obmann — Rechtsgelehrten. (S. 62.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 13. Beendigung des Theilungsgeschäfts ohne Schriftwechsel — Anfragen bei der Centralbehörde — Befugniß zur Vorladung unter einem Rechtsnachtheile, Vermessung, Chartirung und Abschätzung — Mittheilung der Dorf- und Feldbeschreibungen. — Verstellung der Streitigkeiten zur rechtlichen Erörterung — Theilungsplan — Einsendung zur Prüfung an die Centralbehörde und f. G. R. C. — Verbesserung

Gemeinheits- Theilungen.

rungen u. — Bekanntmachung desselben — Vorstellung dagegen — Entscheidung — Theilungs- Receß — Vollziehung desselben — Umarbeitung des Vermessungs- Risses und Beschreibung. (S. 62.) [No. 9.] (26. März 1823.)

§. 14. Grundsätze zur Beobachtung und Anwendung in vorkommenden Fällen. (S. 64.) [No. 9.] (26. März 1823.)

1) Abfindung an Grund und Boden — anderes Surrogat — Geld; (S. 64.) [No. 9.] (26. März 1823.)

2) nach derselben bleibt dem Grundeigenthümer das Uebrige zur freien Disposition — Veranschlagung der eigenen Benutzung des Eigenthümers; (S. 64.) [No. 9.] (26. März 1823.)

3) die Entschädigungen nehmen die Natur des Hauptguts an, (S. 64.) [No. 9.] (26. März 1823.)

4) die Lasten bleiben haften — desgl. andere Verpflichtungen. (S. 65.) [No. 9.] (26. März 1823.)

5) Berücksichtigungen bei Ablösung der Weideberechtigungen, auch Theilung der Gemeine- Weide. (S. 66.) [No. 9.] (26. März 1823.)

6) Maßstab nach Bedarf und Futtergewinn, ist in der Regel anzuwenden; (S. 66.) [No. 9.] (26. März 1823.)

7) angemessener Antheil derjenigen, welche die Weide nicht, oder verhältnißmäßig wenig benutzt haben — Rücksicht wegen der Ragen des aufgetriebenen Viehes; (S. 66.) [No. 9.] (26. März 1823.)

8) Reduction der Viehgattungen auf Kühe — Absatz wegen der Weidebenutzung u. (S. 67.) [No. 9.] (26. März 1823.)

9) Berechnung des Viehes bei vorzunehmender Reduction; (S. 67) [No. 9.] (26. März 1823.)

10) Abschätzung des Weideplatzes nach Kuhweiden; (S. 68.) [No. 9.] (26. März 1823.)

11) auf eine Beengung der Weide durch Erweiterung der Brachbestellung u. wird bei Abschätzung des Weidewerths und der Weideberechtigten gegen die Schafhaltungsberechtigten keine Rücksicht genommen. (S. 68.) [No. 9.] (26. März 1823.)

12) Berücksichtigung bei der Ausweisung der Theilungsquote auf das Haushaltungsbedürfnis und darnach die Beschaffenheit des Bodens, Lage des Stücks — Weiderevier; (S. 68.) [No. 9.] (26. März 1823.)

13) Rottzehnten oder Rottzins — Unterhandlung deshalb — Bericht deshalb. (S. 69.) [No. 9.] (26. März 1823.)

§. 15. die Ablösung der dinglichen Abgaben und Leistungen, als Zehnt- und Dienst- Pflicht u. bleibt in der Regel der gütlichen Uebereinkunft überlassen — Zustimmung des theilhaftigen Dritten — Lehnherrn — Fideicommiß- Nachfolger — Verhalten gegen den Pächter. (S. 69.) [No. 9.] (26. März 1823.)

§. 16. Bestimmung bei Zehntablösungen für einzelne Fälle: (S. 70.) [No. 9.] (26. März 1823.)

- 1) Verbindung der Ablösung des Zehntens bei Vertheilung des Weidegrundes und wenn zehntpflichtige Ackerbesitzer, welche nicht Mitglieder einer Gemeinde sind, mit Weidegrund abgefunden werden; (S. 71.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 2) die Ablösung des Zehntens geschieht durch einen angemessenen Theil des pflichtigen Acker; (S. 71.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 3) Mitvorladung der Zehntberechtigten, (S. 71.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 4) Verfahren, wenn die Beschaffenheit des Bodens so schlecht ist, daß die Ackerbesitzer die Hälfte und mehr würden abtreten müssen, (S. 71.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 5) die Ausmittelung der Abfindung des Zehnherrn geschieht von den Behörden der Gemeintheilung; (S. 71.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 6) Bestimmung der Quantität der Länderei für die Zehntberechtigten — Ausmittelung des Brutto-Ertrages — Reduction von Früchten und Naturalien auf Geld — Ausmittelung des Netto-Ertrages; (S. 71.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 7) die Abfindungsquote des Zehnherrn ist im Zusammenhange und in Breiten u. auszuweisen, (S. 72.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 8) Abtretung eines Stück Landes in oder vor dem Dorfe, wenn der Zehnherr sich anbauen will — bekommt keinen Antheil an den Gemeinde-Emolumenten — inwiefern er dann zu den Gemeinlasten zuzuziehn; (S. 72.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 9) die Bestimmung dieses §. bezieht sich allein auf die wirklichen Zehntpflichtigen. (S. 72.) [No. 9.] (26. März 1823.)

§. 17. Verfahren der Dekonomie-Commission, wenn ihr ein Antrag auf Gemeintheilung zugeht wegen Ablösung und Verwandlung der Dienst-Weier- und Zinsverbindung u. (S. 73.) [No. 9.] (26. März 1823.)

§. 18. Grundsätze in Ansehung der Theilungs- oder Auseinandersehungs-Anträge des Forstgrundes. (S. 73.) [No. 9.] (26. März 1823.)

- 1) Bestimmung wegen der Zuschlagsquote; (S. 73.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 2) Ermäßigung des Weidewerthes des übrigbleibenden Forstgrundes — der Abfindungsquote der Weideberechtigten; (S. 74.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 3) was übrig bleibt, verbleibt dem Forsteigenthümer frei von aller Weideservitut, (S. 74.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 4) Erörterung der Vorfrage, ob und unter welchen Bedingungen eine solche Theilung mit den Grundsätzen der Forstwirtschaft vereinbarlich sei? (S. 74.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- 5) eine gänzliche Aufhebung bleibt der Uebereinkunft überlassen. Bei unbestimmten Berechtigungen kann der Berechtigte einseitig antragen. (S. 74.) [No. 9.] (26. März 1823.)

- §. 19. Die Theilung von Grundgerechtsamen ist keine Schmälerung, sondern nur eine andere Bestimmung derselben zum gegenseitigen Nutzen — Folgerungen hieraus wegen der Lehn-, Meier- oder Zinsgüter. (S. 74.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 20. Die Pertinenzeigenschaft wird nicht abgeändert. (S. 75.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 21. Bei Theilung eines städtischen Gesamteigenthums bleiben die Anthelle bei den Häusern. (S. 75.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 22. Wenn der Legitimations-Punct berichtigt und die Interessenten darüber gehört worden, so kann derselbe nicht einseitig zurückgenommen werden — Ausnahme wegen des Zehnherrn. (S. 76.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- §. 23. Die nach B. vom 5. Juni 1784 fixirte Contribution vom Viehe bleibt unverändert und bleibt auf dem Weidegrunde — Regulirung deshalb. (S. 76.) [No. 9.] (26. März 1823.)
- B. die Declaration der Verordn. vom 26. März 1823 über Theilung der Gemeinheiten, in Beziehung der Competenz der Kr. Aemt. und Distr. Ger. betr. (S. 27.) [No. 9.] (7. Juni 1827.)
- §. 1. Die Gemeinheitstheilungen gehören in der Regel vor die betreffenden St. Ger. und Kr. Aemt. und sind letztern als Localbehörden Hilfsbeamten der Landes-Defonomie-Commission — Competenz der Distr. Ger. (S. 27.) [No. 9.] (7. Juni 1827.)
- §. 2. Geschäfte dieser Localbehörden. (S. 28.) [No. 9.] (7. Juni 1827.)
- §. 3. Verfahren bei entstandenen Streitigkeiten. (S. 28.) [No. 9.] (7. Juni 1827.)
- §. 4. Bericht an die Landes-Defonomie-Commission und Mitwirkung derselben wegen Versuch der Güte. (S. 29.) [No. 9.] (7. Juni 1827.)
- §. 5. Competenz der Landes-Defonomie-Commission wegen der Streitigkeiten, welche sich auf Anwendung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung beziehen. (S. 29.) [No. 9.] (7. Juni 1827.)
- Circul. Resc. an sämtliche h. Kr. Aemt., die jährliche Aufnahme genauer und ordnungsmäßiger Vieh-Register für den Zweck künftiger Gemeinheits-Theilungen betr. (S. 61.) [No. 15.] (28. Juli 1827.)
- Vorschriften wegen Einrichtung der Verzeichnisse und der Rubriken. (S. 61.) [No. 15.] (28. Juli 1827.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 8. December 1825.

Da hin und wieder auswärtige Gemeinheits-Theilungs-Commissionen auf Theilungs-Anträge auswärtiger Gemeinen die dabei interessirten hiesigen Gemeinen und betr. Aemter auch dann unmittelbar auffordern, sich vor ihnen durch Syndiken oder Bevollmächtigte zu stellen, wenn das Object der Theilung und Absonderung in das hiesige Gebiet sich erstreckt, in solchen Fällen aber anstatt der Befolgung solcher Aufforderungen und Genügeleistung der darauf sich beziehenden Requisitionen die auffordernde oder requiri-

Gemeinheits- Theilungen, Resc. Gerichts- Sporteln. 111

rende auswärtige Behörde an die f. Landes-Defonomie-Commission sich zu wenden hat, damit selbige die Gerechtfame der diesseitigen Gemeinheitsinteressenten wahrzunehmen und den Umständen nach die Ernennung gemeinschaftlicher Commissionen zur ordnungsmäßigen Regulirung solcher Theilungen zu veranlassen im Stande ist, so werden die f. Kr. Ger. in Gemäßheit eines deshalb erlassenen höchsten Resc. vom 1. d. M. hiemit angewiesen, im eintretenden Falle die auswärtige Behörde zu veranlassen, daß sie sich an die f. Landes-Defonomie-Commission zu wenden habe, auch die Gemeinen, hinsichtlich welcher eine gemeinschaftliche Theilungs-Commission zur Anwendung kommen kann, von dieser höchsten Verfügung in Kenntniß zu setzen und mit Instructionen zu versehen.

Resc. f. R. C. v. 16. Juli 1826.

Es ist unthunlich, die Kosten wegen einer Servituts-Ablösung vor Beendigung des Geschäfts zu vertheilen; jedoch sind die erforderlichen Auslagen nach Verhältniß der muthmaßlich auf die Interessenten fallenden Antheile des zu theilenden Gegenstandes umzulegen und als Vorschuß einzuziehen.

Resc. h. G. R. C. v. 28. Juli 1827.

Es wird den h. Kr. Aemt. in Ansehung der Gemeinheits-Theilungen eine vorzügliche und unausgesetzte Thätigkeit anempfohlen und es soll mit dem Ende eines jeden Jahres eine Uebersicht der anhängigen Theilungs-Sachen an die Landes-Defonomie-Commission eingesandt werden.

Resc. h. L. Def. C. v. 3. September 1827.

Es ist von einigen Behörden in Zweifel gezogen, ob die §§ 5 und 6 der Verordnung vom 26. März 1823, die Theilung der Gemeinheiten betr., nach welcher der Antrag auf Theilung oder Absonderung nur nach einem auf Stimmenmehrheit der Interessenten gefaßten Beschlusse gemacht werden soll, auch auf Stadtgemeinen sich beziehe, ob hier nicht die Abstimmung der Stadtdeputirten genüge. Da indessen die erwähnten Paragraphen ohne Unterschied auf Stadt- und Landgemeinen sich erstrecken, so soll, der höchsten Bestimmung vom 8. Juni 1827 gemäß, auch bei den für jene gemachten Anträgen mit der gesetzmäßigen Abstimmung der Interessenten verfahren werden.

Gerichts- Sporteln.

Verfügung der f. Regierungs-Commission, die Gerichts-Sporteln betr. (S. 141.) [No. 141.] (9. Febr. 1814.)

§. 1. Vom 1. März 1814 an sollen die Sporteln nach dem angefügten Tarif zur Berechnung für die herrschaftl. Cassen, mit Ausnahme der Entschädigung für besondere Bemühungen, erhoben werden. (S. 141.) [No. 141.] (9. Febr. 1814.)

(Vergl. Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. §. 6.)

§. 2. Die Sporteltaxe soll auf die Stempelbogen von der Stempelverwaltung besonders mit bemerkt werden; das Gericht bleibt für den Werth verantwortlich. (S. 141.) [No. 141.] (9. Febr. 1814.)

Gerichts = Sporteln.

Der Betrag der verbrauchten Bogen wird an die nächste Stempeldistribution gegen Quittung abgeliefert und zu gleicher Zeit eine beglaubigte und mit der Quittung der Kreiscasse zu belegenden Abrechnung an die Direction der indirecten Steuern eingesandt. (S. 141.) [No. 141.] (9. Febr. 1814.)

Art der Berechnung. (S. 141.) [No. 141.] (9. Febr. 1814.)

§. 3. Die Gerichts = Sporteln sind bei der Generalcasse besonders zu berechnen und monatlich eine Uebersicht der Regier. Commission einzureichen. (S. 142.) [No. 141.] (9. Febr. 1814.)

§. 4. Der Betrag wird lediglich durch die Differenz zwischen dem erhaltenen Papier = Vorrathe und dem vorhandenen Vorrathe bestimmt. (S. 142.) [No. 141.] (9. Febr. 1814.)

Einzelne, unwillkürlich verdorbene Bogen und worauf expedirte Verfügungen zurückgenommen sind, werden cassirt und zum Umtauschen zurückgeschickt. (S. 143.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 5. Der Vorrath ist zeitig von der Stempel = Distribution einzufordern; die Anforderungen müssen jedoch das muthmaßliche Bedürfniß von 2 Monaten nie übersteigen. (S. 143.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

Papier und Geld genießen die Portofreiheit. (S. 143.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 6. Credit findet nicht Statt. Anwälde und Procuratoren sind für die Bezahlung aus eignen Mitteln verantwortlich. (S. 143.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 7. Unter den Gerichtsgebühren sind die Schreib = und Insinuationsgebühren nicht mit begriffen. Erstere erhalten die Kr. Ger., letztere die Gerichtsboten. (S. 143.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

Verfügung wegen der Schreibgebühren bei der Appellat. Commission und dem Landesgerichte. (S. 144.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 8. Die Executionsgebühren erhalten die, welche mit der Execution beauftragt sind; Diäten und Reisekosten sind eine Entschädigung. Ahndung des Mißbrauchs. (S. 144.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 9. Die §. 7 und 8. erwähnten Gebühren werden besonders bezahlt. (S. 144.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

Bestrafung derjenigen, welche mehr nehmen als die Taxe. (S. 144.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 10. Sportelfreiheit. (Vergl. Resc. vom 30. Jan. 1823 unter Justiz = Verwaltung.) (S. 144.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 11. Wenn sportelfreie Partheien in einem Rechtsstreite obsiegen und die Kosten erhalten, so müssen sie die Gerichtsgebühren erlegen und ist der Betrag des Stempelpapiers zu cassiren. (S. 145.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 12. In Ansehung der Stempelfreiheit bleibt es noch bei der Verordn. vom 28. Juni 1812; jedoch sind bürgerliche Streitsachen bis zu 20 Rthlr. frei. (S. 145.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 13.

Gerichts = Sporteln.

113

§. 13. Zu Verhandlungen, die nicht in schriftlichen Ausfertigungen bestehen, ist das Papier der Gerichtstaxe zu cassiren. Das Protokoll ist auf das, der Sporteltaxe enthaltene, Papier zu schreiben. (S. 145.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 14. Zu Civil = Sachen, mit einer Taxe für den ganzen Rechtsstreit, wird am Schlusse das Sportelpapier cassirt. (S. 146.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

Ein gleiches Verfahren findet auch bei den Untersuchungs = Sachen Statt. (S. 146.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 15. In der Appellations = Commission und dem Landesgerichte halten die Präsidenten darauf, daß das Stempelpapier cassirt wird. (S. 146.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

§. 16. Die Kr. Ger. sind wegen der vor ihnen geschehenen Verhandlungen verantwortlich und ist es dem Landesgerichte zur Pflicht gemacht, die an dasselbe gelangten Acten, wegen der Vorschriften, nachzusehen. (S. 146.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

Sportel = Taxe. (S. 148.) [No. 9.] (9. Febr. 1814.)

W. v. 20. Mai 1824. Wegen der Depositengebühren. f. Justiz = Verwaltung.

W. die Versiegelung der gerichtlichen Ausfertigungen und die dafür zu entrichtenden Gebühren betr. (S. 87.) [No. 17.] (13. Juli 1826.)

§. 1. Gebrauch des Gerichts = Siegels bei allen gerichtlichen Ausfertigungen, welche einer besonderen Beglaubigung ihrer Richtigkeit u. bedürfen — nicht bei gerichtlichen Erkenntnissen und Decreten als auf Verlangen. (S. 88.) [No. 17.] (13. Juli 1826.)

§. 2. Bestimmung der Gebühren. (S. 88.) [No. 17.] (13. Juli 1826.)

§. 3. Zubilligung der Gebühren gegen den Bedarf an Siegellack an den Officianten. (S. 88.) [No. 17.] (13. Juli 1826.)

§. 4. Desgl. der Gebühren für Versiegelung oder Entsigelung zu resp. $\frac{2}{3}$ und $\frac{1}{3}$ für Actuar und Amtsvoigt — für Rectification der Zeugenrolle — Widimination der Abschriften — Auffindung alter Acten — Gebühren dafür zu 1 Rthlr. und resp. 12 Ggr. (S. 89.) [No. 17.] (13. Juli 1826.)

W. die Bestimmung verschiedener Gerichtsgebühren betr. (S. 109.) [No. 24.] (4. Oct. 1826.)

§. 1. Herabsetzung der Gebühren für Aufnahme einer Schuld = und Hypothek = Verschiebung — für Consense h. Kammer zur Verpfändung, nur Schreib = und Stempelgebühren. (S. 109.) [No. 24.] (4. Oct. 1826.)

§. 2. Die von dem Extrahenten zu berichtenden Gebühren, dürfen nicht doppelt genommen werden — die Meilengelder nur bis zu dem Wohnorte des legitimirten Anwaltes, (S. 110.) [No. 24.] (4. Oct. 1826.) eben so

§. 3. die Reise = oder Meilengelder nur einfach — Berechnung und Repartition derselben — bei Executionen keine Meilengelder. (S. 110.) [No. 24.] (4. Oct. 1826.)

§. 4. Für Mandate des h. Oberappellations = Gerichts und Land. Ger. und darauf erstattete Berichte nur Porto, wenn die Sache keine Armen = Parthei betrifft, die portofrei sind. (S. 110.) [No. 24.] (4. Oct. 1826.)

§. 5. Aufrufungs = Gebühren bei Verhören der Inculpaten. (S. 111.) [No. 24.] (4. Oct. 1826.)

§. 6. Gebühren der Gefangenwärter. (S. 111.) [No. 24.] (4. Oct. 1826.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 8. April 1814.

Für die Inspection der Acten ist bei St. und Kr. Ger. 8 Ggr., beim Landes = Ger. 16 Ggr., beim Ob. Appellat. Ger. 1 Rthlr. zu geben und für die öffentliche Casse bestimmt.

R. f. G. R. E. v. 16. Mai 1814.

I. Bei sämmtlichen Gerichten ist eine Sportel = Rechnung nach der im Resc. vorgeschriebenen Einrichtung zu führen.

II. Die Schreibgebühren sind zuvörderst zum Behuf der herrschaftlichen Schreiberei zu verwenden und Rechnung über diese Gebühren zu führen 2c. damit das Fehlende vergütet werden könne, wenn nicht die Gerichte auf eine Refundirung der Official = Schreibereien Anspruch machen.

III. Die Kosten der Hypothekenbücher sind aus dem Fond der Schreibgebühren zu bestreiten. Sollte ein Vorschuß dazu erforderlich sein, so soll darum bei f. G. R. E. nachgesucht werden.

IV. Die Sporteln sollen monatlich in einer Summe ohne Abzug abgeliefert werden. — Die Ausgaben bei der Verwaltung der Justiz, die nicht aus dem Fond der Schreibgebühren zu bezahlen sind, sind vierteljährlich an die Kammer einzusenden. Sollten bedeutende Ausgaben bevorstehen, so soll ein Vorschuß verwilligt werden.

V. Die Utzungskosten sollen für die unvermögenden Inquisiten oder Gefangenen aus den Amts = Rechnungen vorgeschossen werden.

Resc. f. R. E. v. 24. Mai 1814.

Beim Sühneverfuche sollen die Gebühren der Unterbedienten besonders liquidirt werden in Gemäßheit Verfügung über die Gerichts = Sporteln vom 9. Februar 1814, Tarif I. A. No. 10.

I. Resc. v. 7. Februar 1815.

Es bringt die jetzige Einrichtung des Sportelwesens mit sich, daß die Ertheilung des Armen = Rechts nicht mehr den Gerichten selbst überlassen bleiben kann und haben die St. und Kr. Ger. die auf Ertheilung des Armen = Rechts gerichteten Gesuche mit ihrem gutachtlichen Berichte einzuschicken und Seren. Entscheidung darüber einzuholen.

Resc. f. R. E. v. 16. Februar 1815.

In Kammer = Sachen dürfen Schreib = Insinuations = und Executions = Gebühren bezahlt, aber keine Schreib = Gebühren für Decrete genommen werden.

Resc. f. R. E. v. 16. Februar 1815.

Die jetzt üblichen Schreib = Insinuations =, Executions = und Vidimations = Gebühren sollen auch in Kammer = Prozessen bezahlt werden, hingegen die Gerichte keinesweges be-

fugt sein, Siegel-Gebühren für extrahirte und mit der Post abgeschickte Decrete zu nehmen.

1. Resc. v. 17. Mai 1815.

Es hat sich ergeben, daß einige Gerichtsbehörden irrigerweise zwischen der Ertheilung des Armen-Rechts und dem sogenannten vorläufigen Anschreiben der Gebühren einen Unterschied machen zu müssen glauben, indem sie der Ertheilung des Armen-Rechts die Wirkung beilegen, daß dadurch die Stempel- und Gerichts-Gebühren gänzlich und für immer niedergeschlagen würden, so, daß auch die in einem Rechtsstreite unterliegende und zu Erstattung der Kosten verurtheilte Parthei wegen des, dem obsiegenden Gegner verwilligten Armen-Rechtes zur Bezahlung der Stempel- und Sportel-Gebühren nicht angehalten werden könnte und dieses nur dann für zulässig gehalten, wenn nicht das Armen-Recht, sondern nur das Anschreiben der Gebühren dem obsiegenden Gegner verwilligt war. Da dieses aber der Verordn. vom 9. Febr. v. J. S. 11. völlig entgegen ist, indem sich darnach von selbst versteht, daß die unterliegende und in die Prozeßkosten condemnirte Parthei selbst denn, wenn dem obsiegenden Theile das Armen-Recht bewilliget war, zu Erstattung der Gebühren anzuhalten ist; da es auch ferner in der Natur der Sache liegt und Seren. ausdrücklicher Wille ist, daß in denjenigen Fällen, wo zwar die Kosten compensirt worden, doch aber die mit dem Armen-Recht begünstigte Parthei durch den in den übrigen Punkten mehr oder weniger günstigen Ausgang des Prozesses in den Stand gesetzt wird, die Gebühren zu bezahlen, die Einforderung der letztern noch geschehe: so wird solches dem f. Land. Ger. unverhalten, um den f. St. und Kr. Ger. die nöthige Anweisung zu geben.

Resc. f. R. C. v. 16. December 1815.

Die Defensionskosten für unvermögende Inquisiten sind in die Rechnung der vorgeschossenen Justiz-Verwaltungskosten mit aufzunehmen und (in Wolfenbüttel) aus der Kammerei-Casse vorschießen zu lassen.

Resc. f. L. G. v. 7. October 1816.

In Gemäßheit eines Resc. höchster Landes-Regierung vom 27. Sept. 1816 sollen sowohl das f. Leihhaus zu Braunschweig, als auch dessen Neben-Branzen zu Blankenburg und Holzminden von den Stempel- und Sportel-Gebühren in derselben Art, wie solches vor der feindlichen Occupation der Fall gewesen, für die Folge wieder befreiet sein.

Resc. f. R. C. v. 26. November 1816.

Wegen der Sportelfreiheit bei Verkauf der herrschaftl. Zinsfrüchte f. Art. Kammer.

Resc. f. R. C. v. 30. December 1816.

Mittelsf. höchsten Resc. vom 16. Dec. 1816 ist die Entscheidung erfolgt, daß bei Besorgung der herrschaftl. Geschäfte, im Auftrage f. Kammer, die Beamten innerhalb ihres Amtsbezirks, nicht auf Diäten, sondern nur auf Vergütung der Reisekosten und übrigen Auslagen Anspruch machen können; dagegen soll es bei der bestehenden Einrichtung sein Bewenden behalten, daß den Kreisbeamten für Abhaltung der Polizei-Gerichte

Gerichts-Sporteln, Rescripte.

außer ihrem Wohnsitz, anstatt der zu liquidirenden Ausgaben, die bereits vorgeschriebenen Diäten bewilligt werden.

Resc. f. R. E. v. 29. Juli 1817.

Wegen der Gebühren der Taxatoren bei Pachtübergaben f. Kammer.

Resc. f. G. R. E. v. 27. November 1818.

Da Zweifel darüber entstanden, ob und welche Gerichtsgebühr für Rückschreiben auf eingegangene Requisitionsschreiben von den Gerichten zu berechnen sei, so wird dieser in der Sportelordnung nicht bestimmte Gegenstand vom f. G. R. E. hiedurch supplirend dahin festgesetzt, daß hinfüro für solche Rückschreiben ohne Unterschied, ob die Requisitionen von einheimischen oder fremden Behörden geschehen, die nämliche Gerichtsgebühr, welche in der Gerichtssporteltaxe für die Requisitionsschreiben bestimmt worden, erhoben werden soll, als wornach die f. Kr. Ger. in vorkommenden Fällen sich zu achten haben.

Resc. f. G. R. E. v. 18. December 1818.

Da f. G. R. E., obwohl die Vidimationsgebühren nach der Sportelordnung den Secretairen und Actuarien nicht zukommen, dennoch nunmehr beschlossen hat, daß solche denselben überlassen bleiben und nicht für die herrschaftl. Cassen berechnet werden sollen, so wird solches den f. Kr. Ger. zur Nachricht und Nachachtung hiemit unverhalten.

Resc. f. R. E. v. 13. März 1819.

Es ist von dem f. G. R. E., auf eine besondere Veranlassung, durch ein höchstes Resc. vom 5. d. M. verordnet:

1) daß, da die Besorgung der Bauten an den geistlichen Gebäuden ferner eben so, wie dieses in der früheren Zeit der Fall gewesen, zu den Officialgeschäften der Beamten gehöre, dieselben in dergleichen Angelegenheiten keine Commissionsgebühren berechnen, sondern nur die ihnen für solche Geschäfte erwachsenden Kosten berechnen können;

2) daß den Kreisbeamten in denjenigen Fällen, wo sie Diäten fordern können zwei Thaler, den Actuarien aber ein Thaler zu bewilligen sind.

Resc. f. R. E. v. 23. April 1819.

Die Liquidationen über die Kosten der Gerichtsverwaltung, der Unterhaltung unvermögender Gefangenen u. sind bisher nur in simple eingesandt.

Da indessen ein Exemplar dieser Liquidationen als Rechnungsbelag bei der betreffenden Casse dienen, und ein zweites zur Dervollständigung der Acten f. R. E. zurückbehalten werden muß, so werden die Kr. Ger. veranlaßt, die Specification aller zu liquidirenden Kosten in duplo einzuschicken.

Circul. Resc. f. L. G. v. 24. Juni 1819.

Es ist zur Kenntniß des hochfürstl. Ministerii gekommen, wie die Bestimmung der Sporteltaxe vom Jahre 1814, welche für die Auf- oder Annahme eines Testaments in der Wohnung des Testirers dem Beamten 1 Rthlr. und dem Actuar 16 Gr., und wenn deshalb eine Reise gemacht werden muß, dem erstern 2 Rthlr. und dem letztern 1 Rthlr.

an Diäten bewilligt, von einigen Beamten dergestalt gedeutet werde, daß bei Aufnahme eines Testaments außerhalb des Wohnorts der Gerichtspersonen und einer deshalb zu machenden Reise beide Ansätze zusammen, sowohl die Gebühr für die Aufnahme in des Testators Wohnung, als die Diäten für die Reise zu erheben sie sich berechtigt hielten, weil sie nicht allein eine Reise machen, sondern sich auch in des Testators Wohnung begeben müßten, und daß gedachte Gebühren in dieser Art hin und wieder wirklich gedoppelt eingefordert; desgleichen daß diese Auslegung von einigen Beamten auch bei Ehestiftungen, wenn dieselben außerhalb Gerichts aufgenommen worden, ebenfalls zur Anwendung gebracht, und außer den Diäten für die Reise noch eine Gebühr für das Vornehmen des Geschäfts in der Wohnung des Paciscenten erigirt; auch in sonstigen Fällen, welche der Aufnahme eines Testaments in des Testators, oder einer Ehestiftung in der Verlobten Behausung ähnlich, dasselbe beobachtet; nicht weniger, wenn in einem Tage mittelst einer und derselben Reise mehrere Geschäfte außerhalb des Gerichtsorts, Aufnahme mehrerer Ehestiftungen, Verkäufe, Verpachtungen und dergleichen ausgerichtet würden, gleichwohl die Diäten mehrfach, und für jedes Geschäft besonders angerechnet, und neben denselben noch eine Bewirthung von den Interessenten gefordert, auch durch Zuziehung von Gerichts-Unterbewindten in nicht nothwendigen Fällen die Kosten erschwert sind.

Wie nun aber in erwähnter Sporteltaxe die Gebühren für die Fälle, wo wegen Aufnahme eines Testaments in des Testators Wohnung eine Reise zu machen ist, oder nicht, bestimmt von einander abgesondert sind, dergestalt, daß jedesmal nur die eine oder die andere Gebühr, und niemals beide zusammen genommen werden dürfen, indem wegen Einnahme des Augenscheins, wo solches ausdrücklich bemerkt worden, der Art der Geschäftsausrichtung am Wohnorte der Gerichtspersonen, mithin ein daselbst zu machender Weg, und ein entfernterer Ort, zu welchem die Gerichtspersonen mittelst einer Reise gelangen, einander entgegen gesetzt ist, also jener durch diese ausgeschlossen wird, folglich auch bei allen sonstigen Geschäften ähnlicher Art beide Gebühren niemals zusammen zu stehen können; insbesondere aber bei Aufnahme der Ehestiftungen bloß Vergütung einer Reise und Diäten zugebilligt sind, unstreitig in der Voraussetzung, daß an dem Gerichts-orte selbst zu Aufnahme einer Ehestiftung außerhalb des Gerichts-Locals keine Veranlassung vorhanden sein werde; hiernächst dergleichen Reise-Diäten offenbar für eine und dieselbe Reise nicht mehrfach, wenn gleich vermittelt derselben mehrere Geschäfte abgemacht würden, auch nicht dann, wenn diese Geschäfte mehrere Interessenten betrafen, als in welchem Falle die Diäten zu theilen sind, Statt finden, und eben so wenig außer denselben Gebühren gefordert werden dürfen; überhaupt dergleichen Nebengebühren so wenig kostspielig als möglich zu machen suchen;

und dann durch ein dierhalb unterm 15. Mai 1819 erlassenes höchstes Resc. f. Land. Ger. angewiesen ist, solchen Entgegenhandlungen der Sportelgesetze abhülfsche Maße zu geben: so werden mittelst dieses Circulars diejenigen Beamten, welche in vorbemerktter Maße die Sporteltaxe gedeutet, und vermöge dieser Deutung bisher verdoppelte Gebüh-

Gerichts-Sporteln, Rescripte.

ren erhoben haben, hierdurch auf den dabei zum Grunde liegenden Irrthum aufmerksam gemacht und angewiesen, solche Ueberschreitung der Sporteltaxe künftig zu vermeiden.

Resc. f. L. G. v. 17. December 1819.

Es sind darüber Zweifel entstanden und ist höchsten Orts angefragt und Declaration erbeten worden, ob die in der neuesten Gerichts-Sporteltaxe vom 9. Febr. 1814 unter I. A. 2. 5 und 3. e aufgeführten, für die Anordnung der Execution ausgesetzten Hilfsgelber

1) in dem Falle, wenn die gerichtliche Hilfsvollstreckung zwar erkannt werde, jedoch nicht wirklich erfolgt, gleichwohl zu erlegen,

2) von dem Extrahenten der Execution im Voraus und sofort bei Ertheilung des Executions-Mandats zu berichtigen sind?

Wie nun von Seiten höchster Landesregierung mittelst Resc. vom 6. Decbr. 1819 f. Land. Ger. autorisirt und angewiesen ist, diese Zweifel durch einen Erlaß an sämtliche f. St. und Kr. Ger. dahin:

daß bei Hilfsvollstreckungen, wenn solche von den Gerichten einem Unterbedienten mittelst eines förmlichen Mandats aufgegeben werden, der Extrahent bloß dieses Mandat mittelst der gerichtlichen Gerichtsgebühr zu bezahlen hat; die Hilfsgelber selbst aber nicht von diesem, sondern von dem Exquirten und zwar nur dann, wenn die Execution wirklich vollzogen wird, und wenn zu gleichmäßiger Deckung sowohl der Forderung des Gläubigers, als solcher Hilfsgelber genügsame Executions-Objecte vorhanden sind, zu erlegen und einzuziehen,

zu heben, so wird denselben solches zu ihrer Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Resc. f. G. R. C. v. 29. Januar 1820.

Es sind an einigen Orten Beschwerden darüber entstanden, daß die Gerichte hier und da die Verfügung vom 9. Febr. 1814, die Gerichts-Sporteln betr., theils nicht genau befolgen, theils durch eine unrichtige Auslegung derselben den Gemeinen und Partheien unnöthige Kosten verursachen und überhaupt in vielen Fällen Gebühren und Diäten bezahlen ließen, in welchen solche füglich erspart werden könnten und müßten.

Sämmtliche Gerichte haben sich daher folgende Vorschriften zur genauesten Nachachtung dienen zu lassen:

1) Die Verfügung vom 9. Febr. 1814 und die derselben angehängte Sporteltaxe sind genau zu befolgen und die darin enthaltenen Ansätze in keinem Falle zu überschreiten.

2) Wenn Fälle vorkommen, welche in der Sporteltaxe nicht ausdrücklich bestimmt worden, so sind dafür nur dann Gebühren zu nehmen, wenn selbige nach einer unzweifelhaften Analogie zu einer Classe von Geschäften gehören, bei welchen Gebühren oder Diäten zu fordern nachgelassen und solche in der Sporteltaxe bestimmt sind; wo es doch zweifelhaft sein kann, ob und welche Gebühren oder Diäten genommen werden dürfen, da ist zuvor von den f. St. und Kr. Ger. bei f. Land. Ger., von diesem aber in Fällen, welche ihm zweifelhaft bleiben, bei f. G. R. C. deshalb anzufragen.

3) In allen Administrations- und Polizeisachen — den Fall eines Polizeivergehens

und diejenigen Fälle ausgenommen, in welchen durch besondere Verfügungen der Beamten nachgelassen ist, bestimmte Gebühren zu berechnen — sind überall weder Gebühren, noch Diäten zu nehmen, namentlich nicht bei der Besorgung der Bauten geistlicher Gebäude, bei Einführungen der Prediger, bei Untersuchungen über die Verbesserungen des Armenwesens u.

4) In allen Fällen, wo solches thunlich und ohne Nachtheil geschehen kann, sind um den Gemeinen und Partheien die Reisekosten und Diäten zu sparen, die Termine auf der Gerichtsstube und nicht an Ort und Stelle abzuhalten. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß außer dem Falle der Testaments-Aufnahme, für gerichtliche Geschäfte, welche außerhalb des Gerichts-Locals, jedoch am Wohnorte der Gerichtspersonen vorgenommen werden, deshalb weder Diäten, noch besondere Gebühren zu berechnen sind.

5) Wo die Gegenwart eines Beamten nicht nothwendig ist, muß das Geschäft durch den Actuar, wenn dasselbe durch die Amtsvoigte verrichtet werden kann, durch letztere besorgt werden. Hiernach ist bei Versiegelungen, Entseigelungen, Aufnahme von Inventarien, Verkauf von Feldfrüchten u. zu verfahren.

6) Wo es der Abhibirung der Amts- oder Untervoigte nicht bedarf und anstatt derselbe die Ortsvorsteher eintreten können, sind zur Vermeidung unnöthiger Kosten die letztern zu gebrauchen, namentlich, wenn eine Gemeinde Mann für Mann zu citiren, oder den Mitgliedern derselben eine gerichtliche Bekanntmachung zu insinuiren ist.

7) Da die Diäten in den Fällen, wo solche den Beamten zukommen, nur eine Entschädigung für die ihnen aus der unternommenen Reise erwachsenen Mehrkosten enthalten sollen, so dürfen, wenn an einem Tage in den Angelegenheiten mehrerer Partheien gearbeitet worden, nicht doppelte Diäten genommen werden, sondern es sind selbige unter den Partheien zu theilen; noch weniger können bei Commissionen einzelne in eine und dieselbe Sache eingreifende und dieselbe Parthei angehende Handlungen besonders in Ansatz gebracht, sondern es müssen in einem solchen Falle die Diäten nur einfach berechnet werden.

Resc. f. L. G. v. 25. Februar 1820.

Es ist vorgekommen, daß bei Aufstellung der Kosten-Berechnungen in Untersuchungssachen, wenn der Verurtheilte zu deren Erstattung des Vermögens ist, den Unterbedienten für Aufwartung die ihnen im Civil-Verfahren durch die Sporteltaxe zugebilligte Gebühr gleichfalls berechnet werde, ohnerachtet die Sporteltaxe solche für die Strofsachen nicht enthält; desgleichen, daß an die Zeugen und andere abgehörende Personen auch in denjenigen geringfügigen Untersuchungen, für welche die Gerichtsgebühr eins für alles auf 12 Ggr. bis 1 Rthlr. festgesetzt sei, für schriftliche Citationen zwar jene nicht, wohl aber Copialien, so wie auch Stempel ausgeführt worden. Da nun mittelst eines unterm 28. v. M. erlassenen höchsten Resc. das f. L. Ger. angewiesen worden ist, zu veranlassen und dahin zu sehen, daß erstgedachte unbegründete Gebühr von den Gerichten überall nicht weiter angelegt und genommen; auch daß besonders in kleinen Untersuchungs-

sachen die schriftliche Ausfertigung der Citationen thunlichst eingeschränkt werde: so wird solches den St. und Kr. Ger. zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Resc. f. G. R. C. v. 31. März 1821.

Da die der f. Kammer bei den königl. hannöv. Gerichten und der königl. hannöv. Kammer bei den Gerichten der hiesigen Lande vorhin schon, jedoch mit Ausnahme der Stempel-, Copial- und Insinuations-Gebühren zustehende Sportelfreiheit nach einer zwischen den beiderseitigen Landes-Regierungen deshalb getroffenen Vereinbarung hinfort auch in Ansehung der später mit dem Königreiche Hannover vereinigten Landestheile in allen Kammer-Sachen Anwendung finden soll, so bleibt solches sämmtlichen Gerichten hiesiger Lande zur Nachachtung hiemit unverhalten.

Resc. f. G. R. C. v. 20. November 1821.

Da zur Kenntniß des f. G. R. C. gelangt ist, daß auch in Landesverwaltungs-sachen und insonderheit in Brandversicherungsangelegenheiten bei einigen Kr. Ger. hin und wieder Gebühren, besonders von den Unterbedienten erhoben werden, solches aber den bestehenden Grundsätzen und Vorschriften und namentlich in Hinsicht der letztgedachten Angelegenheiten der ausdrücklichen Disposition der Verordn. vom 18. Juli 1753 Nr. 26. und dem landesherrl. Ausschreiben vom 25. Oct. 1753 No. 2. ganz zuwider läuft, auch durch eine angebliche Observanz eben so wenig, als durch die bloß für die Verhandlungen der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit erlassene Sportel-Ordnung vom 9. Febr. 1814 gerechtfertigt und begründet werden mag: so sieht f. G. R. C. sich veranlaßt, den f. Kr. Ger. hiemit ausdrücklich zu erkennen zu geben, daß alle die Landes-Administration betreffende Verfügungen und Ausfertigungen, sie mögen sich nun zunächst auf das Interesse des Staats, oder auf das gemeine Wesen, oder auf einzelne Personen und deren Anbringen beziehen, von Amtswegen und ganz unentgeltlich zu erlassen, mithin wegen der Bemühungen in dergleichen Dienstsachen überall keine Sporteln und Gebühren für Anordnungen, Erlasse, Berichte, Schreiben, Copialien, Siegel, Beglaubigung und Insinuation, noch Reise und Meilengelder zu nehmen sind, und daß in Ansehung der letztern nur eine Ausnahme Statt finde, wenn den Interessenten daran gelegen ist, daß die Zustellung der getroffenen Verfügung sofort geschehe und solches auf die gewöhnliche Weise nicht bewerkstelligt werden kann, in welchen eiligen Fällen dann ein billiges Botenlohn zu bestimmen und von den Interessenten zu bezahlen ist.

Bei Anwendung der gegenwärtigen Verfügung auf die Brandversicherungsangelegenheiten insonderheit sind die Vorschriften der solcherhalben ergangenen und vorangezogenen Verordnungen auf das Genaueste zu beobachten und in Gemäßheit derselben bei den in diesen Angelegenheiten zu verrichtenden Geschäften alle unnöthige Kosten zu vermeiden, wohin insbesondere auch diejenigen zu rechnen sind, welche zeither an einigen Orten durch die Zuziehung der Gerichtspersonen oder Amtsvögte, bei den Beschreibungen und Taxationen der Gebäude veranlaßt worden, indem selbige nur in seltenen Fällen als erforderlich oder nützlich erscheinen könne.

Resc.

Resc. f. G. R. C. v. 6. December 1821.

Da einberichtet worden, daß mehrere Gerichte des Landes zeither von den Pächtern der f. Domainen und Güter, wenn sie wegen der gepachteten Gegenstände Prozesse führen, oder sonst gerichtlich handeln, Sportel = und Stempel = Gebühren erhoben haben, solches aber den eintretenden Verhältnissen und der f. R. zustehenden Sportel = und Stempel = Freiheit nicht angemessen ist, so oft der Gegenstand der angestellten Klagen und sonstigen Verhandlungen die Gerechtigkeit oder das Interesse der Domainen selbst betrifft, es hiebei auch keinen Unterschied macht, wenn gleich der eigene Vortheil der Pächter dabei concurrirt, so findet f. G. R. C. sich veranlaßt, die Gerichte hierdurch anzuweisen, in allen solchen Sachen, wo gedachte Pächter vermöge ihrer Pachtverhältnisse oder aus drücklicher Autorisation f. R. wegen Besizes oder Realberechtigungen klagen oder verklagt werden, oder sonst gerichtliche Verhandlungen pflegen, auch wenn sie in dergleichen Fällen etwa Entschädigungsklagen durchzuführen berechtigt sind, denselben die Gerichts = Sportel = und Stempel = Freiheit angedeihen zu lassen; wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß selbige sofort aufhören muß, sobald die Vorschriften der Domainenpächter die Genehmigung f. R. nicht erhalten und erstere dennoch die anhängigen Prozeßsachen ihres alleinigen Interesse halber fortzusetzen für gut finden sollten, welches sodann in den gerichtlichen Erkenntnissen auszudrücken, so wie auch jedesmal darüber zu verfügen ist, wenn die Gerichtskosten von den Pächtern selbst getragen werden müssen.

Resc. f. G. R. C. v. 10. Juni 1823.

Es ist dem f. G. R. C. bekannt geworden, daß von den f. Kr. Ger. hin und wieder auch für solche Resolutionen und Verfügungen, welche dieselben auf Gesuche der Unterthanen um Gewerbscheine und Concessionen, um Theilnahme an der Benutzung der Gemeine = Güter und um Erlaubniß, seinen Wohnsitz an einem Orte nehmen, oder sich darin anbauen zu dürfen, abgegeben, so wie auch für die monita zu den Gemeine = Rechnungen und andern dergleichen Ausfertigungen, Schreib = und Insinuations = Gebühren, selbst auch Siegelgebühren erhoben wurden.

Wie nun solches den in dem Circular = Resc. vom 20. Nov. 1821 enthaltenen Bestimmungen zuwider ist, so werden den f. Kr. Ger. die Vorschriften des gedachten Resc. zur genauesten Befolgung hiedurch in Erinnerung gebracht und bleibt denselben zugleich damit unverhalten, daß, so wie dergleichen Ausfertigungen überall sporteln = und gebührenfrei zu erlassen sind, auf gleiche Weise auch der Gebrauch des Stempelpapiers bei den von ihnen in Administrationssachen, und also nicht in ihrer Eigenschaft als Justizsondern als Verwaltungs = Behörden zu erlassenden Resolutionen und sonstigen Verfügungen wegfällt.

Resc. f. G. R. C. v. 10. August 1825.

Da f. G. R. C. es am rathsamsten findet und daher beschlossen hat, daß die eingehenden Schreibgebühren sowohl bei den Distr. Ger., als bei den Kr. Meint. bis auf anderweite Verfügung berechnet und mit dem wahrscheinlich bei erstern sich ergebenden

Ueberschusse das bei letztern zu erwartende Deficit zunächst gedeckt werde, so bleibt solches hiemit unverhalten und wird übrigens der bei den Distr. Ger. anzustellende Registrator neben seiner Hauptbeschäftigung auch füglich sowohl die Schreibgebühren als die Gerichts-Sporteln-Rechnungen führen und noch ähnliche Arbeiten übernehmen können. Was die Schreiberei anlangt, so hält f. G. R. E. gerathen, daß dazu von den Gerichten Copisten angenommen werden, welche nicht in herrschaftl. Dienst treten und nach geschehener Kündigung, oder bei schlechtem Betragen, oder bewiesenem Unfleiß in ihren Arbeiten sofort entlassen werden können, jedoch auf ihre Verrichtungen und zur Beobachtung der nöthigen Verschwiegenheit eidlich zu verpflichten sind.

Resc. f. G. R. E. v. 30. November 1825.

Da f. G. R. E. beschlossen hat, daß die von den f. Distr. und St. Ger. auch Kr. Amt. über die eingehenden Schreibgebühren zu führenden Rechnungen nunmehr bei f. R. E. revidirt werden sollen, so wird solches den sämtlichen f. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Amt. zu dem Ende hiemit unverhalten, um die gedachten Rechnungen an f. R. E. behuf der Revision einzusenden.

Resc. f. R. E. v. 29. December 1825.

Es ist in Frage gekommen, ob die mit der Erhebung und Berechnung der Sporteln beauftragte Beamten zur Leistung einer verhältnißmäßigen Caution angehalten werden müßten. Zufolge höchsten Resc. vom 26. Nov. 1825 ist hierüber bestimmt, daß von gedachten Beamten wegen der Erhebung und Berechnung der Sporteln eine Cautionsleistung nicht verlangt werden soll, da sie jenes Geschäft ex officio versähen und keine Remissen dafür genießen. Dabei ist indessen zugleich vorgeschrieben, daß gedachte Beamte von den vorsitzenden Beamten der resp. Ger. und Ämte öfterer und unvermuthet controlirt werden sollen, damit man die Gewißheit erlange, daß dieselbe die Erhebung und Ablieferung der Sporteln in gehöriger Ordnung besorgen.

Indem die f. Distr. Ger. hievon in Kenntniß gesetzt werden, werden sie veranlaßt, hiernach zu verfahren und zu gleichem Verfahren die zu ihrem Districte gehörigen f. Kr. Amt. anzuweisen.

Da übrigens gedachte Beamte als Rechnungsführer über öffentliche Gelder zu betrachten sind, so ist auch nöthig, daß dieselben auf die höchsten Verordnungen wegen der Bestrafung der ungetreuen Bedienten verwiesen werden und daß sie diese Verordnungen der höchsten Verordn. vom 31. Dec. 1790 gemäß unterschreiben. Die f. Distr. Ger. haben also auch hierunter, sowohl in Rücksicht desjenigen Beamten, welcher bei ihnen die Erhebung und Ablieferung der Sporteln besorgt, als auch in Rücksicht derer, welche bei den zu ihrem Districte gehörigen f. Kr. Amt. damit beauftragt sind, das Erforderliche zu verfügen, und wird ihnen zu dem Ende die dazu benötigte Anzahl Exemplare von der höchsten Verordnung vom 31. Dec. 1790 übersandt.

Resc. f. R. E. v. 26. Januar 1826.

Es ist in Frage gekommen, ob den Kreisbeamten und Actuarien in den Fällen

Gerichts=Sporteln, Rescripte. Gewerbe und Gilden. 123

wo dieselben in Gemeine=Angelegenheiten aus dem Sitze des Kreisamts sich begeben, Diäten und Gebühren zukommen? und ist durch ein höchstes Resc. bestimmt, daß gedachten Beamten in den gedachten Fällen zwar nicht Diäten und Gebühren, wohl aber eine Vergütung ihrer baaren Reisekosten und Auslagen, von Seiten der Gemeine, welche ihre Entfernung von ihrem Residenz=Orte veranlassen, zukommen, diese Kosten und Auslagen ihnen jedoch nur erst gezahlt werden sollen, wenn ihre desfallsige Liquidationen zuvor von den Oberhauptleuten nachgesehen und festgesetzt sind.

Resc. f. R. E. v. 27. Januar 1826.

Es sollen die Gebühren für die Abnahme der Gemeine=Rechnungen, nicht als durch vorstehendes Rescript aufgehoben, zu betrachten sein, da solche ausdrücklich zugestanden worden.

L. Resc. v. 13. Juli 1826.

Es ist bestimmt, daß die nach der Verordn. von diesem Datum passirenden Siegelgebühren denjenigen Officianten zugewilligt sein sollen, welchem die Aufbewahrung und der Gebrauch der Gerichts=Siegel anvertraut ist.

Resc. h. R. E. v. 28. September 1826.

Da die sämmtlichen h. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Amt. nach der jetzigen Einrichtung dem h. R. E. über die Kosten der Schreiberei Rechnung ablegen und den, die Einnahme an Copialien überschießenden Kostenbetrag, aus der h. Kammer=Casse refundirt erhalten, so wird es in Ansehung der Copialien für die in den Kammer=Prozessen abgegebenen Erkenntnisse, Decrete, für Requisitionen und andere gerichtliche Ausfertigungen, deren Bezahlung dem h. R. E. obliegen wird, eben so, als es bisher schon bei den höhern Gerichten üblich gewesen ist, zu halten sein, daß nämlich solche nicht von dem Kammer=Anwalde eingezogen, sondern die durch dergleichen Abschriften verursachten Kosten in der gedachten Berechnung in Ausgabe gebracht werden. Jedoch sind auch diese Schreib=Gebühren, wie die übrigen Gerichts= und Stempel=Gebühren alsdenn, wenn die Gegner zur Erstattung der Kosten verpflichtet sind, von diesen einzuziehen und in der Rechnung zu vereinnahmen.

Da auch in der höchsten Verordn. vom 13. Juli 1826 bestimmt ist, daß die gerichtlichen Erkenntnisse nicht anders, als wenn solches von den Partheien verlangt werden, mit dem Gerichts=Siegel versehen werden sollen, so wird hiemit im Allgemeinen erklärt, daß h. R. E. die Besiegelung der Erkenntnisse nicht verlangt.

Gewerbe und Gilden.

Verfügung f. Regier. Commission die den Lehrlingen, welche in den Militairdienst übergehen, zu entrichtenden Lehrbriefen betr. (S. 57.) [No. 5.] (24. Jan. 1814.)

B. die modificirte Gewerbe= und Gilde=Ordnung betr. (S. 27.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Gewerbe und Gilden.

(Landt. Abfch. vom 11. Juli 1823. Art. 42.)

Gründe Zur Wiederherstellung der Gilden. (S. 27.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Erste Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen über die Organisation und Verhältnisse der Gilden.

- §. 1. Wiederherstellung der Gilden und Gilde-Bezirke. (S. 29.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 2. Aufhebung der Gilde-Ordnung vom 4. März 1765, Gildebriele und Privilegien — Besondere Bestimmungen der Verhältnisse einzelner Gilden — Vereinigung mehrerer Gilden. (S. 29.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 3. Ausgenommen von der Aufhebung sind die titulo oneroso erworbene Privilegien. (S. 29.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 4. Zurückgabe des Gildevermögens — Zuständigkeit der Gilden, wegen des, während der feindlichen Occupation veräußerten, Vermögens und der Gläubiger der Gilden wegen früherer Forderungen. (S. 29.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 5. Gewerbetreibende, welche nachweisen, daß sie bereits von 1808 Mitgliedern einer Gilde gewesen, treten in dieselbe unentgeltlich wieder ein — Diejenigen, welche ihr Gewerbe gegen Lösung eines Gewerbscheins betrieben haben, werden in die Gilden aufgenommen — Ausweisung der Geschicklichkeit derselben. (S. 30.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 6. Dispensationen von den Vorschriften dieser Ordnung — Freimeister. (S. 30.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 7. Bildung eigener Gilden der Handwerker einer Stadt. (S. 31.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 8. Aufhören des Bestehens einer Gilde und Vereinigung der noch vorhandenen Meister mit einer andern Gilde oder Betreiben des Handwerks außer einer Gilde — Niederlagen der Meister aus andern Zünften. (S. 31.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 9. Das Publicum darf ohne Rücksicht auf Gilde-Bezirk bei jedem Meister Arbeit bestellen — Einführen auswärtiger Handwerkerzeugnisse — Inländische Bauhandwerker dürfen im ganzen Umfange der braunschw. Lande ihre Arbeiten aufstellen und einrichten; Jedermann kann andere inländische Handwerker von anderen Orten kommen und in seiner Wohnung arbeiten lassen. (S. 31.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 10. Geschlossene Gilden finden nicht Statt. (S. 31.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 11. Die Aufnahme in die Gilde wird von der Obrigkeit verfügt und nicht ohne erhebliche Ursache versagt; Ausländer nicht ohne Erlaubniß des Herzogs. (Vergl. Gewerbst. Ord. §. 12.) (S. 32.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 12. Jedermann ist es erlaubt, für Andere ohne Vergeltung seiner Mühe oder für sich und seine Familie Arbeit eines Handwerks zu verfertigen oder durch seine Dienstboten verfertigen zu lassen. (S. 32.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 13. Ausnahmen von der Zunftsteinrichtung:

- 1) Großhändler.
- 2) Expéditeur.
- 3) Inhaber von Fabriken und Manufacturen.
- 4) Banquiers und Geldwechsler.
- 5) Künstler.

Es steht ihnen jedoch frei, sich in eine Gilde aufnehmen zu lassen — Sie haben sich wegen der Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe an die Localbehörde zu wenden. (S. 32.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 14. Wiederherstellung der Handelszünfte, wenn nicht Verzicht geleistet wird — Vorschriften wegen derselben. (S. 34.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 15. Ableistung des Erbhuldigungs-Eides — Bürger werden. (S. 35.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 16. Krämer auf den Dörfern — Concessionen — Bestrafung der Uebertretung der Concession — Eintreten in eine Gilde — Halten der Lehrlinge. (S. 36.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 17. Benennung der Handwerker, welche auf dem Lande wohnen dürfen, nach Bedürfniß — Concessionen derselben. Genehmigung zur Besetzung der nicht Benannten — Eintreten der Landmeister in eine Gilde — Erfordernisse — Bezuziehen eines Landmeisters in eine Stadt. (S. 36.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 64.)

§. 18. Städtische Handwerker dürfen sich ohne besondere Concession in keinem Dorfe niederlassen. (S. 37.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 19. Gleichstellung der Lehrlinge und Gesellen, welche bei Inhabern von Patenten oder Gewerbscheinen ihre Gewerbe erlernt, mit denen, welche von Gildengenossen aufgenommen und gebildet sind — Lehrbrief dieser Gesellen. (S. 37.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 20. Spinnerei in Leinen und Weberei kann Jeder mit oder ohne Gehilfen betreiben, jedoch ohne Lehrlinge halten zu dürfen. (S. 37.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 21. Weibliche Personen können Frauenputz und Frauenkleider, auch mit Gehilfen, verfertigen und solches Anderen ihres Geschlechts lehren, gegen Concession der Localbehörde. (S. 38.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 22. Verbot des Hausirhandels — Concession zum Handel mit gewissen Waaren. (S. 38.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

(Vergl. Gewerbst. Ordn. vom 29. Oct. 1821. §. 26. 28.)

Bestrafung der Uebertretung der Concessionen und des Hausirhandels — Hausirschaine. (S. 38.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 23. Kein Widerspruchsrecht der Gilden gegen den Verkauf der zu ihrem Gewerbe gehörigen Waaren. (S. 38.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Zweite Abtheilung.

Von den vorgesetzten Behörden, den Deputirten und Vorstehern der Gilden, den Gildeangelegenheiten, Versammlung und Cassen und der obrigkeitlichen Leitung und Aufsicht darüber.

- §. 24. Die Leitung des Zunftwesens hat f. R. (S. 6. der B. v. 19. Mai 1814.)
- §. 25. Zunächst aber stehen sie unter der Localbehörde, welche die Berichte erstattet, die Rechnungen abnimmt, die Zunftiegel verwahrt; Beschwerden untersucht und darüber entscheidet, oder nach eingeholter Entscheidung verfügt — Sportelfreiheit. (S. 39.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 26. Obrigkeitlicher Deputirter (S. 39.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 27. Kann es bei mehrern Gilden, darf aber kein Mitglied der Gilde sein. (S. 39.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 28. Vorsteher oder Gildemeister auf 2 Jahre — Wahl desselben — Bei 12 Mitgliedern nur einer auf 4 Jahre. (S. 40.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 29. Obliegenheiten des obrigkeitlichen Deputirten — eibliche Verpflichtung — Gebühren desselben. (S. 40.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 30. Verrichtungen der Gildenvorsteher. (S. 40.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 31. Beeidigung derselben. (S. 42.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 32. Gilbelade — Verwahrung derselben und der Urkunden und Papiere und des Cassen-Vorraths — Verzeichniß darüber. (S. 42.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 33. Prozesse der Gilden — Syndicus. (S. 42.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 34. Zu beobachtendes Betragen gegen die Gildemeister. (S. 42.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 35. Gebühren derselben — keine für Zehrung. (S. 43.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 36. Jung-Meister — Boten — Verrichtung desselben — Entschädigung. (S. 43.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 37. Aufnahme in die Gilde durch schriftliche Verfügung. (S. 43.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 38. Formulare zu Lehr- und Meister-Briefen. (S. 43.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 39. Keine unnütze Zusammenkünfte — Gegenwart des obrigkeitlichen Deputirten in den gestatteten Zusammenkünften — Ansagen derselben. (S. 44.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 40. Erscheinen — Entschuldig. (S. 44.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 41. Auswärtige erscheinen ein Mal im Jahre. (S. 44.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 42. Verhalten in den Zusammenkünften — Keine Waffen und Stöcke — Kein Trink- und Spiel-Gelage — Strafen deshalb. (S. 44.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 43. Vortragung der Meinungen nach der Reihe — Bestrafung wegen Zänkerey u. (S. 44.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 44. Zusammenkünfte verschiedener Gilden. (S. 45.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 45. Jede Gilde soll sich jährlich wenigstens einmal versammeln — Vorzunehmende Geschäfte. (S. 45.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 46. Nur über eigentliche Gildeangelegenheiten darf berathschlagt werden. (S. 45.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 47. Keine Beschwerden einzelner Mitglieder. (S. 46.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 48. Besorgung wichtiger Angelegenheiten durch Abgeordnete, aber keine Ausführung einer Maßregel haufenweise, außer der Versammlung u. (S. 46.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 49. Die weggebliebenen Mitglieder müssen den Beschluß von $\frac{2}{3}$ gelten lassen — Bei wichtigen Gegenständen muß jedoch der Gegenstand beim Ansetzen bekannt gemacht sein. (S. 46.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 50. Die Beschlüsse der Gilde werden von dem obrigkeitlichen Deputirten niedergeschrieben. (S. 46.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 51. Einsprache dagegen — Verfahren. (S. 46.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 52. Die Briefe an die Gilde oder Gildemeister eröffnet der Deputirte — Beantwortung derselben — Aufbewahrung der Siegel. (S. 46.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 53. Keine Eigenmächtigkeiten — Schutz gegen Beeinträchtigungen. (S. 47.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 54. Dem obrigkeitlichen Deputirten steht die Entscheidung wegen der Strafen zu — Berufung dagegen. (S. 47.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 55. Wegen Contrahirung der Schulden finden die hierüber in den Gemeinen bestehenden gesetzlichen Vorschriften Anwendung. (S. 47.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 56. Abschaffung der vormaligen Gebräuche — Anzeige der Mißbräuche. (S. 48.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 57. Bestrafung der Eigenmächtigkeiten. (S. 48.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 58. Verbot des Verschleiens oder Schimpfens einer Gilde. (S. 48.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 59. Für die Geldstrafen haften die Gilden solidarisch. (S. 48.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 60. Das Pflückerjagen ist untersagt — Beeinträchtigungen sind der obrigkeitlichen Behörde anzuzeigen. (S. 48.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 61. Uebereinkünfte mehrerer Gilden und Mitglieder wegen gemeinsamer Handwerksgegenstände, sind wirkungslos ohne Bestätigung der Obrigkeit — Strafe. (S. 49.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 62. Andere als die genehmigten Gebühren dürfen nicht genommen werden. Wenn es an einer Feststellung ermangelt ist anzufragen — Erhöhung der Gebühren sind verboten — Geldbuße. (S. 49.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 63. Zweck der Gilde-Casse — Verbot der Schmausereien — Einnahme der Casse — Belegung des Vorraths — Ablegung der Rechnung — Abnahme derselben. (S. 49.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 64. Todten- und Sterbe-Cassen. (S. 49.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Dritte Abtheilung.

Von den zu den Gilden gehörigen Personen, ihren Verhältnissen, Rechten und Verbindlichkeiten.

Erster Titel.

Von den Lehrlingen.

§. 65. Aufnahme ohne Unterschied zwischen Geburt, Stand oder Religion. (S. 51.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Ein Lehrling muß Lesen, Schreiben und nothwendig Rechnen können.

Zurückweisung nur aus erheblichen Ursachen — Ausnahme armer Kinder — Entschädigung. (S. 51.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 66. Betrag des Lehrgeldes. (S. 51.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 67. Dauer der Lehrzeit. (S. 51.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 68. Verlängerung der Lehrzeit statt des Lehrgeldes. (S. 51.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 69. Vierwöchige Probezeit. (S. 69.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 70. Einschreiben des Lehrlings nach abgelaufenen Probewochen — Verfahren dabei. (S. 53.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 71. Einschreibe-Gebühren — Beiträge zu der Armen-, Todten- und Sterbe-Cassen. (S. 54.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 72. Verpflichtungen des Lehr-Meisters gegen den Lehrling. (S. 54.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 73. Mäßige Züchtigung des Lehrlings vom Meister — nicht von den Gesellen — Bestrafung der Ueberschreitung. (S. 54.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Gebrauch der Lehrlinge zu häuslichen Geschäften und Dienstleistungen. (S. 55.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 74. Uebergabe des Lehrlings an einem andern Meister — Auslernen bei einer Wittve. (S. 55.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 75. Kosten der Krankheit eines Lehrlings — Nachholung der Lehrzeit, wenn die Krankheit länger als 3 Monate dauert. (S. 56.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 76. Betragen des Lehrlings gegen den Meister — Entlaufen des Lehrlings — Strafen. (S. 56.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 77. Fortschicken aus der Lehre wegen grober Veruntreuungen, hartnäckiger Widersetzlichkeit, Beleidigungen des Meisters und seiner Familie und schlechten Lebenswandels u. — Bezahlung des Lehrgeldes in diesen Fällen — Entschädigung — Lehrgeld beim Sterbefalle des Lehrlings. (S. 56.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 78. Abkürzung der Lehrzeit — Erlaß derselben. (S. 57.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 79. Probestück beim Entlassen aus der Lehre — Lössprechung. (S. 57.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

§. 80.

- §. 80. Lehrbrief. (S. 58.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
 §. 81. Formulare dazu. (S. 58.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
 §. 82. Gebühren. (S. 58.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Zweiter Titel.

Von den Gesellen.

- §. 83. Jeder Gesell, welcher einen ordnungsmäßigen Lehrbrief oder ein obrigkeitliches Attestat über seine Gesellen-Qualität aufzuweisen hat, soll als solcher angesehen werden. (S. 59.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Die Beurtheilung, ob ein Gesell aus besondern Gründen als solcher nicht gelten könne, steht der obrigkeitlichen Behörde zu — Die Gesellen, welche einem andern Gesellen wegen längerer Lehrzeit u. Schwierigkeiten machen, werden bestraft. (S. 59.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 84. Jeder Gesell hat die Erlaubniß, sich bei einem Fabrikanten oder Künstler zu verdingen. Sie dürfen Nebenarbeiten verrichten — Sie verlieren dadurch ihre Gesellen-Rechte oder wenn sie sich mit ihrem Hauptgewerbe gar nicht beschäftigt oder als Diensthoten gebient haben, nicht. (S. 59.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
 §. 85. Heirathen der Gesellen — Erlaubniß der Gerichtsbehörde dazu. (S. 59.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 86. Kein Gesell kann Meister werden, wenn er nicht wenigstens 5 Jahre in seinem Hauptgewerbe gearbeitet hat. Die Wanderzeit sind 3 Jahre. Wanderung nicht vor dem 18ten Lebensjahre — Auleitung deshalb. (S. 60.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 87. Wanderbuch — Erforderniß desselben und Einrichtung — Visirung — Fortwandern. (S. 61.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 88. Formulare zu den Wanderbüchern — Gebühren. (S. 61.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 89. Strafe der Meister wegen Ertheilung eines unrichtigen Zeugnisses. (S. 62.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 90. Einlieferung des Wanderbuchs und der Documente der verstorbenen wandernden Gesellen von den Gildemeistern an die Ortsbehörde — Verfahren derselben darauf. (S. 62.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 91. Kein Gesell soll in Arbeit genommen werden, der sich nicht über seine Geschäftlichkeit und über sein Wohlverhalten legitimirt hat. Abgebung des Wanderbuchs desselben. (S. 62.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Der Gesell, welcher sich nicht gehörig ausweist, wird als Landstreicher behandelt — Bestrafung des Meisters, der einen solchen Gesellen in Arbeit nimmt. (S. 62.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 92. Anzeige und Verfahren, wenn ein Gesell ohne Wanderbuch fortreisst. (S. 62.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 93. Verfahren, wenn ein eingewanderter Gesell keine Arbeit findet. (S. 63.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 94. Freies Nachtlager und eine freie Mahlzeit oder statt dessen ein Geldbetrag an den Gesellen, bei den Gilden, wo ein Geschenk bewilligt gewesen — nicht aber, wenn er die angebotene Arbeit ausschlägt. (S. 63.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 95. Bei andern Gilden wird, wenn diese Gesellen eine Nacht bleiben, Etwas aus der Armenkasse gereicht. — Das Betteln und Fechten ist verboten. (S. 63.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 96. Zahl der zu haltenden Gesellen — Verschreiben derselben — Arbeiten in ihren Wohnungen für des Meisters Rechnung. (S. 64.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 97. Zu beobachtende Ordnung wegen der einwandernden Gesellen. (S. 64.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 98. Kranke Gesellen — Heilung und Verpflegung. (S. 66.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 99. Vertrag zwischen Meister und Gesellen — Beköstigung. (S. 66.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 100. Probezeit — Der Vertrag tritt nach derselben in Kraft — Weggehen des Gesellen — Stillschweigende Voraussetzung beim Vertrage. (S. 67.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 101. Versuch zur Vereinigung durch die Gildenvorsteher, wenn Meister und Gesell sich nicht einigen können — Entscheidung der Gildenvorsteher und des obrigkeitlichen Deputirten von wem die Forderungen ordnungsmäßig oder unbillig gemacht sind — Folgen. (S. 67.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 102. Vorzugs-Recht des Gesellen-Lohns. (S. 67.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 103. Aufsicht über die Gesellen. (S. 67.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 104. Pflichten der Gesellen gegen die Meister. (S. 68.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 105. Blaue Montag. (S. 68.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 106. Auftragen der Dienstzeit — Stillschweigende Verlängerung. (S. 69.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 107. Verfahren, wenn sich der Meister an den Gesellen vergreift u. (S. 69.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 108. Ursachen der Entlassung eines Gesellen — Weiterwandern wegen dieser Ursache. (S. 70.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 109. Abspenstigmachen der Gesellen. (S. 71.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 110. Sie treten an den Orte gleich wieder in Dienst, wenn sie ohne Verschulden entlassen sind. (S. 71.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 111. Zeugniß im Wanderbuche. (S. 71.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 112. Herbergen — Vorschriften wegen derselben. (S. 71.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 113. Gesellen-Kranken-Cassen — Vorschriften deshalb. (S. 71.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- §. 114. Abschaffung der Handwerksmißbräuche — Der Corporationen und Bruderschaften — Kein Siegel oder schwarze Tafel; keine Aufsicht oder Strafrecht — Strafe deshalb. (S. 74.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 115. Keine Eigenmächtigkeiten — Schimpfen, Unfug etc. — Strafe deshalb. (S. 74.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 116. Anzeige der Vergehungen. (S. 75.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 117. Anbringen der Beschwerde von den Gefellen — Entscheidung. (S. 75.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

Dritter Titel.

Von den Meistern und Lehrherren.

- §. 118. Vorschriften und Bedingungen wegen des Meisterwerdens. (S. 75.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 119. Zurückweisung. (S. 67.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 120. Berichtserstattung, wenn sie erforderlich. (S. 67.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 121. Nachweisung der Geschicklichkeit nach Beseitigung der Hindernisse. (S. 77.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 122. Anfang der Verpflichtung des Bürgers und Gemeindegliedes — Erbhuldigungszeit. (S. 77.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 123. Vorschriften wegen Nachweisung der Geschicklichkeit. (S. 77.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 124. Vorstellung des neu aufgenommenen Meisters — Kein Trink- und Spielgelag — Eintragung ins Meisterbuch. (S. 81.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 125. Meisterbrief. (S. 82.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 126. Gebühren der Meister. (S. 82.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 127. Kein Meister kann Mitglied zweier verschiedener Gilden sein — Erlaubniß dazu. (S. 83.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 128. Fälle, in welchen der Verlust der Gilderechtssame eintritt — Erkenntniß. (S. 83.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 129. Folgen der Nichtbezahlung der Beiträge, Arbeiten der Meister als Gefellen. (S. 84.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 130. Strafe der unbefugten Betreibung eines Gewerbes. (S. 84.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 131. Ausstellung der Waaren zum Verkauf an zwei verschiedenen Plätzen des Wohnorts. (S. 84.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 132. Vollenenden und Ausbesseren der an fremden Orten gefertigten Arbeiten. (S. 85.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
- §. 133. Abspenstigmachung der Kunden. (S. 85.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

- S. 134. Einstehen für die gefertigte Arbeit — Aufhalten der Kunden — Hafteln für die anvertrauten Gegenstände. (S. 85.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
 S. 135. Meisters-Witwe. (S. 85.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)
 S. 136. Einschreiben derselben ist nicht erforderlich. (S. 86.) [No. 8.] (29. Oct. 1821.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 29. Februar 1817.

Da bemerkt worden, daß bei der bestehenden Gewerbefreiheit über die Verordn. vom 30. Nov. 1743 nicht strenge genug gehalten wird, und die auf Gewerbscheine arbeitenden Mauermeister den in jener Verordn. vorgeschriebenen Eid nicht allenthalben abgibt, die, den Mauermeistern darin auferlegte Verantwortlichkeit aber durch die Gewerbefreiheit keinesweges erlassen werden kann und diese, in polizeilicher Hinsicht so höchst nützliche Anordnung auf das Strengste in Ausführung gebracht werden muß, so haben die Gerichte auf das Forderksamste zu untersuchen, ob die in ihrem Gerichtskreise befindlichen Mauermeister auf den quaest. Eid gehörig verpflichtet sind, und, wo dieses noch nicht geschehen, damit sofort zu verfahren.

Auch sind die Schornsteinsfeger vorzufordern und ist denselben aufzugeben, auf die Entdeckung der feuergefährlichen Anlagen, sowol in den Schornsteinen als auch sonst ein wachsames Auge zu haben und wenn sie dergleichen finden, davon sofort Anzeige zu machen, damit in jedem Falle auf die forderksamste Untersuchung und Einbesserung dieser Feuergefährlichkeiten, Bedacht genommen werden kann.

Resc. f. G. R. E. v. 29. Juli 1817.

Die Administration des Vermögens der Gilden ist bis auf Weiteres von f. R. zu führen und von dieser Alles dasjenige zu besorgen, was zur Verwaltung und Erhaltung deren Vermögens erforderlich ist.

Resc. f. R. E. v. 9. März 1818.

Durch ein höchstes Resc. vom 15. März d. Jahrs ist genehmigt worden, daß diejenigen Apotheker in den kleinen Städten und Dörfern des hiesigen Landes, welche durch den Betrieb der Apotheker-Kunst nicht allein subsistiren können, nicht bloß durch die Concessionirung auf den Materialwaaren-Handel sondern auch durch eine angemessene Einschränkung der Ertheilung neuer Concessionen auf diesen Handel an andere Personen unterstützt werden sollen. Es sind daher an den Orten, wo Apotheken vorhanden, Materialwaaren-Händler nicht unbedingt zuzulassen, sondern es ist über die Nothwendigkeit oder Erheblichkeit ihrer Beschäftigung mit vorzüglicher Berücksichtigung der Verhältnisse der Apotheker, wenn diese auf den erwähnten Handel concessionirt sind, jedesmal besonders zu berichten.

Resc. f. R. E. v. 5. April 1822.

Durch die beiden Verordnungen vom 29. Oct. v. J., die modificirte Gildenordnung und die Gewerbesteuer betreffend, ist die Regel festgestellt, daß ein jeder Gewerbetreibender

sich in den Stand setzen muß, jederzeit wegen Befugniß zur Ausübung seines Gewerbes sich gehörig auszuweisen.

In den Städten geschieht dieses hinsichtlich der künftigen Gewerbe durch die Nachweisung der geschehenen Aufnahme in die Gilde, hinsichtlich des außer dem Zunftverbande Statt findenden Gewerbetriebs aber durch die Lösung der Gewerbescheine oder durch Concessionen.

Auf dem Lande dagegen geschieht die gedachte Legitimation nur durch besondere Concessionen, oder durch Gewerbescheine. Bei dem Gewerbbetriebe auf dem Lande kommt es auf eine Nachweisung der Theilnahme an einem Gildeverbande deshalb nicht an, weil nach dem §. 17. der Gildeordnung die Land-Handwerker in jedem Falle mit Concessionen versehen sein müssen, wie sie auch nach dem §. 16 der Gildeordnung für die Krämer erforderlich sind, welche nach diesem §. sogar ohne besondere Concessionen einer Gilde nicht einmal beitreten dürfen.

Nachdem nunmehr indessen durch die Verordnung vom 7. Febr. d. J. die Contribution von der Nahrung und den Handwerken wieder hergestellt ist, und nach dem, der Verordnung vom 14. August 1787 angehängten rectificirten Contributions-Fuße auch die darin nicht genannten Handwerker analogisch zur Contribution herangezogen werden sollen, so kann die Ertheilung der Gewerbescheine nur noch in wenigen Fällen nöthig sein und werden mithin in den meisten Fällen die Gewerbetreibenden auf dem Lande durch Concessionen sich legitimiren müssen.

Mit solchen Concessionen haben sich sonach alle Gewerbetreibende auf dem Lande zu versehen, welche nicht vor der Usurpationsperiode auf eine vom f. R. E. ausgegangene besondere Erlaubniß außer derjenigen, welche in der Ertheilung der Gewerbescheine gelegen hat, den Betrieb ihres Gewerbes angefangen haben.

Die Personen, welche während und nach der westphälischen Usurpationszeit nur mittelst der Anmeldung zu den Gewerbescheine ihre Gewerbe angefangen haben, bedürften daher ebenfalls der Concessionen. F. R. E. veranlaßt die Kr. Ger., baldigst ein Verzeichniß aller Gewerbetreibenden, an welche solchergestalt Concessionen ertheilt werden müssen, einzusenden. Es ist dieses Verzeichniß mit einer Anzeige darüber zu begleiten, in welchem Jahre der Gewerbetreibende seinen Gewerbetrieb begonnen hat, aber der bisherigen Erfahrung nach die für seinen Standpunct nöthige Geschicklichkeit besitzt, und auf welche Handelsartikel die Concessionen der Krämer den Umständen gemäß nach dem Ermessen der Kr. Ger. zu ertheilen sind.

Auch haben die Kr. Ger. ein kurzes Gutachten dahin beizufügen, ob sie die Ertheilung der Concession eines jeden Gewerbetreibenden überhaupt für rathsam halten, oder nicht.

Wenn gleich die Absicht dahin geht, den Gewerbbetrieb auf dem Lande in ein der Localität, dem Behufe des Landmannes und dem Zwecke der Städte angemessenes Verhältniß zurückzuführen, oder dieses Verhältniß in Zukunft aufrecht zu erhalten, so werden

die Kr. Ger. doch bei Abgebung des gedachten Gutachtens zu berücksichtigen haben, daß die Gewerbetreibenden, von denen der Gewerbbetrieb auf Gewerbescheine angefangen ist, im Vertrauen auf die damals bestehenden Gesetze sich eingerichtet haben, die Untersuchung ihres bisherigen Gewerbbetriebes mithin nur durch hervorleuchtende, die Beförderung des gemeinen Wohls bezweckende Gründe gerechtfertigt werden kann.

Resc. f. K. E. v. 18. September 1822.

Nach dem §. 118. der Gildeordnung vom 29. Oct. 1821 ist zur Betreibung eines zünftigen Gewerbes im Gildeverbande erforderlich, daß der aufzunehmende Meister volljährig sei und der Militairpflicht Genüge geleistet hat.

Da auf alle übrigen Personen, welche außer dem Gildeverbande ein Gewerbe anfangen wollen, der §. 9. der Gewerbesteuer-Verordnung vom 29. Oct. v. J. angewendet werden muß, der §. 1. des Canton-Reglements vom 30. Juli 1821 aber schon er giebt, daß kein Landeseinwohner weder das Bürgerrecht, noch ein öffentliches Amt erlangen, noch zum Antritte der eigenen Bewirthschaftung eines Grundstücks gelassen werden kann, bis er durch Atteste bescheinigt, daß er der Militairpflicht nicht mehr unterworfen ist, so ist auf die Anfrage des f. K. E. wegen Ertheilung der Gewerbescheine an Minderjährige oder militairpflichtige Personen durch ein allerhöchstes Resc. vom 23. Aug. 1822 die Bestimmung erfolgt, daß auch auf Gewerbescheine keine Gewerbetreibende zugelassen werden sollen, die sich noch im Alter der Militairpflicht befinden.

Die Kreisgerichte haben dieses bei den Statt findenden Anmeldungen zur Ertheilung von Gewerbescheinen zu beobachten und die betreffenden Personen zurückzuweisen, in vorkommenden besonderen Fällen aber behuf Erwirkung einer desfalligen Dispensation zu berichten.

Resc. f. K. E. v. 14. October 1822.

Durch ein allerhöchstes Resc. vom 26. Sept. 1822 ist bestimmt worden, daß die in der allgemeinen Gildeordnung vom 29. Oct. 1821 §. 118 für die Meister vorgeschriebenen Erfordernisse auch bei den auf dem Lande zu concessionirenden Handwerkern, welche ihre Gewerbe außer dem Gildeverbande betreiben wollen, zu beachten sind, und wegen der etwa deshalb zu ertheilenden Dispensation von f. K. E. zuvörderst allerhöchsten Orts berichtet werden soll. Nur hinsichtlich der Dispensation von den Wanderjahren ist f. K. E. nachgelassen, solche aus hinlänglichen Ursachen sofort zu bewilligen.

Die f. Kr. Ger. haben daher hiernach sich zu achten und das Erforderliche zu verfügen.

Resc. f. K. E. v. 24. Februar 1823.

Auf den bei dem f. G. K. E. gemachten Antrag, um Erlassung einer Bestimmung, daß die nach Maßgabe des §. 28 der Gildeordnung zu erwählenden Gilde-Vorsteher aus dem Orte gewählt werden müssen, worin das Gericht seinen Sitz hat und der obrigkeitliche Deputirte wohnt, hat f. K. E. sich gutachtlich dahin geäußert, wie es einer Circular-Verfügung bedürfen möchte, daß die Gilde-Vorsteher wenigstens in demjenigen

Orte wohnhaft sein müßten, in welchem die Gilden ihren Hauptsitz haben und ihre Versammlungen halten. Mittelft allerhöchsten Resc. vom 4. Febr. 1823 ist jedoch zu erkennen gegeben, daß auf diesen Antrag nicht einzugehen stehe, da in einzelnen Fällen Ausnahmen hievon zu machen sein könnten, übrigens die natürlich einwirkenden Umstände es schon mit sich brächten, daß zu Gilde-Vorstehern in der Regel solche Meister gewählt werden würden, welche an demjenigen Orte, wo die Vorgesetzten der Gilde und die Gilde selbst ihren Sitz habe, wohnhaft seien.

Resc. f. R. E. v. 12. April 1823.

Bei einer abzulegenden Geschicklichkeitsprobe eines Tischlers ist deren Beurtheilung durch einen Bauofficianten nicht erforderlich, weil die Tischler im Allgemeinen zu Bauhandwerkern nicht gerechnet werden können.

Resc. f. R. E. v. 15. September 1823.

Da die Gildebriefe und Privilegien nur aufgehoben sind, insofern sie der allgemeinen Gildeordnung vom 29. Sept. 1822 zuwider laufen, durch diese allgemeine Gildeordnung die Gränzen zwischen den verschiedenen Gewerben aber nicht festgesetzt sind und nicht haben festgesetzt werden können, so müssen zur Bestimmung der Gränzen zwischen den Professionen die gedachten Gildebriefe, insofern sie darüber Vorschriften enthalten, die sonst desfalls etwa ergangenen Verordn. und polizeilichen Verfügungen, wie z. B. das Reglement vom 19. Mai 1760 und das Avertissement des f. Polizeidepartements vom 19. Febr. 1795 (Fred. Promt. Theil 6 Seite 416) die Gränzen zwischen der Tischler- und Zimmer-Gilde betreffend, so wie endlich die bisherige Observanz ferner zur Anleitung dienen. Durch den spätern §. 127 der Gildeordnung wird der frühere §. 5 insofern modificirt, daß dieser letztere § nur dann auf Gewerbetreibende, welche zwei verschiedene zunftmäßige Gewerbe betrieben haben, Anwendung finden kann, wenn selbige die nach §. 127 erforderliche landesherrliche Concession zur Theilnahme an zwei Gilden zuvor erlangt haben.

Der §. 130 der Gildeordnung scheint keiner Declaration zu bedürfen; indem derselbe bestimmt hat, daß die unbefugte Betreibung eines Gewerbes mit Confiscation der Handwerksgeräthschaften, der verfertigten Arbeiten und eigenen Waaren bestraft werden soll, und können der Confiscation auch nur diese genau bezeichneten Gegenstände unterworfen werden. Sonach können die von einem Schneider verfertigten Kleidungsstücke nicht hinsichtlich des, einem Andern daran zustehenden Eigenthums, sondern nur in Ansehung der von dem Schneider dazu gelieferten Zuthaten und seines Arbeitslohnes confiscirt werden.

Die in dem §. 17 enthaltene Bestimmung, daß die den Gilden beitretenden Landmeister nur die Hälfte der Gebühren bezahlen sollen, kann sich nur auf die in dem §. 63 gedachten Eintrittsgelder und Beiträge beziehen, weil durch den §. 126 ausdrücklich verordnet ist, daß die Gebühren wegen des Meisterwerdens von den Landmeistern ganz bezahlt werden sollen.

Resc. f. K. E. v. 25. November 1823.

Wegen der Leineweber ist in Hinsicht auf den §. 20 der Gildordnung durch ein allerhöchstes Resc. vom 10. Aug. 1823 vorgeschrieben, daß nur denjenigen, welche sich zu einer Gilde halten, Concessionen ertheilt werden sollen.

Krägern und Mülkern werden Concessionen dieser Art nicht ertheilt. Chirurgen bedürfen als solche keiner Concession.

Resc. f. K. E. v. 6. December 1823.

Die landesherrl. Verordn. und Ausschreiben vom 28. März 1754, 10. April 1777, 30. Juni 1783 und 6. Mai 1788, so wie die Bekanntmachungen des f. Polizei-Departements zu Braunschweig vom 13. Febr. 1787 und 18. April 1788 enthalten verschiedene Vorschriften, welche hinsichtlich des Handels mit Leinsaamen in den hiesigen Landen den wohlthätigen Zweck haben, die Ackerbautreibenden Einwohner vor dem Ankaufe schlechten oder verdorbenen Leinsaamens sicher zu stellen. Je wichtiger der Flachsbau und die Ausführung der Leinwand für das hiesige Land ist, desto nöthiger ist es, auch künftig auf die Erreichung des obigen Zwecks jeder Zeit Bedacht zu nehmen. Indessen hat die Anwendung einiger von den bestehenden Vorschriften manche Schwierigkeiten, da selbige auf Voraussetzungen beruhen, welche mit den später gemachten Erfahrungen nicht mehr vereinbar sind. So z. B. ist darnach dem neuen Leinsaamen vor dem alten unbedingt der Vorzug gegeben, da doch gerade der ausgelagerte Saamen den schönsten Flachsbau giebt und nie ausarte, so wie denn der Riesländische Saamen nicht allein deshalb besser ist, als der einheimische, weil man sich dort vorzugsweise auf die Saamencultur legt, wogegen man in Deutschland größten Theils den Saamen nicht zu völliger Reife gedeihen läßt, um der Geschmeidigkeit des Flachses keinen Eintrag zu thun, sondern auch, weil man den Saamen dort sechs bis sieben Jahr alt werden läßt, ehe er in den Handel gebracht wird.

Auch treten diese Schwierigkeiten hinsichtlich des Abschnitts 7 der Verordn. vom 28. März 1854 ein, da das Auslaufen des Leinsaamens nicht allein von seiner Güte und von der Ackerbestellung, sondern auch vom Wetter und von andern zufälligen Umständen abhängt, in welcher Beziehung bereits durch das landesherrliche Circul. Resc. vom 6. Mai 1788 eine Modification für nöthig gehalten ist.

Ganz besonders aber ist das in dem Abschnitte 10 der Verordn. vom 28. März 1754 enthaltene gänzliche Verbot des Leinsaamenhandels in den Dörfern nicht überall ausführbar.

Auf die Vorstellung f. K. E. ist dasselbe deshalb mittelst allerhöchsten Resc. vom 25. Nov. 1823 autorisirt, als Abweichung von dieser Verordn. in den von den einländischen Städten zu weit entfernt liegenden Landgegenden auch an Landfrämer, oder andere geeignete Personen Concessionen auf den Leinsaamenhandel zu ertheilen, jedoch unter der Bedingung, daß die Concessionarien sich als zuverlässige Subjecte ausgewiesen haben, die bestehenden Vorschriften gehörig beachten und den Leinsaamen nur von einländischen Kaufleuten einhandeln.

Resc.

Gewerbe und Gilden, Resc. Herzogthum Braunschweig etc. 137

Resc. L. Str. E. v. 4. März 1825.

Da durch ein höchstes Resc. vom 3. Febr. 1825 bestimmt worden ist, daß die Gilde=Zodten=Cassen von der Verpflichtung zu der Entrichtung der gesetzlichen Stempel=Abgabe in ihren Angelegenheiten, gleich den in No. 11. No. 4. der Stempelverordnung vom 29. Oct. 1821 genannte Wohlthätigkeits=Anstalten befreit sein sollen, so wird solches den f. Kr. Ger. hierdurch nachrichtlich bekannt gemacht.

Resc. f. R. E. v. 29. April 1825.

Es wird hiemit unverhalten, daß den Glasern Holzarbeiten überall nicht zugestanden werden kann, und sind die Glasergilden sowohl, als auch die Tischlergilden hiernach zu bescheiden.

Resc. h. R. E. v. 23. April 1827.

Die h. Kr. Aemtk. werden auf die bestehenden Verbote wegen des Hausirens aufmerksam gemacht und aufgefordert, auf die unbefugten Hausirer fleißig achten, selbige im Betretungsfall anhalten zu lassen und wegen ihrer Bestrafung den Befehlen gemäß zu verfahren.

Herzogthum Braunschweig. Regierungs=Angelegenheiten, Hoheits=Sachen.

Proclamation des Herzogs Friedrich Wilhelm Durchl. an die Braunschweiger, worin denselben für ihre Anhänglichkeit gedankt wird und sie aufgefordert werden, sich unter des Herzogs Fahnen zu sammeln. (S. 1.) [No. 1.] (26. Dec. 1813.)

Resc. die Ernennung einer provisorischen Regier. Commission betr. (S. 4.) [No. 1.] (27. Dec. 1813.)

Commission von einem Präsidenten und zwei Beisitzern, an welche die, die allgemeine Landesverwaltung betreffenden, Berichte und Gesuche zu adressiren sind.

W. die Aufhebung der braunschw. Präfectur betr. (S. 8.) [No. 1.] (30. Dec. 1813.)

W. den, der verwitweten Frau Herzogin von Braunschweig beigelegten Titel betr. (S. 203.) [No. 12.] (28. Febr. 1814.)

W. die Auflösung der provisorisch angesetzten Regier. Commission und die Errichtung eines G. R. E. betr. (S. 203.) [No. 12.] (1. März 1814.)

Bekanntmachung f. G. R. E. die vorläufige Uebernahme der vormundschaftlichen Regierung von Sr. königl. Hoheit, dem Prinz=Regenten, betr. (S. 134.) [No. 12.] (7. Juli 1815.)

Patent, die Uebernahme der Vormundschaft für des Herzogs Carl Friedrich August Wilhelm Durchl. (S. 139.) [No. 14.] (18. Juli 1815.)

Patent, den Regierungs=Antritt Sr. Durchl. des Herren Herzogs Carl zu Braunschweig=Lüneburg, betr. (S. 35.) [No. 7.] (6. Juni 1823.)

138 Herzogthum Braunschweig 2c. Hypothekenwesen.

Patent, die Beendigung der vormundschaftlichen Regierung betrff. (S. 193.) [No. 22.] (16. Oct. 1823.)

Serenissimi Patent, Höchster Regierung=Antritt betrff. (S. 197.) [No. 23.] (30. Oct. 1823.)

Bekanntmachung das den sämtlichen Landes=Collegien und Behörden beizulegende Prädikat: „Herzoglich“ betrff. (S. 100.) [No. 20.] (21. Aug. 1826.)

Serenissimi Patent, die Rechtsverbindlichkeit der für die im hiesigen Lande bestandenen vormundschaftlichen Regierung erlassenen Verordn. und gemachten Institutionen betrff. (S. 15.) [No. 5.] (10. Mai 1827.)

B., die dem bisherigen G. R. C. beigelegten Benennung eines Staats=Ministerii betrff. (S. 23.) [No. 7.] (31. Mai 1827.)

Hypothekenwesen.

B. die Einführung einer provisorischen Justiz= und Polizei=Verfassung betrff. S. 11. (S. 33.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

Verfügung f. Regier. Commission das Verfahren der Gerichte betrff. S. 55. (S. 170.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

B. die Anmeldung der Hypotheken betrff. (S. 294.) [No. 23.] (23. Mai 1814.)

B. die Verlängerung der zur Anmeldung der Hypotheken bestimmten Zeitfrist betrff. — Bis zum 1. Jan. 1815. (S. 325.) [No. 27.] (22. Aug. 1814.)

B. die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betrff. — auf $\frac{1}{2}$ Jahr. (S. 327.) [No. 28.] (19. Dec. 1814.)

Fürstl. G. R. C. Verfügung, die nochmals verlängerte Frist zur Anmeldung der hypothekarischen Rechte betrff. — bis zu Ablauf des Jahres 1815. (S. 129.) [No. 11.] (29. Juni 1815.)

B. die fernerweite Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betrff. — bis zum 30. Juni 1816. (S. 189.) [No. 20.] (28. Dec. 1815.)

B. die nochmalige Verlängerung der Frist zu Anmeldung der Hypotheken betrff. — bis zum 31. Dec. 1816. (S. 61.) [No. 7.] (7. Juni 1816.)

B. die abermalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betrff. — bis zum 31. Dec. 1817. (S. 135.) [No. 16.] (30. Dec. 1816.)

B. die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betrff. — bis zum 31. Dec. 1818. (S. 65.) [No. 15.] (15. Dec. 1817.)

Hypothekenwesen.

139

- W. wegen nochmaliger Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken — bis zum 31. Dec. 1819. (S. 89.) [No. 14.] (1. Dec. 1818.)
- W. die abermalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betr. — bis zum 31. Dec. 1820. (S. 93.) [No. 12.] (15. Dec. 1819.)
- W. wegen nochmaliger Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken — bis zum 31. Dec. 1821. (S. 77.) [No. 13.] (13. Dec. 1820.)
- W. die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betr. — bis zum 31. Dec. 1822. (S. 291.) [No. 16.] (12. Dec. 1821.)
- W. die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betr. — bis zum 31. Dec. 1823. (S. 43.) [No. 14.] (27. Dec. 1822.)
- W. die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr. (S. 100.) [No. 12.] (26. März 1823.)

(Landt. Abfch. vom 11. Juli 1823. Art. 39.)

- §. 1. Die Bestimmungen der W. vom 15. Jan. 1814 §. 11 und 3. Febr. 1814 §. 55 bleiben im Allgemeinen bestehen; es bleiben jedoch folgende gesetzliche Hypotheken von der vorgeschriebenen Eintragung ausgenommen:
- 1) der Fiskus in Ansehung der rückständigen Steuern und sonstigen Forderungen; (S. 101.) [No. 12.] (26. März 1823.)
 - 2) das Pfand-Recht der städtischen und übrigen Gemeinden wegen der städtischen Gemeinde-Anlagen; (S. 101.) [No. 12.] (26. März 1823.)
 - 3) die Hypothek der Brandversicherungs-Anstalt; (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
 - 4) die Rechte der Meier- und Erbzins-Herren so wie der übrigen Grundzins-Berechtigten wegen des Zinses; (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
 - 5) die Hypothek des Staats, der Gemeinde, Kirchen und öffentl. fremden Stiftungen und öffentl. Anstalten in den Gütern der Administratoren, wenn letztere von einer öffentl. Behörde angestellt sind; (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
 - 6) die Hypothek der Ehefrau an dem Vermögen ihres Mannes wegen des Eingebrauchten oder des Paraphernalguts; (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
 - 7) die den Kindern wegen des Mutterguts u. (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
 - 8) das Pfand-Recht der Minderjährigen u. an dem Vermögen der Vormünder und Curatoren; des Stiefvaters, wenn die Mutter Vormünderin war und ohne Rechnung abzulegen sich wieder verheirathet. (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
- §. 2. Rang der andern Hypotheken unter einander nach der Zeit der Eintragung auf die Grundstücke — Nachsiehn der nicht eingetragenen Hypotheken. (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
- §. 3. Verfolgung der Hypotheken gegen dritte Besitzer — Bekanntmachung der Verlassung der Immobilien. (S. 102.) [No. 12.] (26. März 1823.)
- §. 4. Rang der seit der Verordnung vom 15. Jan. 1814 entstandenen gesetzlichen Hypotheken. (S. 103.) [No. 12.] (26. März 1823.)

§. 5. Gültigkeit der Hypotheken, welche seit der W. vom 3. Febr. 1814 entstanden und nicht eingetragen worden. (S. 103.) [No. 12.] (26. März 1823.)

Declaration des 3ten § der W. vom 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr. (S. 257.) [No. 22.] (8. Dec. 1825.)

Es genügt die bloße, mit den nöthigen Erfordernissen versehene Anzeige der Veräußerung eines Grundstücks bei dem competenten Gerichte und die öffentliche Bekanntmachung, um die Erlöschung der stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken zu bewirken. — Die Verlassung vor dem Richter braucht nur an den Orten hinzuzukommen, wo selbige bei Veräußerungen von Immobilien noch gebräuchlich ist. (S. 257.) [No. 22.] (8. Dec. 1825.)

Circul. Resc. an sämtliche Distr. Ger. und Kr. Aemt., die Ausfertigung der Hypothekenscheine betr. (S. 1.) [No. 1.] (14. Dec. 1825.)

Vor Ausfertigung der mitgetheilten Formulare zu den, im Gefolge W. vom 26. März 1823 §. 4 und 6, auszustellenden Hypothekenscheinen muß der Contract sowohl in formeller, als materieller Hinsicht zur Vollkommenheit geziehen sein. (S. 1.) [No. 1.] (14. Dec. 1825.)

Der Rang der Hypotheken hängt von der Zeit der Eintragung ab, auch ohne Weibingung der Hypothekenscheine.

Confirmation der Hypotheken, wenn gleich eine Eintragung in das Hypothekenbuch nicht beabsichtigt wird. (S. 1.) [No. 1.] (14. Dec. 1825.)

Verfahren wegen Cession der Hypothek oder deren Löschung. (S. 3.) [No. 1.] (14. Dec. 1825.)

Competenz der Kr. Aemt. bei Bestellung und Confirmation — Prüfung der vorgelegten Documente — vor Berichtigung des Erforderlichen kein Hypothekenschein — wechselseitige Aushilfe der concurrirenden Gerichte. (S. 3.) [No. 1.] (14. Dec. 1825.)

R e s c r i p t.

Resc. f. R. E. v. 1. Juni 1814.

Bei jeder Eintragung einer Hypothek soll zugleich eine Protestation oder Reservation der Prälationsgerechtsamen des Fisci wegen rückständiger Steuern, Kriegslasten und anderer öffentlichen Lasten ein für allemal und bis dahin vermerkt werden, daß nach gehöriger Prüfung dieser Vermerk mit f. R. E. Einstimmung oder nach rechtllichem Erkenntniß, wieder gelöscht wird.

Justiz = Verfassung.

Verfüg. der Regier. Commission die Eingangs- und Schluß-Formel der richterl. Erkenntnisse betr. (S. 9.) [No. 1.] (31. Dec. 1813.)

W. die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr. (S. 33.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 37.)

- §. 1. Eintheilung im Gerichts = Kreise. (S. 34.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Landes = Gericht. (S. 34.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Appellations = Commission. (S. 34.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 2. Befugnisse und Oblegheiten der Kr. Ger. (S. 34.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- 1) Appellationssumme — Rechtsmittel — Succumbenzgelder. (S. 34.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 2) Ehe und Verlöbniß = Sachen. (S. 35.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 3) Polizei = Vergehen — Bestrafung — 14 Tage Gefängniß 10 Rthlr. Geldstrafe. (S. 35.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 4) Verbrechen und Vergehen — Untersuchung. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 5) Vormundschaften. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 6) Deposita. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 7) Freiwillige Gerichtsbarkeit. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 8) Hypothekenbücher. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
 - 9) Eingehender Contribution und Grundsteuer. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 3. Landes = Gericht. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Rechtsmittel — Appellationssumme. (S. 36.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Untersuchungssachen — Ueber 14 Tage Gefängniß oder über 10 Rthlr. Geldbuße. (S. 37.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Appellation, wenn über 3 Monat Gefängniß oder 50 Rthlr. Geldbuße erkannt ist. (S. 37.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Wenn zwei Jahre Gefängniß oder infamirende oder Lebensstrafe erkannt ist, so ist das Urtheil zu Seren. Genehmigung einzusenden. (S. 37.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Aufsicht über die Kr. Ger. — Vormundschaftsweisen. (S. 37.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 4. Appellations = Commission. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Grenz = und Lehn = Sachen. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Vorsitz des Präsidenten im Consistorio. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Beimwohnung der Sitzungen eines Mitgliedes der Regierungs = Commission. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 5. Actenverschickung. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Fristen. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 6. Aufhebung des privilegierten Gerichtsstandes. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 7. Sitz der Gerichte. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 8. Aufhören des französischen Gesetzbuches und der westphälischen Gesetzgebung. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 9. Beurtheilung der zu entscheidenden Gegenstände nach denjenigen Rechten, welche zur Zeit des Geschäfts, Gesetzeskraft halten. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

- §. 10. Sporteltaxen. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 11. Eintragung der Hypotheken und deren Rangordnung. (S. 38.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 12. Notarien und Notariatsordnung — Auslieferung der Dokumente. (S. 41.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 13. Auslieferung der Friedensgerichts=Acten. (S. 41.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- §. 14. Oberhauptleute, Ernennung derselben. (S. 41.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- Bekanntmachung f. Regier. Commission den Sitz und den Umfang der Kr. Ger. betr. (S. 53.) [No. 4.] (22. Jan. 1814.)
- Verfüg. f. Regier. Commission, das Verfahren der Gerichte betr. (S. 69.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 1. Im Allgemeinen liegt der gemeine Prozeß zum Grunde. (S. 69.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- I. Mündliches Verfahren vor den Kr. Ger. in Sachen unter 100 Rthlr.
- §. 2. Die Verhörtermine nicht über 4 Wochen hinauszurücken. (S. 70.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Das Erkenntniß darauf sogleich oder binnen 8 Tage abzugeben. (S. 70.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Vergleich=Versuch im Verhörtermine.
- Beweisverfahren, Verhandlung über die Erheblichkeit der Beweismittel. (S. 70.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Ablösung der Zeugen in Gegenwart der Partheien oder deren Bevollmächtigten. (S. 70.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Rechtsmittel der Supplication. (S. 70.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Rechtsmittel der Appellation findet nicht Statt, sondern nur die Wichtigkeitsbeschwerde binnen 10 Tagen bei Strafe des Verlustes beim L. Ger. und Einsendung der Acten. (S. 71.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- II. Verfahren vor dem Kr. Ger. in Sachen über 100 Rthlr.
- §. 3. Zulassung eines schriftlichen Verfahrens. (S. 72.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Verfahren bis zur Duplik. (S. 72.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Fristen 4 Wochen. (S. 72.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Gütlicher Vergleich, Entwerfung und Publicirung des Urtheils. (S. 72.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Rechtsmittel der Supplication oder Appellation binnen 10 Tagen bei Strafe des Verlustes. (S. 73.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- (Berufung in Verwaltungs=Sachen s. B. v. 19. Febr. 1814. §. 15. S. 178.)
- Einlegungsfrist. (S. 74.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Rechtfertigungsfrist. (S. 74.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Verfahren, Vergleichversuch und Erkenntniß. (S. 74.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Gegen Erkenntnisse in Injurien=Sachen, findet keine Appellation Statt. (S. 74.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Verfahren, wenn eine Parthei die Supplication, die andere die Appellation eingelegt hat. (S. 74.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Beweisverfahren, Erkenntniß darauf. (S. 75.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 4. Untersuchung der gewöhnlichen Injurien=Sachen und Klage=Sachen bis zu 10 Rthlr. von einem Kreisbeamten allein, so wie auch die Leitung des Prozesses. (S. 75.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Das Erkenntniß in allen Sachen über 10 Rthlr. Werth von dem versammelten Kreisgerichte. (S. 75.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Bei Nichtvereinigung sind die Acten an einem der ältesten Beamten des nächsten Kr. Ger. zum Spruche zu senden. (S. 75.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die Beschwerbeschrist ist von demjenigen Beamten zu prüfen, der den Vortrag bei dem ersten Erkenntniß nicht gehabt hat. (S. 75.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 5. Was von den Kr. Ger. verordnet worden, gilt auch von den St. Ger. in Braunschweig und Wolfenbüttel. (S. 77.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

III. Verfahren beim L. Ger.

§. 6. Das Verfahren ist in der Regel schriftlich, jedoch geht über die Duplik hinaus kein Schriftwechsel. (S. 77.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die Schriften müssen von Procuratoren unterschrieben sein und Niemand darf in den Verhörterminen ohne Procurator auftreten. (S. 77.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die Rechtfertigung der Appellation kann, wenn die Beschwerde ungegründet befunden wird, sogleich abgeschlagen werden; aber ein abänderndes Erkenntniß kann nicht eher erfolgen, als bis jeder der streitenden Theile genügend gehört werden. (S. 77.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Es bleibt dem L. Ger. überlassen, da wo die Sache sich dazu eignet, einen Verhörtermin anzusetzen, worin schriftliche Sätze einzureichen, oder sich vorzubehalten, auf keine Weise nachzulassen ist. (S. 77.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Es ist dem Ger. überlassen, auch wenn die Partheien es nicht besonders verlangen, einen Termin zum gütlichen Vergleich anzusetzen, auf welchen jedermann, im Entstehungsfall, der Termin zur Eröffnung des Erkenntnisses folgt. (S. 77.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die Leitung der Termine hat ein Mitglied des L. Ger. zu übernehmen. (S. 77.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Nach geschlossenem Verfahren ist ein vierwöchentlicher Termin zum Vortrage der Sache anzusetzen und acht Tage nach demselben geschieht die Publication des Erkenntnisses. (S. 78.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Sämmtliche Vorträge zum Erkenntniße sollen schriftlich abgefaßt und dabei die

Darstellung der Sache von der Meinung des Vortragenden getrennt werden. (S. 78.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die erste muß vom Referenten binnen 14 Tagen nach dem Schlusse der Sache angefertigt und spätestens binnen 3 Tagen nachher in Abschrift beiderseitigen Anwälden mitgetheilt werden. Diese haben, was darin Erhebliches übergangen u. spätestens 3 Tage vor dem Vortragstermine dem Präsidenten bemerklich zu machen. (S. 78.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Das L. Ger. ist zum Beschlusse über ein Erkenntniß hinreichend versammelt, wenn außer dem Präsidenten oder dem, der an seine Stelle den Vorsitz führt, noch wenigstens drei Stimme habende Mitglieder zugegen sind. (S. 79.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Welche Mitglieder beim Beschlusse gegenwärtig gewesen, ist am Schlusse des Erkenntnisses jederzeit zu bemerken. (S. 79.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Bei gleich getheilten Stimmen entscheidet die des Präsidenten. (S. 79.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Publication der Erkenntnisse. (S. 79.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Rechtsmittel der Supplication und Appellation binnen 10 Tagen von Zeit der Publication und im Fall des Ungehorsams, vom Tage der geschehenen Insinuation. (S. 79.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Zeitraum der Fristen von 4 Wochen. (S. 79.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

S. 7. Verfahren in Ehe- und Verlöbniß-Sachen. (S. 80.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

IV. Verfahren bei der Appellations-Commission.

S. 8. Ist wie das, für's L. Ger. vorgeschriebene. (S. 81.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Termin zum Versuch der Güte hat nicht Statt. (S. 81.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Zum Beschlusse über ein Erkenntniß, sind zwei Mitglieder außer dem Präsidenten, oder dem, der an dessen Stelle den Vorsitz führt, erforderlich. Die Stimme des Präsidenten ist bei gleichen Stimmen entscheidend. (S. 81.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Sollte die erforderliche Anzahl der Mitglieder sich nicht versammeln können, so soll durch das Loos ein Mitglied des L. Ger. bestimmt werden. (S. 81.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

S. 9. Bestimmung der Appellations-Summe. (S. 81.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

S. 10. Verfügung wegen der Succumbenz-Gelder. (S. 82.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

S. 11. Erstattung der Prozeßkosten. (S. 82.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

S. 12. Vollstreckung der Erkenntnisse der Appell. Commission und des L. Ger. durch die Kr. Ger. (S. 83.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

S. 13. Wiedereinfegung in den vorigen Stand. (S. 83.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Ohne Vollmacht keine Klage und keine Vertheidigungs-Verhandlung weder schriftlich noch zu Protokoll anzunehmen. (S. 83.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

S. 14.

§. 14. Das Kauf = und Handels = Gericht in Braunschweig bleibt mit dessen Prozeß = gange bestehen. (S. 84.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 15. Die Actenverschickung ist bei keinem Gerichte zulässig. (S. 84.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 16. Verfügung wegen der Advokaten. (S. 85.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 17. Desgl. wegen der Procuratoren. (S. 85.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 18. Außerordentliche Prozeßarten, Wechsel = und Executiv = Prozeß. (S. 85.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

V. Verfügungen wegen der rechtsfähigen Prozesse.

§. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26 und 27. Vollstreckung der Erkenntnisse — Subhastation — Erbtheilungen — Concurse.

VI. Untersuchungs = Sachen über Vergehungen und Verbrechen.

§. 28. Verfahren. (S. 95.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 29. Summarische Behandlung der geringfügigen Sachen — Rechtsmittel. (S. 95.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Sind die Kr. Amt. (Gerichte) aus mehreren Cantons zusammengesetzt, und es sind dabei mehr Kreisbeamte angestellt, so soll der Untersuchungstermin wöchentlich einmal an dem Orte des Kr. Ger. und einmal an dem vorzüglichsten Orte eines andern Cantons gehalten werden. (S. 95.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 30. Anbringen der Untersuchungs = Sachen an diesem Gerichtstage und provisorische Verfügung in dringenden Fällen. (S. 96.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die Untersuchungen werden mit Vermeidung aller Weitläufigkeiten nach den Regeln des Untersuchungs = Processes geführt und bis zum Spruche instruiert. (S. 96.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Ueber Polizeivergehen, d. h., welche mit 14 Tagen Gefängniß und 10 Rthlr. an Gelde geahndet werden, gibt auf summarisches Verfahren das Kreisamt (Gericht) das Erkenntniß auf eben die Weise ab, wie solches in Ansehung der Civilsachen vorgeschrieben ist. (S. 96.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Appellation hat dagegen nicht Statt, sondern eine Nichtigkeitsbeschwerde oder Vorstellung vor dem Kreisamte. (S. 96.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

§. 31. Die Nichtigkeitsbeschwerde ist binnen 24 Stunden nach Publikation des Erkenntnisses, bei Verlust derselben, vor dem Amte, schriftlich oder mündlich anzumelden und binnen 4 Wochen beim k. Ger. zu rechtfertigen. (S. 97.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Einsendung der Acten wie in Civilsachen. (S. 97.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Das k. Ger. hat sogleich zu erkennen oder den Mangel in der Untersuchung ergänzen zu lassen. (S. 97.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die Vorstellung ist bei Strafe des Verlustes binnen 24 Stunden anzumelden und binnen 3 Tagen zu rechtfertigen. (S. 97.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 32. Vergehen, die eine härtere Strafe nach sich ziehen untersuchen die Kr. Aemt. und treffen die provisorischen Verfügungen; senden die Acten zur Entscheidung an das L. Ger. (S. 97.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Statt des artikulirten Verhörs ist bei schwereren Verbrechen eine summarische und übersichtliche Wiederholung aller in den Acten gegen und für den Angeeschuldigten vorkommenden Thatumstände von dem Aemte binnen 4 Wochen, nach geschlossener Untersuchung, anzufertigen und dem Angeeschuldigten deutlich vorzulesen und in einem Protokolle das aufzunehmen, was der Angeeschuldigte darüber zu bemerken oder noch anzuführen findet. (S. 98.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Am Schlusse desselben zu befragen, ob er eine schriftliche Vertheidigung verlange und ihm dann eine Frist von 4 Wochen zur Vertheidigung zu gestatten. Ist die Vertheidigung in dieser Frist nicht eingegangen, so ist dieses in den Acten zu bemerken und sind solche an das L. Ger. ohne Verzug einzusenden. (S. 98.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Findet eine zweijährige Gefängnißstrafe oder darüber Statt, so muß auch selbst, wenn der Angeeschuldigte es nicht verlangt, von amtswegen ein Vertheidiger bestellt werden, welcher dieses ohne zulängliche Gründe nicht ablehnen darf. (S. 98.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Der Vertheidiger muß bei 5 Rthlr. Strafe die Vertheidigung binnen 4 Wochen einbringen, welche Strafe, wenn die Frist nicht inne gehalten wird, nicht nur neben den dadurch vergrößerten Akzessions-Kosten, sofort beizutreiben, sondern auch für die nächsten 4 Wochen zu verdoppeln ist. Eine Erlassung oder Rückgabe kann nur vom L. Ger. in dem Erkenntnisse über die Hauptsache, mit verfügt werden. (S. 98. 99.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Schickt das Kr. Ger. nach geschlossener Untersuchung und eingegangener Vertheidigung oder nach Ablauf der gestatteten Frist, die Acten nicht binnen 8 Tagen an das L. Ger., so verwirkt es 5 Rthlr. (S. 99.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 33. Gegen provisorische Verfügungen der Kr. Aemt. findet kein Rechtsmittel Statt. Nur allein gegen verhängte gefängliche Einziehung eine Vorstellung beim L. Ger. ohne aufschiebende Wirkung, worauf ohne allen Aufschub das nöthige zu verfügen ist. (S. 99.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 34. Die eingehenden Untersuchungs-Acten sind vom Präsidenten sofort zum Vortrage und dergestalt zu vertheilen, daß solcher jedesmal binnen 4 Wochen erfolgen könne, wenn die Sachen nicht von der Art sind, daß sie einer schleunigen Entscheidung bedürfen. (S. 99.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Ist die Untersuchung mangelhaft, so erfolgt Refc. zur weitem Instruction.

Die Erkenntnisse sollen eine kurze Erzählung der Thatfachen und die Rechtsgründe enthalten. Sie werden nach erfolgter landesherrl. Genehmigung in den Fällen, wo solche vorschriftsmäßig erforderlich ist, sammt den Acten ohne Anstand

den betreffenden Kr. Ger. zugesandt und von diesen an einem Tage, wo das Publicum Zutritt hat, publicirt. (S. 99.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Zu der Untersuchung selbst wird das Publicum nicht zugelassen. (S. 99.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Die Execution rechtskräftiger Erkenntnisse liegt den Kr. Ger. ob. (S. 99.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 35. In den Fällen, wo keine Appellation zulässig ist, bleibt es den Verurtheilten unbenommen, mittelst einer Vorstellung ihre Sache nochmals zur Prüfung des L. Ger. zu vorstellen. Einlegung binnen 24. Stunden bei Verlust des Rechtsmittels und die Vorstellung bei gleicher Strafe, binnen 14 Tagen einzureichen. (S. 100.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Einsendung der Acten mit Bericht binnen 3 Tagen bei 5 Rthlr. Strafe. (S. 100.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

In Ansehung der gleichfalls Statt findenden Nichtigkeitsbeschwerde findet das Verfahren §. 31 Statt, die Einsendung der Acten geschieht an die Appellations-Commission. (S. 100.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

Succumbenzstrafe bei Nichtigkeitsbeschwerden wird in Untersuchungssachen nicht erkannt. (S. 100.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 36. Wenn auf eine härtere Strafe als 3 Monate Gefängniß oder 50 Rthlr. Geldbuße erkannt worden, mithin eine Appellation zulässig ist; so fällt die Nichtigkeitsbeschwerde hinweg, dagegen kann eine Vorstellung geschehen, welche aber den Verlust der Appellation bewirkt. Das Verfahren ist das §. 31 und 35 vorgeschriebene. (S. 101.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 37. Die zuständigen Rechtswohlthaten so wie die Fristen sind dem Verurtheilten vom Gerichte bei Vermeidung angemessener Strafe zu erklären. (S. 101.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 38. Das, was über die Untersuchungssachen gesagt worden, ist auch auf die St. Ger. anwendlich. (S. 101.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 39. Alle Protokolle, sowol in Civil- als Untersuchungssachen, sind vorzulesen, das was die interessirten Theile dabei bemerken nachträglich hinzuzufügen und von ihnen zu unterschreiben, im Fall sie des Schreibens unerfahren, mit 3 Kreuzen zu unterzeichnen und, daß dieses ihr Handzeichen sei, von dem Protokollführer dabei zu bemerken, im Weigerungsfalle ist dieser mit den Weigerungsgründen zu bemerken. (S. 102.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

VII. Verfahren wegen der rechtshängigen Untersuchungssachen.

- §. 40. Die Einsendung der friedsrichterlichen Untersuchungsacten betr. (S. 102.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 41. Das Verfahren wegen der noch unerledigten Rechtsmittel betr. (S. 102.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 42. Die Aufbewahrung der abgethanen Untersuchungs-Acten betr. (S. 103.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- VIII. Die freiwillige Gerichtsbarkeit betr.
- §. 43. Die Kr. Ger. sollen sich dieserhalb sowol auch den bestehenden Rechten, als besonders nach den landesherrlichen Verordn. richten. (S. 104.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- IX. Verfügungen wegen der Notariats-Register, Testamente und Depositen.
- §. 44. a) wegen deren Ablieferung an die Kr. Ger.;
b) wegen den Abschriften und Nachrichten daraus; (S. 104.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 45. c) insbesondere wegen der Testamente; (S. 105.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 46. d) wegen der Depositen; (S. 105.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 47. e) wegen der Gültigkeit der Testamente. (S. 105.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- X. Vormundschaften und Curatelen.
- §. 48. Wahl der Vormünder. (S. 106.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 49. Ablegung der Vormundschafts-Rechnungen. (S. 107.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 50. Verfügung wegen Veräußerung der Güter der Minderjährigen. (S. 108.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 51. Verwaltung vacanter Erbschaften oder des Vermögens Abwesender. (S. 108.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 52. Unterjagung der Vermögensverwaltung der Verschwender oder Geisteschwachen — Rechtsmittel der Vorstellung deshalb. (S. 109.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- XI. Hypotheken = Bücher.
- §. 53. Solche führen die Kr. und St. Ger.
Sie werden auf den Namen des belasteten Grundstücks eingetragen — Rubriken des Hypotheken-Buchs. (S. 109.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 54. Die Eintragung der bereits vor den 1. März 1814 eingetragenen Hypotheken soll unentgeltlich geschehen und sollen nur die Schreibgebühren bezahlt werden. (S. 110.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 55. Der Rang der Hypotheken wird nach dem Tage der Eintragung bestimmt. (S. 110.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- XII. Verhältnisse der Gerichte gegen einander.
- §. 56. 57. Die specielle Aufsicht über das L. Ger. hat die Regierungs-Commission. (S. 111.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 58. Aufsicht des L. Ger. über die Kr. und St. Ger. — Prozeßlisten. (S. 111.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 59. Verzeichniß aller anhängigen Untersuchungs-Sachen. (S. 111.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 60. Verzeichniß der Vormundschaften. (S. 113.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)

- §. 61. Das f. L. Ger. hat diese Verzeichnisse zu prüfen. (S. 114.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 62. Verzeichniß des L. Ger. über die Untersuchungs=Sachen. (S. 114.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- Verzeichniß der Appellat. Commission und des L. Ger. über die, bei ihnen schwebenden Civil=Prozesse. (S. 114.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 63. Die Verzeichnisse müssen bis zum 15. des nächsten Monats beim L. Ger. eintreffen; die Verzeichnisse des L. Ger. und der Appellat. Commission aber bis zum 25. des nächsten Monats. (S. 115.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- §. 64. Vormundschafts=Verzeichniß von dem L. Ger. an die Regier. Commission mit dem Schlusse jeden Jahres einzusenden und aber, wo es erforderlich, mit gutachtlichen Bemerkungen zu begleiten. (S. 115.) [No. 7.] (3. Febr. 1814.)
- W. die in frühern bürgerlichen Processen nachgelassenen Rechtsmittel betrff. (S. 285.) [No. 22.] (16. Mai 1814.)
- W. die Zulassung des Rechtsmittels der Supplication bei f. Appellations=Commission in Civil= und Ehe=Sachen betrff. (S. 49.) [No. 5.] (14. März 1816.)
- §. 1. Es findet die Supplication Statt, wenn von einem Kr. oder St. Ger. und dem L. Ger. zwei gleichförmige Erkenntnisse abgegeben sind und es wird in dritter Instanz von der Appellat. Commission reformirt. (S. 49.) [No. 5.] (14. März 1816.)
- §. 2. Nicht aber, wenn die Entscheidung des L. Ger. bestätigt worden; desgleichen, wenn zwar das erste Erkenntniß des L. Ger. abgeändert, das des Kr. oder St. Ger. aber wieder hergestellt worden. (S. 50.) [No. 5.] (14. März 1816.)
- §. 3. Zulässigkeit dieses Rechtsmittels in Ehe=Sachen, wodurch eine Entscheidung des L. Ger. abgeändert worden. (S. 50.) [No. 5.] (14. März 1816.)
- §. 4. Gegen Erkenntnisse der Appellat. Commission in der Supplications=Instanz hat kein weiteres Rechtsmittel Statt. (S. 51.) [No. 5.] (14. März 1816.)
- W. wegen eines mit den f. Häusern Waldeck und Pyrmont, Lippe und Schaumburg=Lippe zu errichtenden gemeinschaftl. Ober=Appellations=Gerichts. (S. 101.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)
- §. 1. Mit dem 2. Januar 1817 tritt das Ob. Appell. Ger. in Wirksamkeit. (S. 102.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)
- §. 2. Titel des Ob. Appell. Ger. (S. 103.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)
- §. 3. Annahme der Appellationen nach den Gesetzen und Herkommen eines jeden Landes. (S. 103.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)
- §. 4. Beschwerden über verweigerte und verzögerte Justiz. (S. 103.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)
- §. 5. Die Verordnungen für die Appell. Commission sind für das Ob. Appell. Ger. gültig. (S. 103.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)

Beurtheilt die Rechts = Sachen nach den Gesetzen und Ordnungen, Gebräuchen und Gewohnheiten des Landes, woher die Berufungen kommen. (S. 104.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)

- §. 6. Verfügung wegen der anhängigen Prozesse. (S. 104.) [No. 5.] (13. Dec. 1816.)
 §. 7. Vollstreckung der Erkenntnisse. (S. 104.) [No. 5.] (13. Dec. 1816.)

B. die Vollziehung der Erkenntnisse in Straf = Sachen und die nähere Bestimmung des Verfahrens bei den Rechtsmitteln gegen Straf = erkenntnisse des f. L. Ger. betr. (S. 49.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)

- §. 1. Publication ohne Aufschub, wobei die nachgelassenen Rechtsmittel zu erklären. (S. 37 der Verordn. v. 3. Febr. 1814) wenn nicht besondere Gründe einen Aufschub nöthig machen. (S. 49.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)
 §. 2. Vollziehung sogleich, wenn kein Rechtsmittel zulässig oder der Verurtheilte ein solches nicht sofort ergreifen, oder aber die Strafe vorläufig antreten zu wollen, sich erklärt. Bis zur wirklichen Vollstreckung kann der Verurtheilte von dem ihm zustehenden Rechtsmitteln, des Stillschweigens u. ungeachtet, noch Gebrauch machen. (S. 50.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)
 §. 3. Verfahren in Ansehung der Rechtfertigung der bei eingelegtem Rechtsmittel gegen Erkenntnisse des f. L. Ger. (S. 50.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)
 §. 4. Namhaftmachung des Vertheidigers oder Bezugnahme auf die Acten und Einsendung derselben binnen 3 Tagen. (S. 50.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)
 §. 5. Frist zur Einbringung der Vertheidigungsschrift. (S. 51.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)
 §. 6. Bestrafung der säumigen Vertheidiger. (S. 51.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)
 §. 7. Vollziehung der Strafe nach erledigten Rechtsmitteln. (S. 51.) [No. 11.] (29. Sept. 1817.)

B. über die Anwendung der westphälischen Gesetze auf bürgerliche Rechtsverhältnisse. (S. 1.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)

- §. 1. Zeitraum, in welchem die fremden bürgerlichen Rechte im Herzogthume Gesetzeskraft erhalten haben. (S. 2.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
 §. 2. Ueber den Zeitraum kann sich deren Wirkung außer dem Falle der freien Einwilligung nicht erstrecken. (S. 2.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
 §. 3. Aufhören deren Wirksamkeit der ins Gebiet des bürgerlichen Rechtes gehörigen Fälle ohne hinzugekommene freie Einwilligung u. (S. 2.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
 §. 4. Rechtsverhältnisse und Verträge, welche nach den fremden Gesetzen zu beurtheilen sind. (S. 2.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
 §. 5. Was als freie Einwilligung zu betrachten. (S. 3.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
 §. 6. Wer als gültiger Contrahent zu betrachten. (S. 3.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
 §. 7. Sowohl überhaupt, (S. 3.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)

- §. 8. als hinsichtlich des, öffentlichen Corporationen, gehörigen Eigenthums. (S. 3.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 9. Gültigkeit der Verträge und sonstiger Verfügungen unter den Partheien, welche sie geschlossen haben. (S. 4.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 10. Erlangung der Gültigkeit, wenn die Zustimmung aus freier Entschließung ertheilt und (S. 4.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 11. Aufkündigung der Verträge und Verfügungen, welche als zu Recht beständig nicht zu betrachten — Frist von zwei Jahren. (S. 4.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 12. Entschädigung. (S. 5.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 13. An wen der, von welchem das Object zurückgenommen wird, sich zu halten hat, in Fällen, wo der zur Zurücknahme Berechtigten nicht die Handlungen des Veräußernden zu vertreten, verpflichtet ist. (S. 5.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- Wie es zu halten, wenn Staatsverwaltungsbehörden im Falle der Zurücknahme von Gegenständen, welche auf eine gültige Weise veräußert worden, sich befinden und der Käufer Schuldverschreibungen überliefert hat, welche ursprünglich zur öffentlichen Schuld gehörten und amortisirt sind. (S. 5.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 14. Bestimmungen wegen allodificirter oder veräußerter Lehne oder deren Partizengenien. (S. 6.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 15. Anwendbarkeit auf Fideicommiss. (S. 10.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- §. 16. Nähere Bestimmung der Grundsätze, welche hinsichtlich der, durch die fremden Gesetze aufgehobenen und wieder in Wirksamkeit tretenden, oder aber der auf den Grund der fremden Gesetze abgelöseten und jetzt wieder in den vorigen Zustand zu setzenden Rechte und Verpflichtungen, insonderheit der abgelöseten Zehnten, Dienste, Geldzinsen u. zu beobachten. (S. 10.) [No. 1.] (2. Jan. 1818.)
- B. die Mortificirung der auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen und das dabei zu beobachtende gerichtliche Verfahren betr.** (S. 14.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 1. Verwendung an das competente Gericht. (S. 14.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 2. Bestimmung, welches das competente Gericht sei. (S. 15.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 3. Erfordernisse zur Begründung des Antrags. (S. 15.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 4. Was das Gericht zu prüfen und zu ermäßen hat. (S. 15.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 5. Arrestgesuch — Benachrichtigung des Schuldners. (S. 15.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 6. Öffentliche Vorladung — Präjudiz der Präclusion und Mortificirung — Frist von 2 Jahren — Bekanntmachung. (S. 16.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 7. Aussprechung der Präclusion und Mortificirung — Eintreten der Rechtskraft — Bekanntmachung des Erkenntnisses. (S. 17.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)
- §. 8. Die Wirkung des Verfahrens und des Erkenntnisses erstreckt sich bloß auf den Schuldner (S. 17.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)

auf das etwanige Recht des dritten Besitzers nicht — Die Wirkung ist im Erkenntnisse auszudrücken. (S. 17.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)

§. 9. Die Kosten trägt der Gläubiger. (S. 18.) [No. 1.] (6. Jan. 1818.)

Declaration des §. 2 der Verordn. vom 3. Febr. 1814 das Verfahren der Ger. betr. (S. 57.) [No. 7.] (13. Juli 1820.)

Daß solcher nur auf den Supplicanten zu beziehen sei, dem Supplicanten aber unbenommen bleibe, gegen das abändernde Erkenntniß anoch die Supplication, oder wenn die Appellations = Summe vorhanden, die Appellation einzuwenden — Bei dem Erkenntniß auf das Rechtsmittel des Supplicanten, hat es sein unabänderliches Verwenden. (S. 57.) [No. 7.] (13. Juli 1820.)

W. die den armen Partheien in ihren Prozeß = Sachen bewilligte Befreiung vom Brief = Porto und von andern Gebühren betr. (S. 7.) [No. 3.] (30. Jan. 1823.)

Vorschriften zur Erlangung der Portofreiheit — Bestrafung des Mißbrauchs. (S. 8.) [No. 3.] (30. Jan. 1823.)

Vorschriften wegen Befreiung von den Gerichtsporteln, Siegelgebühren u. — Einschreibung der Sporteln. (S. 8.) [No. 3.] (30. Jan. 1823.)

W. die Einrichtung des Justiz = Wesens betr. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

§. 1. Eintheilung des Herzogthums in 6 Gerichts = Districte. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

§. 2. Befugnisse und Obliegenheiten der Distr. Ger. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

1) Verwaltung der Rechtspflege in allen bürgerlichen Streitsachen in erster Instanz, auch Ehe = und Verlöbniß = Sachen. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

2) Die Untersuchung der peinlichen Sachen bis zum Erkenntniß. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

3) Die Untersuchung und das Erkenntniß in allen Polizei = Sachen zu 14 Tage Gefängniß oder 10 Rthlr. Geldbuße; desgl. in allen Forstwrogen und Steuer = Contraventions = Sachen, ohne Ausnahme und Beschränkung auf eine gewisse Summe. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

4) Die Verwaltung der Vormundschafts = und Curatel = Sachen. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

5) Die Führung der Hypotheken = Bücher und (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

6) die Verwaltung und Aufbewahrung der gerichtlichen Depositen. (S. 23.) [No. 6.] (26. März 1823.)

§. 3. Eintheilung der Distr. Gerichts = Bezirke in Kreise. (S. 24.) [No. 6.] (26. März 1823.)
(Siehe Verordn. vom 9. Juni 1825.)

§. 4. Verpflichtungen und Befugnisse der Kr. Amt. (S. 24.) [No. 6.] (26. März 1823.)

1) In Civil = Sachen — jüngster Besiß. — Arrestanlegung. — Injurien = Sachen in
der

der Regel kein schriftliches Verfahren — Aufnahme der Protokolle in Civilklagen, welche die Competenz übersteigen — Versuch der Güte. (S. 24.) [No. 6.] (26. März 1823.)

- 2) In Polizeistraf = Forstwogen = und Steuer = Contraventions = Sachen bis zu 5 Rthlr. oder 3 Tage Gefängniß — Sonst Aufnahme des Protokolls — Rechtsmittel. (Siehe Verordn. vom 2. Febr. 1826.)
 - 3) In Untersuchungs = Sachen Aufnahme der ersten Protokolle über den Thatbestand — Sicherung des Corporis delicti — Arretirung — Sofortige Einsendung der Acten. (S. 26.) [No. 6.] (26. März 1823.)
 - 4) Zur Aufnahme und Bestätigung der Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. (S. 26.) [No. 6.] (26. März 1823.)
 - 5) Zur Aufbewahrung der deponirten Urkunden — Baarschaften u. an das Depositum des Distr. Ger. einzusenden. (S. 26.) [No. 6.] (26. März 1823.) (Vergl. Circul. Resc. vom 5. März 1824.)
 - 6) Ausstellung der Bescheinigungen über die bestellten Hypotheken. (Siehe Verordn. vom 26. März 1823, Declarat. vom 8. Decbr. 1825 und Resc. vom 14. Decbr. 1825 im Jahrgange 1826 No. 1.)
 - 7) Sicherung der Massen durch Anlegung der Siegel.
 - 8) Bestellung und Vorschlagung der Vormünder — Tabellarische Uebersicht der bestellten Vormundschaften — Aufnahme der Inventarien. (S. 26.) [No. 6.] (26. März 1823.)
 - 9) Verwaltung der administrativen Polizei. (S. 28.) [No. 6.] (26. März 1823.)
 - 10) Uebrige Gegenstände der Verwaltung außer in den Städten. (S. 28.) [No. 6.] (26. März 1823.) (Siehe Verordn. vom 26. März 1823. Die Polizei = und Gemeinde = Verwaltung betr. S. 22. 23. 24. 25. und Verordn. vom 9. Juni 1825.)
 - 11) Register über die Grund = Prästationen. (S. 28.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 5. Verwaltung der Kr. Amt., außer den erforderlichen Actuarien und Unterbedienten, durch deputirte Mitglieder der Distr. Ger. — Beiwohnung dieser Mitglieder der Sitzungen der Distr. Ger. (Siehe Verord. vom 9. Juni 1825 §. 6.)
- Anstellung von Assessoren und Auditoren. (S. 28.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 6. Folgeleistung der Kr. Amt., sowol den Distr. Ger. als deren vorsitzendem Mitgliede. — Beauftragungen, jedoch nicht zur Erleichterung der Distr. Ger. (S. 29.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 7. Das Gericht zweiter Instanz bleibt das 2. Ger. — Ist vorgesetzte Behörde der Distr. Ger. (S. 30.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 8. Die Proceß = Ordnung vom 15. Januar 1814 bleibt unverändert — Abänderungen oder Ergänzungen:

Justiz-Verfassung.

- 1) Appellation findet in Fällen, wo nach §. 4 No. 2. dieser Verordn. eine Vorstellung bei dem Distr. Ger. zulässig ist, nicht Statt. (S. 30.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- 2) Appellat. in allen Fällen, wo sie bei den St. und Kr. Ger. zulässig war, auch in Injurien=Sachen, wo das Object der Beschwerde sich dazu eignet; desgleichen in Ehescheidungs=Sachen. (S. 30.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- 3) Wichtigkeitsbeschwerde bleibt fernerweit unbenommen. (S. 30.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- 4) Referent und Correferent. (S. 31.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- 5) Appellat. Summe vom f. L. Ger. 500 Rthlr. (S. 31.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- 6) Wohnorte der Advocaten. (S. 31.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 9. Patrimonial=Gerichtsbarkeit und privilegirter Gerichtsstand bleiben aufgehoben. (S. 31.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 10. Polizei=Beamte. (S. 31.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 11. Substituten derselben. (S. 32.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 12. Diensthwang. (S. 32.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 13. Anwendbarkeit der Verordnung vom 20. April 1815 die Vertreibung der Rückstände an den directen Steuern u. betr. auf alle Grundabgaben. (S. 32.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- §. 14. Die vorgeschriebene Gerichtsverfassung soll forderksamst in Vollziehung gesetzt werden. (S. 33.) [No. 6.] (26. März 1823.)
- Circul. Resc. an sämtliche f. St. und Kr. Ger., das Verfahren derselben bei Deposition der Gelder u. und besonders die Depositen=Gebühren betr. (S. 65.) [No. 8.] (5. März 1824.)
 - 1) Aufbewahrung der Gelder im gerichtlichen Depositum, nicht in Privat=Gewahrsam eines Beamten — Depositenchein. (S. 65.) [No. 8.] (5. März 1824.)
 - 2) Gebühren. (S. 66.) [No. 8.] (5. März 1824.)
 - 3) Geringfügigkeit oder Ungleichheit der deponirten Summe macht keine Ausnahme von den Gebühren — Ausnahmen. (S. 66.) [No. 8.] (5. März 1824.)
 - 4) Welche Gelder nicht als eigentliche Deposita zu betrachten sind. (S. 66.) [No. 8.] (5. März 1824.)
 - 5) Berechnung der Gebühren. (S. 67.) [No. 8.] (5. März 1824.)
 - 6) Depositenbuch. (S. 67.) [No. 8.] (5. März 1824.)
 - 7) Ablieferung ans Leihhaus. (S. 67.) [No. 8.] (5. März 1824.)
- (Vergl. B. v. 26. März 1823 das Justiz=Wesen betr. §. 4. No. 5.)
- B. die veränderte Gerichts=Verfassung betr. (S. 189. [No. 6.] (9. Juni 1825.))
 - §. 1. Sie soll mit dem 1. October 1825 in Wirksamkeit treten. (S. 189.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
 - §. 2. Ger. Distr. — Uebersicht. (S. 189.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)

- §. 3. Die Distr. Ger. treten in die Stelle der Kr. Ger. — Folgen deshalb. (S. 190.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
- §. 4. Sonderung der Acten. (S. 190.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
- §. 5. Fortsetzung der anhängigen Prozesse in ihrer Lage. (S. 190.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
- §. 6. Vorsitz im Distr. Ger. nach Folge des Dienstalters — Befugnisse des Vorsitzenden. (S. 191.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
- §. 7. Competenz-Bestimmung — Kaufgericht. (S. 191.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
- §. 8. Chefachen — Appellation — Supplication. (S. 191.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
- §. 9. Verfügungen wegen des Kr. Ger. Thedinghausen. (S. 191.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
Uebersicht der Distr. Ger. und Kr. Amt. S. 193 — 197. (S. 191.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)
- W. den Gerichtsstand des Personals der Distr. Ger. und Kr. Amt. betr. (S. 205.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)
- §. 1. Gerichtsstand der bei den Distr. Ger. angestellten Personen. (S. 205.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)
- §. 2. Derselben in den Sachen zur Competenz der Kr. Amt. (S. 205.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)
- §. 3. Des Personals bei den Kr. Amt., dem St. Ger. zu Wolfenbüttel und den Stadt-Gerichts-Bezirken zu Braunschweig — Kr. Ger. Thedinghausen. (S. 205.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)
- §. 4. Der Beamten und Actuarien, ihrer Familien, ihrer Ascendenten und deren Geschwister, ihrer Descendenten, Ehegattinnen, deren Aeltern, Geschwister und deren Gatten, ihrer eigenen Geschwister und deren Gatten und Kinder. (S. 206.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)
- §. 5. Hypothekbestellung. (S. 208.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)
- §. 6. Wittwen und Kinder der verstorbenen Beamten und Actuarien. (S. 208.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)
- W. die Verlegung der Gemeinde Rüningen zu dem Kreisamte Ribbaga-hausen betr. (S. 217.) [No. 11.] (22. Aug. 1825.)
- W. die Erledigung der Rechtsmittel in denjenigen Prozeß-Sachen, welche nach der neuen Competenz-Bestimmung vom f. l. Ger. auf die Distr. Ger. übergehen, betr. (S. 225.) [No. 14.] (14. Sept. 1825.)
- Circul. Refe. an sämtliche f. St. und Kr. Ger., die den Partheien zu ertheilenden Abschriften gerichtlicher Verhandlungen und deren Beglaubigung betr. (S. 229.) [No. 16.] (16. Sept. 1825.)
- W. die Verlegung des Dorfs Klein-Rühden zu dem Kreisamte See-sen und des Hütten-Werks Röhlenberg zu dem Kreisamte Stadt-Oldendorf betr. (S. 233.) [No. 17.] (7. Oct. 1825.)

Declarat. der Vorschrift des §. 3 und 6 der Verordn. vom 3. Febr. 1814 die Insinuation der gerichtlichen Erkenntnisse im Falle des Ungehorsams betrff. (S. 235.) [No. 18.] (8. Oct. 1825.)

Circul. Resc. an sämtliche f. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Amt. wegen des Verfahrens der Distr. Ger. bei gleich getheilten Stimmen. (S. 239.) [No. 19.] (20. Oct. 1825.)

Es ist einer der nächsten Local-Beamten zuzuziehen. (S. 239.) [No. 19.] (20. Oct. 1825.)
 W. die erforderliche Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betrff. (S. 258.) [No. 22.] (8. Dec. 1825.)

Von den Verfügungen der Beamten wegen Bestätigung der Verträge der Bauern, die ihnen als administrative Behörde obliegt, geht der Recurs an die Verwaltungs-Behörden — Klagen aus, von Bauern errichteten und nicht confirmirten, Verträgen, so wie auf Bestätigung sind unzulässig — Vormundung minderjähriger Contractanten. (S. 259.) [No. 22.] (8. Dec. 1825.)

Circul. Resc. die Versehen der unaufschieblichen Amts-Geschäfte in unvorhergesehenen Behinderungsfällen der Kreis-Beamten betrff. (S. 261.) [No. 23.] (16. Dec. 1825.)

Bestimmung der Geschäfte, welche die Actuarien im Behinderungsfall der Beamten versehen können. (S. 261.) [No. 23.] (16. Dec. 1825.)

Declarat. der W. vom 26. März 1823 §. 4 No. 4 und 5 in Hinsicht der gerichtlichen Auf- und Annahme der Testamente und der gerichtlichen Verlassung der Grundstücke, besonders in der Stadt Braunschweig. (S. 263.) [No. 24.] (20. Dec. 1825.)

§. 1. Die gerichtliche Aufnahme und Deposition der Testamente, steht den St. Ger. und Kr. Amt. zu, auch anderen, als denen, worin der Wohnort des Testirers ist. (S. 264.) [No. 24.] (20. Dec. 1825.)

§. 2. Anwendung hinsichtlich der Stadt Braunschweig. (S. 264.) [No. 24.] (20. Dec. 1825.)

§. 3. Abgebung der bei den vormaligen St. und Kr. Ger. und jetzigen Distr. Ger. in Verwahrung befindlichen Testamente an die Local-Beamten des Wohnorts der Testatoren — Gültigkeit der bei den Distr. Ger. angenommenen Testamente. (S. 265.) [No. 24.] (20. Dec. 1825.)

§. 4. Die in der Stadt Braunschweig bestehende gerichtliche Verlassung und Auflassung der Grundstücke geschieht vor dem Distr. Ger. daselbst. (S. 266.) [No. 24.] (20. Dec. 1825.)

W. wegen Zulässigkeit der Rechtsmittel der Vorstellung und Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse der Kr. Amt., St. und Distr. Ger. in Civil- und Criminal-Sachen und der Competenz darüber zu erkennen. (S. 7.) [No. 3.] (2. Febr. 1826.)

(Siehe Criminal-Justiz und §. 4 der W. v. 29. Juli 1826 wegen Einle-
gungsfrist der Vorstellung in Civil-Sachen.)

Circul. Resc. an sämtliche f. Distr. Ger., die Dispensation von dem
öffentlichen Verkaufe der unter Vormundschaftsverwaltung stehenden
Grundstücke betr. (S. 11.) [No. 4.] (14. Febr. 1826.)

Competenz der Distr. Ger. (S. 11.) [No. 4.] (14. Febr. 1826.)

W. die Eintreibung der Apotheker-Schulden betr. (S. 13.) [No. 5.]
(29. März 1826.)

§. 1. Anrufung gegen die Schuldner in eins mit Beilegung der Rechnungen und Re-
cepte. (S. 14.) [No. 5.] (29. März 1826.)

§. 2. Verfahren der Gerichte. (S. 14.) [No. 5.] (29. März 1826.)

Serenissimi W. die Prüfung der Candidaten der Rechte, Advocaten,
Notarien und bei den Ger. anzustellenden Beamten betr.
(S. 35.) [No. 10.] (1. Mai 1826.)

(Vergl. Verfüg. v. 3. Febr. 1814. §. 16. W. v. 26. März 1823. §. 8. No. 6.)

§. 1. Bitte um Anstellung eines Examens beim f. R. Ger. (S. 36.) [No. 10.]
(1. Mai 1826.)

§. 2. Erste Prüfung des Candidaten auf Theorie des gemeinen Rechts und Prozeßes
und auf Vorkenntnisse des practischen Theils der Rechtswissenschaft — in latei-
nischer Sprache. (S. 36.) [No. 10.] (1. Mai 1826.)

§. 3. Strengere Prüfung solcher Candidaten, welche sofort zur Ausübung der Advocatur
oder des Notariats gelassen zu werden wünschen. (S. 36.) [No. 10.] (1. Mai 1826.)

§. 4. Zweite Prüfung nach zwei Jahren — Zeugnisse der Gerichte, bei welchem die
Advocaten, Auditoren u. gearbeitet haben. (S. 37.) [No. 10.] (1. Mai 1826.)

§. 5. Gegenstände der Prüfung — diese in deutscher Sprache. (S. 37.) [No. 10.]
(1. Mai 1826.)

§. 6. Nachsuchung um ein richterliches Amt mit Beibringung eines Zeugnisses. (S. 38.)
[No. 10.] (1. Mai 1826.)

W. die Bestellung der Vormünder und Curatoren auf dem Lande betr.
(S. 97.) [No. 20.] (16. Aug. 1826.)

Bestimmung der Personen auf dem Lande, für deren minderjährige Kinder die
Kr. Aemt. die Vormünder nur vorschlagen. (S. 98.) [No. 20.] (16. Aug. 1826.)

W. die Verbindlichkeit prozeßführender Partheien zu Antretung des
Beweises durch Zeugen betr. (S. 33.) [No. 10.] (18. Juni 1827.)

Dieser Beweis braucht in der Regel nur dann erst angetreten zu werden, wenn
das Rechtsmittel, welches gegen das Beweisergebnis zur Hand genommen, erledigt
und dasselbe die Rechtskraft beschritten hat, — Ausnahmen. (S. 33.) [No. 10.]
(18. Juni 1827.)

- B. eine Declarat. der B. vom 8. Dec. 1825, wegen Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betr.** (S. 39.) [No. 11.] (22. Juni 1827.)
- S. 1. Die gerichtliche Bestätigung ist zur rechtlichen Wirkung und zur Begründung eines Klagrechts erforderlich — Bezeichnung der bauerlichen Grundstücke. (S. 40.) [No. 11.] (22. Juni 1827.)
 - S. 2. Beziehung auf Brinksitzer und Anbauer. (S. 40.) [No. 11.] (22. Juni 1827.)
 - S. 3. Wirkung der außergerichtlich abgeschlossenen Verträge über diese Grundstücke. (S. 41.) [No. 11.] (22. Juni 1827.)
- B. die Declaration der über die Mortificirung von verlorren, auf den Namen des Gläubigers gestellten Schuldverschreibungen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen betr.** (S. 43.) [No. 12.] (24. Juni 1827.)
- S. 1. Anwendung der B. v. 6. Januar 1818. (S. 44.) [No. 12.] (24. Juni 1827.)
 - S. 2. Gerichtsstand. (S. 44.) [No. 12.] (24. Juni 1827.)
 - S. 3. Beschränkung der Frist. (S. 44.) [No. 12.] (24. Juni 1827.)
- B. die Sicherstellung des Publikums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien und bei der Vermittelung von Contracten über Immobilien, so wie gegen versteckten Zinswucher und Bestimmungen über den Betrag der zu erhebenden Mäkler-Gebühr betr.** (S. 47.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
- S. 1. Die Nachweisung und Unterhandlung steht ausschließlich den Advocaten, Notarien, Geld- und Wechsel-Mäklern und Commissariaten mit Gewerbscheinen versehen, zu. (S. 48.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 2. Bestimmung der Strafe für Andere, welche sich dieser Geschäfte unterziehen. (S. 48.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 3. Bestimmung der Gebühren und sind (S. 49.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 4. solche nur einmal zu nehmen — Vereinbarung der Contrahenten deshalb. (S. 50.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 5. Strafbestimmung wegen Ueberschreitung der Taxe. (S. 51.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 6. Provision des Darleihers — Ueberschreitung des gangbaren Curses — Strafbestimmung deshalb. (S. 51.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 7. Negece-Gebühren dürfen über das gesetzliche Zinsmaß hinaus nicht zugesichert werden. (S. 52.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 8. Vorschriften für die Gerichte und Polizei-Behörden wegen der Uebertretung der Verordnung. (S. 53.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
 - S. 9. Competenz der Gerichte. (S. 54.) [No. 13.] (9. Juli 1827.)
- B. die Anwendung der Competenz-Bestimmungen auf die Widerklage betr.** (S. 59.) [No. 15.] (9. Aug. 1827.)

- §. 1. Die St. Ger. und Kr. Aemt. erkennen über eine Widerklage unter 20 Rthlr. (S. 59.) [No. 15.] (9. Aug. 1827.)
- §. 2. Verweisung an das competente Gericht wenn die Vor- und Widerklage in keiner Verbindung stehen, sonst aber (S. 59.) [No. 15.] (9. Aug. 1827.)
- §. 3. Instruction von den St. Ger. und Kr. Aemt. und Einsendung der Acten an das Distr. Ger. (S. 60.) [No. 15.] (9. Aug. 1827.)
- Circul. Resc., die Feststellung des *fori continentiae causarum ex causarum identitate* betr. (S. 63.) [No. 16.] (9. Aug. 1827.)
Bestimmung durch das h. L. Ger. (S. 63.) [No. 16.] (9. Aug. 1827.)
- N. die Aufhebung der W. vom 6. April 1778 wegen Bezahlung der Concurss-Kosten in der Stadt Braunschweig betr. (S. 99.) [No. 23.] (20. Nov. 1827.)
- §. 1. Die W. vom 6. April 1778 wird aufgehoben. (S. 99.) [No. 23.] (20. Nov. 1827.)
- §. 2. Das gemeine Recht und bisher beobachtete Verfahren ist anzuwenden. (S. 100.) [No. 23.] (20. Nov. 1827.)
- L. Circul. Resc. an sämtliche h. St. Ger. und Kr. Aemt., die allgemeine Anwendung der im C. VI. §. 8 der braunschweigischen Untergerichts-Ordnung enthaltenen Vorschrift auf alle Rechts-Sachen, deren Object 20 Rthlr. und weniger beträgt. (S. 101.) [No. 23.] (24. Sept. 1827.)
- Vorladung unter dem Präjudiz des Eingeständnisses. (S. 101.) [No. 23.] (24. Sept. 1827.)

R e s c r i p t e.

I. Resc. v. 5. Juli 1814.

Sämmtliche Gerichte haben von groben, inquisitionsmäßigen Verbrechen und andern außerordentlichen, einige Aufmerksamkeit verdienenden Vorfällen, welche sich in ihren Gerichtsbezirken ereignen, bei Seren. oder f. G. R. C. und den Oberhauptleuten sofort umständliche Anzeige zu machen.

Resc. f. R. C. v. 28. November 1814.

Die vorgegangene Aufhebung des vormaligen privilegierten Gerichtsstandes des f. R. C. erschwert sehr die Führung der Prozesse bei den verschiedenen f. Kr. Ger. und wird zu einem bedeutenden Kostenaufwande führen, wenn in jedem solcher Prozesse ein im Bezirke oder in der Nähe des Gerichts wohnender Procurator bestellt, oder der Kammer-Consulent selbst zu den Terminen reisen würde. Diese Termine haben sehr oft Geschäfte zum Gegenstande, als Vergleiche, Anhörungen der zu publicirenden Erkenntnisse, Productionen der Zeugen, Anhörung der Beeidigung derselben, Vorbehalte, Erklärungen u., welche auch von einem Mandatar, welcher nicht recipirter Advocat ist, leicht auf die Grundlage einer Instruction besorgt werden können und kann dieses auch füglich in An-

setzung der Verhörsstermine geschehen, sobald derselbe mit einer vollständigen schriftlichen Instruction versehen worden ist.

Durch eine solche Einrichtung wird der Regel, daß nur recipirte Advocaten die Partheien vor Gericht vertreten können, keinesweges entgegengehandelt, weil jener Mandatar mit Concurrenz des Kammer = Consulanten nach dessen Weirathe das R. C. vertritt und die allgemeine Vorschrift nur zum Zweck hat, daß die Unterthanen nicht in die Hände von solchen Rechtsbeiständen fallen sollen, welche ohne verpflichtet zu sein, gewöhnlich nur ihr eigenes Interesse dabei zur Richtschnur nehmen.

L. Resc. v. 24. Januar 1815.

Wie überwiegende Gründe dafür sprechen, daß in Rücksicht der Prozesse, die während der Usurpations = Periode vorgenommene Veräußerungen von Domanal = und Stiftsgütern betreffend, es bei der allgemeinen Regel, wornach überall kein forum privilegiatum auch nicht für die f. R. Statt findet, zu belassen, so sind die Verfügungen des unterm 11. Juli v. J. dieses Gegenstandes wegen an die f. R. erlassenen Resc., hiernach zu modificiren und ist es Seren. Wille, daß die f. R. so wie in den übrigen, so auch in jenen Sachen in erster Instanz bei den St. und Kr. Ger. belangt werde.

Resc. f. R. C. v. 31. Januar 1815.

Demnach Seren. mittelst höchsten Resc. vom 23. Jan. 1815 gegen die den Domainenpächtern ertheilte Anweisung, in den von f. R. C. vor den Kr. Ger. zu führenden Prozessen die gewöhnlichen Termine zu besorgen und die Insinuationen anzunehmen, nichts zu erinnern gefunden, auch die hierunter getroffene Einrichtung, wie solche in dem deshalb unterm 28. Nov. 1814 an die Kr. Ger. erlassenen Resc. f. R. C. enthalten ist, bestätigt hat, so wird dieses den f. Kr. Ger. zur Nachricht und Nachachtung hiermit eröffnet.

Resc. f. L. G. v. 8. März 1816.

Es sind bei Anwendung des §. 50 der Verordn. vom 3. Febr. 1814 Zweifel entstanden, ob die daselbst vorgeschriebene Genehmigung des f. L. Ger. bei Verfügung über die Grundstücke der Minderjährigen sich bloß auf solche Fälle beschränken, wo nach gemeinen Rechten es eines decreti de alienando bedarf, oder dieselbe auch da, wo dieses nicht erforderlich ist, gleichwohl erfordert werde, insbesondere, ob im letzten Falle, namentlich wenn Volljährige gegen Minderjährige auf Theilung von Grundstücken provociren, zugleich aber dabei eine außergerichtliche Veräußerung ohne Meistgebot in Antrag kommt, die nach der Verordn. vom 5. November 1763 wegen der letzten landesherrlich vorbehaltenen Dispensation, sofort unmittelbar höchsten Orts nachgesucht werden und die nöthige Prüfung daselbst geschehen müsse, und nicht vielmehr die Umstände zurdrerst f. L. Ger. vorzulegen und allererst nach erfolgter Genehmigung der in Frage stehenden Alienation von Seiten desselben in Hinsicht auf die Bedingungen des Dispensations = Gesuchs statthaft sei?

Wie nun dieserhalb unterm 27. v. M. ein höchstes Resc. des Inhalts:

daß

daß der Sinn des angezogenen §. 50 der Verordn. vom 3. Febr. 1814 allerdings dahin gehe, daß bei allen, minorenne Personen interessirenden Capital-Zahlungen und Veräußerungen von Grundstücken über 100 Rthlr. an Werth vor der desfalls zu treffenden Verfügung die Genehmigung des f. L. Ger. von Seiten der vormundtschaftlichen Behörde einzuholen und in allen vorkommenden Fällen hiernach zu verfahren, eingegangen ist, so wird solches zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Resc. f. G. R. C. v. 13. August 1816.

Da die Uebertragungen von Bauerhöfen und Brinksitzerstellen auf eins der Kinder in nichts weiter, als in Erbtheilungen besteht, bei welchen, wegen der concurrirenden Minderjährigen, außer der gewöhnlichen Amts-Confirmation des Vertrags nur noch eine besondere Prüfung der vormundtschaftlichen Behörden nöthig ist, ein Verkauf aber nicht zum Grunde liegt, so ist auch dazu eine landesherrliche Dispensation vom öffentlichen Verkaufe nicht erforderlich.

L. Resc. v. 18. August 1816.

Auf den im Berichte des f. L. Ger. angeführten Gründen ist das f. G. R. C. damit einverstanden, daß die bei Verfügungen über Grundstücke und Capitalien minderjähriger Personen vorgeschriebene Genehmigung des f. L. Ger. alsdann, wenn die Veräußerung oder Zahlung solcher Grundstücke und Capitalien vermöge des vollkommenen Rechts eines Dritten geschehen muß, nicht erforderlich sei und mithin auch in den allegirten drei Fällen

1) wenn Volljährige gegen Minderjährige auf den Verkauf eines Grundstücks Behuf der Theilung, jedoch mittelst öffentlichen Meistgebots und ohne gesuchte Dispensation von der Subhastation, antragen;

2) wenn wegen Schuld-Klagen Grundstücke der Minderjährigen, welche entweder verhypothecirt sind oder als Executions-Objecte in Verschlag gekommen, im ordentlichen Wege eines Processes zur Subhastation gebracht worden, und

3) wenn vormundtschaftliche Capitalien von Seiten der Schuldner gekündigt und zurückgezahlt werden, nicht eingeholt zu werden braucht; jedoch ist in Ansehung des zweiten Falles durch obervormundtschaftliche Vorsehung möglichst dafür zu sorgen, daß Grundstücke minderjähriger Personen, Schulden wegen, ohne äußerste Noth, nicht alienirt werden. Der in dem Berichte zuletzt erwähnte Fall, wenn der Erblasser die Veräußerung von Grundstücken im Testamente verordnet hat, gehört aber allerdings zu denjenigen, in welchem die Prüfung und Genehmigung des f. L. Ger. eintreten muß und ist auch diese Prüfung jedesmal vorher anzustellen, wenn auf eine Dispensation vom öffentlichen Verkaufe beim f. G. R. C. angetragen werden muß.

Page IV. N. 136.

Resc. f. L. G. v. 13. September 1816.

Die verschiedene Anwendung, welche die f. St. und Kr. Ger. von der Vorschrift des §. 50 der Verordn. vom 3. Febr. 1814, besonders seit Erlassung des rescripti

höchster Landes = Regierung vom 27. Febr. 1816, dessen Inhalt mittelst Circulars vom 8. März 1816 zur Kenntniß gebracht ist, gemacht haben, indem dieselben bei den verschiedenen Fällen, der Verfügungen über Grundstücke und Capitalien minderjähriger Personen das Erforderniß der Genehmigung des f. L. Ger., theils mehr, theils minder, ausgebeht oder beschränkt haben, insbesondere aber die Zweifel, welche durch das vorerwähnte Resc. entstanden sind: ob nämlich zufolge desselben sothane Genehmigung für alle und jede Fälle in unbedingter Gemeinheit nöthig sei, oder dasselbe, seines allgemein scheinenden Inhalts ungeachtet, nicht gleichwol annoch Ausnahmen, insbesondere da lassen, wo der Grund zu solcher Verfügung auf der Seite der Vormünder keine Willkühr und Wahl gestattet, diese vielmehr einem juri quaesito dritter Personen nachzugeben verbunden sind; und da auch das f. L. Ger. ebenfalls gegen sothane allgemeine Auslegung Bedenkllichkeiten gehegt hat, so ist demselben Veranlassung geworden, solcher halb bei höchster Landes = Regierung anzufragen, und ist das anderweite Resc. vom 18. Aug. 1816 erfolgt, wodurch jener Zweifel gehoben worden.

Resc. f. G. R. E. v. 10. December 1816.

Auf die von f. R. gemachte Anfrage: Ob die ohne Veränderung des äußern Wasserganges bloß mittelst Abänderung der innern Einrichtung der Mühlen vorgerichteten Gänge zur Fertigung von Graupen, Grütze, Del ic. als neue Mühlen = Anlagen zu betrachten seien und wie in Ansehung der desfalligen Widersprüche der Müller verfahren werden sollen? wird unverhalten, daß, da bei der Verordnung vom 3. Oct. d. J. die frühere hiesige Gesetzgebung in Ansehung der Mühlen zum Grunde liegt und die darauf gegründeten Widersprüche der Müller zur rechtlichen Entscheidung verstellt worden, die Frage also: ob ein solcher Widerspruch nach den bestehenden Gesetzen für gegründet zu achten? von den richterlichen Behörden entschieden werden muß, auch die etwanigen Widersprüche gegen veränderte Mühlen = Anlagen zur richterlichen Erörterung und Entscheidung zu verweisen seien.

Resc. f. G. R. E. v. 23. Februar 1817.

Da es erforderlich ist, daß die beim f. L. Ger. sowohl als bei den sämtlichen f. St. und Kr. Ger. verhandelten gerichtlichen Acten nicht nur gehörig foliirt, sondern auch, wenn sie geschlossen und an eine höhere Instanz abzugeben sind, mit einer von dem Secretair oder Actuar des Gerichts als vollständig zu bescheinigenden Designation versehen werden, so haben die Gerichte darnach sich zu achten.

Resc. f. L. G. v. 27. Februar 1817.

Es ist theils bei dem hochfürstl. G. R. E. glaubhaft zur Anzeige gekommen, theils auch vom f. L. Ger. in den eingelangten Acten die Bemerkung gemacht:

1) daß einerseits nicht selten bei verschiedenen Gerichten die Expedition, bezgleichen die Insinuation der abgegebenen Bescheide außerordentlich und dergestalt verzögert worden, daß dadurch die, vermittelt der Vorschriften der Verordn. vom 3. Febr. 1814, bezweckte prompte Verwaltung der Justiz und Beförderung der Prozesse vereitelt, insonderheit aber

bei den Vorladungen zu Terminen, wenn solche den Partheien oder ihren Advocaten erst wenige Tage zuvor zugestellt sind, die erforderliche Zeit zur Benachrichtigung der Sachführer, oder diesen zur Einholung der nöthigen Information nicht übrig geblieben, dadurch, wenn selbige gar nicht, oder nicht gehörig instruirt erschienen, ein Contumacial-Verfahren veranlaßt, und die Partheien in bedeutende Nachtheile und Kosten gebracht worden; dagegen aber

2) andererseits, in der Absicht einer Verschleunigung, die den Gerichten überlassene Wahl des mündlichen Verfahrens in solchen Sachen, für welche die summarische Behandlung nicht unbedingt vorgeschrieben, öfter mit großer Strenge zur Anwendung gebracht, und ohne hinlängliche Rücksicht auf die Verhältnisse der Sache und der Partheien, zu einem schriftlichen Verfahren sich besser eignende Rechtsfachen in das terminliche gezogen, in eben der Maße auch

3) die für den gewöhnlichen Prozeßgang vorgeschriebenen Fristen ohne genügende Veranlassung abgekürzt sind;

4) daß zu den ersten Verhörsterminen in summarischen Sachen die Partheien ohne Mittheilung der schriftlich eingebrachten oder zu Protocoll vorgetragenen Klage, bloß mittelst Benennung des Klägers, und selbst ohne Erwähnung des Gegenstandes, *brevi manu* vorgeladen worden; ein gleiches auch bei den Untersuchungen in Brogensachen, ohne die Angeklagten von der Inschuldigung und den deshalb gegen sie gemachten Anträgen in Kenntniß zu setzen, häufig der Fall sei;

5) daß in Hinsicht auf die Schreib- Insinuations- und ähnliche Gebühren die Vorschriften der Sporteltaxe nicht allenthalben gehörig beobachtet, und mehr, als die Ordnung gestattet, erhoben werden.

Ob nun gleich dem Eifer der Gerichte, wenn sie die anhängig gemachten Prozeßsachen in möglichster Kürze zu erledigen und deren Fortgang thunlichst zu befördern, bemühet sind, die gebührende Anerkennung nicht entzogen wird, gleichwohl durch Ueberschreitung des Maßes den prozeßführenden Partheien leicht Nachtheile verursacht werden können, und wenn die Expedition und Insinuation der Bescheide nicht mit der Thätigkeit der Beamten gleichen Schritt hält, dadurch dem rühmlichen Bestreben derselben entgegen gewirkt und eine nicht selten noch nachtheiligere Verzögerung, als durch verspätetes Decretiren verursacht wird; gleichergestalt die Beklagten, ohne Kenntniß des Inhalts der gegen sie angebrachten Klage, zu deren Beantwortung in solcher Maße vorbereitet zu erscheinen, nicht immer im Stande sind, daß, wenn auch die Beamten bei deren persönlicher Vernehmung den Punct des Rechts von Amtswegen suppliren, ihnen zugleich, zu erforderlicher Angabe, das Factische der Sache vollkommen gegenwärtig sei; bei den Brogensachen aber, als welche nach Art des Anklageprocesses verhandelt werden, sowohl behuf der Vertheidigung überhaupt, als insonderheit der Abgabe eines Contumacial-Erkenntnisses die vorausgegangene Bekanntmachung des Angeklagten mit den Gegenständen

der Anklage sowohl als des anzudrohenden praejudicii, nach Vorschrift §. 11 der Verordn. vom 5. Mai v. J., die Forststrafsachen betreffend, erforderlich ist und darüber hinlängliche Gewißheit vorhanden sein muß;

so werden, sowohl vermöge der vom hochfürstl. G. R. C. uns aufgegebenen Verfügung, als der über das gerichtliche Verfahren uns obliegenden Aufsicht, die sämmtlichen f. St. und Kr. Ger., welche bisher darauf nicht geachtet haben, hiedurch aufgefordert und angewiesen: ernstlich darauf zu halten, daß künftighin die Ausfertigungen der von ihnen abgegebenen Bescheide und deren Insinuation nach Möglichkeit beschleunigt, insbesondere aber die Citationen zu Terminen spätestens binnen den nächsten 8 Tagen nach Erlassung derselben expedirt und den Partheien oder deren Anwälden zugestellt werden; hiernächst bei Anordnung des terminlichen Verfahrens in denjenigen Sachen, wo das schriftliche nicht ausgeschlossen ist, darauf Bedacht zu nehmen, ob solches nicht für die Partheien, nach ihrer und ihrer Anwälde Entfernung von dem Gerichtsorte, der Schwierigkeit einer sofort für die ganze Sache und in Beziehung auf zu erwartende Einreden zu ertheilenden vollständigen Instruction und sonstigen vorkommenden Umständen mit mehrerer Beschwerde und Kosten, als das schriftliche verbunden sei, sodann aber es bei diesem zu lassen; in solchen Fällen auch nicht ohne besondere Gründe die gesetzlich gestatteten Fristen abzukürzen; ferner mit den Vorladungen zu Verhörsterminen auf Klagen, ausgenommen in ganz geringfügigen völlig übersichtlichen Sachen, die Mittheilung der Klage, wenigstens eine kurze Benchrichtigung von deren Inhalte, zu verbinden, imgleichen bei den Citationen zu Brogenuntersuchungen die Angeklagten mittelst zuzustellender Vorladungsschebeln vorzufordern, welchen eine kurze Angabe des Gegenstandes der Anklage, der Betrag des in Antrag gebrachten Werths, des Schadens-Ersatzes und die Androhung des anzunehmenden Eingeständnisses im Fall des Zurückbleibens nebst dessen Folge, der Verurtheilung zu solcher Werth- und Schadens-Ersattung und der darnach zu berechnenden Strafe, (deren Bemerkung mithin ebenfalls, obgleich die Verordnung solches nicht ausdrücklich besagt, weil die gesetzliche Computation der mehrsten Eingewrogeten nicht bekannt sein mögte, und gleichwol in deren Erlegung das Präjudiz hauptsächlich besteht, nicht weniger zweckmäßig ist) zu inseriren, wozu, zu Ersparung der Zeit, gedruckte, bloß auszufüllende Formulare gebraucht werden können; übrigens aber die Insinuations-Bescheinigungen, bei welchen es nicht erforderlich ist, daß von jedem Vorladungszettel besonders eine mit dem Zustellungszeugniß versehene Copie zu den Acten gebracht werde, zu diesem Ende vielmehr eine Liste der sämmtlichen Vorgeladenen dienen kann, worin jedoch bei jedermann der bekannt gemachte Anklage-Gegenstand nebst Werth- und Schadens-Ersatz und Strafantrag bemerkt sein muß, und aus welcher in den Contumacial-Fällen größerer, zu unserer Competenz hinanstiegenden Brogen ein Extract zu dem Protocolle zu nehmen ist, in solcher Maße beschaffen zu lassen, damit, wie bisher nicht selten der Fall gewesen, wegen Unvollständigkeit der Vorladungsbescheinigungen keine Verlegenheit entstehe, endlich künftighin auf den Concepten der Bescheide den dafür erhobenen

gesamten Betrag, sowohl an Gerichts- als Stempel- Schreib- Insinuations- und sonstigen Gebühren specificce verzeichnen zu lassen.

Resc. f. L. G. v. 14. April 1817.

Wenn es gleich nicht vorgeschrieben, es dennoch zur Beurtheilung der Qualität einer Vormundschaft oft wesentlich nöthig ist, den Stand und das Gewerbe des Vaters der Pupillen zu wissen; so ist solches und dessen Namen in eine besondere Columnne mit anzuführen.

Resc. f. S. R. C. v. 26. October 1817.

Da f. S. R. C., um den Gerichten durch Ersparung der bisher über die Gesuche um Ertheilung des Armenrechts zu erstattenden Berichte, ihre Arbeiten und Geschäfte zu erleichtern, demselben die Gestattung dieses Beneficii gänzlich überlassen will, so hat f. L. Ger. ihnen solches zur Nachachtung zu eröffnen, und vertraut f. S. R. C. zu selbigen, daß sie es an einer sorgfältigen Prüfung der dazu erforderlichen Qualificationen nicht fehlen lassen und den Fiscum nicht durch eine zu große Leichtigkeit bei Bewilligung des gedachten Beneficii benachtheiligen werden. Wie nun auch verschiedentlich bemerkt worden, daß Ehefrauen, welche mit ihren Männern in Rechtsstreiten begriffen sind, um Verleihung des Armenrechts häufig nachsuchen, so scheint es nicht überflüssig, bei dieser Gelegenheit die Gerichte darauf aufmerksam zu machen, daß dergleichen Gesuche nicht anders zu beachten sind, als wenn hinlänglich constirt, daß die Ehemänner solcher Frauen nicht vermögend genug sind, um letztern die nöthigen Prozeßkosten ihrer Verbindlichkeit gemäß, vorzuschießen.

Resc. f. L. G. v. 28. October 1817.

Wegen der von hiesigen Unterthanen in den königl. preuß. Forsten begangenen Frevel, f. Forst- und Jagd-Wesen.

Resc. f. S. R. C. v. 31. October 1817.

Damit, wenn Höfe und Häuser in dem Bezirke der den Erhebern anvertrauten Kreiscassen zur Subhastation gebracht, deren Besitzer Contribution und andere Realabgaben oder Personalssteuer rückständig gelassen haben, diese Rückstände in den zugleich angesetzten Liquidationsterminen gehörig liquidirt werden können, so haben die Erheber auf die in den hiesigen Anzeigen geschehene Bekanntmachung dergleichen Subhastationen genau zu achten und ungehäumt die etwanigen Rückstände f. S. R. C. anzuzeigen, in schleunigen Fällen aber solche selbst bei den competenten Gerichten zu liquidiren und daß solches geschehen zu berichten.

Resc. f. L. G. v. 11. December 1817.

Mittelft höchsten Resc. vom 21. Nov. 1817 ist dem f. L. Ger. eine, von dem Großherzogl. Hessen-Darmstädtischen Geheimen Rathe und Gesandten von Harnier zu Frankfurt am Main an den Geheimen Cabinetrath und diesseitigen Bundes-Gesandten von Mürtens daselbst gerichtete Note betreffend die Wirkung der französischen Gerichts-Versaffung auf Ausländer und ausländische Urtheile, zugefertigt worden, welche die Er

öffnung enthält: daß in den überrheinischen Landes-Antheile des Großherzogthums Hessen, die nach französischer Gerichts-Verfassung nur durch ministerielle und diplomatische Wege Statt findende Communication der dortigen Gerichte mit ausländischen, in Hinsicht auf judicielle Insinuationen, abgeändert und die unmittelbare Correspondenz jener Gerichte mit denen der übrigen deutschen Ländern, gleich den Gerichten der auf der rechten Rhein-Seite gelegenen Großherzogl. Provinzen hergestellt sei; dabei auch der Wunsch zu erkennen gegeben: daß die Gerichte der einzelnen deutschen Staaten angewiesen werden möchten: ihre insinuanda immer und allgemein geradezu an die Großherzogl. Gerichte zu adressiren, zu welchem Ende denn damit bei Zweifeln der auswärtigen Gerichte, welches das anzusprechende Großherzogl. Gericht sei, kein Anstand obwalte, in der Provinz Starkenburg das Hofgericht zu Darmstadt, in der Provinz Hessen das Hofgericht zu Gießen und für den Ueberrhein das Kr. Ger. zu Mainz beauftragt worden, auch für andere Gerichtsstellen oberer, gleicher und niederer Instanz des Großherzogthums, Insinuationen anzunehmen und weiter zu befördern: und ist zugleich höchsten Orts f. L. Ger. angewiesen, den Inhalt sothaner Note den f. St. und Kr. Ger. mitzutheilen, damit sie in vorkommenden Fällen ihre insinuanda an die darin benannten Hessen-Darmstädtischen Gerichte gelangen lassen.

Ein, der Note beigelegtes, darmstädtisches Ministerial-Protocoll enthält zugleich die nähern Bestimmungen: daß die Insinuationen der Ladungen nur ad notitiam und nicht in Kraft richterlichen Bescheides geschehen soll, vielmehr den Partheien überlassen bleibe, ihre Rechte auf jede gut findende Art geltend zu machen; hiernächst in Ansehung anderer Requisitionen, wenn diese bloß eine Benachrichtigung der dortigen Unterthanen von sie betreffenden, Angelegenheiten zum Gegenstande haben, die Mittheilung ohne Anstand und ohne vorherige Stempelung und Einregistrirung geschehen, bei prozessualischen Handlungen in Civil-Sachen aber, die Einregistrirungs-Gebühren entrichtet werden müssen; auch der betreibende Theil zur Vornahme der Handlung einen Anwalt, auf dessen ordnungsmäßiges Anrufen das Rechtliche ergehen werde, zu bestellen habe; in peinlichen Sachen hingegen den Requisitionen auswärtiger Behörden, jederzeit zu deferiren, und Gebühren nur in dem Falle zu fordern sein, wenn von der requirirenden Behörde solche in ähnlichen Fällen gefordert werden.

Solchem nach wird zur Befolgung höchster Vorschrift vom f. L. Ger., Obiges den Gerichten bekannt gemacht, um in ereigenden Fällen sich danach zu achten.

R. f. G. R. C. v. 15. Februar 1818.

Da darüber, wie es mit den gerichtlichen Auctionen und den davon zu nehmenden Gebühren zu halten, Zweifel entstanden ist, so wird vom f. G. R. C., um solche zu heben, hiemit Folgendes festgesetzt:

1) Die Kreisbeamten selbst sollen in der Regel sich mit eigener Abhaltung von Auctionen überall nicht befassen, sondern es gehört dieses Geschäft lediglich zum Ressort der

Actuarien und Amtsvoigte, von welchen erstere die wichtigern, letztere aber die geringeren Auctionen zu besorgen haben;

2) die Actuarien sollen dafür dieselben Gebühren, welche durch die Auctions=Ordnungen für die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel festgesetzt sind, nämlich vom Thaler 6 Pf. und von den Prätorien, auch sonstigen denselben des besonders hohen Werthes wegen gleich zu stellenden und mit Leichtigkeit zu verauctionirenden Gegenständen, wohin insonderheit das öffentlich zu verkaufende Holz zu rechnen, 1 Rthlr. von 100 zu fordern berechtigt sein, müssen aber dagegen eben diejenigen Besorgungen übernehmen, welche den Auctionatoren zu Braunschweig und Wolfenbüttel obliegen;

3) den Amtsvoigten sollen für Abhaltung der Auctionen die nämlichen Gebühren, welche ihnen in der Sporteltaxe sub I. A. 10. e. für den Verkauf abgepfändeter Sachen zugewilliget werden, nämlich inclusive der zu besorgenden Bekanntmachung, Berechnung der Gelder u. 16 Ggr., wenn das Geschäft nicht über einen halben Tag dauert, und für einen ganzen Tag 1 Rthlr. zukommen, und versteht es sich dabei von selbst, daß, wenn das Geschäft in dieser Zeit noch nicht gänzlich abgemacht worden, vielmehr die Aushändigung der Sachen, die Erhebung der Gelder, die Abrechnung und Ablieferung derselben erst an den folgenden Tagen geschehen kann, im Verhältnisse der dazu erforderlichen Zeit, nach Maßgabe der gedachten Taxe, eine fernere Vergütung dafür Statt finde.

Sämmtliche Kr. Ger. haben nun hienach sowol sich selbst zu achten, als die Actuarien und Amtsvoigte gehörig anzuweisen.

Resc. f. K. C. v. 27. Juni 1818.

Da die Domainen und Kreis=Einnehmer angewiesen sind, wenn Höfe oder andere Grundstücke, worauf Dienste oder sonstige Domanial=Prästationen haften, oder deren Besitzer Steuern rückständig geblieben sind, die Real=Abgaben und Rückstände in den Subhastations=Terminen zu liquidiren, so haben die f. Kr. Ger., damit die Einnehmer mit der Unkunde sich nicht entschuldigen können, den Rechnungsführern, in deren Cassen die fraglichen Intraden und Steuern zu zahlen sind, zeitig eine kurze Anzeige des angesetzten Termins, mit Bezeichnung der zur Subhastation verstellten Grundstücke zuzusenden.

Resc. f. G. R. C. v. 23. April 1819.

Da auf den Antrag der f. K. von f. G. R. C. genehmigt worden, daß f. K. in den von derselben zu führenden Prozessen für die Folge nicht selbst, sondern wie vormals, Namens ihrer der Kammeranwalt auftrete und danach die Prozeßverhandlungen jedesmal rubricirt werden, so bleibt solches den f. Kr. Ger. nachrichtlich und zu dem Ende hiedurch unverhalten, um in den zu erlassenden Bescheiden das Prozeß=Rubrum, sobald der Kammeranwalt als Kläger oder Beklagter für die f. Kammer aufgetreten ist, nicht auf letztere, sondern auf den Kammeranwalt auszustellen.

Resc. f. G. R. C. v. 13. Juli 1819.

Um die nachtheiligen Folgen, welche aus der verspäteten Ablieferung der von den

Gerichts-Actuarien und insonderheit von den Amtsvoigten bei den von ihnen abzuhaltenen den Auctionen oder sonst erhobenen Gelder entstehen können, von privatis sowohl, als von den herrschaftlichen Cassen thunlichst abzuwenden, so werden sämtliche Kr. Ger. hiedurch angewiesen, auf das Strengste darauf zu achten, daß sowohl die Actuarien, als insonderheit die Amtsvoigte den Gerichten die erhobenen Gelder sogleich nach deren Empfangnahme abliefern, unfehlbar binnen 8 Tagen nach jeder abgehaltenen Auction davon Bericht erstatten, das Auctions-Protocoll ins Gericht liefern und die etwaigen Rückstände anzeigen, auch daß die Amtsvoigte die Quittung über die durch Execution beigetriebenen, oder sonst im Auftrage des Gerichts eingezogenen und an die Interessenten ausgezahlten Gelder unverzüglich zu den Acten abgeben und die Gerichtsporteln und Stempelgebühren, so wie die sonst von ihnen einzassirten herrschaftlichen Gelder ebenfalls sogleich abliefern.

F. G. R. E. vertrauet zu den Gerichten, daß sie sich die sorgfältigste Beobachtung dieser Vorschriften angelegen sein lassen werden, damit sie vermeiden, wenn sich eine Vernachlässigung hierunter ihrer Seits ergeben werde, für den daraus erwachsenden Schaden selbst haften zu müssen.

Resc. f. L. G. v. 4. Juli 1820.

Die höchste Landes-Regierung hat es rathsam gefunden, das vor der westphälischen Zeit verfassungsmäßig bestandene Amt eines Landfiskals wiederum herzustellen und solches dem Lehnfiskal Dedekind hieselbst gnädigst conferirt.

Derselbe ist vermitteltst erhaltener Dienstinstruction angewiesen, im allgemeinen seine Aufmerksamkeit darauf zu richten und dahin zu wirken, daß die bestehenden Gesetze, Verordnungen, Landtagsabschiede, landesherrliche Verfügungen und die verfassungsmäßige Ordnung, insoweit das Interesse des Publicums dabei versirt, nicht übertreten und die Ueberschreitungen gebührend geahndet werden: insonderheit aber in Ansehung aller Verbrechen, Vergehen und Contraventionen, wenn dergleichen ruchtbar werden und zu seiner Kunde gelangen, darauf zu achten, daß die Untersuchung und Bestrafung derselben nicht unterbleibe, eintretenden Falles auch selbst bei den Gerichten die erforderlichen Anzeigen zu machen und denselben die ihm bekannt gewordenen Thatfachen und Beweise mitzutheilen; ferner darüber zu wachen, daß die landesherrlichen Hoheitsrechte, Regalien und sonstigen Gerechtsame nicht beeinträchtigt, Annäherungen von Rechten, Titeln und Vorzügen, welche von dem Landesherrn ausgehen und denjenigen, welche sich derselben bedienen, nicht verlihen sind, nicht geduldet, Dienstvergehung und Unrechtfertigkeiten, auch wenn selbige sich zu keiner Criminal-Untersuchung eignen, nicht übersehen, namentlich grobe Verletzungen und Verschmähen der Dienstpflichtigen, partheiische Verwaltung der Justiz, verbotenes Geschenknehmen, Unterlassung der vorschriftsmäßigen Einziehung und Berechnung der Fisci- und Stempel-Gebühren, Mißbrauch und Ueberschreitung der Amtsbefugnisse und der Sporteltaxe und zum Vergerniß und Anstoß gereichendes Betragen öffentlicher, besonders geistlicher Beamten gebührend geahndet werden; hiernächst die Wirksamkeit seines Amtes eintreten zu lassen, bei Anschuldigungen wider höhere Staatsbeamten wegen Uebertretung ihrer

ihrer Dienstobliegenheiten, desgleichen wenn Staatsbehörden und Diener auf eine die Würde und das Ansehen ihres Amtes verletzende Art oder bei dessen Ausübung und in Hinsicht auf selbiges beleidigt sind, deshalb selbst aber keine Untersuchung veranlassen; bei Ueberschreitungen verbietender Gesetze, welche das gemeine Beste bezwecken, wenn dabei keine Privatvorthelle verletzt oder doch von den Betheiligten nicht verfolgt werden, als Zinswucher, Simonie, Holzverwüstungen in eignen Forsten, gesetzwidrige Einziehung der Meiergüter und bedeutende Contraventionen gegen das Dienstreglement u., und endlich wegen strafbarer Handlungen, bei welchen der Thatbestand und die bössliche Absicht nicht sofort klar vorliegen, sondern weitere Erörterungen und Ausführungen in Hinsicht der zu erwartenden Schuldreden erforderlich scheinen, als bei den von den Verfassern, Druckern und Verlegern in öffentlichen Schriften und gegen die Censurgesetze begangene Vergehungen, insbesondere, wenn darin Staatsbehörden und Staatsdiener hinsichtlich ihrer Amtsführung beleidigt sind u.

Zu Anstellung der eigentlichen fiskalischen Anklagen muß derselbe von den höhern Landesbehörden autorisirt werden; und sind diese Klagen bei den nach der jetzigen Justiz-Verfassung in Criminalsachen competenten Behörden anzubringen und von denselben darüber zu entscheiden, mithin sämmtlich bei den f. St. und Kr. Ger. zu instruiren, die Urtheile aber nach Maßgabe der zu erkennenden Strafe entweder von diesen, oder von uns, abzugeben und die geschlossenen Acten zu solchem Ende einzusenden, die Rechtsmittel und deren Zuständigkeit auch nach den jetzigen Bestimmungen derselben in Criminal- und Untersuchungssachen zu beurtheilen, die dabei zu beobachtenden Formalien aber, so wie das Verfahren selbst wie vormals nach den Vorschriften des Civil-Prozesses einzurichten.

Resc. f. G. R. E. v. 25. September 1820.

Um den Nachtheilen vorzubeugen, welche für den herrschaftl. Dienst leicht daraus entstehen können, wenn im Verwaltungsfache angestellte Bediente, deren Geschäfte und Arbeiten nicht unterbrochen werden dürfen, durch richterliche Verfügung davon entfernt werden, bevor wegen einstweiliger Verrichtung derselben Vorsehung getroffen ist, so findet f. G. R. E. nöthig, die vermög. Resc. vom 16. Juni 1756 in Ansehung der Untersforstbedienten ergangene Verfügung, auf alle in vorgebachten Dienstverhältnissen stehende Officianten, nämlich:

1) bei dem Steuerwesen die Cassierer, Buchhalter, Acciseschreiber, Copisten, Güterverwalter und Güterschreiber, die Wage- und Niederlagenechte, Nachtwächter und Umhauer bei den Accise-Anstalten und Pächshöfen, in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, ferner die Accise-Aufsicher, ingleichen die Mühlenscheiber, wie auch die Thoreinnehmer, Controleurs und Distatoren daseibst, die Accise- und Zolleinnehmer, die Acciseaufseher und Wachsgeber in den Landstädten und auf dem Lande;

2) bei dem Berg- und Hüttenwesen die Hohenofen-Arbeiter, als die Meister, Knechte, Nachknechte, Aufgeber und Pacher, ferner die Formir, Hammer- Säge- Blech- und Stahlschmiede, die Drahtzieher, Eisenschneider, Kohlen- und Hüttenbesitzer, ingleichen die

Berg- und Hütten-Officianten vom Bergmeister und Hütten-Inspector bis herunter zum Kohlenschreiber und Steiger;

3) bei dem Forstwesen die reitenden und gehenden Förster, die Unterförster, Forstknechte und Gehilfsjäger, auszubehnen und wenn solche vorzuladen oder zu arretiren, so haben die Gerichte die denselben unmittelbar vorgesetzten Beamten davon zeitig genug vorher zu benachrichtigen, damit von letzteren wegen des Vorzuladenden oder des zu Verhaftenden zweckmäßige Anordnung getroffen werden kann. Nur in sehr eiligen Fällen, wo die Verhaftung oder Citation eines der vorgenannten herrschaftlichen Bedienten unverzüglich geschehen, muß auch alsdann die vorgeschriebene Benachrichtigung an die jenen vorgesetzten Officianten sogleich nach der getroffenen Verfügung erlassen werden.

(Vergl. Resc. vom 22. Juli 1816. S. 66.)

Resc. f. G. R. E. v. 25. November 1820.

Da f. G. R. E. beschlossen hat, daß die Bestimmungen des Circul. Resc. vom 25. Sept. 1820 in Betreff der Vorladungen und Verhaftungen im Verwaltungsfache angestellter Bediente auch auf die Chauffeegelbenehmer ihre Anwendung finden sollen, so bleibt solches den Gerichten zur Nachachtung hiemit nachträglich unverhalten.

Resc. f. G. R. E. v. 9. Juni 1821.

Da f. G. R. E. in Erwägung gezogen, daß besonders bei den, nur mit einem Beamten besetzten Kr. Ger. unerwartete Umstände eintreten können, wodurch dieselben in ihrer Amtsführung behindert werden und alsdann auch solche richterliche Geschäfte zu besorgen sein können, welche nicht wohl ohne Nachtheil unerledigt bleiben und aufgeschoben werden dürfen, so hat dasselbe, um den daraus zu besorgenden Inconvenienzen und Stockung in den Geschäften vorzubeugen, sich bewogen gefunden, die vorgedachten Kreisbeamten hierdurch zu autorisiren, in dergleichen unvermutheten Behinderungsfällen einen benachbarten Kreisbeamten zu ersuchen, oder den ersten Actuar ihres Kr. Ger. zu beauftragen, einzelne gerichtliche Handlungen, als Eidesabnehmung, Aufnahme von Testamenten, Ehestiftungen und anderen Contracten, und überhaupt alle Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu verrichten, so wie auch vorbereitende und sichernde Verfügungen in streitigen Parthei-Untersuchungs- und Criminal-Sachen zu treffen; wenn aber die Lage dieser Sache eine richterliche Entscheidung, oder endliche Bestimmung unverzüglich erfordern sollte, solcherhalb sich allein an einen der benachbarten Kreisbeamten zu wenden und denselben um Abgebung des nöthigen Erkenntnisses zu requiriren, welches sodann eben die Wirkung haben soll, als wenn es von dem betreffenden Kr. Ger. selbst abgeben wäre.

Obgleich es sich nicht leicht ereignen wird, daß zwei bei einem Kr. Ger. angestellte Beamte durch unvorhergesehene Hindernisse zu gleicher Zeit außer Stande gesetzt sein sollten, ihre richterlichen Functionen zu versehen, so will f. G. R. E. dennoch obige Verfügung auch für diesen seltenen Fall, wenn selbiger eintreten sollte, für anwendbar erklären.

Sollten die Kreisbeamten übrigens durch bedeutende und anhaltende Krankheiten, durch gestattete Reisen, oder auf andere Weise für längere Zeit von ihren Amtsgeschäften und Berichtigungen abgezogen und daran verhindert werden, so behält f. G. R. E. sich vor, in solchen Fällen jedesmal besondere Vorsehung zu treffen und nach Beschaffenheit der Umstände das Nöthige zu verfügen.

Resc. f. G. R. E. v. 6. Juli 1821.

Obwohl die f. Kammer bereits unterm 23. Januar 1815 autorisirt worden ist, die Domainen-Pächter anzuweisen, in den von ihr bei den Kr. Ger. zu führenden Prozessen im Namen derselben die gewöhnlichen Termine zu besorgen und die Insinuation anzunehmen, so findet f. G. R. E. sich dennoch veranlaßt und bewogen, diese Verfügung dahin näher zu bestimmen und auszudehnen, daß nicht allein die Pachtbeamten, sondern auch die rechnungsführenden Officianten f. Kammer mit solcher Geschäftsführung beauftragt werden, und statt der Wittwen, welche die Pachtungen ihrer verstorbenen Ehemänner fortsetzen, die ersten Verwalter derselben vor Gericht auftreten, und die solchergestalt beauftragten Beamten und Officianten in den abzuhaltenden Terminen Namens f. Kammer sowohl als Procuratoren erscheinen, als auch nach den ihnen zu ertheilenden Instructionen des Kammer-Anwaltes Vorträge thun und handeln mögen, es den ebengedachten Beamten auch in einzelnen Fällen, wo sie durch Krankheit oder nöthige Reisen behindert sind, die angesetzten Termine zu respiciren, gestattet sein soll, ihre Verwalter oder Registerschreiber zu deren Abhaltung zu substituiren, letzteres nur jedoch von denjenigen Terminen zu verstehen ist, in welchen die Gegenwart der Partheien bloß der Form wegen erfordert wird, oder selbige gerichtliche Verfügungen nur anzuhören, aber nicht auf Termine zu erstrecken, wo die Partheien in der Sache selbst etwas zu verhandeln oder vorzutragen haben.

Resc. f. R. E. v. 14. November 1821.

Da es zur Erhaltung der Höfe der Unterthanen unumgänglich ist, dahin zu sehen, daß selbige bei etwaniger Abtretung nicht über ihre Kräfte mit Altvatertheilen, Abfindungen und dergleichen beschwert werden, und hierüber nach den gesetzlichen Vorschriften, namentlich der landesfürstl. Instruction vom 17. Juli 1760 von den Gerichten zu wachen ist, neuere Vorfälle aber haben ersehen lassen, daß diesem nicht überall gehörig nachgekommen wird, so werden die Kr. Ger. hierauf aufmerksam gemacht und, in Gemäßheit allerhöchsten Orts dem f. R. E. zugegangenen Anweisung, erinnert, bei Errichtung von Ehestiftungen, oder andern Abtretungs-Verträgen ihr besonderes Augenmerk auf den erwähnten Gegenstand zu richten.

Resc. f. R. E. v. 24. Januar 1822.

Da verschiedentlich von den f. Kr. Ger. über Anstellung der Amtsvoigte und sonstiger Gerichts-Unterbiedienten, oder deren Gehaltsverbesserung Anträge an f. Kammer gerichtet werden, dieselbe aber nicht die competente Behörde für die Besetzung solcher Stellen ist, so wird solches den f. Kr. Ger. zu ihrer Nachricht hiemit unverhalten.

Resc. l. Str. E. v. 28. Januar 1822.

Es wird den Kr. Ger. eine, auf den Landyndicus Pricelius ausgestellte Generalvollmacht zur Führung der Prozesse, welche in den an das l. Str. E. überangenen Geschäftszweigen bei den Kr. Ger. gegenwärtig verhandelt oder in der Folge an dasselbe gelangen werden, übersandt, um solche in der Gerichts-Registatur aufzubewahren und erforderlichen Falls die eingereichten Abschriften darnach beglaubigen zu lassen.

Resc. f. G. R. E. v. 28. August 1822.

Es wird auf die Anfrage, ob es Privatpersonen gestattet sei, Auctionen und meistbietende Verpachtungen, hinsichtlich eigener Grundstücke und Sachen, ohne gerichtliche Erlaubniß und Gegenwart einer Gerichtsperson selbst vorzunehmen, hiemit unverhohlen, daß die angezogene Verordn. vom 30. Juni 1768, das Auctionswesen in Braunschweig betreffend, nachher auch auf die Städte Wolfenbüttel und Blankenburg extendirt worden, nicht aber auch auf die übrigen Städte und Ortschaften des Landes zu ziehen, und es daher den Einwohnern daselbst nicht zu verwehren ist, freiwillige Verpachtungen, oder Verkäufe an Meistbietende, wenn sonst dabei in polizeilicher Hinsicht nichts zu erinnern, außergerichtlich vorzunehmen, wonach also die f. Kr. Ger. sich zu achten haben.

Resc. f. G. R. E. v. 30. April 1824.

In Beziehung auf die den f. Beamten und Justitiarinen unter dem 17. Juni 1760 ertheilten Instruction wird die darin enthaltene Bestimmung, daß der gerichtliche Depositenkasten mit zwei besonderen Schlössern versehen sein soll, den f. Kr. Ger. hiedurch in Erinnerung gebracht, und werden diejenigen vor ihnen, bei welchen diese Bestimmung noch nicht zur Ausführung gebracht sein sollte, hierdurch angewiesen, denselben fordern samst nachzukommen und den Depositenkasten mit zwei Schlössern versehen zu lassen, zu deren einem, je nachdem die Kr. Ger. aus mehreren, oder aus einem Beamten bestehen, entweder der erste oder der alleinige Beamte, zu deren anderem aber entweder der zweite Beamte oder der erste Actuar den Schlüssel aufzubewahren hat.

(Vergl. Resc. vom 5. März 1824 in der Verordnungs-Sammlung.)

Resc. f. G. R. E. v. 20. Mai 1824.

Demnach bemerkt worden, daß bei den Gerichten hiesiger Lande in Ansehung der Einlegung von Rechtsmitteln der nach Beschaffenheit derselben erforderlichen Hin- und Zurücksendung der Acten und der dafür und für die dabei sonst in Prozesssachen zu erstatenden Berichte zu entrichtenden Gebühren und Postgelde verschiedene und zum Theil unrichtige Ansichten herrschen und in Anwendung gebracht werden, es aber nöthig erscheint, daß hierunter nach gleichen und richtigen Grundsätzen durchgängig verfahren werde, so findet f. G. R. E. sich veranlaßt, nachstehende Bestimmungen solcherhalb festzusetzen und vorzuschreiben:

1) Es soll den Partheien, welche sich durch ein abgegebenes Erkenntniß beschwert erachten, zwar ferner, wie bisher gebräuchlich gewesen und zugelassen worden, gestattet sein, ein unbestimmtes Rechtsmittel mit Vorbehalt der Wahl desselben und der Erklärung

darüber einzulegen, diese Erklärung jedoch nach der geschehenen Einlegung in fortwährenden Laufe der Rechtfertigungsfrist binnen 14 Tagen abgegeben und widrigenfalls nach Ablauf derselben ein devolutives Rechtsmittel als gewählt angenommen und darauf mit Einlegung der Acten an das Obergericht ohne weiteren Verzug verfahren werden; welches Präjudiz die Gerichte den Partheien in dem auf die Einlegung des Rechtsmittels abzugebenden Decrete zu eröffnen haben.

2) Für die Einlegung der Acten und die dabei und auf andere Veranlassung von den Gerichten in Prozeßsachen zu erstattenden Berichte sind so wenig Gerichts- als Stempel-Gebühren zu entrichten; hingegen

3) das Porto für die mit der Post ab- und zurückgesandten Acten, so wie für die von den Gerichten in Partheisachen erstatteten Berichte und erlassenen Rescripte und sonstigen Verfügungen, jeder Zeit den betreffenden Partheien anzurechnen und zu berichtigen ist, wovon allein die in Vormundschafts-Angelegenheiten und sonst nach ausdrücklichen Verordnungen ohne alle Kosten und portofrei zu befördernden Schreiben und Erlasse eine Ausnahme machen; daher nur letztere auf den Couverts mit ex officio zu bezeichnen sind.

Sämmtliche Gerichte des Landes haben sich hiernach in allen vorkommenden Fällen gebührend zu achten.

L. Resc. v. 5. April 1825.

Es ist genehmigt, daß die Verzeichnisse der in jedem Jahre bei den f. Kr. Ger. eingegangenen und an f. Leihhaus abgelieferten Depositengelder nach umfichendem Formulare angefertigt und eingesandt werden, so daß keines der eingegangenen Depositen darin ausgelassen werde; auch werden die Kr. Ger. angewiesen, auf die fordersamste Abfertigung der fragl. Gelder an das Leihhaus Bedacht zu nehmen.

Fortlaufende No. des Depositi.	Jahr und Tag der Zahlung.	Summa der eingezahlten Gelder.			Bezeichnung des Depositi.	Tag der Auszahlung.	An die Interessenten.			An das f. Leihhaus.		
		Thlr.	Ggr.	Pf.			Thlr.	Ggr.	Pf.	Thlr.	Ggr.	Pf.

Resc. f. R. E. v. 27. April 1825.

Da in Gemäßheit eines höchsten Resc. vom 16. April 1825, bei Gelegenheit eines kürzlich vorgekommenen Falles, die f. Kr. Ger. darauf aufmerksam gemacht werden sollen, dahin zu sehen, daß bei Bestimmung der Mittheile und Abfindungen die Höfe im Stande blieben, die Abgaben und herrschaftlichen Leistungen gehörig zu prästiren, indem diese wegen unbefonnen versprochener Abfindung nicht remittirt werden können, so haben die f. Kr. Ger. sich solches in dergleichen Fällen zu ihrer Nachachtung dienen zu lassen.

Resc. f. L. E. v. 11. Juli 1825.

Da es in den ersten Jahren seit Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung und Organisation der jetzigen Gerichtsverfassung an mehreren Orten bergestalt an Advocaten gefehlt hat, daß die Unterthanen nur an entfernt wohnende sich haben wenden können, daher denn insbesondere von den an den Landesgrenzen belegenen nothwendig geworden und vermittelt solcher Veranlassung bisher nachgesehen ist; inzwischen es dieser Nachsicht nicht weiter bedarf, da eine hinlängliche Anzahl Advocaten in den verschiedenen Städten des Landes jetzt vorhanden ist; besonders aber in den durch auswärtige Schriftsteller geführten Prozessen ein daraus entstehender Nachtheil bemerkt worden, daß denselben die nöthige Kenntniß der in manchen Stücken abweichenden Justiz-Verfassung hiesiger Lande abgehe, wodurch die Unterthanen in vermeidliche Weitläufigkeiten und Kosten gesetzt sind: so ist die fernere Zulassung auswärtiger Advocaten bei den Gerichten des hiesigen Landes als nicht weiter erforderlich, zugleich aber als nachtheilig aufgehoben und ist f. L. Ger. mittelst höchsten Resc. vom 22. Mai d. J. angewiesen, dieserhalb das Nöthige an die Gerichte gelangen zu lassen.

Den sämmtlichen f. St. und Kr. Ger. wird demnach solches, und daß in den bei ihnen geführten Prozessen auswärtige Rechtsbeistände nicht weiter zuzulassen sind, hiemit zu ihrer Nachachtung bekannt gemacht, und haben dieselben nach Eingang dieses diejenigen Partheien, welche bei Führung ihrer Rechtsstreitigkeiten sich eines allhier nicht recipirten Sachwalder bisher bedient haben mögten, zu der Annahme und Bestellung eines der Anwälde des hiesigen Landes anzuweisen.

Insofern jedoch bei einem oder andern Gerichte der Fall eintreten kann, daß wegen Entlegenheit der Orte, in welchen einheimische Advocaten wohnhaft sind, oder aus sonstigen besondern Gründen es den Unterthanen nützlich und vortheilhaft erachtet würde, von der obigen Vorschrift eine Ausnahme zu machen: so ist solches höchsten Orts insofern gnädigst nachgelassen, daß dazu bestimmte Subjecte, welche sich bisher durch Kenntniß des hiesigen Processes, Geschicklichkeit und Rechthaffenhait ausgezeichnet haben, ausgewählt werden dürfen und haben diejenigen Gerichte, welche solchergestalt die Beibehaltung eines oder des andern auswärtigen Advocaten für rathsam halten, davon mit Namhaftmachung der Personen derselben an f. L. Ger. zu weiterer Verfügung zu berichten, in welchem Falle ihnen denn auch gestattet wird, solchane Advocaten einstweilen fernerhin zu admittiren.

Resc. f. L. G. v. 26. August 1825.

Auf Veranlassung des Gesuchs eines bei einem der f. Kr. Ger. stehenden Auditors, ihm neben dem Auditorate die advocatorische Praxis zu gestatten, ist f. L. Ger. mittelst Resc. vom 10. Aug. 1825 angewiesen, nicht bloß den Supplicanten abschlägig zu bescheiden, sondern auch den sämmtlichen f. St. und Kr. Ger. zu eröffnen, daß es so wenig anjetzt bei den St. und Kr. Ger. als künftig bei den Distr. Ger. und Kr. Amt. den daselbst angestellten Auditoren gestattet werden können, Advocatur = Geschäfte zu betreiben, und daß solches in Ansehung der Distr. Ger. auch von denjenigen Auditoren zu verstehen sei, welche bei den unter ihnen stehenden Kr. Amt. angestellt sein würden, und wird daher solches höchster Vorschrift gemäß den sämmtlichen f. St. und Kr. Ger. insbesondere auch dem zu den künftigen Distr. Ger. außersehenem Personale hiedurch zur Nachachtung bekannt gemacht.

Resc. f. L. G. v. 9. Februar 1826.

Es ist höchsten Orts zur Anfrage gekommen: ob nicht die Bestellung der Vormünder für die nachgelassenen minderjährigen Kinder aus der Classe der geringeren und ärmern Bürger in den Städten eben so, wie auf dem Lande, den f. Kr. Amt. unmittelbar zu überlassen sei, um dieselben der Bemühung zu überheben, nach Vorschrift §. 4 No. 8. der Verordn. vom 26. März 1823 die Einrichtung des Justiz = Wesens betreffend, dem Distr. Ger. die zu Vormündern zu erwählenden Personen vorwörderst in Vorschlag zu bringen. Es ist indeß solches von Seiten höchster Landes = Regierung nicht genehmigt; dagegen aber zweckmäßig erachtet, zur Erleichterung der Vormünder, besonders hinsichtlich der Rechnungsablage, daß die f. Distr. Ger. autorisirt sein sollen, die Kr. Amt. mit der Aufsicht über wenig bedeutende und solche Vormundschaften, bei denen nur ein geringes Vermögen zu verwalten ist, und mit Abnahme der darüber abzulegenden Rechnungen oder zu gebenden Nachweisungen, jedoch für jede Vormundschaft besonders und in den Fällen zu beauftragen, wenn der Vormund oder Curator dem Kreisamte näher wohnt als dem Distr. Ger.; bei welcher Beauftragung indeß dem Kreisamte zur Pflicht zu machen, am Schlusse jedes Jahrs von dem, was etwa bei der fraglichen Vormundschaft Erhebliches vorgekommen ist, und insonderheit von der Rechnungsabnahme an das vorgesezte Distr. Ger. zu berichten, damit von den Distr. Ger. die Verzeichnisse über sämmtliche Vormundschaften vollständig geführt werden können.

Resc. f. L. G. v. 10. April 1826.

Nach Vorschrift höchsten Resc. vom 26. März 1826 wird eröffnet: wie es keinen Zweifel leidet, daß der Verordn. vom 26. März 1823 nach die Kr. Amt. competent sind, die Inventarien über alle unter vormundtschaftlicher Verwaltung stehende Güter aufzunehmen, die Vormünder oder Curatoren mögen nun von ihnen unmittelbar oder auf Verfügung der Distr. Ger. bestellt sein; auch unter den dazu geeigneten Fällen diejenigen verstanden werden müssen, in welchen überhaupt die Aufnahme eines Inventars erforderlich und zulässig ist; nicht weniger daß der öffentliche Verkauf der sowol zu den beweglichen

Justiz = Verfassung, Rescripte.

177

lichen als unbeweglichen Vermögen den Minderjährigen gehörigen Gegenstände als eine Handlung der freiwilligen Gerichtsbarkeit den Kr. Aemt. zusteht; daß aber die Distr. Ger. darüber zu verfügen haben, wenn solcher Verkauf in Folge eines geführten Rechtsstreites nothwendig wird.

L. Resc. v. 6. Juni 1826.

Wie die, längst in Abgang gekommenen, den neuern Zeitverhältnissen nicht mehr anpassenden Statuten der Stadt Helmstedt vom Jahre 1589 gegenwärtig überall keine Anwendung finden können; jedoch die beibehaltene und bereits durchs L. Resc. vom 9. Nov. 1716 bestätigte Observanz der erforderlichen gerichtlichen Verlassung der Grundstücke ferner bestehen zu lassen und bei Kräften zu erhalten ist; so hat sich das Distr. Ger. und das Kreisamt in Helmstedt darnach zu achten.

(Vergl. Ergänz. z. Fred. Promt. S. 7.)

Resc. h. L. G. v. 20. November 1826.

Bei Gelegenheit verschiedener, zwischen dem Distr. Ger. zu Braunschweig und den dasigen St. Ger. und deren Competenz-Verhältnisse entstandenen Differenzen ist in Erwägung gekommen, daß die Versiegelung, deren Vollziehung den h. St. Ger. und Kr. Aemt. in der Regel ausschließlich zusteht, bei bevorstehenden Concursen, wenn damit übereilt verfahren wird, von sehr nachtheiligen und hinterher nicht wieder gut zu machenden Folgen sein und Concurse herbeiführen können, die ohne solche noch abzuwenden gestanden; daher denn dabei die höchste Vorsicht nöthig ist. In dieser Hinsicht ist durch ein höchstes Resc. vom 31. Oct. 1826 unter anderen verordnet worden, daß in denjenigen Städten, wo sich Distr. Ger. befinden, die St. Ger. und Kr. Aemt. verpflichtet sein sollen, in Fällen, wo behuf ausbrechender Concurse eine Versiegelung für nöthig erachtet wird, solche nicht eher vorzunehmen, als bis von dem Local-Beamten darüber in dem versammelten Distr. Ger. Vortrag gemacht und vom letzteren die fragliche Maßregel beschloffen worden ist.

Resc. h. L. G. v. 25. Mai 1827.

Serenissimus haben entschieden:

- 1) daß die Verpachtung von Grundstücken, welche Pflegebefohlenen zugehören, den Kr. Aemt. zustehe;
- 2) die Bestellung der Curatoren für ruhende Erbmassen zum Ressort der Distr. Ger. gehöre, und
- 3) die Vernehmung der Gemeinen, Mann für Mann, behuf der Gemeinde-Prozesse von demjenigen Kr. Aemte, unter welchem die Gemeinde steht, als Administrationsbehörde vorzunehmen sei.

Resc. h. L. G. v. 2. Juli 1827.

Auf die bei Serenissimo von einem der h. Kr. Aemt. gethane Anfrage: ob bei Anordnung einer Interimswirtschaft die Taxation der den Interimswirthen zu übergebenden, wenigstens der Haus- und Hof-Inventarien erforderlich sei?

ist h. L. Ger. auf den erfordernten Bericht durch ein höchstes Resc. vom 8. v. M. angewiesen, nach Inhalt desselben, eine allgemeine Instruction an sämtliche h. Rr. Aemter, damit bei ihnen allen in obiger Hinsicht gleichförmig verfahren werde, dahin zu erlassen: daß mit einer Abschätzung der gedachten Inventarien bei Uebergabe der Bauerhöfe an Interimswirthe nicht zu verfahren, wohl aber über das dem Interimswirthe zu überliefernde ein vollständiges Verzeichniß aufzunehmen und demselben eine so viel thunlich genaue Beschreibung der Inventariestücke beizufügen sei;

indem der Interimswirth zwar den Hof und dessen Inventarien nicht bloß in gutem Stande zu erhalten, vielmehr solche, soweit es mittelst seines Eingebachten und der Ausläufer des Hofes geschehen kann, zu verbessern verbunden, und, obgleich er dafür keine eigentliche Erstattung zu fordern, doch nach besondern Umständen eine Vermehrung seines Aliments oder der, der Abfindung seiner Kinder zu erwarten befugt; im Gegentheile aber und bei Verschlechterungen, so weit solche ihm beizumessen, dafür Ersatz zu leisten verbunden ist, zu dessen Ermäßigung, so wie zur Beurtheilung der Verbesserungen inzwischen eine Taxation der Inventarien = Stücke bei der Hofannahme und der Rücklieferung nach selbigen ein völlig unanwendbares Mittel sein würde, weil so wenig eine etwaige Erhöhung des Preises der Dinge dem Interimswirthe Schaden bringen als die Abnutzungen durch den Gebrauch und das Alter, so lange die Stücke zu ihrem Zwecke noch hinlänglich dienlich sind, demselben zur Last fallen dürfen, und überall die Verbesserungen wie die Verschlechterung nicht nach den einzelnen Stücken und deren Werthe bei der Ueberlieferung, sondern im Ganzen und Allgemeinen zu beurtheilen, der Ersatz aber nach der Zeit der Rückgabe zu leisten ist, zu welchen beiden Zwecken gleichwol eine Grundlage vorhanden sein muß, die die angeordnete Beschreibung darbietet, bei deren Anfertigung daher vorzüglich darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie solchem Zwecke ein Genüge leiste, wie sie denn auch zugleich schon während der Interimswirthschaft den Vormündern des Anerben und den übrigen Kindern zur Controlirung des Interimswirthes dienen kann.

Resc. h. G. R. C. v. 26. Juli 1827.

Es ist bekannt geworden, daß in den prozeßualischen Verhandlungen vor den Distr. Ger. die Anwälte es sich erlauben, auch in denjenigen Rechts = Sachen, in welchen ein schriftliches Verfahren nicht eingeleitet worden, anstatt der mündlichen Vorträge, schriftliche Ausführungen unter dem Namen von Recessen zu den Acten zu geben und dafür neben den Terminsgebühren noch besondere Kosten zu liquidiren; imgleichen daß in den zur Verhandlung der Re = und Duplik angesetzten Terminen häufig um Ansetzung eines Termins ad duplicandum gebeten werde, wenn auch in dem Replik = Sage überall nichts Neues vorgetragen ist. Wie nun aber zur Abkürzung der Prozesse und Ersparung der Kosten diese Mißbräuche zu beschränken sind, so ist in den Kosten = Rechnungen der Advocaten, gleichviel, ob die Liquidation gegen ihre eigene, oder gegen die in die Kosten verurtheilte Gegenparthei gerichtet ist, denselben für die zu den Acten gegebenen schriftlichen Reccesse, außer dem Stempel und den Copialien, Nichts weiter zuzubilligen, und ist

ferner, rücksichtlich der zu der Re- und Duplik angeetzten Termine, auf den Contumacial-Antrag des Klägers, der Verklagte jedesmal dann mit der Duplik zu präcludiren, wenn in dem Replikstage nichts Neues von Erheblichkeit vorgebracht ist.

Resc. h. S. R. E. v. 17. December 1827.

Da es bei den unfreiwilligen Subhastationen von Erbenzins-Grundstücken angemessen erscheint, daß der Erbenzinsherr eine genügende Veranlassung erhalte, sich über die Ausübung seines Vorkaufrechts binnen der gesetzlich ihm offen stehenden Frist zu erklären, imgleichen, daß der Rechtsstand des Pluslicitanten, behuf Auswirkung des Abjudications-Decrets sicher gestellt werde: so werden sämtliche Gerichte angewiesen, bei den nothwendigen Subhastationen von Erbenzins-Grundstücken sofort nach abgehaltenen Subhastations-Termine, unter Communication des Licitations-Protocolls dem Erbenzinsherrn mittelst Bescheides die Auflage zu ertheilen, daß sich derselbe, falls er von dem zuständigen Vorkaufrechte Gebrauch zu machen gemeinet sei, binnen der gesetzlichen Frist von zwei Monaten, über dessen Ausübung erkläre, die Copie des Bescheides aber mit der Insinuations-Urkunde dem Pluslicitanten behändigen zu lassen, damit dieser nach dem Ablaufe der gesetzlichen vorgeschriebenen Frist und, wenn die Erklärung des Erbenzinsherrn nicht eingegangen sein möchte, in contumaciam desselben die Ausfertigung des Abjudications-Decrets auswirken kann.

Kammer. (s. auch Domainen.)

B. Die Organisation der Kammer und deren Geschäftskreis betr. (S. 289.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)

(Landr. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 25.)

Resort der Kammer: (S. 289.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)

- S. 1. Verwaltung der Domainen, sowohl der Landwirthschaften, als auch der Forsten, des Bergbaues, der Hütten, Fabriken, Handels-Anstalten, besonderer Gerechtigkeiten, Hebungen u. (S. 289.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 2. Bauwesen. (S. 290.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 3. Abgabe- und Steuer-Wesen. (S. 290.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 4. Militair-Sachen. (S. 290.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 5. Die allgemeine Landes- und Sicherheits-Polizei. (S. 291.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 6. Beförderung der Industrie — Gewerbs-Polizei — Innungs- und Zunftwesen. (S. 291.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 7. Aufsicht auf städtische und Dorf-Gemeinen und andere Corporationen. (S. 292.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 8. Versorgung und Unterstützung verarmter u. Civil-Personen, Pensionirung der Militair- und Civil-Officanten-Wittwen und Verwaltung der dazu vorhandenen u. Fonds. (S. 292.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)

- S. 9. Aufsicht über die, dem Nutzen und Vergnügen gewidmeten Anstalten. (S. 292.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 10. Landes = Schulden = Wesen. (S. 292.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 11. Leih = und Credit = Anstalten. (S. 292.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 12. Postwesen, Münze und Lotterie. (S. 293.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 13. Vertheidigung und Verfolgung der Gerechtsame, Eigenthums = Rechte und Geldforderungen Seren. (S. 293.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- S. 14. Rechnungs = und Cassen = Wesen in Hinsicht der, der Kammer überwiesenen Geschäftszweige. (S. 293.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)
- Folgeleistung der Hilfsbeamten, Oberhauptleute, St. Ger. 2c. (S. 293.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 17. Februar 1816.

Durch das vom f. R. E. unterm 26. Aug. 1814 erlassene Circular = Resc. sind die sämtlichen f. St. und Kr. Ger. angewiesen, wenn sie dem Kammer = Consulanten Decrete 2c. in Kammer = Prozeßsachen zusenden, die Bemerkung: „Kammersachen betreffend,“ auf die Adresse zu setzen.

Da indessen dieses dennoch oft unterblieben ist und von dem Kammer = Consulanten für dergleichen Sachen Porto hat bezahlt werden müssen, so werden die St. und Kr. Ger. an die Befolgung jenes Rescripts hiemit erinnert.

Resc. f. R. E. v. 29. Februar 1816.

Durch ein höchstes Resc. vom 13. d. M. sind die Fiscusgebühren für Pacht und Kauf = Contracte, Meier = und Erbenzinsbriefe, Concessionen, Atteste, Gnadenverwilligungen u. s. f., welche bei fürstlicher Kammer ausgefertigt werden, regulirt und der Geheime Kammer = Schreiber Bethge zum Erheber derselben und Rechnungsführer ernannt. Es sind daher diese Gebühren auf die den Gerichten darüber zugehenden Berechnungen von dem Impetranten forderndst einzucassiren und ihm spätestens nach Ablauf von vier Wochen zugehen zu lassen.

Bekanntmachung. f. R. E. v. 29. Februar 1816.

Da der Geheime Kammer = Schreiber Bethge mit Erhebung des Fiscus-, Stempel-, Schreib = und Siegel = Gebühren bei f. Kammer nach einem ihm darüber ertheilten Regulativ beauftragt worden ist: so haben diejenigen, welche solche für bereits zugegangene oder künftig zugehende Ausfertigungen zu entrichten schuldig sind, solche auf die von ihm ausgestellten Abrechnungen sofort an ihn zu berichtigen.

Br. Anz. 1816.

Resc. f. R. E. v. 1. April 1816.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß die f. Ger. bei Versendungen von Decreten 2c. an den Kammer = Consulanten nicht immer die in der höchsten Verfügung vom 16. Jan.

1815 vorgeschriebenen Requisite beobachten, und haben dieselben daher, so wie darin verordnet ist, nicht nur auf der Adresse „herrschaftliche Dienstsache“ zu bemerken, sondern auch ihre Namens-Unterschrift eigenhändig darunter zu setzen, und sich des Dienstsiegels zu bedienen.

Resc. f. R. C. v. 26. November 1816.

Zur Vermeidung jedes Mißverständnisses wird auf Veranlassung eines höchsten Resc. vom 8. Nov. 1816 den Kr. Ger. eröffnet, daß die ihnen von dem f. R. C. zu übertragenden Versteigerungen von Zinsfrüchten oder anderen beweglichen Gegenständen für herrschaftliche Rechnung, als zur Administrations-Parthie gehörig, anzusehen, mithin von den Gerichten ex officio zu besorgen und dafür keine Gebühren anzurechnen, sondern nur die unvermeidlichen baaren Auslagen zur Liquidation geeignet sind.

Resc. f. R. C. v. 29. Juli 1817.

Durch ein höchstes Resc. vom 3. Juli 1817 ist in Betreff der, den Taxatoren bei Pacht-Übergaben zu zahlenden Gebühren, festgesetzt worden: daß es bei dem bisherigen Satze von einem Thaler täglicher Gebühren, außer der freien Bewirthung, im Allgemeinen sein Verbleiben haben solle. Es ist jedoch der f. Kammer zugleich überlassen, in besonderen Fällen, wo es die Lage der Sache und die Billigkeit erfordern sollte, besonders in Ansehung der, zur Taxation requirirten Professionisten eine angemessene Zulage zu bewilligen.

Resc. f. R. C. v. 25. August 1817.

Den Amtsvoigten ist Anweisung zu ertheilen, künftig die Decrete in den Prozeßen f. Kammer, welche ihnen zur Beförderung auf die Post zugestellt werden, mit einem besondern Couverte zu versehen, damit solches, wegen der darauf notirten Gebühren, zum Belage dienen kann.

(Wegen Einsendung der Polizei-Strafgelder f. Art. Criminal-Justiz. Resc. vom 10. Decbr. 1821.)

Resc. f. G. R. C. v. 26. Mai 1819.

Da der f. Kam. die bislang von derselben besorgte Administration der Güter der Stifter St. Blasii und St. Cyriaci zu Braunschweig, so wie auch insbesondere die Führung der zur Aufrechterhaltung der Stiftesgerechtsame etwa erforderlichen Prozesse mittelst des in Abschrift anliegenden Commissorii von f. G. R. fernerweit übertragen worden ist, so bleibt solches zur Nachricht hiedurch unverhalten.

Commissorium für fürstliche Kammer.

GEORG, Prinz Regent u. in Vormundschaftl. Regierung u. Da die während der Westphälischen Usurpation supprimirten Stifter St. Blasii und St. Cyriaci dieselbst noch nicht dergestalt wieder hergestellt worden, daß die Administration der Güter derselben dem Capitel wieder übertragen werden könnte, auch über die Frage, inwiefern die gedachten Stifter in ihren vorigen Zustand zurückzustellen sind, in dem gegenwärtigen Augenblicke nicht definitiv zu entscheiden stehet, und die Stiftesgüter daher einer ferner-

182 Kammer, Resc. Kammer-Schulden. Kirch. u. Schulangel.

weiten Verwaltung und deren rechtliche Verhältnisse einer Vertretung bedürfen; so wird der f. Kammer diese ihr bislang schon obgelegene Administration und Rechtsvertretung hierdurch fernerweit *vi specialis commissionis* übertragen, und dieselbe angewiesen, sich deren zu unterziehen, auch Kraft dieses insbesondere autorisirt, die gedachten Stifter und deren Gerechtsame in den etwa zu führenden Processen und bei allen sonstigen rechtlichen Verhandlungen, oder wo es weiter erforderlich sein mögte, zu vertreten.

Braunschweig, den 26. Mai 1819.

Kammer-Schulden.

B. die Schulden f. Kammer betr. (S. 155.) [No. 12.] (29. October 1821.)
(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 24.)

- §. 1. Die Verwaltung der f. Kammer-Schulden gehört vom 1. Januar 1822 an, zum Ressort des f. K. C. (S. 155.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 2. Was zu diesen Schulden gehört. (S. 155.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 3. Bestätigung des Landes-Grund-Gesetzes vom 1. Mai 1794 mit den angegebenen Abänderungen. (S. 156.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 4. Rückzahlung, wie in Ansehung der Landes-Schulden, vorgeschrieben ist, so wie auch (S. 157.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 5. wegen der Verzinsung; (S. 157.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 6. wegen der Zins-Erhebung, und (S. 157.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 7. wegen der zu bestellenden Cautionen. (S. 158.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)

Kirchen- und Schulangelegenheiten.

B. die Verwaltung der kirchlichen- und Schulangelegenheiten betr.
(S. 269.) [No. 19.] (14. April 1814.)

- §. 1. Die allgemeine Aufsicht über das evangelisch-lutherische Kirchen- und Schulwesen im Lande mit Einschluß des Fürstenthums Blankenburg und Stifamts Walkenried ist dem Consistorio übertragen. (S. 269.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 2. Dieses hat sich nach der Kirchen-Ordnung vom 1. Mai 1709 und den dahin gehörigen Verordnungen zu achten; die General-Superintendenten zc. haben demselben die gebührende Folge zu leisten, vorbehältlich des Vortrags der Gegengründe beim f. G. R. C. (S. 270.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 3. Es hat die Prüfung der Candidaten des Predigt- und des Schul-Amts. (S. 270.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 4. Das Präsentations-Recht zu den erledigten Pfarr- und Schul-Stellen verbleibt den Patronen. (S. 271.) [No. 19.] (14. April 1814.)
Wegen Besetzung der herrschaftlichen Pfarren macht das Consistorium Vorschläge. (S. 271.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 5. Die Militair-Schule bleibt von der Aufsicht des Consistorii ausgeschlossen. (S. 271.) [No. 19.] (14. April 1814.)

- §. 6. Verrichtung der Ordinationen der Prediger. (S. 271.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 7. Aufsicht über die Kirchen- und Schul-Diener — Corrections-Mittel — Suspension. (S. 272.) [No. 19.] (14. April 1814.)
Verfahren wegen der Absetzung der Kirchen- und Schul-Diener. (S. 272.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 8. Aufsicht über die richtige und vorschriftsmäßige Führung und Aufbewahrung der Kirchenbücher. (S. 272.) [No. 19.] (14. April 1814.) und
- §. 9. über die Aufrechthaltung der kirchlichen und Ehe-Gesetze. (S. 272.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 10. Ehe-Verbote ohne Zulassung einer Dispensation. (S. 273.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 11. Fälle der besondern Erlaubniß zur Eingehung der Ehe — Trauerjahr. (S. 273.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 12. Aufsicht auf die Befolgung der Vorschriften in Ansehung der Copulationen und Taufen — Dispensation vom Aufgebote. (S. 274.) [No. 19.] (14. April 1814.)
Gebühren für Hausaufen und Hauscopulationen in Braunschweig. (S. 274.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 13. Verheirathungen in den sogenannten geschlossenen Zeiten — Hochzeiten an Sonn- und Festtagen. (S. 274.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 14. Aufsicht über die Erhaltung und Verwendung des Kirchenvermögens und sonstiger, der Aufsicht des Consistorii untergebenen, Anstalten. (S. 274.) [No. 19.] (14. April 1814.)
Ausgenommen ist die Verwaltung des Vermögens der geistlichen Stiftungen in Braunschweig. (S. 275.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 15. Leitung der Baulichkeiten und Reparaturen an Kirchen- Pfarr- Schul- und sonstigen geistl. Gebäuden, mit Ausnahme der in der Stadt Braunschweig. (S. 275.) [No. 19.] (14. April 1814.)
Aufbringung der Kosten dazu. (S. 275.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 16. Weltliche Visitatoren. (S. 275.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- §. 17. Unterordnung der Geistlichkeit an der Domkirche in Braunschweig unter den Stadt-Superintendenten und des Superintendenten in Quedlinburg unter den General-Superintendenten in Braunschweig. (S. 276.) [No. 19.] (14. April 1814.)
- B. die Erhebung des Schulgeldes auf dem platten Lande durch die Ortsvorsteher betrft.** (S. 281.) [No. 21.] (2. Mai 1814.)
- §. 1. die Erhebung des Schulgeldes in den Dorfschaften, Flecken und Landstädten geschieht durch die Ortsvorsteher oder durch diejenigen, welche dazu beauftragt sind. (S. 281.) [No. 21.] (2. Mai 1814.)
- §. 2. Vorschriften wegen der Verzeichnisse der Schulkinder und Betrages des Schulgeldes. (S. 282.) [No. 21.] (2. Mai 1814.)

- S. 3. Einreichung der Restverzeichnisse an das Kr. Ger. zur Verfügung der Execution. (S. 282.) [No. 21.] (2. Mai 1814.)
- S. 4. Entschädigung für die Einhebung: — Verantwortlichkeit. (S. 282.) [No. 21.] (2. Mai 1814.)
- B. die Verlängerung des in der Kirchen-Ordnung vorgeschriebenen Lauf-Termins. (S. 53.) [No. 9.] (3. Mai 1815.)
- S. 1. Auf 6 Wochen bei 2—20 Rthlr. Strafe. (S. 53.) [No. 9.] (3. Mai 1815.)
- S. 2. Dringende Hindernisse können dispensiren, welche dem Prediger anzuzeigen sind. (S. 53.) [No. 9.] (3. Mai 1815.)
- B. die Sacularfeier des Reformationstages betr. (S. 37.) [No. 8.] (11. Sept. 1817.)
- Feier am 31. Oct., 1. und 2. Nov. 1817. (S. 37.) [No. 8.] (11. Sept. 1817.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. E. v. 9. Februar 1813.

Obgleich in einem Postscripte zu dem Consistorialauschreiben vom 29. Aug. 1767 die Abnahme der Kirchenrechnungen betr., bereits verordnet worden, daß die dabei zunehmenden Protocolle mit einem förmlichen Rechnungsabschlusse versehen werden sollen, so wird solches doch nicht überall auf gleiche Weise beobachtet. Das Consistorium findet daher nöthig, vorgedachte Verordnung hierdurch wieder in Erinnerung zu bringen und dieselben dahin zugleich zu modificiren, daß in dem Abschlusse des Rechnungsabnahmeprotocolls nicht der ganze active oder passive Vermögensbestand der Kirchen, welcher am Schlusse der Rechnungen selbst bereits angeführt worden, sondern nur der in der letzten abgenommenen Rechnung gebliebene Cassenvorrath oder Vorschuß des Rechnungsführers zu bemerken und durch die aus den gemachten Erinnerungen hinzukommenden zu restituirenden oder zu benificirenden Posten zu berichtigen ist, wie dieses das angehängte Formular in Mehreren ausweist. Indes haben die Rechnungsführer nicht den also berichtigten, sondern den in der letzten Rechnung angegebenen Vorrath oder Vorschuß, in die nächstfolgende Rechnung überzutragen, und die zu restituirenden oder zu benificirenden Posten in eben derselben unter den in dem vorgeschriebenen Rechnungsformulare dafür angewiesenen Rubriken, nämlich unter No. 3 der extraordinaireren Einnahme und No. 2 der extraordinaireren Ausgabe, anzuführen.

Uebrigens wird noch bemerkt, daß es mit dem Abschlusse in den besonders zunehmenden Protocolen über die Abnahme der Pfarrwittwenhausrechnungen auf gleiche Weise, wie in den über die Abnahme der Kirchenrechnungen zu halten ist, und daß die von den Herren Kirchencommissarien über die Rechnungen gemachten Erinnerungen nebst den von den Rechnungsführern eingereichten Beantwortungen derselben, den Abnahmeprotocollen selbst mit fortlaufenden Nummern einzuverleiben und nur durch die bekannten Bezeichnungsbuchstaben von einander zu unterscheiden sind.

For:

F o r m u l a r

z u m

Rechnungsabfchlusse in den Abnahmeprotocollen

über die

Kirchen- und Pfarrwittwenhaus-Rechnungen.

I. Falls die Casse Vorrath behält:

Abschluß.

In der letzten Rechnung vom Jahre

blieb Vorrath								

Dazu kommt an Restituendis

ex Mon.								
- Mon.								
- Mon.								
u. s. w.								

Summe . .								

Hievon geht ab an Bonificandis

ex Mon.								
- Mon.								
u. s. w.								

bleibt also wirklicher Vorrath								

II. Falls der Rechnungsführer Vorschuß hat:

Nach der letzten Rechnung vom Jahre

behielt der Rechnungsführer Vorschuß . . .								

Dazu kommt an Bonificandis

ex Mon.								
- Mon.								
u. s. w.								

Summe . .								

Hievon geht ab an Restituendis

ex Mon.								
- Mon.								
u. s. w.								

bleibt also wirklicher Vorschuß des Rechnungsführers								

Resc. f. E. v. 20. Januar 1815.

Die Geburt eines Kindes muß bei dem, der das Kirchenbuch der Gemeinde führt, von dem Vater oder der Hebamme binnen 24 Stunden unfehlbar angezeigt werden.

(S. Ludewig's tabellar. Uebersicht u. S. 1.)

Resc. f. E. v. 17. Mai 1815.

Da Se. herzogl. Durchlaucht den in der f. Kirchenordnung vom Jahre 1709 Th. I. Cap. VIII. §. III. für die Taufe neugeborner Kinder auf 3 bis 4 Tage beschränkten Termin durch die höchste Verordn. vom 3. Mai 1815 auf sechs Wochen zu verlängern geruht haben, so kann nunmehr, besonders in den Städten, wo mehrere Parochien sind, der Fall eintreten, daß die Aeltern eines Kindes vor dem Ablaufe des erwähnten Termins aus der Gemeinde, worin dasselbe geboren worden, in eine andere sich begibt und es daselbst zur Taufe bringt, und ist deshalb auf diesen, wenn gleich seltenen, doch möglichen Fall, durch ein unter eben dem Dato erlassenes höchstes Resc. bestimmt worden, daß alsdann die Taufgebühren für ein solches Kind nicht bloß in der Gemeinde, worin es getauft wird, sondern auch in der, worin es durch seine Geburt gehört, entrichtet und über deren Entrichtung gehörige Bescheinigungen beigebracht werden sollen.

Resc. f. E. v. 4. November 1815.

Obgleich die erneuerte f. Kirchenordnung vom Jahre 1709 für die Confirmation der Katechumenen keinen bestimmten Termin festgesetzt hat, so ist es doch nach und nach Observanz geworden, solche bald nach Ostern vorzunehmen; auch ist dieser Zeitpunkt dazu der bequemste und wird daher in den darüber erlassenen Consistorialauschreiben als angenommen vorausgesetzt.

Indessen sollen die Katechumenen neuerlich hier und da erst gegen Pfingsten, auch wol erst nach Pfingsten confirmirt und dadurch die Aeltern, welche ihre Kinder um Ostern auf eine auswärtige Schule schicken, oder bei Kaufleuten und Handwerkern in die Lehre geben, oder als Dienstboten vermietthen wollen, in nicht geringe Verlegenheit gesetzt sein.

Um nun allen Beschwerden hierüber vorzubeugen, wird vom f. Consistorio hiermit bestimmt, daß es bei der bisherigen guten Observanz verbleiben, und die Confirmation der Katechumenen, wenn nicht besondere Umstände einigen Aufschub derselben erfordern, durchgängig am ersten Sonntage nach Ostern verrichtet, auch deshalb der Vorbereitungsunterricht der Confirmanden um so mehr gleich nach Neujahr angefangen werden soll.

Auschreiben f. E. v. 25. Mai 1816.

Nachdem, zufolge der landesherrl. Verordn. vom 18. Decbr. v. J., (No. 19 der Verordn. Sammlung von 1813) höchsten Orts die nöthigen Verfügungen getroffen worden, um das f. Leihhaus zu Braunschweig und dessen Nebenzweige zu Holzminden und Blankenburg in den Stand zu setzen, sogleich nach dem 1. Januar 1816 alle bisher rückständig gebliebenen Zinsen abführen, und mit der Zahlung seiner laufenden Zinsen prompt fortfahren, auch die seit dem 1. Nov. 1813 eingegangenen Verbindlichkeiten jedesmal auf Verlangen obligationsmäßig erfüllen zu können; nachdem ferner durch die er-

wähnte Verordnung, daß in Ansehung der Belegung der den f. und klösterlichen Patronat-Kirchen hiesigen Landes zugehörigen Capitale bei f. Leihhause von nun an wieder nach Vorschrift der deshalb bestehenden Verordnungen und Ausschreiben verfahren werden soll, bestimmt, und solche zur genauesten Beobachtung ausdrücklich von Neuem in Erinnerung gebracht worden: so ist vom f. Consistorio für nöthig erachtet, sämtliche Prediger und andere Kirchen-Rechnungsführer hiesigen Landes mittelst gegenwärtigen Ausschreibens darauf besonders aufmerksam zu machen, und zugleich in Rücksicht der bei Ausstellung der Zinsquittungen zu beobachtenden Form, nach geschehener Communication mit f. Leihh. Com., einige Vorschriften hinzuzufügen.

Es sind also hiernach

1) nun wieder, wie vor dem Eintritte der westphälischen Usurpations-Periode, in Gemäßheit der bestehenden Verordnungen sämtliche in den Cassen f. und klösterlicher Patronat-Kirchen hiesigen Landes vorrätliche und, bei Bestreitung nothwendiger, sogleich eintretender oder nahe bevorstehender Ausgaben, entbehrliche Gelder in einer runden Summe nicht unter fünfzig Thalern bei f. Leihhause, gegen Ausstellung des gewöhnlichen Cassen-Scheins und einer förmlichen Obligation, auch unter Zusicherung der durch das an f. Consistorium erlassene und der f. Leihhaus-Commission bekannt gemachte höchste Resc. vom 13. Febr. 1804 verordneten Verzinsung jährlich zu drei und ein halb Procent zu belegen; jedoch ist davon zuvor jedesmal Anzeige zu machen.

2) Sollte auch vielleicht für eine f. oder klösterliche Patronat-Kirche ein Capital bei f. Leihhause noch zu geringern Zinsen, als drei ein halb Procent, ausstehen: so ist ohne Verzug bei f. Leihhaus-Commission, mit Anführung des erwähnten höchsten Resc., darauf anzutragen, daß die verordnungsmäßige höhere Verzinsung unter der zu dem Ende einzufendenden Original-Obligation bemerkt werde, und so weit die Zinsen noch nicht gehoben sind, jetzt und künftig zur Verfallzeit erfolge.

3) In Ansehung derjenigen Kirchen und andern frommen Stiftungen hiesigen Landes, welche nicht von der Landesherrschaft oder einem einheimischen Stifte oder Kloster als Patron releviren, hat es bei den, behuf zinsbarer Ausleihung der vorrätlichen Gelder gegen sichere gerichtliche Hypothek, allgemein zu beobachtenden Vorschriften sein Verbleiben, und wie f. Leihhaus zu einer jährlichen Verzinsung mit drei ein halb Procent an diese Kirchen und andere fromme Stiftungen nicht verpflichtet ist, so tritt auch keine Verbindlichkeit der Rechnungsführer ein, deren Cassen-Vorräthe bei f. Leihhause zu belegen.

4) Wenn eine Kirche schon eine Summe bei f. Leihhause ausstehen hat, so ist, zur Erleichterung der Zinsen-Erhebung und Berechnung, bei f. Leihh. Com., mit Einwendung der alten Obligationen, darauf anzutragen, daß die neu auszuleihende Capital-Summe der für dieselbe Kirche schon ausstehenden hinzugeschrieben, und über den ganzen Capitale-Betrag eine Obligation ausgestellt, auch das Quantum der Zinsen danach berechnet, und bis zur Belegung des neuen Capitals berichtigt, von da an aber der jährliche Zahlungstermin auf einen und denselben Tag bestimmt werde.

5) Die für die Kirchen etwa in Golde oder in feiner oder schwerer Silbermünze eingehenden Gelder sind, weil von f. Leihhaus=Casse alle Zinsen jetzt noch, ohne Berücksichtigung der Münzsorte, worin das Capital ausgethan ist, nur in Conventions=Münze bezahlt werden, vor deren Belegung bei f. Leihhause zum Besten der Kirche thunlichst vortheilhaft in Conventions=Münze zu verwechseln, und sodann in dieser auszuleihen; das Agio aber ist für die Kirche zu verwenden und gehörig zu berechnen.

6) Die Quitungen über die aus f. Leihhaus=Casse zu erhebenden Capital=Zinsen sind von den Kirchen=Rechnungsführern künftig, behuf mehrerer Genauigkeit, als bisher dabei hin und wieder beobachtet worden, jedesmal nach dem angehängten Formulare abzufassen, und mit den vollen Tauf- und Zunamen des Rechnungsführers, unter Bemerkung seines Amtes und Standes und Hinzufügung der Worte: „als zeitiger Rechnungsführer der Kirche zu N.“, zu versehen. Das Quantum der zu hebenden Zinsen an Thalern ist in der Quitung mit Buchstaben, darunter aber mit Zahlen anzugeben.

7) Diejenigen Kirchen=Rechnungsführer, welche Prediger sind, haben zu ihrer Legitimation unter der Quitung zugleich das Kircheniegel, welches sie führen, neben ihren Namen beizudrücken.

8) Diejenigen Kirchen=Rechnungsführer aber, welche nicht Prediger sind und kein Kircheniegel führen, haben ihre Zinsquitungen vor deren Einsendung an f. Leihhaus jedesmal dem Superintendenten der Inspection zur Beglaubigung ihrer Qualität als Rechnungsführer mittelst. eigenhändiger Unterschrift und des Zusatzes: „Superintendent der Inspection N.“, auch Beibrückung des Inspections=Siegels, vorzulegen. Diese Vorschrift ist besonders auch von neu angestellten Kirchen=Rechnungsführern und von den Rechnungsführern solcher Kirchen, wobei die Person des Rechnungsführers mit jedem Jahre wechselt, aufs Pünctlichste zu befolgen. Die Herren Superintendenten aber werden zugleich hierdurch angewiesen, den Rechnungsführern auf ihr Ersuchen die nöthige Beglaubigung in der gehörigen Form ohne Aufschub zu ertheilen.

9) Uebrigens sind die Zinsquitungen auf ungestempeltem Papiere, jedoch jede einzelne wenigstens auf einem besondern halben Bogen, so daß behuf des Einheftens an der linken Seite ein hinlänglicher Rand leer bleibe, auszustellen. — Auch bedarf es dann, wenn bloß von Einhebung der Zinsen die Rede ist, der Vorzeigung der Obligationen (welche sonst dem Vernehmen nach von Privat=Personen bei f. Leihhause verlangt wird) bei Kirchen und andern frommen Stiftungen nicht.

Formular zur Zinsquittung.

Auf das für die Kirche zu
unter dem

bei fürstlichem Leihhause zu

Procent ausstehende Capital zu

sind mir Endesunterscribenem die Zinsen vom

bis zum

mit

Thalern

Ggr.

Pf. aus fürstlicher Leihhaus-

Casse richtig ausgezahlt; welches durch diese Quittung von mir bescheinigt wird.

(Ort, Datum und Unterschrift des vollen Namens und Standes, auch das
Kirchensiegel.)

Thlr.	Ggr.	Pf.
-------	------	-----

Ausschreiben f. E. v. 12. Juni 1816.

Obgleich die erneuerte f. Kirchenordnung vom Jahre 1709 Th. I. Cap. XXII. bestimmt hat, an welchem Orte und in welchen Kirchen und Gemeinen die Proclamation und Copulation der Verlobten geschehen soll, auch die darin enthaltenen Bestimmungen durch mehrere ältere und neuere Consistorialauschreiben näher erläutert worden sind: so erhellet doch aus verschiedenen eingegangenen Anfragen und Berichten, daß darüber in einzelnen Fällen noch immer Zweifel, auch wohl Differenzen entstehen, und wird daher, um jene zu heben und diese zu beseitigen, vom f. Cons. mit höchster Genehmigung fürs künftige Folgendes hierdurch festgesetzt:

I. Was die Proclamation der Verlobten betrifft, so ergibt sich

1) wie aus der Natur und dem Zwecke derselben, so auch aus §. III. des angeführten Abschnitts der Kirchenordnung, daß solche in allen und jeden Fällen an den Orten und in den Kirchen und Gemeinen geschehen müsse, wo die Verlobten zur Zeit der Proclamation ihren Aufenthalt haben, es mag dieß erst seit Tagen und Wochen oder seit Monaten und Jahren der Fall gewesen sein, und sie mögen daselbst ansässig sein oder nicht; woraus denn ferner folgt, daß, wenn beide Verlobte an verschiedenen Orten sich aufhalten oder zu verschiedenen Gemeinen gehören, das Aufgebot in beiden zugleich geschehen müsse.

2) Da aber nach §. VI. des allegirten Abschnitts der Kirchenordnung die Prediger keine fremde Leute, die nicht in ihre Pfarre gehören, oder sich nicht eine geraume Zeit (welche in hiesigen Landen wenigstens auf ein halbes Jahr bestimmt worden) darin aufgehalten haben, ohne Vorzeigung glaubwürdiger schriftlicher Zeugnisse proclamiren und trauen sollen, und dergleichen Zeugnisse, gemeiniglich Integritätscheine genannt, wodurch

insonderheit die Ehelosigkeit der zu proclamirenden und copulirenden Personen attestirt wird, ohne vorgängiges öffentliches Aufgebot an dem Orte, woher sie erfolgen sollen, nicht ertheilt werden können; so sind solche Personen, welche erst seit kurzer Zeit, mithin noch kein volles halbes Jahr, an einem Orte sich aufgehalten haben, auch da, wo sie vorhin ihren Aufenthalt hatten, zu proclamiren, jedoch, wenn sie schon eine solche geraume Zeit außer ihrem Geburtsorte oder dem Wohnorte der Aeltern sich aufhielten, nach §. IV. des angeführten Kapitels der Kirchenordnung, deshalb nicht gerade an diesen zurückzuweisen oder von dem Prediger desselben zurückzufordern.

3) Sollten auch bei fremden und unbekannten Personen, zumal wenn sie aus der Ferne kommen, oder an mehreren Orten nach einander sich aufgehalten haben, gegen deren Ehelosigkeit nach dem Aufgebote am Orte ihres letzten Aufenthalts und einem daher erfolgten Integritätscheine noch Zweifel übrig bleiben, oder diesen und jenen, der weiten Entfernung und Kürze der Zeit wegen oder aus andern Ursachen, die Bewirkung eines auswärtigen Aufgebots und die Beibringung des erforderlichen Integritätscheins unmöglich sein, so haben die Prediger in solchen, wie in andern zweifelhaften Fällen an das f. Conf. zu berichten, welches alsdann ermäßigen wird, ob dergleichen Personen zur eiblichen Erhärtung ihrer Ehelosigkeit zugelassen werden mögen oder nicht.

II. Die Copulation der Verlobten gehört nach §. VIII. des mehrberegten Abschnitts der Kirchenordnung an den Ort, wo die Braut bis zur Hochzeit eingeparrt gewesen, und es ist daher

1) wenn die Copulation auf Verlangen und aus besonderen Gründen an einem andern Orte geschieht, vor derselben dem Prediger des Orts, wohin sie eigentlich gehört, wegen der Copulationsgebühren Abtrag zu machen, auch ein von ihm ausgestellter Dimissorialschein zeitig genug beizubringen.

2) Damit auch keinem Prediger das ihm hierunter zustehende Recht und Gebühr unter irgend einem Vorwande, auch nicht unter dem einer eingetretenen Ortsveränderung, entzogen werden könne, so soll die Braut nur dann, wenn sie den Ort ihres Aufenthalts wenigstens einen Monat lang vor der Proclamation verändert hat, als an ihrem neuen Aufenthaltsorte eingeparrt betrachtet, im gegentheiligen Falle aber, wenn sie späterhin, vielleicht erst gegen die Hochzeit, an einen andern Ort geht, in Ansehung der Copulationsgebühren an den, wo sie bisher eingeparrt gewesen, zurückgewiesen werden.

3) Wie indeß den Diensthofen, welche sich gern bei ihren Aeltern, oder andern nahen Angehörigen trauen lassen, von jeher freigestellt worden, ob sie an dem Orte ihres letzten Aufenthalts- oder an ihrem Geburtsorte und dem Wohnorte ihrer Aeltern copulirt sein wollen, so hat es dabei fernerhin sein Verbleiben, wenn sie nur zu dem letztern vor der Proclamation zurückgekehrt sind, und, wie oben bemerkt worden, an dem erstern zugleich proclamirt werden, auch von demselben den Proclamations- und Integritätschein mitbringen.

4) Uebrigens beziehen diese Bestimmungen sich mehr auf solche Personen, die vor der Copulation den Wohnort, als auf solche, die an einem und demselben Orte nur die

Parochie verändern, und mag es also in Ansehung dieser in den Städten, wo mehrere Parochien sind, bei der bisherigen Observeanz verbleiben.

Ausschreiben f. E. v. 20. September 1817.

In Beziehung auf die höchste Verordn. vom 11. Sept. 1817, die im laufenden Jahre 1817 wieder eintretende Secularfeier der Reformation der christlichen Kirche betreffend, läßt f. Conf. den Generalsuperintendenten ein höchsten Orts genehmigtes Reglement über die Einrichtung der auf den 31. Oct. und 2. Nov. 1817 angeordneten kirchlichen Feier, nebst den dazu gehörigen Gebetsformularen, hierbei zugehen, um sowohl sich selbst danach zu achten, als auch den ihnen subordinirten Specialsuperintendenten und Predigern von den anliegenden gedruckten Exemplaren die nöthige Anzahl, nebst einem Exemplare des gegenwärtigen Ausschreibens für Jeden, zur Nachachtung mitzutheilen; wobei noch bemerkt wird, daß die Schullehrer, auch die Dpferleute und übrigen Kirchendiener in den Städten, wie die Dpferleute und Schullehrer auf dem Lande zu dem, was ihnen in Hinsicht der angeordneten Feier obliegt, von den ihnen vorgelegten geistlichen Behörden näher anzuweisen sind.

Bei den öffentlichen Kanzelvorträgen ist insonderheit der zwiefache Gesichtspunct, aus welchem nach §. 3 des Reglements die Feier des ersten, und nach §. 6 die des zweiten Festtages zu betrachten und zu behandeln sein wird, nicht aus der Acht zu lassen; und wie hiernach für jeden dieser beiden Tage besondere biblische Texte, auch um ein freies Nachdenken darüber auf keine Weise zu beschränken, deren mehrere ausgewählt worden, so ist um so weniger zu bezweifeln, daß die Prediger aus der Menge erbaulicher Betrachtungen, die eine solche Feier darbietet, gerade diejenigen ausheben werden, welche der zwiefachen Absicht derselben und den verschiedenen Bedürfnissen der Gemeinden am angemessensten zu sein scheinen.

Reglement für die Secularfeier der Reformation in den Gymnasien der herzogl. braunschweigischen Lande im Jahre 1817.

§. 1. Diese Feier, welche in allen Gymnasien hiesiger Lande am 1. Nov. d. J. begangen werden soll, ist von den dirigirenden Lehrern derselben durch gedruckte Programme vorher anzukündigen und das am Schulwesen theilnehmende Publicum gebührend dazu einzuladen.

§. 2. Die Feier selbst beginnt, nachdem die Lehrer und Schüler nebst den Zuhörern im ersten Classenzimmer sich versammelt haben, zu der bei dergleichen Feierlichkeiten sonst gewöhnlichen Zeit, also um 9 Uhr Vormittags oder um 2 Uhr Nachmittags, mit einer angemessenen Vocal- und Instrumentalmusik, welche von einem Musikverständigen dirigirt wird.

§. 3. Der Ephorus des Gymnasiums eröffnet dann dieselbe mit einer kurzen Anrede an die Versammlung, um sie mit der eigentlichen Absicht und Tendenz der Feier näher bekannt zu machen; der erste Lehrer aber hält eine lateinische und ein anderer Lehr-

rer eine deutsche Rede worin besonders Luthers und der übrigen Reformatoren Verdienste um das Schulwesen und die wohlthätigen Folgen der Reformation für dasselbe dargestellt werden.

§. 4. Hierauf folgen die Redeübungen der Schüler aus verschiedenen Classen, deren Anordnung und Einrichtung den Lehrern überlassen bleibt, die jedoch sämmtlich auf den Hauptzweck der Feier irgend eine Beziehung haben müssen.

§. 5. Die ganze Feierlichkeit wird endlich mit einer kurzen Musik beschlossen.
Wolfenbüttel, den 20. September 1817.

Aus Fürstlichem Consistorio.

Resc. f. C. v. 13. December 1817.

Es ist vorgekommen, daß man die in dem Ausschreiben vom 12. Juni 1816, den Ort der Proclamation und Copulation der Verlobten betreffend, unter No. II. 3 enthaltene Vorschrift, nach welcher die Braut, wenn sie einen Monat lang vor der Proclamation an einem Orte sich aufgehalten habe, als an diesem Orte eingepfarrt und daselbst copulirt werden soll, auch auf den Fall, wenn eine Braut vor ihrer Verheirathung, ohne besondere Erlaubniß dazu erhalten zu haben, sich zu dem Bräutigam begibt und in dessen Wohnung sich aufhält, habe anwenden wollen. Da aber ein solcher Aufenthalt nach dem Consistorialauschreiben vom 5. Febr. 1733 gesetzwidrig ist, und durch ein gesetzwidriges Verfahren Niemand ein Recht, mithin auch nicht das Recht, sich an einem Orte als eingepfarrt zu betrachten, verlangen kann, so ergibt sich von selbst und wird hiemit ausdrücklich erklärt, daß obgedachte Vorschrift auf den in Rede stehenden Fall nicht anzuwenden ist.

Resc. f. C. v. 7. März 1818.

Da durch ein, unterm 27. Febr. 1818 erlassenes höchstes Resc. erklärt worden, daß das in Hinsicht der Unterofficiere und Soldaten bestehende Verbot, sich ohne Consens ihrer Bataillonschefs zu verheirathen, auch auf die Reserve auszudehnen sei, und daher keine Unterofficiere oder Soldaten von der Reserve vor Production des vorschriftsmäßigen Heirathscensuses proclamirt und copulirt werden dürfen, so haben die Generalsuperintendenten solches den ihnen untergeordneten Specialsuperintendenten und durch dieselben den Predigern, ingleichen den Opperleuten an den Stadtkirchen, zur Nachricht und Nachachtung forderndst zu eröffnen, auch sich selbst danach zu achten.

Resc. f. C. v. 8. Juli 1818.

Da durch ein höchstes Resc. vom 12. v. M., die in den officiellen Unterschriften der geistlichen und weltlichen Kirchen- und Schulvisitatoren zu beobachtende Ordnung betreffend, auf die desfallsigen Anträge des f. Consistorii bestimmt worden, daß die jetzigen f. Kreisbeamten, als den vormaligen Oberbeamten gleichstehend, mit den Specialsuperintendenten nach dem verschiedenen Dienstalter rangiren, die Generalsuperintendenten aber im Allgemeinen den Vorrang vor den Kreisbeamten haben sollen, jedoch mit der Einschränkung, daß wenn einem der letztern der Charakter eines Geheimenjustizraths beigelegt werde,

werbe, derselbe alsdann dem Generalsuperintendenten der Diöces vorgehe, auch in der Stadt Braunschweig der jedesmalige Stadtdirector den Rang vor dem dasigen Generalsuperintendenten behalte, so wird den Kr. Ger. solches hiermit zur Nachricht mitgetheilt.

Resc. f. C. v. 30. December 1818.

F. Conf. läßt den f. Kr. Ger. ein zu Befolgung eines an dasselbe ergangenen höchsten Resc. vom 4. Decbr. 1818 unter dem 30. Decbr. 1818 an die geistlichen Behörden im Lande erlassenes gedrucktes Consistorial-Ausschreiben nebst dazu gehörigem Formulare, das Kirchen- u. Rechnungswesen betreffend, hiebei zugehen, und fordert dieselben zugleich auf, die danach, in Hinsicht auf die ihnen, als weltlichen Kirchen-Visitatoren, obliegende fernere Monitor, Abnahme und Einsendung der Kirchen-Rechnungen nöthigen Nachrichten den Superintendenten, behuf Ausfüllung der vorgeschriebenen Tabelle, unfehlbar mitzutheilen, wie f. Conf. denn das Vertrauen heget, die f. Kr. Ger. werden auch von ihrer Seite zur Herstellung, Erhaltung und Beförderung der für den Staat so wichtigen Ordnung und Pünctlichkeit im Kirchen- u. Rechnungswesen, so viel als nur geschehen kann, mitzuwirken nicht ermangeln.

Resc. f. C. v. 30. December 1818.

Da höchsten Orts, zufolge eines, unter dem 4. Decbr. 1818, an f. Conf. erlassenen Resc. beschlossen worden, daß die den Oberhauptleuten bisher obgelegene unmittelbare Einsendung der vierteljährigen Verzeichnisse der noch nicht abgenommenen Kirchen- und Pfarrwitwenhaus-Rechnungen künftig nicht mehr Statt finden, sondern dagegen von Seiten des f. Conf. alljährlich ein Hauptbericht über den Zustand, in welchem das gedachte Rechnungswesen im ganzen Lande sich befinde, erstattet werden solle, und aus diesem, spätestens im Monat März jeden Jahrs einzureichendem Berichte besonders hervorgehen müsse, wie weit eine jede Behörde im Rechnungswesen vorgeschritten sei, und ob und welche Rückstände sie noch habe; so bedarf f. Conf. behuf Erstattung solchen Reports, mit dem Anfange jeden Jahrs von den sämtlichen Superintendenten hiesigen Landes einer genauen, übersichtlichen Benachrichtigung, bis zu welchem Jahre einschließlich von jeder der Rechnungsführung unterworfenen Kirchen- und Pfarrwitwenhaus-Casse in der einem Jeden von ihnen anvertrauten Special-Inspection die Rechnungen

1) vom Rechnungsführer gefertigt und an den geistlichen Kirchen-Visitator zur Monitor abgegeben;

2) vom geistlichen Visitator monirt und an den weltlichen zur fernern Monitor befördert;

3) vom letztern gleichfalls monirt, und die Monita dem Rechnungsführer zur Beantwortung zugestellt;

4) vom Rechnungsführer die Monita beantwortet und mit der Beantwortung zurückgegeben, und

5) wie weit vom weltlichen Kirchen-Visitator die Rechnungen abgenommen und mit den Abnahme-Protocollen an f. Conf. zur Revision eingesandt worden.

Zu dem Behufe ist ein gedrucktes Formular zu einer die vorerwähnten Punkte enthaltenen Tabelle beigelegt, und haben sämtliche Specialsuperintendenten eine danach abgefaßte, tabellarische Uebersicht des Kirchen- u. Rechnungswesens in ihren Inspectionen vor Ablauf des Monats Januar jeden Jahrs, bei Vermeidung einer Strafe von 5 Thlr., zu fertigen und unmittelbar an f. Cons. einzusenden.

Bei der Abfassung solcher Tabelle ist zugleich Folgendes zu beobachten:

1) In der zweiten Columnne muß, wenn der zeitige Prediger Rechnungsführer seiner Kirche ist, der Stand desselben, wenn aber ein anderer die Rechnung führt, dessen Stand oder Dienst z. B. Kämmerer, Altarist u. dabei bemerkt werden;

2) Die letzte Columnne noch etwanige, das Rechnungswesen bei einer oder der andern Kirche betreffende Bemerkungen, wie z. B. nöthigen Falls die Angabe der Ursachen besonderer Verzögerung u. enthalten.

3) Diejenigen Nachrichten, welche die Superintendenten aus eigener Wissenschaft nicht geben können, haben dieselben theils von dem Kirchen-Rechnungsführer, und theils von den f. St. und Kr. Ger., welche ihnen solche jedesmal in der ersten Hälfte des Januars mitzutheilen aufgefordert sind, zeitig genug sich zu verschaffen, auch in dem Falle, wenn ihre deshalb angewandten Bemühungen wider Verhoffen fruchtlos geblieben sein sollten, dessen in dem bei Einsendung der Tabelle zu erstattenden Berichte ausdrücklich zu erwähnen.

U e b e r s i c h t

des

Kirchen-Rechnungswesens in der Special-Inspection Achim
am Schlusse des Jahrs 1818.

N a m e n der V e r t e r.	N a m e n der R e c h n u n g s - f ü h r e r.	bis abgegeben	bis incl.	bis incl.	bis incl.	bis incl.	bis incl.	Bemerkungen.

Resc. f. E. v. 10. März 1819.

Den f. Kr. Ger. wird ein unterm heutigen Dato an die Generalsuperintendenten und übrigen geistlichen Behörden im Lande von f. Conf. erlassenes gedrucktes Ausschreiben, die den Specialsuperintendenten obliegende Fertigung und Einsendung jährlicher Auszüge aus den Rechnungen der unter der Aufsicht des f. Conf. stehenden Kirchen, Pfarrwittwenhäuser und andern *piorum corporum* betreffend, nebst dazu gehörigem Formulare hiebei zur Nachricht mitgetheilt.

Schon durch die Consistorialauschreiben vom 16. Aug. 1777, 26. Mai 1790 und 3. Sept. 1800 ist die zur Erhaltung der Ordnung im Rechnungswesen der unter der Aufsicht des f. Conf. stehenden Kirchen, Pfarrwittwenhäuser und andern *piorum corporum* hiesigen Landes und zu unserer Uebersicht des Vermögens- und dessen Cassenzustandes derselben so nöthige und nützliche Fertigung und Einsendung jährlicher Auszüge aus den Kirchen- u. Rechnungen angeordnet. Diese Anordnung ist mehrertheils von den Superintendenten befolgt, jedoch in den neuern Zeiten, besonders während der feindlichen Herrschaft, hin und wieder in Vergessenheit gerathen, so daß seit mehreren Jahren die Auszüge aus den Rechnungen der Kirchen u. verschiedener Inspectionen fehlen.

Da nun solcher Versäumniß länger nicht nachgesehen werden kann, Wir es auch rathsam finden, eine gleichförmige und vollständige Einrichtung dieser bisher in verschiedenen Formen und zum Theil sehr kurz abgefaßten Auszüge anzuordnen, so beschließen wir, in Beziehung auf den Inhalt des Eingangs angeführten Ausschreibens hierdurch Folgendes:

1) Die Rechnungen der unter der Aufsicht des f. Conf. stehenden Kirchen, Pfarrwittwenhäuser und andern *piorum corporum* vom letztverfloßenen Jahre sind jedesmal vor Ende des Monats März des laufenden Jahrs, bei Vermeidung der ordnungsmäßigen Strafe von fünf Thalern, von den zeitigen Rechnungsführern derselben zu fertigen und an den Superintendenten der Inspection abzugeben. Auch ist dabei, wenn der nach dem Abschlusse gebliebene Vorrath funfzig Thaler und darüber beträgt, zu bemerken, ob solcher bereits für die Kirche u. zinsbar ausgeliehen, oder zu nothwendigen Ausgaben derselben gebraucht sei, oder doch zu bevorstehenden dringenden Bedürfnissen der Kirche u. — und zu welchen — aufbewahrt und verwendet werden müsse. Bei Abfassung der Rechnungen sind aber jederzeit nur wirklich eingegangene (nicht aber noch rückständige) Posten in Einnahme aufzuführen, damit nicht etwa Rückstände, in Hoffnung baldiger Zahlung, in den Abschluß kommen und den angegebenen Betrag des Vorrathes oder Vorschusses unrichtig machen.

2) Die Superintendenten haben sodann vor Ablauf des nächstfolgenden Monats April, bei Vermeidung einer Strafe von zehn Thalern, welche mit jeder ferner veräumten Woche um einen Thaler steigt, aus jeder besonderen Rechnung einen besondern Auszug auf einem getrennten Bogen in der durch das anliegende gedruckte Formular bestimmten Form zu fertigen und an f. Conf. einzusenden.

3) Unter jedem Kirchen-Rechnungs-Auszuge ist, wenn zugleich eine Pfarrwittwenhaus-Rechnung geführt wird, hinzuzusetzen: „Hierbei auch ein Auszug aus der Pfarrwittwenhaus-Rechnung,“ — sonst aber: „Eine Pfarrwittwenhaus-Rechnung wird, weil die Wittve Pastorin *** die Einkünfte vom Pfarrwittwenhause zieht, jetzt nicht angefertigt.“ Die Auszüge aus den Rechnungen der Kirchen, so wie der Pfarrwittwenhäuser und andern *piorum corporum* sind übrigens in gleicher Form, nur mit den nöthigen Abänderungen, anzufertigen. Auch sind, der Kürze wegen, immer nur diejenigen Rubriken in den Auszügen anzuführen, worin wirkliche Einnahme und Ausgabe vorkommt, die übrigen aber wegzulassen.

4) Die sämtlichen Rechnungs-Auszüge derselben Special-Inspection sind mit fortlaufenden deutschen Zahlen zu bezeichnen, und zwar dergestalt, daß jedesmal auf den Auszug aus der Rechnung der Mutterkirche der aus der Rechnung des Pfarrwittwenhauses an demselben Orte (wenn eine solche geführt wird) und sodann die aus den Rechnungen der Filialkirchen folgen, z. B. 1) Groß Stöckheim, Kirche. 2) Groß Stöckheim, Pfarrwittwenhaus. 3) Leiferde, Kirche. 4) Thiede, Kirche. 5) Aldersheim, Kirche. 6) Aldersheim, Pfarrwittwenhaus. 7) Immendorf, Kirche u.

5) In dem die Rechnungs-Auszüge begleitenden Berichte sind selbige nach den Nummern, womit sie bezeichnet worden, einzeln aufzuführen, sodann aber diejenigen Kirchen u. der Inspection, von welchen die Auszüge noch fehlen, der Reihe nach anzugeben; auch ist zu bemerken, ob die Säumigkeit der Rechnungsführer in Fertigung und Einreichung der Kirchen- u. Rechnungen das Zurückbleiben der Auszüge veranlaßt habe.

Die Generalsuperintendenten haben nun dieses Ausschreiben nebst Formulare den ihnen untergeordneten Superintendenten und durch diese den sämtlichen Predigern und Rechnungsführern der Kirchen und andern *piorum corporum* in ihren General-Inspectionen zur Nachricht und Nachachtung fordersamst zuzustellen, sich auch, so fern es sie betrifft, selbst danach zu achten.

Wolfenbüttel, den 10. März 1819.

Fürstl. Braunschw. Lüneb. Consistorium.

A u s z u g
aus der Rechnung der Kirche
zu
vom Jahre

Zeitiger Rechnungsführer ist der Pastor
zu

I. E i n n a h m e.										Thaler	Ggr.	Pf.
A. Currente Einnahme.												
1.	*	*	*	*	*			
2.	*	*	*	*	*			
3.	*	*	*	*	*			
u. f. w.												
Zusammen . . .												
B. Extraordinaire Einnahme.												
1.	*	*	*	*	*			
2.	*	*	*	*	*			
3.	*	*	*	*	*			
u. f. w.												
Zusammen . . .												
Wiederholung.												
A. Currente Einnahme												
B Extraordinaire Einnahme												
Summa aller Einnahme .												

II. A u s g a b e.						Thaler.	Ggr.	Pf.
A. C u r r e n t e A u s g a b e.								
1.	*	*	*	*
2.	*	*	*	*
3.	*	*	*	*
u. f. w.								
Zusammen . . .								
B. E x t r a o r d i n a i r e A u s g a b e.								
1.	*	*	*	*
u. f. w.								
Zusammen . . .								
W i e d e r h o l u n g.								
A. C u r r e n t e A u s g a b e								
B. E x t r a o r d i n a i r e A u s g a b e								
S u m m a a l l e r A u s g a b e .								
A b s c h l u ß.								
I. E i n n a h m e								
II. A u s g a b e								
Vorrath (Vorschuß)								
(Hierunter ist, wenn der Vorrath 50 Thlr. und darüber beträgt, zu bemerken, ob solcher bereits für die Kirche zinsbar ausgeliehen oder zu nöthigen Ausgaben derselben verwendet sei, oder aber zu bevorstehenden dringenden Bedürfnissen der Kirche — und zu welchen — aufbewahrt und noch verwendet werden müsse.)								
III. A c t i v - u n d P a s s i v - Z u s t a n d.								
A. A c t i v a.								
1.	*	*	*
u. f. w.								
Zusammen . . .								
B. P a s s i v a.								
1.	*	*	*
u. f. w.								
Zusammen . . .								
(Sind Activa oder Passiva etwa nicht vorhanden, so wird dieses angemerkt.)								

Resc. f. E. v. 21. August 1819.

Da durch das Circularaus Schreiben vom 4. November 1815, die Confirmation der Katechumenen in hiesigen Landen allgemein auf den ersten Sonntag nach Ostern bestimmt worden, so ergiebt sich hieraus von selbst, daß dieser Termin nicht eigenmächtig verändert, auch außer demselben kein Kind ohne besondere Erlaubniß des f. Conf. privatim confirmirt werden darf. Gleichwohl ist in Erfahrung gebracht, daß dem Einem wie dem Andern hier und da noch zuwider gehandelt wird, und haben die Generalsuperintendenten deshalb die ihnen subordinirten Specialsuperintendenten und Prediger zu erinnern, daß sie in beiden Fällen um Dispensation von der allgemeinen Regel bei f. Conf. nachzusuchen hätten, wie denn dieselben sich auch ihrerseits hiernach zu achten nicht ermangeln werden.

Resc. f. E. v. 1. März 1820.

Auf Veranlassung verschiedener eingegangener Anfragen und Gesuche ist höchsten Orts darauf angetragen, daß wegen der von den Reformirten, Katholiken und Juden in der Stadt Wolfenbüttel, ingleichen in den Landstädten und auf dem platten Lande, wie vormalß, wieder zu entrichtenden Parochial- und Stolzgebühren eine allgemeine Verfügung erlassen werden möchte; es ist jedoch durch ein höchstes Resc. d. d. 24. Febr. 1820 hierauf eröffnet worden, daß die Landesregierung, wenn in bestimmten Fällen Beschwerden über diesen Gegenstand erhoben werden sollten, deshalb dem Befinden nach Verfügung erlassen werden würde.

Um nun fernerer Anfragen darüber vorzubeugen wird den Generalsuperintendenten und durch dieselben den ihnen subordinirten Superintendenten und Predigern Vorstehendes hierdurch unterhalten.

Resc. f. E. v. 24. März 1821.

Die landesherrliche Verordn. vom 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betreffend, enthält im §. 11 die Vorschrift:

„Wittwen dürfen ohne vorherige, nach vorgängiger Untersuchung der Sache, erhaltene Erlaubniß des Conf. nicht vor dem Ablaufe des zehnten Monats nach dem Absterben ihres vorigen Ehemannes wieder zur anderweiten Ehe schreiten.“

Die hiernach erforderliche Untersuchung bezwecket aber jedesmal eine möglichst genaue Erörterung der Frage: ob es für gewiß anzunehmen sei, daß eine Schwangerschaft der Wittve, welche sich anderweit verheirathen will, aus der, durch den Tod ihres Ehemannes getrennten Ehe nicht Statt finde. Mit Ausnahme besonderer Fälle, zum Beispiel einer hinlänglich bescheinigten ununterbrochenen langen Abwesenheit, vom Todestage des Ehemannes zurückgerechnet, oder der nach diesem Zeitpunkte erfolgten Niederkunft der Wittve, lassen sich jedoch, nach der Meinung bewährter Natur- und Arzneikundiger vor dem Ablaufe von sieben Monaten seit dem Absterben ihres Ehemannes untrügliche Kennzeichen der Schwangerschaft nicht mit Zuverlässigkeit wahrnehmen; auch liegt es übrigens in der Natur der Sache, daß nur eine gehörig geprüfte und zu ihrem Dienste eidlich verpflichtete Hebamme, oder ein in der Entbindungskunst Erfahrener und zu deren

Ausübung Ermächtigter sichere Auskunft hierüber, nach angestellter genauer Untersuchung, geben kann.

Gleichwohl sind bei f. Conf. von Zeit zu Zeit und besonders neuerlich mehrmals Gesuche von Wittwen um Erlaubniß zur anderweiten Verheirathung während der zehnmonatlichen Trauerzeit, ungeachtet des wegen dieses Gegenstandes bereits unter dem 10. Oct. 1731 erlassenen Consistorialauschreibens, theils ohne Angabe und glaubhafte Bescheinigung des Todestages des Ehemannes, theils vor Ablauf von sieben Monaten seit dessen Absterben, theils auch ohne das nöthige Zeugniß einer Hebamme, und theils zwar mit einem solchen, jedoch zu früh oder unsörmlich oder unglaublich ausgestellten Zeugnisse eingereicht.

Um nun ähnlichen Unordnungen und vergeblichen Gesuchen der Wittwen künftig vorzubeugen und Gleichförmigkeit und Genauigkeit in der Behandlung dieser Sache zu bewirken, hat f. Conf. nöthig und rathsam gefunden, folgende allgemeine Vorschriften hierüber zu ertheilen:

1) Das Gesuch für eine Wittve um Dispensation zur anderweiten Verheirathung während der gesetzlichen Trauerzeit ist jedesmal von demjenigen Prediger, welchem die Trauung gebührt, in den mit zwei Predigern versehenen Stadtgemeinen aber von einem derselben, auf einem gewöhnlichen Stempelbogen, mit Anführung der Gründe, wodurch selbiges unterstützt wird, bei f. Conf. vorzutragen, und zwar, außer den vorhin erwähnten besonderen Fällen,

2) erst nach dem Ablaufe von sieben Monaten seit dem Tage des Absterbens ihres Ehemannes.

3) Dem Gesuche ist zur Bescheinigung dieses Todestages ein darüber lautender Auszug aus dem Kirchenbuche in glaubhafter Form beizufügen, auch ist mit demselben

4) ein von einer beeidigten Hebamme oder einem in der Entbindungskunst Erfahrenen und zu deren Ausübung Ermächtigten, auf den Grund einer erst nach Ablauf von sieben Monaten seit dem Tode des Ehemannes vorgenommenen genauen Untersuchung, eigenhändig ausgestelltes, mit Ort, Datum und Unterschrift versehenes und vom Prediger, mittelst Namensunterschrift und Bedrückung des Kirchenriegels, beglaubigtes, oder, wenn die Hebamme nicht schreiben kann, ein vom Prediger über ihre Aussage abgefaßtes und mit seiner Namensunterschrift und dem Kirchenriegel versehenes Zeugniß darüber: „daß die um Dispensation bittende Wittve bei der Untersuchung nicht schwanger befunden sei“ so wie

5) der Betrag der mit 1 Rthlr. 6 Ggr. zu erlegenden Dispensionsgebühren, nebst 2 Ggr. für Inquisition portofrei einzusenden.

Revis. Resc. f. C. v. 1. December 1821.

Ein Militair, welcher als Wittwer, der nach gesetzlicher Scheidung von seiner bisherigen Ehefrau sich anderweit verheirathen will, hat dazu allerdings den Consens von der Militairbehörde beizubringen, weil in den von derselben ertheilten Consensen nicht im

Allgemeinen die Erlaubniß, sich zu verheirathen, sondern mit der darin bestimmt genannten Person ertheilt wird, und es darf daher die Copulation mit keiner andern, als dieser Person geschehen, indem es den Militairbehörden aus mehreren Gründen nicht gleichgültig sein kann, mit welcher Person sich ein Militair verheirathet.

Anlangend die Anerkennung der unehelichen Kinder, welche von Ehemännern erzeugt sind, so ist, da diese Fälle hoffentlich nur sehr selten eintreten werden, davon jedesmal an das f. Conf. zu berichten.

Resc. f. G. R. E. v. 3. Juli 1822.

Es wird dem f. Conf. wegen der von dem Schullehrer N. in N. in Anspruch genommenen gesetzlichen Erhöhung des bisher von den basigen Gemeinden nicht nach der Anzahl der Kinder, sondern der Häuser entrichteten Schulgeldes, unverhalten: daß die Vorschrift der Schulordnung allerdings auch auf Fälle der vorliegenden Art ihre Anwendung finde, und das gerügte Herkommen, daß das Schulgeld zeitlich von den Häusern entrichtet worden, durchaus nichts ändern könne, indem, falls dieses Herkommen älter, als die Schulordnung sein sollte, solches durch letztere aufgehoben ist; wenn dasselbe aber später entstanden, die gesetzliche Disposition der Schulordnung dadurch nicht aufgehoben werden kann. Es bedarf daher einer Declaration derselben für Fälle dieser Art nicht und hat f. Conf. die supplicirenden Gemeinden N. zu der Bezahlung des gesetzlichen Schulgeldes anhalten zu lassen.

Resc. f. E. v. 13. November 1822.

Auf den geschehenen Antrag, daß das Aufgebot der Dienstboten nicht ohne vorherige obrigkeitliche Erlaubniß geschehen möge, indem durch dergleichen Verheirathung, welche die Führung eines separaten Haushalts bezwecke, oft nachtheilige Folgen herbeigeführt würden, erwibert f. Conf.: daß diese Ansicht wohl berücksichtigt zu werden verdiene, und f. Conf. — da dergleichen Anordnung nicht bloß in dem Bezirke einer einzelnen, sondern auch in den übrigen Diöcesen zu treffen gerathen sein werde, — das Erforderliche zu verfügen, und ein Circularaus Schreiben dieserhalb an die sämmtlichen Generalsuperintendenten in den hiesigen Landen zu erlassen, nicht abgeneigt sei, wenn dieserhalb an dasselbe sich gewandt und das angeführte höchste Resc. vom 11. Juli 1820 in beglaubigter Abschrift beigelegt werde.

Resc. f. E. v. 11. December 1822.

Durch ein Consistorial-Postscript vom 29. Dec. v. J. sind die Prediger bereits aufmerksam gemacht, daß das Heirathen der Gesellen ohne Erlaubnißschein vom Gerichte verboten sei.

Da es nun mit den Dienstboten eine ähnliche Bewandniß hat, indem sie, wenn sie ohne eine von der betreffenden Obrigkeit zuvor erhaltene Erlaubniß, sich eigenmächtig verhehlichen und einen besondern Haushalt da, wo sie sich aufhalten, anfangen, nach den Grundsätzen, welche dem Vernehmen nach hierüber angenommen sind, ein Domicil rechtlich nicht erlangen, sondern nur als Fremde betrachtet werden, welche, falls sie dem-

nächst verarmen, auf eine Unterstützung aus der Armencaſſe ihres Aufenthaltortes keinen gegründeten Anſpruch haben, und es daher um ihrer ſelbſt willen gerathen erachtet iſt, daß ſie, um in ſolche Verlegenheit nicht zu kommen, angewieſen werden, vor ihrer Verheirathung ihr künftiges Domicil rechtlich zu begründen, welches nur durch eine hierzu mit Geſtattung des Wohnorts, beſonders ertheilte obrigkeitliche Erlaubniß der Regel nach bewerkſtelliget werden kann; ſo haben die Generalsuperintendenten den unter ihnen ſtehenden Superintendenten und durch dieſe den Predigern in ihren Special-Inſpectionen ſolches zu eröffnen und ſelbigen, daß ſie Dienſboten, welche als ſolche ſich zu verheirathen beabſichtigen, nicht eher proclamiren und copuliren, biß ſie von der Gerichtsbehörde ihres gewählten künftigen Wohnorts einen Erlaubnißſchein in glaubhafter Form eingeliefert haben, in welchem ihnen die Verheirathung und das Wohnen in dem betreffenden Orte ausdrücklich geſtattet iſt, zur Pflicht zu machen, auch in vorkommenden Fällen ſich ſelbſt danach zu achten.

Reſc. f. G. R. E. v. 25. September 1823.

Es iſt ſowohl den allgemeinen, als den in hieſigen Landen angenommenen und beſolgtten Grundſätzen nach keinem Zweifel unterworfen, daß die Anordnungen über die, ſowohl neben den Kirchen, als von denſelben entfernt befindlichen Kirchhöfe und Begräbnißplätze, es mach von deren Anlegung oder Erweiterung, oder von ſolchergeſtalt zu treffenden Einrichtungen die Rede ſein, die Aufſicht darüber dem f. Conf. zuſtehet.

Da jedoch auch polizeiliche Rückſichten dabei eintreten und die Mitwirkung der Polizeibehörde erforderlich machen können; ſo iſt es angemessen und findet f. G. R. E. nöthig, daß f. Conf. in ſolchen Fällen und beſonders, wenn Veränderungen mit den Kirchhöfen vorgenommen und neue Plätze dazu beſtimmt werden ſollten, mit f. Kammer vorher communicire und ſich einverſtehe.

Reſc. f. E. v. 31. December 1823.

Es iſt unbedenklich, ein Brautpaar unmittelbar nach dem zweiten Aufgebote zu copuliren, vorausgeſetzt, daß, wenn es an einem andern Orte proclamirt iſt, der Integritätsſchein beigebracht ſei. Es iſt nicht geſetzwidrig, wenn nur ein Pathe zu einer Taufhandlung ſich einfindet.

Es kann nicht unbedingt zum Geſetze gemacht werden, daß jedes Kind in der Kirche und noch mehr während des öffentlichen Gottesdienſtes getauft werde. Es müſſen hierbei manche nicht zu überſehende Umſtände und die beſtehende Obſervanz berücksichtigt werden.

Es ſollen nur zwei, höchſtens drei Gevattern zu einem Kinde gebeten werden.
(S. Ludewig's tabell. Ueberſ. S. 1.)

Circularauſchreiben f. E. v. 13. März 1824.

In dem höchſten Reglement vom 12. Aug. 1782, die Kirchen-Viſitationen und die Einführungen der Prediger, auch die dazu erforderlichen Koſten betreffend, iſt §. 14. beſtimmt, daß Prediger, welche um eine Verſetzung und Verbeſſerung nachſuchen und ſolche erhalten, die durch ihre Beförderung hiñſichtlich des Transports und der Einführung ihrer

Nachfolgers verursachten Kosten, befundenen Umständen nach, entweder ganz oder zum Theil übernehmen sollen. Da hierbei die Frage entstanden, in welchen Fällen die besagten Kosten von dem weiter beförderten Prediger allein und in welchen sie von diesem und der durch seinen Abgang vacant gewordenen Gemeinde zugleich, auch nach welchem Verhältnisse solche in den letztern Fällen von Beiden zu tragen sein möchten, und die Meinungen hierüber oft sehr getheilt gewesen, so sind daraus mancherlei Differenzen hervorgegangen, wodurch der Anzug und Antritt neuer Prediger nicht selten zum Nachtheile der Gemeinen verzögert worden ist.

Um nun dergleichen schädlichen Verzögerungen fürs Künftige vorzubeugen, ist es nöthig gefunden, gewisse Regeln festzustellen, nach welchen f. Conf., als die in dieser Sache von der Landesregierung für competent erklärte Behörde, über die Aufbringung der in Rede stehenden Kosten in vorkommenden Fällen entscheiden wird, und, nachdem solche höchsten Orts genehmigt worden, werden dieselben hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Es sind folgende:

1) Wenn Gemeinen ihren Prediger durch den Tod verlieren, so haben dieselben, da der angeführte Paragraph des höchsten Reglements auf diesen Fall keine Anwendung leidet, für den Transport des Nachfolgers und dessen Effecten unweigerlich zu sorgen, auch die Kosten der Einführung des neuen Predigers zu tragen, es wäre denn, daß diese observanzmäßig ganz oder zum Theil aus den Kirchenmitteln bestritten werden müßten.

2) Ein gleicher Fall tritt ein, wenn ein Prediger ohne sein Ansuchen zu einer andern Gemeinde vocirt wird; jedoch gilt hier hinsichtlich der Einführungskosten dieselbe Ausnahme.

3) Wenn aber ein Prediger auf sein Ansuchen durch f. Conf. versetzt und dadurch verbessert wird, und diese Versetzung vor vollendetem fünften Jahre seiner zeitlichen Amtsführung eintritt, so hat derselbe die Kosten des Transports und der Einführung seines Nachfolgers, letztere jedoch unter der vorgedachten observanzmäßigen Einschränkung, ganz und allein zu übernehmen, und der Nachfolger sich deshalb an seinen Vorgänger zu halten.

4) Dagegen ist der Prediger, der einer Gemeinde zwanzig Jahre lang gebient hat, in Betracht der ihr geleisteten vieljährigen Dienste, bei einer weitem Beförderung von den Kosten hinsichtlich seines Nachfolgers billiger Weise frei, und fallen solche alsdann mit erwähnter Einschränkung auf die Gemeinde, an welche letzterer sich deswegen zu wenden hat.

5) Hat ein Prediger nicht so lange, jedoch über 5 Jahre, sein Amt bei einer und derselben Gemeinde versehen und auf sein Ansuchen eine weitere Beförderung erhalten, so sind die hierdurch veranlaßten Kosten, insofern sie nicht aus den Kirchenmitteln erfolgen, zwischen demselben und seiner bisherigen Gemeinde nach der Norm einer zwanzigjährigen Dienstzeit verhältnismäßig zu theilen, und, um kleinliche Berechnungen hiebei zu vermeiden, die angetretenen Jahre für voll zu rechnen; daher denn ersterer, wenn er zehn

Jahre an einem Orte stand, nur die Hälfte, wenn er funfzehn Jahre daselbst verblieb, ein Viertel der erwähnten Kosten zu tragen haben, in den übrigen Jahren aber, bis zum zwanzigsten einschließlich, dessen Beitrag nach eben dem Verhältnisse zu bestimmen sein wird.

6) In den hierher gehörigen Fällen hat der antretende Prediger gleich nach seiner Ernennung an seinen Vorgänger sowohl, als an die ihm bestimmte Gemeinde, sich zu wenden, und zu versuchen, ob er mit denselben über die fraglichen Kosten eine billige Uebereinkunft treffen könne, auch, wenn dergleichen Statt gefunden, von beiden schriftliche Erklärungen darüber sich zu verschaffen, und solche, gerichtlich attestirt, bei seiner Bestellung vor f. Conf. zu überreichen.

7) Hierbei wird es gern gesehen werden, wenn die bei der Sache interessirten Theile zu einer solchen gütlichen Uebereinkunft sich einander die Hände bieten; sollte diese jedoch in einzelnen Fällen nicht zu erreichen stehen, so wird f. Conf., auf geschohene Anzeige davon, das Weitere verfügen, und den nicht einstimmenden Theil zu seiner Obliegenheit durch die Kirchen-Visitatoren anweisen und anhalten lassen.

8) Uebrigens ist der Transport des zu Predigereinführungen erforderlichen Personals jeder Zeit von den Gemeinden zu besorgen.

9) Ein prozessualisches Verfahren findet über sämmtliche vorbemerkte Punkte nicht Statt; würde indeß irgend Jemand durch die erfolgten Entscheidungen sich beschwert achten, so bleibt demselben, wie sich von selbst versteht, eine Gegenvorstellung bei der Landesregierung unbenommen.

10) In keinem Falle aber wird, dem §. 13 des höchsten Reglements zufolge, das Commissorium zur Einführung angehender Prediger eher, als die nöthigen beglaubigten Erklärungen über die fraglichen Kosten von den dazu Verpflichteten eingegangen sind, ausgefertigt werden; wie es denn überhaupt bei dem Inhalte des gedachten Reglements in Allem sein Verbleiben behält.

Circularauschreiben f. E. v. 9. October 1824.

Da höchsten Orts hinsichtlich derjenigen landesherrl. Verordnungen, welche bisher vorschristmäßig von den Kanzeln abzulesen gewesen, beschlossen worden ist, daß

1) die Verordnung wegen zeitiger Abfuhr des Holzes aus den Forsten vom 15. Febr. 1762 und die gegen Wilddieberei vom 30. Decbr. 1771 fernerhin wörtlich, letztere jedoch nur auf dem Lande und in den Landstädten, mit Ausschluß der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel, auch ins Künftige jährlich nur einmal, mit Weglassung der Worte „alle Vierteljahr“ und unter Hinzufügung ernstlicher Ermahnungen und Verwarnungen, vorgelesen, dagegen

2) die Verordnungen gegen das Maieuhauen vom 15. Febr. 1762 und gegen die Beschädigungen öffentlicher Anpflanzungen vom 15. Oct. 1816, wegen Bestrafung des Hausdiebstahls vom 7. Sept. 1752, wegen Beobachtung mehrerer Vorsicht zur Abwendung der Feuergefährten vom 9. Nov. 1778, nebst den dazu gehörigen besondern Ver-

fügungen gegen das unvorsichtige und feuergefährliche Tabakrauchen auf den Höfen und in den Scheuren und Ställen, vom 7. Juni 1725 und 20. Juni 1747, auch auf öffentlichen Straßen und Plätzen vom 28. Decbr. 1822, gegen das Arbeiten am Glasse und das Drüschen bei offenem Lichte vom 5. Octbr. 1685, 10. April 1751 und 20. Nov. 1766, gegen das Schießen bei Hochzeiten und andern fröhlichen Begebenheiten auf dem Lande vom 9. Januar 1776 und gegen die Anlegung neuer Strohdächer auf den Dörfern vom 15. Januar 1778 und 6. Juli 1780, ingleichen die Verordnungen, die Rettung ertrunkener oder sonst plötzlich verunglückter und todtscheinender Personen betreffend, vom 21. Decbr. 1780, und die Gemeinde-Prozesse anlangend vom 7. Febr. 1791 und 22. Juni 1792 den Gemeinen in gedrängten, den wesentlichen Inhalt derselben umfassenden Auszügen eingeschärft,

3) die Verordnungen aber gegen die Bettellei, besonders auf dem platten Lande, vom 26. April 1770, gegen das Herumlaufen der Hunde in den Städten, Flecken, Dörfern und Gärten vom 27. Juni und 29. August 1774, und wegen Richtigkeit des Kinnengarns in der Fadenzahl und Maße vom 22. Febr. 1802, den Gemeinen nur alljährlich mit hinzugefügten zweckmäßigen Ermahnungen wieder in Erinnerung gebracht, und

4) die übrigen früherhin von den Kanzeln zu verlesenden Verordnungen nummehr sämmtlich zurückgelegt werden sollen:

so wird den Generalsuperintendenten solches hierdurch unverhalten, und haben dieselben nicht nur sich selbst danach zu achten, sondern auch die ihnen subordinirten Specialsuperintendenten und Prediger zur pflichtmäßigen Befolgung obiger Vorschriften anzuweisen. (Die Auszüge sind beigelegt.)

Resc. f. C. v. 9. October 1824.

Es ist zur Frage gekommen, ob, wenn gleich es keinem Zweifel unterliege, daß die Besitzer von Rittergütern als Eingepfarrte der Gemeinen, wozu sie gehören, betrachtet werden und als solche zu den Unterhaltungskosten der Pfarrgebäude, da, wo solche ganz oder zum Theil aus verhältnißmäßigen Beiträgen der Gemeinde erfolgen, beitragen müssen, — in Hinsicht der Landschulen ein gleiches Verhältniß auch in dem Falle eintrete, wenn, wie in der Regel anzunehmen sei, die Kinder der Rittergutsbesitzer nicht die öffentliche Landschule besuchen; und f. Conf. durch ein höchstes Resc. vom 23./30. Sept. 1824 angewiesen ist, darüber: ob von den Rittergutsbesitzern, wenn mit ihren Gütern keine Reichshöfe verbunden, oder sonst besondere Gründe zu einer solchen Verpflichtung vorhanden sind, zur Unterhaltung der Schullehrer und Schulgebäude, Beiträge zu geben, an die Landesregierung zu berichten, so wird solches unverhalten.

Resc. f. C. v. 19. Januar 1825.

Es ist durch ein höchstes Resc. vom 30. April 1824 entschieden worden, daß die Schullehrer hiesiger Lande von römisch-katholischen Einwohnern, wenn sie ihre Kinder in eine benachbarte katholische Schule schicken, das Schulgeld nicht fordern sollen, weil die Landesverordnungen keine Bestimmungen hierüber wegen der Katholiken enthalten.

Resc. f. E. v. 14. Mai 1825.

Die beabsichtigte Heirath eines Israeliten, welcher zum Christenthume überzugehen gedenkt, mit einer Christin betreffend, wird hiemit unverhalten:

- 1) daß dieser nicht bloß einen Geburtschein beizubringen, sondern auch die Einwilligung seiner Aeltern zu seiner Verheirathung vorzulegen hat, indem die Aeltern dadurch, daß ihr Sohn die älterliche Religion verläßt und sich zum Christenthume wendet, keineswegs ihre älterlichen Rechte verlieren, diese vielmehr in ihrem ganzen Umfange behalten;
- 2) daß dem gedachten Israeliten, wenn seine Aeltern auf geziemendes Nachsuchen ihm ihre Einwilligung zu seiner Heirath verweigern sollten, es unbenommen bleibt, bei der competenten gerichtlichen Behörde auf die Supplirung des älterlichen Consenses anzutragen;

- 3) daß aber derselbe nicht eher, als bis er getauft worden, mit seiner christlichen Braut zu proclamiren und zu copuliren ist.

Resc. f. E. v. 6. August 1825.

Wenn gleich die, in der erneuerten Kirchenordnung vom Jahre 1709 Thl. I. Cap. IX. §. VI. für gewisse Fälle bereits vorgeschriebenen und durch die Consistorial-Ausschreiben vom 28. März 1711, 9. April 1768, 14. April 1798 und 9. Nov. 1799 auf sämtliche Katechumenen ausgehenden, den Superintendenten obliegenden Confirmanden-Prüfungen in den meisten General- und Special-Inspectionen hiesiger Lande bisher regelmäßig gehalten worden sind; so ist solches doch, eingezogener officieller Nachrichten zufolge, in einigen andern nicht der Fall gewesen. Es werden daher die Superintendenten und Prediger nicht nur an die hierüber bestehenden Verordnungen und Verfügungen und deren genaue Beobachtung aufs neue hiermit erinnert, sondern auch auf die Heilsamkeit und Nothwendigkeit der vorgeschriebenen Prüfungen zur Beförderung der Aufmerksamkeit und des Fleißes der Katechumenen sowohl, als zur Zurückweisung unverständiger Aeltern, die ihre Kinder vor der Zeit ohne hinlängliche Religionserkenntniß confirmirt zu sehen wünschen, mithin auch zur Vernehmung und Verstärkung des Ansehens und Einflusses der Prediger, in dieser Hinsicht, aufmerksam gemacht. Zugleich wird fürs Künftige bestimmt und festgesetzt, daß während der Vacanz einer Superintendentur der jedesmalige Vicesuperintendent das um Ostern jeden Jahres unausgesetzt zu haltende Confirmanden-Examen gegen die herkömmlichen Gebühren anstellen; wenn aber ein Superintendent durch Krankheit oder auf andere Weise an diesem Examen behindert wird, so soll er solches nach Befinden der Umstände und der Lage der Dörter dem Senior oder Subsenior der Inspection übertragen, welcher denn im erstern, nämlich dem Krankheitsfalle, dasselbe unentgeltlich zu übernehmen, in andern Fällen aber die üblichen Gebühren dafür zu beziehen haben wird.

Resc. f. E. v. 8. October 1825.

Der jedesmalige deputirte Kreisbeamte zu Helmstedt ist als Mitglied der f. Schul-Commission daselbst anzusehen.

Resc. f. E. v. 24. Juni 1826.

Es ist hin und wieder Zweifel darüber entstanden, welcher Zwischenraum zwischen der Proclamation und Copulation der Verlobten, ohne Wiederholung des Aufgebots, Statt finden könne. Um nun künftigen Zweifeln und Irrungen in diesem Puncte vorzubeugen, bestimmt f. Conf. hierdurch, daß, wenn nach dem ersten oder zweiten Aufgebote ein halbes Jahr (d. h. sechs Monate) und darüber verflossen, Beides als nicht geschehen zu betrachten und ohne Wirkung, mithin der Ordnung gemäß ein neues zweimaliges Aufgebot vor der Trauung der Verlobten erforderlich sei, wogegen es in dem Falle, wenn nach der ersten oder zweiten Proclamation ein halbes Jahr noch nicht abgelaufen, der Wiederholung des schon geschehenen einmaligen oder zweimaligen Aufgebots vor der Trauung nicht bedürfe.

Resc. f. E. v. 29. Juli 1826.

Das Aufgebot und die Trauung solcher Personen, gegen welche eine gerichtliche Ehescheidung ausgesprochen und denen eine anderweite eheliche Verbindung einzugehen nachgelassen worden, kann nur erst dann geschehen, wenn den Predigern ein durch Unterschrift und Untersiegelung ausgefertigtes Erkenntniß, welches zugleich entweder mit einem darunter gesetzten, oder dasselbe begleitenden gerichtlichen Attestate: „daß das Ehescheidungs-Erkennitniß in Rechtskraft getreten sei,“ versehen ist, überliefert sein wird. Wenn die Sache irgend bedenklich, so ist vor Vollziehung des Aufgebots und der Trauung an das f. Conf. zu berichten.

Resc. h. G. R. E. v. 10. September 1826.

Es wird hiemit unverhalten, daß nicht die Local-Polizeibeamten in den Landstädten und auf dem platten Lande, sondern die Kr. Amt., der jetzigen Verfassung nach, als weltliche Kirchen- und Schul-Visitatoren zu betrachten sind und nur die Magisträte in Braunschweig und Wolfenbüttel in ihrer Eigenschaft als Stadtbehörden das Visitations-Recht zu verwalten und auszuüben haben; dagegen aber den Polizei-Bürgermeistern in den Landstädten, welche Patronat-Rechte hergebracht haben, die Ausübung derselben ohne Einmischung der Kr. Amt. und die Befugniß, den Kirchen-Visitationen in Gemäßheit der Visitations-Ordnung beizuwohnen und bei Abnahme der Kirchen-Rechnungen ihre, den Umständen nach zu berücksichtigenden Erinnerungen vorzutragen, zusteht.

Auschr. und Resc. des h. E. v. 20. September 1826, worin den geistlichen Behörden die Verordn. vom 9. April 1768, (Aus Schreiben, die Verheirathung Protestantischer mit Röm. Katholischen Glaubens-Genossen betreffend) zur Beobachtung bekannt gemacht wird.

Kirchenbücher, Seelen-, Copulations-, Geburts-, und Sterbelisten.

W. die Aufhebung der bisher geführten Civilstands-Register und die an deren Stelle vorgeschriebene Führung der Kirchenbücher betr.

Kirchenbücher 2c. Rescripte.

In die Stelle der Civilstands-Register treten vom 1. Januar 1814 an die Kirchenbücher. (S. 162.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

S. 1. Die Kirchenbücher werden vom 1. März 1814 nach tabellarischer Form geführt. (S. 162.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

S. 2. Es werden zwei glaubhafte Exemplare angefertigt. (S. 162.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

S. 3. Ein verlorenes Exemplar wird durch eine beglaubte Abschrift ersetzt. (S. 163.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

S. 4. Die Kirchenbücher haben volle Beweiskraft, so wie die von den Predigern erteilten Auszüge, bis deren Falschheit nachgewiesen ist. (S. 163.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

B. das zeitige Anmelden der Geburts- und Sterbefälle, behuf Eintragung in die Kirchenbücher betr. (S. 1.) [No. 1.] (20. Jan. 1815.)

Anzeige binnen 24 Stunden bei dem Prediger oder Opferrmann erstere von dem Vater oder der Hebamme, diese von den nächsten Angehörigen oder Leichenbestatter. (S. 1.) [No. 1.] (20. Jan. 1815.)

R e s c r i p t e.

Reglement des f. Cons. vom 10. December 1814 die nach höchster Verordn. vom 15. Februar 1814 in tabellarischer Form zu führenden Kirchenbücher betreffend.

I. Die künftige Führung und Einrichtung der Kirchenbücher betr.

A. Allgemeine Vorschriften.

1) Die bisherigen Kirchenbücher werden am Ende des laufenden Jahrs 1814 durchgängig geschlossen, und sind von denen, welche sie geführt haben, in jeder Abtheilung mit dem Datum des Abschlusses und mit ihres Namens und Standes Unterschrift zu versehen; auch ist dafür zu sorgen, daß keine Lücken in denselben bleiben, und die, welche etwa wider Verhoffen sich finden möchten, sofort glaubwürdig ergänzt werden.

2) Die neuen Kirchenbücher nach der höchsten Orts genehmigten tabellarischen Form heben im ganzen Lande mit dem Jahre 1815 an, und werden von denen, welche die bisherigen geführt haben, nämlich auf dem Lande von den Predigern jeden Orts, und in den Städten, wo es herkömmlich ist, von den Opferrleuten an jeder Kirche fortgeführt.

3) Bei entstehenden Pfarrvacanzen haben die vicarirenden Prediger, welche während derselben die Ministerialhandlungen in den vacanten Gemeinen verrichten, die Kirchenbücher ununterbrochen fortzuführen, und, wie schon früher verordnet worden, die von ihnen eingetragenen Fälle mit ihrer vollen Unterschrift zu beglaubigen; wenn aber Opferrleuten in den Städten, bei welchen Kirchenbücher zu führen sind, erlediget werden, so haben diejenigen, welche die competenten geistlichen Behörden dazu autorisiren, solche einweilen fortzusetzen und dabei auf gleiche Weise zu verfahren.

4) Je

4) Je mehr von einer richtigen Führung der Kirchenbücher für den Staat und die menschliche Gesellschaft abhängt, desto sorgfältiger müssen die, welche damit beauftragt worden, hierbei zu Werke gehen, und wohl bedenken, daß sie zu einer gewissenhaften Verwaltung dieses wichtigen Theils ihrer Berufsgeschäfte schon durch ihren Amts- und Dienstseid verpflichtet sind; auch werden sie für die nachtheiligen Folgen, die aus irgend einer Vernachlässigung desselben entstehen möchten, ausdrücklich hiermit verantwortlich gemacht.

5) Die in die Kirchenbücher einzutragenden Verzeichnisse der Gebornen und Verstorbenen, auch Confirmirten, Proclamirten und Copulirten, sind als höchstwichtige und für die Nachwelt aufzubewahrende Documente durchgehends mit eigener Hand und mit deutlicher und leserlicher, zwar des Raums wegen nicht übergroßer, aber auch nicht zu kleiner deutscher Schrift abzufassen, und wie zu den Formularen derselben ein Papier genommen worden, auf welchem eine gehörig zubereitete Dinte weder durchschlägt noch verbleicht noch sich verfärbt, so ist auch für eine gute recht schwarze und dauerhafte Dinte hierbei vorzüglich zu sorgen; eine Sorge, die bei den bisherigen häufigen Vorweisen vom Gegentheile nicht genug empfohlen werden kann.

6) Aus dem angeführten Grunde, weil nämlich die Kirchenbücher geltende und bleibende Urkunden für die Zeitwelt und Nachwelt enthalten sollen, darf auch darin durchaus kein Radiren und Wegstreichen einzelner Wörter oder gar ganzer Stellen Statt finden, sondern wenn bei dem Eintragen der Nachrichten in dieselben irgend ein Schreibfehler oder anderer Irrthum sich eingeschlichen hätte, so bleibt solcher im Contexte unangewandelt stehen, und ist dagegen am Rande unter der Rubrik „Berichtigungen“ zu verbessern, die Verbesserung aber besonders zu unterschreiben. Wäre z. B. der Name des Waters eines getauften oder confirmirten Kindes unrichtig Johann Heinrich statt Joachim Heinrich Arens angegeben, so ist an den Rand zu setzen: Der Vater des Kindes unter Num. — heißt nicht Johann Heinrich Arens, sondern Joachim Heinrich Arens; mit Beifügung der Unterschrift.

7) Eben darum ist bei dem Eintragen der vorkommenden Fälle, wiewohl dies ohne allen Aufschub geschehen muß, dennoch mit gehöriger Besonnenheit und Bedächtigkeit zu verfahren, und zugleich auf die Titel und Ueberschriften der verschiedenen Abtheilungen der Kirchenbücher genau zu achten, damit nicht nur jedes Versehen überhaupt möglichst vermieden, sondern auch vornehmlich verhütet werde, daß nicht aus Uebereilung irgend ein Fall, wäre es auch nur den Anfangsworten nach, in die unrechte Abtheilung gerathe, und hernach die Stelle für ungültig erklärt werden müsse; imgleichen ist dahin zu sehen, daß nicht beim Umblättern eine Seite überschlagen werde und leer bleibe, weil dies den Anschein einer in den Documenten gebliebenen Lücke haben würde.

8) Aus gleichem Grunde sind ferner, wie sich von selbst versteht, alle Namen der Personen sowol als der Orter in den verschiedenen Verzeichnissen nach übereinstimmender deutscher Orthographie ganz auszusprechen, und ist bei letztern noch besonders zu bemer-

ten, daß die Dörter, welche einerlei Namen haben, durch irgend einen Zusatz von einander unterschieden werden müssen, als Vornum bei Königsutter, Vornum bei Börsum, Vornum unweit Seesen, Halle an der Weser, Halle an der Saale, u. s. w.

9) Auch sind die in den Verzeichnissen vorkommenden Zahlen der Stunden, Tage, Monate und Jahre (die Jahrzahl in den Ueberschriften ausgenommen) nicht mit Ziffern, sondern um so mehr mit Buchstaben anzugeben, da sie auf gleiche Weise in die auszustellenden Bescheinigungen übergetragen werden müssen.

10) Die an einigen Dörtern bisher noch in die Kirchenbücher mit eingetragenen Confitenten-Verzeichnisse gehören nicht in dieselben, weil bekanntlich darüber besondere Bücher zu halten sind.

11) Uebrigens ist inskünftige der Regel nach für jede Gemeinde ein besonderes Kirchenbuch zu führen, wie denn auch die nöthigen Formulare dazu vertheilt worden sind. Da jedoch diese und jene Gemeinden in so genauer Verbindung mit einander stehen, daß sie in dieser Rücksicht sich nicht wohl trennen ließen, in andere auch einzelne Hüttenwerke, Weiler, Mühlen, Forsthäuser und dergleichen eingepfarrt sind, über welche kein besonderes Kirchenbuch gehalten werden kann, so ist in den für diese gemeinschaftlich zu führenden Kirchenbüchern bei jedem einzutragenden Falle im Contexte zu bemerken, wohin derselbe gehöre, solcher auch bei der Ordnungsnummer auf die unten bemerkte Weise zu bezeichnen.

12) Wie auch für die in auswärtige Parochien eingepfarrten Braunschweigischen Gemeinden, als Libbische und Hottlingen in der Inspection Vorsfelde, Hachenhausen in der Inspection Gittelde, Remnade in der Inspection Golmbach 2c. eigene Kirchenbücher geführt werden sollen, und den Predigern, welche solche versehen, die nöthigen Formulare hierzu mitgetheilt worden sind, so haben die Braunschweigischen Prediger, welche auswärtige Gemeinden mit verwalten, als Wechtsbüttel bei Bevenrode, Pegesdorf bei Hohe, Frenke bei Heyen 2c. für diese ebenfalls besondere Kirchenbücher zu führen, und wenn dies bisher nicht geschehen sein sollte, deshalb an die auswärtigen geistlichen Behörden sich zu wenden.

13) Von jedem Kirchenbuche ist auf die unten vorgeschriebene Art ein Duplicat zu fertigen und aufzubewahren.

B. Besondere Vorschriften in Beziehung auf die gedruckten Formulare der Kirchenbücher.

a. Ueber die Titel, Abtheilungen, Rubriken und Columnen derselben.

1) Auf den Haupttitel jedes Kirchenbuchs hat der, welcher es führt, nach den Worten „geführt von“ mit großer deutscher Schrift seines Namens und Standes vollständige Unterschrift zu setzen, und derselben in einer besondern Zeile noch beizufügen: vom Jahre 1815 an.

2) Wenn aber der, von welchem es geführt wird, mit Tode oder sonst abgeht, so hat dessen Nachfolger hinzuzufügen: fortgesetzt — von N. N. — Pastor ebendasselbst

— vom ten 18 an, oder: von N. N. — Opfermann daselbst — vom
 ten 18 an.

3) Die besondern Titel der vier einzelnen Abtheilungen der Kirchenbücher bedürfen, wie sich von selbst ergibt, keines weitem Zusatzes.

4) Die in einem Bande enthaltenen Abtheilungen sind vom Anfange bis zum Ende, die Register ausgenommen, auf den Ecken jeder Seite mit fortlaufenden Zahlen im voraus und unter eins durchzupaginiren, und ist um der danach zu führenden Register willen wohl darauf zu merken, daß in dem Paginiren kein Versehen vorfalle.

5) In den Ueberschriften jeder Seite ist die Jahrzahl, jedoch erst dann, wenn die Seite wirklich beschrieben wird, auszufüllen, und wenn auf einer Seite ein Jahrgang sich beschließt und ein anderer anhebt, so sind in der Ueberschrift beide Jahrzahlen zu bemerken, z. B. 1815 und 1816.

6) Die Jahrgänge sind nämlich, wenn sie nicht gerade mit einer vollen Seite sich endigen, nicht wieder mit einer neuen Seite anzufangen, sondern, damit keine Lücken bleiben, die Verzeichnisse des folgenden Jahrs denen des vorhergehenden, nach einer unter dem letzten Falle durchgezogenen Doppellinie, mit überschriebener neuen Jahrzahl in der Mitte der Seite (bei den Gebornen und Getauften in der Mitte der beiden dafür bestimmten Seiten) gleich nachzusetzen.

7) Auch die einzelnen Fälle in jedem Jahrgange sind mit einer, jedoch nur einfachen, ganz durchgezogenen geraden Querverlinie von einander zu unterscheiden, theils um beim Eintragen das Zueinanderlaufen derselben zu verhüten, theils um die eingetragenen Nachrichten bei der Revision desto augenfälliger zu machen.

8) Um am Schlusse jeden Jahrganges die Summe der eingetragenen Fälle gleich übersehen und bei erforderlichen statistischen Nachrichten dieselbe ohne mühsames Nachzählen bestimmt angeben zu können, ist in die erste Columnne linker Hand die Ordnungsnummer zu setzen, welche bloß die Zahl der in jedem Jahre vorgekommenen Fälle anzeigt, und daher mit jedem Jahre wieder von vorn anhebt.

9) Außerdem können in eben diese Columnne, wenn für mehrere genau vereinigte Gemeinen ein gemeinschaftliches Kirchenbuch geführt wird, oder wenn einzelne Hüttenwerke, Weiler, Forsthäuser und dergl. in eine Gemeinde mit eingepfarrt sind, (vergl. oben I. A. 11.) unter der Ordnungsnummer die Anfangsbuchstaben von dem Namen der Gemeinde oder des Weilers, Hauses u., wohin der einzutragende Fall gehört, als in Braunschweig bei der Hof- und Stifts-Gemeine H. und St., bei der Gemeinde zu St. Leonhard und beim Werthause L. und W., oder wenn die Gemeinen durch den Zusatz „Groß und Klein“ sich unterscheiden, Gr. und Kl. gesetzt werden, um bei vorkommenden Veranlassungen eine bestimmte Angabe zu erleichtern.

10) Die Affecrationsnummer aber der Häuser, aus welchen Geburts- Sterbefälle u. in die Kirchenbücher eingetragen werden, gehört nicht hierher; vielmehr ist diese, wo sie nöthig wird, welches nur dann der Fall ist, wenn mehrere Einwohner eines Orts gleiches

Namens zugleich einerlei Vornamen und ihre Häuser oder Höfe keine Beinamen haben, deren Namen im Contexte beizufügen, z. B. Johann Heinrich Meier, Rothasse hieselbst, in No. 12. Johann Heinrich Meier, Rothasse hieselbst, in No. 25.

11) Bei dem Eintragen der Nachrichten in die verschiedenen Columnen ist darauf zu achten, daß ähnliche und zunächst neben einander herlaufende Rubriken, z. B. bei den Gebornen Tag der Geburt und der Taufe, bei den Verstorbenen Tag des Todes und des Begräbnißes, nicht mit einander verwechselt werden.

12) Die in die letzte Columnne rechter Hand einzutragenden Berichtigungen und Bemerkungen dürfen nicht zu nahe an den Rand geschrieben werden, damit nicht mit der Zeit oder bei wiederholtem Einbinden des Buchs ein Wort oder eine Sylbe verloren gehe.

13) In die Kirchenbücher der Dörfer und Gemeinen, wo Prediger wohnen, ist auf die letzte leere, jedoch mit zu paginirende Seite eine kurze Nachricht über die Einführung derselben, mit Bemerkung ihres Geburtsorts, Jahrs und Tages, ihres bisherigen Standes oder Amtes und ihres Einföhrungstermins, von dem geistlichen Commisarius mit eigener Hand einzutragen und mit dessen Unterschrift zu beglaubigen.

b. Ueber die Verzeichnisse der Gebornen und Getauften.

1) Die Ordnungsnummer der Geburtsfälle richtet sich nach der Zeit der Geburt, nicht der Taufe der Kinder, weshalb denn Kinder, die am Ende eines Jahrs geboren und im folgenden Jahre erst getauft werden, in jenes, nicht in dieses gehören.

2) Sobald also die Geburt eines Kindes bei dem, der das Kirchenbuch der Gemeinde führt, angezeigt wird, welches von dem Vater oder der Hebamme binnen vier und zwanzig Stunden unfehlbar geschehen muß, hat derselbe die ersten Rubriken des Formulars, die Aelter und die Geburtszeit des Kindes betreffend, zu füllen, die übrigen Rubriken aber bei der Taufe desselben nachzutragen.

3) Wenn ein Kind vor der Taufe verstirbt, so ist durch jede der letztern Rubriken ein Querstrich zu ziehen, und am Rande mit Hinweisung auf das Todtenverzeichniß das frühe Absterben desselben zu bemerken.

4) Wird irgendwo ein ausgesetztes Kind gefunden, so ist solches, außer der Obrigkeit des Orts, auf deren Verfügung auch dem Prediger und Opferrnanne der Gemeinde, wohin es gehört, zu melden, damit das Kind, falls nicht entscheidende Beweise einer bereits geschehenen Taufe desselben vorhanden sind, zur Taufe gebracht werde, und ist alsdann in die ersten drei Rubriken des Verzeichnisses der Getauften, welche die Herkunft und Geburtszeit des Kindes betreffen, zu setzen: Ist unbekannt, am Rande aber zu bemerken: Das Kind unter Num. — ist ein Findling, und hinzuzufügen, wo, wann und von wem es gefunden, und welcher Zuname ihm beigelegt worden sei.

5) Sollte auch der Fall sich ereignen, daß die Herkunft und Geburtszeit eines solchen Kindes späterhin entdeckt und gerichtlich erwiesen würde, so ist das Nöthige dar-

über unter den Bemerkungen nachzutragen, und die gerichtliche Bescheinigung dieses seltenen Falles neben dem Kirchenbuche aufzubewahren.

6) Bei den ehelichen Kindern — worunter alle diejenigen, welche während der Dauer einer Ehe oder in den ersten zehn Monaten nach erfolgter Trennung derselben geboren werden, so lange ihre uneheliche Abkunft nicht gerichtlich erwiesen worden, zu verstehen sind, — bedarf es hinführo des in den bisherigen Kirchenbüchern üblichen Zusatzes, daß sie eheliche Kinder sind, nicht, weil alle Kinder, die in den Verzeichnissen der Gebornen nicht als uneheliche aufgeführt werden, so lange das Gegentheil unerwiesen ist, für eheliche gelten müssen.

7) Würde also auch die eheliche Geburt eines während der Ehe oder während der gesetzlichen Zeit nach deren Trennung gebornen Kindes in Zweifel gezogen, oder von der Mutter selbst zweifelhaft gemacht, von ihr sogar das Gegentheil behauptet, so ist dennoch der zeitige Ehemann derselben als präsumtiver Vater in das Kirchenbuch einzutragen, und hat der, welcher es führt, vor der Hand aller weiteren Bemerkungen dabei sich gänzlich zu enthalten.

8) Wenn aber demnachst über die uneheliche Herkunft eines solchen Kindes gerichtlich entschieden wird, so ist über den Fall, mit Beifügung einer beglaubigten Abschrift des gerichtlichen Erkenntnisses, an f. Conf. zu berichten, damit die darüber in das Kirchenbuch nachzutragende Bemerkung allhier bestimmt werde.

9) Wird ein Kind nach dem Tode des Vaters geboren, so ist dies mit Hinweisung auf das Todtenregister am Rande zu bemerken, der Name und Stand des Vaters aber, wie sich von selbst versteht, in die gehörige Rubrik einzutragen.

10) Wird in einer Gemeinde ein Kind von einer bekannten Mutter aus einer andern Gemeinde geboren, so ist der notorische Wohnort der Aeltern bei deren Namen anzugeben.

11) Sollte auch der Fall vorkommen, daß in einer Gemeinde eine fremde und unbekannte Mutter von einem Kinde entbunden würde, dessen eheliche Geburt sie, jedoch ohne weiteren Beweis, behauptete, so ist die Rubrik für den Namen 2c. des Vaters so lange offen zu lassen, bis der Beweis durch beigebrachte Bescheinigungen geführt worden, und wenn diese erfolgen, die Rubrik gehörig auszufüllen; kann aber der Beweis nicht geführt werden, so ist das Kind als ein uneheliches einzutragen.

12) Bei unehelichen Kindern ist die Rubrik, in welche sonst des Vaters Name gehört, mit einem Querstriche zu füllen, und am Rande kurz zu bemerken: Num. — ist ein uneheliches Kind.

13) Wenn aber der Vater sich zu dem Kinde bei dem Prediger freiwillig bekennt, oder vor Gerichte rechtskräftig dafür erklärt und dieses gerichtlich bezeuget wird, so ist das Nöthige hierüber unter den Bemerkungen nachzutragen, und im letztern Falle das gerichtliche Zeugniß bei dem Kirchenbuche aufzubewahren.

14) Wenn an einem Orte eine unbekannte Frauensperson mit einem geständig un-

ehelichen Kinde niederkömmt, und ihren Namen und ihre Herkunft nicht durch einen Geburtschein oder durch einen gültigen Paß documentiren kann, so sind beide im Kirchenbuche nach ihrer Aussage anzugeben; jedoch ist dabei am Rande zu bemerken, daß die Aussage nicht documentirt worden.

15) Kömmt ein Kind blind, oder taub, oder mit einer seltenen Verunstaltung des Körpers als wirkliche Mißgeburt zur Welt, so ist dies (bei den Taubstummen in der Folge, wenn der Leibesfehler entdeckt wird) um der statistischen Nachrichten willen unter den Bemerkungen kurz anzuführen.

16) Zwillinge- und Drillings-Geburten sind nicht unter einer, sondern jene unter zwei, diese unter drei Ordnungsnummern (die jedoch mit Klammern verbunden werden können) aufzuführen, und bei jedem Kinde, der künftig auszustellenden Geburtscheine wegen, sämtliche Rubriken besonders auszufüllen; auch sind diese Geburten unter den Bemerkungen auszuzeichnen.

17) Unzeitige Geburten, welche vor dem sechsten Monate erfolgen, sind nicht in die Kirchenbücher einzuschreiben; todtgeborne Kinder aber, die später zur Welt kommen, sind in die Verzeichnisse der Gebornen, mit Bemerkung der Geburtszeit und mit Anführung der Aeltern, jedoch ohne Ordnungsnummer, und mit einer besondern Auszeichnung in der Randcolumnne, einzutragen.

18) Bei den Namen der Mütter aller Kinder ist zugleich ihr Alter anzugeben.

19) Bei Kindern aus einer vorzüglich fruchtbaren Ehe kann auch bemerkt werden, daß wie vielsie Kind die Mutter geboren habe.

20) Getaufte Proselyten sind da, wo sie etwa vorkommen, in den Verzeichnissen der Getauften, jedoch ohne Ordnungsnummer, mit Anzeige ihrer Herkunft und ihrer Geburtszeit (nach beigebrachtem Geburtscheine), auch ihres Taufstages, ihrer Taufnamen und Taufzeugen, unter den gehörigen Rubriken aufzuführen, und ist dabei am Rande zu bemerken: Ein Proselyt aus — — Religion, in der christlichen Religion unterrichtet von N. N.

21) Weiterer Bemerkungen aber, als der in diesem Abschnitte berührten, bedarf es bei den Gebornen und Getauften nicht; unnöthige und unnütze Anmerkungen sind gänzlich zu vermeiden.

c. Ueber die Verzeichnisse der Confirmirten.

1) Die in einem Jahre confirmirten Kinder sind, die Söhne zuerst, dann die Töchter, mit fortlaufenden Nummern aufzuführen.

2) Die Ordnungsnummern richten sich bei beiden Geschlechtern, um alle Kleinlichen Rangideen zu beseitigen, wenn die Kinder aus einer Gemeinde sind, nach der alphabetischen Ordnung ihrer Zunamen; wo aber Kinder aus mehreren vereinigten Gemeinden confirmirt werden, stehen bei jedem Geschlechte die aus der Pfarrgemeinde voran.

3) Privatim und außer der gewöhnlichen Zeit confirmirte Kinder werden nach dem

Datum ihrer Confirmation ebenfalls mit fortlaufenden Nummern eingetragen, und wird dabei bemerkt, ob sie: privatim oder öffentlich confirmirt sind.

4) Kinder, die außer der Parochie geboren worden, dürfen aus Gründen, die sich von selbst ergeben, durchaus nicht anders, als nach beigebrachtem Geburts- und Taufscheine zur Confirmation zugelassen werden, und ist alsdann unter der ersten Hauptrubrik bei der Angabe ihres Alters hinzuzusetzen: Laut beigebrachten Geburts- und Taufscheins.

5) Bei Kindern, welche das gesetzliche Alter nicht erreicht haben, ist, da sie ohne besondere Dispensation nicht confirmirt werden dürfen, der Angabe ihres Alters beizufügen: nach erfolgter Dispensation.

6) Bei dem Eintragen eines confirmirten unehelichen Kindes ist die Rubrik, den Vater betreffend, mit einem Striche zu füllen; wenn aber der oben unter B. b. 13. beregte Fall eingetreten, so ist am Rande auf die bei dem Verzeichnisse der Gebornen darüber gemachte Bemerkung zu verweisen.

7) Wenn ein blindgebornes oder taubstummes oder blödsinniges Kind confirmirt wird, so ist am Rande kurz zu bemerken, von wem es unterrichtet, und wie weit es in seinen Religionskenntnissen nach dem Urtheile des Predigers gebracht worden sei.

8) Censuren aber über die verschiedenen Fähigkeiten und Kenntnisse, wie über die Sitten, der Confirmanden überhaupt, gehören nach dem Zwecke der Kirchenbücher nicht hierher, und sind daher überall wegzulassen.

d. Ueber die Verzeichnisse der Proclamirten und Copulirten.

1) In diese Verzeichnisse sind alle Brautpaare, welche in einer Gemeinde proclamirt werden, die Copulation mag in oder außer derselben geschehen, nach der Ordnung, wie sie proclamirt worden, einzutragen.

2) Das Datum der Proclamation ist inskünftige nicht nach den Sonntagen, sondern nach den Monatstagen, an welchen sie geschehen ist, anzugeben.

3) Geschieht die Proclamation an mehreren Orten oder in mehreren Gemeinden eines und desselben Orts, so ist dies unter der Rubrik „Tag und Ort der Proclamation“ zu bemerken.

4) Wird ein Brautpaar nach erlangter Concession zum ersten und zweiten Male zugleich proclamirt, so ist dies ebenfalls unter der erwähnten Rubrik anzuführen, und die erfolgte Concession bei dem Kirchenbuche aufzubewahren.

5) Wenn aber ein Brautpaar nach ertheilter Landesherrlicher Dispensation ohne vorgängiges Aufgebot copulirt wird, so ist durch die gedachte Rubrik ein Strich zu ziehen, und am Rande zu bemerken: Ohne Aufgebot copulirt nach höchster Dispensation vom —, welche denn gleichfalls bei den Kirchenbuchs-Acten aufzubewahren ist.

6) Wird das Aufgebot, nachdem es einmal geschehen ist, von der competenten Behörde sistirt, so ist dies am Rande zu bemerken, und der erfolgte sistirende Erlaß den Acten beizulegen.

7) Geschieht die Copulation auswärts, so ist das eben sowohl, als wenn sie an Ort und Stelle geschähe, unter der dafür bestimmten Rubrik anzuzeigen; geschieht sie an einem Orte, wohin sie der Ordnung nach nicht gehört, so sind die darüber ertheilten Dimissorialen den Acten beizufügen; wird sie nach erhaltener Concession im Hause verrichtet, so ist solches dem Orte der Copulation beizumerken.

8) Wenn der Bräutigam oder die Braut oder beide nicht in der Gemeinde einheimisch sind, so ist vor der Proclamation und Copulation über die Beibringung der erforderlichen glaubhaften Bescheinigungen, als des Geburts- und Tauffcheins, des Zeugnisses der Ehelosigkeit, des älterlichen oder vormundschaftlichen Consenses, oder wenn die Kinder volljährig und die Aeltern verstorben sind, eines Attests von deren Absterben, strenge zu halten, und nachdem die Bescheinigungen entweder in den Originalen, oder, falls sie zurückgegeben werden müssen, in beglaubigten Abschriften, da, wo die Copulation geschieht, zu den Acten gelegt worden, unter die Bemerkungen zu setzen: „Sämmtliche erforderliche Bescheinigungen sind beigebracht.“

9) Können aber diese Bescheinigungen entweder sämmtlich oder zum Theil nicht beigebracht werden, so ist darüber an f. Conf. zu berichten, und falls sie hier dem Befinden nach ergänzt worden, das Datum der darüber erfolgenden wohl aufzubewahrenden Resolution unter den Bemerkungen anzuführen.

10) Bedürfen die zu proclamirenden und zu copulirenden Personen nach der höchsten Verordnung vom 14. April d. J., die Bewaltung der kirchlichen Angelegenheiten betreffend, einer Dispensation wegen zu naher Verwandtschaft, oder wegen noch nicht erreichten gesetzlichen Alters, oder Wittwen wegen noch nicht vollendeter Trauerzeit, so sind solche Dispensationen dem Datum nach unter den Bemerkungen zu allegiren und bei dem Kirchenbuche aufzubewahren.

11) Wittwen, die Kinder haben, müssen bei ihrer Wiederverheirathung eine obrigkeitliche Bescheinigung beibringen, daß sie mit denselben gehörig auseinander gesetzt worden, und ist diese Bescheinigung ebenfalls aufzubewahren.

12) Von Militärpersonen ist der Consens ihres Chefs zu fordern, und das Datum desselben am Rande zu notiren.

13) Landleute haben auch den obrigkeitlichen Bedemundschein zu den Acten einzuliefern.

14) Ist der Bräutigam Wittwer, so ist dies im Verzeichnisse bei dem Namen, Stande und Wohnorte desselben anzuführen; auch ist bei der Braut deren Stand, das heißt, ob sie Jungfer oder Wittwe oder geschiedene Ehefrau sei, in den beiden letztern Fällen mit Benennung des vorigen Ehemannes, zu bemerken, bei geschwächten Personen aber nur ihr Name und ihre Herkunft anzugeben.

15) Die Herkunft der Verlobten betreffend, sind bei denen, die sich zum ersten Male verehelichen, beide Aeltern zu nennen; bei Wittvern aber fällt dies weg, und bei Wittwen und geschiedenen Ehefrauen genügt der kurze Zusatz: geborne N. N.

16) Wenn

16) Wenn der eine Theil zu einer andern Religionsparthei gehört, so ist dies nicht im Contexte, sondern am Rande anzuzeigen.

e. Ueber die Verzeichnisse der Verstorbenen und Begrabenen.

1) In diese Verzeichnisse gehören mit beigesezter Ordnungsnummer, die sich nach den Todestagen richtet, alle diejenigen, welche an einem Orte und in einer Gemeinde ihr Leben endigen, sie mögen eines gewöhnlichen oder plöglichen Todes sterben, oder auf irgend eine Weise verunglücken, oder sich selbst entleiben, oder als Verurtheilte öffentlich hingerichtet werden, übrigens aber an demselben Orte und in derselben Gemeinde beerdigt werden oder nicht.

2) Jeder in einer Gemeinde sich ereignende Sterbefall ist zur unverzüglichen Eintragung in das Kirchenbuch binnen 24 Stunden unfehlbar anzumelden.

3) Wird die Leiche eines Verstorbenen demnächst an einen andern Ort oder in eine andere Gemeinde desselben Orts zur Beerdigung abgeführt, oder auf eine Anatomie gebracht, so ist dies in dem Kirchenbuche der Gemeinde, wo er gestorben, unter der Rubrik „Tag und Ort des Begräbnisses“ mit zu bemerken.

4) Auch mag man, wenn es verlangt wird, die Verstorbenen, deren Leichen in ihre Heimath oder in auswärtige Erbbegräbnisse gebracht werden, an dem Orte, wo die Beerdigung oder Beisetzung geschieht, in das Kirchenbuch eintragen; jedoch muß dies nicht nur mit Bemerkung des Orts, wo sie gestorben sind, bei dem Tage des Todes, und mit irgend einer Auszeichnung am Rande, sondern auch ohne Ordnungsnummer geschehen, damit nicht ein Sterbefall zweimal gezählt werde.

5) Gleicherweise können auch auf besonderes Verlangen einheimische Gemeindeglieder, wenn sie auswärts, z. B. auf einer Reise, versterben, in das Kirchenbuch der Gemeinde eingetragen werden; jedoch muß dies unter gleichen Bedingungen geschehen, und ihr Lob glaubhaft attestirt worden sein.

6) Wenn ein Fremder und Unbekannter in einer Gemeinde stirbt und beerdigt wird, so ist solches der Obrigkeit des Orts zu melden, und über denselben nicht mehr, als constirt, in das Kirchenbuch einzutragen; in den übrigen Rubriken wird einstweilen bemerkt, was zur Zeit von ihm nicht bekannt sei, und was in der Folge bekannt wird, am Rande nachgetragen.

7) Bei natürlichen Todesarten ist die Krankheit oder der körperliche Zufall, wodurch der Tod herbeigeführt worden, entweder nach dem Urtheile des Arztes oder in dessen Ermangelung dem Anscheine nach anzugeben, und behuf der nöthigen Medicinalisten das eine oder andere dabei hinzuzusehen.

8) Bei Verunglückten ist der Ort und die Art ihres Verunglückens anzugeben.

9) Wird Jemand todt gefunden, und die Ursache seines Todes ist unbekannt oder ungewiß, so ist dies in die erwähnte Rubrik zu setzen, und am Rande nur zu bemerken: Num. — ist todt gefunden; wird aber über die eigentliche Todesart gerichtlich oder ärztlich entschieden, so ist sie bestimmt anzuzeigen.

10) Ermordungen und Selbstentleibungen sind ebenfalls nur dann als Todesursachen anzugeben, wenn darüber auf gleiche Weise entschieden worden ist.

11) Stirbt Jemand nach dem Bisse eines tollen Hundes an der Wasserscheu, so ist dieser traurige Fall am Rande besonders auszuzeichnen.

12) Todtgeborne Kinder sind, wie unter den Gebornen, so auch hier, ohne Ordnungsnummer und mit einer Seitenbemerkung aufzuführen, die dabei nicht anwendbaren Rubriken aber mit einem Striche zu füllen.

13) Wird ein Verurtheilter hingerichtet, so ist als Ursache seines Todes der richterliche Urtheilsspruch anzugeben, und am Rande der Ort und die Art der Hinrichtung zu bemerken, jede andere Bemerkung aber dabei zu vermeiden; wie denn überhaupt die Kirchenbücher bei schwerer Verantwortung nicht zu Sittenlisten der Verstorbenen zu machen sind.

f. Ueber die den Kirchenbüchern anzuhängenden Register.

1) Jedem Kirchenbuche ist ein alphabetisches Namenregister über die darin enthaltenen Verzeichnisse der Gebornen und Getauften 2c. anzuhängen, wie denn auch das dazu erforderliche unbedruckte Papier den gedruckten Formularen beigeheftet ist.

2) Diese Register sind, wenn sie die Bände der Kirchenbücher nicht unnötiger Weise vergrößern und vertheuern sollen, so compendiös als möglich, jedoch ohne Nachtheil des dabei beabsichtigten Zwecks, der in dem leichtern Nachschlagen besteht, einzurichten.

3) Dies kann aber auf zweierlei Weise geschehen, — entweder so, daß über sämtliche vier Verzeichnisse, wenn sie in einem Bande enthalten, oder über zwei und zwei derselben, wenn sie, wie für die größern Stadtgemeinen, in zwei Bände gebunden sind, ein gemeinsames Register geführt wird, in welchem die in diesen Verzeichnissen vorkommenden Namen der Gebornen und Getauften, der Confirmirten 2c. nach alphabetischer Ordnung aufgeführt, und die Seitenzahlen der von ihnen eingetragenen Fälle in verschiedenen nebenherlaufenden Columnen bemerkt werden, — oder dergestalt, daß über jedes der vier Verzeichnisse ein besonderes Register gefertigt wird, in welches nur die in dem einzelnen Verzeichnisse vorkommenden Familiennamen, das heißt, die Namen derer, welche in bürgerlichem Sinne für sich bestehen, folglich auch der Kinder, wenn sie ihre eigene Wirthschaft angefangen haben, alphabetisch aufgeführt, und die Seitenzahlen aller von diesen Namen in demselben Verzeichnisse vorkommenden Fälle ohne Columnen gleich daneben gesetzt werden.

4) Bei der erstern Art wird jeder Name, sobald der erste Fall von ihm vorkommt, es sei bei Eingebornen die Geburt und Taufe, oder bei Auswärtigen nur die Confirmation oder die Proclamation 2c. in das Register übergetragen, und die Seitenzahl dieses Falls in die dafür bestimmte Columnen gesetzt, die übrigen Columnen aber bleiben entweder für künftige weitere Fälle offen, oder werden, wenn solche nicht möglich sind, als bei

einem auswärtigen Confirmirten der Geburtsfall, bei einem auswärtigen Verstorbenen die drei erstern Fälle 2c. mit einem Striche gefüllt; bei der zweiten Art hingegen wird der Familienname, wenn der erste Fall in der Familie vorkommt, mit dessen Seitenzahl in die Register übergetragen, und die Seitenzahl jedes folgenden Falls demnächst hinzugefügt.

5) Bei der erstern Art sind die Seiten des gemeinsamen Registers, um für jeden Buchstaben Raum genug zu gewinnen, in zwei Spalten, bei der letztern aber, um für die vier Register noch mehr Platz zu ersparen, in drei Spalten einzutheilen.

6) Auch versteht sich von selbst, daß für die Anfangsbuchstaben der Namen, die in einer Gemeinde gegenwärtig gar nicht (wenn gleich diese Buchstaben um künftiger Fälle willen nicht ausgelassen werden dürfen) oder nur selten vorkommen, weniger Raum, als für die häufiger darin vorkommenden, zu nehmen sei.

7) Ungleiches sind zur Ersparung des Raums in den Registern, da sie nur zum Nachschlagen dienen sollen, die Namen kleiner, als in den Verzeichnissen selbst (jedoch der Deutlichkeit unbeschadet) zu schreiben, und die Vornamen nur mit so viel Anfangsbuchstaben, als zur Unterscheidung derselben von andern nöthig sind, anzugeben.

8) Um dies Alles noch deutlicher und einleuchtender zu machen, werden diesem Reglement verschiedene Formulare zu den in Rede stehenden Registern beigelegt werden, und zwar unter A. a. eins zu einem Register der erstern Art über alle vier Abtheilungen der Kirchenbücher in einem Bande und unter A. b. zu einem Register über zwei Abtheilungen in zwei Bänden, unter B. a. b. c. d. aber vier Formulare zu vier verschiedenen Registern der zweiten Art über jede Abtheilung besonders; wobei noch bemerkt wird, daß die letztern absichtlich so eingetheilt worden sind, wie die Register über kleinere Kirchenbücher bei kleinern Gemeinden eingetheilt werden müssen, und daß daher in den Registern größerer Kirchenbücher bei größern Gemeinden für jeden Buchstaben des Alphabets mehr Raum bleiben muß.

9) Zugleich wird hiermit unverhalten, daß die den Kirchenbüchern in einem Bande behuf der Register angehängte Bogenzahl eigentlich nach der letztern kürzern Art, sie zu führen, berechnet worden ist. Indes bleibt es jedem, der ein Kirchenbuch führt, überlassen, bei dem gegenwärtigen Anfange des neuen die erstere oder letztere Gattung zu wählen, wenn er nur die Eintheilung so zu machen weiß, daß er mit den Registerbogen eben so lange, als mit den Verzeichnissen ausreicht, weil das Nachheften fehlender Bogen, wenn es gleich durch Werkverständige geschehen kann, mancherlei Nachtheil mit sich bringt. Auch kann bei jedem Kirchenbuche nur eine Art der Registerführung Statt finden, und muß daher der Nachfolger jederzeit bei der seines Vorgängers bleiben.

10) Uebrigens bedarf es kaum einer besondern Erinnerung, daß die Register eben so genau und pünktlich, als die Kirchenbücher selbst geführt, und deshalb die in diese eingetragenen Fälle jedesmal sofort der Seitenzahl nach auch in jene übergetragen werden müssen, indem vollständige Register das Nachschlagen bei auszustellenden Bescheinigungen sehr erleichtern, unvollständige aber nicht nur diesen Zweck verfehlen, sondern

auch in der Folge der Zeit zu der Meinung verleiten können, als ob die darin überangenen Fälle in den Verzeichnissen selbst sich nicht fänden.

II. Die Erhaltung und Aufbewahrung der Kirchenbücher betreffend.

1) Nächst der richtigen Führung und zweckmäßigen Einrichtung der Kirchenbücher ist für die Erhaltung und Aufbewahrung derselben angelegentlichst zu sorgen.

2) Um den ersten Einband jedes Kirchenbuchs so lange als möglich zu erhalten, und ein zweites Einbinden desselben, welches so leicht nachtheilig werden kann, zu verhüten, wird es rathsam sein, während des Gebrauchs den Band mit einem Umschlage zu versehen, worauf der Rücktitel wieder bemerkt werden kann; durchaus nothwendig aber ist es, bei dem Gebrauche ihn vor aller Beschädigung zu bewahren, beim Einschreiben nicht des Streusandes, welcher die Falzen und Fugen löset, sondern des Löschpapiers sich zu bedienen, und nach jedem Einschreiben das Buch sofort wieder an seinen Ort zu legen.

3) Wenn indeß der Einband durch einen Zufall leidet oder mit der Zeit sich löset, so sind solche Fehler auf Kosten der Kirchen gleich zu verbessern, damit nicht durch Uebersehen derselben ein neuer Einband nöthig werde.

4) Zur Erhaltung des Innern der Kirchenbücher, woran am meisten gelegen ist, wird vorzüglich die äußerste Reinlichkeit bei der Führung derselben erfordert, weil jeder Flecken und jeder Dinteflecken insbesondere einen darin enthaltenen Namen oder eine denselben betreffende Nachricht undeutlich und mit der Zeit unleserlich machen kann; weshalb denn auch, falls dergleichen entstanden, zumal da sie nicht wegradirt werden dürfen, das, was dadurch undeutlich geworden, noch einmal an den Rand zu setzen und aufs neue zu unterschreiben ist.

5) Die Aufbewahrung der Kirchenbücher geschieht nach den darüber bereits bestehenden Verordnungen nicht in der Kirche, sondern auf der Pfarre in den Registraturschränken und bei den Opfereien in den Städten in eigends dazu verfertigten Schränken.

6) Sollten also jene dazu nicht geräumig genug und diese hier und da noch nicht angeschafft sein, so ist für die Erweiterung der erstern, und die Verfertigung der letztern auf Kosten der Kirchen ungesäumt zu sorgen.

7) Die Schränke sind an einem trockenen und sichern Orte aufzustellen und jederzeit verschlossen zu halten.

8) Bei entstehenden Feuersbrünsten ist, wie nach den Kirchensachen überhaupt, so auch nach diesen Schränken, und, falls dieselben bei einem plötzlich ausbrechenden Feuer augenblicklich nicht ganz fortgeschafft werden könnten, wenigstens nach den darin befindlichen Kirchenbüchern vor allem Andern zu greifen, und dahin zu sehen, daß sie in einstweilige sichere Verwahrung gebracht werden.

9) Damit aber selbst in dem unglücklichen Falle, daß ein Kirchenbuch im Brande beschädigt oder verzehrt würde, dennoch die darin enthaltenen Urkunden nicht, wie leider!

oft genug geschehen ist, für die Mitwelt und Nachwelt verloren gehen, so ist von jedem Kirchenbuche im Lande in Gemäßheit des §. 2 der oben angeführten höchsten Verordnung ein Duplicat zu fertigen und an einem andern Orte aufzubewahren.

10) Die Formulare zu diesen Duplicaten werden demnächst an die Superintendenden ergehen, und sind von denselben entweder in den Inspections-Registraturschränken, oder, wenn diese keinen Raum dafür haben, in besondern, auf Kosten der Kirchen dazu zu verfertigenden kleinern Schränken, bis zum Ablaufe des nächstkünftigen Jahrs aufzubehalten, zu Anfange des folgenden Jahrs aber den Predigern der Inspection durch Boten, die jedoch zur Verminderung des aus den Kirchencassen zu bestreitenden Botenlohns mehrere Orter auf einem Wege berühren können, und den Opferleuten in den Städten aus der Hand mitzutheilen, welche dann binnen möglichst kurzer Frist, damit beide Exemplare nicht lange an einem Orte bleiben, den vollendeten ersten Jahrgang gleichlautend mit dem Originale und auf eben so vielen Seiten in jede Abtheilung des Duplicats einzutragen, auch die Namen und Seitenzahlen in die Register überzutragen, die Copie des Jahrganges aber, wofür die Copialien aus den Kirchenmitteln vergütet werden sollen, mit dem Originale von Wort zu Wort zu vergleichen, und durch die Unterschrift: „Für die Gleichförmigkeit der Abschrift dieses Jahrganges mit dem Originale bürget auf Eid und Pflicht N. N.“ zu beglaubigen, und hierauf dies zweite Exemplar sofort, die erstern durch Boten, die letztern in Person, an die Superintendenden zurückzuliefern haben, damit es bei denselben bis zum Ablaufe des Jahrs verbleibe.

11) Ist der, welcher das Original-Kirchenbuch das Jahr hindurch geführt hat, zu Anfange des folgenden Jahrs krank oder verstorben, so liegt es dem Superintendenten oder dessen Stellvertreter ob, eine richtige und gleichlautende Abschrift davon durch einen tüchtigen Abschreiber gegen Vergütung der Copialien aus den Kirchenmitteln fertigen zu lassen, und mit dem Collationiren und Beglaubigen derselben auf die vorgeschriebene Art zu verfahren.

12) Ist die Pfarre erlediget gewesen und vor oder beim Anfange des Jahrs wieder besetzt worden, so hat der neu angehende Prediger das Duplicat auf dieselbe Weise zu besorgen.

13) Ist endlich der Prediger, der ein Kirchenbuch führt, zugleich Superintendent oder keinem Superintendenten subordinirt, so hat er zwar das Duplicat, wie jeder anderer Prediger, zu fertigen, jedoch, sobald der erste Jahrgang eingetragen worden, damit beide Exemplare nicht bei einander bleiben, es den competenten weltlichen Kirchencommissarien zur sorgfältigen Aufbewahrung, als wozu dieselben ausdrücklich hiermit verpflichtet werden, zu übergeben, beim Anfange des folgenden Jahrs aber zur ordnungsmäßigen Fortsetzung es von ihnen zurückzufordern.

14) Bei der Vacanz einer Superintendentur tritt der, welcher dieselbe einstweilen verwaltet, auch in dieser Rücksicht an die Stelle des Superintendenten.

15) Auf gleiche Weise sind denn die Duplicat der Kirchenbücher alljährlich

fortzusetzen, jedesmal aber möglichst zu fördern, damit die Absicht der zwiefachen Aufbe-
wahrung beider Exemplare nicht verfehlt werde.

16) Uebrigens wird noch bemerkt, daß in die Duplicate auch die Marginalberich-
tigungen und Bemerkungen mit überzutragen, daß etwanige Schreibfehler in den Abschrif-
ten, gleich denen in den Originalen, nicht zu radiren, sondern am Rande zu verbessern,
und die Namen- und Seiten-Register jenen mit diesen übereinstimmend beizufügen sind.

17) Sollte eins von beiden Exemplaren durch einen Zufall verloren gehen, so ist
dasselbe, nach §. 3 der allegirten höchsten Verordnung durch eine beglaubigte Abschrift
des noch vorhandenen Exemplars zu ersetzen, und deßhalb über einen solchen Fall schleu-
nigst anhero zu berichten.

18) Die nach obigen Anweisungen bei den Kirchenbüchern aufzubehaltenden Acten
sind nicht bei den Duplicaten, sondern bei den Originalen, und zwar die darunter be-
findlichen wirklichen Documente für immer, die Concessionen aber und Dispensationen, die
Bedeundscheine und Dimissorialen zehn Jahre lang aufzubewahren, nach deren Ablaufe
sie verbrannt werden können.

III. Die Revision der Kirchenbücher betreffend.

1) Die Revision der Kirchenbücher gehört zu den Obliegenheiten der geistlichen Epho-
ren, welche dazu schon früherhin durch wiederholte Verordnungen und Verfügungen ver-
pflichtet worden sind.

2) Zu diesem Behufe sind ihnen die Kirchenbücher auf dem Lande nicht nur bei
den Kirchen- und Schulvisitationen, sondern inskünftige auch bei den Einführungen der
Prediger, um zu sehen, wie sie während der Vacanzzeit geführt worden, in den Städ-
ten aber, wo Opferleute sie führen, von diesen nach Neujahr, sobald die Duplicate ge-
fertigt worden, vorzulegen.

3) Findet der Ephorus besondere Gründe, die Vorlegung eines Kirchenbuchs auch au-
ßer den beregten Zeitpuncten zu verlangen, so bleibt ihm solches unbenommen, und wird er
dazu hiermit ausdrücklich berechtigt; jedoch muß er das Kirchenbuch forderksamst zurückgeben.

4) Bei der Revision der Kirchenbücher ist aber nicht bloß darauf zu merken, ob
etwa die neuern und neuesten Fälle in dieselben eingetragen sind, sondern jede Abtheilung
seit der letzten Revision theils im Allgemeinen zu übersehen, theils dieser und jener ein-
zelne Fall, aus jeder willkürlich ausgewählt, näher zu prüfen, um beurtheilen zu kön-
nen, ob die verschiedenen Fälle nicht nur sorgfältig, sondern auch nach dem Inhalte die-
ses Reglements vorschriftsmäßig eingetragen worden; auch ist dabei auf die Marginalbe-
merkungen, die Register und die Beläge der Kirchenbücher mit Rücksicht zu nehmen.

5) Ueber das Resultat der angestellten Revision haben die Ephoren im erstern un-
ter No. 2 beregten Falle in den Visitations- und Einführungs-Berichten, im letztern
alljährlich in besondern Berichten das Nöthige zu bemerken.

6) Sollten wider Erwarten Hauptmängel sich finden, so ist hiervon sogleich zu be-

richten, damit das Erforderliche deßhalb verfügt, und eine solche Pflichtvergessenheit gehörig geahndet werde.

7) Auch haben die Ephoren, wenn sie in der Folge der Zeit bei der Revision wahrnehmen, daß die Formulare eines Kirchenbuchs oder einzelne Abtheilungen desselben nach Jahr und Tag zu Ende gehen werden, darüber im voraus zu berichten, damit für deren Ersatz früh genug gesorgt werden könne.

IV. Die aus den Kirchenbüchern auszustellenden Bescheinigungen betr.

Was endlich die aus den Kirchenbüchern auszustellenden Geburts = Confirmations = Proclamations = Copulations = und Sterbescheine betrifft, so ergibt sich aus der Natur der Sache, daß diese nur von denen ertheilt werden können, welche zur Führung der Kirchenbücher autorisirt sind, folglich auch bei eintretenden Krankheiten derselben oder bei entstandenen Vacanzen allein von den vicarirenden Predigern und Opferleuten; auch bedarf es keiner Erinnerung, daß hierbei Jeder nach Pflicht und Gewissen, der Wahrheit völlig gemäß, und mit gehöriger Sorgfalt verfahren müsse. Indes ist dabei in Hinsicht auf die zweckmäßige Abfassung solcher Bescheinigungen noch folgendes zu bemerken:

1) Um ihre allgemeine Gültigkeit zu sichern, sind sie auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Stempelbogen auszustellen.

2) Aus gleichem Grunde müssen sie auch mit eigener Hand, deutlich und leserlich geschrieben, mit einer vollständigen Unterschrift versehen, und mit dem Kirchensiegel beglaubiget werden.

3) Die darin vorkommenden Namen sind, wie in den Kirchenbüchern, woraus sie genommen werden, ganz auszusprechen, und die Zahlen nicht mit Ziffern, sondern mit Buchstaben anzugeben.

4) Da sie authentische Auszüge aus den Kirchenbüchern sein müssen, so sind darin die in diesen enthaltenen Nachrichten wörtlich, nur mit hinzugefügten Verbindungswörtern, und eben darum auch nach der Ordnung der tabellarischen Rubriken mitzutheilen, z. B. Auszug aus dem Verzeichnisse der Gebornen und Getauften des Kirchenbuchs zu N. Dem N. N. Bürger und Schuhmacher (oder Ackermann, Rothfasse) in N. wurde von seiner Ehefrau N. N. gebornen N. am — ein Sohn geboren, welcher am — getauft und N. N. genannt wurde; Taufzeugen waren N. N. Auszug aus dem Verzeichnisse der Verstorbenen und Begrabenen des Kirchenbuchs zu N. N. N. Bürger und Brauer in N. starb am — um — Uhr, und wurde am — auf dem Kirchhofe — beerdiget, — Jahre — Monate alt.

5) Findet sich in den Nachrichten ein am Rande berichteter Fehler, so ist in den auszustellenden Schein nicht das Fehlerhafte, sondern allein das Berichtigte, da es besonders beglaubiget worden, aufzunehmen, z. B. statt des im Contexte unrichtig angegebenen Namens der am Rande stehende richtige Name.

6) Der Inhalt der Marginalbemerkungen ist der Regel nach nicht mit in die auszustellenden Scheine zu bringen, es wäre denn, daß sie etwas Wesentliches enthielten, als

die Legitimation eines Kindes, die entdeckte und gerichtlich attestirte Herkunft eines Findlings, oder die erfolgte Dispensation über eine Trauung ohne Aufgebot, oder die ärztliche Bescheinigung des natürlichen Todes eines Todtgefundenen 2c.

7) Uebrigens verbleibt es in Ansehung der Gebühren für die auszustellenden Scheine bei der bisherigen Obfervanz.

Alle diejenigen, welche mit der Führung der Kirchenbücher in hiesigen Landen beauftraget sind, haben nun mit vorstehendem auf höchsten Befehl entworfenen Reglement sich baldigst bekannt zu machen, und deshalb die darin enthaltenen Vorschriften mit den tabellarischen Formularen der Kirchenbücher, worauf sie sich beziehen, der Reihe nach zu vergleichen, auch dazu in zweifelhaften Fällen wieder zurückzukehren, und sie in jedem vorkommenden Falle genau zu befolgen; nicht weniger haben die geistlichen und weltlichen Kirchen=Visitatoren nach dem, was sie darin angeht, sich pflichtmäßig zu achten, und in ihrem Wirkungskreise darüber zu halten, daß der höchsten Verordnung und dieser darauf gegründeten Anweisung in Allem nachgelebet werde.

Wolfsenbüttel, den 10. December 1814.

Fürstl. Braunschweig = Lüneburgisches Consistorium.

A. a. | Alphabetisches Register über Th. I. II. III. IV.

A.	I. Geb. Seite	II. Conf. Seite	III. Procl. Seite	IV. Verst. Seite	A.	I. Geb. Seite	II. Conf. Seite	III. Procl. Seite	IV. Verst. Seite
Abel, Joh. Heinr. .	2								
Adam, Joh. Friedr.	—	150							
Ahlschwede, Hans Jürg	10	—	—	291					
Ahland, Friederike .	36	153	201						
Andert, Wilh. Ferdin.	—	—	—	300					
Apun, Joh. Henriette	38	151							
Arens, Jobst-Henning	40	—	—	301					
Abel, Mar. Sophie	—	151	—	301					
Ahleman, Franz Conr.	54								
<p>Anmerk. 1. In den Registern der Geb. und Verst. wird aus den Verzeichn. derselben nur die Seite citirt, wo die Ordnungsnummer steht, folglich, da die Titelseite mitgezählt wird, jedesmal die mit der ebenen Zahl.</p> <p>Anm. 2. Bei allen folgenden Buchstaben des Alphabets ist, wie bei A, zu verfahren.</p>									

Kirchenbücher 2c. Rescripte.

225

A. b. | Alphabetisches Register über Th. I. II.

A.	I.	II.	A.	I.	II.
	Geborne Seite	Confirm. Seite		Geborne Seite	Confirm. Seite
Krens, Friedr. Adolph . .	2	180			
Allemann, Charl. Hen. . .	—	181			
Alburg, Joh. Elisab. . .	10				
Aschermann, Jul. Theod.	42	—			
Appel, Heinr. Wilh. . . .	48	181			
Andert, Marianne Fried.	—	182			
Amme, Gottlob Ernst . .	50				
Anm. 1. Das Register über Th. III. IV. wird eben so, wie das über Th. I. II. eingerich- tet, nur mit veränderten Ueber- schriften.					
Anm. 2. S. die Anm. 2. unter A. a.					

B. a. | I. Alphabetisches Register über das Verzeichniß der Gebornen und Getauften.

A.		
Abel, Joh. Heinr.		
Sohn S. 12. 18. 28.		
Tocht. S. 28. 36. 40.		
Abel, Friedr. Wilh.		
Sohn S. 4. 14. 20. 32.		
Tocht. S. 10. 24. 36.		
Krens, Jobst Hennig		
Sohn S. 6. 12. 26.		
Tocht. S. 8. 16. 22. 30.		
Allewelt, Hanne Justine		
Unch. Sohn S. 14.		
Anm. Bei allen folgenden Buch- staben des Alphabets ist wie bei A. zu verfahren.		

B. b. | II. Alphabetisches Register über das Verzeichniß der Confirmirten.

A.

Abel, Joh. Heinr.

Sohn S. 42. 46. 50.

Tocht. S. 44. 48. 50.

Abel, Friedr. Wilh.

Sohn S. 43. 45. 47.

Tocht. S. 41. 49. 52.

Arens, Jobst Hennig

Sohn S. 22. 35. 49.

Tocht. S. 47. 50. 53.

Allewelt, Hanne Just.

Uneh. Sohn S. 50.

Ahlfeld, Marie Christ.

Uneh. Tocht. S. 51.

Anm. Bei allen folgenden Buch-
staben des Alphabets wird wie
oben bei A. verfahren.

B. c. | III. Alphabetisches Register über das Verzeichniß der Proclam. und Copulirten.

A.

Abel, Joh. Heinr. S. 60.

Dessen Wittve S. 75.

Sohn S. 80. 85.

Tocht. S. 77. 83.

Abel, Friedr. Wilh. S. 61.

Dessen Wittve S. 76.

Sohn S. 61. 82.

Tocht. S. 78. 90.

Arens, Jobst Henn. S. 62.

Sohn S. 88.

Tocht. S. 72. 77.

Ahlfeld, Mar. Christ. S. 63.

Anm. S. die Anm. unter B. b.

B. d. | IV. Alphabetisches Register über die Verzeichnisse der Verstorb. und Begrabenen.

A.

Abel, Joh. Heinr. S. 98.
 Sohn S. 90. 102.
 Tocht. S. 95.
 Abel, Friedr. Wilh. S. 99.
 Sohn S. 91.
 Tocht. S. 96. 107.
 Arens, Jobst Henn.
 Ehefrau S. 110.
 Sohn S. 94. 101.
 Tocht. S. 112.
 Alburg, Conr. Heinr. S. 108.
 Wittwe S. 113.
 Almann, Joh. Friedr. S. 111.
 Angerstein, Aug. Wilh. Wittw.
 S. 109.

Anm. 1. Dies Register erfordert, weil darin die meisten selbstständigen Namen vorkommen, etwas mehr Raum, als jedes der vorhergehenden.

Anm. 2. S. die Anm. unter B. b.

Resc. f. C. v. 17. Mai 1815.

Sollte der Fall eintreten, daß die Aeltern eines Kindes vor dem Ablaufe des für die Taufe auf 6 Wochen bestimmten Termins aus der Gemeinde, worin es geboren ist, sich in eine andere begeben und es daselbst zur Taufe brächten, so sollen die Gebühren nicht bloß in der Gemeinde, wo es getauft wird, sondern auch in die, worin es durch seine Geburt gehört, entrichtet und diese Entrichtung gehörig bescheinigt werden.

Was hiernächst das Anmelden der Geburt eines solchen Kindes betrifft, so ergibt sich von selbst, daß dies in der Gemeinde, in welcher es geboren wird, geschehen muß, und ist alsdann der Geburtsfall in das Kirchenbuch dieser Gemeinde, nach Vorschrift des Reglements vom 10. Dec. 1814 Abschnitt I. B. b. S. 1. 2 mit hinzugesetzter Ordnungsnummer sofort einzutragen, die Eintragung der Taufzeit und der Taufzeugen aber nach erfolgter Anzeige derselben aus der Gemeinde, wo das Kind getauft wird (welche nöthigenfalls einzufordern ist), mit Bemerkung des Tauforts nachzuholen. Uebrigens kann das Kind auch in das Kirchenbuch der Gemeinde, wo die Taufe geschehen, mit Bemerkung derjenigen, wo es geboren ist, eingeschrieben werden; jedoch muß hier die Ordnungsnummer wegbleiben, damit ein Geburtsfall nicht zweimal gezählt werde.

Resc. f. E. v. 31. Januar 1816.

In dem Reglement vom 10. Dec. 1814, die Führung der Kirchenbücher in tabellarischer Form betreffend, Abschn. I. B. c. §. 2 ist vorgeschrieben: „daß die Ordnungsnummern, unter welchen die confirmirten Kinder aufgeführt werden, wenn die Kinder aus einer Gemeinde sind, nach der alphabetischen Ordnung ihrer Zunamen sich richten, wo aber Kinder aus mehreren vereinigten Gemeinden confirmirt werden, die aus der Pfarrgemeinde voranstehen sollen.“

Ob nun gleich aus dem Vorhergehenden, insonderheit aus Abschn. I. A. §. 11 und B. §. 9 zur Genüge erhellet, daß hier unter vereinigten Gemeinden nicht die zu einer Pfarodie verbundenen Pfarr- und Filialgemeinden, welche besondere Kirchenbücher haben, sondern nur solche verstanden werden können, die durch ein gemeinschaftliches Kirchenbuch (als wovon hier allein die Rede gewesen) mit einander vereinigt sind, eben dies auch aus der Einrichtung der neuen Kirchenbücher selbst sich ergibt, indem, wie der Augenschein lehrt, jedes besondere Kirchenbuch, sei es für eine Pfarrgemeinde oder Filialgemeinde bestimmt, so viel Formulare zu dem Verzeichnisse der Confirmirten enthält, als im Verhältnisse gegen das Verzeichniß der Gebornen und Getauften gerade für die Confirmanden dieser auf dem Titel benannten Gemeinde erfordert wird, woraus von selbst hervorgeht, daß eben diese und nur diese in dasselbe eingetragen werden müssen; so hat doch f. Conf. wider Erwarten vernommen, daß hierüber nicht nur hier und da Zweifel entstanden, sondern auch an einigen Orten die Confirmanden von solchen Filialen, die ihre eignen Kirchenbücher haben, mit in das Kirchenbuch der Pfarrgemeinde, wohin sie schon nach dem Titel desselben nicht gehören, eingetragen worden sind.

Um also diese Irrungen möglichst wieder aufzuheben und fürs Künftige gänzlich zu verhüten, wird Folgendes hiermit bestimmt und festgesetzt:

1) Wenn nach Abschn. I. A. §. 11 des Reglements mehrere genau vereinigte Gemeinden ein gemeinschaftliches Kirchenbuch haben, so sind darin die Confirmanden aus denselben nach der unter B. c. §. 2 vorgeschriebenen Ordnung aufzuführen.

2) Hat aber eine Gemeinde, welcher Art sie sei, ihr eigenes Kirchenbuch, so sind die Confirmanden aus derselben, wie sich von selbst versteht, in dieses und kein anderes einzutragen, und wenn, wie es bei einer kleinen Gemeinde der Fall sein kann, daraus in einem Jahre keine Kinder zu confirmiren sind, so ist solches in dem Kirchenbuche unter der Jahrzahl zu bemerken.

3) Wo also im vorigen Jahre 1815 die confirmirten Kinder einer solchen Filialgemeinde, die ihr besonderes Kirchenbuch hat, irriger Weise mit in das Kirchenbuch der Pfarrgemeinde eingetragen worden sind, da hat es zwar, weil aus den Kirchenbüchern Nichts weggestrichen werden darf, hierbei sein Verbleiben, jedoch ist daneben unter die Rubrik „Bemerkungen“ zu setzen: die hierneben verzeichneten, aus der Gemeinde N. im Jahre 1815 confirmirten Kinder sind wegen mißverständener Vorschrift des Reglements vom 10. Dec. 1814 mit in dieses Kirchenbuch eingetragen, jedoch zugleich in dem Kir-

chenbuche gedachter Gemeinde aufgeführt worden, und fällt dergleichen doppelte Eintragung nach dem Consistorialauschreiben vom 31. Januar 1816 künftig weg.

4) Sollte aber wider alles Vermuthen hier und da gar das Versehen vorgegangen sein, daß die confirmirten Kinder aus einer solchen Filialgemeinde, welche ein besonderes Kirchenbuch hat, in dieses, wohin sie eigentlich gehören, aus dem Grunde, weil sie irriger Weise schon in dem der Pfarrgemeinde verzeichnet standen, nicht eingetragen wären, so ist solches sofort, bevor die Confirmanden des laufenden Jahrs eingeschrieben werden, in beiden Exemplaren, dem Originale sowohl als dem Duplicate, nachzuholen und die Seitenzahl gehörig in das Register zu bringen.

Die Generalsuperintendenten haben nun dies Alles den ihnen subordinirten Superintendenten und Predigern, auch den Oysterleuten in den Städten, welche Kirchenbücher zu führen haben, zur Nachricht und Nachachtung zu eröffnen, und ist bei der ordnungsmäßigen Revision der Kirchenbücher darauf zu merken, ob obige Vorschriften genau befolgt worden.

Postscript I. v. 31. Januar 1816 zum Circularauschr. v. 31. Januar 1816.

Da bemerkt worden ist, daß bei Ablieferung der gedruckten Formulare zu dem Duplicate der Kirchenbücher durch ein Versehen in der Buchdruckerei zu einem und andern Exemplare derselben einige Bogen mehr oder weniger, als zu den Originalen abgezählt sind, woraus natürlicher Weise eine Ungleichheit der Seitenzahlen in beiden entstehen muß; so haben die Generalsuperintendenten die ihnen subordinirten Superintendenten und Prediger, auch die Oysterleute, welche Kirchenbücher zu führen haben, forderndst zu erinnern, daß da, wo der bemerkte Fall bei dem Durchpaginiren der Duplicate sich gefunden hat, die Register derselben nicht aus den Originalen abgeschrieben werden können, sondern, mit besonderer Rücksicht auf jene ungleichen Seitenzahlen neu zu entwerfen sind.

Postscript II. v. 31. Januar 1816 zum Circularauschr. de eodem dato.

Wie auch darauf angetragen worden ist, daß für die Fertigung der Duplicate der Kirchenbücher etwas mehr, als die gewöhnlichen Copialien verwilligt werden möge, so wird dem Generalsuperintendenten und durch dieselben den ihnen untergeordneten Superintendenten und Predigern, auch den Oysterleuten, welche Kirchenbücher zu führen haben, hierdurch unverhalten, daß wegen der dabei zu beobachtenden Sorgfalt für jeden Bogen zwei Gutzugroschen in den Kirchenrechnungen bei Allegirung dieses Circularpostscripts passieren sollen.

Resc. f. E. v. 20. März 1816.

Da in dem Reglement vom 10. Dec. 1814, die Führung der Kirchenbücher betreffend Abschn. I. B. e. §. 3 ein Druckfehler sich findet, indem daselbst, Statt: „Tag und Ort des Begräbnisses,“ gleicherweise wie in der hier angeführten Rubrik des Ver-

zeichnisses der Verstorbenen und Begrabenen: „Tag und Art des Begräbnisses“ stehen sollte, so wird den Generalsuperintendenten und durch dieselben den ihnen subordinirten Superintendenten und Predigern, auch den Opferteuten in den Städten, welche Kirchenbücher zu führen haben, solches zu dem Ende bemerkt gemacht, damit hieraus nicht etwa ein Zweifel gegen die Richtigkeit der erwähnten Rubrik selbst entstehe, als bei welcher es vielmehr sein Verbleiben hat, und unter welcher der Regel nach nur die Art des Begräbnisses, ob solches in der Stille, oder mit einer Leichenpredigt 2c. geschehen, der Ort der Beerdigung aber, der ohnehin bei den meisten Gemeinden immer derselbe bleibt, bloß in den §§. 3 und 4 des angeführten Abschnitts beregten Fällen anzugeben ist.

Postscript f. E. v. 20. März 1816.

Da auch aus einigen eingegangenen Berichten erhellet, daß bei angestellter Revision der Duplicate der Kirchenbücher in diesen und jenen Exemplaren derselben verschiedene Abweichungen von den Vorschriften des Reglements vom 10. Dec. 1814 sich gefunden haben, so sind die etwa noch nicht revidirten Duplicate ebenfalls einer baldigen sorgfältigen Revision zu unterwerfen und über die darin bemerkten Abweichungen von der vorgeschriebenen Form genaue Berichte zu erstatten.

Resc. f. E. v. 22. Januar 1817.

Da über das von den Führern der Kirchenbücher in dem Falle, wenn der Vater eines unehelichen Kindes dasselbe freiwillig für das seinige anerkennt, rücksichtlich der, deshalb in die gedachten Bücher nachzutragenden Bemerkung zu beobachtende Verfahren einige Zweifel erhoben worden, so wird, um solche zu beseitigen, vom f. Conf. mit höchster Genehmigung Folgendes hierdurch festgesetzt:

Vor Allem ist, wie bei Führung der Kirchenbücher überhaupt, so auch insonderheit bei den darin wegen geschehener Anerkennung unehelicher Kinder einzutragenden Bemerkungen zu berücksichtigen, daß es dabei vorzüglich darauf ankommt, die Rechte der Theiligten behuf der etwa künftig aus solchen Büchern zu beschaffenden Beweise, möglichst zu sichern; daher denn derjenige, der solche zu führen hat, mit besonderer Sorgfalt dahin sehen, und ehe er darin etwas niederschreibt, sich überzeugen muß, daß dasjenige, was ihm zum Eintragen in selbige vorgetragen wird, die reine Wahrheit enthalte.

Damit nun nicht etwa ein Dritter sich erkühnen könne, die Namen eines Andern zu mißbrauchen, oder das Kirchenbuch zur Erreichung unlauterer Absichten auf eine verdeckte Weise zu benutzen, und damit der, welcher sich zum Vater eines Kindes bekannt hat, oder dessen Erben sich nicht erdreissen können, die geschehene, in das Kirchenbuch eingetragene Anerkennung eines unehelichen Kindes abzuleugnen, ist es nothwendig, daß derjenige, der das Kirchenbuch führt, sich vorher, ehe er die abgegebene Erklärung niederschreibt, davon vergewissere, daß die Person, von welcher die Erklärung geschehen ist, diejenige sei, wofür sie sich ausgibt und daß er in dem Kirchenbuche mit wenigen Worten anzeige, wodurch er von dem gedachten Umstande Gewissheit erlangt habe.

Wenn demnach Jemand, der ihm bekannt ist, vor ihm erscheint und ein neues

bornes Kind für das seinige anerkennt, so hat er bei der Niederschreibung dieser Erklärung nur zu bemerken: „daß der Erschienene ihm wohl bekannt sei.“

Ist derselbe ihm nicht bekannt, so hat er ihn anzuweisen, daß er sich mit zwei, ihm, dem Führer des Kirchenbuchs, bekannten glaubhaften Zeugen vor ihm einfinden müsse, um sich von diesen für den, wofür er sich ausgibt, erklären zu lassen. Daß dieses geschehen sei, muß dann gleichfalls in dem Kirchenbuche mit Benennung der Zeugen bemerkt werden.

Sollte aber der Vater eines unehelichen Kindes dasselbe schriftlich als das seinige anerkennen, so ist es nothwendig, daß unter der zu übergebenden Schrift von dem Prediger der Parochie, wozu jener gehört, mit Beidrückung des Kirchenriegels, oder von einer sonstigen öffentlichen Behörde, deren Attestate volle Beweiskraft hat, bezeugt werde, daß die Schrift von dem, der selbige unterzeichnet hat, wirklich herrühre.

Auch ist, um sonstigen Mißbräuchen vorzubeugen, die von Seiten des Vaters geschehene Anerkennung eines unehelichen Kindes nicht eher in das Kirchenbuch einzutragen, bevor die Mutter von dem, welcher solches führt, persönlich vernommen worden, und dieselbe ihre Zustimmung deshalb erklärt hat.

Endlich ist jedesmal der Tag und das Jahr, da die Erklärung des Vaters geschehen und die Zustimmung der Mutter erfolgt ist, auch wann die Bemerkung in das Kirchenbuch eingetragen worden, zur Feststellung der Glaubwürdigkeit solcher Bemerkung hinzuzufügen.

Resc. f. G. R. E. v. 11. August 1817.

Da zur Anzeige gekommen, daß die sich ereignenden Sterbefälle verunglückter und todtgefundener Personen nicht immer ordnungsmäßig angemeldet wurden und deren Eintragung in die Kirchenbücher daher nicht geschehen könnten, hierdurch aber nicht nur die Kirchenbücher mangelhaft werden, sondern auch sehr nachtheilige Folgen für die Anverwandten und Erben der Verstorbenen entstehen können; so haben die f. Kr. Ger. zu verfügen, und mit Aufmerksamkeit darauf zu achten, daß vorgedachte Todesfälle jedesmal bei dem Führer des Kirchenbuchs derjenigen Parochie, wohin der Ort, wo der Verunglückte gefunden worden, gehört, vorschriftsmäßig angezeigt werden.

Resc. f. G. R. E. v. 26. Februar 1818.

Die f. Kr. Ger. haben aus dem ihnen abschriftlich mitgetheilten unterm 26. Febr. 1818 an f. Conf. erlassenen Rescripte ersehen, was wegen Wiederaufnahme der Liste von den in hiesigen Landen Copulirten, Gebornen und Gestorbenen durch die Geistlichen, verfügt worden ist; und wie danach die Prediger und resp. Opferleute die jährlich von ihnen zu fertigenden Listen der Gebornen und Gestorbenen mit der summarischen Angabe der Zahl der copulirten Paare, jedesmal im Laufe des Monats Januar des folgenden Jahres an das betreffende St. oder Kr. Ger. einzusenden haben, so haben die f. Kr. Ger. sothane Listen zu sammeln, aus selbigen, sobald sie sämmtlich eingegangen, ein summarisches Verzeichniß der in ihren Bezirken Copulirten, Gebornen und Gestorbenen

Kirchenbücher 2c. Rescripte.

nach den angebotenen Formularen aufzustellen, und solches mit sämmtlichen von den Geistlichen eingesandten Listen vor Ende Februars eines jeden Jahrs an die Oberhauptleute abzuliefern. Damit aber die vorgedachten Einlieferungstermine pünktlich innegehalten werden, haben die f. Kr. Ger. an diejenigen Prediger und resp. Oepferleute, welche die vorschristmäßigen Listen im Laufe des Monats Januar noch nicht eingesandt, sofort deshalb eine Erinnerung zu erlassen, und, wenn dieselbe fruchtlos bleiben sollte, davon unverzüglich dem f. Cons. Anzeige zu machen.

Z i f f e d e r - G e b o r n e n
in der Gemeinde

Gericht s

f ü r d a s J a h r 18

No	Tag der Geburt.	Name des Vaters, und wenn das Kind ein uneheliches ist, Name der Mutter.	Geborne				Namen der Hebammen oder der Geburtshelfer, deren die Wöchnerin sich bediente.
			eheliche Kinder		uneheliche Kinder		
			männlichen Ge- schlechts.	weiblichen Ge- schlechts.	männlichen Ge- schlechts.	weiblichen Ge- schlechts.	

Liste

Liste der Gestorbenen in der Gemeinde

Gerichts

für das Jahr 18

N ^o	Gestorbene.			Krankheiten, woran sie gestorben, oder sonstige Ursachen des Todes.	Ärzte, deren sie sich bedienten.
	Namen der Verstorbenen.	Alter derselben.	Monat, in welchem sie starben.		

Liste

der

Copulirten, Gebornen und Gestorbenen

im

Gerichte

für das Jahr 18

N a m e n der O r t s c h a f t e n oder der G e m e i n e n .	Getraute Paare.	G e b o r n e				Gestor- bene	Bemerkungen.
		eheliche Kinder		uneheliche Kinder			
		männlichen Ge: schlechts.	weiblichen Ge: schlechts.	männlichen Ge: schlechts.	weiblichen Ge: schlechts.		
		männlichen Ge: schlechts.	weiblichen Ge: schlechts.	männlichen Ge: schlechts.	weiblichen Ge: schlechts.		

R. f. G. R. E. v. 26. Februar 1818.

Da f. G. R. E. beschloffen hat, daß mit dem Jahre 1818 die regelmäßige Anfertigung und Einsendung der Liste der, in den hiesigen Landen Copulirten, Gebornen und Gestorbenen, durch die Prediger wiederum ihren Anfang nehmen soll, so hat f. Conf. dieselbe sämmtliche Prediger auf das Forderksamste zu instruiren. Die Listen der Gebornen und Gestorbenen sind von den betreffenden Predigern, oder wo solches früherhin hergebracht, von den Opferleuten, nach den mitgetheilten Tabellen anzufertigen und dabei folgende nähere Vorschriften zu beachten:

1) Auf der Titelseite ist der Name der Gemeinde, des Gerichts und die Jahreszahl an den dazu offen gebliebenen Stellen zu bemerken.

2) In der Liste der Gebornen ist in der letzten Columnne auf den Fall, daß sich die Wöchnerin einer angestellten Hebamme oder eines Geburtshelfers nicht bedient hat, solches bemerflich zu machen.

3) Am Schlusse einer jeden einzelnen Columnne der Gebornen ist deren Anzahl, hierauf die Zahl der ehelichen sowohl als der unehelichen Kinder, jede besonders, zu summiren, und sind zuletzt diese beiden Summen zusammen zu rechnen und solchergestalt die gesammte Anzahl der Gebornen — ohne jedoch die Todtgeborenen mit einzurechnen — anzugeben; auch sind am Schlusse der ganzen Tabelle die in der Gemeinde etwa vorgekommenen Zwillinge — Drillinge 2c. — Geburten auszuheben und deren Anzahl nochmals besonders aufzuführen.

4) Um in der Liste der Gestorbenen die Anzeige der Krankheiten, woran die Personen gestorben, so richtig, als es, den Umständen nach thunlich, zu machen, haben die Prediger oder Opferleute sich möglichst genau nach Beschaffenheit der Krankheit zu erkundigen und irrige Angaben oder die Bemerkung, daß die Krankheit nicht auszumitteln gewesen, so viel in ihren Kräften steht, zu vermeiden; auch ist

5) am Schlusse dieser Listen zu bemerken, wie viel Personen männlichen und wie viel weiblichen Geschlechts sich im Laufe des Jahrs unter den Gestorbenen befunden, und versteht es sich übrigens von selbst, daß unter den Gestorbenen die Todtgeborenen nicht mit aufzuführen sind. In Hinsicht der Copulirten bedarf es nur einer summarischen Angabe der im Laufe des Jahrs getraueten Paare, und ist die Anzahl derselben bei Uebersendung der vorangeführten Listen den betreffenden St. oder Kr. Ger. jedesmal anzuzeigen.

Es sind nämlich diese jährlich zu fertigenden Tabellen immer unfehlbar im Laufe des Monats Januar des folgenden Jahrs demjenigen St. oder Kr. Ger., worin die Gemeinden belegen, zu übersenden und hat f. Conf. die Prediger und resp. Opferleute auf das Gemessenste anzuweisen, sich hierin nicht säumig zu bezeigen, auch bei diesem Geschäfte genau nach der Vorschrift zu verfahren, indem die Gerichte ausdrücklich instruiert worden, von denjenigen Predigern und Opferleuten, welche die Listen nicht zur vorgeschriebenen Zeit, oder nicht vorschriftsmäßig einreichen würden, nachdem eine desfallige Erinnerung ohne Erfolg geblieben, sofort dem f. Conf. Anzeige zu machen.

Kirchenbücher 2c. Rescripte.

235

Resc. f. C. v. 8. Juli 1818.

Es ist vorgekommen, daß Zweifel darüber entstanden sind, ob die, nach dem Reglement vom 10. Decbr. 1814, die Führung der Kirchenbücher betreffend, Absch. I. A. d. §. 8 bei Verheirathungen in gewissen Fällen erforderlichen Geburts- und Tauffcheine auch von Wittvern, Wittwen und geschiedenen Ehegatten bei deren anderweiten Verheirathung beigebracht werden müßten. Wie nun der angeführte Paragraph des Reglements ausdrücklich besagt, auch die Natur der Sache zur Genüge ergibt, daß die Weibbringung der Geburts- und Tauffcheine nur bei solchen Verlobten erforderlich sei, welche in der Gemeinde, wo sie proclamirt und copulirt werden, nicht einheimisch sind und daher in dem Kirchenbuche derselben noch nicht bemerkt stehen, so folget hieraus zugleich von selbst, daß, wenn Wittwer, Wittwen und geschiedene Eheleute in der Gemeinde, in welcher sie anderweit proclamirt und copulirt werden sollen, bereits einheimisch geworden und in deren Kirchenbuche früherhin als Proclamirte und Copulirte, oder als Aelteren getaufter Kinder 2c., nach ihren Namen und ihrer Herkunft schon eingetragen sind, sie alsdann eines Geburts- und Tauffcheins nicht mehr bedürfen, im gegentheiligen Falle aber denselben, gleich anderen auswärtigen Verlobten, beizubringen haben, um über ihre rechten Namen, über ihre Herkunft, auch, wenn sie fremde und unbekannte Personen sind, über die Confession, zu welcher sie gehören, bestimmte Auskunft zu geben.

Wenn übrigens auch gefragt worden ist, ob vorbemerkte Personen bei einer anderweiten Verehelichung gleich andern Verlobten des älterlichen Consenses, oder, falls die Aelteren nicht mehr am Leben und in einer auswärtigen Gemeinde verstorben sind, eines Attestes über deren Absterben bedürfen, so findet diese Frage in dem Gesetze, das hierbei überall keine Ausnahme gestattet, eine hinlängliche Beantwortung.

Resc. f. G. R. C. v. 26. August 1818.

Da zur Constaturung der bei den jüdischen Landeseinwohnern vorkommenden Heiraths- Geburts- und Sterbefälle beschlossen worden, daß selbige von den Kr. Ger. in die Listen der Gebornen und Gestorbenen, welche ihnen die Prediger jährlich im Monate Januar einzusenden haben, in den betreffenden Columnen nachgetragen werden sollen, so haben die Oberhauptleute den Kr. Ger. ihres Districts dieserhalb das Erforderliche aufzugeben und selbige anzuweisen, dafür zu sorgen, daß ihnen die quaest. Heiraths- Geburts- und Sterbefälle gehörig bekannt werden.

Resc. f. C. v. 19. September 1818.

Es ist angefragt worden, wie es mit der Eintragung fremder Religionsverwandten in die Kirchenbücher lutherischer Gemeinden im Lande zu halten sein werde? Mit höchster Genehmigung wird darüber Folgendes festgesetzt:

I. Was die Reformirten betrifft, die in den Landstädten und auf dem platten Lande zerstreut wohnen, so darf man wol glauben, daß sie kein Bedenken tragen werden, alle actus ministeriales, als Proclamationen, Copulationen, Taufen und Beerdigungen durch

den luth. Prediger verrichten zu lassen, und daß alsdann diese Fälle in die Kirchenbücher der lutherischen Gemeinde eingetragen werden.

Sollten indeß sich Einige finden, welche eine Ausnahme machen und nach vorgängiger Proclamation an ihrem Wohnorte sich von einem Prediger ihrer Confession trauen, ihre Kinder von demselben taufen und ihre Todten auf dem Gottesacker einer reformirten Gemeinde beerdigen zu lassen wünschen, so bleibt ihnen das zwar unverwehrt, jedoch haben sie dies bei den luth. Predigern anzuzeigen, die hergebrachten Stolgebühren zu entrichten und sind alsdann die auswärts Copulirten als Proclamirte, die auswärts Getauften als Geborne und die auswärts Beerdigten als Gestorbene in das Kirchenbuch dieses Orts mit den in der Reihe folgenden Ordnungsnummern und den erforderlichen Bemerkungen hierüber einzutragen.

II. Was die Katholiken betrifft, versteht es sich von selbst, daß das Reglement in Hinsicht der in den Landstädten und auf dem platten Lande Lebenden d. d. 9. April 1768 in Wirkung bleibt und gibt dies klare Maße dahin:

1) daß die Copulation, es mögen beide Verlobte katholisch, oder sie mögen gemischter Confession sein, von dem evangelischen Prediger ihres Wohnorts geschehe, wenn übrigens die Copulation an den Ort gehört;

2) daß die Taufe in den Landstädten und auf dem platten Lande, indem es keine Kirchen dieser Confession daselbst gibt, der Regel nach von dem luth. Prediger des Orts verrichtet und in die Kirchenbücher eingetragen werde;

3) die Begräbnisse der Katholiken auf dem Lande und in den Landstädten in kirchlicher Hinsicht nicht von den Katholischen, sondern von den lutherischen Predigern zu besorgen und in die Kirchenbücher einzutragen seien;

und daß, wenn katholische Einwohner ihre Kinder von einem Geistlichen ihrer Confession taufen, oder ihre Todten auf einem Kirchhofe derselben beerdigen zu lassen wünschen, dies nicht anders, als mit Vorwissen und Genehmigung der lutherischen Prediger ihrer Wohnörter und nach vorgängiger Entrichtung der üblichen Stolgebühren und die Eintragung solcher Fälle in die Kirchenbücher nach eben der Maße geschehe, wie es bei den Reformirten verordnet worden.

III. Uebrigens bedarf es kaum der Erinnerung, daß die bei den jüdischen Landeseinwohnern vorkommenden Heiraths- Geburts- und Sterbefälle in die christlichen Kirchenbücher nicht gehören und höchsten Orts verordnet sei, daß diese Fälle den f. St. und Kr. Ger. angemeldet und da verzeichnet werden sollen.

Resc. f. S. R. C. v. 2. November 1818.

Da es in mehrerer Hinsicht erforderlich ist, die Anzahl der in den hiesigen Landen lebenden Einwohner und die Veränderungen, welchen selbige von Jahr zu Jahr unterworfen ist, zu kennen, so hat f. S. R. C. beschlossen, daß von diesem Jahre an gerechnet, wiederum eine jährliche Zählung aller Einwohner Statt finden und durch die betreffenden St. und Kr. Ger. vorgenommen werden soll. Es ist diese Zählung jedes-

mal im Monate December zu veranstalten, damit in dem laufenden Jahre der Anfang zu machen und das Resultat in die gedruckten Seelenlisten einzutragen. Bei deren Aufnahme ist die größte Genauigkeit zu beobachten, damit sowohl die möglichste Vollständigkeit erreicht, als auch die doppelte Aufzählung von Individuen vermieden wird, und sind deshalb in selbige alle Einwohner sowohl vom Civil- als vom Militairstande, welche zur Zeit der Zählung an dem Orte, wo letztere geschieht, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, aufzunehmen, die Diensthoten aber an demjenigen Orte, wo sich ihre Herrschaft befindet, einzutragen. Unfehlbar im Laufe des Monats Januar eines jeden Jahrs sind die ausgefüllten Listen an den betreffenden Oberhauptmann einzusenden und haben die Kr. Ger. nach diesen Vorschriften sich genau zu achten und selbige pünctlich zu befolgen.

Resc. f. E. v. 19. December 1818.

Da in dem Berichte der geistlichen Kirchen-Visitatoren über die Einführungen der Prediger und Superintendenten als Prediger ihrer Parochien die im Reglement vom 10. Decbr. 1814 Abschn. III. §. 2 und 5 vorgeschriebene Bemerkung, ob und wie die Kirchenbücher während der Pfarrovacanz fortgeführt werden, noch oft übergangen wird, so werden dieselben darauf aufs Neue hierdurch erinnert; auch ist inskünftige damit eine Anzeige, ob die geschehene Einführung nach Abschn. I. B. §. 13 des Reglements in das Original und Duplicat des Kirchenbuchs der Muttergemeinde eingetragen sei, zu verbinden.

Resc. f. E. v. 3. April 1819.

(An die Generalsuperintendenten.)

Es sind die Prediger, welche bei der Eintragung der Väter unehelicher Kinder und der Anerkennung der letzteren von den ersteren in die Randcolumnne noch nicht vorschriftsmäßig zu Werke gegangen, deshalb auf das Reglement E. 6 und das Circularauschreiben f. Conf. vom 22. Januar 1817 nochmals zu verweisen und bei Vermeidung einer Strafe von zwei Thalern für jeden Contraventionsfall zu warnen, daß sie davon in keinem Punkte abweichen.

Resc. f. E. v. 7. April 1821.

1) Die Scheine, in welchen der Prediger, durch den das Aufgebot geschehen, dem, welcher die Copulation zu verrichten hat, erklärt, daß keine Einsage gegen die Verlobten angebracht sei, sind nicht auf einen Stempelbogen zu schreiben, indem dieselben nicht aus dem Kirchenbuche gefertigt werden, in welches die Copulationen nur erst, wenn sie wirklich vollzogen worden, eingetragen werden und bloß eine Benachrichtigung enthalten;

2) wenn der von den Verlobten bei Bestellung der Proclamation angegebene Tag ihrer Copulation nachher abgeändert wird, so hat der Prediger, welcher dieselbe verrichtet, demjenigen, der bloß das Aufgebot besorgt, davon bestimmte Anzeige zu machen, im Fall er eine zuverlässige Nachricht davon anders woher nicht erhalten hat, damit in beiden Kirchenbüchern der Copulationstag richtig angemerkt werden kann.

Resc. f. E. v. 19. Januar 1822.

Auf den Bericht, die von dem Knechte Tobias Jakob &c... geschehene Anerken-

nung eines mit Friederike B... erzeugten unehelichen Kindes betreffend, wird hiemit un-
verhalten, daß in dem Kirchenbuche bei der Angabe der Geburt und Taufe desselben
diese Anerkennung nach der im Resc. f. Conf. vom 22. Januar 1817 ertheilten Vorschrift
einzutragen, jedoch der Umstand, daß der p. p. F... ein Ehemann sei, darin nicht zu be-
merken sei. Es ist jedoch, da Letzterer durch gedachte Anerkennung sich selbst des Ehe-
bruchs schuldig erklärt hat, davon bestehender Verordn. nach der competenten obrigkeit-
lichen Behörde Anzeige zu machen, welches indeß in dem Kirchenbuche nicht mit anzu-
führen ist.

Resc. f. E. v. 16. Februar 1822.

Es ist bei der Geburt eines todtgeborenen Kindes eben so, wie bei andern Ge-
burtsfällen in der Rubrik, die Aeltern betreffend, nach Maßgabe der Ueberschrift bloß
deren Name, Stand 2c. ohne Zusatz „das Kind des oder der p. p.“ aufzuführen, die
Zeit der Geburt aber jedesmal mit anzugeben.

Bei Eintragung der confirmirten Kinder genüget es, wenn der Tag der Confir-
mation bei dem ersten Kinde bemerkt und alsdann bei den übrigen nur: „An eben dem
Tage“ hinzugefügt, oder auch in die hierher gehörige Rubrik gesetzt wird: „Sämmtliche
Katechumenen unter Num. 1 bis Num. — sind am . . . März (oder April), als
am ersten Sonntage nach Ostern confirmirt worden.“

Bei den Namen der Personen, welche zu der Gemeinde des Kirchenbuchs gehören,
genüget der Zusatz „hieselbst“ statt ausdrücklicher Benennung des Orts.

Wenn eine Selbstentleibung gerichtlich constatirt worden, kann solche alsdann un-
bedenklich als Ursache des Todes angegeben werden.

Resc. f. E. v. 13. April 1822.

Bei Beglaubigungsformeln unter den Duplicaten der Kirchenbücher ist inskünftige,
wie es die Natur der Sache erfordert, jedesmal unter dem ganzen Jahrgange querdurch
zu schreiben, welches auch füglich wird geschehen können, wenn die lehtern kirchlichen
Fälle in dem Jahrgange entweder, um für die Unterschrift Raum zu behalten, etwas
enger, oder um den letzten Fall auf die folgende Seite übertragen zu können, etwas
weitläufiger eingeschrieben werden.

Was die zu frühe Beerdigung betrifft, so ist dergleichen in keinem Fall zu ge-
statten, es sei denn, daß bei ansteckenden Krankheiten ein früheres Begraben der Todten,
nach vorgängiger Besichtigung derselben durch den Landphysicus, von der Obrigkeit ange-
ordnet würde.

Resc. f. E. v. 6. November 1822.

In den Fällen, in welchen Mütter unehelicher Kinder der geschehenen väterlichen
Anerkennung zwar beitreten, aber nicht zugeben wollen, daß der Name des Vaters in
das Kirchenbuch eingetragen werde, haben die Prediger sich nach dem diesen Gegenstand
betreffenden Circularauschreiben des Conf. vom 22. Januar 1817 zu richten und diese
Anerkennung vorschriftsmäßig in das Kirchenbuch einzutragen.

Wenn eine Wittve nach ihres Ehemannes Tode entbunden ist, so bedarf sie behuf einer andern intra tempus luctus zu schließenden Ehe keiner Dispensation, indem dazu der Grund von selbst wegfällt.

Wenn Aeltern nicht zugeben wollen, daß derjenige, welcher sich als Vater des unehelichen Kindes ihrer Tochter, mit Beistimmung der letztern, erklärt, ins Kirchenbuch eingetragen werde, so ist darauf nicht Rücksicht zu nehmen, sondern dennoch der Vorschrift gemäß das Nöthige darüber einzutragen.

Bei Eintragung verstorbener ehelicher Kinder in das Kirchenbuch ist es genug, wenn bloß die Väter derselben bemerkt werden.

Zu dem Behufe der, von den Confirmanden zu lösenden Geburtscheine, ist in Gemäßheit der Verordnung vom 23. Novbr. 1821 der gewöhnliche Stempel zu nehmen.

Wenn ein Ehemann sich als Vater eines unehelichen Kindes, mit Beistimmung, der Mutter desselben, angibt, so ist dieser in das Kirchenbuch in die Randcolumnne einzutragen, jedoch nicht dabei zu bemerken, daß er ein Ehemann sei; übrigens ist dieser Fall von dem Prediger der competenten Gerichtsbehörde zur Anzeige zu bringen.

Resc. f. E. v. 22. Februar 1823.

Es wird bemerkt, daß das Eintragen todtgeborner Kinder in die Register zwar nicht nöthig, jedoch falls diese und jene Verfasser es gut finden, auch wol thunlich ist, wenn z. B. in dem Register bemerkt wird: „Abels Joh. Heinr. todtgeborner Sohn oder todtgeborne Tochter,“ wornach also in solchen Fällen zu verfahren ist.

Resc. f. E. v. 31. December 1823.

Wenn bei einer als Jungfer aufgegebenen Frauensperson durch eine zu frühe Niederkunft sich zeigt, daß sie jenes Titels bei ihrem Aufgebote nicht würdig gewesen sei, so darf deshalb doch in der Proclamations- und Copulationsanzeige von ihr im Kirchenbuche nichts abgeändert, nicht einmal in der letzten Columnne unter der Rubrik: „Berichtigungen und Bemerkungen“ hierüber etwas angemerkt werden; denn zur Zeit der Proclamation hat sie dafür gegolten.

Uneheliche Kinder sind in allen Fällen in den Kirchenbüchern nach dem Familien-Namen ihrer Mutter aufzuführen, wenn auch die Anerkennung von Seiten des Vaters erfolgt ist.

Wenn aber der Vater sein uneheliches Kind auf legale Weise anerkannt hat, so ist dem von der Mutter beigelegten Namen noch „genannt N. N.“ beizufügen.

Aufschr. f. E. v. 15. Mai 1824.

Da auf den Antrag des f. Conf. mittelst höchsten Resc. vom 6. Mai 1824 genehmigt ist, daß die Abschn. II. §. 13 des Reglements vom 10. Decbr. 1814, die Führung der Kirchenbücher betreffend, enthaltene Vorschrift dahin abgeändert werde, daß die Duplicate derjenigen Kirchenbücher, welche die Superintendenten als Prediger in ihren Parochien zu führen haben, hinfüro nicht mehr von den weltlichen Kirchen-Visitatoren, sondern zur Vermeidung des öfttern Hin- und Herfahrens dieser Bücher, von den Gene-

ralsuperintendenten, welche dieselben alljährlich zu revidiren haben, aufbewahrt werden sollen; so wird den Generalsuperintendenten solches zur Nachricht und Nachachtung unverhalten, und haben dieselben, wie die ihnen subordinirten Specialsuperintendenten, so auch die competenten f. Kr. Ger., letztere durch Mittheilung einer Abschrift dieses Ausschreibens, davon officiell in Kenntniß zu setzen.

Resc. f. E. v. 11. December 1824.

Wenn ein Brautpaar von dem Aufgebote dispensirt und an einem andern Orte copulirt ist, so muß auch in dem Kirchenbuche der competenten Pfarodie die Rubrik: „Tag und Ort“ der Proclamation mit einem Striche durchgezogen und am Rande bemerkt werden: „Sind auf erhaltene Dispensation nicht aufgeboten.“

Resc. h. E. v. 26. August 1826.

Es wird bemerkt, daß allerdings Fälle eintreten können, in welchen auch die Prediger, welche Verlobte bloß zu proclamiren haben, für die Beibringung gesetzlicher Bescheinigungen verantwortlich sind, weil ohne Militairconsens und obrigkeitlichen Erlaubniß schein eben so wenig proclamirt als copulirt werden darf; ferner daß, da in dem Reglement vom 10. Decbr. 1814 nur vorgeschrieben ist, das Datum militairischer Consense in der Randcolumnne anzuführen, ein Gleiches hinsichtlich der obrigkeitlichen Erlaubniß schein nicht gefordert werden kann, es jedoch den Predigern unbenommen bleibt, dergleichen zu ihrer etwaigen künftigen Legitimation beizufügen.

Klee-Behütung.

W. die Schonung der mit Klee bestellten Aecker betr. (S. 93.) [No. 11.] (26. März 1823.)

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823 Art. 58.)

- S. 1. Der im Sommerfelde gesäete Klee soll mit der Hütung verschont werden, wenn die mit Klee bestellten Aecker nicht über den vierten Theil des Antheils im Sommerfelde einnehmen, und die Wahl der Stücke so getroffen ist, daß die Behütung der übrigen Felder nicht schwürig oder unmöglich ist. (S. 94.) [No. 11.] (26. März 1823.)
- S. 2. Bestimmungen darüber, wenn die Behütung der unbestellten Aecker für zu sehr erschwerend zu erachten, außer anderen, nach der Localität zu erachtenden Fällen. (S. 94.) [No. 11.] (26. März 1823.)
- S. 3. Entscheidung der Ortsbehörde über diese Bestimmungen. (S. 95.) [No. 11.] (26. März 1823.)
- S. 4. Verfahren, wenn sich die Feldmarkinteressenten die Schonung ihrer Kleestücke schon im Voraus versichern wollen. — Verfahren der Ortsvorsteher und Feldgeschwornen. — Folgen der Unterlassung der Vorschriften. (S. 95.) [No. 11.] (26. März 1823.)
- S. 5. Nichtschonung wenn Jemand mehr als den vierten Theil seines Landes im Sommerfelde

Klee-Behtitung. Kreis-Gerichte. Landes-Schuld. 241

merselbe mit Klee bestellt — Sind aber die Vorschriften befolgt, so wird auch dieser Theil verschont, mit Ausnahme der Schaafe. (S. 95.) [No. 11.] (26. März 1823.)

§. 6. Bedingungen, unter welchen Jemand, der einen eignen Hirten zu halten das Recht hat, sein eigenes Kleestück behüten darf. (S. 95.) [No. 11.] (26. März 1823.)

Kreis-Gerichte.

Einführung derselben. Verordn. vom 15. Jan. 1814. f. Justiz-Verfass. S. 140. B. den Gerichtsstand des Personals der Kr. Ger. betr. (S. 191.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

Aufhebung derselben. Verordn. vom 26. März 1823. f. Justiz-Verfass. S. 152. B. den Gerichtsstand des Personals der Distr. Ger. und Kr. Amt. betr. (S. 205.) [No. 8.] (14. Juli 1825.)

Landes-Schuld.

B. die Einzahlung zu einer Anleihe betr. (S. 297.) [No. 24.] (20. Juli 1814.)

Aufforderung zu einem freiwilligen Anlehne zu 600,000 Rthlr. zu 4 pro Cent — Rückzahlung des Capitals und der Zinsen aus dem bereitesten Vermögen der Landes-Einkünfte — Ausfertigung von Schuldverschreibungen und deren Giltigkeit. (S. 297.) [No. 24.] (20. Juli 1814.)

B. nähere Bestimmungen über das, bei der Anleihe von 600,000 Rthlr. zu beobachtende Verfahren betr. (S. 305.) [No. 25.] (29. Juli 1814.)

Verfüg. f. G. R. C. das, bei der eröffneten Anleihe von 600,000 Rthlr. zu beobachtende Verfahren betr. (S. 313.) [No. 26.] (29. Juli 1814.)

B. die Liquidation der Landes-Schulden und die Zinszahlung davon betr. (S. 169.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)

§. 1. Provisorische Bezahlung der Zinsen vom 1. Januar 1816 an. (S. 169.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)

§. 2. Ernennung der Liquidations-Commission. (S. 170.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)

§. 3. Bezahlung der Zinsen von den Capitalien, worüber von braunschweigischen Behörden Obligationen ertheilt worden und nur auf die ursprünglich verschriebenen Summen. (S. 171.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)

§. 4. Producirung der Obligationen — Verfahren der Commission hierauf — Bescheinigung — Erhebung der Zinsen. (S. 171.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)

§. 5. Rückgabe der braunschweigischen Original-Obligationen gegen die dafür ertheilt gewesenen westphälischen. (S. 172.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)

§. 6. Bestimmung darüber, wer rechtmäßiger Eigenthümer der braunschw. Obligation sei — Auskhändigung der Obligation an dieselben. (S. 173.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)

- §. 7. Denen, welche braunschweigische Verschreibungen umgetauscht und sich der, dagegen erhaltenen westphälischen Papiere entäußert haben, bleibt es überlassen, solche wieder an sich zu bringen und sie gegen die alten Verschreibungen umzutauschen. — Vorschriften wegen Zulassung des Umtausches der westphäl. Obligationen und Uebertragung der Rechte. (S. 173.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 8. Berechtigung der legitimirten Inhaber zur Erhebung der Zinsen. (S. 174.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 9. Disposition wegen der, den westphälischen Behörden zur Caution gegebenen Obligationen und (S. 174.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 10. wegen Bezahlung der rückständigen Zinsen und (S. 175.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 11. Liquidationen derselben — Ertheilung der Zins-Restscheine. (S. 175.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 12. Nachweisung wegen der Nebenansprüche. (S. 176.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 13. Gutachtlicher Bericht in Ansehung zurückzufordernder oder verloren gegangener Obligationen. (S. 177.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 14. Braunschweigische Schloßbau-Obligationen. (S. 177.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 15. Anmeldung der Forderungen aus der, vor der westphälischen Usurpations-Periode, vorhergehenden Periode. (S. 178.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 16. Gutachten der Commission. (S. 179.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- §. 17. Ausnahmen von der Liquidation. (S. 179.) [No. 18.] (4. Dec. 1815.)
- W. die Zahlung der Hälfte des Betrages der bei f. General-Casse ausgestellten Zins-Rückstands-Scheine betr. (S. 53.) [No. 6.] (6. Mai 1816.)
- §. 1. Die Zinsen sollen zur Hälfte bezahlt werden nach geschehener Vorlegung der Scheine. (S. 54.) [No. 6.] (6. Mai 1816.)
- §. 2. Verfahren der General-Casse. (S. 54.) [No. 6.] (6. Mai 1816.)
- §. 3. Wer noch keinen Zinsrückstands-Schein hat, erhält die Zinsen erst nach beendeter Liquidation; dann aber Bezahlung der Hälfte der laufenden Zinsen. (S. 55.) [No. 6.] (6. Mai 1816.)
- §. 4. Anwendung der Verordn. auf die Schloßbau-Schulden. (S. 55.) [No. 6.] (6. Mai 1816.)
- W. die Liquidation der Landes-Schulden betr. (S. 117.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 1. Verbleiben der Bestimmung der Verordn. vom 4. Dec. 1815. (S. 118.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 2. Keine Umschreibung der Verbriefungen in andere und kleinere. (S. 119.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)

- §. 3. Auf westphälische Papiere wird keine Rücksicht genommen — Zweck der Einlieferung und
- §. 4. Bezeichnung der in Anspruch genommenen Obligationen und Zustimmung der rechtmäßigen Inhaber. (S. 120.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 5. Hilfe von der Liquidat. Commiss. zur Nachweisung der ältern Obligationen und Verhelfen zu diesen. (S. 121.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 6. Peremptorischer Termin zur Einreichung der westphälischen Papiere Lit. C. C. a. C. b. (S. 121.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 7. Bis zum 30. Juni 1817. (S. 122.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 8. Prüfung der Papiere und Verfahren nach Verordn. vom 4. Dec. 1815. (S. 123.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 9. Namhaftmachung derer, welche nur für einen Theil der älteren Verschreibungen, westphälische Papiere eingeliefert haben — Mittheilung der Nachrichten zur gütlichen Uebereinkunft und in Entstehung derselben (S. 123.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 10. Einsendung der Acten an das f. L. Ger. (S. 124.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 11. Verfahren des f. L. Ger. (S. 124.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 12. Verabfolgung der älteren Papiere an denjenigen, welcher zur Empfangnahme eines liquidirten Antheils legitimirt ist. — Verfahren deshalb und wenn Mehrere sich über den Antheil nicht vereinigen können. (S. 124.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 13. Mittheilung der Nachrichten aus den vorhandenen Registern. (S. 124.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 14. Verfahren, wenn der Inhaber der westphäl. Papiere die Vollmacht oder Cession von dem Liquidanten nicht erhalten, oder dieser sich über die Wiederabtretung der westphäl. Papiere mit dem jetzigen Inhaber nicht einigen kann. (S. 126.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 15. Was wegen der nicht hier, sondern in Cassel zum Umtausch gegen westphäl. Papiere ausgelieferten Papiere zu beobachten. (S. 126.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- B. die Forderungen betrff., welche an die Landesverwaltung aus dem Zeitraume vor der westphäl. Usurpation gemacht worden. (S. 128.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 1 und 2. Bis zum Schlusse des Monats Februar 1817. (S. 128.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 3. Untersuchung dieser Forderungen und nachträgliche Uebersicht. (S. 128.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- B. die Zahlung der zweiten Hälfte des Betrages der, bei f. General-Casse ausgestellten Zins-Rückstandes-Scheine betrff. (S. 132.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)

- §. 1. Bällige Abbezahlung der rückständig gebliebenen Zinsen der öffentlichen Schuld, so weit solche liquidirt worden, (S. 132.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 2. gegen Auslieferung des gänzlich berechtigten Scheins und Quitung. (S. 133.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 3. Quitung unter die zurückzugebende Obligation. (S. 133.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 4. Verfügungen wegen der noch nicht mit Zinsrückstands-Scheinen versehenen Liquidanten. (S. 133.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- §. 5. Anwendung auf die Schloßbau-Schuld. (S. 134.) [No. 16.] (19. Dec. 1816.)
- B. die Festsetzung einer Frist zur Einreichung sämmtlicher bislang noch nicht realisirter über die Anleihe vom Jahre 1814 lautender Anweisungen und Zins-Coupons betr. —
Bis zu Ende Februars 1819. (S. 85.) [No. 13.] (15. Nov. 1818.)
- B. die Landes-Schulden betr. (S. 147.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
(Landt. Absch. von 11. Juli 1823. Art. 18 und 19.)
- §. 1. Die Verwaltung der Landesschuld gehört zum Ressort des L. Str. C. (S. 148.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 2. Zu den Landes-Schulden gehören die gesammten Schulden der vereinigten Landschaften Wolfenbüttel und Blankenburg. (S. 148.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 3. Alle während der westphälischen Herrschaft und bis zum 1. Nov. 1813 gemachten Schulden und Rückstände, gehören nicht zur anerkannten Landes-Schuld. (S. 148.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 4. Die 1806 ausgeschriebene Kriegssteur ist keine Landesschuld. (S. 148.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 5. Desgleichen nicht die Kriegs-Schäden. (S. 148.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 6. Verzinsung und Abtragung der Landes-Schulden. (S. 149.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 7. Bericht wegen der überschüssigen Gelder zur Abbezahlung. (S. 149.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 8. Bestimmung der Zurückzahlung durchs Loos — Vorschriften deshalb — Bekanntmachung durch die Anzeigen. (S. 149.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 9. Ausnahmen. (S. 150.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 10. Verzinsung der auf Kündigung zurückzunehmen gewesenen Capitalien zu 3 pro Cent, wenn sie geringer standen. (S. 151.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 11. Anfang dieser Zinszahlung. (S. 151.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 12. Die Zinsen von Capitalien zu einem höhern Zinsfuße werden darnach bezahlt — auch die Darlehne des Leihhauses. (S. 151.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 13. Zu andern Zinsen ist die Landes-Steuer-Casse nicht verpflichtet — Keine Verzugszinsen. (S. 152.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)

- §. 14. Vorzeigung der Original-Verschreibung — Portofreiheit derselben. (S. 152.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 15. Caution-Bestellung des landschaftl. Cassen-Personals durch liegende Gründe oder Papiere — Ausnahme — Zinsen. (S. 153.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
- §. 16. Rückzahlung. (S. 153.) [No. 12.] (29. Oct. 1821.)
(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 6.)

Landes-Steuer-Collegium.

Vergl. Landsch. Ordn. vom 25. April 1820 §. 19.

B. das Landes-Steuer-Collegium und dessen Geschäfts-Kreis betr. f. (S. 19.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)

- §. 1. Das L. Str. C. soll mit dem Anfange des J. 1822 in Wirksamkeit treten und am 2. Januar desselben Jahrs eröffnet werden. (S. 19.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- §. 2. Geschäfts-Kreis nach §. 20. der landsch. Ordnung. (S. 19.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- §. 3. Außerdem ist ihm übertragen:
1) Beforgung des Landes-Schulden-Wesens.
2) Chauffee-Bau. (S. 20.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- §. 4. Besondere Verordn. wegen des ersteren. (S. 20.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- §. 5. Die Landes-Schulden-Liquidat. Commission hört auf. — Die Forderungen an die Kammer oder Klostersgüter werden von der f. Kammer besorgt. (S. 20.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- §. 6. Gutachtlicher Bericht wegen Beschaffung des Chauffeebau-Wesens. — Ausführung der genehmigten Bauten durch den Chauffeebau-Inspector und des Local-Wegbau-Personale. — Bericht über ausgeführte Chauffee-Bauten und Anlegung der Chauffeen oder Verlegung der Chauffeegeld-Recepturen. (S. 21.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- §. 7. Landes-Steuer-Casse — Landrentmeister — Ausgaben der Casse — Verwend. des Ueberschusses — Gutachtlicher Bericht deshalb. (S. 22.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- §. 8. Berathungen nach §. 21 der Landschafts-Ordnung — Sitzungen — Geschäfts-ordnung. (S. 23.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
1) Geschäfte des vorsitzenden Mitgliedes. (S. 24.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
2) Buch über die eingehenden Sachen. (S. 24.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
3) Förderung der Sachen von dem Referenten — Verzeichniß der unerledigten Sachen. (S. 24.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
4) In der Regel mündliches Notiren — Stimmenmehrheit. (S. 24.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)

- S. 9. Geschäfts-Kreis des Land-Syndici — Votum consultativum desselben — Abstimmung darüber. (S. 24.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- S. 10. Beforgung der Collation der landschaftl. und von Privat-Personen gestifteten Stipendien und Führung der Rechnung darüber von dem landschaftl. Ausschusse. (S. 25.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)
- S. 11. Ablieferung der Acten von der f. Kammer — Verweisung der untergeordnet werdenden Behörden an das L. Str. G. u. (S. 25.) [No. 7.] (29. Oct. 1821.)

L a n d s c h a f t.

- W. die Zusammenberufung der Landstände des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg betr. —
Auf den 12. Octbr. 1819. (S. 65.) [No. 8.] (6. Sept. 1819.)
- W. die erneuerte Landschafts-Ordnung betr. (S. 17.) [No. 6.] (25. April 1820.)

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823 Art. 1.)

T i t e l I.

Von den Wesen und den Bestandtheilen der Landschaft, den Eigenschaften und Wahlen ihrer Mitglieder.

- S. 1. Vertretung der Gesamtheit der Einwohner durch die vereinigten Stände des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel und des Fürstenthums Blankenburg. (S. 18.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 2. Zwei Sectionen. (S. 18.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 3. Verzeichniß der landtagsfähigen adelichen Güter und Stimmfähigkeit — Verlust des Stimmen-Rechts im Fall der Zerstückelung ohne Genehmigung. (S. 21.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 4. Curie der Prälaten. (S. 21.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 5. Curie der Städte. (S. 21.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 6. Schrift- und Freisassen. (S. 22.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 7. Vermehrung der Mitglieder der Landschaft. (S. 22.) [No. 16.] (25. April 1820.)
- S. 8. Eigenschaften derselben. (S. 22.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 9. Mehrere Rittergüter berechtigen nur zu einer Stimme und mehrere Besitzer eines Guts haben nur eine Stimme. In beiden Sectionen kann Niemand zugleich auftreten — Bestellung eines Bevollmächtigten — Persönliche Anwesenheit, wer vermöge seines Amtseintritts — Ein Rittergutsbesitzer, der zugleich wegen seines Freisassenguts zum Deputirten gewählt ist, muß persönlich in der zweiten Section sich einfinden. (S. 23.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- S. 10. Frauenzimmer können nicht in Person erscheinen. — Verheirathete durch die Ehemänner — Unverheirathete durch Bevollmächtigte — Für Minderjährige der

- Vormund; für den Haussohn der Vater, Vormund. — Bevollmächtigung — Contradictor in Concurſen. (S. 23.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 11. Vertretung der Städte, beſgl. (S. 24.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 12. Der Beſitzer ländlicher, freier Güter — Wahl derſelben. (S. 25.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- Wiederwahl der ſchon einmal Gewählten. (S. 26.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 13. Verfahren bei Nichtannahme der Wahl von Seiten der freien Gutbeſitzer. (S. 26.) [No. 6.] (25. April 1820.)

T i t e l II.

Von den Pflichten und Rechten der Landſtände.

- §. 14. Erste Pflicht iſt Beförderung der Wohlfahrt und des Beſtens des Vaterlandes u. (S. 26.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 15. Befugniſſe wegen der aufzubringenden Abgaben und Leiſtungen. (S. 27.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 16. Nähere Beſtimmung und Ausnahmen und (S. 27.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 17. worauf ſich das Verwilligungs-Recht erſtreckt. (S. 28.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 18. Ausnahme wegen dringender Fälle. (S. 29.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 19. Landes-Steuer-Collegium. (S. 29.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 20. Geſchäfte deſſelben. (S. 30.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- 1) Vorſchlagung der bei dem Steuerdepartement nöthigen Beamten — Deren Verpflchtung. (S. 30.) [No. 6.] (25. April 1820.)
(Landt. Abſch. vom 11. Juli 1823 Art. 7.)
 - 2) Entwerfung der jährlichen Etats der Steuercaſſe. (S. 30.) [No. 6.] (25. April 1820.)
(Landt. Abſch. vom 11. Juli 1823 Art. 8.)
 - 3) Erhebung der Steuern — Remiſſionsvorſchläge. (S. 30.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 - 4) Verwilligungen, Zahlungsbefehle und Anweiſungen an die Steuer-Erheber und Verwalter. (S. 31.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 - 5) Aufſicht auf die Local-Steuer-Caſſen und (S. 30.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 - 6) Führung der Rechnungen und deren Ablegung — Controlirung. (S. 30.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 - 7) Monirung der Rechnungen. (S. 31.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 - 8) Verwaltung der allgemeinen Steuer-Caſſe, abgeſondert von den landesherrlichen Caſſen. (S. 31.) [No. 6.] (25. April 1820.)
(Landt. Abſch. vom 11. Juli 1823 Art. 9 und folgend. Art. 22.)
 - 9) Direction der Brandverſicherungs-Anſtalt. (S. 32.) [No. 6.] (25. April 1820.)

Landschaft.

10) Ausarbeitung der Berichte, Gutachten und Vorschläge in Steuersachen. (S. 32.) [No. 6.] (25. April 1820.)

Vorbehalt wegen Versorgung der, das Landesschuldenwesen betreffenden Angelegenheiten.

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823 Art. 21.)

- §. 21. Collegialische Behandlung der Geschäfte. (S. 32.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 22. Zu erlassende Geschäftsordnung. (S. 33.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 23. Besoldung. (S. 33.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 24. Vorlegung der Etats und Rechnungen der allgemeinen Steuercasse — Nachweisung der Verwendung der Steuern, Bemerkungen darüber — Anträge u. (S. 33.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 25. Einwilligung der Stände zu den Anleihen und zur Veräußerung der Staats u. Güter oder Einkünfte; in Rücksicht der Bedingungen und Rückzahlung der Anleihen. (S. 33.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 26. Vorlegung der Verordnungen, welche eine Abänderung in den bestehenden allgemeinen Civil- und Criminal-Gesetzen bezwecken. (S. 34.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 27. Berathung wegen Einführung eines neuen Civil- und Criminal-Gesetzbuchs und allgemeinen Polizei-Ordnung. (S. 34.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 28. Uebereinkunft mit den Ständen wegen wesentlicher Veränderungen, welche die Landesverfassung, Gerichts- und allgemeine Verwaltungs-Behörden; — Abweichungen von Bestimmungen zwischen Landesfürst und Landschaft; — Veränderungen in Ansehung der Zehnten, Dienste u. betreffen. (S. 34.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 29. Zu machende Vorschläge von den Ständen auf dem Landtage, (S. 35.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 30. desgleichen wegen Abstellung bemerkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung. (S. 35.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 31. Beschwerden und Klagen über die höheren Landesbehörden und Staatsdiener. (S. 35.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 32. Contrasignaturen des Ministers oder Mitgliebes des Geh. Raths zur Sicherung des verfassungs- und ordnungsmäßigen Ganges der Staats-Geschäfte. (S. 36.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 33. Gesetze über Militairpflichtigkeit und Aushebung der Mannschaft. (S. 36.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 34. Wahl der 4 ständischen Mitglieder des Steuer-Collegii. (S. 36.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 35. Diese ständischen Mitglieder bilden den bleibenden Ausschuss der Landschaft — Obliegenheiten desselben. (S. 37.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 36.

- §. 36. Größerer Ausschuss — Wahl desselben. (S. 37.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 37. Landschaftsiegel. (S. 37.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 38. Landsyndicus — dessen Wahl, Obliegenheit. (S. 37.) [No. 6.] (25. April 1820.)

Titel III.

Von der Versammlung der Stände auf dem Landtage und der
 Behandlung der Geschäfte derselben.

- §. 39. Die Vertretung des Landes kann nur auf dem ausgeschriebenen Landtage ausgeübt werden — Außerordentliche Zusammenberufung und Zusammentretung. (S. 40.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 40. Alle 3 Jahre wird regelmäßig ein Landtag gehalten. (S. 40.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 41. Verfügung von der Zusammenberufung wegen der Wahlen und Berufungs-Rescripte. (S. 40.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 42. Anmeldung der Ankunft der berufenen und gewählten Mitglieder — Einreichung der Vollmachten — Verzeichniß der legitimirten Mitglieder. (S. 41.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 43. Berechtigung dessen, wer sich angemeldet und ausgewiesen hat. (S. 41.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 44. Eröffnung des Landtages — Eid der Landstände. (S. 41.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 45. Besondere Versammlung der Sectionen — Berathschlagung derselben — Mehrheit der Stimmen. (S. 42.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 46. Abstimmung nach eigener Ueberzeugung u. (S. 42.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 47. Die Sitzungen der Sectionen werden nicht zu gleicher Zeit gehalten — Wahl der Vorsteher und Beamten. (S. 42.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 48. Vorschriften wegen der Wahl. (S. 43.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 49. Bei den Wahlgeschäften versteht das an Jahren älteste Mitglied jeder Section die Stelle des Präsidenten — Protokoll über die Wahl. (S. 43.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 50. Amt und Verrichtung des Präsidenten jeder Section und (S. 43.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 51. des Vice-Präsidenten. (S. 44.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 52. Geschäfte des Land-Syndicus in den Sitzungen. (S. 44.) [No. 6.] (25. April 1820.)
 §. 53. Annahme der Officianten für die Schreiberei und Registratur für die Zeit der Versammlung — Verpflichtung derselben — Remuneration. (S. 44.) [No. 6.] (25. April 1820.)

- §. 54. Eröffnung der Sitzungen — Abstimmung wegen des zu machenden Antrags wenn $\frac{2}{3}$, wegen der zu fassenden Beschlüsse aber, wenn die Hälfte versammelt ist. (S. 44.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- Nur der Präsident und Landsyndicus oder Secretair nehmen einen besondern Platz ein. (S. 44.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 55. Eröffnung der landesherrschaftlichen Propositionen und Mittheilungen. (S. 45.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 56. Befugniß eines jeden Mitgliedes, Anträge über Gegenstände, welche der Landesherrschaft zur Berücksichtigung zu empfehlen, zu machen; der Antrag muß jedoch zuvor durch Stimmenmehrheit, als zur Berathung geeignet, erklärt, auch bestimmt werden, ob die Angelegenheit einer Commission zu übergeben sei, — Debatte und Abstimmung. (S. 45.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 57. Der Antrag an die Regierung schriftlich. (S. 45.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 58. Verhalten derjenigen, welche über einen Antrag zu reden wünschen — Vorschlag zu Veränderungen. (S. 46.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 59. Bei jeden zur Berathung gelangten Antrage, muß erstere der Abstimmung vorgehen und hängt von der Versammlung ab, ob sogleich oder in einer andern Sitzung gestimmt werden soll. (S. 46.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 60. Jedes Mitglied kann in derselben Sitzung nur einmal über die zur Entscheidung stehende Frage reden; Ausnahme bei unrichtig verstandener Aeußerung — Der Vortrag ist mündlich — Ausnahmen — Stimmen-Abgebung. (S. 46.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 61. Der Präsident kleidet die Gegenstände der Anträge in Fragen ein, worüber gestimmt wird. — Erinnerungen über dieselben. (S. 47.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 62. Namentliche Bemerkung der Stimmen vom Landsyndicus oder Secretair — Eröffnung des Beschlusses nach der Mehrheit. (S. 47.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 63. Gleichheit der Stimmen. (S. 47.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 64. Abweichung von dem Grundsatz, daß zur Fassung eines Beschlusses eine absolute Stimmenmehrheit erfordert werde, wenn ständischer Seits ein Antrag an den Landesherrn gemacht werden soll, welcher eine wesentliche Abänderung der bisherigen Landes- und Steuerverfassung enthält. Dann sind $\frac{2}{3}$ erforderlich. (S. 47.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 65. Jedes ständische Mitglied muß sich die Resultate der Abstimmung schlechterdings gefallen lassen und sich dabei beruhigen, kann seine Meinung schriftlich zu den Acten geben. (S. 47.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 66. Mittheilung der beschlossenen Anträge von einer Section an die andere — Commission zur vorläufigen Prüfung — Berathung und Abstimmung — Vorschlag

zur Verbesserung und Veränderung von der einen Section an die andere — Bericht nach völligem Einverständnisse an den Landesfürsten — Resolution darauf. (S. 48.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 67. Verfahren, im Fall die Sectionen über einen vorliegenden Gegenstand sich nicht vereinigen können — Commissionen — Zusammentretung der Sectionen. (S. 48.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 68. Verfahren, wenn die Sectionen über einen Erlaß oder Antrag des Landesherrn sich nicht vereinigen können — Bericht an denselben. (S. 49.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 69. Ist eine Vereinbarung beider Sectionen nicht zu Stande gebracht, so ist eine weitere Deliberation während desselben Landtags nicht mehr zulässig. (S. 49.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 70. Obliegenheit des Präsidenten auf gute Ordnung zu halten — Entscheidung der Versammlung, wenn sich Jemand durch die Zurechtweisung desselben beeinträchtigt findet. (S. 49.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 71. Abordnen landesherrlicher Commissarien zu den einzelnen Sitzungen der Sectionen. (S. 49.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 72. Zusammentretung des f. G. R. C. mit einer ständischen Deputation wegen mündlicher Mittheilungen, Erörterungen und Berathungen — Anträge darauf, auch von den ständischen Sectionen, welche die Zahl der Mitglieder bestimmt. (S. 50.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 73. Nicht nur alle Anträge, sondern auch alle sonst in Erwägung kommenden umfassenden Gegenstände müssen einer Commission vor ihrer Verhandlung übergeben werden. (S. 50.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 74. Verfahren dieser Commission. (S. 50.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 75. Aussehen der Sitzungen — Vertagung des Landtags — Entfernen aus den Commissionen. (S. 51.) [No. 6.] (25. April 1820.)

Ohne Urlaub darf kein Mitglied der Landschaft, so lange die Sitzung dauert, verreisen. (S. 51.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 76. Geheimhaltung der Verhandlungen der Landschaft bis zur Publication und ist es nicht erlaubt die Meinungen und Vota einzelner Mitglieder bekannt zu machen. (S. 51.) [No. 6.] (25. April 1820.)

§. 77. Landtags = Abschied oder Recesß — Druck desselben. (S. 51.) [No. 6.] (25. April 1820.)

T i t e l IV.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 78. Kosten. — Diäten der Commission und des größern Ausschusses. (S. 52.) [No. 6.] (25. April 1820.)

- §. 79. Erbhuldigung, Annahme der Landfch. Ordnung. (S. 52.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- §. 80. Anfang der Wirksamkeit dieser Ordnung. (S. 53.) [No. 6.] (25. April 1820.)
- W. die Wiederversammlung der vereinten Stände des Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Blankenburg betr. (S. 37. [No. 12.] (9. Oct. 1820.)
- Auf den 22. November 1820.
- W. den Landtags-Abschied betr. (S. 135.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 1. Fernere Giltigkeit der erneuerten Landschaftsordnung festgesetzt den 25. April 1820, eben so, als wenn sie dem gegenwärtigen Landt. Absch. von Wort zu Wort eingerückt wäre. (S. 136.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 2. Bestimmung der Summen, welche zu den aus der Landessteuercasse zu befreitenden Bedürfnissen des Herzogthums erforderlich sein werden. (S. 136.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 3. Abführung der für das Militair ausgeworfenen Summe an f. Kriegs-Casse in monatlichen Raten aus der Landessteuer-Casse — Jährliche Mittheilung der gehaltenen Militair-Ausgaben an den landschaftl. engeren Aussch. — Zugutrechnung des Ueberschusses. (S. 137.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 4. Die für die Kosten durchmarschirender Truppen und zum Behuf der Bundesverpflichtungen angenommenen Summen — nur das jedesmalige erforderliche Bedürfnis. (S. 138.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 5. Die auf die Chaussees zu verwendende Summe. (S. 138.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 6. Feststellung, Verzinsung und Rückzahlung der Landesschulden. (S. 138.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 7. Bestimmung der Officianten, deren Besoldungen aus der Landessteuer-Casse zu bezahlen sind — Die Gerichtsporteln des Oberappellat. Gerichts von den aus dem hiesigen Lande rechtsfälligen Sachen, gehen der Landessteuer-Casse zu gute. (S. 139.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 8. Aufhebung aller Steuerbefreiungen und Entschädigung der steuerfrei gewesen. Grundbesitzer. (S. 139.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 9. Die zur Befreiung der Landesausgaben verwilligten Steuern. (S. 140.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 10. Die Contribution und die damit verwandten Nebenanlagen sind in ihrem bisherigen Betrage beibehalten und sollen die früher Befreiten in gleichem Maße beitragen. (S. 140.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 11. Fixirung des Proviantgeldes — Monatliche Abtragung desselben. (S. 140.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

- Art. 12. Die Service von Braunschweig und Wolfenbüttel ist beibehalten. (S. 140.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 13. Beibehaltung der Personalsteuer nach Verordn. vom 29. Oct. 1821. (S. 141.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 14. Besteuerung der nicht im Gildeverbande Begriffenen, nach Verordn. vom 29. Oct. 1821. — Die, welche Contribution von der Nahrung geben, sind von der Gewerbesteuer befreiet — Vorbehalt der gutherrlichen Abgaben an Schmiedezins u. — Abgabe von den Concessionen — Recognitionsgelder fallen weg. (S. 142.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 15. Beibehaltung des bisherigen Chauffeegelb = Tarifs und Beförderung der Einführung der breitfelgigen Räder. (S. 142.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 16. Abänderung mehrerer Stempelsteueransätze nach Verordn. vom 29. October 1821. (S. 142.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 17. Ueberweisung der gesammten Accise an die Landessteuer = Cassé. (S. 143.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 18. Zur Rückzahlung der Landesschulden zu verwendender wahrscheinlicher Ueberschuß. (S. 143.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 19. Bewilligung eines Aufsatzes von 5 von 100 auf sämtliche Steuern, behuf Rückzahlung von wenigstens 20,000 Rthlr. an Landesschulden. (S. 143.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 20. Die bei Ertheilung von Privilegien oder Steuerbefreiungen zu nehmenden Rücksichten. (S. 144.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 21. Geschäftskreis des R. Str. C. und Wirksamkeit desselben vom 1. Januar 1822 an. (S. 145.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 22. Berechnung und Auseinandersetzung zwischen der Landessteuer = Cassé und den f. Cassen wegen der Einnahme und Ausgabe aus der früheren Periode. (S. 145.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 23. Vereinigung der früher besonders bestandenen landschaftlichen Wittwencasse mit der herchaftlichen Civilbedienten = Wittwencasse. (S. 147.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 24. Die f. Kammerschulden. (S. 147.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 25. Verwaltung der Klostergrüter durch eine eigene Section f. Kammer. (S. 147.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 26. Ueberweisung des Guts Neplingen an die Stelle des verkauften Klostergruts Hamersleben und Wiederherbeziehung des Guts Schickelsheim zu den Domainen. (S. 147.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 27. Ressortverhältniß, Remuneration und Dienstobliegenheiten der Prälaten. (S. 148.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

- Art. 28. Die denselben zustehende Ausübung des von den Stiftern und Klöstern relevanten Patronatrechts. (S. 148.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 29. Belassung, der mit einigen Pfarr- und Schulstellen verbunden gewesenen Einkünfte aus einzelnen Klöstern oder Stiftern bei ersteren. (S. 149.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 30. Ständischer Antrag wegen Herstellung der Stifter St. Blasii und St. Cyriaci = Verges. (S. 149.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 31. Recht der Wahl des Probstes und (S. 149.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 32. Präsentationen zu den erledigten Stellen im Stifte Steterburg. (S. 149.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 33. Verwaltung und Verwendung der Güter und sonstigen Einkünfte der vormaligen Universität Helmstedt. (S. 150.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 34. Künftige Bestimmung der Fonds der akademischen Wittwencassen zu Helmstedt. (S. 150.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 35. Die von der Landschaft verwalteten Stipendien und Stiftungen. (S. 151.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 36. Die über die Militairpflichtigkeit, militairische Justizverfassung und Bestrafung der Militairpersonen erlassenen Bestimmungen. (S. 151.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 37. Die Verordnungen über die Einrichtung des Justizwesens und die Polizei- und Gemeinerverwaltung, ingleichen das Präsentationsrecht der Landschaft zu zwei Rathsstellen im f. L. Ger. (S. 152.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 38. Verfügungen behuf größerer Gemeinnützigkeit der Verordnungssammlung und die dem f. Consistorio aufgegebenen Anfertigung zweckmäßiger Auszüge aus denjenigen Verordnungen, deren Ablesen von den Kanzeln vorgeschrieben ist. (S. 154.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 39. Verordnung über die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken. (S. 154.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 40. Gefährstes Mandat gegen die muthwilligen und vorsehlischen Bankerotte. (S. 155.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 41. Beabsichtigte neue Verordnung über die Bestrafung des Diebstahls und der Veruntreuungen. (S. 155.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 42. Modificirte Gewerbe- und Gildeverordnung. (S. 156.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 43. Beabsichtigte neue Verordnung über eine angemessene Feiertagsordnung. (S. 156.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 44. Anordnung eines Bußtages anstatt der bisherigen vier und Verlegung der Hagelfeier. (S. 156.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 45. Herstellung der Kirchengebäude. (S. 157.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

- Art. 46. Aufsicht des f. Conf. über die Amtsführung der Prediger und Schullehrer. (S. 157.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 47. Untersuchung gegen Prediger und Schullehrer — Remotion derselben. (S. 158.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 48. Aufsicht auf die, welche sich dem Predigerstande widmen — Prüfung. (S. 159.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 49. Errichtung einer Bildungsanstalt für angehende Prediger. (S. 159.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 50. Verbesserung der Pfarrstellen und (S. 160.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 51. Schuldienste. (S. 160.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 52. Maturitätsprüfung der den Studien sich widmenden Jugend. (S. 160.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 53. Einführung eines neuen Landeskatechismus. (S. 161.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 54. Aufbringung der Kosten für Heizung der Schulstuben auf dem Lande. (S. 162.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 55. Beabsichtigte Declaration der Schulordnung, hinsichtlich der Einsammlung des Schulgeldes durch die Ortsvorsteher. (S. 162.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 56. Die über die bürgerlichen Verhältnisse und den Unterricht der Juden zu erlassenden Verfügungen. (S. 163.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 57. Verordnung über die Theilung der Gemeinheiten. (S. 163.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 58. Verordnung über die Schonung der mit Klee bestellten Aecker und den Hütungstermin der einheugigen Wiesen. (S. 164.) [No. 18.] (11. Juli 1822.)
- Art. 59. Declaration des §. 172 des Forststrafdirectorii vom 5. Mai 1815. (S. 164.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 60. Die Benachrichtigung der Privatförster von den zur Untersuchung der in Privatforsten begangenen Frevel angesetzten Terminen. (S. 165.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 61. Verordnung über die Untersuchung der Kräfte der Meierhöfe. (S. 165.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 62. Fernere Beschränkung des Wildes auf den für jedes Revier erforderlichen Normal-Bestand. (S. 166.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 63. Beabsichtigte Einrichtung eines Landgestüts. (S. 166.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 64. Erhaltung billiger Preise der ersten Lebensbedürfnisse durch thunliche Vermehrung der Concurrenz, besonders in Ansehung der Bäcker, Schlächter und Brauer. (S. 166.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

- Art. 65. Aufhebung der bisherigen Beschränkung des Branntweinbrennens im Harz-districte. (S. 167.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 66. Verordnung über die Abtretung der zu den Chauffee-Anlagen benötigten Grundstücke. (S. 167.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 67. Beabsichtigte Erlassung einer neuen Verordnung und Bestimmung des bei Verbesserung von Wegen schon jetzt zu befolgenden Grundsatzes. (S. 168.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 68. Die bei dem Bergbau auf Stein- und Braunkohlen zu befolgende Grundsätze. (S. 168.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 69. Aufhebung des Eingangszolles vom fremden Eichorien-Caffee und ständische Anträge wegen Aufhebung und Abänderung der Ausgangszoll-Sätze von einigen Landesproducten und Fabrikaten. (S. 172.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 70. Beabsichtigte Erlassung einer umfassenden Feuerordnung und die schon versetzte Aufnahme der Eichoriendarren in die Feuerversicherungsgesellschaft. (S. 172.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)
- Art. 71. Beabsichtigte Erlassung einer neuen Gefindeordnung. (S. 173.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

Lehn- und Gränz-Sachen.

W. die in Wolfenbüttel errichtete Lehn- und Gränz-Commission betrff. (S. 106.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)

(Vergl. Verordn. vom 15. Jan. 1814. §. 4.)

Uebergang der Lehn- und Gränz-Angelegenheiten an die erwähnte Lehn- und Gränz-Commission vom 2. Jan. 1817 an. (S. 106.) [No. 14.] (13. Dec. 1816.)

Recess über die Gränz-Regulirung mit dem Königreiche Hannover. (S. 19.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

- §. 1. Der Recess hat einzig die Landeshoheit zum Gegenstande — Die Rechtsverhältnisse der Privaten bleiben in ihrem bisherigen Rechtszustande. (S. 20.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- §. 2. Die Pertinenz-Qualität der Bauerhöfe bleibt bestehen. (S. 21.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- §. 3. Besteuerungs-Recht — Erhebung der Steuern. (S. 22.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

1. Erste Abtheilung.

Gränzen des Wolfenbüttelschen und Schöningischen Districts gegen die angränzenden Ämter des Königreichs Hannover. (S. 23.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

1ster Abschn. Gränzen des Amtes Schlade gegen das Kr. Ger. Wolfenbüttel. (S. 23.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

Lehns- und Gränz-Sachen.

257

- 2ter Absch. Gränzen des Amts Liebenburg gegen das Kr. Ger. Salder. (S. 28.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 3ter Absch. Gränzen des Amts Wohlbenberg gegen dasselbe. (S. 32.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 4ter Absch. Gränzen der Aemter Steuerwald und Steinbrück gegen dasselbe. (S. 37.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 5ter Absch. Gränzen des Amts Peine gegen dasselbe. (S. 39.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 6ter Absch. Gränzen des Amts Peine gegen das Kr. Ger. Wettmar. (S. 41.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 7ter Absch. Gränzen zwischen dem Amte Meinerßen und demselben. (S. 46.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 8ter Absch. Gränzen zwischen dem Amte Gifhorn und demselben. (S. 47.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 9ter Absch. Gränzen des Amts Gifhorn und des Kr. Ger. Riddagshausen. (S. 49.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 10ter Absch. Gränzen der Aemter Gifhorn und Fallerleben gegen die Kr. Ger. Riddagshausen und Königsutter hinsichtlich der, bei der Lauenburgschen Erbschaft vom Fürstenthume Lüneburg an das Fürstenthum Wolfenbüttel abgetretenen, Ortschaften. (S. 50.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 11ter Absch. Gränzen des Amts Fallerleben gegen das Kr. Ger. Königsutter. (S. 56.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 12ter Absch. Desgleichen gegen das Kr. Ger. Vorsfelde. (S. 60.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 13ter Absch. Gränzen des Volbeder Landes gegen dasselbe. (S. 62.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

2. Zweite Abtheilung.

- Gränzen des Fürstenthums Blankenburg gegen Hannover. (S. 64.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 1ster Absch. Gränzen des Kr. Ger. Hasselfelde gegen die Hannoversche Grafschaft Hohnstein. (S. 64.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 2ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Walkenried gegen dieselbe. (S. 67.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 3ter Absch. Gränzen desselben gegen das Bergamt zu Clausthal. (S. 68.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 4ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Hasselfelde gegen dasselbe. (S. 69.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 5ter Absch. Desgleichen des Kr. Ger. Blankenburg gegen das Amt Elbingerode. (S. 70.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

Lehns- und Gränz-Sachen.

3. Dritte Abtheilung.

Gränze des Harzdistricts gegen die Hannöverschen Aemter.

- 1ster Absch. Gränzen des Kr. Ger. Harzburg gegen das Amt Bienenburg. (S. 71.)
[No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 2ter Absch. Desgleichen gegen die Stadt Goslar. (S. 72.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 3ter Absch. Desgl. gegen das Amt Liebenburg. (S. 81.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 4ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Seesen gegen dasselbe. (S. 84.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 5ter Absch. Gränzen des Dorfs Dstharingen gegen das Amt Liebenburg und Kr. Ger. Seesen. (S. 87.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 6ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Seesen gegen das Amt Wohldenberg. (S. 91.)
[No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 7ter Absch. Gränzen des Kr. Seesen gegen den Gerichtsbezirk der Stadt Bokenem. (S. 94.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 8ter Absch. Desgleichen gegen das Amt Silberlahe. (S. 99.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 9ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Gandersheim gegen die Aemter Silberlahe und Winzenburg. (S. 99.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 10ter Absch. Desgleichen gegen das Amt Salzderhelden. (S. 101.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 11ter Absch. Desgleichen gegen das Amt Brunstein. (S. 102.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 12ter Absch. Desgleichen gegen das Amt Westerhof. (S. 103.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 13ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Seesen gegen das Amt Westerhof. (S. 106.)
[No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 14ter Absch. Desgleichen gegen das Gericht Niedershausen. (S. 108.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 15ter Absch. Desgl. gegen das Amt Osterode. (S. 111.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 16ter Absch. Desgl. gegen das Bergamt zu Clausthal. (S. 113.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 17ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Harzburg gegen dasselbe. (S. 115.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 18ter Absch. Gränzen der Enclaven Bodbensburg und Destrup gegen die benachbarten Hannöv. Aemter. (S. 116.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

4. Vierte Abtheilung.

Gränze des Weser-Districts gegen die Hannöv. Aemter.

- 1ster Absch. Gränzen des Kr. Ger. Greene gegen das Amt Winzenburg. (S. 124.)
[No. 4.] (24. Juni 1825.)

Lehns- und Gränz-Sachen. Leihhaus.

259

- 2ter Absch. Desgl. gegen das Amt Lauenstein. (S. 128.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 3ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Eschershausen gegen das Amt Lauenstein. (S. 128.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 4ter Absch. Desgl. gegen das Amt Kappenbrügge. (S. 133.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 5ter Absch. Desgl. gegen das Amt Springe. (S. 137.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 6ter Absch. Desgl. gegen das Amt Grohnde. (S. 139.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 7ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Ottenstein gegen dasselbe. (S. 147.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 8ter Absch. Desgl. und der Kr. Ger. Eschershausen und Holzminden gegen die Stadt Bodenwerder. (S. 148.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 9ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Ottenstein gegen das Amt Verzen. (S. 153.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 10ter Absch. Desgl. gegen das Amt Volle. (S. 154.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 11ter Absch. Gränzen des Kreisamts Holzminden gegen dasselbe. (S. 158.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 12ter Absch. Desgl. gegen die Aemter Nienover und Lauenförde. (S. 159.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 13ter Absch. Desgl. gegen das Amt Uslar. (S. 160.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 14ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Eschershausen gegen das Amt Erichsburg-Hunnebrück. (S. 162.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 15ter Absch. Desgl. gegen das Amt Rothenkirchen. (S. 163.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 16ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Greene gegen die Aemter Rothenkirchen, Salzhelden und die Stadt Einbeck. (S. 166.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- 17ter Absch. Gränzen des Kr. Ger. Thedinghausen gegen die benachbarten Hannöb. Aemter. (S. 169.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- Die Jagdverhältnisse in den bisher streitigen Landstrichen.
- Beziehung und Beschreibung der festgestellten Gränzen. (S. 173.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- Anlage A., Protokoll über die Beziehung der Hoheitsgränze um das Dorf Wolkorf. (S. 175.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)
- Anlage B. 1 et 2, Gräfl. Berningeröbische Genehmigung der Convocation über den streitigen Gränzdistrict am Eisenpfahlsbrunnen. (S. 182.) [No. 4.] (24. Juni 1825.)

Leihhaus.

W. das f. Leihhaus betr. (S. 183.) [No. 19.] (18. Dec. 1815.)

Ausführung der rückständigen Zinsen — Auszahlung und Einzahlung der Depositengelder — Belegung der Carats-Gelder — Kündigung der Capitale — Stundungsbrief. (S. 183.) [No. 19.] (18. Dec. 1815.)

33 *

W. das f. Leihhaus betr. (S. 111.) [No. 15.] (19. Dec. 1816.)

Anderweite Erneuerung des Stundungsbriefes dieser Anstalt unter den, unterm 18. Dec. 1815 verfügten, Beschränkungen. (S. 111.) [No. 15.] (19. Dec. 1816.)

Bestimmung des Termins der Zurückzahlung der vom 1. Nov. 1813 aufgenommenen Anleihe — Verwendung der vorrathigen und eingehenden Gelder dazu nach den angegebenen Grundsätzen. (S. 111.) [No. 15.] (19. Dec. 1816.)

R e s c r i p t.

Resc. f. G. R. C. v. 25. December 1820.

Von Seiten f. Leihhaus-Commission ist zur Anzeige gebracht worden, daß ein f. Kr. Ger. erklärt habe, in der Folge bei Rückforderung der bei dem Leihhause deponirten Gelder, den Depositenschein an dieselbe nicht eher, als nach dem Eingange der Gelder einsenden zu wollen. Da es nun aber wegen der, bei gedachter Anstalt bestehenden, Einrichtung der Buchführung wegen des großen Umfanges, der bei selbiger zu führenden Rechnungen und wegen der daraus erwachsenden Schwierigkeit, den Eingang der Scheine und Quittungen nach bereits geleisteter Zahlung gehörig zu controliren, erforderlich ist, daß die Gerichte bei Rückforderung deponirter Gelder sofort vorläufig an f. Leihhaus-Commission den Depositenschein sowohl, als die Quittung mit einsenden, so haben dieselben sich hienach auch künftig zu achten und können übrigens die Gerichte durch Bemerkung der Einlage solcher Depositionsscheine auf den betreffenden Schreiben sich über deren Absendung von der Post eine Bescheinigung verschaffen und dadurch vor eigner Verantwortlichkeit sich sicher stellen.

Meier-Verfassung.

W. die Untersuchung der Kräfte der Meierhöfe in Hinsicht auf die Meierzinzen betr. (S. 79.) [No. 10.] (26. März 1823.)

(Randt. Absch. vom 11. Juli 1826 Art. 61.)

- S. 1. Das bloße Vorgeben, daß der Meier nicht mehr im Stande sei, den bisherigen Zins zu entrichten, oder daß der Meier mehr, als den herabgesetzten bisher entrichteten Zins abführen könne, soll nicht mehr genügen, um auf das in der Verordnung vom 8. Juli 1747 vorgeschriebene Verfahren, anzutragen, um eine Herabsetzung oder Erhöhung zu bewirken. (S. 79.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- S. 2. Anführung besonderer Gründe um eine Herabsetzung des Zinses erlangen zu können — Vorläufige Untersuchung — Außerordentliche Unglücksfälle begründen den Antrag nicht, sondern nur Remission für einzelne Jahre. (S. 80.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- S. 3. Desgleichen wegen der Erhöhung — Antrag auf Erhöhung des ursprünglichen vollen Zinses, ist unzulässig. (S. 82.) [No. 10.] (26. März 1823.)

- §. 4. Die Untersuchung geschieht unter der Leitung der Deconomie-Commission. (S. 82.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 5. Vortragung der Gründe vor dem competenten Kreisamte — Untersuchung derselben — Abweisung — Vorstellung bei der Deconomie-Commission — Beschwerde bei f. G. R. C. — Tragung der Kosten. (S. 82.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 6. Einreichung der Acten an die Deconomie-Commission, wenn die Abweisung nicht verfügt ist — Verfügung darauf. (S. 83.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 7. Untersuchung des Hofes — Vorschlagung der Commissaire. (S. 83.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 8. Anleitung der Deconomie-Commission — Ergänzung des Fehlenden. (S. 84.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 9. Verfahren im allgemeinen, nach gleichen Grundsätzen, wobei folgendes zu berücksichtigen:
- 1) ob der Hauswirth bei dem Hofe seinen Unterhalt finde und neben den Abgaben und Lasten den Zins tragen könne u. (S. 85.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 2) Daß bei Würdigung der Einnahme alle Gegenstände, mit möglichster Genauigkeit zum Anschlage gebracht werden. (S. 85.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 3) Daß die Einnahme an Geld nach den Durchschnittspreisen der letzten 12 Jahre, mit Abzug der worin die beiden höchsten und niedrigsten Preise waren, zu veranschlagen — Martinipreise; (S. 86.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 4) Daß nur das, was die nothdürftige Erhaltung des Meiers und der Wirthschaft unumgänglich erfordert, in Abzug komme; (S. 87.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 5) aber nicht der Herrendienst, wol aber Dienstgeld — Nicht außerordentliche Dienste und Lasten — Für Erhaltung der Gebäude nur der allernothdürftigste Bedarf — Weder Inventar noch Zinsen von Schulden noch Abfindungen; (S. 88.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 6) Dagegen die Steuern und Abgaben, Kosten für Zugvieh, Geräthschaften, Kleidung u. (S. 88.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 7) Verbesserungen des Meiers; (S. 88.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 8) Wenn Einnahme und Ausgabe festgestellt ist, wird das Resultat zusammenge stellt und die Acten werden an die Deconomie-Commission eingesandt. (S. 89.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 9) Verfügungen derselben. (S. 89.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 10) Herabsetzung des Meierzinses, wenn sie zu verfügen. (S. 89.) [No. 10.] (26. März 1823.)
 - 11) Mittheilung der Nachrichten über den Tagelöhner-Verdienst im Fall der Herabsetzung. (S. 90.) [No. 10.] (26. März 1823.)

- 12) Nach denselben Vorschriften ist zu verfahren, wenn wegen Erhöhung des Meierzinses angetragen worden. (S. 90.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 10. Berufung an das f. G. R. C. — Endliche Entscheidung. (S. 90.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 11. Tragung der Kosten. (S. 90.) [No. 10.] (26. März 1823.)
- §. 12. Die Verordnungen gehen nicht auf einzelne Stücke Meierländerer, die nicht zum Besande des Hofes gehören. (S. 91.) [No. 10.] (26. März 1823.)

Militairwesen.

- W. wegen Completirung des braunschm. Truppen-Corps, Bildung der Landwehr oder Reserve und Organisation des Landsturms. (S. 17.) [No. 2.] (2. Jan. 1814.)
- Verfüg. f. Regier. Commiss. die Einzeichnung der Militairpflichtigen in die Liste des Wohnorts betr. (S. 16.) [No. 2.] (10. Jan. 1814.)
- W. nähere Bestimmungen über die Formation und Bekleidung der Landwehr oder Reserve enthaltend. (S. 50.) [No. 4.] (17. Jan. 1814.)
- Verfüg. f. Regier. Commiss. die, den Lehrlingen, welche in den Militairdienst übergehen, zu ertheilenden Lehrbriefe betr. (S. 57.) [No. 5.] (24. Jan. 1814.)
- Verfüg. f. Regier. Commiss. das Verhehlen der Deserteurs und den Ankauf militairischer Effecten betr. (S. 58.) [No. 5.] (24. Jan. 1814.)
- Bekanntmachung f. Regier. Commiss. nähere Bestimmung über die Eintheilung der Landwehrbataillons und deren Formation enthaltend. (S. 61.) [No. 6.] (26. Jan. 1814.)
- Verfüg. f. Regier. Commiss. die Abstellung verschiedener Mißbräuche bei den Lohnkriegesführern betr. (S. 64.) [No. 6.] (29. Jan. 1814.)
- Bekanntmachung f. Regier. Commiss., nähere Bestimmung über die Bekleidung der Landwehr enthaltend. (S. 65.) [No. 6.] (30. Jan. 1814.)
- W. die Krieges-Artikel für das gesammte Braunschweigsche Militair betr. (S. 116.) [No. 8.] (11. Febr. 1814.)
- W. die Besetzung der Officierstellen bei der gegenwärtigen Bildung der Landwehr oder Reserve betr. (S. 165.) [No. 10.] (15. Febr. 1814.)
- W. die Bekleidung der Landwehr auf öffentliche Kosten des ganzen Landes betr. (S. 205.) [No. 12.] (3. März 1814.)
- W. den General-Pardon betr. (S. 206.) [No. 12.] (8. März 1814.)
- W. die Verbindlichkeit der, im Staatsdienste stehenden, Officianten zum activen Militairdienste betr. (S. 209.) [No. 13.] (12. März 1814.)
- W. die Desertion aus dem Militairdienste betr. (S. 233.) [No. 16.] (27. März 1814.)

- §. 1. Jede im Lande wohnende Mannsperson vom 18. bis 45. Jahre ist schuldig, sich in "die Verzeichnisse des Wohnorts eintragen zu lassen. (S. 234.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 2. Wer dieses versäumt oder sich, wenn er zum activen oder Reservebienste aufgerufen wird, entzieht, sich außer Landes begibt, wird sofort, wenn man seiner habhaft wird, zum activen Dienst abgegeben und verliert sein Vermögen. (S. 234.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 3. Verfügung wegen der Untersuchung in Gemäßheit des §. 5 der Verordn. vom 2. Jan. 1814. (S. 234.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 4. Wer den Dienst ohne Urlaub verläßt, wird als Deserteur angesehen. (S. 234.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 5. Bestrafung der Desertion bis zur Todesstrafe und Verlust des Vermögens. (S. 235.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 6. Strafe derjenigen, welche einem Deserteur durchhelfen nach §. 20 der Kriegs=Artikel. (S. 235.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 7. Vergehen der Deserteurs und Behilflichkeit 25 — 100 Rthlr. Strafe oder verhältnißmäßige Leibesstrafe. (S. 235.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 8. Nachholen der unterlassenen Einzeichnung. (S. 236.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- §. 9. Nachforschung wegen der Unterlassung. (S. 236.) [No. 16.] (27. März 1814.)
- Aufruf die allgemeine Bewaffnung im Landsturm betr. (S. 249.) [No. 17.] (2. April 1814.)
- W. die Organisation des Landsturms betr. (S. 254.) [No. 17.] (3. April 1814.)
- W. die nähere Bestimmung wegen gänzlicher Befreiung vom activen Militairdienste betr. (S. 261.) [No. 18.] (13. April 1814.)
- W. die Jurisdiction über Militair=Personen betr. (S. 21.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- Aufhebung der Kriegsartikel vom 11. Febr. 1814. (S. 21.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- §. 1. Untersuchung und Bestrafung militairischer Vergehungen — Rechtsmittel — Citation der Zeugen vom Civilstande. (S. 21.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- §. 2. Bestrafung der bürgerlichen Vergehungen der Militair=Personen, wenn sie sich im Lande befinden von den Civilgerichten. (S. 22.) [No. 5.] (17. April 1815.)
 - 1) Ausnahmen. (S. 22.) [No. 5.] (17. April 1815.)
 - 2) Arretirungen — Verfahren dabei. (S. 22.) [No. 5.] (17. April 1815.)
 - 3) Gewahrsam während der Untersuchung. (S. 22.) [No. 5.] (17. April 1815.)
 - 4) Einsendung der Straferkenntnisse und der Acten von den Civil=Gerichten an den Commandeur zur Umwandlung. (S. 23.) [No. 5.] (17. April 1815.)

- Erkennung auf Geldstrafen. (S. 23.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- §. 3. Bestrafung des Duells. (S. 23.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- §. 4. Bestrafung der bürgerlichen Vergehen, wenn sich die Truppen außerhalb Landes befinden. (S. 23.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- §. 5. In Ansehung der Civiljustiz ist das Militair dem ordentlichen Gerichte und den Landesgesetzen unterworfen. (S. 23.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- Abzüge am Tractamente. (S. 23.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- §. 6. Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit geschehen, wenn die Truppen im Lande sind, von der competenten Civil- Behörde — Außerhalb Landes vom General-Auditeur. (S. 24.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- §. 7. Maßregeln wegen Confiscation des Vermögens der Deserteure mit Vorbehalt des Unterhalts, welche dritten Personen daraus gebühret. (S. 24.) [No. 5.] (17. April 1815.)
- Verfüg. f. G. R. C. die Ausfuhr von Waffen, Munition, Pulver, Blei, Salpeter und sonstiger Kriegsbedürfnisse ins Ausland betr. (S. 133.) [No. 12.] (3. Juli 1815.)
- Verfüg. f. G. R. C., wie es einstweilen mit dem Militair-Vorspannwesen zu halten. (S. 145.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- (Instruction für die Marsch-Commissaire vom 17. Oct. 1815.)
- §. 1. Der Bedarf der Kriegsfuhren soll nach dem wirklichen Pferde-Bestande in den Landstädten und sämtlichen Dorfschaften ausgeschrieben werden. (S. 146.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- (Vergl. Rüchendaßs Promt. T. 7. S. 142.)
- §. 2. Die Verspannten sind einem gewissen Etappenorte beigelegt. (S. 146.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 3. Der Bedarf der Kriegsfuhren wird von einem Vorspann-Commissair so zeitig als möglich ausgeschrieben. (S. 146.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 4. Schriftliche Anforderung und Vorschriften wegen deren Bescheinigungen — General-Verzeichniß. (S. 147.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 5. Der Vorspann richtet sich nach dem Pferdebestande einer Gemeinde — Vertheilung der Reihe nach und nach dem wirklichen Pferde-Bestande. (S. 147.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 6. Ausnahmen. (S. 148.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 7. Befreiung ohne in den Rollen des Pferdebestandes abgesetzt zu werden. (S. 149.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 8. Register über die gestellten Kriegsfuhren, Einrichtung desselben. (S. 149.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 9. Die Gespanne in allen Fällen, wo es irgend thunlich ist, nicht zu zersplittern. (S. 150.) [No. 15.] (14. August 1815.)

- §. 10. Die Stellung der Wagen bei denen die nur 2 Pferde halten, soll nach der Reihenfolge abwechseln. (S. 150.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 11. Lohnfuhrten — Lohnfuhr = Contracte für entfernte Gemeinen — Vorspann = Casse. (S. 150.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 12. Abschießen der Ausschreiben zu Stellung der Kriegsfuhrten durch Boten — Krankwerden und zu späte Ankunft desselben. (S. 152.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 13. Notiren der Anzahl der zu stellenden Fuhrten, Bestellung derjenigen Anspanner, an welchen die Reihe ist und in deren Abwesenheit die folgenden Nachleistung der aus bringender Ursache Uebergangenen. (S. 153.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 14. Im Fall des Zurückbleibens über die bestellte Zeit werden Mieth = oder Postpferde genommen auf Kosten der Anspanner und Nachleistung der Fuhrten, wenn er Schuld hat — Hinderung durch einen Unfall. (S. 154.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 15. Melben der Anspanner beim Vorspann = Commissair. (S. 155.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 16. Schein über die gestellte Fuhr — Attestirung desselben. (S. 155.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 17. Verhalten, wenn die Fuhr nicht geleistet worden — Schein deshalb — Lohnfuhrten werden zuerst aufgerufen. (S. 155.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 18. Ablieferung des Scheins an den Ortsvorsteher auch von denjenigen, welche ihre Fuhr durch Lohn verrichten lassen. (S. 156.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 19. Verbot der Abfindung des Anspanners mit dem, welchem sein Vorspann überwiesen ist — Ahndung der Uebertretung. (S. 156.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 20. Leistung des Vorspanns außer den gewöhnlichen Etappen = Orten. (S. 157.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 21. Fuhrten zum Behuf der Lebensmittel und Fourage aus den Magazinen. (S. 157.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 22. Ausgleichung des Vorspanns durch Geldbeiträge. (S. 157.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 23. Verhalten des Vorspann = Commissairs wegen gleichmäßiger Heranziehung — Beschwerden deshalb. (S. 158.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 24. Bestrafung der Commissarien wegen der Unrechtfertigkeiten. (S. 158.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- §. 25. Verzeichniß des Pferdebestandes — Bestrafung wegen Unrichtigkeit des Verzeichnisses. (S. 159.) [No. 15.] (14. August 1815.)
- W. den Friedens = Dienst der herzogl. Braunschw. Husaren betrff. (S. 5.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)

- §. 1. Bestimmung zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und zum Beistande der Obrigkeiten in ihren polizeilichen und gerichtlichen Verrichtungen. (S. 5.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 2. Persönliche Eigenschaften. (S. 6.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 3. Dienstverhältnisse des Chefs gegen den Commandeur des activen Corps und des f. G. R. E. (S. 6.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 4. Ernennung und Entlassung der Officiere, Unterofficiere desgl. der Gemeinen. (S. 6.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 5. Sie sind der militairischen Disciplin und den Kriegsartikeln unterworfen — Gründe der sofortigen Entlassung und Folgen derselben. (S. 7.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 6. Equipirung — Verantwortlichkeit wegen der gelieferten Montirung u. (S. 7.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 Lieferung des Pferdes und dessen Abgang. (S. 8.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 Krankheit der Husaren und deren Heilung. (S. 8.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 Krankheit der Pferde und deren Kur. (S. 8.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 7. Zahlwesen und Besorgung des Materiellen und der Correspondenz. (S. 8.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 8. Vertheilung der Compagnien, sectionsweise — Uebersicht. (S. 8.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 Aufenthalt der Stallmeister, des Oberthierarztes und der Trompeter. (S. 11.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 9. Unterbringung der Mannschaft gegen den Service. (S. 11.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 10. Lieferung der Fourage und Geldvergütung. (S. 11.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 11. Unterwerfung der Militairdisciplin. (S. 11.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 12. Besuchung der Compagnien und der Abtheilung von deren Chefs; (S. 11.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 13. Freie Beköstigung auf Dienstreisen hat nicht Statt — Ausnahme, wenn sie des Nachts ausbleiben. (S. 11.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 14. Verzeichniß der gewöhnlichen und wesentlichen Dienste. (S. 12.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 15. Solche geschehen ohne Aufforderung von Seiten der Civil-Obrigkeit. (S. 14.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 16. Außerordentlicher Dienst — Berichtserstattung deshalb. (S. 14.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 17. Aufstellung des Signalements der zu arretirenden Personen — Zuführung von Abtheilung zu Abtheilung. (S. 14.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 18. Besuchung der Wirthshäuser und Gasthöfe und anderer dem Publico offen ste-

- henden Häuser. — Visitationen nur auf schriftliche Authorisation und in üblichen Fällen mit dem Ortsvorsteher. (S. 14.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 19. Eintritt in Privathäuser und auf schriftlichen Befehl der Obrigkeit — Beobachtung eines solchen Hauses im Fall des Verdachts. (S. 15.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 20. Beobachtung der Höflichkeit — Strafe der Beleidigung oder Verletzung derselben — Arretirung desjenigen, der sich an sie thätlich vergreift. (S. 15.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 21. Vorschrift wegen Gebrauch der Gewalt der Waffen bei Volksaufständen oder Zusammenrottungen. (S. 15.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 22. Anzeigen über ein begangenes Verbrechen oder Verhaftnehmung. (S. 15.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 23. Bekanntmachung und Vollstreckung der Verhaftsbefehle in peinlichen Fällen. (S. 16.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 24. Dienstverrichtung bei Hinrichtungen und öffentlichen Strafvollziehungen. (S. 16.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 25. Begleitung öffentlicher Gelder, Schießpulver, Posten u. (S. 16.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 26. Vorschriften wegen des Transports der Gefangenen. (S. 16.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 27. Desgl. wegen der Verhaftungen. (S. 17.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 28. Vorführung der arretirten Personen vor die nächste Polizei-Obrigkeit oder Verwahrung in Abwesenheit derselben — Ablieferung der Militair-Personen an die nächste Militair-Behörde. (S. 18.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 29. Jede unnöthige Strenge ist ein Vergehen — Ausnahme beim Widerstande. (S. 18.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 30. Correspondenz der verschiedenen Abtheilungen unter einander (S. 18.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 31. durch Dienstreifen — Zweck derselben. (S. 19.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 32. Jährliche Musterung vom Chef der Schwadron oder durch andere Officiere. (S. 19.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 33. Inspection von den Rittmeistern, von den Lieutenants und Cornets. (S. 19.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 34. Besuchung der Standorte von den Officieren — auf den Musterungs-Reisen und Gegenstand derselben. (S. 20.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 35. Musterungs-Register — Disciplinar-Register. (S. 20.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 36. Dienstbuch der Officiere — Bescheinigungen darin. (S. 20.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)

- §. 37. Dienstjournal des Commandanten — Dienstbuch — Bescheinigungen darin. (S. 20.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 38. Muster dieser Bücher — Zustellung derselben und der Verordnungen. (S. 20.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- §. 39. Nähere Bestimmungen der Dienstverhältnisse. (S. 21.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- 1) In Ansehung der Disciplin und des innern Dienstverhältnisses. (S. 22.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 2) In Ansehung des polizeilichen Dienstes. (S. 22.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 3) In Ansehung der Veränderung des Stations=Ortes. (S. 22.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 4) Bestimmung des Gerichtsstandes — Unterwerfung unter die Militair=Strafgesetze. (S. 22.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
(Vergl. Kriegsartik. vom 29. October 1821 Art. 97.)
 - 5) Bestimmung der Beurlaubung. (S. 22.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 6) Bestimmung der Verabschiedung. (S. 22.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 7) Bestimmung der Vollstreckung der Befehle und Requisitionen — schriftliche (S. 22.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 8) Ausführung derselben. (S. 24.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 9) Mittheilung der, die öffentliche Ruhe und Sicherheit betreffenden Vorfälle und Nachrichten. (S. 24.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 10) Bestrafung der Vernachlässigung, Weigerung der Vollziehung ordnungsmäßiger Aufforderungen. (S. 24.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 11) Die Aufforderung geschieht an das Commando, welches deren Gegenstand am leichtesten vollziehen kann — Ausführung derselben. (S. 25.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 12) Zurückbleiben eines Husaren am Stationsorte. (S. 25.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 13) Zusammenziehung mehrerer Commandos. (S. 25.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 14) Fortschaffung der Correspondenz der Civil=Obriegkeit. (S. 25.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 15) Unterordnung unter den Militair=Commandanten. (S. 25.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 16) Betragen gegen die Civil= und Militair=Behörden. (S. 25.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 17) Beistand der Zoll= und Weggelds=Erheber und Jagd= und Forst=Bedienten auf deren Nachsuchen. (S. 25.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
(Vergl. Instruct. für die Husaren, die Forst= und Jagd=Frevel betr. vom 9. August 1817, mitgetheilt durchs Resc. vom 29. März 1824.)

- 18) Unterstützung der Husaren durch Militair oder andere Einwohner. (S. 26.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- S. 40. Benachrichtigung des Oberhauptmanns von den Straferkenntnissen der Militair-Gerichte über Dienstvergehungen. (S. 27.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- S. 41. Strafbestimmungen wegen (S. 27.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- 1) Beleidigung der Civil-Obrigkeit in ihrer Amtspflicht. (S. 27.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 2) Erpressungen, Annahme von Geldstrafen; Geld oder Geldeswerth. (S. 28.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 3) Entweichung der Arrestanten. (S. 28.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 4) Vergehen gegen die militairische Disciplin; Vernachlässigung des Reglements. (S. 29.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- (Kriegs-Artikel vom 29. October 1821 §. 78.)
- 5) Trunkenheit. (S. 29.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
 - 6) Vernachlässigung des Dienstes, unordentliche Lebensart. (S. 29.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- S. 42. Disciplinar-Register für die Unterofficiere und Husaren — Einsendung der Auszüge daraus an den Schwadrons-Chef — Eintragung desselben in ein allgemeines Register — Vergleichung — Musterungsbericht. (S. 30.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- S. 43. Monatlicher Dienstbericht des Chefs und wegen außerordentlicher Vorfälle. (S. 30.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- S. 44. Jeder Husar und Stations-Ort soll mit einem Exemplar dieses Reglements versehen werden. (S. 31.) [No. 2.] (5. Febr. 1816.)
- Bekanntmachung f. G. R. E. die Aufhebung des unterm 3. Juli 1815 erlassenen Verbots der Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen betr. (S. 45.) [No. 4.] (5. März 1816.)
- B. die Verwilligung eines General-Pardons für die Deserteurs betr. (S. 57.) [No. 7.] (28. Mai 1816.)
- Auf 3 Monate — Ausnahme. (S. 58.) [No. 7.] (28. Mai 1816.)
- Declaration, die dem gemeinen Soldaten Schulden halber zu nehmenden Löhnungs-Abzüge betr. (S. 25.) [No. 3.] (26. März 1818.)
- (Vergl. §. 5 der Verordn. vom 17. April 1815.)
- Es soll nur $\frac{1}{6}$ des vollen Betrages behuf der ausgeklagten Schuldforderung abgezogen werden können. (S. 26.) [No. 3.] (26. März 1818.)
- B. die zum Andenken des Feldzuges im Jahre 1815 dem hiesigen Militair bewilligte Medaille betr. (S. 37.) [No. 6.] (11. Juni 1818.)
- Beschreibung derselben und wie solche zu tragen und wer dazu berechtigt ist. (S. 38.) [No. 6.] (11. Juni 1818.)

Militairwesen.

- W. die, mit dem königl. preuß. Gouvernement wegen der durch die braunschw. Landeführenden Militair=Strasse für die königl. preuß. Truppen abgeschlossene Durchmarsch= und Etappen=Convention betrff. (S. 45.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 1. Hauptetappenort Wolfenbüttel und der dazu gelegte Bezirk. (S. 45.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 2. Bestimmung wegen der Dislocation, Nachtquartiere der Truppen. (S. 47.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 3. Ruhetag hat nicht Statt. (S. 48.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 4. Die Truppen müssen auf der genannten Militair=Strasse, mit Berücksichtigung des Etappen=Orts, instradirt sein. (S. 48.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 5. Einrichtung der Marschrouten. (S. 48.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 6. Benachrichtigung der Behörden von den Truppenmärschen; Vorschriften deshalb. (S. 48.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 7. Welche Militair=Personen zum Quartier und Verpflegung bei den Einwohnern oder in den Ordonanz=Häusern (Baraken) berechtigt sind. (S. 49.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 8. Bestimmung der Utensilien, welche in den Ordonanzhäusern vorhanden sein müssen; Beschaffenheit und Quantität der, den Truppen zu verabreichenden Lebensmittel. (S. 50.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 9. Vergütung dafür. (S. 51.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 10. Verquartierung und Verpflegung der Weiber und Kinder von Militair=Personen. (S. 51.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 11. Unterbringung der krankwerdenden preuß. Soldaten. (S. 52.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 12. Anweisung der Stallung — Beschwerden deshalb. (S. 52.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 13. Empfangnahme der Fourage=Rationen — Regulirung der dabei entstehenden Streitigkeiten — Ausgabe der Fourage von den Gemeinen — Distribution von der Obrigkeit. (S. 52.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 14. Verdingung der Rationen — Preis der von der Ortsobrigkeit gelieferten (S. 53.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 15. Berechnung und Bezahlung der Kosten. (S. 53.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 16. Verabreichung der Transportmittel — Ausnahme wegen der Kranken. (S. 54.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 17. Requirirung der Transportmittel bei Durchmärschen starker Armee=Corps — Von den quartirmachenden Commandirten, nicht ohne schriftliche Ordre des Commandeurs. (S. 54.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)
- §. 18. Stellung der Transportmittel geschieht von den herzogl. braunschw. Behörz

den — Entlassung der Transportmittel — Stellung frischer Transportmittel. (S. 54.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 19. Weiterschaffung der Militair-Personen. (S. 55.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 20. Die Wagen dürfen nicht durch andere Personen erschwert und die Fuhrleute nicht übel behandelt werden. (S. 55.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 21. Vergütung des Vorspanns. (S. 55.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 22. Berechnung von einem Nachtquartier ins andere. (S. 55.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 23. Die Fußboten und Wegweiser sind von den Obrigkeiten schriftlich zu requiriren und ist darüber zu quittiren — Botenlohn. (S. 56.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 24. Etappeninspector in Hildesheim — Dessen Bestimmung. (S. 56.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 25. Beseitigung der Differenzen zwischen den Bequartirten und den Soldaten von der Etappenbehörde und den commandirenden Officieren. (S. 56.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 26. Instandhaltung der Wege und Sorge für die durchmarschierenden Truppen. (S. 57.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 27. Vergleichen wegen Erhaltung des guten Geistes und der Eintracht zwischen den Bequartirten und den Soldaten. (S. 57.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 28. Dauer der Convention — Vorbehalt der Abänderung. (S. 57.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

§. 29. Die festgesetzten Stipulationen treten auch wegen der Liquidation während der Zeit des Aufenthalts der Occupations-Armee in Frankreich, so wie auch bei dem Rückmarsche der aus Frankreich zurückkehrenden Armee-Corps ein. (S. 58.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

Bekanntmachung des f. G. R. C., die, den Quartier-Pflichtigen für das durchmarschirende königl. preuß. Militair bewilligten Entschädigungs-Sätze betr. (S. 59.) [No. 7.] (30. Juni 1818.)

W. die, bei der Husaren-Schwadron anzustellenden Fußjäger betr. (S. 61.) [No. 8.] (9. Juli 1818.)

§. 1. Verminderung der berittenen Husaren-Schwadron und Beiehung einer Mannschaft zu Fuß. (S. 62.) [No. 8.] (9. Juli 1818.)

§. 2. Uniform der anberittenen Mannschaft. (S. 62.) [No. 8.] (9. Juli 1818.)

§. 3. Vertheilung der vereinigten Husaren und Fußjäger im Lande. (S. 62.) [No. 8.] (9. Juli 1818.)

§. 4. Dienstpflicht der Fußjäger. (S. 65.) [No. 8.] (9. Juli 1818.)

Declaration der Verordn. vom 11. Juni 1818 die zum Andenken des Feldzuges vom Jahre 1815 dem braunschw. Militair verwilligte Medaille betr. (S. 7.) [No. 2.] (8. März 1819.)

Militairwesen.

Die Civilgerichte erkennen in den, zu ihrer Competenz gehörigen, Untersuchungs-
sachen gegen Militair=Personen, wegen Tragens der Medaille. (S. 7.) [No. 2.]
(8. März 1819.)

B. die mit dem königl. hannöv. Gouvernement abgeschlossenen Con-
vention wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteurs und
ausgetretenen militairpflichtigen Landeseinwohner betrff. (S. 9.)
[No. 3.] (30. März 1819.)

§. 1. Alle desertirte Militair=Personen sollen gegenseitig ausgeliefert werden. (S. 10.)
[No. 3.] (30. März 1819.)

§. 2. Wer als Deserteur anzusehen sei. (S. 10.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 3. Bestimmung wegen Auslieferung der von anderen Mächten Desertirten. (S. 10.)
[No. 3.] (30. März 1819.)

§. 4. Weigerungsgründe der Auslieferung. (S. 11.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 5. Gegenstände, worauf sich die Auslieferung erstreckt. (S. 12.) [No. 3.] (30.
März 1819.)

§. 6. Auslieferung an die nächst befindliche Obrigkeit; sofortige Bezahlung der Kosten.
(S. 12.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 7. Die Auslieferung geschieht freiwillig unter Beifügung des Protokolls der Effec-
ten ic. (S. 13.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 8. auch auf Requisition — Wenn Anstand zu nehmen sei. (S. 13.) [No. 3.]
(30. März 1819.)

§. 9. Behörde, an welche die Requisition geht, und welche die Deserteurs ausliefert.
(S. 14.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 10. Weitertransportirung der durchzuführenden Deserteurs. (S. 14.) [No. 3.]
(30. März 1819.)

§. 11. Festsetzung der Unterhaltungskosten der Fourage ic. — Berechnung der Preise
— Bezahlung. (S. 15.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 12. Ein Mehreres außer diesen Kosten kann nicht gefordert werden. (S. 15.)
[No. 3.] (30. März 1819.)

§. 13. Gratification für die, welche einen Deserteur abliefern. (S. 16.) [No. 3.]
(30. März 1819.)

§. 14. Quittung. (S. 16.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 15. Pflicht der Behörde auf die Deserteurs zu achten. (S. 16.) [No. 3.] (30.
März 1819.)

§. 16. Auslieferung der militairpflichtigen Unterthanen nur auf vorgängige Requisition,
wie der militairischen Deserteurs. (S. 16.) [No. 3.] (30. März 1819.)

Bei Auslieferungen, welche auf Requisition bewirkt werden, wird ein Cartelgelb
entrichtet. (S. 17.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 17. Diejenigen Individuen, welche im militairpflichtigen Alter sind, werden, wenn
sie

sie sich nicht legitimiren können und verdächtig sind, über die Gränze zurückgewiesen und es wird ihnen kein Aufenthaltsort im gegenseitigen Staate gestattet. (S. 18.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 18. Deserteurs und Militairpflichtige dürfen nicht zu Kriegsdiensten angenommen oder verheimlicht u. werden. Auch innerhalb der Staaten dürfen Individuen von einer fremden Macht nicht angeworben werden. (S. 18.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 19. Bestrafung der Verhehlung eines Deserteurs (S. 18.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 20. so wie Ankauf der Pferde u. derselben. (S. 19.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 21. Eigenmächtige Verfolgung der Deserteurs auf jenseitigem Gebiete ist untersagt, nicht aber (S. 19.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 22. die Sendung eines Commandirten zur nächsten Ortsobrigkeit — Verhaftung des Deserteurs — Kein Cartelgeld von der Obrigkeit — Der Commandirte darf sich nicht an den Deserteur vergreifen — Strafe. (S. 19.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 23. Untersagung der gewaltsamen oder heimlichen Anwerbung in dem jenseitigen Territorium — Verführung zur Desertion u. — Bestrafung. (S. 20.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 24. Ausnahme wegen derjenigen, die vor dieser Convention desertirt sind. (S. 20.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 25. Wahl der Landesfinder beider Theile zur Zurückkehrung. (S. 21.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 26. Den Beschlüssen des Bundestags wird durch diese und künftige Bestimmungen nicht vorgegriffen oder die bundesmäßige Auswanderung dadurch beschränkt. (S. 21.) [No. 3.] (30. März 1819.)

§. 27. Giltigkeit auf 6 Jahre mit stillschweigender Verlängerung — Aufkündigung. (S. 22.) [No. 3.] (30. März 1819.)

B. die mit dem königl. preuß. Gouvernement abgeschlossene Convention wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteurs und ausgetretenen Landeseinwohner betr. (S. 25.) [No. 4.] (4. Mai 1819.)
(Gleichen Inhalts mit der vorigen Verordnung.)

B. die mit dem Churfürstl. Hessischen Gouvernement abgeschlossene Convention wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs und sonst ausgetretenen militairpflichtigen Landeseinwohner betr. (S. 44.) [No. 6.] (15. Juni 1819.)

(Gleichen Inhalts mit der vorigen Verordnung.)

Bekanntmachung des f. G. R. E. die königl. preuß. Seits bestimmten Ablieferungsorte der Deserteurs betr. — Halberstadt und Paderborn. (S. 63.) [No. 6.] (15. Juni 1819.)

- B. die Dienstkreise der Husaren-Officiere und die denselben für die dadurch veranlaßten Kosten zu verwilligende Vergütung betrft. (S. 61.) [No. 8.] (31. Juli 1820.)**
- §. 1. Die Rittmeister haben in Zukunft jede Station ihrer Compagnie alle halbe Jahre einmal und die Abtheilungen alle 2 Monate zu inspiciern und werden vom Besuche der Hauptörter der andern Abtheilungen dispensirt. Lieutenants und Cornets mustern ihre Mannschaft alle 2 Monate. (S. 61.) [No. 8.] (31. Juli 1820.)**
(Vergl. §. 12. 32. 33. 34 der Verordn. vom 5. Febr. 1816.)
- §. 2. Bestimmung der Diäten. (S. 61.) [No. 8.] (31. Juli 1820.)**
- B. das Canton-Reglement betrft. (S. 167.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**

I. C a p i t e l.

Allgemeine Militairpflichtigkeit und Dauer derselben.

- §. 1. Verbindlichkeit zur Einstellung zum Dienst zur Vertheidigung des Vaterlandes.**
Keine Zulassung eines Landeseinwohners zu einem Amte, Bewirthschaftung eines Grundstücks u., bevor nicht der Militairpflicht Genüge geleistet worden. (S. 168.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 2. Wer als Landeseinwohner zu betrachten. (S. 168.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 3. Anfang der Militairpflichtigkeit. (S. 168.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 4. Dauer auf 5 Jahre. (S. 169.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823 Art. 36.)
- §. 5. Ausnahmen in Kriegszeiten und wenn die Beschlüsse der Bundesversammlung die Nothwendigkeit herbeiführen. (S. 169.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 6. Dauer des Dienstes in Kriegszeiten. (S. 170.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 7. Frühere Einstellung zum Dienst. (S. 170.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 8. Verpflichtung zum Landsturm. (S. 170.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**

II. C a p i t e l.

Von dem Bestande der bewaffneten Macht.

- §. 9. Bestandtheile derselben — Active Corps, Landwehr oder Reserve — Reserve-Depot. (S. 170.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 10. Stärke des erstern. (S. 171.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 11. Bestimmung desselben. (S. 171.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 12. Bestandtheile des activen Corps. (S. 171.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 13. Weurlaubung. (S. 171.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 14. Exercier-Zeit. (S. 171.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 15. Versorgung oder Pension nach 15jähriger Dienstleistung. (S. 172.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 16. Bestimmung der Landwehr. (S. 172.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**
- §. 17. Bestandtheile derselben — Bewaffnung. (S. 172.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)**

Militairwesen.

275

- §. 18. Sold derselben. (S. 172.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 19. Bestandtheile des Reserve- oder Landwehr-Depots. (S. 172.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

III. Capitel.

Von den Befreiungen von der Militairpflichtigkeit.

- §. 20. Allgemeine Gründe zur gänzlichen Befreiung. (S. 173.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 21. A. Körperliches Unvermögen. B. Besitz eines Grundeigenthums oder Betreibung eines Gewerbes. C. Öffentliches Amt. (S. 173.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 22. Verfahren zur Prüfung des erstern s. §. 47. (S. 173.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 23. Nähere Bestimmung wegen der zweiten unter lit. B. (S. 173.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 24. Gänzliche Befreiung aus besonderen Rücksichten. (S. 173.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 25. Wegen der unter lit. C. (S. 174.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 26. Keine gänzliche Befreiung und Aufrufung in der 6ten Classe. (S. 175.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 27. Befreiung derer, welche sich den höheren Wissenschaften widmen. (S. 176.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 28. Aufhören des Befreiungsgrundes. (S. 177.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

IV. Capitel.

Von der Anlegung der Canton-Rollen.

- §. 29. Anfertigung der Canton-Rollen nach Schema A. (S. 177.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 30. Einsendung der Auszüge aus den Kirchenbüchern. (S. 177.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 31. Verzeichniß der vorgefallenen Veränderungen des verflossenen Jahrs. (S. 178.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 32. Rectification der Canton-Rollen. (S. 178.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 33. Alphabetische Listen der Militairpflichtigen für die Canton-Commission. (S. 178.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

V. Capitel.

Zusammensetzung der Canton-Commission und allgemeine Vorschriften für dieselben.

- §. 34. Zusammenkunft der Canton-Commission am 1. März eines jeden Jahres. (S. 178.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 35. Zusammensetzung der Commission. (S. 179.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

- §. 36. Bestimmung der Lage der vorzunehmenden Geschäfte. (S. 179.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 37. An mehrern Orten. (S. 179.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 38. Gegenwart der Bürgermeister, Ortsvorsteher und zweier Einwohner. (S. 179.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 39. Stellung der 20jährigen Mannschaft. (S. 180.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 40. Entscheiden der Cant. Commiss. in erster Instanz — Vorstellung an den Landeshehrrn. (S. 180.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 41. Ohne Suspensivkraft. (S. 180.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 42. Diäten der Cant. Commiss. (S. 180.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

VI. Capitel.

Von dem Verfahren der Canton=Commission und dem Loosen.

- §. 43. Revision der Canton=Rollen. (S. 180.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 44. Das folgende Verfahren; gemeinweise, in den größern Städten districtweise. (S. 181.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 45. Verlesen der Mannschaft. (S. 181.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 46. Entschuldigungsgründe wegen Nichtstellung. (S. 181.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 47. Untersuchung der körperlichen Gebrechen. (S. 181.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 48. Attest des Physicus und Entlassungsschein der Cant. Commiss. wenn keine Befserung oder Herstellung zu erwarten ist. (S. 181.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 49. Temporaires Uebel — Attest deshalb — Uebermalige Untersuchung. (S. 181.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 50. Atteste eines recipirten Arztes wegen Krankheit, welche eine vorhergegangene Beobachtung erfordert — Mitloosung — Vorläufige Zurücksetzung und Nachuntersuchung drei Jahre lang. (S. 182.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 51. Entlassungsschein. (S. 182.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 52. Dienstunfähigkeit nur für den Dienst einer Truppengattung. (S. 182.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 53. Prüfung derer, welche auf gänzliche Befreiung Ansprüche machen. (S. 182.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 54. Begründung darauf durch Attest und Zeugniß des gegenwärtigen Ortsvorsteher und der Zeugen. (S. 182.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 55. Entlassungsschein. (S. 183.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 56. Aufrufung der Freiwilligen. (S. 183.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 57. Classen bei der Aushebung 1822. (S. 183.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 58. Einsendung der Entscheidung der Cant. Commiss. (S. 184.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 59. Bestimmung der Lage zur Loosung. (S. 184.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

- §. 60. Loosung der Classen. (S. 184.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 61. Ort der Loosung. (S. 184.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 62. Zahl der Loose. (S. 184.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 63. Verlesen und Rangiren der Loosenden. (S. 184.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 64. Zusammenrollen der Loose u. (S. 184.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 65. Vorrufen nach Ordnung der Liste — Ziehen des Loose — Bemerkung des Loose in der Liste und in den Canton-Rollen. (S. 185.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 66. Loosen in der Abwesenheit der Cantonisten. (S. 185.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 67. Prüfung wegen Anspruch auf Zurücksetzung. (S. 185.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 68. Anfertigung der verschiedenen Listen: 1) der Freiwilligen, 2) vom Loosen Ausgeschlossen, 3) derer, welche geloset haben. (S. 185.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 69. Unterzeichnung derselben — Einsendung. (S. 186.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 70. Bemerkung, wenn Keiner in die 1ste und 2te Liste (§. 68.) gehört. (S. 186.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 71. Sportel- und Stempel-Freiheit der Atteste. (S. 186.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

VII. C a p i t e l.

Von der Vertauschung des Loose und von der Stellvertretung.

- §. 72. Erlaubniß zur Vertauschung der Loose. (S. 186.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 73. Aufnahme des Protokolls deßhalb und ferneres Verhalten. (S. 186.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 74. Die Vertauschung hat zwischen sämtlichen Cantonisten im Herzogthume Statt. (S. 187.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 75. Stellvertretung. (S. 187.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 76. Alter der Stellvertreter; (S. 187.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 77. er muß ein braunschweigischer Landeseinwohner sein. (S. 187.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 78. Dienstpflichtigkeitkeits-Attestat des Kreisphysicus und Untersuchung vom Stabs-ärzte und der Militär = Gesundheits-Commission. (S. 187.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 79. Entlassung des Stellvertreters binnen 3 Monaten nach geleistetem Eide, wegen Gebrechlichkeit — Bestrafung. (S. 188.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 80. Verpflichtung des Stellvertreters. (S. 188.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 81. Wer als Stellvertreter nicht aufgenommen werden kann. (S. 188.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
 §. 82. Folgen der Verschweigung der Unfähigkeit. (S. 188.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

- §. 83. Ausstellung der Stellvertretungsscheine nach Form F. und G. (S. 189.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 84. Verabschiedung bei eintretendem Kriege. (S. 189.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 85. Desertion des Stellvertreters und dessen, welcher die Nummer eines Andern übernommen hat. (S. 189.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 86. Bestrafung der Desertion derselben. (S. 189.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 87. Sterben des ersetzten Cantonisten. (S. 189.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 88. Sterben des Stellvertreters. (S. 189.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 89. Liste über die Stellvertretungen und Bemerkung der Nummern in der Cantonsrolle. (S. 189.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

VIII. Capitel.

Von der Verabschiedung und Versetzung zu der Reserve oder dem Reserve-Depot.

- §. 90. Verabschiedung nach zurückgelegtem 25ten Jahre und wegen der Verhältnisse der §§. 23 und 25. (S. 190.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 91. Zeit der Verabschiedung — Ausnahme. (S. 191.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 92. Atteste der Kr. Ger. und der Liste des Commandeurs, der, den Abschied Nachsuchenden. (S. 191.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 93. Absendung der Listen an die f. M. Administ. Com. — Bericht. (S. 191.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 94. Gleiches Verfahren wegen derer, welche ins Reserve-Depot versetzt zu werden Anspruch machen — Entscheidung der M. Administ. Com. (S. 192.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 95. Monatliche Liste der Verabschiedeten für die St. und Kr. Ger. (S. 192.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 96. und der Gestorbenen und Versetzten. (S. 192.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

IX. Capitel.

Von der Ergänzung der Truppen.

- §. 97. Die Ergänzung geschieht im April eines jeden Jahrs. (S. 192.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 98. Vertheilung des Ersatzes auf die St. und Kr. Ger. (S. 193.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 99 und 100. Bestimmung über die, welche zuerst genommen werden sollen. (S. 193.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 101. Zusendung eines Auszugs der zum Ersatz bestimmten Leute an die Oberhauptleute oder Stadtdirectoren und den Commandeur. (S. 194.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 102. Ablieferung der Cantonisten. (S. 194.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

- §. 103. Einkleidung derselben und Entlassung der Ergänzten. (S. 94.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 104. Nachweisung der geleisteten Militairpflicht. (S. 194.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

X. Capitel.

Von den Heirathen der Cantonisten.

- §. 105. Kein Militairpflichtiger darf sich vor seinem 25ten Jahre verheirathen. (S. 194.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 106. Ausnahme. (S. 194.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 107. Ertheilung der Erlaubniß wegen Verbesserung der Lage eines Cantonisten — Vorstellung im Fall der Versagung — Wer einen Stellvertreter gestellt hat, bedarf des Consenses nicht. (S. 195.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 108. Desgleichen wegen eines Soldaten. (S. 195.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 109. Verhalten der Prediger wegen der Trauung einer Mannsperson unter 25 Jahren. (S. 195.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

(Vergl. Gildeordnung vom 29. Oct. 1821 §. 85—118. Verordn. vom 24. März 1825 die Trauscheine betr.)

XI. Capitel.

Von dem Austrreten und der Desertion.

- §. 110. Einsendung der Liste der sich nicht gestellten Cantonisten an die M. Administ. Com. von der Canton-Commission. (S. 196.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 111. Oeffentliche Aufforderung der ausgetretenen Cantonisten. (S. 196.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 112. Stellen derselben bis zur nächsten Cant. Commiss. — Verfahren deshalb — Entscheidung. (S. 196.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 113. Verfahren, wenn die Entschuldigung nicht für hinlänglich befunden wird und (S. 196.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 114. wenn er sich nicht stellt oder (S. 197.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 115. die Gründe der Abwesenheit nicht für gültig anerkannt werden und er sich dennoch nicht stellt. (S. 197.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 116. Jeder Cantonist, welcher nach erhaltener Aufforderung unerlaubter Weise sich entfernt und den Befehlen nicht Folge leistet, soll als Deserteur betrachtet werden. (S. 197.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 117. Bekanntmachung der Desertion vom Commandeur des activen Corps dem betreffenden Gerichte. (S. 197.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 118. Beschlagnahme auf das Vermögen des Deserteurs. (S. 198.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 119. Freiwillige Zurückkehr binnen 4 Wochen — Folgen derselben, so wie (S. 198.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

- §. 120. wenn der Deferteur nicht zurückkehrt — Verfahren deshalb. (S. 198.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 121. Die Administration des Vermögens geschieht mit Vorbehalt des Unterhalts dritter Personen. (S. 198.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 122. Berichtserstattung nach 3 Jahren. (S. 198.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 123. Ein vor Ablauf des 3ten Jahres zurückgekehrter Deferteur, kann Anspruch auf Zurückzahlung der Zinsen oder Einkünfte seines Vermögens machen. (S. 199.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 124. Benachrichtigung an das Gericht wegen Veränderung des Wohnorts eines Cantonisten und Bemerkung deshalb in der Canton-Rolle. (S. 199.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

XII. Capitel.

Von dem Gerichtsstande der Cantonisten und beurlaubten Soldaten.

- §. 125. Alle Cantonisten und die Unterofficiere der Reserve, welche nicht in Sold stehen, so wie alle Beurlaubte des activen Corps, stehen unter der Jurisdiction des gewöhnlichen Gerichts. (S. 199.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 126. Anzeige an den Commandeur von der Arrestation oder Leibstrafe. (S. 200.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
(Vergl. §. 140. der Verordn. vom 29. Oct. 1821.)
- §. 127. Abhaltung der Soldaten durch eine gerichtl. Untersuchung — Bekanntmachung durch den Soldaten an den militairischen Vorgesetzten durch Vorzeigung der Ladung. (S. 200.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 128. Die Gefängnißstrafe eines Cantonisten von mehr als einem Jahre, wird demselben in seiner Militairpflicht nicht angerechnet. (S. 200.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)
- §. 129. Dasselbe findet Statt bei einem jeden Soldaten des activen Corps, welcher von einem Kriegsgerichte zu einer solchen Strafe verurtheilt worden. (S. 200.) [No. 14.] (30. Juli 1821.)

Formulare zum Canton-Reglement.

B. die Kriegs-Artikel betrff. (S. 203.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Kriegs-Artikel für das gesammte Militair.

Erster Abschnitt.

Kriegs-Artikel für die Gemeinen.

- Art. 1. Beiwohnung des Gottesdienstes — Strafe wegen Störung desselben und Beleidigungen der Prediger — Bestrafung des Hochverraths und Majestäts-Verbrechens. (S. 204.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 2. Bestrafung der Verletzung der Ehrerbietung gegen den Landesherrn und dessen Familie. (S. 205.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 3.

Militairwesen.

281

- Art. 3. Bestrafung der thätlichen Vergehungen im Dienste gegen Officier und Unterofficier und Drohen derselben mit Waffen. (S. 205.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 4. Bestrafung der Verweigerung des Gehorsams des Commandos. (S. 205.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 5. Bestrafung wörtlicher u. Vergehen im Dienste. (S. 205.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 6. Unbedingte Befolgung des Commandos — Ausnahme. (S. 206.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 7. Bestrafung der Widersehllichkeit oder Vergehung bei Ankündigung des Arrestes. (S. 206.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 8. Bestrafung der Beleidigung der Officiere, Unterofficiere und Vorgesetzten von den Soldaten außer dem Dienste. (S. 206.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 9. Bestrafung des Aufruhrs gegen Officiere und Unterofficiere. (S. 206.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 10. Bestrafung lauter und öffentlicher Beschwerden vor versammelter Mannschaft — Desgl. Aufforderung zum Aufruhr. (S. 207.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 11. Anbringung der Beschwerden gegen Officiere und Unterofficiere in Dienst-sachen. (S. 207.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 12. Bestrafung, wenn der Soldat wegen vermeintlich erlittenen Unrechts seinen Officier oder Unterofficier zur Rede stellt. (S. 208.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 13. Bestrafung wegen unwahrer Anklage. (S. 208.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 14. Anbringung der Klage einer Compagnie u. gegen einen Officier oder Unterofficier. (S. 208.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 15. Verbot der Verabredung und Beschlüsse, wodurch das Ansehn eines Vorgesetzten oder einer Staatsbehörde beeinträchtigt, oder wodurch eine Privatperson gekränkt wird — Bestrafung. (S. 208.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 16. Bestrafung der Vergehungen gegen eine Schildwache, Patrouille oder Sauvegarde. (S. 209.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 17. Bestrafung der Nichtfolgeleistung einer Weisung der Schildwache, Patrouille oder Sauvegarde. (S. 209.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 18. Bestrafung der Insultirung einer Schildwache u. (S. 209.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 19. Bestrafung der Desertion in Kriegszeiten. (S. 209.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 20. Desgleichen der Desertion vom Posten im Angesicht des Feindes. (S. 209.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 21. Desgl. ohne diese erschwerenden Umstände. (S. 209.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 22. Desgl. in Friedenszeiten vom Posten. (S. 209.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 23. Bestrafung des Cavalleristen, welcher bei einer Desertion in Friedenszeiten sein Pferd mitnimmt. (S. 210.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 24. Bestrafung der Desertion in Friedenszeiten ohne die erschwerenden Umstände. (S. 210.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 25. Bestrafung wegen dritter Desertion. (S. 210.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 26. Bestrafung wegen Desertion aus der Festungs- = Arbeit. (S. 210.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 27. Bestrafung des Anführers eines Desertions- = Complots. (S. 210.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 28. Bestrafung der Desertion vor Publication dieser Kriegsartikel. (S. 210.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 29. Bestrafung des Zuredens und Rathens zur Desertion. (S. 211.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 30. Bestrafung der Soldaten, welche ein Gewerbe daraus machen, andere Soldaten zur Desertion oder zur Annahme auswärtiger Militair- = Dienste zu verführen. (S. 211.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 31. Bestrafung des Soldaten, welcher einem andern zur Desertion behilflich ist. (S. 211.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 32. Bestrafung der Unterlassung der Anzeige einer beabsichtigten Desertion. (S. 211.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 33. Bestrafung des Soldaten, der sich ohne Erlaubniß von seinem Garnison- oder Stations- = Orte, oder wohin er beurlaubt ist, entfernt oder über den Urlaub ausbleibt. (S. 211.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 34. Bestrafung, wenn der Soldat vor dem Feinde seine Schuldigkeit nicht thut — ausreißt u. (S. 211.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 35. Bestrafung der Verrätherei und des Einverständnisses mit dem Feinde. (S. 212.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 36. Bestrafung wegen Unterlassung der Anzeige eines Statt findenden Einverständnisses mit dem Feinde. (S. 212.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 37. Bestrafung wegen Verraths der Parole oder des Feldgeschreies. (S. 212.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 38. Bestrafung des falschen Alarms. (S. 212.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 39. Bestrafung des Schlafens, Berausens, Verlassung des Postens. (S. 213.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 40. Wer auf dem Posten Verbrechen und Unordnungen begeht, begünstigt, statt zu verhüten (S. 213.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 41. auf demselben einen Diebstahl begeht. (S. 213.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 42. Als Mitwisser begünstigt. Bestrafung des Diebstahls in andern Fällen nach allgemeinen Gesetzen von der gewöhnlichen Obrigkeit. (S. 213.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 43. Bestrafung dessen der Arrestanten absichtlich entweichen läßt (S. 214.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 44. oder aus Nachlässigkeit. (S. 214.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 45. Bestrafung, wenn der Soldat eine Person nicht arretirt, die er zu arretiren verbunden ist, oder sie eigenmächtig entläßt. (S. 214.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 46. Bestrafung wegen Verlassens der Wache oder Caserne ohne Urlaub. (S. 214.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 47. Bestrafung wegen Veräußerung der Waffen, Munition, Montirung u. (S. 214.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 48. Bestrafung des Soldaten, der dieselben kauft. (S. 214.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 49. Bestrafung wegen Verlierens oder Verderbens derselben. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 50. Bestrafung der Trunkenheit im Dienste. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 51. Außer dem Dienste. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 52. Bestrafung der Plünderung. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 53. Bestrafung eines Plünderungs-Complots. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 54. Bestrafung der Verlassung des Postens des Officiers und Unterofficiers vor dem Feinde. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 55. Bestrafung der eigenmächtigen Einquartirung. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 56. Bestrafung der üblen Behandlung des Wirths. (S. 215.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 57. Bestrafung der üblen Behandlung der Fuhrleute. (S. 216.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 58. Bestrafung der Beschädigung der Häuser, Gärten, Gehölze auf dem Marsche. (S. 216.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 59. Bestrafung unbefugter Requisition der Wagen, Pferde, Lebensmittel u. (S. 216.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 60. Bestrafung der Verstümmelung. (S. 216.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 61. Bestrafung der Verheirathung ohne Consens. (S. 216.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- (Vergl. Canton-Reglem. vom 30. Juli 1821 S. 109.)
- Art. 62. Die, ohne Consens des Bataillons-Chefs geschlossene Ehe, ist nichtig. (S. 216.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 63. Abzug vom Solde oder den Dienstemolumenten zur Bezahlung von unconsensirten Schulden wird nicht gestattet. (S. 216.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- (Vergl. Verordn. vom 29. Oct. 1821 S. 163 folg.)

- Art. 64. Bestrafung der Verfälschung falscher Urlaubs-Pässe, Marsch-Routen oder Bescheinigungen in milit. Angelegenheiten ohne Geldgewinn zu beabsichtigen. (S. 217.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 65. Bestrafung der Beleidigungen von Cameraden, Schlägereien, unnützer Händel. (S. 217.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 66. Bestrafung des Ziehens des Bajonetts oder Seitengewehrs beim Streite, ohne im Falle der Nothwehr zu sein. (S. 217.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 67. Bestrafung der Verwundung damit. (S. 217.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 68. Bestrafung der Bestehlung eines Cameraden. (S. 217.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 69. Bestrafung der Bestehlung der Montirungs-Kammer. (S. 218.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 70. Bestrafung des Soldaten, welche in dem Bezirke der Caserne, Wache, des Lagers, oder eines anderen Versammlungsorts Geld und Effecten findet und keine Anzeige davon macht. (S. 218.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 71. Bestrafung der Störung der öffentlichen Ruhe. (S. 218.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 72. Bestrafung des Spielens um Geld mit Cameraden in der Caserne oder auf der Wache — desjenigen, der Gewerbe aus dem Spiele macht. (S. 218.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 73. Bestrafung der militairischen Dienstvergehungen, welche den Ordres und Reglements oder dem Kriegsgebrauche zuwider und in diesen Kriegs=Artik. nicht aufgeführt sind. (S. 218.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 74. Schärfung der Strafe bei Wiederholung eines Vergehens. (S. 218.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 75. Veretzung in die Strafklasse wegen Wiederholung desselben Vergehens, welches mit Festungs=Arrest bestraft wird. (S. 219.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 76. Veretzung in die Strafklasse bei nicht erfolgter Besserung. (S. 219.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 77. Trunkenheit gereicht nicht zur Entschuldigung oder Milderung. (S. 219.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 78. Die Vergehen der Soldaten gegen die allgemeinen Landes=Gesetze, auf welche keine militairische Strafe gesetzt ist, werden im Lande von dem ordentlichen Civilgerichte bestraft. (S. 219.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
(Vergl. Verordn. vom 29. Oct. 1821 die Milit. Strafen betr.)
- Art. 79. Veretzung in die Strafklasse wegen eines schweren Verbrechens. (S. 219.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 80. Bestrafung der nicht militairischen Vergehungen im Felde. (S. 219.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 81. Mord und vorsätzlicher Todtschlag. (S. 219.) [No. 5.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 82. Todtschlag durch Unvorsichtigkeit. (S. 219.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 83. Raub. (S. 220.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 84. Diebstahl mit gewaffneter Hand, mit Einbruch oder Einsteigen. (S. 220.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 85. Diebstahl ohne Einbruch und Einsteigen, 15 Rthlr. und darüber an Werth. (S. 220.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 86. Diebstahl ohne Einbruch und Einsteigen unter 15 Rthlr. (S. 220.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 87. Dritter Diebstahl. (S. 220.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 88. Diebstahl u. eines Bedienten des Officiers oder Militair-Beamten. (S. 220.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 89. Nothzucht. (S. 221.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 90. Schreitung zur zweiten Ehe vor Auflösung der ersten. (S. 221.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 91. Ehebruch. (S. 221.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 92. Boshafte Brandstiftung und versuchte Brandstiftung. (S. 221.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 93. Verfälschung falscher Schuldschreibungen und Quittungen. (S. 221.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 94. Meineid bei einem gerichtl. Zeugnisse oder gerichtl. Eideszuschiebung. (S. 221.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 95. Unterwerfung der Soldaten unter diese Kriegs-Artikel vor der Einstellung in die Compagnie. (S. 222.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 96. Die Civilbedienten der Officiere und der Militair-Beamten sind im Felde diesen 1sten Abschnitt der Kriegs-Artikel unterworfen. (S. 222.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 97. Die Husaren-Escadron und Fußjäger-Compagnien bleiben, außer diesen Kriegs-Artikeln, den besondern Strafbestimmungen der Verordnung vom 5. Febr. 1816 unterworfen. (S. 222.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 98. Mit Unwissenheit dieser Kriegs-Artikel soll sich Niemand entschuldigen können. (S. 222.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 99. Uebergabe der Kriegs-Artikel bei der Einstellung — Vorlesung derselben. (S. 222.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 100. Bestrafung der Vergehungen, welche vor Publication diese Kriegs-Artikel begangen worden. (S. 223.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Zweiter Abschnitt.

Kriegs-Artikel für die Unterofficiers.

- Art. 101. Anwendung der Kriegs-Artikel 1sten Abschn. auf die Unterofficiers vom

- activen Corps und der Reserve unter folgenden Bestimmungen. (S. 223.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 102. Todes- oder Karrenstrafe in den Fällen, wo solche gegen die Gemeinen erkannt werden. (S. 223.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 103. Festungs- Arbeit, Versetzung in die Strafkasse mit Ausnahme Art. 76 und 50 oder Versetzung in die Strafkasse mit Festungs- Arbeit. (S. 224.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 104. Verhältnisse der Festungsstrafen bei Erkenntnissen auf Degradation. (S. 224.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 105. Bestimmungen der Strafen in den Fällen, wo gegen die Gemeinen auf Arrest zu erkennen ist. (S. 224.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 106. Bestrafung wegen Mißhandlung der Soldaten. (S. 224.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 107. Bestrafung wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder, Provision u. (S. 224.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 108. Bestrafung wegen Forderung und Annehmung von Geschenken. (S. 225.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 109. Bestrafung wegen falschen Rapports. (S. 225.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 110. Bestrafung wegen Nichtverhinderung der Vergehen der Soldaten. (S. 225.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 111. Bestrafung wegen Dienstvernachlässigung. (S. 226.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 112. Entlassung wegen Unfähigkeit. (S. 226.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 113. Bestrafung wegen achtungswidrigen Betragens. (S. 226.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 114. Degradation wegen Verurtheilung von einem Civilgerichte zu einer Zuchthaus- oder Zwangs- Arbeitsstrafe. (S. 226.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 115. Behandlung bei Bestrafung derjenigen Milit. Personen, welche wegen einer vormaligen Anstellung, die Abzeichen der Unterofficiers von einem gewissen Grade tragen, aber als Unterofficiers von geringerem Grade oder als Gemeine Dienste thun. (S. 226.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 116. Unterwerfung der milit. Beamteten von dem Range der Unterofficiers unter diesen Abschnitt. (S. 226.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Dritter Abschnitt.

Kriegs- Artikel für die Officiere.

- Art. 117. Anwendung der Artikel 1sten und 2ten Abschn. auf die Officiers unter folgenden Bestimmungen. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 118. Erkennung auf Todesstrafe. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 119. Cassation in den Fällen, wo gegen den Gemeinen oder Unterofficier auf Versetzung in die Strafkasse zu erkennen ist. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Verlust des Ehrenzeichens. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 120. Cassation und Festungs-Arrest in den Fällen, wo gegen den Gemeinen oder Unterofficier auf Versetzung in die Strafkasse und Festungs-Arbeit zu erkennen ist. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 121. Entlassung oder Abschied und Festungs-Arrest oder Entlassung ohne Abschied, oder Entlassung mit Abschied und Festungs-Arrest u. in den Fällen, wo gegen Gemeine oder Unterofficiers auf Festungs-Arbeit zu erkennen ist. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 122. Wachenarrest oder Hausarrest, Verweis in den Fällen, wo gegen die Gemeinen auf Arrest zu erkennen ist. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 123. Abzug am Tractamente wegen Schulden. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

(Vergl. Declarat. vom 9. Februar 1822.)

Art. 124. Bestrafung für Annahme von Geschenken, wegen Verschaffens des Abschieds. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 125. Bestrafung wegen reglementswidrigen Verfahrens u. wider einen Unterofficier oder Gemeinen. (S. 227.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 126. Bestrafung dessen, wer den Hausarrest bricht. (S. 229.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 127. Bestrafung des Vergehens Art. 109 in Ansehung der Rapporte. (S. 229.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 128. Entlassung wegen Unfähigkeit. (S. 229.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 129. Entlassung wegen Handelns gegen die Gesetze der Ehre. (S. 229.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 130. Bestrafung der Duelle. (S. 229.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 131. Ertheilung der Consense zur Heirath. (S. 231.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 132. Unterwerfung der Militär-Beamten von Officiers Range. (S. 231.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 133. Bestrafung des militairischen Medicinal-Beamten wegen wissentlich unrichtiger Ausstellung der Atteste. (S. 231.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Reglement über die, gegen Officiers, Unterofficiers und Gemeinen anzuwendenden Militär-Strafen.

Art. 1. Benennung der Militär-Strafen gegen Gemeine. (S. 232.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 2. Vollziehung der Todesstrafen. (S. 232.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 3. Ausstoßung des Soldaten, welcher zur Karrenstrafe verurtheilt ist — Verlust des Ehrenzeichens. (S. 232.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 4. Vollziehung der Festungs- Arbeit — Verlust des Ehrenzeichens. (S. 233.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 5. Gebrauch zur öffentlichen Arbeit. (S. 233.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 6. Fesselung und ausgezeichnete Kleidung. (S. 233.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 7. Die zur Festungs- Arbeit verurtheilten Soldaten, welche zugleich in die Strafkasse versetzt sind, bilden eine besondere Section. (S. 233.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 8. Die zur Festungs- Arbeit Verurtheilten bleiben Soldaten. (S. 233.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 9. Sie stehen unterm Befehle des Platz- Majors und in Ansehung der innern Disciplin des Gefängnisses unter dem Stockmeister. (S. 234.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 10. Bestrafung der Sträflinge während der Strafzeit. (S. 234.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 11. Ausziehen der Uniform derjenigen, welche zur Festungs- Arbeit verurtheilt sind. (S. 234.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 12. Strafe der Festungs- Arbeit ist nicht ehelos — Wiederanlegung der Uniform. (S. 234.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 13. Die Zeit der erlittenen Festungs- Arbeit kommt bei der Dauer der Militairpflichtigkeit nicht in Betracht. (S. 235.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 14. Strafe der Versetzung in die Strafkasse. (S. 235.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 15. Besondere Aufsicht über die Soldaten von der Strafkasse. (S. 235.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 16. Erkenntniß deshalb. (S. 235.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 17. Bestimmung weshalb es erfolgt. (S. 235.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 18. Welche wegen Diebstahls bestraft werden, werden in die Strafkasse gestellt. (S. 235.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 19. Folgen der Besserung — Zurückversetzung in die Strafkasse. (S. 235.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 20. Bei den Husaren- Escadrons und den Fußjäger- Compagnien, findet keine Straf- Section statt — werden entlassen und bei der Truppenabtheilung in die Strafkasse eingestellt. (S. 236.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 21. Grade der Strafe des Arrestes. (S. 237.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 22. Strenger Arrest — Arrest bei Wasser und Brod — Erkenntniß auf beide zusammen. (S. 237.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 23.

- Art. 23. Vollziehung der Arreststrafe. (S. 237.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 24. Kein Zutritt zu den Strafarrrestanten. (S. 237.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 25. Untersuchung durch einen milit. Arzt an einem jeden 4ten Tage. (S. 237.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 26. Bestrafung des ungebührlichen Betragens im Gefängnisse während des Strafarrrestes. (S. 238.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 27. Der Arrest während der Untersuchung kommt nicht in Anrechnung. (S. 238.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 28. Verwundlung des Arrestes auf dem Marsche. (S. 238.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 29. Benennung der Strafen gegen Unterofficiers. (S. 238.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 30. Degradation — Abnahme der Abzeichen und des silbernen Portepécs. (S. 139.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 31. Degradation auf bestimmte Zeit findet nicht Statt — Ist der neuen Beförderung nicht entgegen. (S. 139.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 32. Bei Entlassung wegen Mangels der Kenntnisse findet die im §. 30 vorgeschriebene öffentliche Vollziehung nicht Statt — Wiederanstellung. (S. 139.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 33. Gegen einem Feldwebel kann ohne Degradation nicht auf strengen Arrest, und gegen einen Feldwebel und Sergeanten auf Märschen nicht auf das Anschließen an einen Baum erkannt werden (§. 28.) (S. 240.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 34. Mit andern Strafen als den autorisirten, kann kein Unterofficier oder Gemeiner belegt werden — Ausnahme bei thätlicher Widerseßlichkeit. (S. 240.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 35. Beschlagnlegung auf das Vermögen der Deserteurs. (S. 240.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 36. Verwaltung des Vermögens — Vergütung der Effecten, welche verloren gegangen — Verfolgung der Ansprüche der Angehörigen. (S. 240.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 37. Aufhören der Beschlagnlegung. (S. 241.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 38. Keine Disposition des Deserteurs über das Vermögen. (S. 241.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 39. Benennung der Strafen gegen Officiers. (S. 241.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Instruction über die Beeidigung der Unterofficiers und Gemeinen. (S. 243.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

B. die Militair = Strafen und Proceffe betr. (S. 245.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823 Art. 36.)

Erste Abtheilung.

Von dem Verfahren bei der Bestrafung der Militair = Vergehen.

Erster Abschnitt.

Von dem Rechte der Commandeurs, Militair = Vergehen zu bestrafen.

Art. 1. Bestrafung durch den Commandeur, Standgericht oder durch ein Kriegsgericht. (S. 246.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 2. Bestrafung der kleinen Dienst = und Exercier = Fehler mit Disciplin = Strafen durch den Compagnie = Chef — Benennung der Strafen. (S. 246.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 3. Bestrafung der Unterofficiers und Soldaten durch den Compagnie = Chef durch Arreste. (S. 246.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 4. Vorläufige Arretirung eines untergebenen Unterofficiers oder Soldaten durch einen Subaltern = Officer und Unterofficier wegen Vergehens gegen sie — Meldung deshalb. (S. 247.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 5. Erkennung des Arrestes der Bataillons = Chefs, Commandeurs der Artillerie, der Cavallerie und der Veteranen; der Garnison = Commandanten, des Directors des Zeughauses und des Montirungs = Magazins, so wie der Commandeurs der größern Truppenabtheilungen, gegen Unterofficiers und Soldaten. (S. 247.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 6. Erkennung des Arrestes der Bataillons = Chefs und der übrigen im §. 5 bestimmten Commandeurs; der Brigade = Chefs und der Commandeur des activen Corps, Commandeurs der Reserve und des Commandanten der Stadt Braunschweig gegen Officiers. (S. 247.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Anführung des Arrestes in der Conduiten = Liste. (S. 247.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 7. Vorläufiger Hausarrest des jüngern Officiers von dem ältern — Meldung deshalb. (S. 247.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 8. Oeffentliche Verweise des untergebenen Officiers von dem commandirenden — Von dem Commandeur des activen Corps, der Reserve und Commandanten der Stadt Braunschweig im Tagesbefehle in Fällen Art. 101 — Unterrichtende Zur richtweisungen. (S. 248.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 9. Bestrafung der Militair = Vergehen im Garnisondienste in den Fällen der Art. 4, 5, 6 und 8 von dem Garnison = Commandanten. (S. 248.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 10. Erkennung auf Schaden = Ersatz und Kosten von den Commandeurs, vorher hältlich der unerledigten Civil = Ansprüche. (S. 248.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 11. Schriftliche Untersuchung von dem Commandeur. (S. 248.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 12. Schwerere Strafe als Art. 2, 3, 5, 6 und 8 enthalten, erkennt nur Stand- und Kriegs-Gericht — Nicht die, welche der Commandeur selbst abmachen kann. (S. 247.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 13. Kein Officier, Unterofficier oder Soldat, gegen welche der Commandeur in Gemäßheit der Art. 2, 3, 5, 6 und 8 eine Bestrafung erkennt, kann verlangen vor ein Stand- oder Kriegs-Gericht gestellt zu werden. (S. 249.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 14. Führung des Straf-Registers — Inhalt. (S. 249.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 15. Monatliche Liste über die vollzogenen Strafen. (S. 249.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Zweiter Abschnitt.

Von den Kriegs-Gerichten.

- Art. 16. Bestimmung der Strafen, worauf nur ein Kriegs-Gericht erkennen kann. (S. 250.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 17. Wer das Kriegs-Gericht anordnen kann. (S. 250.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 18. Fälle, in welchen den Commandanten die Anordnung zusteht. (S. 250.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 19. Meldung an den Chef — Bericht — Veranstaltung der Sicherheitsmaßregeln. (S. 251.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 20. Abführung der Arrestanten von der Reserve nicht ohne Special-Befehl des Commandeurs. (S. 251.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 21. Der im Art. 17 bestimmte Commandeur ertheilt dem Auditeur den Befehl, das Vergehen gerichtlich zu untersuchen. (S. 251.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Mittheilungen der Meldungen u. an den Auditeur. (S. 250.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 22. Einleitung der Untersuchung bei Desertions-Fällen. (S. 252.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 23. Erlassung der Steckbriefe. (S. 252.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 24. Verhöre durch den Auditeur. (S. 252.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 25. Untersuchungs-Prozeß. (S. 252.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 26. Untersuchung wegen eines andern Vergehens, außer dem, wesswegen die Untersuchung angeordnet ist. (S. 252.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 27. Beisitzer (S. 252.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 28. ist Mitglied des künftigen Kriegs-Gerichts und dazu zu commandiren (S. 253.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 29. bleibt bis zum Schlusse der Untersuchung. (S. 253.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 30. Mittheilung seiner Bemerkung. (S. 253.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 31. Unterschrift des Verhörprotokolls von demselben. (S. 253.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 32. Die Verhöre sind nicht öffentlich. (S. 253.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 33. Eistellung und Requisition der Zeugen. (S. 253.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 34. Vernehmung der entfernten Civil-Zeugen — Des Angeschuldigten. (S. 253.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 35. Requisition des Auditeurs — Verhalten des Hospital-Inspectors. (S. 254.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 36. Zeugenverhör — Vorlesung der Zeugen-Aussagen dem Angeschuldigten. (S. 254.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 37. Eidliche Vernehmung der Zeugen (S. 254.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 38. in Gegenwart des Angeschuldigten. (S. 255.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 39. Vorstellung wegen Heiligkeit des Eides. (S. 255.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 40. Beeidigungs-Formel. (S. 255.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 41. Confrontation. (S. 255.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 42. Bestrafung des ungebührlichen Betragens der Zeugen u. vor Gericht. (S. 256.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 43. Ein Reinigungs-Eid findet nicht Statt. (S. 256.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 44. Erforschung des frühern Betragens des Angeschuldigten. (S. 256.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 45. Vertheidigung des Angeschuldigten. (S. 256.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 46. Wahl des Vertheidigers vom Militärstande. (S. 256.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 47. Ablehnung der Vertheidigung. (S. 256.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 48. Bestellung des Vertheidigers ohne Begehr. (S. 257.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 49. Einsicht der Acten. (S. 257.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 50. Vorschießung der Untersuchungskosten. (S. 257.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 51. Uebergabe der Acten und Entwurf der Anklage an den Commandeur. (S. 257.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 52. Inhalt der Anklage. (S. 257.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 53. Anordnung der Kriegs-Gerichte über Officiers — Einsendung der Acten. (S. 257.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 54. Anwendung der Kriegs-Gerichte über Unterofficiers und Soldaten ohne höhere Autorisation. (S. 258.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 55. Fernerer Befehl des Commandeurs, wegen Abhaltung der Kriegs-Gerichte — Uebergabe der Anklage — Abschriften derselben. (S. 258.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 56. Weisiger des Kriegs=Gerichts. (S. 258.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 57. Commandiren der Officiers und Unterofficiers zum Kriegs=Gerichte. (S. 259.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 58. Auswahl passender Subjecte durch den Compagnie=Chef zu den Kriegs=Gerichten — Listen dieser Leute — Einsetzung — Ausnahmen. (S. 259.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 59. Requisition der fehlenden durch den Commandeur der Reserve. (S. 259.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 60. Bestimmung darüber, wer zum Kriegs=Gerichte commandirt werden kann. (S. 260.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 61. Nicht der Bataillons=Chef des Angeklagten. (S. 260.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 62. Nicht, wer eine Anzeige oder ein Zeugniß gegen den Angeklagten gemacht, ein Attest über das frühere Betragen gegeben und zu den in den Artikeln 60 und 61 genannten Personen gehört. (S. 260.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 63. Mittheilung der Liste der zum Kriegs=Gerichte Commandirten an den Auditeur. (S. 260.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 64. Vortrag an das Kriegs=Gericht — Abnehmung der Fesseln des Angeklagten. (S. 260.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 65. Eröffnung des Kriegs=Gerichts. (S. 261.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 66. Keine Instruction als die Anklage. (S. 261.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 67. Einwendungen gegen die Mitglieder — Verwerfung derselben — Entscheidung darüber — Ernennung eines andern für das Verworfene — der verworfene Weisiger kann aber Erläuterungen geben. (S. 261.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 68. Eid der Mitglieder des Kriegs=Gerichts. (S. 262.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 69. Vorlesung der Acten — Bemerkungen des Angeschuldigten oder dessen Vertheidiger — Schriftliche Darstellung des Vergehens — Schriftliche Vertheidigung. (S. 262.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 70. Befragung des Angeklagten, ob er ein Weiteres zu seiner Vertheidigung anzuführen habe — Protokoll darüber. (S. 262.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 71. Befragung der Mitglieder des Gerichts wegen fernerer Untersuchung oder Aufklärung der Sache — Sofortige Fortsetzung der Untersuchung — Wiederholung der Zeugenaussage — Mehrheit der Stimmen wegen fernerer Untersuchung. (S. 263.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 72. Vorlesung der betreffenden Kriegs=Artikel in Abwesenheit des Angeklagten und Vertheidigers — Berathschlagung. (S. 263.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 73. Berathung ohne Weisigen des Präsidenten. (S. 263.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 74. Abstimmung darüber: ob erwiesen sei oder nicht? (S. 264.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 75. Beantwortung. (S. 264.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 76. Abstimmung über Schuldig oder nicht? (S. 264.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 77. Urtheil über die Thatfachen. (S. 264.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 78. Entscheidungsgründe, wenn sie nicht erwiesen sind und der Angeklagte für nicht schuldig erkannt worden. (S. 264.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 79. Abstimmung über die Strafe. (S. 264.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 80. Das Stimmengeben classenweise, dergestalt daß die übrigen Einzelnen oder Classen die Stimmen eher nicht erfahren, bis die Abstimmung vollständig beendet ist. (S. 265.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 81. Daß Abstimmen den Kriegs-Gesetzen oder dem Gerichtsgebrauche zuwider, wird vom Auditeur bemerlich gemacht. (S. 265.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 82. Nichtabänderung der gegebenen Stimme — Die Minorität legt beim fernern Abstimmen die Entscheidung der Mehrheit zum Grunde. (S. 265.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 83. Die Mehrheit der Stimmen entscheidet bei Verschiedenheit der Meinungen — Vorlesen derselben. (S. 265.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 84. Zählung der Stimmen bei Verschiedenheit der Meinungen über die Art der Strafe, über Dauer oder Maß — Ueber letztere nochmaliges Stimmen. (S. 265.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 85. Stimmenzählung, wenn über die Art der Strafe, oder, den Fall Art. 84 ausgenommen, über das Maß und die Dauer einer gewissen Art der Strafe, mehr als zwei Meinungen vorkommen und keine derselben mehr Stimmen für sich hat, als die sämtlichen übrigen Meinungen zusammen — Abstimmung wegen Zweifels über die strengste und weniger strenge Strafe. (S. 266.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 86. Erkenntniß über Untersuchungskosten und Schaden-Ersatz. (S. 266.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 87. Inhalt des Urtheils. (S. 266.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 88. Ausfertigung des Urtheils. (S. 267.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 89. Führung des Protokolls und Unterschriften. (S. 267.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 90. Pflichten des Auditeurs im Kriegs-Gerichte. (S. 267.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 91. Einsendung der Acten an den Commandeur — Abfassung des Berichts. (S. 267.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 92. Bemerkungen und Anträge des Kriegs-Gerichts im Berichte — Protokoll deshalb. (S. 267.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 93. Bemerkungen des Auditeurs. (S. 268.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 94. Landesherrliche Bestätigung — Einsendung der Acten — Beifügung der Rescripte an den Commandeur über Abhaltung und Bestätigung der Kriegs-Gerichte. (S. 268.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 95. Gründe der Verwerfung eines kriegsgerichtlichen Urtheils. (S. 268.) [No. 15.] (15. Oct. 1821.)
- Art. 96. Verfahren, wenn das Urtheil eines Kriegs-Gerichts verworfen ist. (S. 269.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 97. Wiederverversammlung des bisherigen Kriegs-Gerichts. (S. 269.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 98. Publication des Urtheils nach der Bestätigung. (S. 269.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 99. Zusendung des Urtheils mit dem Publications-Protokolle durch den Auditeur an den Commandeur. (S. 269.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 100. Revision des Urtheils durch das Landesgericht, bei Verurtheilungen zum Tode und lebenslänglicher oder 10jähriger Festungs-Arbeit. (S. 269.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 101. Einrückung der Urtheile über Unterofficiere und Gemeine in den Tagesbefehl und Bekanntmachung. (S. 269.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Bekanntmachung der Urtheile über Officiers. (S. 269.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 102. Aufbewahrung der Acten. (S. 270.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 103. Aufwartung eines Unterofficiers bei den Verhören. (S. 270.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Dritter Abschnitt.

Von den Standgerichten.

- Art. 104. Competenz der Standgerichte. (S. 270.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 105. Wer Standgericht halten lassen kann. (S. 270.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 106. Meldung von den Militair-Vergehen an den Commandeur — Weitere Meldung — Verfahren. (S. 271.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 107. Incompetenz-Erklärung — Verlangen des Angeklagten, vor ein Kriegs-Gericht gestellt zu werden. (S. 271.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 108. Verfahren wie bei den Kriegs-Gerichten mit folgenden Modificationen. (S. 271.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 109. Abhaltung in Braunschweig durch den Auditeur — Requisition desselben — Weiteres Verfahren. (S. 272.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 110. Abhaltung in Wolfenbüttel und andern Orten durch einen Beauftragten. (S. 273.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 111. Zum Beisitzer wird ein Subalternen-Officier commandirt. (S. 273.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 112. Beifitzer zum Stand-Rechte über Unterofficiers — Ueber Gemeine — Reserve-Standgericht. (S. 273.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 113. Vorlegung der Verhörs-Protokolle. (S. 273.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 114. Recht der Commandeurs der Bestätigung und Verwerfung der standgerichtlichen Urtheile. (S. 273.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 115. Mittheilung der standgerichtlichen Urtheile an den Auditeur im Fall Art. 110. (S. 273.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 116. Einsendung der standgerichtlichen Urtheile an den Auditeur zur Aufbewahrung — Bekanntmachung der Urtheile. (S. 274.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 117. Abhaltung der Verhöre bei Anträgen auf Entlassung von Husaren und Fußjägern ohne Abschied. (S. 274.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Vierter Abschnitt.

Von dem Arreste während der kriegsgerichtlichen und standgerichtlichen Untersuchungen.

- Art. 118. Verfügung des Arrestes nicht ohne genügende Verdachtsgründe und Beweise. (S. 274.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 119. Bestimmung, ob während der Untersuchung Arrest gegen Officiers bei den kriegsgerichtlichen Untersuchungen nöthig ist. (S. 274.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 120. Arrest gegen Officiers, in der Regel Hausarrest. (S. 275.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 121. Der Officier bekommt, wenn er zum Verhör geführt wird, auf der Strafe seinen Degen wieder; auch wenn er zur Strafe in Arrest geschickt wird. (S. 275.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 122. Fälle, wenn Unterofficiers ins Stockhaus in Arrest gesetzt werden. (S. 275.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 123. Arrest bei gemeinem Vergehen der Unterofficiers — Wegen Vergehungen zur Degradation — Vorführung aus dem Casernenarreste. (S. 275.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 124. Arrest der Soldaten während der Untersuchung beim Kriegs-Gerichte. (S. 276.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 125. Arrest der Soldaten von der Strafkasse. (S. 276.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 126. Arrest derselben, welche nicht zur Strafkasse gehören, wegen Vergehen, welche zum Kriegs-Gerichte nicht geeignet sind. (S. 276.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 127. Gründe des Arrestes in Fällen, wo der Arrest während der Untersuchung dem Ermessen des Commandeurs überlassen ist. (S. 276.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Arrest gegen Unterofficiers und Soldaten von der Reserve wegen des zweiten Grundes. (S. 276.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 128.

Militairwesen.

297

Art. 128. Die Bestimmungen Art. 121, 122, 123, 124 und 125 sind in Braunschweig und Wolfenbüttel bei der Reserve zu beobachten. (S. 277.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 129. Trennung mehrerer Mitschuldigen. (S. 277.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 130. Arrest-Local für Unterofficiers und Gemeine — Ausnahmen im Fall Art. 129. (S. 277.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 131. Trennung von den Strafverurtheilten — Keine Schärfung während des Untersuchungs-Arrestes, außer wegen Excesses. (S. 277.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 132. Beziehung des Soldes während der Verhaftung — Verlust des Soldes. (S. 277.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 133. Diese Bestimmungen haben keinen Bezug auf die vorläufige Arretirung. (S. 278.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Zweite Abtheilung.

Von dem Verfahren bei der Bestrafung der nicht militairischen Vergehen der Militair-Personen.

Art. 134. Die nicht militairischen Vergehen werden von den ordentlichen Civil-Beörden, nach Vorschrift der allgemeinen Landes-Gesetze untersucht und bestraft. (S. 278.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 135. Arretirung der Militair-Personen bei nicht militairischen Vergehen auf Requisition durch den Chef, Eilfälle ausgenommen. (S. 279.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 136. Arretirung der Beurlaubten, Reserve-Soldaten auf Wartegeld Stehenden u. nicht im Art. 135 benannt, durch die Civil-Beörde — Benachrichtigung des Chefs. (S. 279.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 137. Folgeleistung der Requisition — Arretirung aus den im Art. 127 bestimmten Gründen. (S. 279.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 138. Uebergabe der Arretirten an Civilgericht. (S. 279.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Requisition der nicht Arretirten Art. 135 genannten — directe Vorladung der Art. 136 genannten Militair-Personen — Benachrichtigung deshalb. (S. 279.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 139. Benachrichtigung der Civil-Beörden vom Bataillonschef von den nicht militairischen Verbrechen. (S. 280.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 140. Mittheilung der Abschrift der Erkenntnisse an den Bataillonschef. (S. 280.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 141. Ausstoßung der zur Karrenstrafe Verurtheilten aus dem Militair. (S. 280.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 142. Desgleichen zur zweijährigen oder längeren Zuchthaus- und Zwangs-Arbeit-Strafe. (S. 280.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

- Art. 143. Vollziehung der übrigen von einem Civilgerichte erkannten Strafen. (S. 281.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 144. Vollziehung der gegen einen Officier erkannten Gefängnißstrafe. (S. 281.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 145. Ausstellung an den Straßpfahl ist nicht zu erkennen. (S. 281.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 146. Erkenntniß auf Geldstrafen — gegen Unterofficiere und Gemeine aber nicht durch Abzüge vom Tractament zu vollstrecken — In Ermangelung eigenen Vermögens, Gefängniß. (S. 281.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 147. Kosten der Civiluntersuchungen. (S. 281.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 148. Ein Unterofficier oder Soldat, welcher wegen Raubes u. nicht nach Vorschrift Art. 141 und 142 ausgestoßen ist, wird durch ein Kriegs-Gericht in die Straffklasse versetzt — Außerdem wird die Strafe vollzogen. (S. 281.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 149. Degradation des Unterofficiers, welcher wegen eines, im Art. 148 nicht genannt, nicht milit. Vergehens zu einer Zuchthausstrafe u. verurtheilt ist. Außerdem wird die Strafe vollzogen. (S. 282.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 150. Degradation des Unterofficiers, welcher wegen eines im Art. 148 nicht genannten nicht militairischen Vergehens, zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt ist — Außerdem zugleich Vollziehung. (S. 282.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 151. Cassation oder Entlassung eines Officiers ohne Abschied, oder mit Abschied, im Fall er durch ein Erkenntniß eines Civilgerichts eines Vergehens schuldig erkannt worden, welches mit der Ehre des Standes unvereinbar ist — Außerdem Vollziehung — Erkenntniß wegen des Tragens der Ehrenzeichen. (S. 282.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 152. Nichtanwendung mehrerer Artikel bei den Kriegs- und Standgerichten auf Grundlage eines Civilerkenntnisses — Erlaß des Commandeurs statt der Anklage. (S. 283.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 153. Erkenntniß, wenn sich eine Militair-Person zugleich eines militairischen und eines bürgerlichen Vergehens schuldig gemacht hat — Vollstreckung — Untersuchung, so viel als thunlich, gleichzeitig — Civilerkenntniß wird zuerst abgegeben — Vorlegung desselben dem Kriegs- oder Stand-Gerichte — Erkenntniß desselben über Strafe des Militair-Vergehens u. Ferneres Verfahren und fernere Urtheile. (S. 283.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 154. Vernehmung einer Militair-Person bei einer Criminal-Untersuchung als Zeuge vom Civilgerichte des Stations-Ortes — Requisition. (S. 284.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)
- Art. 155. Section der Leichen der Militair-Personen durch die Civil-Behörde. (S. 285.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 156. Bestrafung der nicht milit. Vergehen im Felde. (S. 285.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Dritte Abtheilung.

Von dem Verfahren in bürgerlichen Klagesachen der Militair- Personen.

Art. 157. Belangung der Militair-Personen in den bürgerlichen Klage-Sachen vor den ordentlichen Civilgerichten, mit Ausnahme der besondern Bestimmungen. (S. 285.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

(Vergl. Cant. Reglem. Kap. 12 und Verordn. vom 17. April 1815.)

Art. 158. Injurien-Klagen. (S. 285.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 159. Consens zur Abschließung der Ehe. (S. 286.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 160. Klagen wegen creditirter Gegenstände. (S. 286.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 161. Klagen aus Darlehen. (S. 286.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 162. Insinuationen der Urtheile und Bescheide — Nachricht an den Chef — Requisitionen der Civilgerichte außerhalb des Stationsorts der betreffenden Militair-Personen, so wie wegen Abhörung der Militair-Personen als Zeugen in Civil-Processen. (S. 287.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 163. Vollstreckung der Erkenntnisse wegen Schaden-Ersatzes gegen Unterofficiere und Gemeine. (S. 287.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 164. Abzug vom Gehalte, Wartegelde oder Pension der Officiere wegen Forderungen nicht über $\frac{2}{3}$ (S. 287.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 165. und finden solche nur auf Requisition eines Civil-Gerichts an den General-Zahlmeister oder freiwillige Anweisung Statt. (S. 288.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 166. Ein Mehreres kann auch freiwillig nicht angewiesen werden. (S. 288.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 167. Befriedigung mehrerer Gläubiger. (S. 288.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 168. Personal-Arrest hat nicht Statt. (S. 288.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 169. Anzeige der Klagen dienstthuender Unterofficiere gegen Militair-Personen oder Civil-Personen — Dringende Fälle ausgenommen. (S. 288.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 170. Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit — Ablieferung der militairischen Dienstpapiere. (S. 288.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 171. Vollziehung der Rechtsgeschäfte, während die Truppen im Felde stehen — Uebergabe der Testamente nach dem Rückmarsche an die competente Civil-Verhörde. (S. 289.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 172. Bestellung eines Curators für die Unterofficiere und Soldaten im Felde auf Antrag — Uebergabe einer Uebersicht des Vermögens — Eistirung des gerichtlichen Verfahrens hat nicht Statt. (S. 289.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

Art. 173. Inventarisation und Versteigerung des Nachlasses der im Felde verstorbenen Militair=Personen. (S. 290.) [No. 15.] (29. Oct. 1821.)

B. die Declaration des Art. 164 der B. vom 29. Oct. 1821 wegen der Militair=Strafen und Proëesse betr. (S. 5.) [No. 2.] (9. Febr. 1822.)

Daß, obgleich der Art. 123 der Kriegs=Artikel in dem Art. 123 der B. vom 29. Oct. 1821, die milit. Strafen betr. nicht wiederholt, dennoch als bestehend zu betrachten sei. (S. 5.) [No. 2.] (9. Febr. 1822.)

B. der den Deserteurs verwilligte General=Parдон betr. (auf 6 Monate.) (S. 9.) [No. 4.] (25. Jan. 1824.)

Bekanntmachung das der bisherigen f. M. Administ. Com. beigelegte Prädicat des f. Kriegs=Collegii betr. (S. 69.) [No. 14.] (1. Juni 1826.)

Bekanntmachung die Benennung der bisherigen Husaren und Fuß-Jäger als Landdragoner und Landwehr-Jäger betr. (S. 70.) [No. 14.] (1. Juni 1826.)

Bekanntmachung die Veränderung der Benennung der Landdragoner in Landwehrdragoner betr. (S. 123.) [No. 26.] (8. Dec. 1826.)

B. die Bestrafung der, gegen das in Ausübung seines Dienstes begriffene Polizei=Militair begangenen wörtlichen und thätlichen Beleidigungen betr. (S. 96.) [No. 23.] (19. Nov. 1827.)

S. 1. Bestrafung wegen Schimpfreden, Handanlegen u. des im Dienste stehenden Polizei=Militairs. (S. 97.) [No. 23.] (19. Nov. 1827.)

S. 2. Erhöhung der Strafe wegen erschwerenden Umstände. (S. 97.) [No. 23.] (19. Nov. 1827.)

S. 3. Geringere Strafen wegen keiner wirklichen Injurien und nur dann Anwendung der Strafbestimmungen, wenn das Polizei=Militair keine Veranlassung gegeben hat. (S. 98.) [No. 23.] (19. Nov. 1827.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. L. G. v. 1. December 1814.

Demnach Serenissimus auf die Anfrage in Beziehung auf das Circular=Resc. vom 25. Oct. 1814, zufolge dessen in allen den Fällen, wenn nach Maafgabe der Kriegs=Artikel Militairpersonen wegen Vergehungen und Verbrechen bei den Civilgerichten zur Untersuchung und Strafe gezogen sind, der Commandeur der Truppen nach der Publication des Erkenntnisses davon benachrichtigt werden soll, fernerweit durch ein höchstes Rescript vom 14. Nov. 1814 zu bestimmen geruht haben, daß sothane Benachrichtigung nur von den in Rechtskraft getretenen Erkenntnissen zu verstehen sei, so wird auf den Grund desselben solches den sämtlichen f. St. und Kr. Ger. hierdurch bekannt gemacht.

Resc. f. R. G. v. 25. December 1814.

Es wird hierdurch nachrichtlich unverhalten, daß Serenissimus dem Obrist Ob-

fermann aufgegeben haben, die Verfügung zu erlassen, daß das regulaire Militair den an dasselbe von den f. Kr. Ger. behuf Ausübung der Geseze und einzulegenden etwaigen Executionen, so wie auch in Bezug auf die etwa vorkommenden Accise-Defraudationen zu erlassenden Aufforderungen ohne weitere Anfrage Folge zu leisten habe, wannerhero die f. Kr. Ger. sich also in solchen Fällen jedesmal an den Commandeur des nächsten Militairs zu wenden haben.

Resc. f. S. R. E. v. 30. December 1814.

Es wird die, der Uhlanen-Escadron wegen Handhabung der Sicherheits-Polizei ertheilte Instruction vom 11. Decbr. 1814 zugefertigt und, wie es Seren. Wille ist, daß die aufgegriffenen Vagabunden nach ihre körperliche Beschaffenheit und nach dem mehr oder weniger beschwerenden Umständen mit körperlicher, im Wiederbetretungs-Falle zu verdoppelnden, Züchtigung und, wenn diese gar nicht anwendbar sein sollte, mit anderer empfindlicher Leibes-Strafe belegt, auch die fremden, in Gemäßheit der Verordnung vom 29. Decbr. 1814 über die Landesgrenze zu transportirenden Landstreicher, ebenfalls erst nach vorgängiger Infigirung jener Strafe, in ihre Heimath befördert werden sollen, so haben sich die Gerichte hiernach zu achten.

Resc. f. R. E. v. 30. Januar 1815.

Es wird hiermit zur Nachricht unverhalten: daß von dem Militair die gewöhnlichen Ordres zu Einberufung der Beurlaubten durch die Post, entweder den Beurlaubten selbst oder den Ortsvorstehern zur Ausständigung an dieselben directe und nicht weiter wie bisher geschehen, durch die Kr. Ger. zugesandt, dagegen aber, in besonderen eiligen Fällen, Unterofficiere in die Kreise geschickt werden sollen, um sodann mit Assistenz der f. Kr. Ger. und der Ortsvorsteher die Insinuationen an die Beurlaubten zu besorgen.

Resc. f. R. E. v. 17. October 1815.

Damit der Sinn der Verfügung vom 14. Aug. 1815 desto sicherer gefaßt und überall in Vorspann-Angelegenheiten möglichst gleichmäßig verfahren werde, so sind sämtliche Vorspann-Commissarien noch besonders instruiert. (Von der Instruction und den Formularen zu Registern, Scheinen, Nachweisungen sind Exemplare beigelegt.)

Instruction v. 1. Februar 1816

für die, als Platz-Commandanten angestellten Officiere.

Resc. f. Milit. Kammer-Deputation v. 20. Februar 1816.

Da mittelst höchsten Resc. vom 19. Febr. 1816 bestimmt worden, daß in die Stelle des schon früher aufgelösten f. Kriegs-Collegii eine anderweite Behörde unter dem Namen einer f. M. Administ. Com. treten, dagegen die bisherige Militair-Kammer-Deputation aufgehoben werden soll; so wird solches hiemit unverhalten. Die f. Kr. Ger. haben nach Empfang dieses ihre Berichte über Gegenstände, welche zum Ressort der Militair-Kammer-Deputation gehören, an die benannte neue Behörde zu adressiren und sich in Militairsachen an dieselbe zu wenden.

Resc. f. M. U. Com. v. 2. Mai 1816.

Es können besondere Fälle eintreten, wo Civil-Behörden in die Nothwendigkeit gesetzt sind, Mannschaften von der Reserve zu requiriren. Es bleiben daher im außerordentlichen und sehr eiligen Fällen da, wo keine Husaren stationirt, oder selbige in Dienstangelegenheiten abwesend sind, oder wo eine stärkere militairische Assistenz nothwendig wird, die Dienstleistungen der Reservemänner, auf Requisition der Civil-Behörden, gestattet und werden auch Soldvergütungen dafür eintreten. Damit jedoch letztere gehörig nachgewiesen werden, so muß in solchen Fällen von der requirirenden Behörde eine Bescheinigung, woraus der Grund der Requisition, die Zahl der dadurch in Dienst gesetzten Leute nach ihren Militair-Graden und die Zeit-Periode, während welcher solches Statt gehabt, zu ersehen, ausgestellt und der Commandantur des Reserve-Bataillons, wozu die requirirten Leute gehören, zeitig genug behändigt werden, um sie den monatlichen Zahl-Rollen beifügen zu können.

Resc. f. M. U. Com. v. 5. Mai 1816.

Durch eine höchste Entscheidung vom 25. April 1816 ist bei Krankheitsfällen der, auf dem Lande befindlichen Soldaten festgesetzt: daß

1) den Beurlaubten des activen Corps keine freie Cur und Medicin in ihrem Aufenthaltsorte gewährt, sie aber, wenn sie es wünschen, in die Hospitäler zur unentgeltlichen Behandlung aufgenommen werden können;

2) den nicht mehr zum jetzigen Bestande des activen Corps gehörenden, jedoch noch zur Zeit nicht verabschiedeten Leute bis dahin, daß sie ihren Abschied in Händen haben, entweder freie Cur und Medicin, oder auf ihren Wunsch, die freie Aufnahme ins Hospital zu gestatten sei; diese nämlichen Vergünstigungen ebenfalls, sowohl

3) denjenigen Leuten, welche kränklich aus dem Felde gekommen, und nachdem sie verabschiedet worden, noch nicht völlig wieder hergestellt sind bis zu ihrer gänzlichen Genesung angedeihen, als auch

4) den Unterofficieren der Reserve, welche wirklichen Sold erhalten, zu Theil werden, dahingegen auf die übrigen Unterofficiere und Gemeine der Reserve, wenn sie nicht im Dienste erkrankten, und in ihren Gemeinen sich aufhalten, keine Anwendung haben soll.

Es ist hiernach bei vorkommenden Fällen zu verfahren und sind in den sub No. 2 und 3 angegebenen Fällen der freien Cur und Medicin, namentliche Kostenverzeichnisse, die Medicin-Rechnung vom Arzte gehörig bescheinigt, sammt den Belägen zur Zahlungsverfügung mit Bericht einzusenden.

Resc. f. M. U. Com. v. 12. Mai 1816.

Es ist den gegenwärtigen Verhältnissen und der jetzigen Organisation des Truppcorps angemessen gefunden, dasjenige, was in der Verordnung vom 17. April 1815 §. 2 wegen Untersuchung und Bestrafung der von Militair-Personen begangenen bürgerlichen Vergehungen durch die militairischen Behörden ausnahmsweise disponirt worden, nur auf die im wirklichen Dienste stehenden Militair-Personen zu beschränken und wird

dem gemäß ausdrücklich bestimmt, daß alle Beurlaubte und zur Reserve gehörige Militair = Personen hinfüro gleich den übrigen Einwohnern des Landes, sowohl in Criminal- als Civil = Sachen der Jurisdiction der ordentlichen Gerichte unterworfen sein sollen. Jedoch bleibt die Entscheidung über bloß militairische Vergehungen auch in der Folge allein den Militair = Behörden vorbehalten und haben die Gerichte auch in den Fällen, wo Verbrechen und Vergehungen, deren sich Militair = Personen schuldig gemacht haben, zur Untersuchung kommen, sowohl davon, wie von den erkannten Strafen sofort dem betreffenden Bataillons = Commandeur Anzeige zu machen; wogegen es sich übrigens von selbst versteht, daß in diesen Fällen die Verwandlung der erkannten Civil = Strafen in eine Militair = Strafe nicht Statt findet.

Bekanntmachung f. M. A. Com. v. 29. Juni 1816.

Da zeither bei der unterzeichneten Commission eine bedeutende Anzahl Gesuche um Entlassung aus dem Militair = Dienste unmittelbar eingegangen sind, denen es theils an gesetzlichen Gründen, theils an Beweismitteln der angegebenen Umstände ermangelt, dieses Verfahren jedoch der höchsten Verordn. vom 18. März 1814 die Suppliken und Memoriale betr., gänzlich zuwider ist; so wird nach Anleitung selbiger Verordnung Nachstehendes bekannt gemacht:

1) jeder Militair, welcher den Abschied von dem activen Corps wegen persönlicher oder Familien = Verhältnisse zu erhalten wünscht, hat sich zuvörderst an den betreffenden Oberhauptmann oder an das Kr. Ger. zu wenden, um ein genügendes Attest zu erhalten, daß die angegebenen Verhältnisse gegründet sind, sodann aber

2) dieses Attest an den Commandeur des Bataillons mit seinem Gesuche einzureichen, welcher dasselbe an den Commandeur des activen Corps befördert, damit es von diesem der unterzeichneten Commission zur Entscheidung vorgelegt werde.

3) Die Militairs von der Reserve haben dasselbe Verfahren wie ad 1 und 2 vorgeschrieben worden, zu beobachten; jedoch bleibt es denen, welche von ihren Bataillons = Commandeurs zu weit entfernt sind, unbenommen, ihre mit glaubhaften Attesten der Civil = Behörde begleiteten Gesuche dem Commandeur der Compagnie einzusenden, welcher sie sodann durch den Bataillons = Commandeur an den Commandeur der Reserve befördert.

4) Diejenigen, welche wegen körperlicher Gebrechen zum fernern Militair = Dienste unfähig zu sein vermeinen, haben sich mit ihren Gesuchen an die betreffenden Bataillons = und Compagnie = Commandeurs zu wenden, welche sodann die weitere Untersuchung veranlassen werden, ohne daß es dieserhalb Atteste der Civil = Behörden bedarf.

5) Alle diejenigen Militairs, welche diese Vorschrift nicht befolgen, und ferner Abschieds = Gesuche unmittelbar einsenden, haben es sich selbst beizumessen, wenn in Gemäßheit der höchsten Verordnung vom 18. März 1814 ihre Eingaben gänzlich unberücksichtigt bleiben.

(Br. Anz. 1816 Nr. 51.)

Resc. f. M. U. Com. v. 29. Juni 1817.

Jemand, der sich zum freiwilligen Militair-Dienst meldet, muß 1) nicht unter und nicht über 27 Jahre alt, 2) vollkommen gesund und diensttauglich, 3) unverheirathet sein, und in keinem üblen Rufe stehen, auch 4) in Hinsicht auf seine Familien-Verhältnisse, so wie überhaupt über seine Person disponiren können. Und bedarf es zum Beweise dieser Eigenschaften a) eines ordnungsmäßigen Geburts- und Tauffcheins, b) eines Attestes des competenten Gerichts über die ad 3 und 4 bemerkten Umstände und c) einer Bescheinigung des Commandeurs der Reserve, daß der sich meldende bei dieser noch nicht verpflichtet und einrangirt sei. Rücksichtlich der Dauer seiner Dienstzeit fällt derselbe in die Cathégorie der übrigen Soldaten.

Instruction für die Husaren, Forst- und Jagd-Frevler betr.

§. 1. Ein Forstfrevler ist derjenige, welcher sich unbefugter Weise aus herrschaftlichen oder aus Gemeine- und Privat-Waldungen Holz zweignet, oder wer daraus Laub oder Gras, desgleichen bei Mastzeiten Eichen und Buch entwendet. Wer an den bestimmten Holztagen mit trockenem Leseholze betroffen wird, oder wer Laub aus den zugestandenenen raumen Forststörtern, oder solches aus den in und an den Forsten befindlichen Gräben holt, wird nicht als Frevler angesehen.

§. 2. Ein Jagdfrevler ist derjenige, der ohne Begleitung eines herrschaftlichen Forstbedienten oder Jagdpächters, oder Jagdeigenthümers, vom Wege ab, im Walde oder auf dem Felde mit einem zur Jagd fertigen Gewehre betroffen wird; oder wer sich unbefugter Weise erlegtes oder verendetes Wildpret zweignet; oder wer in den Forsten und Hecken Schlingen zum Hasenfängen stellt; oder wer während der Hagezeit in der ihm zustehenden Jagd; oder wer unberechtigter Weise in einem Bache fischt oder Krebse fängt.

§. 3. Der von einem Husaren betroffene Forstfrevler wird von demselben mit dem gefrevelten Holze nach der Wohnung des nächsten Forstbedienten gebracht, damit dieser den wahren Namen des Frevlers erfahre, auch in den Stand gesetzt werde, über den Werth des gefrevelten Holzes, die Zeit, da solcher betroffen worden, und sonstige bei der Arretirung vorgefallene Umstände ein Protokoll aufzunehmen, welches von dem Husaren mit zu unterschreiben ist.

§. 4. In Abwesenheit des Forstbedienten ist das gefrevelte Holz zwar bei demselben zu lassen; wenn aber der wahre Name des Frevlers nicht bekannt sein sollte, so ist solcher bei dem Ortsvorsteher so lange in Arrest zu behalten, bis darüber Gewißheit erlangt worden, und ist alsdann ein kurzes Protokoll aufzusetzen, welches

- a) den Namen und Wohnort des Frevlers,
- b) die Zeit, da derselbe attrapirt worden,
- c) den Ort, wo dieses geschehen,
- d) ob er allein oder in Begleitung, und im letzten Falle, wer diese gewesen,
- e) Umstände, welche bei der Arretirung vorgefallen, ob z. B. der Frevler sich einen falschen Namen gegeben, oder sich der Pfändung widersetzt habe u.,

enthalt-

enthalten muß, von dem Ortsvorsteher und Husaren zu unterschreiben und alsdann an den nächsten Forstbedienten abzugeben ist, damit dieser dem Protokolle den Werth des entwendeten Holzes hinzufügen kann.

§. 5. Falls die Wohnung des Forstbedienten zu weit abgelegen sein sollte, so ist das gefrevelte Holz bei dem Ortsvorsteher des nächsten Dorfs abzulegen, übrigens aber, wie ad §. 4 bestimmt ist, zu verfahren.

§. 6. Wenn ein Jagdfrevler betroffen wird, so ist solcher entweder dem zunächst wohnenden Forstbedienten, oder dem Ortsvorsteher der nächsten Gemeinde zuzuführen. Im erstern Falle wird, wie §. 3 angeführt worden, von dem Forstbedienten ein Protokoll von sothanem Frevel aufgenommen, welches von dem Husaren mit zu unterschreiben ist. Im zweiten Falle wird, nach Inhalt des §. 4 ein Protokoll angefertigt, von dem Ortsvorsteher und Husaren unterschrieben und solches alsdann dem Revierforstbedienten zugesandt.

§. 7. Wenn man die Ueberzeugung haben kann, daß der betroffene Frevler sich der Untersuchung nicht entziehen werde, so ist solcher nach aufgenommenem Protokolle und nach abgenommenem Gewehre zu entlassen, andern Theils ist solcher dem betreffenden Kr. Ger. als Arrestat abzuliefern.

§. 8. Die den Jagdfrevlern abzunehmenden Gewehre werden jedesmal dem betreffenden Revierforstbedienten abgeliefert, damit derselbe davon bei der gerichtlichen Untersuchung Gebrauch machen, auch sich von der Art der Ladung überzeugen und davon das Nöthige in dem Frevel-Protokoll anführen kann.

Braunschweig, den 9. August 1817.

Den Gerichten zur Nachachtung durch Resc. f. R. G. vom 29. März 1824 mitgetheilt.
Resc. f. M. A. Com. v. 25. April 1818.

Durch die höchste Verordn. vom 17. April 1815 §. 7 ist vorgeschrieben, daß die St. und Kr. Ger., sobald von Seiten der Militair-Behörde eine Desertion in den Anzeigen bekannt gemacht worden, wegen Confiscation des Vermögens die nöthigen Maßregeln treffen und darüber sofort, so wie über das Fortschreiten in denselben monatlich an dieselbe Behörde berichten sollen. Da der f. M. Administ. Com. jedoch von den Commandeurs des activen Corps und der Reserve resp. unterm 30. und 12. März 1818 einberichtet worden, daß bisher bei denselben keine Anzeigen über dergleichen Verfügungen von den Gerichten eingegangen, so sollen die Oberhauptleute von den Kr. Ger. ihres Districts Bericht einziehen, was von denselben auf die bisher in den Anzeigen bekannt gemachten Desertionsfälle wegen des zu confiscirenden Vermögens, der Erbtheile und Abfindungen der Deserteurs verfügt worden, und darüber von einem jeden speciell berichten.

Uebrigens sind die Kr. Ger. von den Oberhauptleuten anzuweisen, daß sie bei künftigen Desertionsfällen die Berichte wegen der Confiscation des Vermögens nicht an die Commandeurs der Truppen, sondern an f. M. Administ. Com. einsenden, und nicht allein Bericht erstatten, wenn wirklich zu confiscirendes Vermögen vorhanden ist, sondern

auch, wenn der Deserteur kein Vermögen besitzt, wobei jedoch jedesmal über die häuslichen- und Familien- oder sonstigen Verhältnisse des Deserteurs genaue Anzeige zu machen ist.

Resc. f. G. R. E. v. 22. Juni 1818.

Da die, den nicht im Solde stehenden Unterofficieren der Reserve, verwilligten Unterstützungsgelder keineswegs als ein Sold, sondern nur als zum nothdürftigsten Unterhalte derselben dienend, zu betrachten sind, daher dem im §. 5 der landesherrl. Verordnung vom 17. April 1815 nachgelassenen Abzug vom wirklichen Tractamente nicht unterworfen, daher auch in dieser Beziehung nicht mit Arrest belegt werden können, so bleibt solches den f. Kr. Ger. zur Nachachtung und Vermeidung alles Mißverständnisses hiemit unverhalten.

Resc. f. G. R. E. v. 11. November 1818.

Da die Wachsamkeit der Husaren und Fußjäger auf Polizeivergehungen in vielen Fällen sehr nützlich und für die öffentliche Sicherheit ersprießlich sein kann, so haben die Oberhauptleute die zu ihrem Bezirke gehörigen Kr. Ger. zu autorisiren, die Husaren und Fußjäger den Umständen nach dahin zu instruiren, daß sie auf diejenigen Polizeivergehen, in Ansehung deren es ihnen vornämlich nöthig scheine, besonders wachsam sind, und den gedachten Kr. Ger. zugleich aufzugeben, in den Fällen, wo einzelne Husaren oder Fußjäger bei Entdeckung solcher Vergehen sich durch ihre Thätigkeit und Bemühung ausgezeichnet und nützlich gemacht haben sollten, darüber zu berichten, auch sodann für selbige dem Befinden nach eine angemessene Belohnung in Vorschlag zu bringen.

1. Resc. v. 23. November 1818.

Da es der Ordnung wegen nöthig erachtet wird, daß die f. M. Administ. Com. von den Todesfällen der Militair-Pensionairs und auf Wartegeld stehenden Militair-Personen jederzeit genaue Kenntniß erhalte: so sind die Ortsvorsteher dahin anzuweisen, daß sie die in ihren Gemeinen sich ereignenden Todesfällen solcher Individuen den Kr. Ger. sofort mit Anführung des Todestages anzeigen, damit die Kr. Ger. die M. Administ. Com. davon unvorzüglich in Kenntniß setzen können.

Resc. f. G. R. E. v. 12. September 1819.

Da zeither zum öftern Fälle vorgekommen, daß Husaren und Fußjäger, welche in Ausübung ihres Dienstes begriffen gewesen, Beleidigungen und Widersetzlichkeiten erfahren haben, so haben die Oberhauptleute die Kr. Ger. ihres Bezirks anzuweisen, durch öffentliche Anschläge und durch Bekanntmachung an die Ortsvorsteher zu Jedermanns Wissenschaft zu bringen, daß diejenigen, welche sich Beleidigungen oder Widersetzlichkeit gegen die Husaren oder Fußjäger zu Schulden kommen lassen würden, eine strenge Ahndung zu gewärtigen hätten, und nach Befinden der Umstände mit Zwangarbeits- oder Gefängniß-Strafe unnachsichtlich belegt werden sollen.

Instruction für die f. St. und Kr. Ger. zur Anlegung der Verzeichnisse sämtlicher Mannspersonen im Lande.

1) Die zur Vorbereitung künftiger Militairaushebungen aufzunehmenden Verzeichnisse sämtlicher männlichen Individuen im Lande werden nach dem anliegenden Schema

in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel für jeden Bezirk, in dem übrigen Lande für jedes Kr. Ger. besonders angefertigt, zu welchem Ende einer jeden Behörde eine hinlängliche Quantität gedruckter Rollen zugefertigt werden soll und nach Verhältniß der Population in ein oder mehrere Bände gebunden.

2) Die Anlegung derselben geschieht in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel durch die f. St. Ger., in dem übrigen Lande durch die f. Kr. Ger. unter Leitung und Aufsicht der Oberhauptleute.

3) Die Aufnahme der Verzeichnisse geschieht ohne allen Unterschied des Ranges, Standes und Religion und zwar nach dem Zustande, in welchem sich Alles am 15. Nov. d. J. befindet.

4) Die Eintragung geschieht Familienweise und zwar für jeden Stadtbezirk, Stadt, Flecken oder Dorf p. p. Gemeinde in folgender Ordnung:

a) sämtliche herrschaftliche, öffentliche und Privathöfe und Häuser nach der nämlichen Folge der Nummer, welche solche in der Brandversicherung haben, und werden auf dem Lande die Altväter- und Nebenwohnhäuser, welche keine besondere assec. No. haben, sondern mit der No. des Hauptwohnhauses und mit Nebenbuchstaben bezeichnet sind, z. E. No. 10 Litt. a, unmittelbar hinter der Hauptwohnung, wohin sie gehören, aufgeführt;

b) die sonstigen noch etwa in einer Gemeinde belegenen Gebäude, welche keine No. haben, als z. E. Mühlen, Ziegelhütten u.

5) Bei einem jeden Gebäude kommt zuerst die Familie des Besitzers, insofern derselbe darin wohnt, da im entgegengesetzten Falle derselbe in dem Gebäude, worin er wirklich wohnt, aufzuführen ist, hierauf kommen die etwa zur Miete wohnenden Familien.

6) Auf jeder Seite werden höchstens 3 Familien eingetragen und in einer verhältnißmäßigen Entfernung unter einander gesetzt, damit Raum genug bleibe, die nochmals eintretenden Veränderungen, den Zuwachs an Söhnen u. für die nächsten 10 Jahre, als welches die vorläufig angenommene Dauer der Verzeichnisse ist, nachtragen zu können.

7) Unverheirathete, selbstständig zur Miete wohnende männliche Individuen werden bei dem Hause, worin sie wohnen, nur insofern als eine Familie eingetragen, als solche nicht zu einer andern Familie gehören, bei welcher sie mit eingetragen sind. In diesem letztern Falle, wenn nämlich solche schon bei einer andern Familie, oder in dem Verzeichnisse eines andern Orts eingetragen zu sein behaupten, und dies nicht dem Gerichte bekannt ist, werden sie vorläufig nebst ihrem angeblichen Alter, Geburtsort und Vorgeben in einer besonderen Liste notirt und erst, wenn sie ein Attest des Gerichts, in dessen Verzeichnisse sie eingetragen sind, beigebracht haben, darin wieder gestrichen.

8) Unverheirathete Besitzer von Gebäuden werden immer als eine Familie eingetragen, haben jedoch selbige noch mehrere Brüder, von denen einer oder einige noch nicht possessionirt oder verheirathet sind, und daher nirgends anders als eine eigne Familie aufgeführt werden können, so werden in der ersten Columnne die Stammeltern, selbst wenn beide schon todt sind, in der Columnne der Söhne aber sämtliche Söhne eingetragen,

und bei denen, welche etwa schon als eine eigne Familie an einem Orte der Verzeichnisse erscheinen, solches mit Hinweisung auf die Seitenzahl, oder wenn sie in den Verzeichnissen eines andern Gerichts stehen, mit Hinweisung auf die Gemeinde und das Gericht, in den Bemerkungen aufgeführt, der Besitzer des Grundstücks aber wird nochmals unter dem Namen der Eltern und seine etwaigen Söhne daneben separat aufgeführt, wie solches das Beispiel ad No. 1 zeigt.

9) Heirathet aber nach Anlegung der Verzeichnisse einer oder der andere von solchen, in der Columnne der Söhne bisher als unverheirathet aufgeführten Individuen, welcher nicht Besitzer desselben Grundstücks wird, und bildet mithin eine eigene Familie, so wird solcher am Ende des Verzeichnisses des Bezirks, Stadt, Gemeinde u. eingetragen und hier sowohl als da, wo er früher stand, die nöthige Erläuterung am Ende der Verzeichnisse gemacht. Diese Eintragung am Ende der Verzeichnisse geschieht in chronologischer Ordnung. Auf dieselbe Art findet die Eintragung für solche Familien Statt, welche von auswärts etwa neu hinzukommen. Zu diesem Behuf sollen hinter jedem Bezirk, Stadt, Gemeinde u. einige Seiten in den Verzeichnissen bei der ersten Anlegung leer gelassen werden.

10) Wittwen werden, insofern sie wirkliche Besitzer von Gebäuden sind und darin wohnen, selbst wenn sie keine Söhne haben, dennoch als eine Familie eingetragen. Wohnen sie aber zur Mieth, so werden solche nur dann als eine Familie eingetragen, wenn sie Söhne haben, in welchem Falle der Vater mit eingetragen werden muß.

11) Sind Stiefföhne vorhanden, so kommt es darauf an, ob solche in diesem oder einem andern Verzeichnisse schon bei einer andern Familie aufgeführt sind, oder nicht. Im ersten Falle, wenn nämlich selbige schon in dem Verzeichnisse eines andern Orts zu sein behaupten und deren Eintragung nicht schon dem Gerichte bekannt ist, müssen sie darüber ein Attest des betreffenden Gerichts beibringen. Im letztern Falle werden solche unter den Kindern des Stiefvaters, mit besondern Nummern aufgeführt.

12) In Hinsicht der unehelichen Söhne wird, wenn die Mutter selbstständig allein wohnt, solche als eine Familie eingetragen und die Söhne in der betreffenden Columnne mit der behüflichen Bemerkung. Wohnet aber die Mutter noch bei ihrer Familie, so wird selbige unter dem Namen des Stammvaters eingetragen und ihre Söhne daneben. Ist der uneheliche Sohn eine Waise, so wird solcher bei der Familie, dessen Pflegevaters oder dessen Vormundes unter den Söhnen desselben mit der erforderlichen Bemerkung eingetragen. Wenn sie aber weder Vormund noch Pflegevater haben, so werden sie am Schlusse des Verzeichnisses des Bezirks oder der Gemeinde eingetragen.

13) Sämmtliche Söhne müssen in solcher Entfernung unter einander gesetzt werden, daß für jeden in der Rubrik der Bemerkungen zwei Zeilen Raum bleiben.

14) Die bei einer Familie sich aufhaltenden, nicht dazu gehörigen, oder im Dienste stehenden Individuen werden zwar, insofern sie aus hiesigem Lande gebürtig, in den Verzeichnissen ihres Geburtsorts oder des Wohnorts der Familie, wozu sie durch Blutsver-

wandtschaft gehören, bei derselben mit aufgeführt, um jedoch bei Aufnahme der Verzeichnisse die Uebergangung irgend einer Person zu vermeiden, werden solche, wenn deren Auführung an einem andern Orte der Verzeichnisse nicht schon dem Gerichte bekannt ist, bei der Aufnahme einer jeden Familie in eine besondere Liste mit ihren sämmtlichen Vornamen und Zunamen, angeblichem Alter, Geburtsorte und Familie, wozu sie gehören, eingetragen und erst dann, wenn sie ein Attest ihres betreffenden Gerichts über ihre wirkliche Eintragung in die Verzeichnisse beigebracht haben, wieder darin gestrichen.

15) Diejenigen der ad 14 erwähnten Individuen, welche sich als Ausländer anzuzeigen, werden weder in die Verzeichnisse, noch in die darin vorgeschriebene Liste eingetragen, sondern, wenn die Wahrheit ihrer Angabe nicht dem Gerichte bekannt ist, oder durch glaubwürdige Atteste oder sichere Gewährleistung dargethan wird, in eine zweite besondere Liste, mit ihrem angeblichen Geburtsorte, Vornamen und Zunamen, Alter und sonstigen Verhältnissen eingetragen und erst nach Beibringung der obigen Erfordernisse wieder darin gestrichen.

16) Diejenigen Familien, welche nur einen temporären Aufenthalt in hiesigen Landen nehmen und einem andern Staate anzugehören behaupten, werden zwar in den Verzeichnissen gehörigen Orts mit aufgeführt, jedoch wird in der Columnne: Character, Gewerbe u. die desfalls nöthige Bemerkung hinzugefügt.

17) Um die zu den Verzeichnissen erforderlichen Nachrichten über die Geburt genau zu erhalten, sind sämmtliche Prediger angewiesen, die von ihnen durch die Gerichte verlangten Extracte aus den Kirchenbüchern ohne Aufschub anzufertigen und mitzutheilen. Und da es ferner für viele Individuen erforderlich sein wird, zur Ausmittlung des wahren Alters ihre Tauffcheine beizubringen, so soll zur Erleichterung einer jeden Kirchengemeine eine Anzahl gedruckter dergleichen Scheine nach beigegehendem Schema C zugefertigt werden, um solche den Umständen nach nur ausfüllen zu dürfen.

Diese gedruckten Tauffcheine sollen jedoch nur zu diesem Behufe genutzt werden, daher es sich von selbst versteht, daß sie zu einem andern Behufe nicht gebraucht werden dürfen, so wie denn auch diese Tauffcheine und Extracte, so wie überhaupt sämmtliche, auf die Anfertigung der gedachten Verzeichnisse Bezug habenden Ausfertigungen, jederzeit unentgeltlich und stempelfrei auszustellen sind.

18) Eben so soll zur Erleichterung der St. und Kr. Ger. eine Anzahl gedruckter Atteste, wie solche in §§ 7, 11 und 14 vorgeschrieben worden, nach beigegehendem Schema B zugefertigt werden, um dieselben vorschriftsmäßig und unentgeltlich ertheilen zu können.

19) Die letzte Columnne bleibt so lange offen, bis die zu erwartende gesetzliche Bestimmung über das militairpflichtige Alter erfolgt ist, um sodann gleich ausgefüllt werden zu können.

20) Die Bemerkungen müssen, ohne jedoch der Deutlichkeit zu schaden, so kurz als möglich abgefaßt werden, z. E. Absch. v. a Corps 1815 — Absch. v. d. Reserve 1814 — auf der Wanderschaft — väterl. Hof ang. 1819 — Hof in N. N. erheirathet vid.

Da aber, wo sich dergleichen Bemerkungen auf Atteste oder andern Stellen der Verzeichnisse beziehen, müssen immer die Nummern des Attestes oder pag. der Verzeichnisse angeführt werden.

21) Zur leichtern Auffindung eines jedes Individuums wird für jedes St. oder Kr. Ger. in einem besonderen Buche ein alphabetisches Register sämmtlicher darin wohnenden Familien nach anliegendem Schema D angelegt.

22) Um alle Irrungen, Ausstreichungen und Abänderungen bei der Aufnahme der Verzeichnisse zu vermeiden, werden zuerst alle Notizen über jede Familie gesammelt und aufgezeichnet und dann erst, wenn Alles in Ordnung und übereinstimmend gefunden worden, die wirkliche Einzeichnung in die Verzeichnisse vorgenommen.

23) Ein Duplicat der Verzeichnisse, so wie des alphabetischen Registers, wird nach vollendeter Anfertigung an die f. M. Administ. Com. eingesandt, so wie gleichfalls ein Duplicat der ad 14 und 15 vorgeschriebenen Listen, in welchen jedoch die schon wie der gestrichenen nicht aufgeführt zu werden brauchen. Sämmtliche Atteste verbleiben als Beläge bei den Gerichten.

24) Da es zu schwierig werden dürfte, das nach der dritten Columne erforderliche Geburts- oder Sterbejahr der Eltern genau auszumitteln, so soll gegenwärtig bei der ersten Anlegung der Verzeichnisse dasselbe nur nach den eigenen Angaben, oder denen der nächsten Verwandten, oder wie es sonst thunlich, aufgeführt werden. Für die Zukunft aber wird durch gehöriges Nachtragen der stattgefundenen Sterbe- und Geburtsfälle u. von selbst diese Genauigkeit successive erhellet werden.

25) Sollten besondere Umstände bei einer oder der andern Familie obwalten, für welche in den vorhergehenden Bestimmungen keine Vorsehung getroffen ist, so werden die f. St. und Kr. Ger. nach ihrer eigenen Einsicht möglichst beurtheilen, auf welche Weise die Eintragung am füglichsten geschehen kann, und in der Columne des Characters die Umstände der Abweichung anführen. Im Allgemeinen aber ist wegen größerer vorkommenden Schwierigkeiten an f. M. Administ. Com. zu berichten und Verhaltung einzuholen.

26) Die Aufnahme sämmtlicher Verzeichnisse muß thätig betrieben werden und Ende Febr. 1820 in allen Gerichten beendet sein, so daß bis zum 31. März 1820 sämmtliche Duplicate bei der f. M. Administ. Com. eingegangen sind.

27) Die f. M. Administ. Com. ist mit der Ausführung der in der vorstehenden Instruction vorgeschriebenen Maßregeln beauftragt, und wird dieselbe deshalb den betreffenden Behörden das Erforderliche zugehen lassen.

Braunschweig, den 16. Sept. 1819.

Fürstl. Braunschw. Lüneb. Geheime-Raths-Collegium.

Resc. f. L. G. v. 23. September 1819.

Zur Instruction der f. St. und Kr. Ger. wird verfügt, daß die Untersuchungen über die Beleidigungen der Husaren und Fußjäger, schnell betrieben und zur Endschafft

befördert auch jedesmal von den Ausfall derselben dem Major Pott Nachricht gegeben werden; desgleichen es durch öffentliche Anschläge oder sonstige Bekanntmachungen zu Jedermanns Wissenschaft gebracht werden soll, daß diejenigen, welche sich Beleidigungen oder Widersehligkeiten gegen die Husaren und Fußjäger schuldig machen würden, eine strenge Ahndung zu gewärtigen hätten und nach Befinden der Umstände mit Zwangarbeit oder Gefängniß, unnachsichtlich zu bestrafen. Auch ist von dergleichen Fällen jedesmal in den eingehenden Criminal-Tabellen genaue Bemerkung zu machen.

Resc. f. L. G. v. 25. November 1819.

Das f. G. R. C. hat durch das höchste Resc. vom 13. Juni 1819 die Verfügung erlassen, daß in Ansehung der Polizei-Husaren und Fußjäger die zur Competenz der Civilgerichte den bestehenden Gesetzen nach gehörigen Vergehungen so schnell als möglich zur Untersuchung gezogen, und die Untersuchungen dieser Art zur Abwendung der für den Dienst der genannten Militairs daraus hervorgehenden Nachtheile mit besonderer Thätigkeit betrieben und in thunlichst kurzer Frist beendigt werden sollen; auch ist f. L. Ger. aufgegeben, solches sämmtlichen Gerichtsbehörden zur Nachachtung bekannt zu machen.

Die Kr. Ger. haben daher nach §. 2 der Verordnung vom 17. April 1815 die zu ihrem Ressort geeigneten Untersuchungen über bürgerliche Vergehungen der Husaren und Fußjäger in vorkommenden Fällen jederzeit möglichst schnell zu instruiren, und auf alle Weise dahin zu sehen, daß hierunter keine Verzögerungen eintreten, sondern dergleichen Untersuchungen so bald, als irgend thunlich, der höchsten Willensmeinung zufolge zur Endschafft befördert werden.

Resc. f. G. R. C. v. 19. März 1820.

Da es angemessen erscheint, daß die von den Civilgerichten in Sachen der Militairpersonen abgegebenen Erkenntnisse, nicht nur, wenn sie Privat-Ansprüche, sondern auch, wenn sie bürgerliche Vergehungen betreffen, wegen welcher eine Geldstrafe dictirt worden, denselben nicht durch die Militair-Gerichte, sondern durch die ordentlichen Gerichte und zwar wenn sie sich in einem andern Gerichts-Bezirk, als demjenigen, dessen Gericht das Erkenntniß gefällt, aufhalten, mittelst Requisition des ordentlichen Gerichts des Orts, wo sie sich jedesmal aufhalten, publicirt werden; so bleibt solches den f. Kr. Ger. zur Nachachtung in vorkommenden Fällen hiemit unverhalten.

Resc. f. G. R. C. v. 19. April 1820.

Da f. G. R. C., um zu bewirken, daß die Untersuchungen der von den Husaren und Fußjägern gegen ihre polizeidienslichen Obliegenheiten begangenen Excesse sowohl möglichst schnell beendigt, als auch die Straf-Erkenntnisse in diesen Sachen nach militairischen Grundsätzen und den Kriegs-Artikeln gemäß gesprochen werden, beschlossen hat, daß die Untersuchungen der vorgedachten Art in allen Fällen, ohne Ausnahme, von den betreffenden St. und Kr. Ger. auf geschehene Anzeige sofort ex officio angestellt, davon die Militair-Behörden unverzüglich unterrichtet und die Sache auf möglich kurze und

schnelle Art zum Erkenntnisse völlig instruiert, nachher aber die Acten an die competente Militair-Behörde zum Erkenntnisse eingesandt werden sollen, so bleibt solches den f. Kr. Ger. zu dem Ende hiemit unverhalten, um sich die vorgedachten Bestimmungen in vor kommenden Fällen zur Nachachtung dienen zu lassen.

Resc. f. G. R. E. v. 27. Juni 1820.

Da in Ansehung des Erscheinens der Unterofficiere und Soldaten vor den Civilgerichten die Einrichtung getroffen worden, daß selbige vor gedachten Gerichten in der Regel in völliger Uniform, mit bedecktem Haupte und mit Seitengewehr, jedoch nicht anders als in Begleitung eines Unterofficiers, oder resp. Officiers höheren Grades, erscheinen, und nur bei Eidesableistungen Seitengewehr und Kopfbedeckungen ablegen, beides aber alsdann, wenn etwa eine Militairperson höheren Grades als Commandirter zu ihrer Begleitung nicht sofort zu haben ist, vor der Gerichtsstube zurücklassen, so bleibt solches, und daß diese Verfügung sich nur auf das wirklich dienstthuende active Militair, und also weder auf die Beurlaubten des activen Corps, noch die Unterofficiere und Soldaten der Reserve erstreckt, den f. Kr. Ger. zur Nachricht und Nachachtung hiemit unverhalten.

I. Resc. v. 18. Januar 1822.

Bei den durch das Canton-Reglement ertheilten Vorschriften liegt keinesweges die Absicht zum Grunde, daß die Untersuchung um Beurtheilung körperlicher Dienstfähigkeit der Cantonisten lediglich dem betreffenden Physicus überlassen sein soll, vielmehr ist dieser nur der Consulent der Canton-Commission, und liegt letzterem die Verpflichtung ob, sich von dem Vorhandensein der angegebenen Gebrechen auf den Grund des einzunehmenden Augenscheins und des von dem Physicus oder der sonstigen Behörde zu ertheilenden Attestes selbst zu überzeugen und darnach in Gemäßheit der Verordnung über die Dienstfähigkeit des Cantonpflichtigen auszusprechen. Um nun dieserhalb keinen Zweifel über zu lassen, hat f. M. Administ. Com. von Obigen die Canton-Commission fordersamst in Kenntniß zu setzen, und derselben zugleich zu eröffnen, daß diejenigen Fälle, wo das zum Militairdienste unfähig machende Gebrechen dergestalt augenscheinlich ist, daß darüber von der Canton-Commission abgesprochen werden kann, hauptsächlich in folgenden bestehen, als:

1) Knochenfraß der Kopfknochen, mit Knochenverluste, Verletzung des Schädels, mit bedeutender Einbiegung oder mit Verlust der Knochen.

2) Blindheit eines oder beider Augen in Folge vom grauen Staar, Verschließung der Pupille glaucoma, staphyloma, Zerstörung des Augapfels und freibeweiße Verdunkelung der Hornhaut.

3) Langwieriger übelriechender Ausfluß aus den Ohren, aus der Nase, in Folge von Knochenfraß.

4) Zerstörung der Nase oder der Nasenhöhle, in Folge von Knochenfraß oder böser artiger Geschwüre.

5) Ueber-

- 5) Uebergroße Häßlichkeit des Gesichts, in Folge von Zerstörung der Gesichtsknochen, vernarbter flechtenartiger Geschwüre oder Knochengeschwulst des obern Kinnbackens.
- 6) Große Hasenscharten mit gespaltenem Gaumen, fehlenden Gaumen.
- 7) Mangel der Schneidezähne am obern oder untern Kinnbacken.
- 8) Taubstummheit, wenn sie durch Atteste des Predigers und des Ortsvorstehers außer Zweifel gesetzt ist.
- 9) Blödsinn, wenn dieser Zustand durch Atteste des Predigers und Ortsvorstehers, so wie der übrigen Cantonisten außer Zweifel gesetzt ist.
- 10) Großer Kropf.
- 11) Verkrümmungen des Rückgrades, Deformität des Brustknochens, wenn durch sie ein vorderer oder hinterer Buckel oder eine zu hohe Schulter entsteht.
- 12) Wirkliche LungenSchwindsucht im 2ten und 3ten Grade, wenn sie sich durch untrügliche Zeichen zu erkennen gibt.
- 13) Brüche, herniae, am Bauche, in den Leisten, wenn sie das Tragen eines Bruchbandes erfordern.
- 14) Mangel des männlichen Gliedes, beider Testikel, oder ein im Bauchringe festliegender Testikel.
- 15) Fisteln an der Brust und am Unterleibe, wenn sie in die Brust- oder Bauchhöhle eindringen, wirkliche Hornfisteln.
- 16) Mangel eines Armes, Beines, Fußes, einer Hand, oder unwiederherstellbarer Verlust der Bewegung eines dieser Glieder, in Folge von wirklicher Verwachsung in den Gelenken (Anchylrosis) in Verbindung mit Schwund des Gliedes.
- 17) Bedeutende Verkrümmung, Verlängerung, Verkürzung oder Schwund eines Armes oder Beines.
- 18) Austreibung der Gelenke an den Röhrenknochen mit Schwund des Gliedes verbunden; Fisteln, die zu Gelenkhöhlen gehen.
- 19) Verkrüppelung der Handwurzel, der Mittelhand, der Fußwurzel, des Mittelfußes.
- 20) Mangel oder bedeutende Verstümmelung des Daumens einer Hand, des Zeigefingers der rechten Hand, oder zweier anderer Finger einer Hand.
- 21) Mangel oder bedeutende Verstümmelung der großen Zehe oder zweier anderer Zehen.

Sollte jedoch die Canton-Commission wegen mangelnder Ueberzeugung Bedenken finden, sich über das wirkliche Vorhandensein dieser Gebrechen definitiv auszusprechen, oder doch auch im Zweifel stehen, ob die Zurücksetzung auf das nächste Jahr angemessen sei, so hat dieselbe den betreffenden Cantonisten zu nochmaliger Untersuchung durch eine Militair-Gesundheits-Commission, welche mit Beiehung eines Militairarztes nach Analogie des §. 78 des Canton-Reglements zu solchem Ende niedergesetzt werden soll, zu verweisen, und deshalb das Erforderliche in den Listen zu notiren. Insbesondere aber ist eine

solche Verweisung an eine nochmalige Prüfung durch die Militair-Gesundheits-Commission in allen solchen Fällen erforderlich, wo die vorgegebenen Gebrechen, wenn sie wirklich vorhanden, zwar gleichfalls zum Militairdienste untauglich machen, jedoch theils weil sie fingirt sein könnten, theils weil ihr Erkenntniß bei einer einmaligen Besichtigung überhaupt sehr schwierig ist, eine nochmalige Untersuchung rathsam und nothwendig erscheint. Solche Fälle treten hauptsächlich bei folgenden Gebrechen ein:

- 1) Bei Blindheit, in Folge des schwarzen Staars, wobei Bescheinigungen erforderlich.
- 2) Bei Kurzsichtigkeit, in Folge leichter Verdunkelung der Hornhaut beider Augen.
- 3) Bei Schwäche des Sehe-Vermögens, wobei die Versuche genau anzugeben sind, die zur Ausmittlung des wirklich vorhandenen Uebels führten.
- 4) Bei unheilbaren Thränenfisteln, chronischen Augenentzündungen, Einwärts- oder Auswärtskehrung der Augenlider.
- 5) Bei Taubheit, welche durch Atteste des Predigers und Ortsvorstehers bescheinigt sein muß, außerdem aber ist nachzusehen, ob sie nicht in verhärtetem Ohrenschmalz allein ihren Grund habe.
- 6) Bei stark riechenden Ausflüssen aus den Ohren oder der Nase, von unheilbarem Uebeln entspringend.
- 7) Bei böartigen Geschwulsten oder Geschwüren der Mundhöhle, bei veralteten Speichelfisteln.
- 8) Bei Stummheit oder bedeutendem Stimmeln, welche durch Atteste des Predigers oder Ortsvorstehers zu erweisen sind.
- 9) Bei Nasen- oder Rachen-Polypen, welche das Athmen oder Schlucken erschweren.
- 10) Bei veraltetem Kopf-Grinde, wobei genau nachzusehen ist, ob nicht die Geschwüre auf dem beharrten Theile des Kopfes künstlich hervorgebracht sind.
- 11) Bei Drüsen-Geschwulsten am Halse, welche unheilbar sind und das Tragen von Halsbinden nicht zu lassen.
- 12) Bei Schwindsucht im ersten Grade, bei Engbrüstigkeit und Blutspeien, wobei Atteste des Arztes, der den Kranken selbst beobachtete, erforderlich sind.
- 13) Bei bedeutenden Geschwulsten, Verhärtungen oder Krebsgeschwüren an irgend einem Theile des Körpers.
- 14) Bei unheilbarer Krankheit an den Testikeln, Verhärtungen derselben, Krampf oder Bruch, Wasserbruch.
- 15) Bei unheilbaren Krankheiten des Mastdarms, Verengerung, Vorfall, Fissuren desselben.
- 16) Bei Blutharnen, Steinbeschwerden, Unvermögen Harn zu halten.
- 17) Bei Weingeschwüren von langer Dauer oder in Verbindung mit veralteten Wunden, mit Krankheiten der Knochen.

Militairwesen, Rescripte.

315

18) Bei Gelenk-Geschwulsten, die die Beweglichkeit des Gelenkes hemmen und von langer Dauer sind.

19) Bei Steifheit oder Lähmung eines Arms, Beins, Fußes oder einer Hand, wobei Bescheinigungen von Seiten des Predigers und Ortsvorstehers nöthig sind. Die Ursachen dieser Uebel, so wie die wahrnehmbaren Wirkungen auf die Ernährung des Gliedes sind genau anzugeben.

20) Bei Puls- oder Geschwulsten der vorzüglichsten Arterien, bei bedeutenden varicösen Erweiterungen der Venen eines Gliedes.

21) Bei außerordentlicher Schwächlichkeit und Magrigkeit, verbunden mit kleiner Statur, oder unverhältnißmäßiger Leibesgröße, Gicht, Epilepsie, bei fortbauern dem Zittern eines oder aller Glieder.

J. M. Administ. Com. hat also hiernach wegen der erforderlichen Instruction der Canton-Commissionen das Erforderliche zu erlassen, übrigens aber wegen der Zusammensetzung und Instruirung der hiernach anzuordnenden Militair-Gesundheits-Commission weitem gutachtlichen Bericht an Serenissimus zu erstatten. Hinsichtlich der Zuziehung der Physicum zu den Untersuchungen der Canton-Commissionen innerhalb des einem jeden Physico angewiesenen Kreises, hat es bei der deutlichen Vorschrift des Canton-Reglements sein Verwenden.

Resc. f. M. A. Com. v. 28. März 1822.

Da verschiedentlich über die von den freiwillig zum Militairdienste sich meldenden jungen Leuten bei ihrer Stellung bei dem activen Corps zu producirenden Atteste, Anfragen eingegangen sind, so wird über diesen Gegenstand Folgendes unverhalten:

Die obgedachten Freiwilligen melden sich zu ihrer Einstellung im Corps entweder

- 1) vor Erreichung ihres A, militairpflichtigen Alters oder
- 2) B, nach Erreichung desselben und alsdann entweder
 - a) vor dem Anfange, oder
 - b) während der Dauer, oder
 - c) nach Beendigung

der durch das Canton-Reglement bestimmten Canton-Commissions-Geschäften.

In den Fällen sub 1, so wie sub 2 lit. a und c bedarf ein solcher Freiwilliger:

- aa) eines ordnungsmäßigen Tauf- oder Geburtscheins,
- bb) eines Gesundheitscheins eines recipirten Arztes,
- cc) eines Attestes, daß er unverheirathet sei, in keinem üblen Rufe stehe, und in Hinsicht seiner Familie oder sonstigen Verhältnisse, so wie überhaupt über seine Person in dieser Art disponiren könne.

In dem Falle sub litt. b, da also während der Canton-Commissions-Geschäfte ein Cantonist zum freiwilligen Dienstentrtritt sich meldet, ist derselbe, so lange er noch nicht gelooft hat, mit denjenigen Freiwilligen, deren der §. 56 des Canton-Reglements erwähnt, in eine Cathégorie zu setzen und bedarf nur einer Bescheinigung der Canton-

Commission, daß er zu den Militairpflichtigen des laufenden Jahrs gehöre und für dienstfähig erkannt sei, auf deren Production ihn das Corps sofort annehmen muß, während er der Gemeinde, zu welcher er gehört, auf ihr zu stellendes Rekruten-Contingent zu gut gerechnet wird. Hat aber ein solcher Cantonist bereits gelooset und wünscht sofort beim Corps angestellt zu werden, so bedarf er, behuf seiner Annahme bei letzterem, außer der von dem betreffenden Gerichte bei Uns zu machenden besondern Anzeige und Bescheinigung darüber, daß solche geschehen, auch noch eines Attestes des betreffenden Gerichts, daß er unverheirathet sei, in keinem übeln Rufe stehe und über seine Person, seiner Familien-Verhältnisse wegen, oder überhaupt in dieser Art disponiren könne, wobei es sich von selbst versteht, daß derselbe der Gemeinde, wozu er gehört, auf ihr zustellendes Rekruten-Contingent zu gut gerechnet werden muß. Sollte auch der Fall eintreten, daß ein bereits verabschiedeter Cantonist sich von Neuem zum freiwilligen Dienste meldete, welches innerhalb des im §. 76 des Canton-Reglements bestimmten Alters nicht zu versagen ist, so muß derselbe jedoch, wie jeder andere Freiwillige, die sub aa, bb, cc bemerkten Atteste von Neuem beibringen. Die Oberhauptleute haben nun hiernach in vorkommenden Fällen zu verfahren und auch die Kr. Ger. ihres Districts anzuweisen, die sich etwa meldenden Freiwilligen zu instruiren, sich mit den von diesen beizubringenden Scheinen zu versehen, selbigen auch die gerichtlichen Atteste den Umständen nach auszustellen.

Resc. f. M. U. Com. v. 24. April 1822.

Da über die Militairpflichtigkeit der Seminaristen, Schulpräparanden und Vorseminaristen Zweifel entstanden sind, so wird hierdurch unverhalten, daß, da die Seminaristen von der Direction der Seminarien, auf den Grund der denselben zustehenden Befugnisse, als Lehrer in den mit diesen Instituten verbundenen Schulen angestellt und besoldet sind, solches jedoch bei den Schulpräparanden noch nicht der Fall ist, diesen vielmehr nur der Zutritt in die Seminarien oder Schulen gestattet ist, um sich zu einem Lehramte vorzubereiten, die Vorseminaristen aber solche Schulpräparanden sind, denen auf den Fall der nächst entstehenden Vacanz eine Anstellung in den Seminarien zugesichert ist; erstere und letztere als angestellte Lehrer zu betrachten und daher nach No. 1 §. 25 des Canton-Reglements zu einer gänzlichen Befreiung vom Militair berechtigt sind, worauf jedoch die Schulpräparanden keine Ansprüche machen können, diese vielmehr der Militairpflicht unterworfen bleiben.

Resc. f. M. U. Com. v. 24. April 1822.

Die Kreis-Physici sind nur als Consulanten der Canton-Commission zu betrachten, da ihnen nur die Beurtheilung der körperlichen Beschaffenheit der gestellten Mannschaft und zwar sehr bedingt überlassen ist, und bei zweifelhaften Fällen jeder andern Art ihnen gar kein Votum zusteht.

Sie können daher außer den Fällen, da die Untersuchung des Körperzustandes geschieht, oder ein desfallsiges Attest ausgestellt wird, auf Bemerkung ihrer Präsenz oder Mitunterschrift keinen Anspruch machen.

Diejenigen jungen Leute, welche sich den höheren Wissenschaften auf Gymnasien und Academien widmen, gehören nach §. 27, insofern sie glaubhafte Zeugnisse über eine vortheilhafte Anwendung ihrer Zeit beibringen, in die 6te Classe, und diese Vergünstigung verbleibt ihnen, wenn sie nach Verlauf des 22sten Lebensjahres genügende Atteste beibringen, daß sie ihre Studien mit Nutzen betrieben haben, und sich davon demnächst zu ernähren im Stande sein werden. Sowohl jene Zeugnisse, als diese Atteste sind die Bedingungen unter denen ein Individuum darauf Anspruch hat, in die 6te Classe versetzt zu werden, und erst wenn diese Bedingung nicht eintritt, kommt der 28. § des Canton-Reglements in Anwendung. Als unbedingte Folge sind daher auch diejenigen, welche nach vollendeten academischen Studien sich gehörig haben prüfen lassen und entweder darüber gültige Zeugnisse aufweisen, oder durch ihre Zulassung zum wirklichen Staatsdienste, oder durch gestattete Betreibung eines Geschäfts, welches eine bestimmte höhere Bildung erfordert, nur mit der 6ten Classe aufzurufen, wohin recipirte Candidaten, Aerzte, Advocaten und Wundärzte gehören, da diese die Vermuthung für sich haben, sich solche gründliche Kenntnisse erworben zu haben, daß sie sowohl davon sich selbst zu ernähren, als dem Staate dadurch nützlich zu sein vermögen.

Bei denjenigen, welche wegen Besitzes eines Grundstücks, welches die im §. 23 litt. d beschriebenen Qualitäten nicht hat, um Befreiung von der Militairpflichtigkeit nachsuchen, wird sich in jedem speciellen Falle aus den etwa einkommenden Reclamationen ergeben, in wie weit dem Antrage zu deferiren stehen wird.

Ueber die Loosungs- und übrigen Listen wird Folgendes bemerkt:

Sowohl bei denen, welche nach dem §. 49 und 50 auf ein Jahr, als auch bei denen, welche nach §. 26 litt. c in die 6te Classe zurückgesetzt sind, ist die einfache Angabe des Paragraphen zur vollständigen Beurtheilung der Dispensationsgründe nicht genügend, da daraus die speciellen Ursachen des Verfahrens nicht zu entnehmen sind. Es ist daher bei den auf ein Jahr Zurückgesetzten zu bemerken, ob solches nach §. 50 auf Production anderer ärztlicher Zeugnisse geschehen, bei den in die 6te Classe Zurückgesetzten aber würden die näheren Verhältnisse oder sonstigen Umstände der Cantonisten, so wie die Mittel, vermöge welcher sie ihren Ascendenten die vorgeschriebene vollständige Unterstützung zu leisten im Stande sind, anzugeben sein.

Resc. f. M. U. Com. v. 22. Mai 1822.

Da auf die vorgekommene Frage: wo die militairpflichtigen Dienstboten zur Militair-Loosung herbeigezogen werden müssen, ob bei der Canton-Commission ihres Geburts- oder Aufenthaltsorts? — entschieden ist, daß solches bei der Canton-Commission ihres Aufenthaltsorts geschehen müsse, so wird solches, um darnach zu verfahren, hiedurch unverhalten.

Resc. f. G. R. C. v. 4. October 1822.

Es wird hiermit unverhalten, daß der in dem §. 27 des Canton-Reglem. vorkommende passus: „Junge Leute, welche sich den höhern Wissenschaften auf Gymnasien

und Akademien widmen“ in der Regel nur von solchen jungen Leuten zu verstehen sei, welche sich den eigentlichen Fakultäts-Wissenschaften als Hauptzwecke ihres Studiums widmen und kann also jener passus auf den fraglichen N. nicht zur Anwendung gebracht werden.

Resc. f. M. U. Com. v. 18. Januar 1823.

Nachdem der Erfolg der im Anfange v. J. Statt gehabten Aushebung der militairpflichtigen Mannschaft von den Jahren 1797 bis 1801 gelehret hat, daß ungeachtet des anerkannten Bestrebens der Mitglieder der Canton-Commissionen, den höchsten Vorschriften pünktlich nachzuleben, doch bei diesem Geschäfte im Allgemeinen hinsichtlich der Auslegungen der im Canton-Reglement enthaltenen Bestimmungen Ansichten verschiedener Art geäußert und bei den Verfügungen den resp. Canton-Commissionen zum Grunde gelegt sind, und daher eine wünschenswerthe und nothwendige Uebereinstimmung bei den Entscheidungen derselben nicht immer geherrscht hat; daß ferner die Infertigung der Cantons-Rollen und nachherige Führung derselben während und nach der Loosung bei der Neuheit des Geschäfts nicht so vollständig, übersichtlich und umfassend gefunden, als solches zu dem bezielten Zwecke und zur Vermeidung von Irrungen in der Zukunft allerdings erforderlich ist, in diesem Jahre überdem aber der, eine wesentliche Verschiedenheit von der vorigen Aushebung herbeiführende Umstand eintritt, daß der Ersatz der 5ten Classe, deren Mannschaft vom Jahre 1797 das 25ste Jahr zurückgelegt hat, von den Cantonisten des Jahres 1802 allein geschehen wird, alle diejenigen Cantonisten der 4 ersten Classen des Jahres 1822 aber, welche ihrer niedrigen Loosnummern halber hätten eintreten müssen und aus anseht hinwegfallenden Gründen zurückgesetzt oder übergangen gewesen sind, nach Maßgabe ihrer Verhältnisse, Gesundheitsumstände und Größe ebenfalls, insofern sie zum Dienste brauchbar befunden worden, nachträglich ins Militair eintreten und für dieselben die bereits herangezogenen höchsten Nummern wieder vom Corps entlassen werden müssen; so hat sich f. M. Administ. Com. veranlaßt gesehen, vor der im Monat März c. stattfindenden Aushebung der Militairpflichtigen des Jahres 1802 und vorher vorzunehmenden nochmaligen Untersuchung der zurückgesetzten oder übergangenen Cantonisten von der Militair-Aushebung des letzt verwichenen Jahres u. zur Erleichterung des Geschäfts, Vermeidung von Abweichungen und Bewirkung möglicher Uebereinstimmung der Resultate auf den Grund des Canton-Reglements und in Beziehung auf die später erfolgten speciellen Verfügungen nachstehende Bestimmungen mitzutheilen.

1) Führung der Canton-Rollen.

Da vorausgesetzt wird, daß die nach Vorschrift des Canton-Reglements §. 30 und 31 von den darin bezeichneten Behörden u. an die resp. f. St. und Kr. Ger. einzusendenden Extracte und Verzeichnisse regelmäßig eingegangen und laut §. 32 in die Canton-Rollen eingetragen sein werden, damit vor Anfang der neuen Loosung die gegenwärtig noch in unsern Händen befindlichen, sodann aber dem zur Canton-Commission mit beorderten Staabs-Officier zugestellten Canton-Rollen nach jenen in Gemäßheit des Can-

ton=Reglements §. 43 genau collationirt, rectificirt und vervollständigt werden können, so erscheint es zur Wahrnehmung der in der Instruction vom 16. Sept. 1819 No. 6 enthaltenen Bestimmungen, wonach jede Seite der Canton=Rolle nur drei Familien höchstens enthalten soll, angemessen, daß zwar im Allgemeinen die neu zugekommenen Familien unter der No. des Hauses, wo dieselben sich einmieten, aufgeführt werden, daß jedoch in Ansehung des Details der Familie auf einen Nachtrag oder Anhang der Canton=Rolle pagina — verwiesen werden könne, weil nur durch diese Einrichtung der Zweck, die Canton=Rollen mehr erwähneter Instruction No. 6 zehn Jahre im Gebrauche zu behalten, zu erreichen steht. Es ist jedoch dabei noch zu bemerken, daß in den Canton=Rollen derjenigen f. Kr. Ger., wo ohne Rücksicht auf die Trennung der Gemeinen von einander, die Seitenzahl durch den ganzen Band fortläuft, auf den etwa hinter jeder Gemeinde einzuhestenden Nachträgen dieselben Seiten=Nummern, jedoch mit Hinzufügung der Littera b. verzeichnet werden müssen. Enthält z. B. der ganze Band 600 fortlaufende Seitenzahlen, die erste Gemeinde aber nur 100, und fängt die zweite mit 101 an, so würde der Anhang zur Ersten mit pagina 100^b, 100^c, 100^d u. fortlaufen, und die daselbst notirten Familien unter gleichen Nummern in dem alphabetischen Register eingetragen werden.

Was die Nachträge der Canton=Rollen anlangt, so wird, wo etwa hinter denselben nicht noch leerer Raum genug vorhanden sein sollte, der zum Nachheften erforderliche Bedarf an solchen und andern zum Aushebungs- und Loosungs-Geschäfte nöthigen Formularbogen auf Anfordern der f. St. und Kr. Ger. von hieraus verabfolgt werden.

Von unverkennbarem Nutzen ist die nach gemachter Erfahrung wesentlich befundene Einrichtung, daß zur Verhütung von Irrthümern und bei gleichen Namen sehr leicht Statt findenden Verwechselungen der Individuen, sämtliche Listen, welche von den Canton=Commissionen nach Beendigung des Loosungsgeschäfts aufgestellt und hier eingefandt werden, von welcher Art oder zu welchem Zwecke solche auch bestimmt sein mögen, mit Einschluß der Loosungslisten, die Seitenzahl der Canton=Rolle nachweisen, worauf um so mehr besondere Aufmerksamkeit zu verwenden, als diese Vervollständigung, die bei Anfertigung der in Rede stehenden Listen auf den Grund der Canton=Rollen leicht vorgenommen werden kann, nur eine unbedeutende Vermehrung der Arbeit veranlaßt, dagegen aber nach Verhältniß erhebliche Vortheile für das Geschäft und Ersparung von Zeit gewährt.

In einigen Canton=Rollen ist wahrgenommen worden, daß oftmalen bei Entlassungen oder resp. Zurücksetzungen von Cantonisten der dabei obwaltende gesetzliche Grund u. nicht gehörig erläutert worden, der Eintragende sich vielmehr damit begnügt hat, hinter dem Namen des Cantonisten zu bemerken:

ist nach §. 25 litt. e entlassen, oder

ist nach §. 26 litt. d in die 6te Classe zurückgesetzt.

Es bedarf inzwischen hierbei einer möglichst detaillirten Erläuterung, wobei jedoch

auf kurze aber möglichst deutliche und bestimmte Fassung und Ersparniß von Raum so viel als thunlich Bedacht zu nehmen, und sind daher mit Berufung auf den Artikel des Gesetzes die Gründe einer solchen Entlassung oder Zurücksetzung kurz anzugeben, auch eine etwa dabei zum Grunde liegende Verfügung zu bezeichnen.

Es sind ferner verschiedene Fälle vorgekommen, wo für Cantonisten, welche bereits selbst gelooft hatten, in andern Districten während ihrer Abwesenheit noch Nummern, also doppelt gezogen worden, welches sich wol dadurch erklären läßt, daß bei dergleichen Fällen die Vorschriften des §. 124 im Canton-Reglement nicht genau befolgt werden konnten. Es kann aber nicht entgehen, wie nothwendig es ist, auf die Vorschrift dieses Paragraphen um so wachsender zu achten, als sonst die erforderliche Ordnung der Canton-Rollen nicht zu erhalten steht, und bemerken Wir nur noch, daß nach Unserer Verfügung vom 22. Mai v. J., in Ansehung der Dienstboten, allein bestimmt worden, daß solche, da wo sie sich aufhalten, zur Loosung gezogen werden sollen, mithin in Ansehung derselben am Orte des Aufenthalts ihrer Familie nur die Nachweisung, daß am Orte des Aufenthalts der Dienstboten, die Loosung von ihnen wirklich geschehen sei, erforderlich bleibt.

2) Untersuchung der Cantonisten vor dem Nach-Loosen.

Bei der nochmaligen Untersuchung der Verhältnisse, Maße und des Gesundheitszustandes der Cantonisten der vier ersten Classen des Jahrs 1822, mit Ausnahme der fünften, deren Mannschaft auf Verabschiedung oder Entbindung von der Militairpflichtigkeit ohnehin Ansprüche machen kann, ist in Betracht zu ziehen, daß eine solche Untersuchung in Ansehung derjenigen Cantonisten nur erforderlich wird, die nach ihren Nummern in das Militair hätten eintreten müssen, aber aus anseht wegfallenden Ursachen zurückgesetzt oder wegen Abwesenheit, Verheimlichung u. dergleichen übergangen sind; was die übrigen mit hohen Nummern Versehenen anlangt, deren Einberufung im vorigen Jahre nicht nöthig geworden, und auch nunmehr ohne ganz besondere Veranlassung nicht zu erwarten steht, so möchte es genügen, vorläufig den Aufenthaltsort derselben, insofern derselbe nicht schon bekannt ist, auszumitteln, um in etwa vorkommenden Fällen über dieselben disponiren zu können.

Zur Erleichterung des Geschäfts für die Canton-Commissionen sind von den obervährten, bei der Einstellung ins Militair übergangenen, oder aus Gründen zurückgesetzten Cantonisten nach den Loosungs- und Signalements-Verzeichnissen, mit Zuziehung der Rollen, namentliche Listen aufgestellt und hier beigelegt, um bei der oben gedachten Untersuchung zur Grundlage und Richtschnur zu dienen.

Ihrer Verhältnisse nach bestehen besagte Cantonisten aus folgenden:

- 1) abwesend oder verheimlicht gewesenen, welche erst nach Completirung des Corps gelooft und zur Einstellung geeigneten, niedere Nummern gezogen haben;
- 2) wegen zu kleiner Statur einstweilen zurückgesetzte, welche indeß gegenwärtig, bei wiederholter Messung ohne Schuhe, das vorgeschriebene Normal-Maß erreicht haben;

3) tem

Militairwesen, Rescripte.

321

3) temporairer Körperschwäche u. halber zurückgesetzte, welche bei der Untersuchung für gesund und dienstfähig befunden werden;

4) wegen angeblicher Körpergebrechen u. nach Urtheil der Kreis-Physici zurückgesetzte, hier untersuchte und von der Milit. Ges. Commission für völlig dienstfähig erkannte;

5) Cantonisten, welche von den resp. Canton-Commissionen aus Gründen zurückgesetzt, oder als befreiet notirt sind, welche als nach den gesetzlichen Bestimmungen dazu hinreichend, von Uns nicht anerkannt sind;

6) nach den Bestimmungen des Gesetzes und genehmigten Ansichten der resp. Canton-Commissionen behuf Unterstützung, Betreibung des Gewerbes u. zurückgesetzte, deren Verhältnisse jedoch zeither eine Aenderung erlitten haben und bei welchen der Grund der Zurücksetzung hinweggefallen ist;

7) solche, für die während ihrer Abwesenheit gelooft ist, die sich jedoch nach Completion des Corps gestellt und über ihre Abwesenheit befriedigend entschuldigt haben.

Von obigen getrennt und in eine besondere Cathegorie gehörig zu betrachten sind, endlich-

8) diejenigen Cantonisten der übergangenen Nummern, welche nach §§. 110, 111, 112 und 113 des Canton-Reglements sich über ihre Abwesenheit nicht gehörig haben legitimiren können, daher ohne Weiteres einzustellen sind, und die bestimmten drei Jahre, auch wenn solche das 25te Lebensjahr überschreiten sollten, in Gemäßheit eines unterm 23. Dec. v. J. erlassenen höchsten Rescripts ohne großen Urlaub beim Militair im Dienste bleiben müssen; wozu laut jenes Rescripts auch solche Cantonisten zu rechnen, welche durch absichtlich vorgebrachte und erwiesene unrichtige Angaben sich der Einstellung zum Militairdienste zu entziehen gewußt haben, bei welchen das im §. 112 vorgeschriebene Verfahren, in Betreff der Entscheidung auf die desfalls einzusendenden Protokolle, ebenfalls zu beobachten ist.

Die Cantonisten von No. 1—7 sollen übrigens, insofern sie anjezt eingestellt werden, ihren respectiven Classen dergestalt zu Gute gerechnet werden, daß die dafür einstweilen angestellten höhern Nummern, insofern solche dadurch übercomplett werden, das für wieder aus der activen Dienstleistung zurückgestellt werden.

Zu dem Behuf, so wie überall zur schließlichen Herstellung der erforderlichen Ordnung ist vorzüglich daran gelegen, daß in der dazu bestimmten Rubrik der vorgedachten Liste nach beendigter Untersuchung genau erläutert und dargethan werde,

ob der Cantonist zum Dienst disponible und gegenwärtig sei, oder im entgegengesetzten Falle, warum derselbe nicht eintreten könne u. und wünschen Wir, daß zur schnellern und bessern Uebersicht jeder Disponible mit rother Dinte unterstrichen werde.

Auf den Grund dieser Listen wird sodann das noch mit der Militairaushebung pro 1822 in Verbindung stehende Ausnehmen der disponiblen Cantonisten des gedachten Jahres geschehen und nachdem solche hier eingetroffen, untersucht und für dienstfähig be-

funden sind, die Zurückstellung der für selbige einstweilen eingetreten gewesenen höhern Nummern aus den verschiedenen Classen verfügt werden.

3) Das Nachloosen der bei der Aushebung pro 1822 Uebersehenen.

Bevor die zum Ersatz der 5ten Classe von 1797 bestimmte militairpflichtige Mannschaft vom Jahre 1802 zum Loosen aufgefördert werden kann, ist es erforderlich, daß die bei dem im verwichenen Jahre Statt gehaltenen Aushebungsgeschäfte aus Mangelhaftigkeit der Canton-Rollen oder andern Ursachen übersehenen, in dem unterm 26. Decbr. v. J. No. 4370 mitgetheilten Verzeichnissen zum Theil mit enthaltenen Cantonisten, wie bereits im Laufe des verwichenen Jahrs in einzelnen Fällen geschehen, nachloosen, oder daß für die etwa Abwesenden nachgelooft werde, und daß nach Beendigung dieses Geschäfts in den classenweise geordneten, hier einzusendenden nachträglichen Listen der Jahre 1798 — 1801, die zum Eintritte gegenwärtigen und disponiblen Cantonisten außer der gewöhnlichen hinweisenden Bemerkung ebenfalls aus dem vorbemerkten Grunde roth unterstrichen werden. Die nach Statt gehabter Aufforderung abzugebende Erklärung,

freiwillig in Dienst treten zu wollen,

muß zwar von den Cantonisten, welche noch nicht gelooft haben, der Vorschrift des Gesetzes zufolge, angenommen werden, eine Auswahl der Truppengattung dabei ist jedoch unzulässig, am wenigsten kann auf den Wunsch eines Cantonisten, in die Husaren oder Fußjäger einzutreten, Rücksicht genommen werden.

Was Freiwillige anlangt, welche sich außer der Militair-Aushebungszeit zum Dienst melden, und aus Neigung, Mangel an Subsistenzmitteln oder andern Ursachen sogleich eingestellt zu werden wünschen, so steht deren Annahme nichts im Wege, es ist jedoch erforderlich, daß dieselben mit den unterm 28. März 1822 vorgeschriebenen Attesten versehen sind.

4) Aushebung der Cantonisten vom Jahre 1802.

Da sämtliche Cantonisten der 5ten Classe des Jahrs 1797, welche ihr 25stes Lebensjahr zurückgelegt haben, und nicht etwa freiwillig fort dienen wollen, nach Ankunft der neuen Rekruten vom Militair zu verabschieden sind, so ist ein Theil der jungen Mannschaft vom Jahre 1802 dazu bestimmt, den dadurch veranlaßt werdenden Abgang und die etwa im vergangenen Jahre sonst entstandenen Vakanten beim Militair zu ersetzen. Bei dem Aushebungsgeschäfte der vorhergängigen Untersuchungen, dem Loosen, der Aufstellung von Listen u. wird das bei der ersten Aushebung beobachtete Verfahren ferner beibehalten, und läßt sich erwarten, daß bei den bereits gemachten Erfahrungen und nach Anleitung der später erlassenen speciellen Verfügungen der Gang des gedachten Geschäfts im Allgemeinen an Regelmäßigkeit und Gründlichkeit gewinnen werde.

Da inzwischen Fälle vorkommen können, worüber zwar das Gesetz ebenfalls entscheidet, die jedoch rücksichtlich ganz besonderen Umstände eine Dispensation von den buchstäblichen Vorschriften desselben nicht sowohl wünschenswerth als dringend erforderlich machen, so müssen dergleichen Fälle, sobald als nur irgend thunlich hier zur Kenntniß ge-

bracht werden, damit möglichen Falls noch vor dem Einbeordern der neuen Rekruten höchste Entscheidung darüber erwirkt und den betreffenden Behörden zur weiteren Verfügung mitgetheilt werden kann.

Resc. f. M. U. Com. v. 1. März 1823.

Das Loosen der Diensthoten betreffend wird hierdurch unverhalten, daß die außer dem Gerichtsbezirke ihres Geburtsorts sich aufhaltenden Diensthoten zwar zur vollständigen Uebersicht in den Canton-Rollen ihres Geburtsorts aufgeführt werden und verbleiben müssen, daß dieselben jedoch in den Canton-Rollen des Aufenthaltsorts und zwar unter der Hausnummer ihrer Herrschaft mit Bemerkung ihres Geburtsorts einzuzichnen; und wo sie sich zur Zeit der Aushebung aufhielten, zum Loosen heranzuziehen, folglich zum Gerichte des Wohnorts gehörend, zu betrachten sind. Uebrigens wird vorausgesetzt, daß die resp. Kr. Ger. von Fällen obiger Art sich zeitig gegenseitig Kenntniß geben werden, damit doppeltes Loosen vermieden und Uebergewungen vorgebeugt werden.

Resc. f. M. U. Com. v. 16. Januar 1824.

Die f. Kr. Ger. werden in Beziehung auf die Verfügung f. M. Administ. Com. vom 26. Juni 1822 benachrichtigt, daß zufolge des höchsten Resc. vom 11. Jan. 1824 das Maaß der einzustellenden Soldaten zu 5 Fuß 2 Zoll Rheinisch bestimmt worden, und daß künftig kein Cantonist, Freiwilliger, Nummerntauscher oder Stellvertreter, der nicht obiges Maaß erreicht hat, und zuvor in Strümpfen gemessen ist, einrangirt werden soll.

Da es zugleich zu besserer Beurtheilung der Sache erforderlich ist, daß hinfüro in den nach den Bestimmungen des Canton-Reglements einzusendenden Entschuldigungs-Protokollen über Nichtsiftirung und Austretung u. das Maß jedes Cantonisten bemerkt werde, so haben die f. Kr. Ger. hiernach von dato angerechnet das Erforderliche zu verfügen.

Resc. f. M. U. Com. v. 23. Januar 1824.

Die Oberhauptleute werden hierdurch benachrichtigt, daß in Folge der nahe bevorstehenden neuen Eintheilung des herzogl. Truppen-Corps in mehrere Bataillons u. bei den in Gemäßheit der Verfügung f. M. Administ. Com. vom 11. Mai 1822 bisher im Gebrauch gewesenen Signalements-Listen der einzusendenden Rekruten in der Art eine Abänderung eintreten wird, daß in Zukunft über jeden Rekruten ein separates Signalement nach dem anliegenden Schema (A) auszufüllen ist, sämtliche Verzeichnisse aber mit einer namentlichen Liste, ebenfalls nach dem beikomenden Schema, zu versehen und dem zur Uebernahme der Rekruten beorderten Unterofficiere zuzustellen sind, wogegen von nun an für den Commandeur des Truppen-Corps die bisher über sämtliche Rekruten angefertigte Signalementsliste (Anlage B) hinwegfällt. Was indeß die gleichzeitige Ein-sendung jener Signalementsliste B anlangt, so soll es damit bei dem bisherigen Verfahren bis auf Weiteres bleiben, und ist es daher wie früher erforderlich, daß besagte für f. M. Administ. Com. bestimmte Signalementsliste dem zum Abholen der Rekruten befähigten Unterofficiere, vor dessen Abmarsche mit der Mannschaft, unter Couvert zugestellt

werde, dagegen bedarf f. M. Administ. Com. einer Abschrift der Signalements A für jetzt nicht.

Es versteht sich hierbei von selbst, daß beide Arten von Signalements (A und B) in Ansehung der laufenden Nummern und der übrigen Bemerkungen völlig übereinstimmen müssen, und daß die ad A oben seitwärts stehende Bemerkung:

Eingetragen unter No. des Signalements-Registers des nur auf die Truppen-Abtheilung, bei welcher der Mann einrangirt wird, Bezug hat, und von derselben demnächst ausgefüllt werden wird, von den f. Gerichten daher unberachtet bleibt.

Namentliche Liste der aus fürstl. * * Gerichte gestellten, dem Sergeant * * unterm * * überlieferten * * Rekruten, welche am * * von * * nach Braunschweig abgehen werden.

N ^o	Namen und Vornamen.	Geburts- Ort.	B e m e r k u n g e n	
			über Nummerntausch oder Stellvertretung,	welche beim Corps ausgefüllt werden.

(Nota. Die Signalements A und B sind gedruckt.)

Resc. f. M. U. Com. v. 27. Januar 1824.

Da die bisherige Erfahrung gelehrt hat, daß mehrere Cantonisten, welche bei ihrem Erscheinen vor den Canton-Commissionen Ansprüche auf gänzliche oder temporäre Befreiung von der Militairpflicht aus irgend einem Grunde machen, sich nicht mit den gehörigen vollständigen Beweismitteln zur sofortigen Begründung dieser Ansprüche versehen haben, wodurch dann, zum eigenen Nachtheile der Cantonisten, der rasche Gang des Militairaushebungs-Geschäfts gehemmt wird, und die Canton-Commissionen außer Stand gesetzt sind, die gemachten Ansprüche sofort gehörig zu prüfen und zu entscheiden; so ha-

ben die Oberhauptleute, behuf Beförderung des Geschäfts der Canton-Commission und zur Abwendung jener Nachtheile, die f. Kr. Ger. ihres Districts anzuweisen, sofort die zweckmäßigsten Verfügungen zu treffen, den zu der diesjährigen Loosung gehörigen Cantonisten bekannt zu machen und ihnen aufzugeben, daß diejenigen von ihnen, welche aus den in den §. 23—25 und 26—27 enthaltenen Bestimmungen Ansprüche auf gänzliche oder temporaire Befreiung von der Militairpflicht zu haben glauben, sich im Laufe des Monats Februar d. J. mit den zur vollständigen Begründung ihrer Ansprüche gehörigen Attesten, oder sonstigen vollständigen Beweismitteln, wie solche nach §. 54 des Canton-Reglements verlangt werden, zu versehen hätten, um selbige bei der Canton-Revision produciren zu können, welche Einrichtung zur Erleichterung der Geschäfte der Canton-Commission auch in den folgenden Jahren zur Hand zu nehmen ist.

Resc. f. M. A. Com. v. 20. Februar 1824.

Da es in vieler Hinsicht auf die Geschäfte der Canton-Commissionen und die Verhältnisse der zur Loosung herangezogenen Cantonisten günstigen Einfluß hat, und insbesondere für die von den letztern etwa zu treffenden Einrichtungen von erheblichem Nutzen ist, wenn die Anzahl der aus jedem Bezirke zur Completirung des herzogl. Truppen-Corps alljährlich auszuhebenden Rekruten im Anfange der Aushebung und zwar vor der Loosung bekannt gemacht werden kann, so ist höchsten Orts auf den desfalligen Antrag der f. M. Administ. Com. unterm 23. Jan. 1824 als nähere Anleitung zur Anwendung des §. 98 des Canton-Reglements genehmigt worden, daß in Zukunft bei der Ausschreibung der in jedem Jahre zu stellenden Rekruten in Braunschweig angefertigte Auszüge aus den Canton-Rollen von den vorhandenen dienstpflichtigen Cantonisten zum Grunde gelegt werden können.

Was die Vorarbeiten des Aushebungsgeschäfts selbst und das bei der Aufstellung der Listen u. zu beobachtende Verfahren anlangt, so enthält die Verfügung vom 18. Januar 1824 darüber zwar hinreichende Bestimmungen, f. M. Administ. Com. findet sich jedoch veranlaßt, die Canton-Commissionen noch auf die Ausübung nachstehender nothwendig gewordener Maßregeln aufmerksam zu machen:

Die Erfahrung hat gelehrt, daß von den bei der Aushebung durch die resp. Stadt- und Kreis-Physici untersuchten, für gesund erkannten und zur Einstellung hier abgelieferten Rekruten, nachdem deren Gesundheitszustand erst von dem Staatsarzte Dr. Vorkels und in letzter Instanz von der hiesigen Militair-Gesundheits-Commission nochmals geprüft worden, eine unverhältnismäßige Anzahl Körpergebrechen oder Körperschwächen hatber für dienstunfähig erklärt und zurückgewiesen ist, welches darin seinen Grund hat, daß dergleichen Rekruten eines Theils ihre Gebrechen und Körper-Constitutionen selbst nicht gehörig kennen mögen, andern Theils aber erstere aus Schamhaftigkeit zuweilen verschweigen, weil es ihnen nicht bekannt ist, daß sie hier, vor der Einstellung in das Corps, an allen Theilen ihres Körpers nochmals untersucht werden. Um nun den durch das Zurückschicken solcher nachträglich dienstunfähig gefundenen Cantonisten veranlaßt wer-

henden, für das Einexercieren der Leute und die dazu bestimmte Zeit nachtheiligen Aekru-
tenwechsel nach Möglichkeit zu vermeiden und die Stellung völlig gesunder Subjecte zu
bewirken, findet f. M. Administ. Com. angemessen, daß in Zukunft sämmtliche, ihrer
Nummer nach zur Ablieferung an das Militair, bezeichnete Cantonisten, auch wenn sich
dieselben als gesund angeben, von den betreffenden Stadt- oder Kreis-Physici nach den
Bestimmungen der denselben ertheilten Instruction auf eine schonende und die natürliche
Schamhaftigkeit solcher Individuen berücksichtigende Weise gründlich untersucht, und wenn
jene Bestimmungen auf sie anwendbar sind und sie augenscheinlich dienstunfähig befunden
worden, vom Eintritte dispensirt, sonst aber mit solchen Cantonisten, über deren Gebre-
chen die Physici zu entscheiden nicht ermächtigt sind, und die mithin an die Militair-
Gesundheits-Commission verwiesen werden müssen, unmittelbar nach der Loosung zu sol-
chem Zwecke hieher geschickt werden.

Ueber das Anherosenden besagter Cantonisten ist bereits in Unserm, an die zu Can-
ton-Commissarien erwählten Staabs-officiere, ergangenen Erlasse vom 18. Febr. 1823
das Erforderliche verfügt, und bleibt es in der Art bei dem bisherigen Verfahren, daß
vergleichen, von der Militair-Gesundheits-Commission hieselbst zu untersuchende Cantonis-
ten, nach beendigter Loosung ohne Aufschub Kreisgerichtsweise mit einer namentlichen
Liste und dem Auftrage hieher zu senden sind, sich bei dem Casernen-Verwalter der
Regidien-Caserne zu melden. In Ansehung der Verpflegung derselben auf dem Wege
hierher, so wie der Anfügung ärztlicher Bescheinigungen, beziehet sich f. M. Administ.
Com. auf oberwähnten Erlaß; da inzwischen die Unterbringung und Beköstigung besagter
Cantonisten in der Regidien-Caserne einige Vorkehrungen erforderlich macht, so bedürfen
Wir einer jedesmaligen vorläufigen Anzeige über die Anzahl und den Tag der Ankunft
derselben.

Es ist ferner durch ein höchstes Resc. vom 17. d. M. verordnet worden, daß in
Berücksichtigung des Nachtheils, welcher für das Militair daraus entsteht, wenn dem
Soldaten zu seiner Ausbildung nicht die dazu erforderliche Zeit gelassen wird, sämmtliche
Cantonisten

- 1) welche nach dem §. 26 und 27 des Canton-Reglements temporair befreit oder
zurückgesetzt gewesen sind und deren Befreiungsgründe aufgehört haben,
- 2) die bisher abwesend gewesen, jetzt zurückgekehrt und als entschuldigt zu be-
trachtenden, oder wenn letzteres nicht der Fall sein sollte, solche Cantonisten, welche vor
der öffentlichen Vorladung zurückgekehrt sind,
- 3) welche nach §. 50 des Canton-Reglements wegen Krankheit, die eine fortgesetzt
Beobachtung erforderlich, vorläufig zurückgesetzt sind und während dreier Jahre hindurch
untersucht werden müssen, und
- 4) diejenigen Cantonisten, welche durch Mangel oder Unrichtigkeit der Angaben beim
Aufstellung der Canton-Rollen, oder durch Zufall in dieselben nicht eingetragen, folglich
nicht aufgefordert sind und jetzt erst zum Nachloosen herangezogen werden müssen, wo

Militairwesen, Rescripte.

327

der Einstellung alsdann befreit bleiben, oder zum Nachloosen nicht mehr aufzufordern sind, wenn dieselben ihrem Alter zufolge nicht zwei volle Jahre mehr zu dienen haben werden.

Was inzwischen diejenigen Cantonisten anlangt, welche sich in Folge des unterm 25. v. M. publicirten Generalpardons zum Dienste stellen, so ist zwar bestimmt worden, daß solche, wenn sie zu einer früher jährigen Classe gehören und eine Dienstnummer gezogen oder nachgeloost haben, nur bis Ende ihres 25sten Lebensjahrs, so wie solches nach §. 39 des Canton-Reglements zu berechnen ist, dienen sollen, jedoch findet obige Restriction für die Cantonisten ad 1 bis 4 auf sie keine Anwendung und sind dieselben verbunden, auch wenn sie nach ihrem Alter nur noch ein Jahr zu dienen haben, bis nach vollendetem 25sten Jahre auszubienem.

Resc. f. M. U. Com. v. 4. März 1824.

Um bei der Aufstellung der Berechnungen über die, bei den verschiedenen Canton-Commissionen durch die Militair-Aushebung in jedem Jahre veranlaßt werdenden Kosten, eine wünschenswerthe Gleichförmigkeit einzuführen, hat f. M. Administ. Com. sich bewogen gefunden, daß anliegende Schema zu entwerfen, nach welchem in Zukunft obige Berechnungen anzufertigen sein werden.

Berechnung der durch die Aushebung der Militairpflichtigen des Jahrs * * bei der Canton-Commission des * * Districts im Laufe des gegenwärtigen Jahrs veranlaßten Diäten, Reise- und sonstigen Kosten.

Nr der Bela- ge.	N a m e n der Interessenten.	Gegenstand der Ausgabe.	Anzahl der Diäten- Tage.	Täglicher Diäten- Ansatz an Gelde.	B e t r a g			In Summa.
					Diä- ten.	Reise- ko- sten.	son- stigen Ko- sten.	

Resc. f. M. U. Com. v. 5. April 1824.

Bei dem Messen der Cantonisten ist nur dahin zu sehen, ob sie das Normal-

Militairwesen, Rescripte.

Maß erreicht haben; was inzwischen die zum Eintritt in das Militair ihrer Nummer nach bezeichneten Militairpflichtigen anlangt, so ist es um so nöthiger, dieselben genau zu messen, als deren Größe nach Vorschrift in den anzufertigenden Signalements mit anzumerken ist.

Das persönliche Erscheinen der auf Gymnasien oder Universitäten befindlichen Cantonisten ist nur dann erforderlich, wenn für dieselben nicht zeitig vorher genügende testimonia praesentiae, diligentiae, scientiarum et morum beigebracht worden sind.

Resc. f. M. A. Com. v. 16. Juli 1824.

Da sehr oft Gesuche von Militairpflichtigen oder deren Angehörigen, welche sich außer der Zeit der Canton-Commission zum freiwilligen Eintritte in den Militairdienst melden, eingehen, auch zuweilen dergleichen Individuen sich zum sofortigen Eintritte in das Corps bei f. M. Administ. Com. oder dem Commandeur des Truppencorps persönlich stellen, ohne daß dieselben, oder deren Gesuche mit den erforderlichen Documenten über ihre Verhältnisse versehen sind, es jedoch zur vollständigen Führung der Militair-Signalements-Register u. nöthig ist, daß jeder Militairpflichtige, welcher sich vor oder nach der alljährlich Statt findenden Militair-Aushebung zum freiwilligen Eintritte meldet, mit

- 1) einem ordnungsmäßigen Tauf- oder Geburtscheine,
- 2) einem Gesundheitscheine eines recipirten Arztes und
- 3) einem Atteste, daß er unverheirathet sei, in keinem üblen Rufe stehe, und in Hinsicht seiner Familien- oder sonstigen Verhältnisse, so wie überhaupt über seine Person in dieser Art disponiren könne, außerdem aber noch mit einem vollständigen Signalement nach dem vorgeschriebenen Model versehen sei, wie solches in der Verfügung vom 28. März 1822 bereits bestimmt worden, so sollen die f. Nr. Ger. veranlassen, daß in Zukunft nach obiger Bestimmung pünktlich verfahren werde, und zum Besten des Militairdienstes diesem Gegenstande besondere Aufmerksamkeit widmen.

Es ist dabei noch zu berücksichtigen, daß dergleichen Individuen, insofern solche ohne Subsistenzmittel eintreffen und wegen Mangels obiger Bescheinigungen u. von dem Commandeur zurückgewiesen werden, oftmals in unangenehme Lagen versetzt werden, wegen dieselben im entgegengesetzten Falle auf sofortige Aufnahme und Verpflegung in den Casernen rechnen können.

Resc. f. M. A. Com. v. 4. August 1824.

Da der Commandeur des herzogl. Truppen-Corps angezeigt hat, daß die von den f. Gerichten an denselben eingesandten Rekruten-Listen und Signalements zum Theil unvollständig gewesen, indem insbesondere in letztere bei Stellvertretungen weder der Name, noch das Alter und die Classe des Cantonisten, für welchen ein Stellvertreter gestellt worden, sondern nur, jedoch auch nicht durchgängig, das Wort „Stellvertreter oder Nummertauscher“ gesetzt sei, es aber einleuchtet, daß eine solche Unvollständigkeit nicht selten zu unangenehmen Verwechselungen und Irrthümern Veranlassung gibt, welches

ches insbesondere bei der alljährlich Statt findenden Verabschiedung der Fall ist, und genannter Commandeur zur Vermeidung solcher Irrungen und richtigen Führung der Militair-Register u. nun darauf angetragen hat, daß hinfüro in den erwähnten Signalements und Signalements-Verzeichnissen bei Stellvertretern oder Nummertauschern der Vollständigkeit wegen bemerkt werde:

„Stellvertreter oder Nummertauscher für den am (Datum und Jahr) gebornen Cantonisten (Name) aus (Geburtsort) welcher bei der Loosung die No. . . gezogen,“ f. M. Administ. Com. auch damit einverstanden ist, daß die Ausführung des obigen Vorschlags zur Erreichung des intendirten Zwecks unentbehrlich ist, und den f. Gerichten selbst daran gelegen sein wird, daß dergleichen Mangelhaftigkeiten, wodurch sogar in den Canton-Rollen Verwirrungen entstehen können, vorgebeugt werde, so haben die f. Kr. Ger. zu verfügen, daß in Zukunft dem Antrage des genannten Commandeurs gemäß verfahren werde.

Resc. f. R. C. v. 26. August 1824.

Wenn Husaren und Fußjägern verordnungsmäßig für die denunciirten Polizeivergehen ein Antheil an der Strafe zusteht, so bedarf es wegen Ausbezahlung desselben einer Anfrage nicht, sondern es bleibt solches dem betreffenden Gerichte überlassen; wenn aber in anderen Fällen die Husaren und Fußjäger sich bei Denunciationen von Polizeivergehen auszeichnen, so daß es für zweckmäßig zu halten, ihnen zur Aufmunterung dafür eine Gratification zu verabreichen, so ist ein desfalliger Antrag an f. R. C. zu machen, der, hinsichtlich der Forstfresvel, von den Oberforstbedienten, welche hierüber zu urtheilen am besten im Stande sein werden, ausgehen muß.

Resc. f. M. A. Com. v. 6. December 1824.

Lehrlinge können nicht an Orten, wo sie nur in der Lehre stehen, zur Loosung gezogen werden.

Resc. f. G. R. C. v. 18. März 1825.

Da von Seiten des königl. preuß. Etappen-Commandanten zu Halberstadt die Anzeige geschehen ist, daß es bisher häufig der Fall gewesen, daß dortseitige Deserteurs von den diesseitigen Behörden direct an die betreffenden Truppenabtheilungen gesandt wurden, solches aber der bestehenden Ordnung zuwider ist, so werden sämtliche f. St. und Kr. Ger. auf den Art. 6 der mit der Krone Preußen abgeschlossenen Cartel-Convention und die Bekanntmachung vom 7. Juli 1819, wonach die für die östlichen Preuß. Provinzen bestimmten Deserteurs an den Etappen-Commandanten zu Halberstadt abzuliefern sind, damit zur Nachachtung verwiesen.

Resc. f. M. A. Com. v. 21. April 1826.

Da von dem Commandeur des Truppen-Corps bemerkt worden, daß die Einsendung der Rekruten-Signalements nicht von allen Seiten mit der gehörigen Regelmäßigkeit geschehe und daß solche den zur Uebernahme der Rekruten beorderten Unterofficieren bei Ueberlieferung besagter Rekruten oft nicht zugestellt worden, so sieht f. M.

Administ. Com. sich veranlaßt, die in den Verfügungen vom 11. Mai 1822, 23. Januar und 16. Juli 1824 enthaltenen Bestimmungen hierdurch zu wiederholen und zur Vermeidung von Mißverständnissen und der, abgesehen von dem Zeitverluste, in den Listen des Corps dadurch leicht herbeigeführt werdenden Mangelhaftigkeiten u. Nachfolgendes zu bemerken:

1) Bei der jedes Jahr Statt findenden Ueberweisung der ausgehobenen Rekruten an den zur Uebernahme beorderten Unterofficier sind demselben, außer den für f. M. Administ. Com. bestimmten und separirten Signalements-Listen, einzelne, gehörig ausgefüllte Signalements von jedem Rekruten, nebst der in der Verfügung vom 23. Januar 1824 vorgezeichneten namentlichen Liste und zwar unversiegelt zu überliefern, damit der Unterofficier in den Stand gesetzt werde, die Mannschaft nach den besagten Signalements einzeln namentlich aufzurufen, und die letztere mit der namentlichen Liste zu vergleichen, auch diese Liste dazu dienen könne, nach der hier vorgenommenen Vertheilung der Rekruten an die verschiedenen Truppen-Abtheilungen, welche sodann die einzelnen Signalements ebenfalls erhalten, mit den betreffenden Rand-Bemerkungen versehen, als Controlle in den Händen des Commandeurs des Corps zu verbleiben.

2) Ist es erforderlich, daß gleich den bei der Aushebung abgelieferten Rekruten jeder Cantonist oder Freiwillige, welcher sich auch außer der Aushebungszeit zum Dienste meldet, oder in Folge seiner Militairpflichtigkeits-Verhältnisse an das Militair abgeliefert wird, mit dem mehr erwähnten Signalement, und wenn er ein Freiwilliger ist, außerdem mit den in der Verfügung vom 28. März 1822 bezeichneten Bescheinigungen versehen sei, und solche dem Commandeur des Truppen-Corps überliefere, und begreift diese Bestimmung auch solche Freiwillige in sich, welche sich vor Erreichung ihres militairpflichtigen Alters, oder nach Statt gefundener Genügeleistung ihrer Militairpflichtigkeit zum Eintritt in das Militair melden, und wird es sich die betreffende Gerichtsbehörde oder das Individuum selbst beizumessen haben, wenn dergleichen Cantonisten oder Freiwillige ohne Signalement, bei ihrer Eifirung von dem Commandeur des Corps nicht angenommen, sondern behuf Herbeischaffung des fehlenden Documents zurückgewiesen werden.

Die Bestimmung, nach welcher ein Duplicat der den Cantonisten oder Freiwilligen, welche sich vor oder nach der gewöhnlichen Aushebungszeit zum Dienst melden, oder vorschriftsmäßig eingestellt werden, mitgegebenen Signalements gleichzeitig an Uns einzusenden ist, bleibt übrigens unverändert, und ist die Befolgung dieser Maßregel schon deshalb nothwendig, weil dergleichen, außer der Zeit eingestellte Individuen, wenn solche nicht etwa nachträglich zu der früher ausgehobenen Mannschaft noch mit gehören, bei der im nächst folgenden Jahre Statt findenden Rekruten-Repartition von der erforderlichen Mannschaft abgerechnet werden und dem Bezirk zu gute kommen, und f. M. Administ. Com. also von deren Einstellung jedesmal Kenntniß haben muß.

Uebrigens steht es den Vorschriften des Canton-Reglements entgegen, daß, wie bereits mehrere Male der Fall gewesen, Cantonisten, welche zum Eintritt in den Mili-

tairdienst geeignete, niedere Nummern gezogen haben, sich nach der Loosung aber, noch vor der Rekruten-Ablieferung hieher begeben, und als Freiwillige in eine Abtheilung ihrer Wahl einzutreten wünschen, und sind dergleichen Cantonisten mit den übrigen Rekruten an das Corps abzuliefern, indem dieselben nicht als Freiwillige des §. 56 des Canton-Reglements betrachtet werden können.

Resc. f. G. R. E. v. 1. Juni 1826.

Demnach auf Seren. höchsten Befehl die f. M. Administ. Com. von nun an das Prädicat des f. Kriegs-Collegii führen soll, so wird solches zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Resc. f. G. R. E. v. 1. Juni 1826.

Die zu dem Landes-Polizei-Dienste verwandte Truppen-Abtheilung der Husaren und Fußjäger, soll auf Seren. höchsten Befehl von nun an die Benennung Land-Dragoner und Landwehr-Jäger führen.

Resc. f. R. E. v. 19. Juni 1826.

Es ist bisher oft vorgekommen, daß in Gemäßheit der §§ 107 und 108 der Verordn. vom 30. Juli 1821 das Canton-Reglement betr. der Consens zur Verheirathung von solchen Militairpflichtigen Personen von den Behörden in Vorschlag gebracht, und sodann gewöhnlich auch erteilt ist, welche zugleich Handwerksgefelln gewesen sind und die nicht geschehene Erfüllung der in der Verordn. vom 29. Oct. 1821 die modificirte Gewerbe- und Gilde-Ordnung betreffend enthaltenen Vorschriften mit der zugelassenen und Statt gefundenen Verheirathung entschuldiget und aus demselben Grunde bei der beabsichtigten Erlangung der Meisterschaft um Dispensation von solchen Vorschriften gebeten haben. Da indessen die, in Beziehung auf Militair-Verhältnisse gestattete Verheirathung von Personen, welche das 25ste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, und Handwerksgefelln sind, denen das Heirathen durch den §. 85 der erwähnten Verordn. vom 29. Oct. 1821 in der Regel verboten ist, als ein erheblicher Grund für die Begünstigung der Dispensationen von Vorschriften der Gewerbe- und Gilde-Ordnung nicht angesehen werden kann, so geht aus der frühzeitigen, von der Militair-Behörde gestatteten Verheirathung der Handwerksgefelln der Nachtheil hervor, daß letztere von der Aushaltung der Gefellen- und Wanderjahre abgehalten werden und zum Meisterrechte nicht gelangen können. Zur Vermeidung dieses Nachtheils und in der Hinsicht, daß die Verheirathung eines noch nicht volljährigen Mannes nur selten als rathsam erscheinen kann, wird den Oberhauptleuten und Aemtern empfohlen, bei den Vorschlägen auf Ertheilung der Heiraths-Consense in Beziehung auf Militair-Verhältnisse mit Vorsicht zu verfahren und die Bestimmungen und den Zweck der allgemeinen Gewerbe- und Gilde-Ordnung nicht unberücksichtigt zu lassen.

1. Resc. v. 5. August 1826.

Da zur Verhütung der Weiterverbreitung der natürlichen Blattern unter dem Militair und damit nicht die Cantonisten durch ihre oder ihre Aeltern Versäumnis das er-

probte Schukmittel dagegen zu rechter Zeit anzuwenden, der Möglichkeit ausgeſetzt bleiben, durch die Blatternkrankheit an der gehörigen Ausübung ihre Militairpflicht ſowohl ſelbſt behindert, als auch durch Anſteckung, Anderen gefährlich zu werden, es erforderlich iſt, daß bei der von den jährlichen Canton=Commiſſionen ſich ſtellenden Militairpflichtigen jedesmal von dem betreffenden Phyſico die nöthigen Unterſuchungen hiñſichtlich der Vaccination angeſtellt und ſodann von demſelben allen, wenn auch nicht gleich zum Dienſt berufenen Cantoniſten, welche von der Anſteckung der Pocken nicht hinlänglich geſichert beſunden worden die Schukblattern eingepiſt werden, ſo bleibt ſolches zu dem Ende unverhalten, um dahin zu ſehen, daß nach Vorſtehendem bei der jährlichen Canton=Commiſſion genau verfahren werde.

Bekanntmachung h. G. R. C. v. 8. December 1826.

Auf Seren. höchſten Befehl ſoll die in der Bekanntmachung vom 1. Juni 1826 vorgeſchriebene Benennung der Land=Dragoner, von jetzt an in diejenige von Landwehr=Dragoner umgeändert ſein.

(Dr. Anz. 1826 St. 97.)

Reſc. h. Krieg. C. v. 2. Januar 1827.

Es iſt rathſam und angemessener, daß, bevor die Sitzungen der Canton=Commiſſionen ihren Anfang nehmen, ſämmtliche zur Loosung ſtehende Cantoniſten von dem Stadt= oder Kreis=Phyſico unterſucht werden, ob ihnen die Schukblattern eingepiſt, oder ob ſie mit den natürlichen Blattern augenſcheinlich beſaftet geweſen ſind, und daß es denen, wo dieſes erſtere der Fall iſt, zur Pflicht gemacht werde, ſich am Tage der Loosung mit dem erforderlichen Impfungſcheine zu verſehen und denſelben auf jedesmaliges Verlangen der Canton=Commiſſion zu produciren, daß aber von denjenigen Cantoniſten, wo die Impfung noch nicht Statt gefunden hat, oder dieſelbe den erloſchenen Merkmalen noch zweifelhaft bleibt, von dem Phyſico dem betreffenden herzogl. Kreisamte eine namentliche Liſte zugeſtellt, und ohne Weiteres zur Vaccination geſchritten werde; beſagte Liſte wird zugleich dazu dienen, den Mitgliedern der Canton=Commiſſion bei der Loosung die Zahl und Namen derjenigen Cantoniſten bemerklich zu machen, welche nachträglich zu impfen ſind, damit bei ſolchen, ihrer Nummer nach zum Eintritt in das Militair beſtimmten Individuen die Impfung zeitig genug vorgenommen, und der Cantoniſt, da die krankhafte Wirkung der Vaccination bei erwachſenen Leuten wohl 14 Tage bis 3 Wochen dauern ſoll, ohne Nachtheil für ſeine Geſundheit am 15. April jedes Jahres dem Militair überliefert werden kann.

Die Oberhauptleute haben nun hiernach das Weitererforderliche zu verſügen, und wenn etwa wider Erwarten Bedenken gegen dieſe Einrichtung gefunden werden ſollte, oder dieſelbe noch zweckmäßiger anzuordnen ſein möchte, dem herzogl. Kriegs=Collegio davon ſobald als möglich Nachricht zu geben und ſolche mit dem Gutachten zu begleiten.

Nach iſt bereits verſchiedene Male zu bemerken Gelegenheit geweſen, daß die vorhergegangene vollſtändige Führung der Canton=Roller zur Erleichterung und wünſchens-

werthen Abkürzung der Geschäfte der Canton-Commissionen sehr merklich beiträgt; da nun zwar Kenntniß gekommen, daß bei mehreren Kr. Aemt. erst nach Ankunft des, dem als Canton-Commissarius fungirenden Staabs-officier beigegebenen Schreibers zu dem Eintragen der im Laufe des Jahrs erlassenen Verfügungen u. in die Canton-Rollen der herzogl. Kr. Aemt. geschritten wird, und weil besagte Verfügungen und Abänderungen bereits in den Canton-Rollen des h. Kriegs-Collegio notirt stehen, mit solchem verspäteten Nachtragen die Arbeiten des besagten Schreibers, der nun die Canton-Rollen der Kr. Aemt. zur Vergleichung und Ergänzung der des h. Kriegs-Collegii nicht sogleich benutzen kann, gehindert und der Anfang der eigentlichen Canton-Geschäfte ohne Grund verzögert werde: so erscheint es ebenfalls nothwendig, daß die den herzogl. Kr. Aemt. bekannt gemachten, auf die Canton-Rollen Bezug habenden Veränderungen in das bei den Kr. Aemt. vorhandene Exemplar früher eingetragen, und überhaupt die besagten Canton-Rollen vor dem Eintreffen des vorhin erwähnten Schreibers vollständig regulirt sind, damit ohne weitere Behinderung die vorgeschriebene Collationirung sofort vorgenommen werden kann, weshalb von den Oberhauptleuten das Nöthige dieserhalb zu verfügen ist.

Resc. h. Krieg. C. v. 26. April 1827.

Da von dem Commandeur des h. Truppen-Corps bereits verschiedene Male zur Anzeige gebracht ist, daß von Seiten der Behörden, die Mittheilungen von dem Absterben der auf Urlaub befindlichen Soldaten, theils sehr verspätet, theils gar nicht eingegangen, solche Unterlassungen aber bei dem Corps Inconvenienzen und Unordnungen nach sich ziehen, auch in den Bestimmungen des Canton-Reglements Capit. 12 die Absicht nicht zu verkennen ist, dem Commandeur des Truppen-Corps, von den Verhältnissen u. der Beurtheilung, insofern solche auf den Dienst Einfluß haben, regelmäßig in Kenntniß setzen zu lassen: so findet sich h. Krieg. C. veranlaßt, die Oberhauptleute auf die Nothwendigkeit der Befolgung dieser Maßregeln aufmerksam zu machen, und ist zu verfügen, daß namentlich bei statthabenden Todesfällen von auf Urlaub befindlichen Militair-Personen, die Anzeige davon künftig durch die h. Kr. Aemt. ohne weitere für den Dienst nachtheilige Verzögerung, an den Commandeur des Corps oder den betreffenden Abtheilungs-Chef, gelange.

Resc. h. G. R. C. v. 12. Juni 1827.

Da es zu desto schnellern Entdeckung der Verbrecher erforderlich ist, daß das im Lande stationirte Polizei-Militair so früh als möglich von allen begangenen Verbrechen, deren Thäter sich erforschen lassen, benachrichtigt werde, so werden sämtliche h. Kr. Aemt. angewiesen, den Ortsvorstehern die Auflage zu erteilen, daß sie bei eigener Verantwortlichkeit für den aus der Unterlassung etwa entstehenden Schaden, von jedem in ihrem Orte vorfallenden Verbrechen, dessen Thäter noch nicht bekannt ist, sogleich, nachdem solches zu ihrer Kunde gekommen, dem nächsten Stations-Commandanten des h. Polizei-Militairs, nöthigenfalls durch Boten, Nachricht geben und bleiben die h. Kr. Aemt.

nichts desto weniger verpflichtet, nach der ersten Instruction die Anzeige der vorgefallenen Verbrechen, ihrer Seite, umständlich zu wiederholen.

Resc. h. Krieg. C. v. 1. August 1827.

Da durch das höchste Resc. vom 27. Sept. 1827 verordnet worden, daß die als ausgetreten proclamirte Cantonisten nach ihrer Rückkehr oder bei Gestellung sofort arretirt, und an das Militair-Stockhaus abgeliefert, daselbst bis dahin, daß über die Zulänglichkeit der zur Entschuldigung ihrer Abwesenheit vorgebrachten Gründe eine Entscheidung erfolgen kann, verwahrt werden sollen, so wird solches den h. Kr. Amt. hierdurch unverhalten, und ist für die Folge nach obiger Bestimmung zu verfahren und zu verfügen, daß die solchergestalt arretirten ausgetretenen Cantonisten unter militairischer Eskorte (durch Land-Drägoner oder Landwehr-Jäger) an den in Braunschweig in Garnison stehenden Commandanten abgeliefert werden, welcher wegen deren Aufnahme im dortigen Stockhause das Weitererforderliche zu besorgen hat, und dazu angewiesen ist; hinsichtlich der Anzeige der Gestellung derselben und Einsendung des über deren Entschuldigungsgründe aufgenommenen Protokolls, bleibt es bei dem bisher beobachteten Verfahren.

M ü h l e n .

B. die in neuern Zeiten errichteten Mühlen betrff. (S. 81.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

Bewegungsgründe zur Ertheilung dieser B. (S. 81.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 1. Die Berechtigung der neu angelegten Mühlen oder Mahlgänge, hört mit dem 1. Januar 1817 auf, insofern sie nicht in Gemäßheit nachstehender Verfügung dazu geeignet erachtet werden. (S. 84.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 2. Öffentliche Vorladung derjenigen, welche gegen die Beibehaltung ihrer Anlage einen gegründeten Widerspruch haben — Fortsetzung des Gewerbes der Provocanten nach geschehener Vorladung und Aufhören desselben, wenn nicht auf diese angetragen ist — Strafbestimmung. (S. 84.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

Verzeichniß der Inhaber, welche auf öffentliche Vorladung angetragen und derer, welche solches unterlassen haben — Verfügung gegen die letzteren. (S. 85.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 3. Befugniß zur Ausübung des Gewerbes der erstern. (S. 85.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 4. Frist der zu erlassenden Vorladungen. (S. 86.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 5. Peremptorischer Termin zur Anmeldung und Vorladung der benachbarten Mühlen-Inhaber — Bekanntmachung derselben. (S. 86.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 6. Verfahren im Anmeldestermine. (S. 87.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 7. Prüfung der Widersprüche; Einnehmung des Augenscheins u. zur Beurtheilung wegen Beibehaltung der neuen Mühlen und in diesem Falle, Uebnahme derselben der dinglichen Lasten der ältern Mühlen. (S. 88.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

Versuch zur gütlichen Vereinbarung. (S. 89.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 8. Abgebung des Erkenntnisses — Berücksichtigung dabei — Uebernahme der dinglichen Lasten. (S. 89.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 9. Rechtsmittel. (S. 90.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

§. 10. Benachrichtigung der f. Kammer von dem Inhalte der rechtskräftigen Erkenntnisse. (S. 90.) [No. 12.] (3. Oct. 1816.)

L. Circ. Resc. an sämtliche h. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Amt, das bei Anlegung neuer Mühlen gesetzlich vorgeschriebene Provocations-Verfahren betrff. (S. 87.) [No. 19.] (1. Oct. 1827.)

Das Verfahren ist von dem betreffenden St. Ger. oder Kr. Amte vorzunehmen — Sühneversuch. (S. 87.) [No. 19.] (1. Oct. 1827.)

R e s c r i p t.

Resc. f. R. E. v. 3. April 1815.

Die vielen und gerechten Beschwerden über die Beeinträchtigungen der unter der westphälischen Regierung angelegten Patentmühlen, macht es nothwendig, daß ein Regulativ getroffen werde. Auf der einen Seite ist nicht zu verkennen, daß die Privilegien und Concessionen, wie auch die vormaligen, auf landschaftliche Reccesse sich gründende hiesige Landesverfassung den Erbenzins-Müllern die Befugniß zur ausschließlichen Ausübung ihres Gewerbes gibt. Auf der andern Seite aber können die nun einmal angelegte Patentmühlen ohne großen Nachtheil für das Wohl ganzer Familien und ohne den Verlust des größten Theils ihres Vermögens, nicht sogleich gänzlich unterdrückt werden, wobei es zugleich einleuchtend ist, daß mehrere neue Mühlen offenbar zum Vortheile des Publicum angelegt worden sind. Um also hierunter einen Auskunftswege zu treffen, ist es am rathsamsten, die obwaltenden Differenzen wo möglich durch Vergleiche zwischen den ältern und den Patentmüllern zu beseitigen. Es werden daher die St. und Kr. Ger. beauftragt, zu dem Ende, die in ihren Gerichtskreisen befindlichen Erbenzins-Müller zur Namhaftmachung der sie etwa beeinträchtigenden Patentmüller und zur Liquidation des ihnen daraus erwachsenden Schadens vorzufordern, wobei jedoch genau beobachtet werden muß, daß der angebliche Schaden gehörig erwiesen, und mit dessen Anerkennung nicht zu leicht verfahren, und auf einen zufälligen einzelnen Verdienst gar nicht Rücksicht genommen werde. Diese Liquidationen haben die f. Kr. Ger. in ein vollständiges Verzeichniß zusammen zu stellen und letzteres bald möglichst, und spätestens binnen vier Wochen anhero einzusenden, wobei nur noch bemerkt wird, daß daraus die von jedem einzelnen Erbenzins-Müller gemachte Liquidation und die darin auf jeden betreffenden Patentmüller fallende Quote zu ersehen sein muß. Es ist die Absicht, hiernach den von den Erbenzins-Müllern zu entrichtenden Canon auf die Patentmüller zu repartiren, so daß erstere ganz oder pro rata davon befreiet, und dadurch für die Beeinträchtigung in ihrem Privilegio entschädigt worden. Es ist zu erwarten, daß die Patentmüller we-

gen dieser Vertheilung sich leicht vereinigen werden, weil sie im entgegengesetzten Falle fürchten müssen, daß ihnen der Betrieb ihrer Mühlen untersagt werde. Auch von den Erbenzins-Müllern ist es zu hoffen, daß sie mit der obigen Entschädigung sich begnügen werden, da sie im Falle der Verweigerung immer noch der Untersuchung ausgesetzt sein werden, ob die Fortdauer der Patentmühlen für das öffentliche Wohl nöthig sei oder nicht, und es von dem Resultate dieser Untersuchung abhängen wird ob Seren. nicht die neuen Mühlen, kraft landesherrlicher Macht, pure fortbestehen lassen wolle. Wenn nun auch zu vermuthen steht, daß auf diese Weise die Differenzen zwischen den Erbenzins- und den Patentmüllern ausgeglichen werden; so muß demnächst doch auch noch das landesherrliche Interesse berücksichtigt werden, indem der Regierung durch die Anerkennung der Patentmühlen die Einnahme entgeht, welche ihr in frühern Zeiten durch die Concessionirung neuer Mühlen erwachsen, und vorauszusehen ist, daß diese Einnahme künftig nicht mehr Statt finden werde, da den Bedürfnissen des Landes nach Anlegung so vieler Patentmühlen völlig abgeholfen sein muß. Zu dem desfallsigen noch auszumittelnden entschädigungs Quanto, müssen aber die Erbenzins-Müller sowohl als die neuen Müller beitragen, denn wäre die alte Verfassung nicht unterbrochen, so hätten die erstern, wegen des, durch neuere Concessionirungen auf sie fallenden Nachtheils keine besondere Entschädigung erhalten.

M ü n z e n.

Bekanntmach. f. G. R. E. die in Circulation gekommenen, für das vormalige Großherzogthum Warschau ausgeprägten $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{6}$ Stücke betr. (S. 23.) [No. 5.] (22. Juli 1817.)

Sollen bei herrschaftl. Cassen zu 7 Ggr. 4 Pf. und 3 Ggr. 8 Pf. angenommen werden. (S. 23.) [No. 5.] (22. Juli 1817.)

Bekanntmach. f. G. R. E. die Annahme der für das vormalige Großherzogthum Warschau geprägten Einthaler-Stücke und der sogenannten Blaffer bei den herrschaftl. Cassen betr. (S. 29.) [No. 6.] (6. August 1817.)

Erstere sollen zu 22 Ggr., letztere $\frac{1}{6}$ zu resp. 3 Ggr. 8 Pf. und $\frac{1}{12}$ zu 1 Ggr. 10 Pf. angenommen werden. (S. 29.) [No. 6.] (6. August 1817.)

Bekanntmach. des f. G. R. E. die hessischen Albus und Gutegroschen-Stücke betr. (S. 69.) [No. 9.] (3. August 1818.)

Nichtannahme in den öffentlichen Cassen und Bestimmung ihres Werths im allgemeinen Verkehr. (S. 69.) [No. 9.] (3. August 1818.)

Bekanntmach., die in Umlauf gekommenen neuen Kurhessischen Einthaler- und Ein-Halbethalerstücke vom Jahre 1819 betr. (S. 5.) [No. 3.] (10. April 1820.)

W. ei

W. einen zum Vorschein gekommenen falschen Friedrichsdor betrff. (S. 4.) [No. 13.] (24. Juli 1821.)

Bekanntmach. die Churfürstl. Hessischen neuen Viergutegroschen-Stücke betrff. (S. 31.) [No. 10.] (15. Nov. 1822.)

Sind nicht anzunehmen. (S. 31.) [No. 10.] (15. Nov. 1822.)

Bekanntmach., das zum Vorschein gekommene falsche hiesige Zehn-Thaler-Stück betrff. (S. 39.) [No. 13.] (24. Dec. 1822.)

Beschreibung desselben — Warnung vor der Annahme. (S. 39.) [No. 13.] (24. Dec. 1822.)

Bekanntmach. eines in Zahlung gekommenen falschen preuß. Einhalber-Stücks. (S. 5.) [No. 2.] (13. Jan. 1824.)

W. die Nichtaufnahme der in Umlauf gekommenen schlechten ausländischen Kupfermünzen bei den herrschaftl. Cassen betrff. (S. 15.) [No. 5.] (24. Febr. 1824.)

Bekanntmachung ein in Bevern zum Vorschein gekommenes falsches preuß. Vier-Gutegroschen-Stück betrff. (S. 32.) [No. 9.] (2. Mai 1826.)

Bekanntmach. zwei in Stadtolbendorf zum Vorscheine gekommene falsche Zwei-Gutegroschen-Stücke betrff. (S. 91.) [No. 18.] (17. Juli 1826.)

R e s c r i p t e.

Bekanntmachung h. R. E. v. 15. März 1827.

Da bei den in mehreren benachbarten Staaten unlängst getroffenen Verfügungen hinsichtlich des Verbots verschiedener auswärtiger Münz-Sorten, zu befürchten steht, daß dergleichen geringhaltige Münz-Sorten zum Nachtheil des Handel- und Gewerbetreibenden Publicums in die hiesigen Lande eindringen: so machen Wir dasselbe, so wie auch sämtliche Cassen-Bediente darauf aufmerksam, daß nach den bestehenden Vorschriften in den herrschaftlichen Cassen nur diejenigen Conventions-Zweigutegroschen-Stücke, auf welchen ausgebrucht ist, daß ihrer 160 eine feine Mark betragen; imgleichen nur diejenigen fremden silbernen Scheide-Münzen, auf welchen bezeichnet ist, wie viele Stücke aus der feinen Mark geprägt sind, angenommen werden dürfen, und als Ausnahme hiervon nur allein nachgelassen ist, daß die für das vormalige Großherzogthum Warschau ausgeprägten Ein Thaler, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Stücke zu dem Werthe von resp. 22 Ggr., 7 Ggr. 4 Pf. und 3 Ggr. 8 Pf., so wie die, unter dem Namen Wasser oder Blechlappen bekannten Paderbornschen und andere alten, von dem Jahre 1700 geprägten $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Stücke zu resp. 3 Ggr. 8 Pf. und 1 Ggr. 10 Pf. ferner noch angenommen werden können.

(Braunschw. Anz. 1827 No. 22.)

Resc. h. R. E. v. 21. October 1827.

Einer höchsten Bestimmung gemäß werden die Kr. Annt. in Bezug auf die Be-

Kanntmachung vom 15. Mai 1827 angewiesen, den sogenannten Ausschuß oder die zu leichten und unscheinbar gewordenen, imgleichen die durchlöcherten Geldstücke nicht in eine öffentliche Casse in Zahlung zu nehmen.

Notarien.

W. die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr. (S. 12. (S. 41.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

W. die Form der Notariats-Documente und die Ernennung der Notarien betr. (S. 277.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 1. Die Ernennung der Notarien geschieht vom Herzoge. (S. 277.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 2. Schriftliche Meldung beim Land-Gerichte mit Angabe des Orts der Niederlassung. (S. 277.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 3. Prüfung vom Landes-Gerichte und Bericht darüber. (S. 278.) [No. 20.] (21. April 1814.)

Bei vorhandenen Bedenklichkeiten ist vor der Prüfung zu berichten. (S. 278.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 4. Ausfertigung des Patents von Seren. Vorschrift wegen Beeidigung und Immatriculation und (S. 278.) [No. 20.] (21. April 1814.)

Document über dieselbe. (S. 278.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 5. Wahl des Siegels und der Umschrift. (S. 278.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 6. Befreiung vom Examen hat nicht Statt. (S. 279.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 7. Einzelne Gegenden sind nicht mit Notarien zu überhäufen und die, welchen die advocatorische Praxis an einem Orte verweigert wurde, sollen sich daselbst nicht als Notarien niederlassen. (S. 279.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 8. Anzeige des Wohnorts der bereits recipirten Notarien beim Land-Gerichte. (S. 279.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 9. Eintragung der sich binnen 2 Monate gemeldeten Notarien in ein Verzeichniß und Bekanntmachung derselben. (S. 279.) [No. 20.] (21. April 1814.)

Die sich nicht gemeldeten dürfen vor etwa anderweitiger Aufnahme ihr Amt nicht ausüben. (S. 279.) [No. 20.] (21. April 1814.)

§. 10. Form der Notariats-Instrumente und deren Beobachtung bei Strafe der Nullität. (S. 280.) [No. 20.] (21. April 1814.)

Weibehaltung der Notariats-Ordnung und der, die Notarien und ihre Geschäfte betreffenden Landes-Gesetze und Gewohnheiten. (S. 280.) [No. 20.] (21. April 1814.)

W. wegen der bei Aufnahme der Notariats-Instrumente zu gebrauchenden Siegel. (S. 81.) [No. 12.] (5. Oct. 1818.)

Oberhauptleute.

339

- §. 1. Gültigkeit der Notariats-Instrumente, welche mit den frühern Römisch-Kaiserlichen, oder vorschristsmäßig umgeänderten vormals westphälischen Siegeln versehen sind. (S. 82.) [No. 12.] (5. Oct. 1818.)
- §. 2. Verstattung des Gebrauchs der vorbenannten Siegel. (S. 83.) [No. 12.] (5. Oct. 1818.)

Oberhauptleute.

- W. die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betrff. §. 14. (S. 33.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)
- W. den Geschäftskreis der Oberhauptleute betrff. (S. 181.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

- §. 1. In jedem der 5 Districte ist ein Oberhauptmann angestellt. (S. 181.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 2. Befugnisse im Allgemeinen und Bekanntmachung der Verordnungen. (S. 181.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 3. Leitung der Verquartirung der durchmarschirenden Truppen. (S. 181.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

- Vorschriften für die Kr. Remt. deßhalb (S. 181.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 4. und für die Oberhauptleute wegen des Etappen- und Vorspannwesens, so wie der Natural-Lieferungen. (S. 183.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 5. Aushebung zum Militairdienste. (S. 183.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 6. Leitung der allgemeinen Polizei. (S. 183.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 7. Aufsicht über alle, die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt betreffende Anstalten und Bauten. (S. 184.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 8. Wegen ansteckender Krankheiten sowohl der Menschen als des Viehes. (S. 185.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

Unter ihnen haben die Kr. Remt. ein wachsames Auge auf Aerzte, Wundärzte und Hebammen zu halten, Berichte deßhalb. (S. 185.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

- §. 9. Vorzunehmende Vereisung des Districts. (S. 186.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 10. Berücksichtigung des Wohlstandes der Unterthanen. (S. 186.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 11. Aufsicht auf äußere gute Ordnung, Sittlichkeit u. (S. 187.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 12. auf die Abnahme der Gemeine-Rechnungen, Vormundschafts-Depositen- und Hypotheken-Wesen, Sporteln, Verwahrung der in Haft befindlichen Angeschuldigten und die Untersuchungen und Gefängnisse. (S. 187.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 13. das richtige Eingehen der Steuern, Forst- und Feld-Polizei. (S. 188.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 14. Abhelfung der vorkommenden Mängel. (S. 188.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

- §. 15. Vierteljähriger Bericht über den Zustand des Districts. (S. 188.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 16. Die Kr. Ger. sind den Oberhauptleuten in ihrem Geschäftskreise untergeordnet. Verfahren bei verschiedenen Meinungen. (S. 189.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 17. Ertheilung besonderer Aufträge. (S. 189.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 18. Ablieferung der Acten. (S. 189.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- §. 19. Die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel sind von der Aufsicht des Oberhauptmanns ausgenommen. (S. 139.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)
- F. G. R. E. Bekanntmachung die den Oberhauptleuten bewilligte Dienst-Uniform betr. (S. 223.) [No. 14.] (21. März 1814.)
- B. das Verhältniß der Oberhauptleute zu den Distr. Ger. und Kr. Amt. betr. (S. 209.) [No. 9.] (26. Juli 1825.)

Nach den Bestimmungen des §. 33 der B. vom 26. März 1823 die Polizei- und Gem. Verwalt. betr. bleibt der Geschäftskreis der Oberhauptleute, wie solcher in der B. vom 24. Febr. 1814 bestimmt worden. Da indeß die directe Einwirkung der Oberhauptleute in allen Justiz-Sachen durch die veränderte Verfassung wegfällt, so ist Folgendes näher bestimmt:

- §. 1. Die Distr. Ger. sind den Oberhauptleuten nicht untergeordnet und steht jenen die specielle Aufsicht über die Kr. Amt. in Justizsachen zu. (S. 210.) [No. 9.] (26. Juli 1825.)
- §. 2. Die Oberhauptleute haben, wenn sie in der Verwaltung der Justiz Mängel entdecken oder nützliche Vorschläge zu machen haben, die Distr. Ger. hierauf aufmerksam zu machen und den Umständen nach, an die höheren Behörden zu berichten. (S. 210.) [No. 9.] (26. Juli 1825.)
- §. 3. Sie haben die Befugniß den Zustand der Gefängnisse zu revidiren. (S. 210.) [No. 9.] (26. Juli 1825.)
- §. 4. Die höheren Behörden haben in der Regel in Polizei- und Verwaltungsangelegenheiten ihre Verfügungen an die Oberhauptleute zu erlassen und die Kr. Amt., Bürgermeister und Polizei-Beamte ihre Vorstellungen u. an diese zu richten. (S. 211.) [No. 9.] (26. Juli 1825.)

P f e r d e z u g t.

Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 63 die beabsichtigte Einrichtung eines Landgestüts betr. (S. 166.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 9. September 1817.

Da das Castriren der Hengste nur den, vom f. Obersanit. Collegio examinirten Thierärzten zusteht, so ist solches künftig nicht mehr unbefugten Personen zu gestatten, sondern es sind dieselben in Betretungsfällen zu der gebührenden polizeilichen Bestrafung zu ziehen.

Pferdezucht, Rescripte. Polizei und Verwaltung. 341

Resc. f. R. E. v. 5. März 1825.

Da nach einem höchsten Rescripte vom 25. Febr. 1825 bis zu einer Ausdehnung des Landgestüts auf alle Theile des hiesigen Landes, zwar auch die Haltung von Privatzüchtthengsten gestattet werden darf, dabei aber folgende Vorschriften befolgt werden sollen, nämlich:

- 1) Jeder, welcher einen Hengst zur Bedeckung fremder ihm nicht gehöriger Stuten halten will, kann den dazu nöthigen Gewerbeschein nur erhalten, wenn er ein, von dem Oberthierarzte, oder einem andern Thierarzte in hiesigen Landen ausgefertigtes Attestat über die Tüchtigkeit des Hengstes, welches jedoch nur auf ein Jahr als gültig angenommen werden kann, beibringt;
 - 2) die Hengste sind im Monate Februar zur Besichtigung vorzuführen;
 - 3) für die Untersuchung kann, es mag nun das Attestat der Tüchtigkeit des Hengstes ausgefertigt, oder derselbe für nicht brauchbar erkannt werden, eine Vergütung bis zu 16 Sgr. höchstens genommen werden;
 - 4) den Besitzern der Züchtthengste ist bei Ertheilung der Gewerbescheine zur Pflicht zu machen, nach beendigter Bedeckzeit eine namentliche Liste der Eigenthümer der bedeckten Stuten einzureichen, und sind diese Verzeichnisse demnächst an f. R. E. einzusenden;
- so wird solches den f. Kr. Ger. hierdurch zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Polizei und Verwaltung.

Verfüg. f. Regier., Com. die Anmeldung der Fremden betr. (S. 10.) [No. 1.] (4. Jan. 1814.)

a) Sämmtliche nicht Eingeborne, welche nicht im öffentlichen Dienste angestellt oder angesehnen sind, werden angewiesen, sich bei der Obrigkeit ihres Aufenthaltsorts anzumelden. (S. 10.) [No. 1.] (4. Jan. 1814.)

b) Die Distr. Beamten haben eine Uebersicht der Fremden binnen acht Tagen an die Regier. Com. einzusenden. (S. 10.) [No. 1.] (4. Jan. 1814.)

(Vergl. Resc. f. Kammer vom 3. Januar 1744.)

W. die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr. (S. 33.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

(S. Justiz-Verfassung S. 140 folg.)

§. 2. No. 3. Polizei-Vergehen sind, welche keine höhere Strafe als 14 Tage Gefängniß oder 10 Rthlr. Geldbuße nach sich ziehen. Unterstützung der Kr. Ger. in der Handhabung der Polizei durch die Domainen-Pächter und Gutbesitzer. (S. 35.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

§. 3. In Gegenständen, welche die Landes-Polizei unmittelbar angehen, bleibt die Regierung die vorgeordnete Behörde. (S. 37.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

§. 4. Aufsicht der Oberhauptleute in Ansehung der allgemeinen Polizei = Angelegenheiten. (S. 41.) [No. 3.] (15. Jan. 1814.)

B. die nähere Bezeichnung der Kr. Ger. in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs = Gegenstände betrff. (S. 168.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.) (Provisorisch.)

§. 1. Alle, den Distr. und Kreis = Beamten obgelegenen Pflichten in Ansehung der öffentlichen Verwaltung gehen mit dem 1. März 1814 an die Kr. und St. Ger. über, insofern nicht durch die Ernennung der Oberhauptleute ein Anderes wird verordnet werden. (S. 169.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Ablieferung der Acten. (S. 169.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

§. 2. Verwaltung des Gemeine = Vermögens und Ablegung der Rechnung darüber. (S. 169.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

§. 3. Die bisherigen Rechnungsführer haben ihre Rechnungen zc. den Ortsvorstehern abzugeben. (S. 169.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Wegen der Städte und Flecken ergeht besondere Verfügung. (S. 170.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

§. 4. Die Kr. Ger. sorgen für die zeitige Einsammlung und Abführung der directen Steuern. (S. 170.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Ablieferung der Steuern durch die Ortsvorsteher. (S. 170.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Verfügungen wegen der Executionen, der Nachsicht und des Erlasses. (S. 170.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

§. 5. In gleicher Maße, wie mit der Einsammlung der Grundsteuer, soll es auch mit den Brandversicherungs = Geldern gehalten werden. (S. 170.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

§. 6. Die Ortsvorsteher sollen befehlen, aus sämtlichen Mitgliedern der Gemeine genommen, und als früherhin die beständigen Bauernmeister angesehen werden und, so weit es thunlich, dieselben Vortheile genießen. (S. 172.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

§. 7. Gemeine = Rechnungsabnahme und Vernehmung des Gemeine = Rathes wegen Verpachtung, Veräußerung oder Erwerbung unbeweglicher Güter für die Gemeine und wegen Anleihen. (S. 173.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Die Veränderungen mit unbeweglichen Gütern der Gemeinen oder Anlehne für dieselben, erhalten durch Genehmigung der Regier. Com. Gültigkeit. (S. 173.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Eben so wie mit den Dorfgemeinen soll es auch in Ansehung der Güterverwaltung und Rechnungsführung der städtischen Gemeinen gehalten werden. Die Zahl der Deputirten wird von der Regier. Com. bestimmt. (S. 173.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

- §. 8. In Hinsicht der Gemeine-Prozesse treten die Vorschriften der Verordn. vom 6. Jan. und 20. Juni 1792 in Wirksamkeit. (S. 173.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)
- §. 9. Den Ortsvorstehern liegt die Beobachtung der guten Ordnung und Aufrechthaltung der Polizei und Ausrichtung desjenigen, was ihnen von den Kr. Ger. übertragen wird, ob. (S. 173.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)
- §. 10. Die Polizei-Verwaltung im Kreise ihrer Gerichtsbehörde steht unter der unmittelbaren Leitung der Kr. Ger. Vorschriften deshalb und Unterstützung von den früherhin exempten Gutsbesitzern, Pächtern der Domainen und ritterschaftlichen Gütern. (S. 174.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Die Ausführung der polizeilichen Verfügungen der Kr. Ger., geschieht durch deren Unterbehörden und die Ortsvorsteher. (S. 174.) [No. 16.] (19. Febr. 1814.)

Ihnen ist Achtung zu beweisen und wo es nöthig, hilfreiche Hand zu leisten. (S. 174.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

- §. 11. Verhältniß der Polizeibehörden in den Städten, wo besondere Polizei-Directionen angesetzt sind, zu den St. Ger. (S. 175.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)
- §. 12. Ausübung des Dienstzwanges und Verfahren wegen der Dienstbeschwerden. (S. 176.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)
- §. 13. Obliegenheiten der Kr. Ger. in Rücksicht der Militair-Sachen. (S. 177.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)
- §. 14. Competenz der Kr. Ger. wegen der geistlichen Güter und Kirchen-Rechnungsführung. (S. 177.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)
- §. 15. Die Entscheidung streitiger Verwaltungs-Angelegenheiten gehört vor die ordentlichen Gerichte. (S. 178.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)
- Beschwerden über das Verfahren der Verwaltung. (S. 178.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

Vorstellung gegen die Entscheidung der Verwaltungsbehörde. (S. 178.) [No. 10.] (19. Febr. 1814.)

W. den Transport der Verbrecher und Landstreicher über die Landesgrenzen betrff. (S. 329.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)

- §. 1. Die Transportirung soll der Obrigkeit des benachbarten Landes angezeigt und die Verwiesenen an selbige abgeliefert werden. (S. 329.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- §. 2. Bestimmung des Orts, wo der Verwiesene über die Grenze gebracht werden soll. (S. 330.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- §. 3. Ablieferung an die Obrigkeit seines Geburts- oder Wohnorts oder Gerichtsstandes in dem unmittelbar angrenzenden Auslande, (S. 330.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- §. 4. auch wenn er durchreisen muß. (S. 330.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- §. 5. Benachrichtigung der Obrigkeit des Bestimmungsortes und Ertheilung des Passes — Inhalt. (S. 330.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)

- §. 6. Bemerkung der Zeit des Abganges und Bescheinigung der Ueberlieferung. (S. 331.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- §. 7. Beschreibung der Gefangenen. (S. 331.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- §. 8. Transportirung unter Bedeckung und was dabei zu beobachten ist. (S. 331.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
(Vergl. B. v. 5. Febr. 1816.)
- §. 9. Gleiches Verfahren bei Ueberlieferung der Transportaten aus dem Auslande. (S. 331.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- §. 10. Verfügung wegen der Transportkosten. (S. 332.) [No. 29.] (29. Dec. 1814.)
- W. die in Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse nöthige polizeiliche Aufsicht auf die Fremden betr. (S. 45.) [No. 8.] (29. April 1815.)
- §. 1. Die Justiz- und Polizei-Behörden haben sich alle in Rücksicht der Fremden und deren Pässe bereits bestehenden Vorschriften, so wie die von den Behörden der benachbarten Länder erlassenen Verfügungen bekannt zu machen, um beurtheilen zu können, ob solchen Genüge geleistet sei. (S. 46.) [No. 8.] (29. April 1815.)
- §. 2. Vorschriften wegen der sich in Frankreich aufgehaltenen Personen. (S. 46.) [No. 8.] (29. April 1815.)
- §. 3. Desgl. derer, welche nach Frankreich reisen wollen. (S. 46.) [No. 8.] (29. April 1815.)
- §. 4. Verfügung wegen Ausstellung der Pässe für Ausländer. (S. 48.) [No. 8.] (29. April 1815.)
- §. 5. Vorschriften für die Passofficianten wegen Vorzeigung der Pässe. (S. 49.) [No. 8.] (29. April 1815.)
- §. 6. Alle Behörden haben auf die verdächtigen Personen zu achten. (S. 50.) [No. 8.] (29. April 1815.)
- Verfüg. f. G. R. C. die Ausfuhr von Waffen, Munition, Pulver, Blei, Salpeter und sonstiger Kriegsbedürfnisse in das Ausland betr. (S. 133.) [No. 12.] (3. Juli 1815.)
- W. das verbotene Tabacksruchen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen betr. (S. 1.) [No. 1.] (28. Dec. 1822.) (Jahrgang 1823.)
- Verbot und Strafbestimmungen — Bestehen der Verordnungen vom 7. Juni 1725 und 20. Juni 1747. (Fredericks Promt. Thl. 1 S. 613.) Die Feuerordnung der Stadt Braunschweig (vom 7. Sept. 1780) bleibt in Kraft — Ausnahmen. (S. 1.) [No. 1.] (28. Dec. 1822.)
- W. die Polizei- und Gemeine-Verwaltung betr. (S. 39.) [No. 8.] (26. März 1823.)

(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 37.)

- §. 1. Eigene Behörde in jeder Stadt zur Verwaltung des Gemeine-Vermögens, der
britischen

örtlichen und allgemeinen Polizei- und sonstiger Verwaltung. (S. 40.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 2. In Braunschweig und Wolfenbüttel ein Magistrat; in den übrigen Städten ein Bürgermeister. (S. 40.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 3. In Braunschweig ein Director und erforderliche Mitglieder; in Wolfenbüttel der Kreisbeamte, Secretair, Polizei-Commiffair und Cämmerer. (S. 40.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 4. In den übrigen Städten auch ein Cämmerer. (S. 40.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 5. Hilfsbeamte. (S. 41.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 6. Befoldung aus der Stadt-Casse. (S. 41.) [No. 8.] (26. März 1823.)

1) Wahl und Bestätigung der städtischen Beamten. (S. 41.) [No. 8.] (26. März 1823.)

2) Art und Weise der Wahlen. (S. 41.) [No. 8.] (26. März 1823.)

3) Präsentation der Unterbedienten und deren Verpflichtung. (S. 42.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 7. Stadtdeputirte — Rathgeber des Magistrats oder Bürgermeisters. (S. 42.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 8. Ergänzung derselben. (S. 42.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 9. Deren Amt ist nicht lebenslänglich — Austritt derselben. (S. 43.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 10. Vorzügliche Mitwirkung derselben bei den Wahlen der Verwaltungsbehörden, Verwaltung des städtischen Vermögens, der Fonds und vorzüglich in Folgenden, als:

1) Prüfung des Stadt-Cassen-Etats und Gutachten darüber. (S. 43.) [No. 8.] (26. März 1823.)

2) Deßgl. der Stadt-Cassen-Rechnung. (S. 43.) [No. 8.] (26. März 1823.)

3) Genehmigung zu einer Veräußerung u. eines Gemeinde-Grundstücks, Aufnahme der Capitalien — Zustimmung zu Gemeinde-Prozessen. (S. 44.) [No. 8.] (26. März 1823.)

4) Zuziehung zu anderen, die städtische Verwaltung betreffenden Angelegenheiten. (S. 44.) [No. 8.] (26. März 1823.)

5) Veranlagung der Gelder zu den Ausgaben. (S. 44.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 11. Grundsätze, nach welchen bei der Veranlagung zu verfahren ist. (S. 44.) [No. 8.] (26. März 1823.)

1) Classifications-Tabelle nach dem Verhältnisse des präsumtiven Einkommens. (S. 44.) [No. 8.] (26. März 1823.)

2) Diese Classification dient zur Richtschnur — Abänderung derselben. (S. 45.) [No. 8.] (26. März 1823.)

- 3) Mittheilung derselben an die Stadtbewohner. (S. 45.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- 4) Die Einzeichnung durch die Stadt=Deputirten — Zuziehung auch anderer Einwohner. (S. 45.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- 5) Einrichtung des auszufertigenden Zettels. (S. 45.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- 6) Ausschreibung auf die Häuser. (S. 45.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- 7) Beitreibung wie in der Verordn. vom 26. April 1815 vorgeschrieben worden. (S. 45.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 12. Vorstehendes gilt auch von den Flecken wenn nicht durch die Localität abzuweichen, rathsam erscheint. (S. 46.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 13. In Ansehung der Gemeine-Verwaltung der Dörfer bleibt es bei der Verordn. vom 19. Febr. 1814. (S. 46.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 14. Anstellung der Ortsvorsteher. (S. 46.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 15. Entlassung derselben. (S. 46.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 16. Ihre Befugnisse. (S. 46.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 17. Ihre Emolumente. (S. 47.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 18. Art der Aufbringung derselben. (S. 47.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 19. Beitrag der Domainen und Güter. (S. 47.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 20. Die Magistrate zu Braunschweig und Wolfenbüttel, stehen unmittelbar unter der f. Kammer, die Bürgermeister der übrigen Städte unter dem Oberhauptmann, sämtliche Verwaltungsbehörden unter f. Kammer. (S. 48.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 21. Normal=Stadt=Cassen=Etats nach Anleitung der f. Kammer — Einsendung an dieselbe, so wie der Stadt=Cassen=Rechnung. (S. 48.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 22. Polizei=Behörde in Braunschweig und Wolfenbüttel — Eintritt des Chefs derselben ins Magistrats=Collegium — In den übrigen Städten haben die Bürgermeister die Verwaltung der Local=Polizei — Ausnahmen — Beauftragung derselben mit der allgemeinen Landes=Polizei. (S. 49.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 23. Bewohnung der städtischen Polizei=Behörde der Sitzungen der Kr. Aemt. in Stadt=Polizei=Sachen mit beratthender Stimme. (S. 49.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 24. Ausübung der allgemeinen Landespolizei der Kr. Aemt. in ihrem Kreise und in den Städten und Ortschaften, wo solche nicht der städtischen Behörde übertragen sind, (S. 49.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 25. der Local=Polizei auf dem platten Lande. (S. 49.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 26. Polizei=Beamte nach §. 10 der B. vom 26. März 1823 die Einrichtung des Justiz=Besens betrff. — Dienst=Siegel. (S. 49.) [No. 8.] (26. März 1823.)
- §. 27. Stehen unter dem Oberhauptmanne, so wie die Kr. Aemt. und Bürgermeister in polizeilichen und Verwaltungs=Geschäften. (S. 49.) [No. 8.] (26. März 1823.)

(Vergl. B. vom 26. Juli 1825.)

Beim Zusammentreffen der Kreis- und Polizei-Beamten bei Ausübung der allgemeinen Polizei- und Verwaltungs-Angelegenheiten innerhalb des Polizei-Bezirks, sind sie coordinirt — Sind schuldig, hilfreich zu sein. (S. 49.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 28. Die Ortsvorsteher sind den Polizei-Beamten untergeordnet, auch haben ihnen die Husaren und Fußjäger Hilfe zu gewähren — Die Polizei-Beamte können ihre Verfügung durch Androhung bis zu 1 Rthlr. schärfen — Die Zuerkennung steht den Kr. Aemt. zu — Dennoch können sie, wo es erforderlich scheint, die Strafe sogleich beitreiben lassen u. unbeschadet der Vorstellung dagegen — Die Strafen sind an die Stadt- und Kreis-Armencassen abzuliefern. (S. 51.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 29. Die Gerichte haben die Polizei-Beamte von denjenigen Strafverfügungen in Kenntniß zu setzen, welche von ihnen auf ihre Anzeige erlassen sind — Diese sind Beisitzer des Gerichts mit beratender Stimme. (S. 51.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 30. Ausnahmen von der Local-Polizei-Aufsicht der Ortsvorsteher. (S. 51.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 31. Die Kr. Aemt. und die Polizei-Beamte auf dem Lande, stehen in den Verwaltungs-Angelegenheiten unter dem Oberhauptmann, vorbehältlich einer Berufung an die f. Kammer. (S. 52.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 32. Die Entscheidung der Differenzen im Dienst zwischen den Kreis- und Polizei-Beamten gehören zunächst vor den Oberhauptmann. (S. 52.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 33. Der Geschäftskreis der Oberhauptleute bleibt unverändert. (S. 52.) [No. 8.] (26. März 1823.)

§. 34. Vollziehung dieser Verordnung. (S. 52.) [No. 8.] (26. März 1823.)

B. das Verbot der sogenannten Wilddiebesflinten betr. (S. 131.) [No. 16.] (21. Juli 1823.)

Verbot der Verfertigung und des Besizes ohne besondere polizeiliche Erlaubniß — Confiscation — Strafe. (S. 131.) [No. 16.] (21. Juli 1823.)

Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 64. Die Erhaltung billiger Preise der ersten Lebensbedürfnisse durch thunliche Vermehrung der Concurrenz, besonders in Ansehung der Bäcker, Schlächter und Brauer. (S. 166.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 70. Die beabsichtigte Erlassung einer umfassenden Feuer-Ordnung betr. (S. 172.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 71. Die beabsichtigte Erlassung einer neuen Gesinde-Ordnung betr. (S. 173.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

Circul. Resc. die Ausstellung der Pässe betr. (S. 97.) [No. 14.] (2. Juli 1824.)

Befugnisse der Ausstellung der Pässe von den Oberhauptleuten, Kr. Ger., St. Ger. Wolfenbüttel und den Bürgermeistern — Keine neue Pässe an Fremde und solche Personen, die nicht wenigstens einen Monat im Bezirke der Behörden gewohnt, sonst Atteste an bekannte völlig unverdächtige Personen von den Oberhauptleuten, Kr. und St. Ger. — Gebühren für die Pässe und das Visiren. (S. 97.) [No. 14.] (2. Juli 1824.)

W. die veränderte Polizei- und Gemeine-Verwaltung betr. (S. 198.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)

§. 1. Die W. vom 26. März 1823 wird den 1. Oct. 1825 in Vollziehung gesetzt. (S. 198.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)

§. 2. Beauftragung der Kr. Nem. mit den Gegenständen der Verwaltung, außer in den Städten, mit den Canton-Sachen — In Braunschweig, in Wolfenbüttel des vorsitzenden und noch eines Mitgliedes des Magistrats. (S. 198.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)

§. 3. Vorbehalt wegen Bestimmung der zu bildenden Polizei-Bezirke. (S. 199.) [No. 6.] (9. Juni 1825.)

Bekanntmachung, die Anordnung des französischen Gouvernements wegen der nach Frankreich reisenden Armen und Handwerker. (S. 201.) [No. 7.] (18. Juni 1825.)

Den Armen und denjenigen Individuen, welche sich nur durch ihrer Hände Arbeit ernähren können, selbst wenn sie mit regelmäßigen Pässen oder Wanderbüchern versehen sind, ist der Eintritt in das französische Gebiet streng untersagt, es sei denn, daß sie eine Bescheinigung ihrer Landesregierung beibrächten, worin Erlaubniß zur Reise enthalten u. (S. 201.) [No. 7.] (18. Juni 1825.)

W. die Arbeitslöhne der Bauhandwerker betr. (S. 71.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)

§. 1. Die bisherigen Verordnungen und Verfügungen dieses Gegenstandes wegen sind, insofern sie dieser Verordn. entgegen stehen, außer Kraft gesetzt. (S. 72.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)

§. 2. Verdingung der Arbeit. (S. 72.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)

§. 3. Theilnahme der Lehrlinge an den Arbeiten. (S. 72.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)

§. 4. Wegen Lichtigkeit der Arbeit sind die Handwerksmeister den Bauenden verhasst. (S. 73.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)

§. 5. Verdingung mit Handlangern u. (S. 73.) [No. 16.] (22. Juni 1826.)

§. 6. Desgl. der Meister mit Meistern und Gesellen und Lehrlingen. (S. 73.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)

§. 7. Anzahl der Arbeitsstunden. (S. 73.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)

- §. 8. Nähere Bestimmung derselben. (S. 74.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)
- §. 9. Betragen der Arbeiter während der Arbeitsstunden. (S. 74.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)
- §. 10. Fristen zum Essen *ıc.* Mitbringen desselben — Beschaffenheit der Werkzeuge. (S. 74.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)
- §. 11. Beförderung des Bestens der Bauherrn. (S. 75.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)
- §. 12. Abschleppen der Baumaterialien verboten — Bestrafung. (S. 76.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)
- §. 13. Bestimmung der Löhne, wenn keine Verabredung getroffen ist. (S. 76.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)
- §. 14. Jeder Handwerksmeister soll sich mit einem Exemplare dieser Verordn. versehen und seine Gesellen *ıc.* davon in Kenntniß setzen. (S. 77.) [No. 15.] (22. Juni 1826.)
- V.** über das, bei der Behandlung armer Kranken und die dadurch verursachten Kosten zu beobachtende Verfahren. (S. 79.) [No. 16.] (5 Juli 1826.)
- §. 1. In der Regel fällt die Heilung armer Kranken der Ortsarmen-Casse oder der Gemeinde-Casse zur Last. (S. 80.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- §. 2. Verfahren wegen der Heilung — Zuziehung des Physicus und Landchirurgus — Verwilligung und Genehmigung des Kreisamts. (S. 80.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- §. 3. Beschränkung der Kranken-Besuche — Controlle durch Tagebücher des Physicus und Landchirurgus. (S. 80.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- §. 4. Transport des Physicus und Landchirurgus. (S. 82.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- §. 5. Die Bemühung derselben geschieht unentgeltlich — Diäten-Ansatz — Ersatz für die Verbandstücke. (S. 82.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- §. 6. Kosten-Ersparniß wegen der Arzneien. (S. 83.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- §. 7. Anzeige der Aerzte beim Kreisamte — Aufnahme ins Armen-Krankenhaus. (S. 84.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- §. 8. Wegen der Epidemien hat es bei der bestehenden Verordnung sein Verbleiben. (S. 84.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)
- Declarat. der V. v. 22. Juni 1826 die Arbeitslöhne der Bauhandwerker betrff., hinsichtlich des Lementier-Gewerbes.** (S. 101.) [No. 21.] (28. August 1826.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. C. v. 20. Jult 1814.

Da Seren. verordnet haben, daß die vorkommenden Gelegenheiten, die ohnehin zwecklosen Erleuchtungen, deren Kosten nachher den herrschaftlichen oder sonstigen öffent-

lichen städtischen und Gemeine-Cassen zur Last fallen, unterbleiben sollen, so wird solches zur Nachricht und Nachachtung hierdurch unverhalten.

Resc. f. G. R. E. v. 28. October 1814.

Da dem Siegellackfabrikanten August Spiegel in Braunschweig die Zusicherung erteilt ist, daß dem von ihm fabricirten Siegellacke bei den f. Collegien und den untergeordneten Behörden derselben insofern der Vorzug vor dem ausländischen gegeben werden soll, als es demselben in Hinsicht verhältnißmäßiger Güte und Preise wenigstens nicht nachsteht, so wird solches zur Nachachtung unverhalten.

Resc. f. G. R. E. v. 4. November 1814.

Da die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit insonderheit an den Grenzüßtern zwischen den hiesigen und königl. hannöv. Landen es erforderlich macht, daß alle darauf abzweckende Maßregeln der königl. hannöv. Behörden von den Gerichten hiesiger Lande so nachdrücklich als möglich unterstützt und deren desfallsige Requisition auf das Prompteste gewillfahret werde; so haben die Oberhauptleute sämtliche f. Kr. Ger. hiernach fordersamst zu instruiren und denselben zugleich zu eröffnen, daß sie sich zwar in der Regel in solchen Fällen, wo militairische Hilfe erforderlich ist, des an dem nächsten Orte stationirten hiesigen Militairs zu ihrer Unterstützung zu bedienen hätten, daß jedoch in Fällen, wo diese Hilfe ihnen von einem dieseitigen Militairposten nicht so schnell als von einem etwa in größerer Nähe befindlichen königl. hannöv. Detachement sollte geleistet werden können, auch letzteres nach vorgängiger Vereinbarung mit den hannöverschen Localbehörden unbedenklich gebraucht werden könne; jedoch um allen unter dem beiderseitigen Militair oder Unterbehörden etwa möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, nur unter der Leitung der dieseitigen Gerichte. Die hannöv. Behörden haben Instruction erhalten.

Resc. f. R. E. v. 3. April 1815.

So wie die, während der usurpatorischen Regierung angelegten unstatthafter oder überflüssigen Krüge aufgehoben werden müssen, so sind auch diejenigen Schornsteinfegereien und Abdeckereien zu suppressiren, durch welche ältere Privilegien und Concessionen beeinträchtigt und welche durch die Gerichte in polizeilicher Hinsicht für entbehrlich erachtet werden.

Da, wo ältere Privilegien und Concessionen aber nicht zu berücksichtigen sind, weil dieselben entweder gar nicht vorhanden waren, oder deren Dauer abgelaufen ist, dürfen die Gewerbscheine nur erteilt werden, wenn eine gute Polizei die Authorisirung dieser Gewerbe für nöthig erachtet.

Es ist zu dem Ende erforderlich, daß gewisse Bezirke für jedes dieser beiden Gewerbe bestimmt werde, wobei möglichst auf die neue Territorial-Eintheilung nach Gerichten Rücksicht genommen werden muß. Es ist daher für diese Abtheilung ein Entwurf und über die in polizeilicher Hinsicht anzubringenden Verbesserungen Vorschlag zu machen, wohin besonders die strengste Controlle und Verantwortlichkeit dieser Gewerbe zu rechnen ist. Wo es thunlich und res integra ist, kann diese neue Verordnung schon im Jahr

fenden Jahre ihren Anfang nehmen, im entgegengekehrten Falle aber tritt sie mit dem 1. Januar k. J. ein.

Es ist über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten und dabei gleichfalls eine Nachweisung der beizubehaltenden und der aufzuhebenden Schornsteinfegereien und Abdeckereien einzusenden.

L. Resc. v. 9. Juni 1815.

Da auf den Antrag des königl. preuß. Polizei-Ministerii beschlossen ist, daß zur Erleichterung der Verhaftung der durch Steckbriefe verfolgten Individuen, in sofern sie die königl. preuß. Staaten betreten, hinkünftig die zunächst an der diesseitigen Grenze stationirte preussische Gendarmerie von allen in den hiesigen Landen erlassenen Steckbriefe, durch die Justiz- oder Polizei-Behörden, welche dieselben erlassen, sofort in Kenntniß gesetzt werden soll; so bleibt solches den Gerichten zur genauesten Nachachtung hierdurch unverhalten.

Resc. f. R. E. v. 14. Juni 1815.

Da es oftmals vorgekommen ist, daß in den, dem f. R. E. zugehenden, die Anzeigen der Landleute betreffenden Berichten, ältern bekannten Verfügungen entgegen, die Anführung der Brandassurances-Nummer der Hölse, auch in Fällen, wo deren Benennung erforderlich gewesen ist, unterlassen worden, so sind für die Folge in den Berichten solche den Umständen nach jedesmal mit anzuführen.

L. Resc. v. 9. August 1815.

Da seit einiger Zeit die Bettelei und das Umherstreifen gewerbloser und verdächtiger Leute in mehreren Gegenden des hiesigen Landes sehr überhand nimmt und die, zur Steuerung dieses Unwesens ergangenen landesherrlichen Verordnungen nicht selten außer Acht gelassen oder nicht gehörig vollzogen sind, so wird nicht nur eine vorzügliche Aufmerksamkeit auf die pünctliche Befolgung jener Verordnung empfohlen, sondern auch folgende Bestimmungen und Maßregeln über diesen, für die öffentliche Sicherheit sehr wichtigen Gegenstand, vorgeschrieben:

1) Die durch die Landesordnung Art. 24 für die Dörfer angeordneten Tag- und Nacht-Wachen sind als eine, zumal unter den jetzigen Zeitumständen sehr nützliche Einrichtung aller Orten, wo sie in Abgang gekommen, wieder einzuführen, und diejenigen, welchen die Bestellung derselben und die Aufsicht darüber obliegt, besonders dafür verantwortlich zu machen, daß solche allenthalben unausgesetzt und regelmäßig gehalten werden.

2) Um dem fremden Gesindel den Aufenthalt im hiesigen Lande möglichst zu erschweren, müssen die, wegen dessen Habhaftwerdung und Fortschaffung, erlassenen Verfügungen mit vorzüglichem Eifer und Thätigkeit in Ausübung gebracht, und vornämlich öftere und unvermerkte Visitationen in Wirthshäusern, Krügen und andern Zufluchtsorten der Vagabunden und Bettler angestellt werden.

3) Bei der Zurückweisung der zu transportirenden Bettler und Landstreicher ist stets der Grundsatz zu beobachten, daß der Ort, wo sie zuletzt einen festen Wohnsitz gehabt,

für ihre Heimath angesehen, und auf ihren Geburtsort, nur alsdann recurriert werde, wenn gar nicht erellen sollte, daß sie ein eigentliches Domicil gehabt haben.

4) Die bei Bewerksstellung des Transports der Landesverwiesenen hin und wieder eingeschlichenen Mißbräuche, sind mit allem Ernste abzustellen und die hierüber in der landesherrl. Verordn. vom 29. Dec. 1814 §. 8 enthaltenen Vorschriften auf das Genaueste zu befolgen. Insbesondere müssen nicht schwache Kinder und Frauenspersonen, sondern nur gehörig bewaffnete Männer zur Bewachung und Transportirung der Gefangenen gebraucht, und diese, wenn sie die ihnen anvertrauten Arrestanten entlaufen lassen sollten, sofort zur strengsten Untersuchung und Strafe gezogen werden. Auch darf bei dem Transporte kein unnöthiger Aufschub und Zeitverlust gestattet werden; vielmehr wird es den Behörden, welche dafür zu sorgen haben, hiemit zur besondern Pflicht gemacht, die baldige Fortbringung der Gefangenen thunlich zu befördern und, längstens, binnen drei Tagen nach erhaltener Requisition zu bewerkstelligen.

Resc. f. S. R. E. v. 31. August 1815.

Da mit dem königl. preuß. Polizei-Ministerio in Ansehung der nach ihrer Heimath zu transportirenden Landstreicher und Bettler die Uebereinkunft getroffen worden, daß ohne Rücksicht auf den Ort der Geburt, jederzeit der feste Wohnsitz, welchen der zu versorgende Arme oder Bagabonde zuletzt gehabt, für dessen Heimath gehalten werden soll, so bleibt solches hiemit unverhalten und, wenn in einzelnen Fällen der angenommene Grundsatz von königl. preuß. Behörden nicht befolgt werden sollte, so ist das von sofort Anzeige zu thun, damit die versprochene Remedur bewirkt werden kann.

Resc. v. 12. September 1815.

Wegen der Begebeuerungsgelder von Contracten u. s. Art. Arme S. 3.

Resc. f. S. R. E. v. 19. October 1815.

Demnach sich das f. S. R. E. bewogen gefunden, die früherhin geführte unmittelbare Leitung der bei sich zeigenden gefährlichen und ansteckenden Krankheiten unter Menschen und Vieh zu treffenden polizeilichen Mafregeln und Anordnungen provisorisch wieder zu übernehmen, so wird solches dem Gerichte hiemit bekannt gemacht und haben sich dieselben von jetzt an, bis auf weitere Verfügung in allen, diesen wichtigen Gegenstand der allgemeinen Landes-Polizei betreffenden, Angelegenheiten mit ihren Berichten, Anfragen und Vorschlägen, insofern solche nicht durch die Wirkungen und Verfügungen der betreffenden Oberhauptleute ihre Erledigung erhalten sollten, sofort an das f. S. R. E. zu wenden.

Resc. f. S. R. E. v. 28. October 1815.

Es ist nothwendig, daß sogleich von den Ortsvorstehern beim Ausbruche eines Feuers ein reitender Bote an das Kr. Ger. abgefertigt werde, damit sofort wenigstens einer der Beamten mit dem Amtsvoigte sich zu der Brandstelle begeben und zweckmäßige Vorkehrungen zur Löschung treffe.

Resc.

Resc. f. R. E. v. 23. December 1815.

Vor den Kesselhändlern ein Gewerbschein zum Hausirhandel mit Kesseln und Eisenwaaren ertheilt werden kann, ist erforderlich, daß über die Herkunft, das Vermögen, die frühere Aufführung und den Lebenswandel der darum Nachsuchenden eine genaue Kenntniß erlangt werde und man sich versichert halten darf, daß sie die erhaltene Concession nicht zur Belästigung und Gefährdung der Unterthanen mißbrauchen werden.

Resc. f. R. E. v. 20. Februar 1816.

Die Revision der Verpflegungskosten-Rechnungen für Gefangene hat erwiesen, daß transportirte Gefangene sich zuweilen doppelte Nkung reichen lassen, indem man ihrer Angabe, daß sie selbige noch nicht erhalten, Glauben beigemessen und es muthmaßlich nicht hat untersucht werden können, weil selbige von dem Gefangenwärter nicht transportirt worden.

Um nun diesem Mißbrauche abzuhelpen, ist unter dem Führungsbefehle jedesmal zu bemerken, ob der Gefangene für den Tag seines Transports die Nkung bereits erhalten habe.

Resc. f. G. R. E. v. 18. April 1816.

Der Umstand, daß die Ehefrau eines, im Auslande sich aufgehaltenen Mannes, in einer hiesigen Gemeinde geboren ist, kann die Gemeinde nicht verpflichten, deren Ehemann nebst der ganzen Familie aufzunehmen.

Resc. f. G. R. E. v. 29. April 1816.

Auf die herumstreifenden Bettler, Vagabunden und andere verdächtige Personen soll unter den jetzigen Umstände sorgfältig geachtet und besonders darauf gesehen werden, daß die vorschriftsmäßigen Tag- und Nacht-Wachen auf das Regelmäßigste gehalten werden.

Resc. f. R. E. v. 10. Mai 1816.

1) Schon durch die allgemeine Landesordnung Art. 85 ist die Ernennung von zwei Feuerherren für jeden Ort vorgeschrieben, welche sich mit öfterer Visitationen nach Feuergefährlichkeiten, besonders nach der Erndte beschäftigen sollen. Diese Vorschrift ist aber entweder gar nicht mehr beachtet, oder die Visitationen werden, wenn auch die Feuerherren noch vorhanden sind, nicht oft genug, und nicht zu jeder Jahreszeit vorgenommen. Es ist daher nöthig, daß in jeder Gemeinde zwei zuverlässige Männer für diese Visitationen ausersehen werden, die sie in allen Häusern möglichst oft, und wenn es sein kann, jeden Monat, jedoch nur unvermuthet und nicht an bestimmten Tagen vornehmen müssen. Dieselben müssen für dieses Geschäft haften, und sind demnach von den f. Kr. Ger. sämmtlich zu beedigen. Die Kr. Ger. müssen darauf halten, daß die Visitationen oft genug und ordnungsmäßig angestellt werden.

Wünschenswerth wird es sein, wenn die Amtsvoigte wie ehemals, mit diesen Nachsuchungen beauftragt werden können; da dieselben aber bis jetzt noch in zu geringer Anzahl vorhanden, auch mit andern Geschäften zu sehr überladen sind; so wird man

sich vorerst begnügen müssen, den Ortsvorstehern die Leitung dieser Visitationen zu übertragen. Mit diesen Visitationen ist auch sofort der Anfang zu machen, und sind die bemerkten Feuergefährlichkeiten und Contraventionsfälle den f. Kr. Ger. zur forderksamsten Remedur und Bestrafung anzuzeigen.

2) Besondere Tag- und Nacht-Wachen müssen sofort in allen Gemeinen angeordnet werden. Die Tage-Wachen können durch Reihedienst, auch allenfalls durch bejahrte männliche Personen versehen werden. Zu den Nachtwachen aber muß eine sichere und rüstige Mannsperson angestellt und von der Gemeinde besoldet werden. Auch ist es jetzt gerathen, einige Zeit hindurch noch besondere Reihe-Wachen, welche neben dem Nachtwächter in und am Dorfe herum patrouilliren, anzuordnen, um die besorgliche Gefahr der Brandstiftung abzuwenden.

3) Die Feuerlöschungsgeräthschaften müssen sofort untersucht werden, wozu von den Kr. Ger. sachverständige Werkmeister angewiesen werden können; die nöthigen Reparaturen aber müssen darauf sogleich von erstern angeordnet werden, so wie auch von denselben die Anschaffung der außerdem noch erforderlichen kleinen Geräthschaften, als Leitern, Haken, Eimer u. unverzüglich zu verfügen ist. Zu den Eimern sind diejenigen von Hans mit Firniß überzogen, am meisten zu empfehlen, indem sie weniger kostbar und dauerhafter sind, als die Ledernen. Die hierdurch erwachsenden Kosten sind von den Eigenthümern der Gebäude zu tragen, und nach dem Brandversicherungs-Cataster zu repartiren, insofern die Einnahme und Vorräthe der Feuercaffen dazu nicht hinreichen. F. R. C. will jedoch dem Gutachten entgegen sehen, inwiefern es rathsam und ausführbar sei, zu diesen Kosten auch die Inquilinen nach dem Fuße der Personalfsteuer heranzuziehen. Wegen Anschaffung der etwa noch erforderlichen Spritzen, und wegen Locirung und Vertheilung der jetzt vorhandenen, behält sich f. R. C. eine weitere Verfügung vor, so wie auch wegen der etwa noch nöthigen Kübel. Die kleinen Löschungs-Geräthschaften, wozu auch die besonders zu empfehlenden Handspritzen gehören, müssen mit Vorsicht, und zwar die Eimer und Handspritzen in den Kirchthürmern unter Aufsicht des Rüstlers, die Haken und Leitern aber an der Kirche, und wo die Localität dieses nicht gestattete, an andern möglichst sichern Gebäuden aufbewahrt werden, so daß sie weder einer Feuersgefahr noch dem Wetter ausgesetzt sind.

F. R. C. beauftragt die Oberhauptleute, eine Nachweisung der jetzt vorhandenen und noch anzuschaffenden Feuerlöschungsgeräthschaften nach den anliegenden Formularen bald möglichst einzusenden.

4) Ist es erforderlich, daß zur Dirigirung der Löschungs-Anstalten bei einer Feuersbrunst für eine oder mehrere nahe bei einander belegenen Gemeinen ein Commissair ernannt werde. Diese Commissaire müssen unter den Gutsbesitzern, wenn solche dazu geneigt, den Pächtern, Amtsverwaltern, Förstern, oder sonstigen Personen ausgewählt werden, welche durch Ueberlegung und Entschlossenheit die Fähigkeiten zu einer solchen Function, in sich vereinigen. Diesen Commissairen muß die Leitung der Löschung eines Brandes

des ausschließlich überlassen bleiben, und selbst die Kreisbeamten dürfen nur durch Berathung mit demselben auf die Löschung wirken. Es wird gut sein, wenn sie sich durch ein Abzeichen an der Kleidung kenntlich machen.

F. R. E. beauftragt die Oberhauptleute, die Commissaire mit Zuziehung der f. Kr. Ger. provisorisch zu ernennen, und ein Verzeichniß davon zu deren Bestätigung demnächst einzusenden.

5) Die unzweckmäßige Bauart vieler Dörfer ist oft ein Hauptgrund der schnellen Verbreitung eines Brandes. Bei einem neuen Anbau, oder dem Wiederaufbaue eingestocherter Gebäude ist deshalb mit Sorgfalt auf Vermeidung der Feuergefähr zu halten. Schon den §. 7 der höchsten Instruction vom 24. Februar 1814 sind die Oberhauptleute hierzu angewiesen; f. R. E. macht es ihnen daher nochmals zur Pflicht, durchaus keinen Aufbau zu gestatten, bevor nicht vom f. G. R. E. der Plan dazu gebilligt ist.

F. R. E. hat besonders wegen Separirung der Höfe und desfalliger Benutzung der Gemeinde-Grundstücke Vorschläge gemacht.

Resc. f. R. E. v. 3. Juni 1816.

Die Administration unentgeltlich zu verwalten, f. Art. Stempel.

F. R. E. Vorläufige Bestimmungen wegen einer zu erlassenden Verordnung in Betreff der Wiederaufbauung abgebrannter Ortschaften vom 9. Juli 1816.

(Da eine Feuer-Ordnung erwartet wird, worin diese Bestimmungen enthalten sein werden, so ist dieses hier nur nachrichtlich angeführt.)

I. Resc. v. 25. Juli 1816.

Da in Ansehung der Ertheilung von Reisepässen für die annoch in den Jahren der Militairpflichtigkeit stehenden jungen Leute einstweilen und bis auf weitere Verordnung, auf den Vorschlag der M. Administ. Com. genehmigt worden ist, daß

1) alle diejenigen Individuen, welche das 18te Jahr ihres Alters noch nicht zurückgelegt haben, die Erlaubniß ins Ausland zu reisen und sich daselbst aufzuhalten, zwar nicht verweigert, dabei jedoch den Aeltern oder sonstigen Angehörigen dieser jungen Leute die Verpflichtung auferlegt werde, sobald letztere das 19te Lebensjahr antreten und bis zur Vollendung des 25ten Jahres von deren jebeßmaligen Aufenthaltsorte, der betreffenden Obrigkeit bestimmte Anzeige zu machen, damit dieselben erforderlichen Falls, zum Eintritte in den activen Dienst einberufen werden können;

2) in den Pässen aller Derjenigen, welche das 25te Jahr noch nicht zurückgelegt haben, ausdrücklich bemerkt werde, daß Impetrant sich jederzeit bei Strafe der Sequestration seines, im hiesigen Lande habenden jetzigen und künftigen Vermögens, zum Militairdienst zu stellen habe, sobald er entweder von seiner Obrigkeit oder durch einen allgemeinen Aufruf zu den Waffen aufgerufen werden sollte;

3) auch den bei der Reserve bereits einrangirten oder in Gemäßheit etwaniger künftigen Verfügung einzurangirenden Männern, auf deren Nachsuchen, der erforderliche

Urlaub zum Aufenthalte im Auslande auf unbestimmte Zeit von den Militär-Behörden bewilligt werden solle, jedoch unter dem Vorbehalte, sich bei eintretender Nothwendigkeit unweigerlich wieder zu stellen, auch mit der Verbindlichkeit für die nächsten Anverwandten solcher Beurlaubten, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß die desfalligen Einberufungs-Ordres, richtig an dieselben gelangen; so wird dieses zur Nachachtung unverhalten.

Resc. f. G. R. E. v. 27. August 1816.

Da hin und wieder Zweifel darüber entstanden ist, ob die Ortsvorsteher das Ansagen der Herrendienste an die einzelnen Dienstpflichtigen in ihren Gemeinen in derselben Art, wie solches ehemals geschehen, zu besorgen haben, dieses aber allerdings und um so mehr zu ihrer Verpflichtung gehört, als durch die Verordnung vom 19. Febr. 1814 ihnen die Emolumente der ehemaligen Bauernmeister beigelegt worden, so haben die Kr. Ger. sich hiernach zu achten und da wo wider Erwarten die Ortsvorsteher hierunter ihrer Verpflichtung nicht nachkommen sollten, dieselben dieserhalb zu belehren und mit Anweisung zu versehen.

Resc. f. R. E. v. 11. September 1816.

Die Verfügung des Resc. vom 10. Mai 1816 No. 4 wird dahin modificirt, daß die darin gedachten Commissarien nur interimistisch und bis zur Ankunft eines Kreisbeamten auf der Brandstelle, die Direction bei der Löschung haben und auf jeden Fall den Kreisbeamten untergeordnet sein sollen.

Resc. f. R. E. v. 17. September 1816.

In Beziehung auf die, in dem 70sten Stücke der braunschw. Anzeigen v. J. befindlichen Bekanntmachung vom 5. Sept. 1815, wodurch bereits das in den landesherrl. Verordnungen vom 29. Januar 1787 und 29. April 1801 enthaltene Verbot der Ausfuhrung der inländischen und vom Auslande eingebrachter Lumpen erneuert ist, wird den Kr. Ger. eröffnet, wie einer neueren höchsten Bestimmung zufolge, die gedachten beiden Verordnungen, unabhängig von der fortbestehenden Gewerbesteuer-Verfassung, vom 1. Januar 1817 angerechnet, in ihrem ganzen Umfange wieder hergestellt werden sollen. Indem die Kr. Ger. daher mit den Bestimmungen dieser höchsten Verordnungen beauftragt worden, werden die Kr. Ger. besonders angewiesen, diejenigen Papiermüller, welche den dadurch vorgeschriebenen Eid noch nicht abgeleistet haben, sofort zu beeidigen, die sämtlichen Papiermüller aber von der Wiederherstellung jener Verordnungen in Kenntniß zu setzen, damit dieselben bei Zeiten ihre Einrichtungen wegen Anstellung der Factoren treffen und diese wiederum die nöthigen Lumpensammler annehmen können.

Auch die Factoren und Lumpensammler sind beauftragt zu beeidigen, die erstern in die Verzeichnisse der Gewerbetreibenden zur Erlangung der erforderlichen Gewerbescheine für das künftige Jahr mit aufzunehmen, die letztern aber mit dem, zur Ausübung ihres Gewerbes nöthigen Pässen zu versehen. Vorkommende Contraventionen sind pflichtmäßig zu untersuchen und nach der ganzen Strenge der erwähnten Verordnungen zu bestrafen.

Resc. f. R. E. v. 1. November 1816.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß noch fortbauernnd von auswärtigen, mit Gewerbescheinen nicht versehenen Aufkäufern, die rohen Viehhäute im Lande weggekauft werden. Ob es nun gleich Bedenken gefunden, die älteren, wegen des Vorkaufs roher Felle, erlassenen Verfügungen und Circular-Rescripte, ausdrücklich wieder in Kraft zu setzen, dennoch der Aufkauf der rohen Felle durch Auswärtige, welche mit Gewerbescheinen nicht versehen sind, durchaus verboten ist; so ist streng darauf zu achten, daß dergleichen Personen sich nicht einschleichen und sind im Betretungsfalle, den Gesetzen gemäß, die strengsten Maßregeln gegen dieselben zu ergreifen.

(Vergl. Bekanntmachung vom 11. Febr. 1821 Art. Steuern.)

Resc. f. R. E. v. 20. November 1816.

Es ist schon durch die Verordnung vom 10. März 1704 §. 30 festgesetzt, daß vor allen Städten, Stiften, Klöstern, Flecken und Dörfern, auch an den Scheidewegen durchgehends Wegweiser gesetzt werden sollen. Dieser Verordnung mußte aber entweder nicht gehörig nachgekommen oder die gesetzten Wegweiser abhanden gekommen und nicht wieder ergänzt sein. Jetzt wenigstens findet man in den hiesigen Landen nur an wenigen Stellen noch diese, für die Reisenden so wichtigen Wegweiser. Dieser Mangel soll nun ungesäumt abgestellt und dadurch der gerechte Vorwurf vermieden werden, den man dem Braunschweigischen Lande in Gegensatz benachbarter Lande hierunter macht. Es soll daher die Vorschrift jener Verordnung fordernd in Ausführung gebracht und durch die Kr. Ger. ausgemittelt werden, wo dergleichen Wegweiser gesetzt werden müssen, alsdann aber ist ein Verzeichniß, binnen 6 Wochen einzusenden, wobei jede Nummer desselben zu bemerken ist, wem auf Grundlage der angezogenen Verordnung, die Anschaffung und Unterhaltung derselben obliegt. Insofern hierzu Gemeinden oder Privati verbunden sind, sind solche sofort dazu anzuhalten, wogegen wegen den, der f. Kammer obliegenden Anschaffung, sobald sie durch die Verzeichnisse davon benachrichtigt worden, ungesäumte Verfügung erfolgen soll.

Resc. v. 24. December 1816.

Wegen Verwendung der Polizeistraf-Gelder, f. Art. Arme u. S. 4.

Resc. f. R. E. v. 29. Februar 1817.

Wegen Beeidigung der Mauermeister und Instruction der Schornsteinfeger, f. Art. Gewerbe und Gilden S. 132.

Resc. f. R. E. v. 25. Februar 1817.

Die Fohlenschneider und die Thierärzte sollen vom Obersanitäts-Collegio examinirt sein.

Resc. f. R. E. v. 19. Mai 1817.

Es ist auf den Antrag des f. Ob. S. E. den Physiciis im Lande nachgelassen, die Liquidationen der beservirten Gebühren für die ihnen, von Seiten des Gerichts aufgetragenen medicinischen, mit dem Atteste des Gerichts vierteljährlich zur Berichtigung

ihrer Forderung einreichen zu dürfen. Damit nun aber diese Verfügung nicht zu vielen Abrechnungen bei der f. Kammer=Casse Anlaß gibt; so ist dieses Attest in solchen Fällen zu verweigern, da der Ersatz dieser Gebühren dem Inquisiten oder den Gemeinen zur Last fällt und deren Einziehung sich in einigen Monaten hoffen läßt. Uebrigens ist auch dafür Sorge zu tragen, daß die nur vorschußweise aus f. Kammer=Casse gezahlten Gebühren von demjenigen, welchem sie definitiv zur Last fallen, derselben gehörig refundirt werden.

Resc. f. G. R. E. v. 10. Juni 1817.

Es ist seit einiger Zeit öfter vorgekommen, daß die auswärtigen Behörden, bei der Ueberlieferung der in die hiesigen Lande in ihre Heimath, oder durch die hiesigen Lande in ihre Heimath zu transportirenden Wagabunden die bis zur Gränze verursachten Kosten gefordert haben, auch selbige ihnen wirklich erstattet und von einem Ortsvorsteher nach dem andern auf der Route bis zum Ablieferungsorte übernommen sind. Da nun aber die Kosten dieser Art, nur in den besonderen Fällen, wenn etwa der Transportirte von einer hiesigen Behörde absichtlich und wissentlich in das Ausland gesendet, oder von derselben dessen Auslieferung unter sicherer Begleitung ausdrücklich verlangt worden, oder der Transportirte ein hinreichendes eigenes Vermögen besitzen sollte, um diese Kosten zu ersetzen, von der ersten hiesigen Gränzbehörde vorschußweise, erstattet zu werden brauchen; im Allgemeinen aber der auswärtige Staat, zu dessen eigenen Sicherstellung, solche Kosten verwendet werden, zu deren Uebnahme verbunden ist, wie denn auch besonders die königl. preuß. Gränzbehörden von dem Polizei=Ministerio zu Berlin ausdrücklich angewiesen sind, die durch den Transport der Wagabunden und Verbrecher vom Civilstande aufgelaufenen Kosten, durch die erste absendende Behörde, bei der, der letztern vorgesezten königl. preuß. Regierung zu liquidiren, so sind die Ortsvorsteher hierüber zu belehren und vor der unvorsichtigen Verichtigung solcher ungegründeten Anforderungen der auswärtigen Gränzbehörden bei Vermeidung eigener Verantwortung, zu verwarnen.

Resc. f. R. E. v. 13. Juli 1817.

Künftig soll bei Anlegung neuer Privatbacköfen in den Dörfern mit möglicher Vorsicht verfahren werden. Wenn demnach in der Folge sich Jemand zur Betreibung einer neuen Bäckerei in einem Orte meldet, wo schon ein Gemeine=Backhaus vorhanden ist; so darf eine solche neue Anlage nicht unbedingt, sondern nur unter besondern, für den Gewerbetreibenden sprechenden Gründen, wozu hauptsächlich die Qualifikation des Bäckers, die Feuerfestigkeit seines Locals und die Unzulänglichkeit des ältern Backhauses zu rechnen sind, gestattet werden. Auch ist in solchen Fällen dem zu Patentirenden bekannt zu machen, daß die fernere Gestattung seiner Bäckerei, wenn einmal die Gewerbefreiheit wieder aufhören werde, nicht mit Sicherheit verbürgt werden könne, welches er wegen der von ihm etwa beabsichtigten kostspieligen Anlage, wohl in Rücksicht zu nehmen habe.

Um hierunter eine desto sichere Controlle einzuführen behält sich f. R. E., für jeden einzelnen Fall, auf einen desfalls vorgängig anhero zu erstattenden Bericht die specielle Genehmigung vor.

Da bisher Fälle vorgekommen, wo einzelne Personen ihr Brod selbst gebacken haben, obgleich in ihrer Gemeinde ein Backhaus befindlich ist; so macht f. R. E. die Gerichte darauf aufmerksam, daß die Einrichtung wegen der dagegen obwaltenden polizeilichen Rücksichten, ferner gar nicht mehr geduldet werden darf.

Was dagegen die Privat=Backöfen in den Landgemeinen betrifft, welche schon bisher auf Gewerbescheine betrieben sind, und durch Vermehrung der Concurenz auch von Nutzen sein kann, so dürfen dieselben so lange die jetzige Gewerbeverfassung besteht, nicht weggeschafft werden, in sofern die Backöfen feuerfest sind, und gegen die Gefchicklichkeit der Inhaber nichts zu erinnern ist.

Wegen der Feuerfestigkeit die nöthige Ueberzeugung zu erhalten, hat das Gericht zu verfügen, daß die Defen von beeidigten Mauer = und Zimmermeistern auf das Genaueste untersucht, und diejenigen davon, bei welchen sich Feuergefährlichkeiten ergeben sollten, sofort für den fernern Gebrauch untauglich gemacht werden.

Resc. f. R. E. v. 11. September 1817.

Durch das Resc. vom 20. März 1815 ist unter andern verfügt worden: daß sämtliche Bauanschläge nur allein von beeidigten Amts=Zimmermeistern, mit möglichster Rücksicht auf Holz= Ersparung, angefertigt werden sollen. Da nun dem Vernehmen nach, für manche Ortschaften Amtszimmermeister überall noch nicht vorhanden sind; so sind dazu passende Subjecte auszuwählen, solche durch den Kammerbaumeister des Bezirkes baldigst prüfen zu lassen und nach befundener gehöriger Qualification, zu Amtszimmermeistern zu bestellen. Wie auch nothwendig gefunden ist, daß sowohl die gegenwärtig schon angenommenen, als die von neuem erst anzustellenden Amtszimmermeister, auf eine bestimmte, und nebst den dazu gehörigen Eidesformeln abgedruckte Instruction, verpflichtet werden: so werden Exemplare mitgetheilt um die, im Gerichtskreise vorhandenen oder noch anzunehmenden Amtszimmermeister, darauf zu beeidigen, einem jeden ein Exemplar der Instruction zu behändigen und, wie es geschehen, nicht allein dem f. R. E. sondern auch dem Oberforstmeister und den betreffenden Gemeinen anzuzeigen, damit jeder Bau-lustige erfahre, an wen er sich zu wenden habe.

Instruction für die Amtszimmermeister im Wolfenbüttelschen, Schöninghschen und Weser=Districte.

1) Wenn der Amtszimmermeister zu Anfertigung von Bau=Anschlägen aufgefordert worden, oder ihm Anschläge zur Revision und Attestirung zugestellt werden, so hat er sich an Ort und Stelle zu verfügen und die Besichtigung und Untersuchung nach bestem Wissen, mit gehöriger Aufmerksamkeit, getreulich und ohne Nebenabsichten folgendergestalt anzustellen:

A. Bei beabsichtigten Reparaturen

- a. ist gründlich nachzusehen, ob der vermeinte Schade wirklich vorhanden ist.
- b. Findet sich solches, so ist zu überlegen, auf welche Weise solcher am besten

und dauerhaftesten, jedoch mit möglichster Ersparung der Kosten, zu bessern, und was dazu an Bauholz unentbehrlich nöthig ist.

c. Ist bei dem, dem Amtszimmermeister etwa zugefertigten Anschläge, sowohl in der Art der Reparatur, als des verzeichneten Holzes, nichts zu erinnern, so hat derselbe unter sothanen Anschlag zu setzen: „daß die angegebene Reparatur nöthig und dazu das specificirte Holz erforderlich sei.“

Ist aber bei dem Anschläge etwas zu erinnern, so ist solches dem Eigenthümer des Gebäudes zu bedeuten und der Anschlag darnach abzuändern.

d. Anschläge, welche von dem Amtszimmermeister selbst zu machen, sind, nach befundener Beschaffenheit, aufs genaueste und sparsamste einzurichten.

B. Wenn die Erbauung eines ganz neuen Gebäudes beabsichtigt wird, so hat der Amtszimmermeister

a. das alte Gebäude zuvor mit allem Fleiße zu untersuchen, ob solches wirklich in so verfallenen Umständen sich befindet, daß mit einer Reparatur nicht zu helfen, sondern die Abbrechung und neue Erbauung unumgänglich nöthig ist.

Zeigt sich das Gegentheil, so ist ein Anschlag von dem zur Reparatur erforderlichen Holze anzufertigen, dabei aber sind die Gründe anzuführen, warum diese und nicht der neue Bau vorzuziehen sei.

Ist aber die Vorrichtung eines neuen Gebäudes nöthig, so ist

b. in Erwägung zu ziehen, was von dem alten Holze brauchbar ist, welches von dem zu veranschlagenden neuen Quanto abzusetzen ist.

c. Das Hauptaugenmerk sowohl bei Wohnhäusern, als Scheuern und Stallungen muß aber darauf gerichtet sein, daß solche nicht größer eingerichtet werden, als sie von den fürstl. Beamten, den Umständen nach, für nöthig erachtet worden.

d. Die sämtlichen Anschläge der Gebäude sind dergestalt einzurichten, daß sie zu dem bestimmten Gebrauche so dauerhaft und bequem, als möglich, vorgerichtet werden, und ist jedesmal die Höhe, Breite und Tiefe derselben, auch wie weit die Balken auseinander zu liegen kommen sollen, specificirte mit anzusetzen.

Die Höhe anbelangend, so darf solche mit den Balken in den Wohnhäusern unten nicht über 11 und unter 9 Fuß, oberhalb nicht über 9 und unter 8 Fuß; in Kuhställen nicht über 10 Fuß und in Pferdeställen nicht über 12 Fuß sein.

Was die Weite der Balken anbetrißt, so ist solche nach Maassgabe der Länge in Wohnhäusern und mit Korndböden überbauten Ställen nicht über 4 und nicht unter $3\frac{1}{2}$ Fuß; hingegen in Schweine- u. Schaf-, auch andern mit Futterböden erbauten Ställen nicht über 5 und nicht unter 4 Fuß zu bestimmen.

e. Auf die Dauer der Gebäude ist dergestalt zu sehen, daß die Verbindung in den Schwellen, Ständern, Wänden, Riegeln, Platen, Balken und Sparren aufs beste geschehe, und erstere auf ebenem Boden überall 2 Fuß hoch von der Erde und innerhalb wenigstens 9 Zoll vom Fußboden, auf unebenen Terrain aber an den höchsten Stellen

15 Zoll

15 Zoll hoch zu liegen kommen; daß das dazu erforderliche Holz in zureichender, jedoch nicht übermäßiger Stärke genommen werde; daß die Stockwerke nicht höher, als es die Nothdurft erfordert, gemacht, niemals aber in einem Stockwerke zwei Etagen, wie vorhin im Lande wohl geschehen, vorgerichtet werden, sondern wenn bei einem Gebäude mit einem Stockwerke nicht auszukommen, sobald ein jedes mit seinen besonderen Schwellen oder Sechshölzern, Ständern, Platen, Balken u. verfertigt, alle Wände in dem obersten Stockwerke gerade auf die untersten gesetzt, und also dem Gebäude die gehörige Festigkeit gegeben, auch insbesondere bei den Wohnhäusern das Zimmerwerk solchergestalt vorgerichtet werde, daß zu Aufführung der Brandmauern und feineren Rauchfängen, auch Treppen der erforderliche Raum hinlänglich übrig bleibe, und bei deren nachherigen Verfertigung nicht nöthig sei, von den Ständern oder Balken wiederum etwas wegzunehmen.

f. Was die Dächer anbetrifft, so ist dahin zu sehen, daß solche nicht in einer übermäßigen, sondern in solcher Höhe angelegt werden, welche sich zur Tiefe des Hauses am besten schickt, damit nicht längeres Sparrenholz, als es die Nothwendigkeit erfordert, verbraucht, sondern auch auf diese Weise die nöthige Holzersparung beobachtet werde; und um diese Absicht desto gewisser zu erreichen, wird hiedurch zugleich verordnet, daß auf dem Lande sowohl bei neuen Wohnhäusern, als Scheuern, Stall- und anderen Haushaltungs-Gebäuden, den Dächern zwei Drittel von der ganzen Tiefe des Hauses oder sonstigen Gebäudes, und also bei einem 30 Fuß tiefen Gebäude 20 Fuß, bei einer höchstens 9 Zoll weiten Belattung von Mitte zu Mitte, zur senkrechten Höhe gegeben werde.

Bei Wohnhäusern kann jedoch, den Umständen nach, auch wohl die Hälfte der Tiefe zur perpendicularen Höhe zureichen, wenn die Belattung von 9 auf 8 Zoll vermindert wird.

g. Die in den Anschlägen aufzuführenden Krippen sind nicht in Blöcken, sondern nach den jedesmal anzugebenden Längen der Krippen in Bohlen zu veranschlagen.

h. Es ist darauf zu halten, daß die Wände ausgemauert werden, daher die üblichen sogenannten Stahlhölzer und Wandruthen aus den Anschlägen wegfallen.

i. An den Orten, wo Bruchsteine in der Nähe sind, soll so viel, als thunlich, dahin gesehen werden, daß wenigstens die unterste Etage der Wohngebäude massiv gebauet werde. Es ist also hierauf bei Anfertigung der Anschläge Rücksicht zu nehmen, und wenn Gründe vorhanden sein sollten, weshalb von jener Bestimmung abzugehen sein möchte, so sind solche unter dem Anschlage kürzlich zu bemerken.

k. Anstatt, daß bisher die Giebelsparren von Eichenholze genommen worden, sollen solche von Tannenholze veranschlagt, auch die büchenen Dielen, zur Bekleidung der Giebel gänzlich wegfallen und die Wände ausgemauert werden.

2) Von ganz neuen Gebäuden ist jedesmal ein Grund- und Standriß, nach ei-

nem nicht allzu großen Maaßstabe, auf welchem die Träger und Balken des Dachgesparres mit punctirten Linien zu bemerken sind, dem Anschlage beizufügen.

3) Dem Bauherrn steht es nicht unbedingt frei, die neu zu bauenden Gebäude wiederum auf die alte Stelle vorrichten zu lassen, vielmehr ist es erforderlich, daß von der obrigkeitlichen Behörde die neue Baustelle für jedes Gebäude, es sei Wohnhaus, Scheure oder Stallung, zuvor angewiesen werde. Zum Richten oder zum Aufbaue eines jeden Gebäudes hat also der Zimmermeister eher nicht zu schreiten, bis von der Obrigkeit der Bauplatz ausgewählt und bestimmt ist.

4) Die solchergestalt attestirten, rectificirten oder verfertigten Risse und Holzansschläge sind hierauf zeitig und spätestens am Ende des Monats August dem fürs. Kreismeister, oder anderen Ortsobrigkeiten, einzuliefern, und wenn bei einem oder andern besonders etwas zu erinnern sein sollte, so ist solches zugleich mit anzugehen.

5) Nach Vollführung der Bauten und Reparaturen ist im nächstfolgenden Jahre, im Beisein des betreffenden Revierforstbedienten, in einem mit diesem zu verabredenden und gemeinschaftlich anzuberaumenden Termine, nachzusehen, ob die Unterthanen das ihnen verwilligte Holz wirklich verbraucht haben. Von dem verwilligten, aber gar nicht verbrauchten, desgleichen von dem etwa bei dem Baue oder bei der Reparatur ersparten Holze ist dem Districts-Oberforstbedienten von Vorbenanntem ein gemeinschaftliches Verzeichniß zu Besorgung des Weiteren einzureichen.

6) Für obbemeldete Verrichtungen sollen dem Amtszimmermeister von den Eigenthümern der Gebäude bezahlt werden:

1. Bei neu zu errichtenden Gebäuden für die Verfertigung des Risses und Anschlages.

a. Von einem Wohnhause, es sei groß oder klein, 16 Ggr.

b. Von einer Scheure oder Ställe ebenfalls ohne Unterschied der Größe 8 Ggr.

Ist aber Riß und Anschlag von einem andern gemacht und keine Aenderung daran nöthig, so bekommt der Amtszimmermeister die Hälfte des obigen Lohns.

2. Für die nach beendigtem Baue vorzunehmende Revision, ob das verabsolgte Holz sämmtlich verbraucht ist, jedoch nur in dem Falle, wenn von einem andern, als dem Amtszimmermeister, der Bau besorgt ist:

a. Für ein Wohnhaus 12 Ggr.

b. Für eine Scheure oder Stall 6 Ggr.

3. Bei bloßen Reparaturen, aber, sowohl für die Verfertigung des Anschlages, als nachheriger Untersuchung wegen des verbrauchten Holzes, die Reparatur möge stark oder geringe sein, soll für jedes separate Gebäude 4 Ggr. bezahlt werden.

Mit diesen Löhnen hat der Amtszimmermeister sich völlig begnügen zu lassen, da für die zu seiner Reise erforderlichen Kosten für Quartier und Beföstigung zu übernehmen und deshalb von Niemanden im geringsten etwas weiter zu nehmen und zu verlangen.

7) Bei den von dem Amtszimmermeister auf den Dörfern anzustellenden Besichtigungen hat derselbe zugleich die Kirchen = Pfarr = und Schulgebäude, imgleichen auch die

Gemeine-Häuser in Augenschein zu nehmen, und das, was dabei zu erinnern gefunden, dem f. Kr. Ger. zu melden, welches wegen seiner Befriedigung, sowohl was die Geistlichen = als was die Gemeine-Gebäude anbetrifft, das Erforderliche verfügen wird.

8) Wenn von dem f. Kreisamte dem Amtszimmermeister Taxations-Geschäfte übertragen werden sollten, so hat derselbe die Taxata nach seinem besten Wissen und Gewissen einzubringen; auch sich mit denen dafür üblichen Gebühren zu begnügen.

9) Insonderheit hat derselbe die ihm zu übertragende Taxation der in die Brandversicherungs-Casse zu setzende Gebäude nach pflichtmäßigem Gutbefinden, nicht nach der Willkühr der Eigenthümer, zu verrichten, und die Taxations-Summe dem f. Kreisamte, unter Anführung der Länge, Breite, auch der Anzahl der Verbinde und der Assurance-Nummer des Hofes, anzuzeigen, wobei bemerkt wird, daß die Taxations-Summe eines jeden einzelnen Gebäudes in 25, 50, 75 oder 100 Rthlr. aufgeben muß, mithin ein Gebäude, welches z. E. zu 1043 Rthlr. geschätzt worden, nicht mit dieser Summe, sondern mit 1050 Rthlr. eingegeben werden muß.

10) Uebrigens hat der Amtszimmermeister die ihm in Arbeit gegebenen Baue und Reparaturen mit Fleiß und tüchtig zu verfertigen, dabei das Herrschaftliche Interesse und der Eigenthümer Nutzen und Bestes jedesmal vor Augen haben, und deshalb gute und arbeitsame Gesellen, auch rüstige Lehrburschen annehmen, auf dieselben und daß sie ihre Arbeiten nach den ihnen gegebenen Anweisungen verrichten, sorgfältig achten; Niemanden im Lohne übersetzen, sondern darin nach Billigkeit verfahren; auch überhaupt auf keine Weise zu Beschwerden und Klagen wider sich Anlaß zu geben, sondern sich jederzeit dergestalt zu betragen, als einem ehrlichen und guten Zimmermeister eignet und gebühret.

Eidesformel für den Amtszimmermeister.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und sein heiliges Wort, daß der Herzogl. Braunschweig-Lüneburgischen Landes-Regierung ihr wollet getreu und gewärtig sein, Höchstselben Bestes und Nutzen befördern, Schaden und Nachtheil aber nach eurem besten Vermögen abwenden. Nach höchstgedachter Landes-Regierung und der f. Kammer Gebot auch Verbot euch unterthänigst und schuldigst achten, auch dem f. Kreisamte und euren übrigen Vorgesetzten schuldigen Respect und Gehorsam erweisen. Insonderheit aber bei dem euch anvertrauten Amte eines vereideten Amtszimmermeister, die euch darüber ertheilte Instruction zur pflichtmäßigen und genauesten Verhaltung dienen lassen, mit gänzlicher Hintansetzung aller Nebenabsichten und Leidenschaften euer Amt verwalten und kurz euch jederzeit so betragen, wie es einen treuen ehrlichen und gewissenhaften Amtszimmermeister eignet und gebühret, so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort!

Resc. f. R. E. v. 29. December 1817.

Nach der Verordn. vom 21. Decbr. 1772 sollen alle schadhaften Gemeine-Bachhäuser reparirt, da, wo noch keine dergleichen vorhanden, sie sogleich vorgerichtet, die feuergefährlichen Privat-Anlagen der Art aber sofort eingeschlagen werden.

Auch ist durch das Rescript vom 13. Juli c. eine Disposition der Bäckfen durch

beeidigte Mauer- und Zimmermeister vorgeschrieben, indem f. K. E. die strengste Vollziehung der obigen Verordnung jetzt um so mehr für höchst nothwendig hält, als verschiedene auffallende Beispiele die dringende Vermuthung gegeben haben, daß auf dem platten Lande feuergefährliche Anlagen der Art in großer Anzahl vorhanden sind. Obgleich es schon im Allgemeinen zu der Gerichte Obliegenheit gehört, dahin zu sehen, daß den bestehenden Verordnungen zur Abwendung der Feuersgefahr in Ansehung der Einrichtung der Gebäude gehörig nachgekommen werde, so macht f. K. E. die Gerichte, doch auf den vorliegenden höchst wichtigen Gegenstand besonders aufmerksam.

Die Oberhauptleute haben daher von den Kr. Ger. genaue und specielle Berichte einzufordern, in welchen Gemeinen bereits Gemeinde=Wachhäuser vorhanden sind, in welchem Zustande sie sich befinden, und welche Resultate an jedem einzelnen Orte die nach dem Resc. vom 13. Juli c. vorgeschriebene Visitation sich ergeben haben.

Da, wo noch keine Gemeinde=Wachhäuser vorhanden sind, ist den Gemeinen deren forderksamste Ergebung anzubefehlen, und sind von dieser Verordnung keine Ausnahmen zu gestatten, indem f. K. E. sich überzeugt, daß bei der anerkannten Wohlthätigkeit einer solchen Verfügung, auf etwanige Schwierigkeiten kein Gewicht zu legen ist und selbige vielmehr mit Kraft und Consequenz beseitigt werden müssen.

Resc. f. K. E. v. 31. December 1817.

Da höchsten Orts in Ansehung des Fuhr=Transportes der Inquisiten unterm 21. Decbr. 1817 entschieden ist, daß, da dergleichen Fuhren ihrer Natur nach zu der Landfolge und zu den, den Gemeinen obliegenden Reihesfuhren gehören, selbige nicht nach Art der Kriegsfuhren vertheilt werden können, sondern es damit aller Orten wieder eben so, wie vor der französischen Occupation zu halten ist, es sich indessen von selbst versteht, daß der zum Behuf der Untersuchungen nöthige Transport solcher Gefangenen, welche der sicheren Verwahrung wegen nicht an dem Orte des competenten Kr. Ger., sondern allhier oder in Wolfenbüttel verhaftet sind, zu den Gerichtskosten zu rechnen und aus den Fonds derselben zu bezahlen sind; so sind die Ortsvorsteher hiervon zu benachrichtigen und ist darnach zu verfahren.

Resc. f. K. E. v. 29. Juli 1818.

Da hin und wieder Fälle vorgekommen sind, aus welchen zu entnehmen ist, daß von den f. Kr. Ger. nicht überall auf die, in Gemäßheit eines höchsten Resc. vom 29. August 1805, von Seiten der f. Kammer unterm 6. September desselben Jahres erlassene Verfügung gehalten werde, nach welcher von keinem Gemeinde=Einwohner ein Neubau ohne vorherige Genehmigung der f. Kammer vorgenommen werden darf, so wird diese höchste Bestimmung hiemit in Erinnerung gebracht und den Kr. Ger. zugleich aufgegeben, bei jedem in den Gemeinen ihres Amts=Bezirks vorkommenden Neubau eines Hauses, Stalles oder sonstigen Gebäudes zuvor mit Beifügung eines Plans die erforderliche Genehmigung durch den Oberhauptmann bei f. K. E. einzuholen.

Resc. f. G. R. E. v. 23. October 1818.

Um von der Stadt Braunschweig die Nachtheile abzuwenden, welche für selbige aus dem Zurückbleiben der aus den verschiedenen Ortschaften des hiesigen Landes in die Entbindungsanstalt aufgenommenen Schwängern und deren neugeborenen Kinder entstehen können, auch um zu verhüten, daß nicht solche Personen, welche an andern Orten Verbrechen begangen haben, in dieser Anstalt Aufnahme und Schutz finden; hat f. G. R. E. beschlossen, daß hinfüro die Schwängern aus andern Ortschaften des hiesigen Landes nur gegen Beibringung einer Bescheinigung des betreffenden Kr. Ger., daß sie die Kosten ihrer Rückreise zu bestreiten vermögen, in keinem Untersuchungsprozeß befangen seien und so wenig sie als ihre Kinder Ansprüche auf Unterstützungen an die hiesige Stadt machen dürfen, in die gedachte Entbindungsanstalt aufgenommen werden sollen. Die Oberhauptleute haben daher die Kr. Ger. ihres Districts hievon zu benachrichtigen und dieselben zugleich anzuweisen, die gedachten Attestate den Schwängern unentgeltlich zu erteilen, auch dafür zu sorgen, daß die Kosten der Rückreise, wenn sie selbst oder ihre zur Alimentation verpflichteten Verwandten zu deren Bestreitung nicht im Stande sind, von den Gemeinen ihrer Wohnörter bestritten werden.

Resc. f. G. R. E. v. 30. November 1818.

Da nach der königl. preuß. General-Instruction für den Transport der Wagabunden die königl. preuß. Polizei-Behörden ohne vorhergegangene sichere Constatirung des Ablieferungsorts keine auswärtige Transportaten annehmen dürfen, so ist es, damit nicht, wie bisher oft geschehen, Transportaten, welche ohne vorherige genügende Feststellung ihrer Heimath in das Preussische abgesandt worden, entweder von der dortigen Gränzbehörde, oder von dem angeblichen Orte ihrer Heimath an die Abgangs-Behörde zurückgesandt, und dadurch dem hiesigen Lande doppelte vergebliche Transportkosten verursacht werden, erforderlich, daß auch dießseits bei dem Wagabunden-Transporte ein gleiches Verfahren wie in den königl. preuß. Staaten, hinsichtlich der in oder durch letztere zu transportirenden Individuen befolgt werde, und haben die Oberhauptleute daher den Kr. Ger. ihres Bezirks aufzugeben:

1) Wagabunden, welche ihrer Angabe nach den königl. preuß. Staaten, oder einem solchen Lande angehören, wohin sie durch das Preussische transportirt werden müssen, falls nicht etwa durch die bei ihnen vorgefundenen Papiere ihre Heimath gehörig sollte nachgewiesen werden können, nicht eher, als bis sich aus einer Communication mit der Obrigkeit der angeblichen Heimath des Wagabunden die Richtigkeit seiner Angabe ergibt, nach den königl. preuß. Staaten transportiren zu lassen und eben so wenig einen Wagabunden vom Auslande zum weiteren Transporte nach gedachten Staaten anzunehmen, wenn bei dessen Ablieferung seine angebliche Heimath nicht völlig erwiesen, oder durch eine den Transport-Papiere im Originale oder abschriftlich beigelegte Erklärung der Obrigkeit seiner Heimath bescheinigt sein sollte, dagegen aber auch

2) die von königl. preuß. Behörden zur Aufnahme in die hiesigen Lande, oder zur

Durchführung abgesandten Vagabunden nur dann anzunehmen, wenn deren angebliche Heimath völlig erwiesen, oder durch eine Erklärung der Heimaths-Obrigkeit des Transportanten bescheinigt ist, sonst aber dergleichen Transportaten bis zur gehörigen Ausmittelung und Feststellung ihrer Heimath zurückzuweisen.

Resc. f. K. C. v. 17. December 1818.

Nachdem f. K. R. C. genehmigt hat, daß in allen Kr. Ger., wo solches der Fall noch nicht ist, die Feuercassen wieder hergestellt, oder neu eingeführt und zum Besten derselben diejenigen Beiträge wieder erhoben werden sollen, welche die angehenden Hauswirthe vormals bei Lösung der Bedemundsscheine zu entrichten gehabt haben, so werden die Kr. Ger. hiedurch angewiesen, genannte Casse, insofern solche in ihrem Gerichtsbezirke noch nicht bestehen sollten, sofort einzurichten.

Die Rechnung darüber ist von den Kr. Ger. zu führen und innerhalb 4 Wochen nach Ablauf eines jeden Jahrs mit sämmtlichen Belägen an die Oberhauptleute einzureichen, von welchen selbige nach geschener Monitur an f. K. C. zur Nachrevision und Decharge gelangen werden.

Zu den Ausgaben der Casse ist jedesmal die Verwilligung f. Kammer einzuholen, und sollen selbige nur in solchen Posten bestehen, welche zum Besten der Feueranstalten des ganzen Kr. Ger. zu verwenden sind.

Die Kosten der Anschaffung neuer Feuerspritzen werden unter diese Cathgorie nicht gezählt, indem solche nach höchster Bestimmung von denjenigen Gemeinen gemeinschaftlich und nach der herkömmlichen Weise ausgebracht werden sollen, welche einer Feuerspritze annoch bedürfen und denen die gemeinschaftliche Anschaffung von f. Kammer auferlegt werden wird.

Resc. f. K. C. v. 17. December 1818.

Aus dem in Abschrift angeschlossenen Circular-Rescripte vom heutigen Tage werden die Oberhauptleute die Bestimmungen ersehen, welche in Betreff der Formirung von Feuercassen an die f. Kr. Ger. erlassen sind.

Da nach demselben die Vor-Revision der Jahrs-Rechnungen den Oberhauptleuten obliegt, so sollen sie dafür Sorge tragen, daß letztere zu diesem Behufe in der vorgeschriebenen Zeit mit den Belägen an sie eingehen, damit selbige spätestens im Laufe des Monats Februar jeden Jahrs mit den Bemerkungen der Oberhauptleute versehen, zur Nach-Revision und Decharge an f. K. C. gelangen können.

Hinsichtlich der Anschaffung neuer Feuerspritzen an den Orten, wo selbige noch fehlen und angeschafft werden sollen, wird übrigens die weitere Bestimmung den Oberhauptleuten zugehen, sobald auf den Grund ihrer desfalls zu seiner Zeit eingereichten Vorschläge der im Werke seiende Entwurf einer Feuer-Ordnung für das platte Land die höchste Bestätigung erlangt haben wird.

Resc. f. K. R. C. v. 25. December 1818.

Das Domicil derjenigen Personen, welche nirgend einen bleibenden Aufenthalt ge-

habt haben, muß nach dem letzten festen Wohnsitze ihres Vaters beurtheilt werden; wenn letzter aber ein eigentliches Domicil an einem bestimmten Orte nicht gehabt haben sollte, so ist auf den Geburtsort der Person zu recurriren und hiernach die Verichtigung deren Begräbnißkosten zu reguliren.

Resc. f. G. R. E. v. 11. Januar 1819.

Da die in dem Cicul. Resc. vom 30. Nov. d. J. enthaltenen Vorschriften und Bestimmungen wegen der hinfüro vor Transportirung der Vagabunden in oder durch die königl. preuß. Staaten vorzunehmenden genauen Ausmittelung und Feststellung des Ablieferungsorts und der dagegen auch von den königl. preuß. Polizeibehörden ohne vorhergegangene sichere Constatirung des Ablieferungsorts fernerhin nicht anzunehmenden, nach den hiesigen Landen transportirten Vagabunden jetzt auch auf den Transport der Verbrecher, namentlich derjenigen, welche zur Fortschaffung über die Landesgränze verurtheilt worden, hiemit erstreckt werden, so haben die Oberhauptleute solches den Kr. Ger. ihres Bezirks zur genauen Nachachtung in vorkommenden Fällen zu eröffnen.

Resc. f. G. R. E. v. 26. Januar 1819.

Da über die Verichtigung der Vorschüsse wegen der Verpflegungskosten für die durch die hiesigen Lande zu transportirenden königl. preuß. Militair-Arrestaten Zweifel entstanden sind, solche Kosten aber nicht füglich auf andere Weise, als durch die f. Kr. Ger. vorschußweise zu berichtigen stehen, so werden dieselben hierdurch angewiesen, die hiezu nöthigen Vorschüsse zu leisten, solche von der königl. preuß. Behörde, an welche die Arrestaten abgeliefert worden, wieder einzuziehen und auf den Fall, daß selbige wider Erwarten zu bedeutend sein oder ihnen zu lästig werden sollten, auf die Zahlung eines verhältnißmäßigen Vorschusses aus f. Kammer-Casse anzutragen. Wenn aber eine vorgeschossene Ausgabe dieser Art auf dem gewöhnlichen Wege von den königl. preuß. Behörden nicht wieder erstattet sein sollte, haben die f. Kr. Ger. diesbezüglich an f. M. Administ. Com. besonders zu berichten.

Resc. f. R. E. v. 20. Juli 1819.

Aus verschiedenen bei f. Kammer eingegangenen Anzeigen ist erschen, daß an manchen Orten die Müller fortwährend behindert werden, das Getreide zum Vermahlen mit ihrem Fuhrwerke aus den Häusern abholen zu lassen.

F. Kammer eröffnet den Kr. Ger. deshalb, wie f. G. R. E. auf mehrere bei demselben eingelaufene Gesuche, theils um Bestätigung, theils um Aufhebung des den Müllern in ältern Verordnungen hierunter auferlegten Verbotes, resolvirt habe, daß den Müllern bei Zusammenholung des Getreides sowohl, als auch beim Zurückbringen des Mahlwerks mit ihrem Fuhrwerke bis zu etwaiger anderen Bestimmung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen, als wonach die Kr. Ger. in vorkommenden Fällen sich zu achten haben.

Resc. f. R. E. v. 18. August 1819.

F. R. E. hat sich durch vorgekommene Fälle veranlaßt gesehen, bei dem f. G.

R. E. auf eine höchste Bestimmung darüber anzutragen, ob bei Erbauung von Gemeinen Backhäusern zugleich für eine Wohnung des Gemeinebäckers Sorge zu tragen sei.

Mitteltst höchsten Rescripts vom 30. v. M. ist die Entscheidung dahin erfolgt, daß in der Regel allenthalben auf dem Lande, wo es noch nicht geschehen, nicht nur Gemeine-Backhäuser, sondern auch Wohnungen für die dabei anzusetzenden Bäcker eingerichtet, und nur in denjenigen Dörfern, wo die örtlichen Verhältnisse es erheischen, hiervon Ausnahme gemacht werden soll.

Die Oberhauptleute haben hiernach die ihnen untergeordneten **Kr. Ger.** anzuweisen und strenge darauf zu halten, daß dieser Vorschrift genau nachgekommen werde, wie **f. R. E.** sich dann die Entscheidung darüber; ob hier oder da eine Ausnahme von der Verbindlichkeit zur Anlegung einer Gemeinebäcker-Wohnung zu machen sei, ausdrücklich vorbehält, und daher in vorkommenden Fällen den desfallsigen Bericht der Oberhauptleute gewärtigt.

R. f. G. R. E. v. 1. Februar 1820.

Wenn gleich **f. G. R. E.** es nicht für angemessen erachtet, die Impfung der Schaafpocken ausdrücklich anzubefehlen, so ist doch in Zukunft möglichst dafür zu sorgen, daß bei dem Ausbruche einer Schaafpocken-Epidemie Nachstehendes beobachtet und resp. empfohlen werde.

1) Die Schaafbesitzer sind darauf aufmerksam zu machen, gleich beim ersten Pocken-ausbruche in der Herde eine schnelle Absonderung der gesunden Schaafe von den Kranken vorzunehmen und zwar die gesunden aus dem durch die Kranken bereits infectirten Stalle zu entfernen und in Schuppen oder sonstigen Plätzen von jenen abge sondert zu erhalten;

2) sobald sich die Pocken in einer Herde zeigen, ist es rathsam, die übrigen noch gesund scheinenden Schaafe unverzüglich zu impfen, indem dadurch die Seuche einen gelinderen, höchst selten tödlichen Ausgang nimmt und bei Weitem schneller beendet wird, als wenn man die Krankheit sich selbst überläßt, oder sie durch Arzneien, welche dagegen fast gar nicht fruchten, bezwingen will;

3) bei der Impfung ist mit der Wahl des Impfstoffes vorsichtig zu verfahren, und solcher nur von robusten und gesunden Subjecten und von gutartigen Blattern und zwar gerade in der Periode zu entnehmen, wo sich die Blattern mit einer klaren wasserhellen Lymphe gefüllt hat, welche man bei den natürlich angestechten in der Regel am siebenten Tage der merklichen Krankheit, bei den eingepimpften Schaaften aber am elften bis zum dreizehnten Tage nach der Impfung erhält.

Die **f. Kr. Ger.** haben hiernach eintretenden Falls das Erforderliche zu besorgen.

Resc. f. R. E. v. 25. Februar 1820.

Die Erfahrung hat ergeben, daß die Feldvermessungs-Beschreibungen und Risse jezt weit mehr von den **f. Kr. Ger.** eingefordert werden, als solches in früherer Zeit geschehen ist. Die Folge davon ist, daß sie in einen auffallend schlechten Zustand gerathen müssen,

müssen, f. R. E. fast vermuthet, daß bei dem Gebrauche derselben nicht sorgsam genug verfahren werde, und daß sie nicht immer in den Händen der Kreisbeamten bleiben.

Die Wichtigkeit dieser nicht leicht zu ersetzenden Documente erfordert jedoch deren möglichste Conservation und werden die Kr. Ger. darauf aufmerksam gemacht, ob deren häufige Einforderung nicht dadurch vermieden werden könne, wenn in zulässigen Fällen die Partheien angewiesen werden, sich die nöthigen Beweismittel durch Extracte aus den Beschreibungen und Rissen selbst zu verschaffen, welche sodann, wenn die erforderliche Bezeichnung genau genug gegeben wird, sofort erfolgen sollen.

Auch ist f. R. E. nicht abgeneigt, dem Verfall dieser Documente durch Copirung derselben für die Kreisgerichts-Registraturen, vorzubeugen und beabsichtigt dieserhalb höchsten Orts Vorschläge zu thun. Dieses ist jedoch ein sehr kostspieliges Unternehmen, und muß daher, da bekanntlich in früherer Zeit schon viele Copien sowohl für die Gerichts-Registraturen, als auch für einzelne Gemeinden angefertigt sind, deren doppelte und überflüssige Anfertigung vermieden werden.

Die Kr. Ger. haben zu dem Ende forderksamst einzuberichten, ob und von welchen Ortschaften Copien in ihrer Registratur existirten, oder ob und welche Gemeinden Privat-Copien der Beschreibungen und Risse ihrer Feldmarken besitzen, und ob selbige gehörig viduirt sind.

Resc. f. R. E. v. 25. März 1820.

Da bemerkt worden, daß hin und wieder durch in- und ausländische Collecteurs Lotterieloose auf dem Lande zur Ungebühr angeboten werden, so ist, zur Vermeidung der daraus entstehenden nachtheiligen Folgen, die Verfügung getroffen, daß die Lotterieloose jetzt, sowohl vom Collecteur, als vom Subcollecteur mit Angabe ihres Wohnorts vor dem Verkaufe unterschrieben und einem jeden Spieler ein Lotterieplan zur Nachricht communicirt werden muß; auch wird auf die Wahl sicherer und reeller Collecteurs möglichst geachtet.

Hiernächst ist der Collecteur zur Lösung eines Gewerbscheins verpflichtet.

Wer sich damit nicht legitimiren kann, der ist auch zum Debit der Loose nicht berechtigt und als Gewerbesteuer-Contravenient zu behandeln.

In dieser Verfügung liegt die Controle gegen das unbefugte Debitiren und Aufdrängen der Loose, und es siehe sonach in der Gewalt der Kr. Ger., den etwaigen schädlichen Folgen durch consequente Achtsamkeit vorzubeugen.

Die Oberhauptleute haben dieses den Kr. Ger. mit der Anweisung bekannt zu machen, strenge darauf zu halten, daß kein Collecteur ohne Vorzeigung des Gewerbscheins, Loose debitiere, widrigenfalls sie wegen Duldung solcher unrechtfertiger Handlungen verantwortlich gemacht würden.

Resc. f. G. R. E. v. 26. April 1820.

Da der N. aus S—d, nachdem er mehrere Jahre hindurch Feldhüter zu S—f—e gewesen ist, und daselbst annoch zwei Jahre als Häusling gewohnt hat; so kann ihm von Seiten der Gemeinde S—f—e der Aufenthalt nicht verweigert werden.

Resc. f. K. E. v. 15. Juni 1820.

Es ist bereits mittelst Resc. vom 20. April 1820 zu erkennen gegeben, daß es keinem Tagelöhner frei stehen kann, durch die Veränderung seines Aufenthalts die Verpflichtung zu seiner Aufnahme auf eine andere Gemeinde zu übertragen, und würde es allen Regeln einer guten Polizei zuwider laufen und zu den größten Unordnungen Anlaß geben, wenn ein jeder durch das Wegziehen von einem Orte diejenige Gemeinde, welche bisher verpflichtet gewesen, ihn aufzunehmen oder zu dulden, und im Falle der Verarmung zu unterstützen, dieser Verbindlichkeit enthoben und solche willkürlich auf eine andere Gemeinde übertragen könnte. Vielmehr muß es einer jeden Ortsobrigkeit überlassen werden, ob sie es für rathsam halte, einem Individuum oder einer Familie, welche bisher an einem Orte gewohnt haben, den Aufenthalt zu gestatten oder zu versagen.

Unbillig und hart würde es sein, denjenigen, welcher bereits eine längere Zeit in einer Gemeinde gewohnt hat, aus derselben auszustoßen und ist allerdings angenommen, daß hiezu wenigstens ein Aufenthalt von zwei Jahren gehört und daß, wenn Jemand während solcher Zeit ununterbrochen an einem Orte gewohnt, die Gemeinde verpflichtet sei, ihn zu behalten. Dies kann jedoch auf Diensthoten, Gesellen, Lehrlinge, Soldaten nicht bezogen werden. Wird nun Jemanden der Aufenthalt an einem andern Orte untersagt, so ist derjenige Ort, an welchem er sein letztes Domicil gehabt, d. h., an welchem er wenigstens zwei Jahre zuletzt gewohnt hat, schuldig, ihn aufzunehmen, und steht ein solcher Ort nicht auszumitteln, so liegt diese Verpflichtung demjenigen Orte ob, wo derselbe geboren worden. Wenn indeß Jemand an einem dritten Orte die Erlaubniß sich niederzulassen erhalten kann, so ist er keineswegs verpflichtet, nach dem Orte seines letzten Domicils oder seiner Geburt zurückzugehen.

Was die Ausstellung der sogenannten Heimathscheine betrifft, so ist allerdings keine Obrigkeit dazu verbunden, und wenn f. Kr. Ger. aus den einberichteten Gründen solche zu verweigern Ursache zu haben glaubt, so bleibt solches dessen pflichtmäßigem Ermessen überlassen, das f. Kr. Ger. hat sich daher in Zukunft nach den vorstehenden Grundsätzen bis auf Weiteres zu achten.

Resc. f. K. E. v. 28. September 1820.

Da die Fälle nur selten vorgekommen sind, wo von dem Oberhauptmann über einen Neubau in seinem Districte berichtet und danach zu vermuthen ist, daß von den f. Kr. Ger. seines Districts auf die über die Neubauten erlassenen Verfügungen, namentlich auf die Anweisung f. K. E. vom 29. Juli 1818 nicht strenge gehalten werde, so wird der Oberhauptmann hiemit veranlaßt, den f. Kr. Ger. seines Districts gedachte Anweisung in Erinnerung zu bringen und von nun an darauf zu halten, daß bei jedem in seinem Districte vorkommenden Neubaue eines Hofes, Stalles oder sonstigen Gebäudes zuvor mit Beifügung eines Planes an ihn berichtet werde, damit derselbe seiner Seits die erforderliche Genehmigung zu dem Baue einholen kann.

Es wird übrigens hiebei darauf aufmerksam gemacht, wie f. K. E. eine solche

Berichts-Erfstattung auch in Hinsicht derjenigen Neubauten erwartet, welche in den Städten vorkommen und sind danach auch die ihm untergeordneten f. Rr. Ger. anzuweisen. Bei dergleichen Neubauten ist jedoch mit Ausnahme besonderer Fälle die Einreichung der Baupläne nicht erforderlich, dagegen ist in den Berichten jederzeit genau anzugeben, ob auch gegen den Bau in feuergefährlicher Rücksicht nichts einzuwenden und selbiger auch sonst nicht polizeiwidrig sei.

Resc. f. R. E. v. 19. März 1821.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß in einigen Gegenden der hiesigen Lande durch fremde Frachtfuhrleute nicht unansehnliche Quantitäten von Stabeisen hausirend verkauft werden.

Indem die Rr. Ger. darauf aufmerksam gemacht worden, werden sie veranlaßt, sorgfältig darauf achten zu lassen, daß der durch die bestehenden älteren und neueren Verordnungen verbotene Hausirhandel mit Eisen nicht ferner ungestraft betrieben werde.

Resc. f. R. E. v. 14. Juni 1821.

Es hat sich seit einigen Jahren hin und wieder, namentlich im Kreise Harzburg und auf dem Leher Wohlde eine sehr verderbliche Grasraupe gezeigt, welche durch ihre ungeheure Vermehrung und Gefräßigkeit nicht bloß der Weide sondern auch den Wiesen den größten Schaden zugefügt. Bei den bedeutenden Nachtheilen, welche dieses Insect binnen kurzer Zeit verursacht, ist es dringend nothwendig, auf dessen Existenz aufmerksam und auf dessen Vertilgung möglichst bedacht zu sein. Es sind daher die Ortsvorsteher anzuweisen, auf alle Weidereviere ein wachsam Auge zu haben und wo sie auch nur eine geringe Spur der Verheerung bemerken, davon Anzeige zu machen. Als das zweckmäßigste Mittel zur Vertilgung der Raupen hat sich bisher das tägliche Behüten der angefressenen Stellen mit den Schweinen bewährt; dieses ist also eintretenden Falls sofort durch sämtliche Schweineherden der angränzenden Weide-Interessenten ohne alle Ausnahme zu verfügen und wird bemerkt, daß dieses Behüten den Schweinen keinesweges schädlich ist, und daß die tägliche Behütung bis zum Monate August fortgesetzt werden muß, um auch die, bis zu diesem Zeitpunkte verpuppten Insecten zu vertilgen. Es wird sofort der Anzeige entgegen gesehen, wenn sich auch nur eine kleine Spur dieses Insects zeigen sollte.

(Vergl. Br. Anz. 1816 St. 29.)

Resc. f. R. E. v. 4. Juli 1821.

In Gemäßheit der am 31. Decbr. 1817 an die Oberhauptleute erlassenen Verfügung f. R. E. ist bisher der Transport von Civil-Gefangenen, Kranken und Wagnbunden, wenn solcher den Umständen nach zu Wagen hat geschehen müssen, vermöge der Landfolge von denjenigen Gemeinden in natura beschafft, welche dazu vor der Occupation verpflichtet gewesen sind. Da diese jedoch wegen des seitdem veränderten Umfangs der Gerichts-Bezirke mehr als ehemals belastet worden, auch eine Repartition dieser Last auf alle Gemeinden eines jeden Gerichtskreises incl. der Städte, mit Schwierigkeiten

mancher Art hat verbunden sein müssen, und deshalb von Seiten mehrerer Kr. Ger. Anträge auf eine gleichförmigere, den jetzigen Verhältnissen mehr angemessene Einrichtung gemacht sind, so ist mittelst allerhöchsten Resc. vom 27. v. M. festgesetzt, daß die Kosten der erwähnten Fuhr-Transporte zur Erleichterung der Unterthanen und vorbehaltlich ihrer aus der Verpflichtung zur Landfolge fließenden Verbindlichkeit, bis auf anderweite, den Umständen nach angemessen befundene Verfügung, auf den Gerichtsportelfonds übernommen werden sollen.

Den f. Kr. Ger. wird solches bekannt gemacht, und da diese Bestimmung unverzüglich in Anwendung zu bringen ist, wird zugleich Folgendes annoch unverhalten.

Die Transporte von Militär-Arrestanten, namentlich von königl. Preussischen, sind, wie sich von selbst versteht, hiervon ausgeschlossen, weil ergangenen Verfügungen nach, eine anderweite Berechnung der Kosten derselben Statt findet.

Fuhren zur Fortschaffung der oben bezeichneten Individuen sind, überhaupt nie ohne hinreichende, von den Kr. Ger. pflichtmäßig zu prüfende Gründe zu bewilligen.

Es ist dahin zu sehen, daß der Transport eines solchergestalt zu Wagen nothwendig fortzuschaffenden Individui bis zu dem nächsten Gerichte oder Ablieferungsorte ununterbrochen in einer Tour geschehe.

Zu diesen Transporten werden Lohnfuhren genommen, über welche billige Accorde zu verabreden sind; der Betrag des Fuhrlohns aber, insofern er nicht aus dem eigenen Vermögen des zu Transportirenden erfolgt, ist in der Quartal-Liquidation der Gerichts-Verwaltungskosten auf gewöhnliche Weise mit Beifügung eines gehörig attestirten Belags zu berechnen.

Finden Transporte in das Ausland Statt, so sind solche an die nächste auswärtige Obrigkeit abzuliefern und dahin zu sehen, daß reciproce auf gleiche Weise verfahren werde.

(Vergl. Engänz. zu Fredericb. Promt. Art. Criminal-Sachen.)

Resc. f. K. G. v. 18. Februar 1822.

Mittelst allerhöchsten Resc. vom 22. Januar 1822 ist nach eingegangenem Gutachten des engeren Ausschusses der Landschaft genehmigt worden, daß in denjenigen Gegenden der hiesigen Lande, wo durch die Entlegenheit der Städte die Anschaffung der Töpferwaaren sonst zu sehr erschwert werden würde, der Hausirhandel mit Töpferwaaren gestattet werde, jedoch mit der Beschränkung, daß die Töpferwaaren, mit denen hausirt wird, nur von einländischen Fabriken genommen und das Hausiren nicht auf Porzellan und Steingut ausgedehnt werde.

Zugleich ist dabei vorgeschrieben, wie besonders dahin gesehen werden soll, daß in polizeilicher Hinsicht bei Ertheilung von Gewerbescheinen auf den gedachten Hausirhandel mit der gehörigen Vorsicht und Aufmerksamkeit zu Werke gegangen werde, so wie denn auch Ausländern diese Art des Hausirens überall nicht zu gestatten ist.

Die f. Kr. Ger. haben daher in vorkommenden Fällen dieserhalb das Nöthige zu

verfügen und bei ihren Vorschlägen behuf Ertheilung von Concessionen oder Gewerbebescheinen sich hiernach zu achten.

Resc. f. K. E. v. 9. März 1822.

Es wird unverhalten, daß die Begebungsgegelber in gleiche Weise, wie vormals, zur Unterstützung der Gemeinen, bei der denselben obliegenden Instandhaltung der Communicationswege zu verwenden sind, und zwar besonders zur Bestreitung der dabei vorkommenden baaren Ausgaben, wo dergleichen Reparaturen an den Communion-Wege nicht allein durch Hand- und Spann-Dienste sich beschaffen lassen, sondern etwa Brücken zu bauen, oder steinerne Wasserleitungen u. anzulegen sind, und sind zwar dergleichen Ausgaben von gedachten Geldern, wenn sie nur geringfügig sind, von den Oberhauptleuten oder den f. Kr. Ger. unmittelbar anzuweisen, andernfalls aber ist zu deren Bestimmung zuvor die Genehmigung f. K. E. zu erfordern.

Resc. f. G. R. E. v. 26. März 1823.

Dem f. G. R. E. ist zugegangen, was f. Kr. Ger. N. unterm 25. Febr. 1823 über die Frage: ob die Gemeinde B***, oder die Gemeinde E*** eventualiter zur Unterhaltung der Kinder erster Ehe der jetzt an den Dienstknecht Christoph Müller aus E*** verheiratheten Wittwe des Tagelöhners S. zu B*** verpflichtet sei, einberichtet hat, und wie der Gemeinde B*** unstreitig bis jetzt die Verbindlichkeit obgelegen hat, des gedachten S. Kinder, da selbigen der Wohnsitz ihres verstorbenen Vaters zugefallen, im Fall der Verarmung zu unterhalten, so ist das Verlangen der Gemeinde E*** in der Billigkeit gegründet. Diese Gemeinde hat daher zwar anjetzt die quæst. Kinder mit aufzunehmen; wenn jedoch solche demnächst verarmen sollten, so wird die Gemeinde B*** sich nicht entziehen können, selbige wieder aufzunehmen und zu unterhalten.

Resc. v. 28. Februar 1823 und v. 19. April 1823.

Wegen der Begebungsgegelber von Contracten u. f. Art. Arme u. S. 8.

Resc. f. K. E. v. 28. März 1823.

Mittels allerhöchsten Resc. vom 17. März 1823 ist verordnet, daß, außer den Zeiten einer Epidemie, von dem inländischen Rindvieh überall kein Gesundheitspaß, sondern solcher nur für das aus entfernten Gegenden des Auslands kommende Rindvieh verlangt und für die Wisirung solcher Pässe nur ein Gutergroschen an Gebühren genommen werden, wobei es jedoch bei der für die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel wegen Einföhrung des Hornviehes besondres bestehenden Anordnung bis zu etwaigen abändernden Verfügungen sein Verbleiben haben soll.

Resc. f. G. R. E. v. 11. April 1823.

Was die von den Kr. Ger. auszustellenden Heimathscheine anbetrifft, so können darüber, ob und wie die Scheine dieser Art zu ertheilen seien, nicht wohl Vorschriften gemacht werden, da deren Ausstellung nur nach der Beurtheilung der Ortsobrigkeiten ge-

schehen mag; jedoch kann ein Ort in dem Falle, wo ein Individuum aus selbigem sich verheirathet, sich der Verbindlichkeit nicht entziehen, demnächst auch dessen Familie aufzunehmen, so lange dasselbe nicht anderer Orten ein Domicil erworben haben wird. Uebrigens wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein Versprechen zur Wiederaufnahme eines Individui binnen zwei Jahren von einer besonderen Wirkung überall nicht sein kann, weil es nach den angenommenen Grundsätzen sich von selbst versteht, daß ein Domicil erst nach Ablauf von zwei Jahren erworben wird, woraus denn folgt, daß binnen dieser Zeit die Wiederaufnahme an den Ort des gesetzlichen Domicils, wenn auch gar kein Heimathschein ausgestellt worden, nicht verweigert werden darf.

Resc. f. R. E. v. 17. October 1823.

Es muß wegen Bestimmung des quanti der von den angehenden Hauswirthen bei Lösung der Bedemundscheine zu leistenden Beiträge zur Feuerscasse für jetzt verfahren werden, wie es jeden Orts Gebrauch mit sich bringt.

Sollten jedoch einzelne Kr. Ger. dieses nicht ausmitteln können, so hat f. R. E. nichts dagegen, daß nach dem vormals bestandenen Verfahren, nach welchem ein Ackermann 1 Rthlr., ein Halbspänner 16 Ggr., ein Kothsasse 8 Ggr., ein Brinksitzer und Anbauer 4 Ggr. und ein Häusling 2 Ggr. entrichtet hat, vor der Hand und bis zu weiterer Verfügung verfahren werde.

(Vergl. Ergänz. zu Frederseb. Promt. Art. Feuer-Anstalten.)

Resc. f. G. R. E. v. 30. März 1824.

Da seit einiger Zeit auf dem Lande viele Feuerschäden Statt gefunden haben, wovon wahrscheinlich die meisten durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer und Licht, so wie durch die feuergefährliche Einrichtung der Wohnungen veranlaßt worden sind, so werden sämmtliche f. Kr. Ger. hierdurch angewiesen, sich durch die zweckdienlichsten Vorkehrungen die Abwendung von Brandschäden und Feuersbrünsten thunlichst angelegen sein zu lassen, zu dem Ende öfters und unvermuthet die vorschriftsmäßigen Feuervisitationen anzustellen, diejenigen, welche mit Feuer und Licht nachlässig umgehen, sofort zur Untersuchung zu ziehen, diese Untersuchungen so viel als möglich zu beschleunigen, die Schuldigen den Umständen nach zur Bestrafung zu bringen und bei allen Neubauten sorgfältig auf die Vermeidung feuergefährlicher Anlagen zu halten, auch jedesmal nach einer Feuersbrunst zur Ausforschung der Entstehungsursache derselben die ernsthaftesten, umsichtlichsten und schnelligsten Maßregeln zu ergreifen. Wie auch in der letztern Zeit manche Brandschäden boshafter Weise angelegt zu sein scheinen, so ist es dringend erforderlich, daß die Aufmerksamkeit auf verdächtige Fremde und ohne rechtlichen Zweck umherstreifendes Gesindel verdoppelt werde, und wird daher diese besonders strenge Vigilanz den f. Kr. Ger. hiemit gleichfalls zur Pflicht gemacht.

Resc. f. R. E. v. 28. Mai 1824.

Da verschiedentlich bemerkt worden, daß die von den Amtszimmer- und Mauer-

Meistern eingefandten Risse von Neubauten ganzer Häuser und Gehöfte oder auch einzelner Theile derselben sehr mangelhaft und auch durchaus nicht übersichtlich aufgestellt worden, es aber zur Beurtheilung:

ob ein vorseiender Bau in feuergefährlicher Hinsicht keinem Bedenken unterliege, oder um die Revision des Anschlages bei etwanigen Bauholz-Anforderungen genauer vornehmen zu können, durchaus erforderlich ist, daß solche Risse und Kosten-Anschläge zweckmäßiger wie bisher geschehen und möglichst nach einer Form angefertigt werden, so sind zu dem Ende die anliegenden Schemata entworfen, von welchen die Oberhauptleute jedem Amtszimmer- und Mauermeister ein Exemplar zuzustellen und ihm dabei die genaueste Befolgung anzubefehlen haben.

Es ist dabei nothwendig, daß die Situationspläne von Gehöften, wie sie sind oder waren, mit schwarzen Linien, nach einem Maassstabe von 10 Fuß auf einen Viertelzoll braunschweigisch, damit ihre Ausdehnung nicht zu groß werde, gezeichnet, die abzubrechenden oder abgebrannten Gebäude mit rothen Umfangslinien angedeutet, auch jeder Gegenstand des Planes, als Wohnhaus, Stallung, Scheure, Hof, Garten u., imgleichen die abgebrannten oder abzubrechenden, so wie die neu aufzuführenden Gebäude mit Buchstaben bezeichnet, und am Rande des Blattes in einer Erklärung nachgewiesen werden. Besonders müssen darauf die nächst gelegenen Gebäude und deren Entfernung von dem beabsichtigten Neubau, auch die Breite einer etwa anstoßenden Straße, angegeben sein, um daraus deutlich entnehmen zu können, ob die Gebäude nicht in feuergefährlicher Nähe aufgeführt werden.

Der Plan Litt. A. dient dazu als Schema.

Die Zeichnungen zum neuen Gebäude müssen enthalten:

- a) den Grundriß, und hat das Gebäude mehrere Etagen, den Grundriß von einer Jeden derselben, mit überpunctirter Balkenlage,
- b) den Standriß,
- c) den Giebelriß, und
- d) den Durchschnittsriß von dem Dachverbande.

Das Anmalen oder sogenannte Aufschreiben dieser Risse kann gänzlich unterbleiben, weil dieses in den wenigsten Fällen von der Art ist, daß dadurch das Ansehen derselben verbessert wird, ja oft leidet die Deutlichkeit darunter. Dagegen aber werden solche Risse anschaulicher und übersichtlicher werden, wenn die Ständer in den Grundrissen, und die Fenster und Thüröffnungen in den Stand- und Giebelriffen schroffirt, und überhaupt dieselben nach dem Schema Litt. B. gemacht werden, wozu als Maassstab ein Zoll braunschweigisch auf 10 Fuß angenommen ist.

Um einen solchen Riß, im Falle auf Bauholz-Verwilligung angetragen worden, hinsichtlich des Holz-Anschlages genauer revidiren zu können, ist es ferner erforderlich, daß der Verbrauch einer jeden Holzsorte, mit Beziehung auf den Wauriß, speciell nachgewiesen werde. Eine Vorschrift, wie solcher Anschlag aufzustellen, ist unter Litt. C. bei-

gefügt, wobei der Mauriß Litt. B. zum Grunde gelegt worden. Da nach den ergangenen Verfügungen kein Bau vorgenommen werden darf, bevor nicht der Riß und Anschlag den Oberhauptleuten eingereicht und die Genehmigung f. R. E. auf den vorgängigen gutachtlichen Bericht der Oberhauptleute ertheilt ist, so sind dieselben dadurch in den Stand gesetzt, jeden Riß beurtheilen zu können, ob er der Vorschrift gemäß und zweckmäßig eingerichtet worden. F. R. E. erwartet also, daß, im Falle die Oberhauptleute Mängel dabei finden, deren Einbesserungen vorher von ihnen veranlaßt und dem f. R. E. vorschriftsmäßig eingerichtete Risse zugesandt werden. Eine bestimmte Vorschrift wegen der von den Amtszimmer- und Amtmauermeistern zu nehmenden Gebühren, läßt sich zwar in Hinsicht der Beschaffenheit und Verschiedenartigkeit solcher Arbeit nicht ertheilen; um jedoch Uebertheuerungen vorzubeugen und etwaige nöthige Untersuchungen und gerichtliche Festsetzungen der Gebühren mit Sicherheit vornehmen zu können, findet f. R. E. es gerathen, daß auf jeden Riß das erhaltene Gebühr bemerkt werde. Die Oberhauptleute haben also die in ihrem Districte ansässigen Amtszimmer- und Amtmauermeister hiernach zu instruiren und denselben nochmals auf das Schärfste anzudeuten, daß sie unter keiner Voraussetzung ein neues Gebäude oder eine Erweiterung desselben vornehmen und anfangen dürfen, bevor nicht der Plan oder Riß ordnungsmäßig genehmigt und auf demselben solches von den Oberhauptleuten bemerkt ist.

C.

A n s c h l a g

von dem erforderlichen Eichen- und Tannen-Bauholze zur Erbauung eines Wohnhauses für den Rothsaßen N. N. zu M.

A. E i c h e n h o l z.

- | | |
|----|--|
| 1. | 152 lf. Fuß $\frac{8}{9}$ " stark zu den äußern Schwellen. |
| | 81 lf. Fuß - stark zu den innern Schwellen. |
| | 23 lf. Fuß - stark auf Ueberblattung und Verschnitt. |
| = | 256 lf. Fuß. |
| 2. | 250 lf. Fuß $\frac{8}{9}$ " stark zu 30 Ständern der Umfangswände à $8\frac{1}{2}$ Fuß hoch. |
| | 88 $\frac{1}{3}$ lf. Fuß - stark zu 10 Ständern derselben à $8\frac{5}{6}$. |
| | 102 lf. Fuß - stark zu 12 Wänden derselben à $8\frac{1}{2}$. |
| | 62 lf. Fuß - stark zu 2 Giebelbalken à 31 Fuß. |
| | incl. 2 Fuß auf Ueberblattung. |
| = | 502 $\frac{1}{3}$ Fuß. |

Polizei und Verwaltung, Rescripte.

377

3. 58 $\frac{1}{2}$ lf. Fuß 8" □ stark zu 7 Ständern der Mittelwand à 8 $\frac{1}{2}$ '.
 123 $\frac{2}{3}$ lf. Fuß — stark zu 14 Ständern der Querwände à 8 $\frac{2}{3}$ '.
 28 $\frac{1}{2}$ lf. Fuß — stark zu 3 Klappständern à 9 $\frac{1}{2}$ '.
 59 $\frac{1}{2}$ lf. Fuß — stark zu 7 Bändern à 8 $\frac{1}{2}$ '.
 31 lf. Fuß — stark zu 4 Ständern in beiden Dachgiebeln à 7 $\frac{3}{4}$ Fuß.
 14 $\frac{1}{2}$ lf. Fuß — stark zu 2 dito daselbst à 7 $\frac{1}{4}$ Fuß.
 22 lf. Fuß — stark zu 4 dito daselbst à 5 $\frac{1}{2}$ Fuß.
 31 lf. Fuß — stark zu 4 Bändern daselbst à 7 $\frac{3}{4}$ '.
-
- = 368 $\frac{1}{2}$ lf. Fuß.
4. 114 lf. Fuß 6" stark, zu den beiden Wandrahmen der Vorder- und Hinterwand
 incl. 10 p. c. auf Ueberblattung und Verschnitt.
 27 lf. Fuß - stark zu 2 Giebelkehlbalken à 13 $\frac{1}{2}$ Fuß.
 44 lf. Fuß - stark zu 4 Giebelsparren.
-
- = 185 lf. Fuß.
5. 320 lf. Fuß 6 Zoll stark zu der doppelten Verriegelung der Umfangswände.
 81 lf. Fuß - Zoll stark zu den beiden Dachgiebeln.
 175 lf. Fuß - Zoll stark zu den Scheidewänden.
-
- = 576 lf. Fuß.
6. 66 lf. Fuß 4" □ stark zu 6 Dachfensterrahmen.

B. T a n n e n h o l z.

7. 1 Stück 50er Balken zum Mittelträger.
8. 12 Stück 30er Balken zu 11 Hauptbalken und den Treppenwechseln.
 4 Stück 30er Balken zu Saumschwellen, Ständern und Bändern der beiden
 Dachkammern über der Stube, Küche und Speisekammer.
-
- = 16 Stück 30er Balken.
9. 1 Stück 50er Sparren zum Dachträger.
10. 22 Stück 24er Sparren zu Sparren.
 4 Stück 24er Sparren zu Grats- und Schiffsparren.
 4 Stück 24er Sparren zu Riegeln der Dachkammern.
-
- = 30 Stück 24er Sparren.
11. 6 Stück 30er Sparren zu 11 Kehlballen.
 1 Stück 30er Sparren zu Kopfbändern.
-
- = 7 Stück 30er Sparren.

- | | |
|-----|--|
| 12. | 10 Stück 20er Sparren zu Aufschieblingen auf die Sparren und Dachfenster, wovon jeder Sparren gespalten 4 Stück liefert. |
| 13. | 18 $\frac{3}{4}$ Schock 4 füssige Wellerhölzer zu 12 Spann Wellerboden à 28 Fuß lang, nach Abzug der Treppen und Schornsteinöffnung. |
| 14. | 3 $\frac{1}{2}$ Schock 20 füssige Harzlatten, auf 8 Zoll weite Lattung des Daches.
den ten 18 |

Resc. f. R. E. v. 24. Juni 1824.

Obgleich f. R. E. es schon früher den f. Kr. Ger. zur Bedingung gemacht hat, die ihnen von Braunschweig aus mitgetheilten Vermessungsbeschreibungen und Risse nicht zu lange an sich zu behalten, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß diese Bestimmung von mehreren der f. Kr. Ger. nicht befolgt wird, und daß nur erst nach mehrmaligen Aufforderungen die Zurückgabe geschehen und zuweilen in einem solchen beschädigten Zustande, woraus sich auf eine Sorglosigkeit bei Verpackung dieser wichtigen Documente schließen ließ; auch ist es nicht selten, daß die Kasten, worin die Risse zu deren besseren Conservation versandt werden, nicht mit zurückersorgen.

Bei diesen Ordnungswidrigkeiten sieht f. Kammer sich veranlaßt, die Kr. Ger. wiederholt aufzufordern, solche möglichst zu vermeiden und dafür zu sorgen, daß diese wichtigen Documente, sobald der erforderliche Gebrauch davon gemacht ist, ungefäumt und wohl verwahrt zurückgesandt werden.

Resc. f. G. R. E. v. 2. Juli 1824.

Da den Bestimmungen des Circul. Resc. vom 4. Oct. 1791, die Ausstellung der Pässe betreffend, nicht von allen Behörden gehörig nachgekommen wird, so sieht f. G. R. E. sich veranlaßt, solche hierdurch wiederum in Erinnerung zu bringen, und haben die Gerichte für deren genaueste Befolgung in ihrem Bezirke ernstlich Sorge zu tragen.

F. G. R. E. findet sich zugleich bewogen, hiebei folgende nähere Vorschriften zu erlassen:

So wie den Oberhauptleuten nur die Befugniß zusteht, den Einwohnern ihres Districts Pässe auszufertigen, so haben die Kr. Ger. nur das Recht, den Einwohnern ihres Gerichtsprengels, und das Stadtgericht Wolfenbüttel und die Bürgermeister der übrigen Städte nur die Befugniß, den Einwohnern ihres Stadtbezirks Pässe auszustellen.

Wenn nun gleich fremden und solchen Personen, welche nicht wenigstens einen Monat hindurch in dem Bezirke der Behörden gewohnt haben, keine neue Pässe auszufertigt werden dürfen, so will f. G. R. E. doch die Oberhauptleute, Kr. Ger. und das St. Ger. Wolfenbüttel, nicht aber auch die Bürgermeister in den übrigen Städten autorisiren, auf den Fall, daß ihnen bekannte, völlig unverdächtige Personen darum nachsuchen, ein Attest dahin auszustellen, daß ihnen selbige als unverdächtig bekannt seien.

An Gebühren für die Ausstellung eines Passes ist außer dem vorschriftsmäßigen

Stempel ein Mehreres nicht als von wohlhabenden Personen 4 Ggr., von minder wohlhabenden 2 Ggr. zu nehmen, wogegen ärmere Personen ganz damit zu übersehen sind.

Von diesen Gebühren kommt die Hälfte derjenigen Behörde, welche den Paß ausgestellt hat, als Schreibgebühr zu, die andere Hälfte aber ist zu berechnen und an f. Kammer-Casse jährlich einzusenden.

In denjenigen Fällen, wo das Visiren der Pässe erforderlich ist, sind für die jedesmalige Visirung eines Passes 2 Ggr. von wohlhabenden Personen, und 1 Ggr. von minder wohlhabenden zu nehmen, ärmere mit dieser Gebühr aber gleichfalls zu übersehen.

Die Gebühren für die Visirung der Pässe verbleiben der Behörde, von welcher solche besorgt ist.

Was die Ausstellung der Pässe bei hiesiger f. Polizei-Direction anbelangt, so verbleibt es bei den dieserhalb bereits feststehenden Bestimmungen.

Resc. f. G. R. C. v. 14. April 1825.

Die Ausgabe der Promessen zu den königl. preuß. Prämien-Scheinen kann nicht als ein unter dem Verbote der auswärtigen Lotterien begriffener Gegenstand angesehen und danach nicht beurtheilt werden.

Resc. f. G. R. C. v. 27. Mai 1825.

Da uneheliche Kinder jederzeit dem Domicil ihrer Mutter folgen und die Mutter des unehelichen Sohns der P...schen Ehefrau zu der Zeit, als dessen Verpflegung außer dem Hause des Stiefgroßvaters in D. ihren Anfang genommen, schon ihren Wohnsitz in R. gehabt hat, so ist im Falle des Unvermögens der P...schen Eheleute die Verpflichtung der Armenkasse des lezgebachten Orts zur Erstattung der quæst. Verpflegungskosten allerdings begründet und hat daher f. Kr. Ger. C. für deren Berichtigung dem Antrage des f. Kr. Ger. G. gemäß Sorge zu tragen.

Resc. f. G. R. C. v. 25. Juli 1825.

Da von einem, durch den Vagabunden begangenen Verbrechen nicht die Rede ist, so kann derselbe mit der Auflage, sich sofort nach seiner Heimath zu begeben und unter Verwarnung, sich bei ernstlicher Bestrafung nicht wieder in den hiesigen Landen vagabundierend betreffen zu lassen, der Haft entlassen werden. Hierüber ist ein kurzes Protokoll mit Aufzählung der hauptsächlichsten Angaben des Vagabunden über seine Herkunft und Persönlichkeit abzufassen und ihm davon eine vidimirte Abschrift zu seiner weiteren Legitimation zuzustellen.

Resc. f. R. C. v. 18. December 1825.

Da es fast in allen Orten des Landes an zweckmäßigen Wasserbehältern fehlt, um bei etwa entstehenden Feuerbränden das zur Löschung nöthige Wasser zu erhalten, und selten ein kleiner Bach oder Fluß vorhanden ist, welcher zur Herbeischaffung desselben dienen kann, so muß nothwendig diesem Uebel durch Anlegung von Wasserbehältern, Brunnen ic., die allein zur Aufbewahrung des zu diesem Zwecke nöthigen Wassers dienen, abgeholfen werden. Alle bis jetzt vorhandenen Wasserbehälter sind mit wenigen Aus-

nahmen theils unbrauchbar, theils unzweckmäßig, da sie in der Regel mit Schlamm und Roth angefüllt, die zur Löschung nöthigen Geräthschaften verborben oder zu klein sind, um die gehörige Menge Wasser zu gewähren. Die Oberhauptleute haben daher höchster Vorschrift gemäß in jeder Gemeinde unter Leitung der Localpolizei-Beamten, und wenn die Anlegung selbst, oder die Auswahl des wasserreichsten Platzes 2c. einige Schwierigkeit verursacht, unter Zuziehung eines Baubedienten, die Vorrichtung von solchen Wasserbehältern beschaffen zu lassen, welche, um ihren Zweck erfüllen zu können, von der gehörigen Größe und solcher Beschaffenheit sein müssen, daß sie zu jeder Zeit einen genügsamen Vorrath von reinem Wasser enthalten können, auch leicht zugänglich sind. Im Mittelpuncte des Orts wird am besten ihre Anlegung Statt finden, wenn nicht andere Umstände dagegen sprechen, auch müssen die Wasserbehälter durch Rasten oder Faszien, oder durch Ausmauerung gegen Verunreinigung geschützt, durch eine Befriedigung der Andrang des Viehes abgehalten, zu keinem andern Nebenzwecke benutzt und im Winter durch öfteres Aufeisen zweckdienlich erhalten werden.

Die Aufbringung der Kosten geschieht durch ein, auf sämtliche Hausbesitzer auszubehnde Repartition, und insofern nicht eine, zur allgemeinen Zufriedenheit reichende Obervanz vorhanden sein sollte, nach dem Verhältnisse derjenigen Summen, womit die Gebäude bei der Brandversicherungs-Gesellschaft assureirt sind, incl. der Kirchen und geistlichen Gebäude, wie auch der Domainen und adlichen Güter.

Resc. f. R. E. v. 9. Januar 1826.

Da verschiedentlich bemerkt worden, daß bei stattgehabten außerordentlichen Vorfällen z. B. Feuersbrünsten, besonderen Unglücksfällen und dergleichen dem f. R. E. keine Anzeige gemacht worden, f. R. E. aber bei der obliegenden Oberaufsicht über die Landes-Polizei, nothwendig von solchen Vorfällen ohne Anstand in Kenntniß gesetzt werden muß, so werden die Kr. Ger. angewiesen, die nöthige Nachrichten an das f. R. E. gelangen zu lassen.

Resc. f. R. E. v. 19. Januar 1826.

Durch ein höchstes Resc. vom 5. Januar 1826 ist bestimmt, daß es bei der bisher zwischen f. Kammer und den Kr. Amt. in Domainen-Verwaltungs-Sachen Statt gehalten unmittelbaren Communication sein Verbleiben haben müsse, indem unter dem im §. 31 der Verordnung vom 26. März 1823 die Polizei- und Gemeinde-Verwaltung betreffend, erwähnten Verwaltungs-Sachen, nicht auch Domainen-Sachen, sondern nur die zum Ressort der Oberhauptleute gehörigen Administrations- und hauptsächlich Polizei-Angelegenheiten gemeinet seien.

Resc. f. R. E. v. 17. März 1826.

Es erscheint angemessen, daß, nachdem die Verwaltung der Landstädte seit dem 1. Octbr. v. J. von den Geschäften der Kr. Amt. getrennt und den besonderen städtischen Behörden untergeordnet worden, die Abgaben zur Wegeverbesserung, welche von Einwohnern dieser Städte in Gemäßheit der landesherrl. Verordn. vom 20. Febr. 1756 und

11. April 1758 zu erlegen sind, nicht weiter zu den Amts- und Begebesserungs-Cassen abgeliefert, sondern bei den städtischen Cassen berechnet werden.

Resc. f. R. C. v. 24. März 1826.

Da den in den hiesigen Landen approbirten Thierärzten die Ausübung ihrer Praxis, in welche auch das Castriren und Legen der Hengste einschlägt, in den benachbarten königl. preuß. und hannoverschen Staaten gestattet wird, dieselben aber dem Vernehmen nach, vorher zu dem Ende noch um Erlaubniß nachsuchen und Atteste aber in den hiesigen Landen geschehene Approbation beibringen müssen: so soll diesseits ein gleiches Verfahren auch gegen die Thierärzte des Auslandes beobachtet werden.

Resc. f. R. C. v. 24. Mai 1826.

Wegen Erhebung der Abgabe zur Begebesserungs-Casse s. Art. Arme u. S. 10.

1. Resc. v. 20. Juni 1826.

Da die königl. preuß. Behörden hinsichtlich der Kosten, welche auswärtigen Staaten und Gemeinen durch die Verpflegung und den Transport von ausgewiesenen und vabundirenden königl. preuß. Unterthanen erwachsen, den Grundsatz angenommen haben und befolgen, daß die gedachten Kosten dem ausweisenden Staate nicht wieder zu ersetzen seien, so ist von den hiesigen Gerichten das reciprocum zu beobachten.

Resc. h. R. C. v. 28. September 1826.

Nach einer höchsten Bestimmung ist den Ortsvorstehern nur der Gemeinde-Reihedienst, aber nicht der Herrendienst erlassen.

Resc. h. R. C. v. 30. September 1826.

Am Schlusse jeden Jahrs sind die Bücher der mit Concessionen versehenen Handelsleute von den Kr. Ger. zu prüfen: ob dieselben die Hoken- und Victualienwaaren wirklich nur von inländischen Kaufleuten beziehen und ist somit auf die Befolgung der in den Concessionen auch in dieser Hinsicht gemachten Vorschriften zu halten; auch sind die Garnauffäufer vor Aushändigung deren Concessionen nach Maßgabe der Verordnung vom 11. Decbr. 1786 zu beeidigen und ist nach Ablauf einer jeden Concession, Behuf deren etwaigen Erneuerung von der Erklärung der Handelstreibenden, Anzeige zu machen.

Resc. h. S. R. C. v. 6. November 1826.

Da die Erfahrung gelehrt hat, daß eine Selbstentzündung der Windmühlen, bei deren raschen Umgehen leicht sich zutrage, mit geringer Mühe aber geldschädlich werden könne, sobald solche frühzeitig genug entdeckt wird, hiezuhin jedoch eine ununterbrochene Aufsicht über die Windmühlen erforderlich ist, so sind die Mühlenbesitzer anzuweisen ihre Mühlen, wenn solche im Gange, nie ohne persönliche Aufsicht zu lassen, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von einem Thaler für jeden Contraventionsfall, die weitere persönliche Bestrafung nöthigen Falls vorbehaltenlich.

Resc. h. R. C. v. 29. November 1826.

Es ist wahrgenommen worden, daß bei Bierbrauereien und Branntweinbrennereien das, zur Mastung aufgestellte Vieh, wenn es feist geworden, oder auch, wenn es eine

Kränklichkeit durch Lähmniß, Stößen u. erhalten, nicht selten geschlachtet und einzeln im Orte oder nach anderen Orten verkauft ist. Wir nun aber im Allgemeinen der quæst. Verkauf des fetten Viehes nach einzelnen Theilen oder Pfunden dem §. 118 der modificirten Silbe-Ordnung entgegen ist; eine Erlaubniß zum Schlachten des kränklichen Viehes im Voraus aber gar leicht zum Mißbrauche und zum Nachtheile für die Gesundheit der Menschen verleiten oder führen kann; so soll besonders darauf geachtet werden, daß unter dem Vorgeben einer Lähmniß oder sonstigen Kränklichkeit, kein Stück Vieh geschlachtet und das Fleisch davon verkauft werde, ohne daß auf vorhergehende polizeiliche Verfügung der angebliche Fehler des gedachten Viehes von dem betreffenden Thierarzte untersucht und, wenn die Unschädlichkeit des Fleisches quæst. rücksichtlich der menschlichen Gesundheit unbezweifelt dargethan ist, die polizeiliche Erlaubniß zum einzelnen Verkaufe des Fleisches davon ertheilt worden.

Ausschreiben h. E. v. 23. December 1826.

H. Conf. läßt den Kr. Aemt. gedruckte Exemplare des an die General-Superintendenten im Lande unterm 23. Dec. 1826 ergangenen Consistorial-Ausschreibens, die Führung eines Registerbuches über die Impfungsscheine bei jeder Schule hiesigen Landes betreffend, hierbei zusenden, und fordert dieselben zugleich auf, nach dem Inhalte des höchsten Resc. vom 9. d. M., den Gemeinen die unverzügliche Anschaffung der vorschriftsmäßigen Registerbücher für ihre Schulen aufzugeben und nöthigenfalls sie obrigkeitlich dazu anzuhalten, auch demnächst zu verfügen, daß diese Bücher nach deren Anfüllung durch neue ersetzt werden.

Ausschreiben h. E. v. 23. December 1826.

Die Führung eines Registerbuchs über die Impfungsscheine u. bei jeder Schule hiesigen Landes betreffend.

Da es für das öffentliche Wohl von der größten Wichtigkeit ist, daß über die höchsten Orts vorgeschriebene Beibringung der nöthigen Impfscheine von den Kindern vor deren Aufnahme in eine Schule hiesigen Landes mit aller Strenge gehalten werde, die Erfahrung aber gelehrt hat, daß die Aufbewahrung solcher Scheine allein, besonders bei zahlreichen Schulen, über die wirklich geschehene Beibringung derselben nicht immer hinlängliche Nachweisung gibt; so ist durch ein unter dem 9. d. M. ergangenes höchstes Resc. verordnet, daß bei jeder Schule hiesigen Landes ein Registerbuch, behuf Eintragung des Impfungsscheine und der Namen der Impfärzte, welche dieselben ausgestellt haben, auf Kosten der Gemeinde angeschafft und den Schullehrern die pünktliche Führung solcher Bücher, ingleichen den Predigern die strenge Beaufsichtigung derselben aufgegeben werden soll.

Die General-Superintendenten haben nun den Superintendenten ihrer General-Inspection und durch diese den Predigern ihrer Special-Inspection, jedem ein gedrucktes Exemplar dieses Ausschreibens zuzustellen und sie aufzufordern, die Schullehrer in ihren Pfarochien zur pünktlichen Führung der vorgeschriebenen Registerbücher gehörig an-

zuweisen, auch selbst die strengste Beaufsichtigung dieser Bücher sorgfältig sich angelegen sein zu lassen, wie h. Conf. denn auch von den General-Superintendenten selbst eine genaue Aufsicht über die Führung der Registerbücher bei den unter ihnen stehenden Schulen zuversichtlich erwartet.

Uebrigens sind die herz. Kr. Aemt. und die Magistrate der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel zugleich unter heutigem dato aufgefordert, den Gemeinen die unersetzliche Anschaffung der vorschristmäßigen Registerbücher auf ihre Kosten aufzugeben, und nöthigenfalls sie obrigkeitlich dazu anzuhalten.

Resc. h. R. E. v. 15. Januar 1827.

Die Formulare zu den vorgeschriebenen Pässen sollen vom Kammersereiber Meiske ausgetheilt und dafür sogleich bei der Anforderung folgende Kosten bezahlt werden:

- 1) für jeden ungestempelten, unter einem Buche angeforderten Bogen 4 Pf.
- 2) für ein volles Buch desgleichen 6 Ggr. 8 Pf.
- 3) für ein ganzes Rieß desgl. 5 Rthlr. 12 Ggr.

Resc. h. R. E. v. 28. Juni 1827.

Da bemerkt worden, daß die zum Schöpfen und Herausziehen von Wasser bestimmten Brunnen, nicht überall mit gehöriger Befriedigung oder Bedeckung versehen sind, daraus aber leicht Nachtheil und Gefahren für Menschen und Vieh entstehen können: so haben die Polizei-Beamten auf eine gehörige Befriedigung der gedachten Brunnen strenge zu halten, wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß solches nicht zu vexationen der Unterthanen Veranlassung geben darf.

Resc. h. R. E. v. 1. Juli 1827.

Da bei den Liquidationen der Gerichtsverwaltungskosten hin und wieder bemerkt worden, daß die angelegten Fuhrldhne unverhältnißmäßig hoch erscheinen, oder doch wegen Mangels einer näheren Nachweisung sich nicht hinlänglich beurtheilen lassen, so werden die h. Kr. Aemt. in Gemäßheit eines höchsten Resc. vom 25. Juni d. J. hierdurch angewiesen, in der Folge die zu liquidirenden Transportkosten jedesmal näher, mit Angabe der Entfernung und der gewöhnlichen Preise zu specificiren und gehörig zu belegen.

Resc. h. R. E. v. 4. Juli 1827.

Da von Seiten des königl. großbritt. Kabinetts-Ministerii die Antwort:

Daß dem allgemeinen Herkommen in den hannöv. Staaten nach, die auf die Cur eines, außerhalb seines Wohnorts Erkrankten, verwendeten Kosten, wenn diese aus dessen Vermögen nicht erfolgen können, von der Gemeinde des Orts, worin er erkrankt ist, gestanden werden müssen, und deren Erstattung von der Commune seines Wohnorts nicht verlangt wird,

auch, daß insbesondere nach einer, von Sr. königl. großbritt. Majestät erlassenen Verordnung, die auf die Verpflegung und Cur eines armen kranken Reisenden, verwandten Kosten von der Commune, Armen- oder Anlageneben-Casse des Orts, wo solche Kosten verwendet worden, übernommen und gestanden werden sollen,

erfolgt ist, so werden die Kr. Aemt. hiervon zur Beobachtung des reciproci in Kenntniß gesetzt.

Resc. h. R. C. v. 23. August 1827.

Da es sich ergeben, daß, den Bestimmungen der Circular-Verfügung vom 22. April 1820 entgegen, die Liquidationen der Physicorum über diejenigen Geschäfte, für welche selbige eine Bezahlung aus herrschaftlicher Casse zu fordern haben, nicht immer vorschriftsmäßig attestirt werden, so wird den h. Kr. Aemt. die Befolgung des erwähnten Rescripts in Erinnerung gebracht, und wird bemerkt, daß die Physici ebenmäßig von dem h. Ob. San. C. angewiesen sind, die quaest. Liquidationen den betreffenden Gerichten stets zur ordnungsmäßigen Attestirung einzureichen.

Resc. h. R. C. v. 23. August 1827.

Um die Verbreitung der Schaafpocken schnell zu unterdrücken, ist eine genaue Absonderung der gesunden von den kranken Schaafen und eine augenblickliche Impfung der ersten, das einzige zuverlässige Mittel. Als polizeiliche Maßregel dient Folgendes:

1) muß gleich durch ein Umlaufs-Schreiben den sämtlichen Dorfschaften des Kr. Amts angezeigt werden, in welcher Schäferei die Pocken ausgebrochen sind, mit Hinzufügung der Verwarnung, daß sich ein Jeder vor der Zusammenkunft mit der Schäferei, worin die Pocken herrschen, zu hüten habe; zugleich können die Einwohner durch das Umlaufs-Schreiben belehrt werden, daß sie durch keine Arznei ihre Schaafe vor der Ansteckung schützen und daß sie nur durch die Impfung allein sich vor einem großen Verluste sichern können; auch wird an die nächste Behörde der angrenzenden fremden Dorfschaften die Anzeige von der ausgebrochenen Schaafpockenseuche gemacht werden müssen;

2) die Schäferei, worin die Pocken herrschen, muß ganz abgesondert von andern Schäfereien gehalten werden; auch die Schäfer und überhaupt die Leute, welche sich mit den kranken Schaafen beschäftigen, müssen alle fremde Heerden vermeiden.

Findet Koppelweide Statt, so muß für die kranke Heerde ein besonderer Weidefleck angewiesen werden, so, daß diese wenigstens 200 bis 300 Schritte von dem gesunden Schaafvieh entfernt gehalten wird. Diese Vorsicht muß selbst nach geendigter Seuche wenigstens noch 4 Wochen hindurch beobachtet werden;

3) während der Dauer der Pockenseuche muß aller Handel mit Schaafen aus der kranken Heerde, wenn sie auch den Anschein von Gesundheit hat, eben so auch der Handel mit Häuten, Wolle u. auß. Strengste untersagt werden;

4) die an den Pocken gestorbenen Schaafe müssen, ohne daß sie abgehäutet werden, oder daß die Wolle abgeschoren wird, vier Fuß tief an einem entlegenen Ort verscharret werden;

5) nach beendigter Seuche müssen die Ställe, worin kranke Schaafe gestanden, sorgfältig gereinigt werden; aller Dünger muß herausgeschafft und gleich untergepflügt werden; die unterste Lage des Futters, welches über dem Stalle gelegen, muß für Pferde

und

und Hornvieh benutzt und die Ställe müssen eine Zeitlang durch Oeffnung der Fenster und Thüren ausgelüftet werden, ehe gesundes Vieh wieder hineingebracht wird.

Resc. h. R. E. v. 28. October 1827.

Die h. Kr. Amt. haben dahin zu sehen, daß zu Feldhütern nicht nur taugliche Subjecte gewählt, sondern auch daß damit keine unverträgliche Nebenstellen verbunden werden. Sie haben sich daher die von den Gemeinen dazu außersehenen Personen vor deren Anstellung jedesmal in Vorschlag bringen zu lassen und deren Annahme zu gestatten oder, im Falle gegen dieselben etwas zu erinnern ist, die Bestätigung zu verweigern. Auch ist genehmigt, daß den Feldhütern gestattet werde, zu deren bessern Erkennung und Legitimation eine Auszeichnung durch ein Schild mit der Umschrift:

„Feldhüter der Gemeinde N. N.“

zu tragen, und sollen dieselben nach Maßgabe der hiebei angeschlossenen Eidesformel verpflichtet werden.

(Vergl. Ergänz. zu Frederab. Promt. Art. Pfänder.)

Feldhüter Eid.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß ihr als Feldhüter der Gemeinde N. N., wozu ihr erwählt und bestätigt worden, dem gnädigsten Landesherrn und eurer vorgesetzten Obrigkeit wollet treu und gehorsam sein; insbesondere aber auch in eurem Feldhüter-Dienste euch treu und fleißig bewelsen; dergestalt, daß ihr die Gärten, Felder, Wiesen und Wege eurer Gemeinde Tages und Nachts das ganze Jahr hindurch, insonderheit zu der Erndtzeit in Aufsicht haltet und jeden, welcher durch Gehen, Reiten, Fahren oder Hüten und Viehtreiben den Früchten, Aekern und Wiesen Schaden zufügen, oder gar davon etwas entwenden würde, unfehlbar anhalten, pfänden und zur Broge angeben, die Feld- und Garten-Diebe aber den Ortsvorstehern vorführen und hierunter weder um Geschenk, Gabe oder Freundschaft willen Niemanden übersehen, noch weniger aus Feindschaft Jemandem zu nahe thun, daß ihr ferner keine weitere Gebühren nehmen, als welche das Gericht euch zuerkennt, und überhaupt euch also verhalten wollet, wie es einem beeidigten Feldhüter zukommt. So wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

Resc. h. R. E. v. 7. November 1827.

Um für die Zukunft die polizeiliche Beurtheilung der zur Abwendung der Feuergefahrlichkeit bei den zum Ressort des h. Cons. gehörigen Neubauten, sowohl hinsichtlich ihrer Stellung, als ihrer innern Einrichtung zu treffenden Maßregeln frühzeitig in Wirksamkeit treten lassen zu können, ist h. R. E. mit dem h. Cons. dahin übereingekommen, daß von demselben die mit der Ausführung der fraglichen Bauten zu beauftragenden Behörden, namentlich die h. Kr. Amt., in ihrer Eigenschaft als weltliche Visitatoren, in Zukunft jederzeit besonders angewiesen werden sollen, die Grund- und Standrisse zu dergleichen Bauten vor deren Anfange dem betreffenden Oberhauptmanne zur Prüfung und Berichtserstattung an h. R. E. vorzulegen.

Postwesen.

B. die Taxen und Verordnungen bei den herzogl. braunschw. Posten betr. (S. 197.) [No. 12.] (12. Febr. 1814.)

B. nähere Bestimmungen wegen der Entfernung der Poststationen von einander und von den benachbarten Städten enthaltend. (S. 212.) [No. 14.] (10. März 1814.)

Verzeichniß der Entfernungen, nach welchen auf den Stationen das Postgeld für Extra-Posten und Couriere und Estafetten erhoben werden soll. (S. 212.) [No. 14.] (10. März 1814.)

B. die Rectification der in dem der Verordnung vom 10. März 1814 beigelegten Verzeichnisse festgesetzten Entfernung der hiesigen Station von den Stationen Gifhorn und Peina betr. — $3\frac{1}{2}$ und $3\frac{1}{4}$ Meile. (S. 5.) [No. 2.] (26. Febr. 1819.)

B. die Herabsetzung der Extrapost-, Courier- und Estafetten-Taxe, auch nähere Bestimmungen über das Lohnfuhrwesen enthaltend. (S. 9.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

Festsetzung der Taxe. (S. 10.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

Nähere Erklärung und Modificirung der Verordnungen vom 6. Mai 1779 und 22. Januar 1790. (S. 10.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

1) Gewerbescheine der Lohnkutscher. (S. 10.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

2) Abzug des Postpassagier-Scheins, wenn derselbe am Orte einer Extrapost-Station wohnt, (S. 11.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

3) wenn er an solchem Orte nicht wohnt, beim Passiren eines Stations-Orts. (S. 11.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

4) Verbot des Umfahrens der Post-Station. (S. 12.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

5) Weiterbeförderung der Reisenden von Lohnfuhrleuten, nur wenn sie sich 24 Stunden an dem Stations-Orte aufgehalten haben. (S. 12.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

6) Nichtbetreibung des Gewerbes von auswärtigen, mit einem Gewerbescheine nicht versehenen Lohnkutschern. (S. 12.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

7) Strafbestimmung — Untersuchung. (S. 13.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

8) Ausnahmen während der Messe in Braunschweig. (S. 14.) [No. 4.] (1. Mai 1822.)

B. das rectificirte Verzeichniß der verschiedenen Entfernungen der Poststationen in den hiesigen Landen betr. (S. 177.) [No. 20.] (7. Oct. 1823.)

Verzeichniß der Entfernungen, nach welchen auf den herzogl. braunschw. Stationen das Postgeld für Extraposten, Couriere und Estafetten erhoben werden soll. (S. 179.) [No. 20.] (7. Oct. 1823.)

B. die Berichtigung des der Verordnung vom 7. October 1823 beigefügten Verzeichnisses der Entfernung der Poststationen in den hiesigen Landen betr. (S. 7.) [No. 3.] (15. Jan. 1824.)

Von Königsutter nach Helmstedt 2 Meilen, zwischen Vorsfelde und Calvörde 4½ Meile. (S. 7.) [No. 3.] (15. Jan. 1824.)

Wegen des Portos für die Acten, Berichte u. s. f. Justiz-Verwaltung B. vom 20. Mai 1824.

B. das Extrapost-, Courier- und Escapettenwesen betr. (S. 243.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 1. Wegen der Entfernung der Poststationen bleibt es bei den vorigen Verordnungen. (S. 243.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 2. Extrapost-Laxe — Trinkgeld — Belastung des Pferdes des Postillons. (S. 244.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 3. Ausstellung der Quittung über das Postgeld. (S. 244.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 4. Befugniß zur Beförderung der Extraposten, Couriere oder Escapetten. (S. 245.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 5. Verbot des Aufbringens mehrerer Pferde — Ausnahmen — Beglaubigungsscheine dieserhalb — Bestimmung der Anspannung in den Abfahrts-Stationen. (S. 245.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 6. Strafbestimmung gegen die Postillons wegen Anspannung der Pferde. (S. 246.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 7. Bereithaltung guter und bequemer verdeckter Wagen — Miete dafür. (S. 246.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 8. Ordnung der Weiterbeförderung der Reisenden — Ausnahmen. (S. 247.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 9. Bereithaltung aufgeschirrter Pferde auf den Haupt-Stationen — Hilfs-Pferde — Zeitbestimmung der Weiterbeförderung auf den Stationen — Strafen gegen die Postmeister und Posthalter — Eintretung außerordentlicher Fälle — Verhalten deshalb. (S. 247.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 10. Laternen in den Post-Ställen. (S. 249.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 11. Verhalten der Postillons — Verhalten und Verantwortlichkeit der Postmeister und Posthalter ihrerwegen — Bestrafung der Vergehen der Postillons. (S. 249.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 12. Erkennengeben der Annäherung, auf einer Station durch das Horn — Hinzufahren zum Absteigequartier. (S. 250.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 13. Mitnehmen von Futterfäcken. (S. 250.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

§. 14. Einfahren der Postillons oder Halten vor einem Wirthshause — Füttern der Pferde — Zeichen der Ankunft durchs Horn vor dem Wirthshause — Bezahlung. (S. 250.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

- S. 15. Wechseln der Pferde unterwegs. (S. 251.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 16. Verbot des Umfahrens der Poststationen. (S. 251.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 17. Beförderung der Reisenden nach jedem Orte — Ausnahme — Bezahlung. (S. 251.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 18. Zurückkehren der Reisenden — Bezahlung. (S. 251.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 19. Zeitbestimmung der Schnelligkeit des Fahrens — Strafe der Contravention — Bemerkungen des Abganges und der Ankunft auf der Quittung — Beschwerdeführung — Controlbuch. (S. 252.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 20. Zeit der Bereithaltung der bestellten Pferde — Bezahlung des Wartegeldes. (S. 253.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 21. Erhebung des Weg-, Brücken- und Pflaster-Geldes mit dem Postgelde. (S. 254.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 22. Verhalten der Reisenden auf den Poststationen und gegen die Postillons — Verhalten der Postmeister und Posthalter gegen die Reisenden bei Streitigkeiten. (S. 254.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 23. Ausweichen des Fuhrwerks auf das mit dem Posthorn gegebene Zeichen. (S. 255.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 24. Die Disciplinarstrafe zieht die f. Post-Direction ein und hat die Untersuchung und Entscheidung deshalb. (S. 255.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)
- S. 25. Bekanntmachung dieser Verordn. betr. (S. 255.) [No. 21.] (14. Nov. 1825.)

R e s c r i p t e.

I. Resc. v. 21. August 1814.

Porto, welches nicht wieder eingezogen werden kann, darf fortan nicht mit liquidirt werden, sondern es muß das Kr. Ger. sich dasselbe vom Postante zurückzahlen lassen, das Postamt aber solches in der Rechnung vorausgaben und bei der Rechnungsablegung deshalb um Decharge nachsuchen; diejenigen Kr. Ger. aber, welche sich in der Wiederbeitreibung der Portoauslagen eine Sorglosigkeit zu Schulden kommen lassen, können auf eine Erstattung derselben keinen Anspruch machen und ist daher der Grund, warum die Auslagen nicht haben wieder beigetrieben werden können, jedesmal speciell anzuführen.

Resc. f. R. E. v. 2. September 1814.

F. R. E. läßt den Kr. Ger. einen Extract aus einem unterm 21. August 1814 erlassenen höchsten Resc. in Betreff der bei den Kr. Ger. vorkommenden Justiz-Verwaltungs-Kosten, so weit dasselbe das Porto für eingehende Sachen betrifft, zu ihrer Kenntniß und genauen Nachachtung hiebei zugehen.

Resc. f. R. E. v. 7. October 1814.

Die von den Kr. Ger. vorgeschossenen Postgelde, welche nicht wieder eingezogen werden können, sollen am Ende eines jeden Quartals beim f. R. E. liquidirt werden.

L. Resc. v. 16. Januar 1815.

Um die Portofreiheit in Dienstsachen zu bewirken, soll auf die Couverts der Berichte und Schreiben der Behörden „herrschaftliche Dienstsachen“ gesetzt und solche mit dem Dienstsiegel verschlossen werden.

Bekanntmachung f. Post-Direction v. 2. Juli 1816.

Daß von dem f. G. R. C. unterm 28. v. M. erlassene höchste Resc., nach welchem der unterzeichneten Post-Direction auf den, wegen des Gebrauchs des Dienstsiegels bei den mit der Post zu versendenden Official-Schreiben unterm 11. ejusd. mens. No. 948 erstatteten Bericht unverhalten geblieben:

daß es in Ansehung der Landes-Collegien und sonstigen öffentlichen Behörden bei der im Rescripte vom 16. Januar 1815 enthaltenen Verfügung, wonach die von denselben in herrschaftlichen Dienstsachen zu versendenden Schreiben, behuf der Postfreiheit, außer den übrigen Formalitäten, auch mit dem Dienstsiegel zu versehen wären, sein Bewenden behalten, was dagegen aber die isolirt stehenden Officianten der untern Grade, insbesondere die Forst-, Berg-, Hütten- und Steuer-Bediente, so wie auch die Ortsvorsteher beträfe, diejenigen Official-Schreiben, welche dieselben mit der vorchriftsmäßigen Bezeichnung auf dem Couverts an einen ihnen vorgesetzten herrschaftlichen Officianten, oder an eine Landesbehörde, oder an eine Oberhauptmannschaft, oder an die f. Kr. Ger. adressirten, auch ohne Beifügung eines Dienstsiegels portofrei befordert werden sollten,

ist von Post-Direction wegen mittelst Umlaufschreiben vom heutigen Tage den sämtlichen herzogl. braunschw. Postbehörden zur genauesten Beachtung und Befolgung bekannt gemacht, und hat man nicht verfehlen wollen, davon das dabei interessirte Publicum nachrichtlich in Kenntniß zu setzen.

(Br. Anz. 1816 No. 52.)

Bekanntmachung f. Post-Direction v. 4 August 1819.

Die mit dem königl. preuß. General-Postamte zu Berlin, so wie auch mit der f. Thurn und Taxischen General-Post-Direction zu Frankfurt am Main getroffene Uebereinkunft:

alle Geldbriefe nur sodann, wenn solche mit wenigstens dreimal versiegelten Kreuz-Couverts, oder mit sogenannten französischen, in der Diagonale dreimal, oder kreuzweis fünfmal versiegelten Couverts versehen, anzunehmen, und sich gegenseitig zuzuführen,

wird hieburch dem correspondirenden Publicum zur genauesten Befolgung bekannt gemacht.

Wenn übrigens die in dem an alle herzogl. braunschw. Postbehörden am 24. Nov. 1818 erlassenen Umlauf-Schreiben enthaltenen Vorschriften wegen Verwahrung und Bezeichnung der zur fahrenden Post bestimmten Gegenstände nicht selten Zurückweisungen der nicht gehörig verpackten und marquirten Päckereien zur Folge haben, so wird daraus Folgendes zur Kenntniß des correspondirenden Publicums gebracht:

1) Alle Gegenstände der fahrenden Post, mit Ausnahme der kleinen Acten-Pakete und sonstigen Päckel in Papier ohne großen Umfang, d. h. solcher, die füglich mit den Briefen verpackt, oder als Briefbeutel-Stücke erachtet werden können, dürfen ohne eine besondere Adresse durchaus nicht angenommen werden;

hiernächst ist

2) streng darauf zu halten, daß die zur Post gelieferten Pakete, Schachteln, Valisots, Kisten und Geld-Päckereien aller Art, welche in Wachstuch, Linnen, starkem doppelten Packpapier oder Matten emballirt sein müssen, mit deutlichen, festverwahrten Zeichen versehen, insbesondere auch darauf die Ortsbestimmungen hinzugefügt sind; und wenn nun dabei

3) den diesseitigen Postbehörden unverhalten geblieben ist, daß derjenige Post-Officiant, welcher gegen diese Verordnung nicht gehörig verwahrte, versiegelte und bezeichnete Gegenstände der fahrenden Post annehmen und dadurch die Veranlassung geben werde, daß das vielleicht nicht deutlich bezeichnete, oder mit einer besonderen Adresse nicht versehene Päckel nicht verordnungsmäßig bestellt würde,

allen daraus entstandenen Schaden, nach vorgängiger Liquidation, zu ersetzen habe; so können die Correspondenten sich nicht beschwert erachten, wenn die Annahme der nicht ordnungsmäßig qualificirten Gegenstände der fahrenden Post zur Weiterbeförderung, der desfallsigen Vorschrift gemäß, jedesmal verweigert werden wird.

(Br. Anz. 1819 No. 62.)

Privilegien.

B. den Landt. Abschied betr. (S. 135.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

(S. Landschaft S. 253.)

§. 20. No. 5. Privilegien zum ausschließlichen Debit oder alleiniger Fabrication sollen nicht über 20 Jahre gegeben werden. (S. 145.) [No. 18.] (11. Juli 1823.)

Seren. Privilegium für den großherz. Sächsen-Weimarschen Staats-Minister v. Göthe über die von demselben zu veranstaltende letzte Ausgabe seiner Werke gegen den Nachdruck und dessen Verkauf in den hiesigen Landen. (S. 29.) [No. 8.] (13. April 1826.)

— Auf 20 Jahre — Strafe wegen des Nachdrucks und Verkaufs der Nachdrücke 100 Rthlr. — Confiscation — Erstattung des Ladenpreises. (S. 29.) [No. 8.] (13. April 1826.)

Privilegium für den Hopfenmesser Joh. Heinr. Heide zur Anlegung einer Poudrette- und Urate-Fabrik. (S. 163.) [No. 22.] (18. Sept. 1826.)

Privilegium für den großherz. Sächsischen Hofkapellmeister Hummel zu Weimar für das von demselben herausgegebene Werk: Ausführliche theoretisch-practische Anweisung zum Spielen des Pianoforte. (S. 121.) [No. 25.] (30. Oct. 1826.)

Privilegium für die Hinterbliebenen des Dichters und Geschichtschreibers v. Schiller, die von denselben beabsichtigte und vermehrte Ausgabe seiner sämtlichen Werke betr. (S. 5.) [No. 2.] (9. Jan. 1827.)

Prüfung der Candidaten.

B. die Prüfung der Studirenden, insonderheit der Theologen betr. (S. 185.) [No. 21.] (21. Oct. 1823.)

§. 1. Ein Jeder, welcher künftig auf Unterstützung zum Behuf seiner Studien, oder auf die Begünstigung des §. 27 des Canton-Reglements vom 30. Juli 1821 Ansprüche macht, hat sich zuvor einer Prüfung zu unterwerfen. (S. 186.) [No. 21.] (21. Oct. 1823.)

§. 2. Zeugniß der Reise zu dem Uebergange zu den höhern Wissenschaften. (S. 186.) [No. 21.] (21. Oct. 1823.)

§. 3. Dieses gibt noch kein Recht auf den freien Unterricht auf dem Collegio Carolino oder zum Freitische. (S. 187.) [No. 21.] (21. Oct. 1823.)

§. 4. Anmeldung beim f. Directorio des Collegii Carolini zur Prüfung wegen freien Unterrichts — Urtestat wegen des Freitisches in Göttingen oder Zurücksetzung im Militärdienste zur 6ten Classe. (S. 187.) [No. 21.] (21. Oct. 1823.)

§. 5. Prüfung von dem Directorio des Coll. Carol. vor dem Abgange auf die Universität. (S. 188.) [No. 21.] (21. Oct. 1823.)

§. 6. Die Landesfinder, welche sich dem Studio der Theologie gewidmet haben und die Universität Göttingen beziehen, haben sich der Aufsicht derjenigen Professoren, welchen die Inspection der Freitische übertragen worden, zu unterwerfen — Vorläufiges Examen beim f. Conf. — Aufsicht desselben über die Candidaten der Theologie — Ablegung der Rechenschaft über ihr Verhalten — Entscheidendes Examen. (S. 188.) [No. 21.] (21. Oct. 1823.)

(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 35, 46 und folg.)

Salz.

Bekanntmach. der Regier. Commission wegen Herabsetzung des Salzpreises. Auf 2 Rthlr. 16 Ggr. E. M. für den Centner. (S. 52.) [No. 4.] (20. Jan. 1814.)

Bekanntmach. f. G. R. C. die Herabsetzung des Preises des grauen Salzes betr. Auf 1 Rthlr. 8 Ggr. E. M. für den Centner. (S. 208.) [No. 12.] (3. März 1814.)

B. das Verbot der Einföhrung fremden Salzes in den wolffenbüttelschen und schöninghschen District betr. (S. 17.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)

§. 1. Allgemeines Verbot in Rücksicht dieser Districte. (S. 18.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)

Salz 2c. Rescript.

- §. 2. Aufkauf ausländischen Salzes von f. Kammer wegen eintretenden Bedürfnisses. (S. 18.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)
- §. 3. Bestrafung der Uebertretung des Verbots. (S. 18.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)
- §. 4. Durchfuhr des Salzes — Begleitschein — Bestimmung der Route darin — Bestrafung deren Verlassung. (S. 19.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)
- §. 5. Belohnung der Anzeige einer Contravention. (S. 19.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)
- §. 6. Eintritt der Wirksamkeit der Verordnung. (S. 19.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)
- §. 7. Nichtanwendung dieser Verordn. in den übrigen Landestheilen. (S. 20.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)
- §. 8. Schleunige Untersuchung der Contraventionen. (S. 20.) [No. 6.] (29. Juli 1822.)
- W. die Ein- und Durchführung ausländischen Salzes betr. (S. 213.) [No. 10.] (18. Aug. 1825.)
- §. 1. Bestimmung, wen die Strafe der Confiscation trifft. (S. 214.) [No. 10.] (18. Aug. 1825.)
- §. 2. Ausstellung des Begleitscheins von der Salinen-Administration. (S. 114.) [No. 10.] (18. Aug. 1825.)
- (Die Untersuchung der Contraventionen gegen das Verbot der Einführung und des Debits des Salzes haben die Distr. Ger. — f. W. v. 10. Nov. 1825 unter Art. Criminal-Justiz S. 18.)

R e s c r i p t .

Refc. f. R. E. v. 13. October 1817.

Es ist höchsten Orts verordnet worden, daß, um den Debit des auf den inländischen Salinen producirten Salzes zu sichern und der, aller Vorkehrungen ungeachtet, bisher immer mehr überhand genommenen Defraudationen der liebenhallschen Salzfärner Einhalt zu thun, das liebenhallsche Salz bis auf weiteres in die auf dem rechten Ufer der Oker belegenen Ortschaften der Districte Wolfenbüttel und Schöningen nicht mehr zugelassen und gegen die Salzfärner im Uebertretungsfalle mit der Confiscation des Salzes und des Fuhrwerks verfahren werden soll. Dagegen sollen den salzliebenhallschen Salzfärnern die Ortschaften der genannten Districte, welche an dem linken Ufer der Oker liegen, imgleichen der ganze Harz- und Weser-District offen bleiben. Da das Salz auf der Saline Liebenhalle für 2 Rthlr. 16 Ggr. E. M. der Centner verkauft wird, so kann in die beiden letztgenannten Districte besonders die am entferntesten liegenden Kr. Ger. von diesem Salze nicht viel abgesetzt werden, da man dort das Salz näher und wohlfeiler aus dem benachbarten Auslande beziehen kann. Um nun die Communionssaline Liebenhalle für den bisher gehaltenen Debits-Kreis in den am rechten Ufer der Oker belegenen Ortschaften der hiesigen Lande zu entschädigen, ist dem Salinen-Administrator v. U. nachgelassen, das liebenhallsche Salz in die Districte des Harzes und der Weser nach den größeren oder kleineren Entfernungen den Centner für 2 Rthlr. und resp. für 2 Rthlr.

2 Rthlr. 6 Ggr. zu verkaufen und es hat derselbe darauf angetragen, daß die Salz-
händler veranlaßt werden möchten, das Salz für diese Preise von der Saline Liebenhalle
abholen zu lassen. Es ist daher die Herabsetzung des Preises dieses Salzes bekannt zu
machen und sind die Salzändler zu disponiren zu suchen, daß sie ihren Bedarf an
Salze von Liebenhalle nehmen möchten, da sie es daselbst so wohlfeil haben könnten, als
auf den ausländischen Salinen und daß den am entferntesten wohnenden zur Vergütung
des Fuhrlohns der geringste Preis gesetzt sei. Die Salzlärner, welche künftig das Salz
von Liebenhalle in die Districte des Harzes und der Weser verfahren, sollen, wie ehemals,
mit einem Schilde und einem Kammerpasse, in welchem letzteren ihre Bestimmung ausge-
drückt ist, versehen sein, und soll ihnen bei dem Verkaufe des liebenhalleischen Salzes in
den genannten Districten alle Erleichterung verschafft werden.

Schulen.

B. die Aufbringung der Kosten zu der Heizung der Schulstuben auf
dem Lande betr. (S. 115.) [No. 13.] (26. März 1823.)
(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 54.)

S. 1. Verpflichtung der Gemeinen zur Erwärmung der Schulstuben auf ihre Kosten.
(S. 116.) [No. 13.] (26. März 1823.)

S. 2. Untersuchung des Bedürfnisses von den Kirchen-Visitatoren — Vorstellung beim
f. G. R. C. (S. 116.) [No. 13.] (26. März 1823.)

S. 3. Die betreffende Gemeinde hat für die Anschaffung des ausgemittelten Feuerbedarfs
und dessen Anfuhr zu sorgen und ist eine feststehende Uebereinkunft zu treffen. (S.
116.) [No. 13.] (26. März 1823.)

S. 4. Beitragung zu den baaren Kosten und deren Aufbringung. (S. 117.) [No. 13.]
(26. März 1823.)

S. 5. Verbleiben bei der bisherigen Einrichtung. (S. 117.) [No. 13.] (26. März
1823.)

S. 6. Dem Schullehrer liegt ob, die Schulstube gehörig zu erwärmen. (S. 117.) [No.
13.] (26. März 1823.)

B. die Bezahlung des Schulgeldes auf dem Lande betr. (S. 189.)
[No. 21.] (20. Oct. 1823.)

(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 55.)

S. 1. Daß im §. 30 der Schulordnung vom 22. Sept. 1753 festgesetzte Schulgeld
soll unweigerlich entrichtet werden — Weitere Bestimmungen hinsichtlich der Kinder,
welche die Schule weniger besuchen — der Tagelöhner u. — Attestirung der Ver-
zeichnisse — Erhebung des Schulgeldes — Dieser B. widersprechende Ueberein-
kunft ist ungiltig — Entgegenstehende Gewohnheiten u. sind aufgehoben. (S. 189.)
[No. 21.] (20. Oct. 1823.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. G. R. E. v. 3. Juli 1822.

Es wird auf den Bericht wegen der von den Schullehrern zu N. und N. in Anspruch genommenen gesetzlichen Erhöhung des bisher von den Gemeinen nicht nach der Anzahl der Kinder, sondern der Häuser entrichteten Schulgeldes unverhalten: daß die Vorschrift der Schul-Ordnung allerdings auch auf Fälle der vorliegenden Art ihre Anwendung findet und das gerügte Herkommen, daß das Schulgeld zeither von den Häusern entrichtet worden, durchaus nichts ändern kann; indem, falls dieses Herkommen älter als die Schulordnung sein sollte, solches durch letztere aufgehoben ist; wenn dasselbe aber später entstanden, die gesetzliche Disposition der Schulordnung dadurch nicht aufgehoben werden kann. Es bedarf also keiner Declaration und sind die Gemeinen zu der Bezahlung des gesetzlichen Schulgeldes anzuhalten.

Resc. f. E. v. 8. October 1825.

Der jedesmalige Kreisbeamte in Helmstedt ist Mitglied der Schul-Commission daselbst.

Das Regulativ f. Conf. für die Geschäfts-Verwaltung der Schul-Commission in Helmstedt ist vom 11. März 1820, wie nachrichtlich bemerkt wird.

Resc. f. R. E. v. 19. Juni 1826.

Mittels höchsten Resc. vom 7. Juni 1826 ist die landesherrl. Verordn. vom 26. März 1823, die Heizung der Schulstuben auf dem Lande betreffend, dahin erklärt, daß der §. 4 derselben unter der Benennung „größere Grundbesitzer“ nur die Ackerleute, Halbspänner und Rothsassen habe begreifen wollen, als welche in der Regel nur die wahren und eigentlichen Glieder einer Land-Gemeine ausmachten, indem, wenn es die Absicht gewesen wäre, die Verbindlichkeit, zu den Kosten der Heizung der Schulstuben auf dem Lande beizutragen, auch auf andere größere Grundbesitzer in einem Dorfe, als die vorgenannten, zu erstrecken, dieses eben sowohl ausdrücklich bestimmt sein würde, als solches in Hinsicht der Brinkfäger, Anbauer und Händlinge geschehen ist, ob diese gleich zu den wirklichen Gemeinde-Mitgliedern nicht gehören.

Da nun hienach die Ritterguts-Besitzer, so wie die Amts- und Kloster-Pächter zu einem solchen Beitrage nicht heranzuziehen sind, so wird solches hiermit eröffnet, um bei vorkommenden Fällen dem gemäß zu verfahren.

I. Resc. v. 4. August 1827.

Der Rabbiner Eggers zu Braunschweig ist mit den Geschäften eines Landrabbiners beauftragt und ist zugleich bestimmt, daß die Judenkinder in Ermangelung eigener Lehrer den ersten Unterricht, mit Ausnahme der Religionsstunden, in den christlichen Schulen erhalten sollen.

Schutzblättern.

(Eine Verordnung wegen der Schutzblättern ist nicht erlassen.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. G. R. E. v. 8. Januar 1816.

Demnach auf einen Bericht des f. Ob. San. E. f. G. R. E. sich veranlaßt gefunden hat; die Verfügung zu treffen, daß die Impfung der Schußblättern hinfüro durchaus von Niemandem anders, als von den angestellten Physiciis, Aerzten, Stadt- und Land-Chirurgen geschehen dürfe, so ist solche von den Gerichten sofort bekannt machen zu lassen und sorgfältig darauf zu achten, daß nur von den genannten Personen Vaccinationen vorgenommen werden, etwaige Contraventions-Fälle aber sind unverzüglich dem f. Ob. San. E. zur Anzeige zu bringen. Ingleichen ist verfügt, daß in die Schußblättern kein Kind aufgenommen werden soll, wenn es nicht eine von einem angestellten Arzte oder Wundarzte ausgestellte Bescheinigung über die von ihm überstandenen Menschen- oder Schuß-Blättern beibringen kann, und werden diese Scheine unentgeltlich erteilt werden.

L. Resc. v. 5. August 1826.

Wegen Untersuchung der Cantonisten hinsichtlich der Vaccination, f. Militairwesen S. 331 und 332.

Aus schreiben f. E. v. 23. December 1826.

Die Führung eines Registerbuchs über die Impfungsscheine u. bei jeder Schule hiesigen Landes betreffend, f. Polizei und Verwaltung S. 382.

Resc. h. Krieg. E. v. 2. Januar 1827.

Wegen Untersuchung der Cantonisten in Rücksicht der Vaccination vor Anfang der Canton-Commission, f. Militairwesen S. 332.

Vergl. Verordn. vom 5. Juli 1826 §. 8 unter Art. Polizei und Verwaltung, f. E.

349. Die daselbst angeführten Auschr. und Resc. stehen in Fred. Promt. T. 4 S. 184 und T. 6 S. 256.

S i e g e s f e i e r.

W. wegen der Feier des Sieges bei Waterloo. (S. 13.) [No. 3.] (5. Juni 1817.)

Es soll zur Feier des 18. Juni 1817 in den Kirchen des Landes den 22. Juni ein feierliches Te Deum gesungen werden. (S. 13.) [No. 3.] (5. Juni 1817.)

W. wegen der Feier des Sieges bei Waterloo. (S. 33.) [No. 5.] (1. Juni 1818.)

Bekanntmachung die Gedächtnißfeier des Sieges bei Leipzig betr. (S. 77.) [No. 11.] (25. Sept. 1818.)

W. wegen des Sieges bei Waterloo. (S. 41.) [No. 5.] (10. Juni 1819.)

W. die Gedächtnißfeier des Sieges bei Leipzig betr. (S. 69.) [No. 9.] (30. Sept. 1819.)

- W. die Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 15.) [No. 5.] (5. Juni 1820.)
- Bekanntmachung f. G. R. C., die Gedächtnissfeier des Leipziger Sieges betrff. (S. 71.) [No. 11.] (30. Sept. 1820.)
- W. die Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 11.) [No. 3.] (6. Juni 1821.)
- Bekanntmachung des f. G. R. C. die Feier des Leipziger Sieges betrff. (S. 17.) [No. 17.] (27. Sept. 1821.)
- W. die Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 15.) [No. 5.] (27. Mai 1822.)
- Bekanntmachung die Feier des Sieges bei Leipzig betrff. (S. 27.) [No. 8.] (28. Sept. 1822.)
- W. die Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 19.) [No. 5.] (26. Mai 1823.)
- Bekanntmachung die Feier des Sieges bei Leipzig betrff. (S. 175.) [No. 19.] (20. Sept. 1823.)
- W. die Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 83.) [No. 12.] (31. Mai 1824.)
- W. die Feier des Sieges bei Leipzig betrff. (S. 113.) [No. 18.] (4. Oct. 1824.)
- W. die Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 187.) [No. 5.] (27. Mai 1825.)
- W. die Feier des Sieges bei Leipzig betrff. (S. 231.) [No. 16.] (26. Sept. 1825.)
- W. die Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 67.) [No. 13.] (29. Mai 1826.)
- Bekanntmachung die Gedächtnissfeier des Sieges bei Leipzig betrff. (S. 107.) [No. 23.] (2. Oct. 1826.)
- W. die bisherige Feier des Sieges bei Waterloo betrff. (S. 25.) [No. 8.] (3. Juni 1827.)
- Bekanntmachung des h. St. Minist., die diesjährige Feier des Sieges bei Leipzig betrff. (S. 65.) [No. 17.] (24. Sept. 1827.)

Stempel.

- W. die Stempelfreiheit der von den Advocaten und Procuratoren wegen rückständiger Deserviten und Auslagen zu übergebenden Gesuche und darauf zu ertheilenden Verfügungen betrff. (S. 41.) [No. 9.] (18. Sept. 1817.)
- §. 1. Den Advocaten und Procuratoren ist gestattet, die Gesuche wegen rückständiger

- Deserviten und Auslagen unter reservirtem Stempel einzureichen. (S. 42.) [No. 9.] [18. Sept. 1817.]
- §. 2. Die Gerichts- und Stempelgebühren für die darauf erfolgenden Bescheide sollen angeschrieben werden. (S. 42.) [No. 9.] (18. Sept. 1817.)
- §. 3. Sämmtliche Stempel- und Gerichtsgebühren sind gegen die Partheien mit zu liquidiren und die aufs erste Mandat eingegangenen in die Sportelcasse sofort abzugeben, bei Strafe des Verlustes der Begünstigung. (S. 42.) [No. 9.] (18. Sept. 1817.)
- §. 4. Festsetzung der Stempel- und Gerichtsgebühren im Fall der gerichtl. Vertreibung und Einziehung durch Execution. (S. 42.) [No. 9.] (18. Sept. 1817.)
- §. 5. Niederschlagung wegen Mangels eines Object's. (S. 43.) [No. 9.] (18. Sept. 1817.)
- W. die Stempel-Steuer betr. (S. 107.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 1. Die Stempelsteuer soll vom 1. Januar 1822 nach den Vorschriften dieser Verordnung erhoben werden. (S. 108.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 2. Gebrauch des gewöhnlichen Stempels zu 2 Egr. (S. 108.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 3. Desgl. des höheren Stempels:
- a. bei gerichtlichen Erkenntnissen, Vollmachten, Ehescheidungs-Sachen, Kosten-liquidationen in Prozessen, (S. 109.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 4. b. Bestellungen von Vormündern — Curatorien, (S. 110.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 5. c. schriftlichen Verträgen insbesondere Kaufcontracten, Leibrenten- und sonstigen Neben-Contracten, Tausch-Contracten, Pacht- und Mieth-Contracten, trockenen und eigenen Wechseln, (S. 110.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 6. d. Testamenten oder sonstigen Verfügungen auf den Todesfall, (S. 113.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 7. e. Allodial-Erbschaften und Legaten, (S. 113.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 8. f. von Kalendern, (S. 114.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 9. g. von inländischen Intelligenz-Blättern und Zeitungen, (S. 114.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 10. h. von Spielfarten. (S. 114.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 11. Befreiete Gegenstände. (S. 115.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 12. Die Verhandlungen müssen auf die Stempelbogen selbst geschrieben werden — Verfahren, wenn der Stempelbogen nicht verschafft werden kann. (S. 117.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 13. Notiren des Stempels, wegen einer von der Stempelsteuer befreiten Parthei und in Untersuchungs-Sachen. (S. 118.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)

- §. 14. Verbindlichkeit der Erben wegen des Erbschafts-Stempels. (S. 118.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 15. Berechnung der Erbschaftsteuer und Bestimmung des Zeitraums, binnen welchem dieselbe zu bezahlen. (S. 119.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 16. Inventarium — Abkommens-Summe. (S. 119.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 17. Solidarverbindlichkeit der Erben — Abzug an den Legaten — Nießbrauch — Zeit der Bezahlung. (S. 120.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 18. Folgen und Bestrafung des Nichtgebrauchs des Stempels, insbesondere (S. 120.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 19. Folgen der nicht entrichteten Erbschaftsteuer — Controlirung durch vierteljährige Verzeichnisse. (S. 121.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 20. Bestrafung der Drucker oder Redacteurs von Zeitschriften, welche mehr Exemplare, als wofür die Steuer erlegt worden, drucken oder drucken lassen; desgl. der Verkäufer von ungestempelten Kalendern. (S. 121.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 21. Verbot der Einführung und des Debits aller fremden gestempelten und ungestempelten Spielfarten ohne Erlaubniß des Land. Str. G. — Strafe wegen Gebrauchs ungestempelter Karten. (S. 122.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 22. Verpflichtung der Staatsdiener, in Beziehung auf die Stempelsteuer, (S. 122.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 23. der Notarien und Anwälde. (S. 123.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 24. Strafen. (S. 123.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 25. Solidarische Verhaftung der Mitschuldigen. (S. 123.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- §. 26. Der gewöhnliche Untersuchungs-Prozeß findet Statt — Freiwillige Erlegung der Strafe. (S. 124.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
- Tarif der Stempel-Abgabe. (S. 125.) [No. 10.] (29. Oct. 1821.)
(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 16.)
- B. die Abschaffung des Stempelpapiers zu den Gerichts-Sporteln betrft. (S. 221.) [No. 13.] (12. Sept. 1825.)
- §. 1. Aufhebung des Gerichtsgebühren-Stempels. (S. 222.) [No. 13.] (12. Sept. 1825.)
- §. 2. Verpflichtung des mit der Erhebung und Berechnung der Sporteln Beauftragten. (S. 222.) [No. 13.] (12. Sept. 1825.)
- §. 3. Bemerkung des Sportel-Satzes und der Nebengebühren auf den Originalen, Copien, Concepten und Protokollen nebst Nummer der Sportel-Rechnung auf denselben. (S. 222.) [No. 13.] (12. Sept. 1825.)
- §. 4. Aufsicht auf die Befolgung der Vorschriften. (S. 223.) [No. 13.] (12. Sept. 1825.)
- §. 5. Producten- und Expeditionen-Buch. (S. 223.) [No. 13.] (12. Sept. 1825.)

§. 6. Wegen des Abgaben-Stempels verbleibt es bei der Verordn. vom 29. Oct. 1821. (S. 223.) [No. 13.] (12. Sept. 1825.)

Circul. Resc. an sämtliche h. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Amt., die Declaration des Nachlasses, Behuf der Stempelsteuer betrft. (S. 1.) [No. 1.] (25. Dec. 1826.) (1827.)

Die nach der Verordn. vom 29. Oct. 1821 §. 19 den Gerichten obliegende Verpflichtung ist auf die St. Ger. und Kr. Amt. übergegangen — Die Distr. Ger. haben in vorkommenden Fällen die Gerichte und Aemter ex officio in Kenntniß zu setzen und die erforderlichen Acten mitzutheilen. (S. 1.) [No. 1.] (1827.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 3. Juni 1816.

Durch ein höchstes Resc. vom 17. Mai 1816 ist zu erkennen gegeben, daß es in dem Sinne sowohl der gegenwärtigen Verfassung im Allgemeinen, als auch insbesondere der bislang beibehaltenen Stempelverfassung liege, daß die Administration unentgeltlich verwaltet und zu den in dem gewöhnlichen Laufe derselben abzustattenden Official-Berichten kein Stempel abhibirt werde und daß es in dieser Hinsicht keinen Unterschied mache, ob der Bericht von einer Oberbehörde gefordert, oder in Gemäßheit der Verordn. vom 18. März 1814 ad instantiam der Interessenten erstattet werde.

Resc. f. L. G. v. 7. October 1816.

Wegen Stempelfreiheit des Leihhauses u. s. Sporteln S. 115.

Resc. f. R. E. v. 6. Juni 1817.

Demnach höchsten Orts beschloss. ist, daß die Cautionsbestellungen der herrschaftlichen Rechnungsführer und Administratoren, jedoch mit Ausnahme derjenigen Rechnungsführungen und Administrationen, welche aus Pacht-Contracten ihren Ursprung haben, von Erlegung der Sportel- und Stempeltaxe befreiet sein sollen, so wird solches zur Nachricht und Nachachtung den Kr. Ger. bekannt gemacht.

Resc. f. R. E. v. 31. August 1819.

In Folge einer höchsten Verfügung vom 3. August 1819 soll, um die Verfälschung des Stempelpapiers zu verhüten, zur Ausstempelung des Stempel- und Gerichtssportelpapiers ein besonderes, mit einem eigends dazu bestimmten Wasserzeichen versehenes Papier, wie auch zu dem Stempelpapier, mit Beibehaltung der bisherigen Größe, ein neuer Wappen- und Werths-Stempel angewendet, dieses neue Papier vom 1. Januar 1820 an in Umlauf gebracht, das bisherige Stempel- und Sportelpapier aber von diesem Tage an nicht weiter debitirt und gebraucht, vielmehr die Vorräthe von annoch unbenutztem, unbeschriebenem, mit keinen Bemerkungen überall versehenem und unbeschädigtem Papiere von gleicher Art und Werthe umgetauscht werden. Zu diesem Ende sollen nunmehr die sämtlichen Stempel-Receptoren angewiesen werden, vom 1. Januar 1820 an, kein anderes, als das vorgeschriebene neue Stempel- und Gerichtssportelpapier aus-

Stempel, Rescripte.

zugeben, zugleich aber bis zum Schlusse des Monats Januar 1820 das ihnen zum Umtausche gegen neues Papier zu bringende bisherige Stempel- und Gerichtsportelpapier, insofern das letztere dazu qualificirt ist, anzunehmen, um dagegen neues Stempel- und Sportelpapier von gleichem Werthe zurückzugeben und solchergestalt umzutauschen.

Indem die Kr. Ger. hievon in Kenntniß gesetzt werden, werden sie veranlaßt, dahin zu sehen, daß in den vorkommenden Fällen nur das neue Stempel- und Gerichtsportelpapier, mit gänzlicher Zurücklegung des bisherigen, angewendet und benutzt, und die etwa vorhandenen Vorräthe des letzteren bis zum Ablaufe des Januars 1820 an die betreffende Stempel-Receptur mit einem Verzeichnisse abgeliefert, und dagegen neues Papier von gleichem Stempel- und Sportelwerthe in Empfang genommen werden möge. Uebrigens wird noch bemerkt, daß dafür gesorgt werden wird, daß die sämtlichen Stempel-Recepturen am 15. Decbr. 1819 mit Vorräthen des neuen Stempel- und Sportelpapiers versehen sind, um die Bedürfnisse und Nachfragen von diesem Tage an zu befriedigen.

Resc. L. Str. C. v. 24. Mai 1822.

Mitteltst Circul. Resc. f. K. C. vom 9. August 1819 sind die sämtlichen f. St. und Kr. Ger. im Lande aufgefordert worden, alle drei Monate eine Nachweisung über die in dem Bezirke eines jeden Gerichts vorgefallenen Erbschaftsfälle nach einem mitgetheilten Entwurfe einzusenden. So nothwendig es ist, daß diese Nachweisung regelmäßig eingeliefert werde, um übersehen zu können, ob alle zur Erbschaftsteuer sich eignenden Verlassenschaften zur Bestimmung der genannten Abgabe angemeldet worden, so ergeben doch die desfalls bei f. Kammer gesammelten und an das L. Str. C. abgegebenen Acten, daß mehrere Gerichte die Nachweisungen theils überall nicht, theils zu unbestimmten Zeiten, auch nicht in der vorgeschriebenen Art eingesandt haben.

Um hierunter für die Zukunft mehrere Ordnung zu bewirken, werden die f. Kr. Ger. in Beziehung auf das vorgedachte Circul. Resc. hierdurch veranlaßt, die gedachte Nachweisung alle Quartale und spätestens 14 Tage nach Ablauf desselben unfehlbar und zwar genau nach dem Entwurfe einzusenden.

Es wird dabei zugleich bemerkt, daß unabhängig von dieser Nachweisung über jeden einzelnen Erbschaftsfall, welcher sich, es sei in Rücksicht auf die Erben oder Legatarien, die Vermächtnisse mögen in Capitalien, Renten, Nießbrauch, Sachen, oder sonst bestehen, worin sie wollen, ereigne, jedesmal besonders und nicht in Verbindung mit andern Erbschaftsfällen Bericht zu erstatten und die betreffenden Acten, unter Beifügung der etwaigen Testamente oder anderer letzter Willens-Verordnungen zugleich mit einzusenden find.

Resc. f. L. C. v. 25. September 1825.

Demnach Seren. auf den Antrag f. K. C. sich bewogen gefunden hat, die derselben bereits unterm 25. Sept. 1815 ertheilte Autorisation zur Niederschlagung der Gerichts- und Stempelgebühren von denjenigen Cautionsleistungen, welche die mit den f. Eisenfactorien auf Credit handelnden Kunden derselben zu beschaffen haben, gegenwärtig dahin

Stempel, Rescripte.

401

dahin näher zu bestimmen, daß die Documente über die gedachten Cautionsleistungen bei den Gerichten für die Folge in der Regel stempel- und sportelfrei ausgefertigt und nur in einzelnen, von f. R. C. besonders zu bestimmenden, Fällen das tarifmäßige Sportel- und Stempelpapier zu dergleichen Ausfertigungen adhibirt werde, und f. L. G. mittelst höchsten Resc. vom 26. August 1825 gnädigst befehligt ist, die Gerichte darnach mit der erforderlichen Anweisung zu versehen, so wird solches den f. Rr. Ger. hiedurch zu ihrer Nachachtung bekannt gemacht.

Resc. L. Str. C. v. 30. November 1825.

Die höchste Verordnung vom 29. Oct. 1821, die Stempelsteuer betreffend, wodurch unter andern die Abgabe von gewissen Erbschaften angeordnet ist, enthält im §. 19 die Vorschrift für sämtliche Ger., zu dem Ende eines jeden Vierteljahrs ein Verzeichniß der während desselben in ihrem Bezirke eingetretenen, der Steuer unterworfenen Erbschaftsfälle, einzusenden, mit der Bemerkung, was dieses Verzeichniß enthalten soll.

Wenn gleich bei der kürzlich eingetretenen Veränderung der Gerichtsverfassung die obige Vorschrift ihre Anwendung auf die jetzigen f. Rr. Aemt. behält, so findet L. Str. C. doch um so mehr sich veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, als die Verzeichnisse vom dritten Quartale d. J. größten Theils noch nicht eingegangen sind, und durch die Unterbrechung nicht nur eine Lücke in der Controle herbei geführt, sondern auch dadurch eine dem Staate schuldige Abgabe entzogen werden kann.

Da nach dem landesherrlichen Ausschreiben vom 27. Febr. 1756 und 14. Juli 1762 die Prediger verpflichtet sind, Listen der Copulirten, Gebornen und Verstorbenen ihrer Gemeinden an die Obrigkeiten einzureichen, wodurch denn die für das quaest. Verzeichniß gehörenden Fälle bekannt werden, und da L. Str. C. ferner zur Erleichterung der Arbeit Formulare zu dem Verzeichnisse hat anfertigen lassen, so werden die f. Rr. Aemt. bei Mittheilung dieser Formulare hiedurch veranlaßt, die quaest. Verzeichnisse aufzustellen und solche von Quartal zu Quartal spätestens vier Wochen nachher, und im Falle keine der Steuer unterworfenen Erbschaften während eines solchen Zeitraums eingetreten sein sollten, eine Anzeige darüber einzusenden.

L. Resc. v. 23. Mai 1826.

Es genügt für die Meisterbriefe die gewöhnliche Stempelabgabe zu 2 Ggr.

Resc. L. Str. C. v. 25. December 1826.

Da die nach der Verordnung vom 29. Oct. 1821 die Stempelsteuer betreffende §. 19 den Gerichten obliegende Verpflichtung, zu Ende eines jeden Vierteljahrs ein Verzeichniß der, während desselben in ihrem Bezirke eingetretenen, der vorgedachten Steuer unterworfenen Erbschaftsfälle an das L. Str. C. einzusenden, nach der veränderten Gerichts-Verfassung in Folge des §. 4 No. 10 der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, auf die neu constituirten resp. St. Ger. und Rr. Aemt. übergegangen ist, und daher diese St. Ger. und Rr. Aemt. allein als Hilfsbeamte des L. Str. C. in Beziehung auf die Erbschafts- Stempel- Steuer anzuz-

sehen sind, so läßt h. G. R. E. solches den sämtlichen h. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Amt. zu ihrer Nachricht und Nachachtung hiemit unverhalten und haben die h. Distr. Ger. in allen denjenigen bei ihnen vorkommenden Fällen, wo von der Entrichtung einer Erbschaftsteuer nach den Gesetzen die Rede sein muß, die h. St. Ger. und resp. Kr. Amt. davon ex officio in Kenntniß zu setzen und derselben die, zu deren Constatirung erforderlichen, Acten mitzutheilen.

Resc. h. G. R. E. v. 6. Juli 1827.

Da zur Anzeige gekommen ist, daß bei den h. St. Ger. und Kr. Amt. hin und wieder Zweifel darüber obwalten, ob die von denselben nach der Verordnung vom 26. März 1823 §. 4 No. 6 zur Beschleunigung der Eintragung der Hypotheken bei den h. Distr. Ger. auszustellenden Hypothekenscheine überall mit Stempel zu versehen und ob sie mit dem gewöhnlichen oder mit einem besonderen Stempel zu belegen seien; so wird denselben zur Beseitigung dieser Zweifel unverhalten, daß zu den gedachten Hypothekenscheinen der auf allen gerichtlichen Ausfertigungen ohne Unterschied haftende Ordnungsstempel von 2 Ggr. angewandt und resp. cassirt werden muß.

Bekanntmachung L. Str. E. v. 11. Juli 1827.

Mitteltst höchsten Resc. vom 23. d. M. ist in Ansehung einiger über die Auslegung der Stempel-Steuer-Verordnung vom 29. Oct. 1821 vorgekommenen Zweifel bestimmt: daß

- 1) bei Prioritäts-Urtheilen die Anwendung der im §. 3 daselbst für richterliche Erkenntnisse nach dem Objecte aufgestellten Stempelsätze nicht nach der Summe der liquidirten Forderungen, sondern nach der vorhandenen Masse sich richten solle;
- 2) Präclusiv-Bescheide als Erkenntnisse von unbestimmtem Werthe anzunehmen und nur mit dem geringsten Stempelsatz zu belegen seien;
- 3) in Betracht, daß der nicht für Prozesse auszustellenden Specialvollmachten, als einem außerordentlichen Stempelsatz unterworfen, in dem Stempelgesetze nicht ausdrücklich erwähnt sei, es dabei, daß sie nur mit dem Productionsstempel zu belegen seien, für erst sein Bewenden haben solle;
- 4) in den Fällen, wo eine stempelfreie Behörde mit stempelpflichtigen Privatpersonen contrahiren würden, das mit dem gesetzlichen Stempel versehene Contracts-Exemplar der ersteren ausgehändigt und von derselben auf dem ungestempelten, dem stempelpflichtigen Mitcontrahenten auszuhändigendem Exemplare, der Betrag des abhübirtten Stempels registriert werden, diese Registratur auch von der Anwendung des Productions-Stempels befreien solle;
- 5) bei schriftlichen Miethcontracten, welche nach Verlauf der zuerst bedungenen Miethzeit stillschweigend verlängert, oder auf Kündigung gestellt werden würden, der Contractstempel bloß nach dem Miethgelbe für die ursprüngliche Contractsperiode zu berechnen und für die Zeit der Fortsetzung des Contracts keine Stempelsteuer einzufordern sei;
- 6) bei den im §. 5 daselbst vorkommenden Berechnungen des Stempelsatzes nach

Procenten, in den Fällen, wo die Contractsumme in einer andern Münzsorte, als gangbaren Conventions-Münze, bestehen würde, die Reduction auf letztere nach dem vom herzogl. Leihhause zu bestimmenden und den Behörden anzuzeigenden Course bewerkstelliget werden solle;

7) bei Schuldschreibungen, welche zwar unter der Wechselclausel ausgestellt werden würden, ihrer übrigen Form nach aber nicht für eigene Wechsel gehalten werden könnten, der verhältnißmäßige Contractstempel und nicht der, sub No. 140 des Tarifs für die letzteren bestimmte, Satz zur Anwendung kommen solle.

Die vorstehenden Erläuterungen und Bestimmungen werden der Uns gewordenen Auflage gemäß behuf allgemeiner Nachachtung hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

(Br. Anz. 1827 No. 55.)

Resc. L. Str. C. v. 11. August 1827.

Da das Vermächtniß einer, von dem Erblasser anerkannten, unehelichen Tochter hinterlassen worden und die Befreiung von der Stempelsteuer rücksichtlich des Vaters nur ehelichen, oder denselben gleich geachteten, Kindern zu Theil werden kann, so muß von dem Vermächtnisse die Erbschaftsstempel-Steuer berechnet werden.

Resc. L. Str. C. v. 15. August 1827.

Um die Schwierigkeit, außerhalb Braunschweig die Stempelung der Lehr- und Meisterbriefe zu erhalten, aus dem Wege zu räumen, hat das L. Str. C. davon Formulare anfertigen und die Stempelsteuer-Recepturen zum Debit damit versehen lassen. Mit Einschluß des Einkaufspreises für die Formulare kostet das Exemplar unter Zurechnung der Stempelabgabe 3 Ggr. 4 Pf. und enthält der darauf befindliche Werthstempel diese Summe.

Steuern.

B. die Einzahlung der Steuern betr. (S. 13.) [No. 1.] (9. Jan. 1814.)

B. die provisorische Beibehaltung der Grund-, Personal- und Gewerbesteuer betr. (S. 43.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

S. 1. Die 5 p. C. Zusatz, Stempel für Patent und Quittung sollen zusammen gezogen werden. (S. 43.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

S. 2. Gewerbescheine und deren Bezahlung. (S. 44.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

S. 3. Ausländer müssen eine besondere höchste Concession haben. (S. 44.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

S. 4. Ablegung der Proben der Geschicklichkeit. (S. 44.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

S. 5. Das Hausiren außer den Messen und Märkten ist untersagt. (S. 44.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

B. die provisorische Beibehaltung der Consumtionssteuer betr. (S. 45.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

S. 1. Bestrafung der Steuerbetrugern. (S. 45.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)

- §. 2. Bestrafung der Mälder. (S. 46.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)
- §. 3. Verwahrung der Steuerquittungen auf den Mühlen. (S. 46.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)
- §. 4. Bestimmung der Stunden zum Transport des Getreides und des Mehls in und aus den Mühlen. (S. 46.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)
- §. 5. Strafe des Schlachtens des steuerbaren Viehes an einem andern Orte u. (S. 47.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)
- §. 6. Steuertarif. (S. 47.) [No. 3.] (16. Jan. 1814.)
- Bekanntmachung f. Regier. Commission den Anfang der Wirksamkeit der in der höchsten W. v. 16. Januar 1814 enthaltenen Modificationen der Consumtionssteuer betr. (S. 60.) [No. 5.] (25. Jan. 1814.)
- Bekanntmachung des f. G. R. C. den Versuch der Sühne bei Steuer-Contraventions-Sachen betr. (S. 212.) [No. 13.] (10. März 1814.)
- W. die Aufhebung der bisherigen Consumtionssteuer vom Getreide und Schlachtviehe zum eigenem Gebrauche in den Landstädten und auf dem platten Lande, auch der Grundsteuer von den Pfarr- und Schulländereien betr. (S. 300.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- §. 1. Abschaffung der bisherigen Consumtionssteuer für Getreide und Vieh auf dem platten Lande für eigene Rechnung, (S. 300.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- §. 2. mit Ausnahme der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel. (S. 300.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- §. 3. Vom Schlachten zum Verkauf, vom Gemahl und Schroten u. Behuf eines Gewerbes bleibt es in Rücksicht der Consumtionssteuer bei der bisherigen Verfassung. (S. 301.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- §. 4. Branntweinbrennen, Bier- und Essigbrauen zum eigenen Bedarf soll auch künftig nicht steuerfrei sein. (S. 301.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- §. 5. Die Contraventionen sollen ohne Rücksicht geahndet und kein Steuer-Rückstand ohne zureichenden gesetzlichen Grund erlassen werden. (S. 301.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- §. 6. Wiederbefreiung der steuerfrei gewesenen Grundstücke der Pfarren, Schulen und Pfarrwittwenenthümer. (S. 301.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- W. die Aufhebung der bislang noch erhobenen fünf Procent über den vollen Betrag der Grundsteuer betr. Vom 1. Januar 1815 an. (S. 303.) [No. 24.] (21. Juli 1814.)
- W. die Beitreibung der Rückstände an den directen Steuern, den Domainen-Forst- und sonstigen herrschaftlichen Gefällen betr. (S. 25.) [No. 6.] (21. April 1815.)
- §. 1. Das Verzeichniß der Rückstände wird den Kreiseinnehmern eingereicht. (S. 26.) [No. 6.] (21. April 1815.)

(Vergl. §. 4 der B. v. 19. Febr. 1814.)

Verantwortlichkeit des Ortsvorstehers. (S. 26.) [No. 6.] (21. April 1815.)

- §. 2. Prüfung der Restverzeichnisse von den Kreiseinnehmern und Einreichung derselben beim Kr. Ger. (S. 26.) [No. 6.] (21. April 1815.)
- §. 3. Revision von dem Kr. Ger. und Autorisation derselben zur Beitreibung. (S. 27.) [No. 6.] (21. April 1815.)
- §. 4. Beforgung der Execution von dem Kreiseinnehmer durch Executoren. (S. 27.) [No. 6.] (21. April 1815.)
- §. 5. Auf gleiche Weise wie bei den Steuern geschieht die Beitreibung der Domainenz-Forst- und anderer herrschaftl. Gefälle, nur besorgen deren Erheber die Beitreibung. (S. 27.) [No. 6.] (21. April 1815.)

(Wegen der städtischen Abgaben und Gehalte s. B. v. 26. März 1823, die Polizei- und Gemeinerverwaltung betr. §. 11 No. 7 und wegen der Grundabgaben B. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr. §. 13.)

B. die neue Accise vom Gemahl, Schlachtvieh, Bier und Branntwein in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, auch vom Bier und Branntwein und einigen anderen Artikeln in den Landstädten und auf dem platten Lande betr. (S. 29.) [No. 7.] (28. April 1815.)

(S. Zoll und Accise.)

Aufhebung sämmtlicher während der feindlichen Occupation eingeführter Consumtionssteuer-Gesetze. (S. 30.) [No. 7.] (28. April 1815.)

- §. 1. Einführung des Tarifs vom 3. Februar 1815 zur Erhebung der Accise und des Auszolls in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel und des Durchzolls in Braunschweig und der Messaccise. (S. 30.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 2. Einstellung der Erhebung der Accise vom Schlachtvieh und Gemahl in den Landstädten und auf dem platten Lande, mit Ausnahme weniger Artikel. (S. 31.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 3. Die veracciseten Gegenstände passiren an allen Orten frei; nur sind die Verhütungen zu beobachten, welche f. Kammer zur Sicherung trifft. (S. 31.) [No. 7.] (28. April 1815.)

Einländischer Branntwein, welcher in Braunschweig und Wolfenbüttel eingeführt wird, ist davon ausgenommen. (S. 31.) [No. 7.] (28. April 1815.)

Die eingehenden Getränke müssen auf den Heerstraßen eingeführt, auf dem ersten Zoll angegeben und in den benannten Städten veracciset werden. Accisevergütung findet nicht Statt. (S. 32.) [No. 7.] (28. April 1815.)

- §. 4. Die Mahlaceise in Braunschweig und Wolfenbüttel begreift die Vergütung für die Mahlmeze unter sich, mit wenigen Ausnahmen. (S. 32.) [No. 7.] (28. April 1815.)

- §. 5. Wiederherstellung der Schlachtaccise mit einigen Veränderungen — Veraccisung des Rindviehes und der Schweine nach Stückzahl. (S. 33.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 6. Veraccisung des Biers nach dem Inhalte der Pfanne — Gestattung des Dünnebiers. (S. 33.) [No. 7.] (28. April 1815.)
 Vermessung der Braupfannen. (S. 34.) [No. 7.] (28. April 1815.)
 Verbot der Kesselbrauerei. (S. 34.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 7. Accise vom Branntwein — Ablieferung der Helme, wobei die Accise entrichtet wird. (S. 34.) [No. 7.] (28. April 1815.)
 Abrechnung der Accise für Branntwein, der ins Ausland versendet wird. (S. 34.) [No. 7.] (28. April 1815.)
 Vermessung der Branntweinsblasen. (S. 35.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 8. Aufhebung der unversicherten Weinlager, Accise von Wein, Rum, Arrac, Franzbranntwein, Weinessig — Berechnung des Auszolls davon in Braunschweig und Wolfenbüttel. (S. 35.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 9. Waage- und Pfunde-Geld. (S. 36.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 10. Einrichtung der Erhebung der Accise, wie vor der feindlichen Occupation. (S. 36.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 11. Erinnerung an die schon früher bestimmten Strafen für Veruntreuung der Accise. (S. 36.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 12. Allgemeine Strafbestimmungen deshalb. (S. 37.) [No. 7.] (28. April 1815.)
 Bekanntmachung des Namens des Defraudanten. (S. 37.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 13. Besondere Strafbestimmungen für Brenner, Brauer und Kesselbierbrauerei. (S. 38.) [No. 7.] (28. April 1815.)
 Desgl. für Kupferschmiede, die ohne Erlaubniß der Accisebedienten neue Braupfannen u. versertigen. (S. 38.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 14. Versendung der Güter von den Packhöfen geschieht ohne Veränderung der Festtage und mit demselben Fuhrmanne — Strafe — Verhinderungsfall. (S. 39.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 15. Strafbestimmung wegen heimlicher Einföhrung und Abladung accisbarer Waaren, für die Landstädte und das platte Land. (S. 40.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 16. Strafbestimmung für die Mäller in Braunschweig und Wolfenbüttel. (S. 40.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- §. 17. Strafbestimmung, wenn veraccisete Waaren in Quantitäten ohne Bescheinigungen innerhalb Landes versandt werden. (S. 40.) [No. 7.] (28. April 1815.)
- Tarif der Accise vom Getreide, Schlachtvieh, auch Bier, Biereßig und Branntwein, für die Stadt Braunschweig und Wolfenbüttel. (S. 42.) [No. 7.] (28. April 1815.)

Desgl. für diejenigen Gegenstände, welche in den Landstädten und auf dem platten Lande der Accise unterworfen sind. (S. 43.) [No. 7.] (28. April 1815.)
 Verfügung des f. G. R. C., eine Declaration des Accise-Tarifs vom inländischen Branntwein in den Landstädten und auf dem platten Lande betr. (S. 137.) [No. 13.] (11. Juli 1815.)

Statt der auf der 43sten Seite der diesjährigen Verordn. Sammlung unter 1 b befindlichen Worte: „Vom Branntwein — 2 Ggr. 4 Pf.“ sei zu lesen: „Vom Branntwein, Blasenins nach dem Inhalte der Branntweinsblasen vom Stübchen auf 24 Stunden 7 Pf., worin die Vergütung für die Schrotsteuer mit begriffen ist.“ (S. 138.) [No. 13.] (11. Juli 1815.)

W. die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer und die Wiedereinführung des vormaligen Contributions-Systems betr. (S. 1.) [No. 1.] (31. März 1817.)

(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 10, 11, 12, 13, 14.)

- §. 1. Die bislang bestandene Grundsteuer hört vom 1. Juli 1817 an auf und es treten diejenigen Steuern, welche früherhin zu dem Systeme der Contribution und der damit verbundenen Abgaben gehörten, wieder ein. (S. 2.) [No. 1.] (31. März 1817.)
- §. 2. Diese Steuern werden gerade so und nach den Verhältnissen, mit den im §. 7 enthaltenen Ausnahmen, bezahlt, wie sie 1806 bestanden. (S. 3.) [No. 1.] (31. März 1817.)
- §. 3. Erhebung in den ehemaligen Terminen sammt dem Probianzgelde. (S. 3.) [No. 1.] (31. März 1817.)
- §. 4. Der Beitrag der, in der Contributions-Anlage nicht mit begriffenen, Besitzungen geschieht nach dem Ausschreiben vom 15. Juli 1807. (S. 4.) [No. 1.] (31. März 1817.)
- §. 5. Die außerordentlichen directen Anlagen, welche 1807 ausgeschrieben worden, werden für jetzt nicht wieder hergestellt. (S. 5.) [No. 1.] (31. März 1817.)
- §. 6. Gewerbe- und Personen-Steuer bleiben bestehen. (S. 5.) [No. 1.] (31. März 1817.)
- §. 7. Die Abschnitte 10, 11, 12 des Contributionsfußes fallen weg. (S. 5.) [No. 1.] (31. März 1817.)
- W. die Accise von Eisenwaaren betr. (S. 8.) [No. 2.] (19. Mai 1817.)
- §. 1. Das inländische und hannoversche Eisen ist accisefrei, wenn es vorschriftsmäßig legitimirt ist. (S. 10.) [No. 2.] (19. Mai 1817.)
- §. 2. Die Tarife vom 3. Februar und 28. April 1815 sind nur auf die ausländischen, aber nicht auf die, wie vorsteht, legitimirten Artikel der Art anwendlich. (S. 10.) [No. 2.] (19. Mai 1817.)
- §. 3. Besteuerung der im Tarif vom 28. April 1815 nicht ausdrücklich benannten

Eisenwaaren nach dem Tarif vom 5. Februar 1815. (S. 10.) [No. 2.] (19. Mai 1817.)

- §. 4. Unter der Benennung Eisen-Waaren sind sämtliche Blank Schmiede-Waaren mit begriffen, insofern sie nicht im Tarif besonders aufgenommen sind. (S. 10.) [No. 2.] (19. Mai 1817.)

Declaration, die Bestrafung der Gewerbesteuer-Contraventionen betrff. (S. 3.) [No. 1.] (21. Jan. 1819.)

Diese Contraventionen sind nach demjenigen Gesetze zu beurtheilen und zu bestrafen, welches anjehz noch in Ansehung der Steuer selbst zur Richtschnur dient. (S. 3.) [No. 1.] (21. Jan. 1819.)

- B. die Erstreckung der bisher nur von dem schwedischen Eisen erhobenen Abgabe von 2 Rthlr. für den Centner auf alles übrige, außerhalb Deutschland, producirte Eisen betrff. (S. 1.) [No. 1.] (30. Jan. 1821.)

B. die Gewerbesteuer betrff. (S. 87.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 1. Aufhebung des westphälischen Gesetzes vom 12. Febr. 1810 und der fernerer die Gewerbesteuer betreffenden Verordnungen. (S. 88.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 2. Diejenigen, welche ein Gewerbe, für das eine Gilde oder Zunft nicht Statt findet, oder aber ein zünftiges Gewerbe außer dem Zunftverbande betreiben wollen, sind zur Lösung eines Gewerbescheins verbunden. (S. 88.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 3. Die Legitimation zu einem Gewerbe geschieht durch einen Gewerbeschein — Inhalt desselben — Veränderung des Wohnsitzes. (S. 88.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 4. Besonderer Gewerbeschein für einzelne Gewerbe. (S. 89.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 5. Ausfertigung der Gewerbescheine von dem k. Str. G. (S. 89.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 6. Einsendung der Verzeichnisse der gegenwärtigen Gewerbetreibenden. (S. 89.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 7. Nichtaufnahme wegen eintretender Bedenklichkeit. (S. 89.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 8. Beschwerde dagegen beim f. R. G. — Entscheidung — Berichtserstattung ans k. Str. G. (S. 90.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 9. Anmeldung der Einländer bei der Ortsobrigkeit — Verfahren derselben — Beschwerde wegen Nichtaufnahme — Entscheidung deshalb. (S. 90.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- §. 10. Bericht an das f. R. G. wegen der Zulassung — Darlegung der Geschäftlichkeit — Bericht an das k. Str. G. — Nachtrags-Etat. (S. 91.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

§. 11.

- §. 11. Vorstellung dritter Personen gegen Ertheilung eines Gewerbescheins. (S. 91.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 12. Zur Ertheilung eines Gewerbescheins an Ausländer ist die Verwilligung des f. G. R. C. erforderlich — Bericht f. Kammer. (S. 91.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- (Vergl. Gildeordnung §. 11.)
- Gewerbescheine für Auswärtige auf Messen und Märkte — Interimschein. (S. 91.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 13. Veranlagung nach dem Tarif — Aufforderung zur Anmeldung. (S. 92.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 14. Anfertigung des Etats auf das Jahr — Fortsetzung des Gewerbes durch die Erben. (S. 92.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 15. Zu bestimmende Steuer für die im Tarif etwa nicht benannten Gewerbe. (S. 93.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 16. Großhändler — Berechtigung derselben und der Kaufleute en detail der ersten Classe. (S. 93.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 17. Bei Etablissements Mehrerer bezahlt der Vorsteher die Steuer — für besondere Etablissements wird besonders bezahlt. (S. 93.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 18. Vierteljährige Nachtrags-Etats. (S. 94.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 19. Zeit der Einsendung der Etats. (S. 94.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 20. Anfertigung der Hauptrolle. (S. 94.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 21. Bezahlung der Gewerbesteuer. (S. 95.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 22. Vortreibung der rückständigen Steuer. (S. 95.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 23. Reclamationen gegen Gewerbesteuer-Ansätze. (S. 95.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 24. Freie Gewerbescheine für Unvermögende. (S. 96.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 25. Befreiung von der Gewerbesteuer. (S. 96.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 26. Verfügungen wegen des Hausirhandels. (S. 97.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- (Vergl. Gildeordnung §. 22.)
- §. 27. Gewerbeschein zum Hausirhandel. (S. 97.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 28. Strafe der Uebertretung der Polizeiverfügungen von den Hausirern. (S. 97.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 29. Schauspieler, Seiltänzer und dergl. bedürfen noch der Erlaubniß der Ortsobrigkeit. (S. 98.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 30. Abschriften der Gewerbescheine. (S. 98.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 31. Verpflichtung zur Vorzeigung des Gewerbescheins. (S. 98.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 32. Strafe der Uebertretungen. (S. 99.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)
- §. 33. Stattfinden des Untersuchungs-Prozesses. (S. 99.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)

- Grif der Gewerbesteuer. (S. 101.) [No. 9.] (29. Oct. 1821.)**
- B. die Personalsteuer betr. (S. 135.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)**
- §. 1. Fernere Erhebung der Personalsteuer auf den Grund der bisherigen Rollen und unter den näheren Bestimmungen dieser B. vom 1. Januar 1822 an. (S. 136.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 2. Beibehaltung der bisherigen 10 Classen und nähere Bestimmung derselben. (S. 136.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 3. Entrichtung der Steuer vom vollendeten 16ten Jahre der Person an und von einer Familie nur für 3 Mitglieder; von Kindern, so lange sie nicht einen eignen Stand ergriffen oder eigne Wirthschaft angefangen haben — Brüder, Schwestern, Verwandte u. werden besonders besteuert — Fremde über 16 Jahre alt, wenn sie sich 6 Monate im Lande aufgehalten haben. (S. 140.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 4. Classification des Gefindes — Hauslehrer u. Gefellen u. (S. 140.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 5. Die Steuer wird an dem Wohnorte des Steuerpflichtigen erhoben — Ansehen zur höchsten Classe — Der Capitalisten. (S. 141.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 6. Analogie. (S. 142.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 7. Ansaß für die Pächter. (S. 142.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 8. Befreiungen. (S. 142.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 9. Pensionaire und Wittwen. (S. 144.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 10. Weitere Befreiungen, als die angegebenen, finden nicht Statt. (S. 144.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 11. Rectification der Steuer-Rollen und Prüfung der Reclamationen. (S. 145.) [No. 11.] (29. Oct. 1821.)
- B. die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr. (S. 159.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)**
- (Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 8. 20.)
- §. 1. Aufhören der Befreiung von Steuern. (S. 160.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 2. Classification der Grundstücke — Festsetzung des Betrages vom Viehe. (S. 160.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 3. Ansehung des Landchazes, Schaaffchazes, Zehntschazes und des Proviant-Geldes für die befreit gewesenen Grundstücke. (S. 161.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 4. Aufhebung der Exemtensteuer wie auch des Vertheilungsfußes nach Römer-Monaten. (S. 162.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 5. Entschädigung der Besitzer der befreit gewesenen Grundstücke — Grundsätze. (S. 162.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
 - §. 6. Die ausgemittelte Differenz soll zu 4 p. C. zu Capital gerechnet, über dieses ein Steuer-Relutions-Schein ertheilt und mit 4 p. C. verzinst werden. (S. 162.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)

- §. 7. Ausmittelung vom R. Str. G. — Bericht an das f. G. R. G. — Ausfertigung der Relutions-Scheine. (S. 163.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 8. Anfang des Laufs der Zinsen. (S. 163.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 9. Auf die Entschädigung haben nur die Besitzer, welchen die Befreiung kraft der Landesgesetze zufließt, Anspruch. (S. 163.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 10. Die Steuer-Relutions-Scheine erhalten die Natur der Landesschulden und (S. 164.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 11. sind denselben Beschränkungen unterworfen, welchen die Disposition der Güter selbst unterliegt. (S. 164.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 12. Bemerkung deshalb in der Verschiebung. (S. 164.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 13. Legitimation deshalb und Einwilligung der Berechtigten — Vorsicht der Käufer der Relutions-Scheine. (S. 164.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 14. Rückzahlung des Relutions-Scheins nach beschaffter Legitimation — Deposition bei nicht beschaffter Legitimation. (S. 165.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 15. Zur Erhebung der Zinsen bedarf es einer besonderen Legitimation nicht. (S. 165.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 16. Ausnahmen von diesen Verfügungen. (S. 165.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- §. 17. Aufhören aller übrigen vormals bestandenen Befreiungen von Steuern und Staatslasten ohne Entschädigung — Jeder Landeseinwohner ist künftig den allgemeinen Steuergesetzen unterworfen. (S. 166.) [No. 13.] (29. Oct. 1821.)
- W. die Contribution von der Nahrung betr. (S. 1.) [No. 1.] (7. Febr. 1822.)
- §. 1. Wiedereinführung der Contribution von der Nahrung und den Handwerken nach Anleitung des 10ten und 11ten Abschnitts des Contribut. Fußes, wie solcher 1806 bestand. (S. 2.) [No. 1.] (7. Febr. 1822.)
- §. 2. Befreiung derer von der Gewerbesteuer, welche zur Contribution herbeigezogen werden. (S. 2.) [No. 1.] (7. Febr. 1822.)
- §. 3. Die im 12ten Abschnitte des Contribut. Fußes enthaltenen Ansätze sollen nicht erhoben werden. (S. 2.) [No. 1.] (7. Febr. 1822.)
- W. die Classification der Papierfabrikanten bei Veranlagung der Gewerbesteuer betr. (S. 3.) [No. 1.] (5. Febr. 1822.)
- Daß der Unterscheidungssatz des Tarifs der Verordnung vom 29. October 1821 nicht 6000 Rieß, sondern 600 sei. (S. 3.) [No. 1.] (5. Febr. 1822.)
- W. die Bestimmung einer peremptorischen Frist für die Einreichung der Personal- und Gewerbesteuer-Reclamationen betr. — Vier Wochen nach geschehener Bekanntmachung des Steuerbetrages. (S. 7.) [No. 3.] (22. März 1822.)

B. die von den Grundbesitzern hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Exemption einzureichenden Declarationen betr. (S. 23.) [No. 7.] (20. Aug. 1822.)

Angabe der Ansprüche auf Entschädigung wegen der bisherigen Steuerfreiheit binnen 6 Monaten mit Benennung der befreit gewesenen Objecte. (S. 23.) [No. 7.] (20. Aug. 1822.)

B. den Schaaffschaz betr. (S. 85.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 1. Erhebung des Schaaffschazes von allem Schaafviehe in den, der Contribution unterworfenen, Städten und Flecken mit 4 Pf., 1 Mgr. oder 2 Mgr. (S. 86.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 2. 1 Mgr. ist die gewöhnliche Steuer. (S. 86.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 3. 4 Pf. für das Stück von den Schäferereien der Kammer- und Kloster-Güter, nicht von dem gegen Weibegeld eingenommenen Viehe. (S. 86.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 4. Fälle, in welchen 2 Mgr. bezahlt werden. (S. 87.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 5. Ausnahmen. (S. 88.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 6. Zeitbestimmung der Schaaf-Verschätzung. (S. 89.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 7. Zeitbestimmung des Anziehens der hinzugekommenen Schaafse zum Schaze. (S. 89.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 8. Zeit und Ort der Annahme der Declarationen — Vorladung. (S. 90.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 9. Verhalten der Ortsvorsteher. (S. 90.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 10. Angabe der befreieten Stückzahl Schaafse. (S. 91.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 11. Einrichtung der Declarationen — Gegenwart der Schaafse haltenden Einwohner und der Schaafmeister — Abschrift der Rolle für die Ortsvorsteher. (S. 91.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 12. Ergänzungs-Rolle der bis zum Johannis-Termine hinzugekommenen Schaafse. (S. 91.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 13. Nachzählung der Schaafse. (S. 92.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 14. Aufnahme des Protokolls über die Nachzählung. (S. 93.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 15 und 16. Strafbestimmungen für die unterlassene Declaration oder Verheimlichung u. (S. 93.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

§. 17. Schaaffschazbeschreibung in den Städten, wo der Schaz nicht durch eine Aversional-Summe abgeführt wird. (S. 94.) [No. 13.] (5. Juli 1824.)

B. die Besteuerung des inländischen Branntweins nach dem Inhalte der Maisch-Bottiche betr. (S. 101.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)

§. 1. Vom 1. Januar 1825 an soll die Accise vom inländischen Branntwein nach dem Inhalte der Maisch-Bottiche erhoben werden. (S. 101.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)

- §. 2. Bestimmung des Accisebetrages. (S. 102.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 3. Ausmittlung des Inhalts der Maisch=Vottiche. (S. 102.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 4. Größe der Maisch=Vottiche — Veränderung derselben. (S. 103.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 5. Recht, mehrere Maisch=Vottiche zu halten — Vermessung derselben. (S. 103.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 6. Declaration der Betriebsetzung der Brennerei. (S. 104.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 7. Schießstellung der zur Einmaischung nicht declarirten oder leer gewordenenen Vottiche. (S. 104.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 8. Nichtbenutzung anderer Gefäße — Anzeige der Maischwärmer — fertige Maische. (S. 105.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 9. Verwahrung der Blasenhelme während des eingestellten Betriebes — Strafe wegen der verspäteten Zurückerlieferung und des Gebrauchs über die declarirte Zeit. (S. 105.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 10. Anzeige unvorhergesehener Zufälle, wodurch die Einmaischung oder die Destillation verhindert oder unterbrochen wird — Nachtheil der Unterlassung — Bestrafung wegen Einmaischung oder Abtreibung zu einer andern Zeit — angebliches Verderben der Maische. (S. 105.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 11. Gefattung des Einganges der Accise=Inspectoren in die Brennerei — Ertheilung der Aufschlüsse an dieselben — Strafe der Verweigerung. (S. 106.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 12. Strafbestimmungen wegen der Contraventionen — Antheil der Entdecker an den Strafgeldern. (S. 106.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- §. 13. Zuguterechnung auf die Accise für den ins Ausland gehenden Branntwein — Declaration deshalb — Verfahren — Exportations=Schein — Vorlegung desselben auf dem letzten Gränzpasse — Zurückerlieferung desselben — Zurückbringung des Branntweins ohne Anmeldung — Strafe deshalb. (S. 107.) [No. 15.] (12. Aug. 1824.)
- B. die Erhebung des Landschaftes in monatlichen Raten betr. (S. 219.) [No. 12.] (6. Sept. 1825.)
- B. einige Modificationen bei der Besteuerung des inländischen Branntweins nach dem Inhalte der Maisch=Vottiche betr. (S. 25.) [No. 7.] (24. April 1826.)
- §. 1. Berücksichtigung des Apparats der Brennerei bei Einrichtung der Maisch=Vottiche. Es ist allgemein anzunehmen, daß eine Verdünnung von $5\frac{1}{2}$ Stübchen Maische zu 1 Quartier Branntwein Statt finde. (S. 26.) [No. 7.] (24. April 1826.)
- §. 2. Berechnung des Steuerfasses. (S. 26.) [No. 7.] (24. April 1826.)

- §. 3. Probebrennen wegen des zu hoch bestimmten Mindestbetrages des Vottichinhalts. (S. 27.) [No. 7.] (24. April 1826.)
- §. 4. Verbot wegen Einhalts des Brennens. (S. 27.) [No. 7.] (24. April 1826.)
- §. 5. Ausnahme deshalb. (S. 27.) [No. 7.] (24. April 1826.)
- §. 6. Aufhebung der Erlaubniß der Schießstellung des Vottiches — Versiegelung. (S. 27.) [No. 7.] (24. April 1826.)
- (Wegen der Rechtsmittel in Steuer=Contraventions=Sachen, s. Criminal=Justiz B. vom 29. Juli 1826 S. 19. und Declaration derselben vom 8. Februar 1828.)
- B. die Steuer=Relutions=Scheine für zins= oder erbpachtspflichtige Grundstücke betr. (S. 11.) [No. 4.] (5. März 1827.)
- §. 1. Berechtigung des Zinsherrn auf den Steuer=Relutions=Schein — Bedingungen. (S. 11.) [No. 4.] (5. März 1827.)
- §. 2. Präjudicial=Frift — Angaben vom Zinsherrn — Verfahren des L. Str. G. — Mitwirkung des Kreis=Amts — Aufnahme eines Protokolls — Absetzung der Zinsen des Relutions=Capitals. (S. 12.) [No. 4.] (5. März 1827.)
- §. 3. Mehrerer Gutsherren Vereinbarung — Theilung des Relutions=Capitals. (S. 13.) [No. 4.] (5. März 1827.)
- §. 4. Einwilligung der Lehnsherren *zc.* ist nicht erforderlich — Beschränkung nach §. 11 der Verordnung vom 29. Oct. 1821. (S. 13.) [No. 4.] (5. März 1827.)
- §. 5. Ueberweisung der Lehnstammgelber findet weder ganz noch zum Theil Statt. (S. 14.) [No. 4.] (5. März 1827.)
- §. 6. Nichtanwendung auf Zehntgerechtfame und Herrendienstberechtigungen. (S. 14.) [No. 4.] (5. März 1827.)
- B. die Declaration resp. Ergänzung des Accise=Tarifs vom 3. Febr. 1815 (s. B. v. 28. April 1815) hinsichtlich der Accise für das nach den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von auswärts eingeführte Mehl und Schroot und der Besteuerung des spiritus vini betr. (S. 91.) [No. 21.] (2. Nov. 1827.)

R e s c r i p t e.

Bekanntmachung der Direction der directen Steuern vom 7. März 1814.

Seren. haben mittelst Resc. vom 1. März d. J. zu verordnen geruhet, daß den Einländern das Hausiren mit nachbenannten Gegenständen, nämlich: mit kupfernen Kesseln, kleinen kurzen Eisenwaaren, mit Federvieh, mit Sieben, mit Brot und anderen Bäckerwaaren, Citronen und dergleichen Sachen, mit gefalzten Fischen, kleinen hölzernen Waaren als Löffeln, Quirlen *zc.* mit irdenen Pfeifen, Schmelztiegeln, Regen= und Sonnenschirmen, linnenen Strümpfen, Schreibfedern, Tabulettträgerwaaren und Zinngießerfabrikaten; nicht weniger auch der hausirende Betrieb des Leinklapperns, Aschen-

sammelns, Kesselflickens und Topfbindens, gegen Lösung eines Gewerbescheins, gestattet und also der Betrieb dieser Gewerbe von dem, in dem §. 5 Seren. gnädigster Verordn. vom 16. Jan. d. J. die provisorische Beibehaltung der Gewerbesteuer betreffend enthaltenen allgemeinen Verbote des Hausirens außer den Messen und Jahrmärkten ausgenommen sein soll.

Indem dieses nun dem höchsten Befehle zufolge hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird, so werden zugleich diejenigen Einländer, welche gewillt sind, Gewerbe der vorhin genannten Art im laufenden Jahre zu betreiben, angewiesen, sich deshalb bei den f. St. und Kr. Ger. zu melden; auch werden die f. St. und Kr. Ger. selbst hiedurch ersucht, solche in das Verzeichniß der Gewerbetreibenden Personen aufzunehmen, und diese Verzeichnisse vor dem Ablaufe dieses Monats an den Director der directen Steuern einzusenden.

(Br. Anz. 1814 No. 20.)

Bekanntmachung der Direction der directen Steuern vom 13. März 1814.

Da Seren. unterm 4. d. M. gnädigst zu verordnen geruhet haben, daß den Einländern auch der Betrieb des Hausirhandels mit Gartensämereien gegen Lösung der erforderlichen Gewerbescheine ferner gestattet werden soll: so wird dieses hiedurch zur Kenntniß gebracht.

(Br. Anz. 1814 No. 21.)

Reglement über das, bei der Beitreibung der rückständigen herrschaftlichen Intradn zu beobachtende Verfahren.

§. 1. Die Beitreibung der rückständigen herrschaftl. Intradn an Steuern, Domainen und Forst-Gefällen wird von den f. Kr. Ger. verfügt.

§. 2. Die Erheber der Steuern oder der Domainen- und Forst-Gefälle sind schuldig, binnen 14 Tagen nach der Verfallzeit die Debenten durch die in den Kr. Ger. angestellten Executoren zur Bezahlung, bei Vermeidung der binnen 8 Tagen zu verfügenden Execution, anmahnen zu lassen. Der Debent zahlt für eine solche Anmahnung, ohne weiteres Botenlohn, einen Gutengroschen. Wenn der Debent im Auslande wohnt, so ist dessen Pächter, Bevollmächtigter oder Prästanzarius anzumahnen und diesen zu überlassen, ihren Gutsherrn oder Verpächter von der Anmahnung zu benachrichtigen, wenn solche nicht ausdrücklich zur Abtragung der Steuern oder Domainen-Gefälle beauftragt sind.

Behuf der Anmahnung hat der Erheber den Executoren namentliche Verzeichnisse der anzumahnenden Restanten zuzustellen; die Executoren haben bei jedem Debenten den Tag der Anmahnung, und ob er selbst, oder statt seiner, einer seiner Hausgenossen angemahnt ist, zu bemerken. Diese Listen sind, nach vollbrachter Anmahnung, dem Erheber wieder einzureichen, damit dieser von der geschehenen Anmahnung vergewissert ist.

(Vergl. B. v. 21. April 1821.)

§. 3. Stellt sich der solchergestalt angemahnte Debent binnen der bestimmten Frist mit der Berichtigung des Rückstandes nicht ein; so ist der Erheber gehalten, denselben demjenigen f. Kr. Ger., in dessen Bezirke der Debent seinen Wohnsitz oder seine Grundstücke hat, zur Execution anzumelden. Der Erheber hat deshalb dem f. Kr. Ger. ein Verzeichniß der Restanten, für dessen Richtigkeit derselbe verantwortlich ist, in welchem die Columnen: 1) Namen der Restanten, 2) Wohnort, 3) Qualität und 4) Betrag des Rückstandes, 5) Zahlungstermin und Tag der geschehenen Annahmung anzuführen sind, in duplo zuzusenden, und darunter zu bemerken:

„Das f. Kr. Ger. zu N. N. wird hiemit requirirt, die Beitreibung der vorsspecificirten Rückstände zu verfügen.“

Das f. Kr. Ger. hat unter ein Exemplar die Worte:

„die Execution ist erkannt und wird dem Executor N. N. hiemit aufgetragen,“ zu setzen. Das zweite Exemplar bleibt bei dem f. Kr. Ger. zur Nachricht ad acta.

Die f. Kr. Ger. haben 2 Tage nach dem Eingange der Requisition die Execution zu verfügen und das Restanten-Verzeichniß dem Executor zu behändigen, welcher dasselbe sofort, und in Gegenwart eines Beamten des f. Kr. Ger., mit dem Datum des Empfanges zu versehen hat.

Wenn der Debent sich im Auslande aufhält, und niemanden zur Abtragung der Steuern und Gefälle bevollmächtigt hat, so hat das f. Kr. Ger. dessen Gerichtsbehörde, behuf Beitreibung der Rückstände, zu requiriren, im Fall keine Arrestanlage auf inländische Grundstücke thunlich oder möglich ist. Bei Domainen-Gefällen kann der Fall eintreten, daß ein auswärtiger Debent keine inländische Grundstücke besitzt oder Prästationen bezieht, und wird solchenfalls hiemit festgesetzt, daß dasjenige f. Kr. Ger., in dessen Bezirke der Erheber wohnt, die auswärtige Gerichtsbehörde des Deventen, behuf Beitreibung des Rückstandes, requirire.

§. 4. Die Executoren müssen sich bei Vollziehung der Execution, bei strenger Verantwortlichkeit und Ahndung, folgende Vorschriften zur Richtschnur dienen lassen:

1) Beschränkt die Execution sich auf bewegliche Sachen;

2) von der Auspfändung sind ausgenommen:

a) die nöthigen Betten der Schuldner, ihrer Ehegatten und der bei ihnen wohnenden Kinder, so wie die nothwendigsten Kleidungsstücke, Mobilien und Hausgeräthschaften,

b) alle zur Ausübung des Gewerbes, der Kunst oder der Wissenschaften der Schuldner erforderlichen Geräthschaften, Instrumente, Maschinen, sonstige Werkzeuge und Bücher,

c) alle den Militair-Personen eigenthümlich gehörende zu ihrer Ausrüstung und Kleidung nach Verschiedenheit der Grade zu gehörigen Stücke,

d) bei

d) bei Bauerhöfen oder sonstigen Landgütern die zu deren Cultur erforderlichen unentbehrlichen Ackergeräthschaften, benebst dem, behuf der Fortsetzung des Haushalts, nöthigen Viehe und dem Futter= Saat= und Brotkorne auf 2 Monate, nach dem besonders einzuholenden Ermessen des f. Kr. Ger.;

e) alle geringe Nahrungsmittel, welche der Schuldner zu seiner und seiner Familie Erhaltung während eines Monats bedarf;

f) bei den Brinksihern und sonstigen kleinen Landleuten, nach der Wahl des Schuldners, eine Kuh, drei Schaaf oder 2 Ziegen, benebst dem zum Unterhalte und zum Einstreuen für dieses Vieh während eines Monats nöthigen Futtergetreide und Stroh.

3) Von allen übrigen sich vorfindenden Sachen wird so viel an den zunächst entbehrlichen ausgepfändet, als nach einem ohngefähren Ueberschlage des Verkaufswerts, zur Tilgung des Restes und der unten erwähnten Executionsgebühren und Transportkosten erforderlich ist.

4) Die abgepfändeten Sachen werden bei der Ortsbehörde, oder sofort bei dem f. Kr. Ger. in Verwahrung gebracht und der Ort, wohin die Effecten geliefert werden, in dem davon aufzunehmenden, von dem Schreibkundigen Debiten mit zu unterschreibenden, Verzeichnisse bemerkt; auch sind unter diesem Verzeichnisse die Executionsgebühren und Transportkosten zu bemerken. Das Verzeichniß ist in der Wohnung des Restanten sogleich nach der Abpfändung aufzunehmen.

5) Wenn sich nach gewissenhafter Untersuchung keine Executions=Objecte vorfinden, so muß der Executor darüber ein Protokoll aufnehmen und an das betreffende Kr. Ger. abliefern, welches solches dem Einnehmer zum weitem Gebrauche abliefern.

§. 5. Nur in den Fällen, wo die Execution wirklich vollstreckt worden, oder der Executor sich dazu bei dem Schuldner eingefunden hat, erhält derselbe folgende Executionsgebühren:

wegen einer Schuld			
bis zu 6 Ggr. incl.			6 Pf.
bis zu 12 Ggr.	=		1 Ggr. —
bis zu 18 Ggr.	=		1 Ggr. 6 Pf.
bis zu —	1 Rthlr.		2 Ggr. —
bis zu —	5 Rthlr.		4 Ggr. —
bis zu —	20 Rthlr.		8 Ggr. —
bis zu —	50 Rthlr.		12 Ggr. —
bis zu —	100 Rthlr.		16 Ggr. —
bis zu —	250 Rthlr.	1 Rthlr.	— —

von jeder höhern Schuld zum Maximo 1 Rthlr. 8 Ggr.

Diese Gebühren, nebst den Transportkosten der abgepfändeten Sachen, werden, wenn die Auspfändung vollzogen und die Effecten versteigert sind, aus dem Kaufgelde bezahlt, sonst aber gleich an den Executor berichtet.

Notenlohn und Zehrungskosten erhält derselbe nicht vergütet.

§. 6. Wenn der Schuldner die ihm abgenommenen Sachen binnen 8 Tagen nach der Abpfändung nicht einlöst, so wird sofort und spätestens binnen den nächsten 8 Tagen, also binnen 14 Tagen nach der Abpfändung, der öffentliche und meistbietende Verkauf der Sachen durch den Amtsvoigt von dem f. Kr. Ger. angeordnet, wenn nicht dringende Umstände davon abrathen. Der Erheber wird davon benachrichtiget und diesem das aufgenommene Protokoll, nebst der Schuld des Debiten, zugestellt, der etwaige Ueberschuß, nach Abzug der Executionsgebühren und Transportkosten, aber von dem f. Kr. Ger. dem Debiten zurückgezahlt, und ist solches unter dem Protokolle zu bemerken.

Sollte die Schuld nur durch den Verkauf oder durch die Verpachtung eines Grundstücks oder durch den Verkauf der Früchte auf dem Halme zu tilgen stehen; so hat das f. Kr. Ger. deshalb mit dem betreffenden Erheber der f. Intraden zu communiciren, dieser aber, bei der ihm vorgesetzten Behörde, deshalb weitere Verhaltungsmaßregeln einzuholen.

§. 7. Die Beitreibung der Reste und den etwa nothwendigen Verkauf der abgepfändeten Sachen müssen die f. Kr. Ger., bei Vermeidung eigener Verantwortlichkeit, spätestens binnen 4 Wochen, vom Tage der Anmeldung angerechnet, absolviren.

§. 8. Von den beidigten Executoren wird erwartet, daß sie ihre Geschäfte mit Bescheidenheit und möglichster Schonung, ohne alle Leidenschaft, mit Ordnung und ohne Störung des Haus- und Gewerbestandes der Debiten verrichten, widrigenfalls für dem Befinden nach sofort ihres Dienstes entsetzt und nach gerichtlichem Erkenntniß bestraft werden sollen.

Dagegen aber, wenn die Schuldner gegen die Executoren sich ungebührlich betragen, wörtliche Beleidigungen und Drohungen gegen sie ausstoßen, Widerseßlichkeit zeigen, oder gar Thätlichkeiten und Handlungen begehen und ausüben, wodurch die Auspfändung gänzlich vereitelt würde, (es mag nun der Executor dadurch von der Execution abgebracht, oder das ihm bereits an sich genommene Object wieder abgenommen werden) sollen dieselben mit Gelde oder Gefängnißstrafe oder, dem Befinden der Umstände nach, mit Zuchthaus- oder harter Strafe belegt werden.

Ueberhaupt sollen die Executoren in ihren Dienstverrichtungen geschützt und vor allen Beleidigungen, ohne Ausnahme, durch strenge Bestrafung der Beleidiger, sicher gestellt werden.

Braunschweig, den 18. August 1814.

Resc. f. R. E. v. 8. Februar 1815.

In Erwägung der nöthigen Einschränkungen des während der usurpatorischen Regierung zu sehr ausgebreiteten Erdbelhandels soll die Verordnung vom 4. August 1763 wieder pünktlich in Anwendung gebracht und vom Jahre 1815 an keinem Erdbler ein Gewerbeschein ertheilt werden, der nicht zuvor den Vorschriften dieser Verordnung Genüge

geleistet haben wird; auch sollen in die Verzeichnisse der gewerbetreibenden Personen keine Tröbder aufgenommen werden, welche nicht zuvor als qualificirte Subjecte anerkannt worden.

Resc. f. R. C. v. 24. Februar 1815.

Vom 1. Januar 1815 an sollen die Steuern nicht ferner nach Franken und Centimen, sondern überall nach der Landesmünze in Thalern und Gutegroschen erhoben und berechnet werden.

Resc. f. R. C. v. 30. Mai 1815.

Durch die landesherrl. Verordnung vom 21. v. M. ist die frühere Verordnung vom 19. Februar v. J. dahin modificirt, daß die zur Beitreibung rückständiger Steuern, Domainen- und sonstiger Gefälle nöthigen Executionen nicht durch die St. und Kr. Ger. unmittelbar, sondern wieder, wie ehemals, durch die Kreiseinnehmer und Domainen-Receptionen geleitet werden sollen, welcher Abänderung gemäß künftig die Executores nicht mehr unter den St. und Kr. Ger., sondern unter der unmittelbaren Aufsicht der Kreiseinnehmer stehen.

L. Resc. v. 14. Juni 1815.

Demnach bemerkt worden, daß die unbeschränkte Erlaubniß zum Trödelhandel, sowohl in den Städten als auf dem platten Lande, zu manchen Nachtheilen für die Sicherheit des Eigenthums Veranlassung geben kann, indem unter dem Vorwande eines solchen Gewerbes leicht eine Begünstigung des Verkaufs gestohlener Sachen eintreten kann, so wird es der allgemeinen Sicherheit halber rathsam, dieses Gewerbe in solche Schranken zurückzuführen, welche zur Verhütung des Mißbrauchs desselben geeignet scheinen.

Wie nun hiezu die auf den Trödelhandel in hiesiger Stadt Bezug habende Verordnung vom 4. Aug. 1763 genügende Vorschriften enthält, wenn selbige vor Ertheilung der Gewerbescheine auf den Trödelhandel nicht nur in Braunschweig sondern auch im ganzen übrigen Umfange der hiesigen Lande beobachtet werden, so ist f. Kammer durch ein Resc. vom 14. Juni 1815 angewiesen, an Niemanden Gewerbescheine auf das quaest. Gewerbe zu ertheilen, der sich nicht vorgängig den Vorschriften der erwähnten Verordnung unterworfen und derselben resp. Genüge geleistet hat.

Es wird daher diese Verfügung hiedurch zur Kenntniß sämmtlicher St. und Kr. Ger., auch Polizeibehörden gebracht, um hinfüro kein Subject zur Ertheilung eines Gewerbescheins auf den Trödelhandel bei f. Kammer in Vorschlag zu bringen, welches nicht vorgedachter Verordnung ein Genüge geleistet und sich derselben gemäß zu bezeigen versprochen hat, als worüber bei den Anträgen wegen Ertheilung solcher Gewerbescheine jedesmal genügend zu berichten ist. Was inzwischen die in dieser Verordnung vorgeschriebene Sicherstellung betrifft, so will f. S. R. C., wenn diese, obwohl an sich nicht schwierige Caution, dennoch hier und da einmal bei einem übrigens tadellosen Subjecte für den Umfang des Gewerbes zu hoch erscheinen sollte, den genannten Behörden

die Ermäßigung derselben nach Verhältniß der Sache, jedoch nur als Ausnahme von der Regel, deren Gründe jedesmal besonders anzuführen sind, hiemit nachlassen.

Resc. h. R. E. v. 14. Juni 1815.

Es ist in Erfahrung gebracht, daß viele auswärtige Verkäufer auf den inländischen Märkten Handel treiben, ohne mit einem Gewerbescheine versehen zu sein. F. R. E. sieht sich daher genöthigt, die St. und Kr. Ger. für die pünktliche Befolgung des noch in Kraft stehenden Patentssteuer-Gesetzes vom 12. Febr. 1810 in dieser Hinsicht nochmals besonders verantwortlich zu machen.

Es ist demnach sorgfältig darauf zu achten, daß auf den in den Amtsbezirken stattfindenden Märkten keinem Ausländer der Handel gestattet werde, der sich nicht durch Vorzeigung eines bereits gelöseten Gewerbescheins legitimiren kann, oder der sich zu dessen Lösung nicht vor Auslegung seiner Waare bei f. St. oder Kr. Ger. meldet. Da die in dem letztern Falle sich befindenden Handelsleute nicht den nöthigen Gewerbeschein sogleich erhalten können, so werden die St. und Kr. Ger. hiedurch beauftragt, die Gewerbesteuer nach dem Tarif, welcher obigen Gesetze angehängt ist, mit Hinzufügung der Stempelgebühren und der Zulage von fünf pro Cent vorläufig von denselben in Empfang zu nehmen, ihnen zu ihrer Rechtfertigung Interimsscheine zu ertheilen und demnachst über die auf diese Weise eingezogenen Beträge genaue Nachweisungen einzusenden, worauf f. R. E. die den Handel auf den Märkten gestattenden Gewerbescheine den St. und Kr. Ger. zugehen lassen wird, um solche gegen Wiedereinziehung der Interimsscheine nebst den Quittungen, welche von den betreffenden Kreiseinnehmern über die von den St. oder Kr. Ger. an dieselben sodann abzuliefernden Deposita auszustellen sind, an die Interessenten weiter zu befördern.

Nach den Gewerbesteuerartariff beträgt die Steuer für diejenigen auswärtigen Handelsleute, welche so viele Waaren zu Markte bringen, daß dieselben zu Wagen transportirt werden müssen, für jedes Jahr 4 Rthlr. 17 Ggr. und für diejenigen, welche ihre Waaren tragen, 2 Rthlr. 7 Ggr., wozu indeß auch die Topfhändler gerechnet werden, weil deren Handel unbedeutend ist, selbst wenn ihre Waare gefahren wird. Da jedoch der Handel dieser zweiten Art von Handelsleuten oft von so geringem Belange ist, daß die Steuer von 2 Rthlr. 7 Ggr. damit in keinem Verhältnisse steht, so werden die St. und Kr. Ger. hierdurch autorisirt, diesen Steueransatz in einzelnen Fällen nach ihrer pflichtmäßigen Erwägung bis auf den Betrag von 1 Rthlr. 5 Ggr. herab zu ermäßigen.

Instruction für die Accise-Einnehmer auf dem Lande.

§. 1. Der Einnehmer hat sich nach den höchsten Landesverordnungen und den Verfügungen der f. Kammer zu achten und die Anweisungen des ihm unmittelbar vorgesetzten Accise-Inspectors des Districts zu befolgen, an welchen er sich in Dienstangelegenheiten zu wenden hat.

§. 2. Derselbe erhebt die Accise von dem in seinem Stationsorte und den zu seiner Reception verwiesenen Ortschaften zu fabricirenden Biere und Branntweine, nach dem der höchsten Landesverordnung vom 28. April d. J. angehängten, besonderen Tarife.

§. 3. In Ansehung des Tarifs vom Biere und Branntweine ist die Mahlaccise von dem Biermalze und Branntweinsgetreide in den Accisesätzen vom Biere und Branntweine mit enthalten und bedarf es daher einer besondern Berechnung derselben nicht.

§. 4. Was die Branntweinsaccise insonderheit betrifft, so ist der in dem Tarife vorgeschriebene Satz zu 2 Ggr. 4 Pf. vom Stübchen mit Einschluß der Mahlaccise von reinem Branntweine zu verstehen, welcher in 24 Stunden den vierten Theil des Inhalts der Blase ausmacht. Es ist demnach der Blasenjins mit Einschluß der Mahlaccise von jedem Stübchen des Blaseninhalts auf 24 Stunden mit 7 Pf., mithin von 28 Tagen mit 16 Ggr. 4 Pf. zu berechnen und zu erheben.

§. 5. Waaren, deren Veraccisung für die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel, oder Blankenburg, Calvörde, Gandersheim, Helmstedt, Holzminden, Königsutter, Seesen und Worsfelde vermöge der höchsten Verordnung vom 28. April d. J. vorbehalten ist, müssen, wenn sie in andern Städten, Flecken oder Dörfern zur Accise declarirt werden, oder mit einem Freizettel zum Beweise der bezahlten Accise nicht begleitet sind, nach einer der diesen zunächst gelegenen Städte verwiesen werden, um sie daselbst der Revision zu unterwerfen und die Abgabe davon zu entrichten.

§. 6. Die Berechnung der Abgaben geschieht in den dazu bestimmten Registern und in der Art, als diese dazu die Anleitung geben, und sind den Accisanten über die bezahlte Accise diejenigen Zettel und resp. die Quittungsbücher über den Pfannen- oder Blasenjins zu erteilen, wozu den Einnehmern die erforderlichen Formulare zugestellt werden.

§. 7. In keinem Falle dürfen die Abgaben, von welcher Art sie sind und von welchen Gegenständen sie entrichtet werden müssen, creditirt werden, vielmehr sind dieselben ohne alle Ausnahme sofort bei der Declaration einzufordern und zu berechnen und ohne deren baare Bezahlung keine Quittungen und Accisescheine zu erteilen, und ist der Einnehmer dafür verantwortlich.

§. 8. Bei der Declaration eines Gebraues ist der Brauer zu befragen, wie oft er die Pfanne anfülle, und sind die Abgaben, wenn er sie mehr als einmal abbrauen will, so viele Male von der ganzen Pfanne zu berechnen und einzufordern, als er sie abzubrauen declarirt hat und ist solches im Register zu bemerken. Auf halbe oder Viertelpfannen ist keine Rücksicht zu nehmen.

§. 9. Ohne specielle Erlaubniß d. Kammer ist das Abbrauen des Kesselsbiers nicht zu gestatten, auch kein Accisezettel dafür auszugeben.

§. 10. Auf eine kürzere Zeit als 28 Tage auf dem platten Lande, und 24 Stunden in den Städten, sind die Helme keinem Brenner zu verabsolgen, noch ist Blasenjins von ihm anzunehmen.

§. 11. Wenn von Brauereien oder Branntweinbrennereien, welche zur Reception des Einnehmers verwiesen sind, auf innerhalb Landes zu verfabrendes Bier und Branntwein Passirzettel verlangt werden, so hat der Einnehmer selbige, nachdem er sich zu-

vor von der Berichtigung der Accise überzeugt hat, anentgeltlich zu ertheilen und in das dazu bestimmte Register über die Passirzettel zu notiren.

§. 12. Die Gefäße mit Branntwein, welcher zur Ausführung ins Ausland von Branntweinbrennern declarirt wird, sind zu untersuchen, ob sich wirklich Branntwein darin befinde, und insofern dieselben jedes einzelne ein volles Orhst enthält, am Spund und Zapfloche zu versiegeln und ist darüber ein Exportationschein mittelst des dazu gedruckten Formulars, worin der Name des Versenders, die Quantität des Branntweins, der Ort der Bestimmung, der Tag der Ausfertigung und die Unterschrift des Einnehmers auszu drücken ist, zu ertheilen und dem Versender dabei zu eröffnen, daß er den Schein bei dem letzten Grenzzolle oder Passe vorzuzeigen und den Ausgang des Branntweins attestiren zu lassen, vor Ablauf von 6 Wochen aber zurückzuliefern habe.

§. 13. Auf dem mit dem Atteste des Grenzzolles oder Passes von dem Branntweinbrenner zurückgelieferten Exportationscheine hat der Einnehmer jedesmal den Tag der Zurücklieferung zu bemerken, die Scheine zu sammeln und monatlich an den Accise-Inspector des Districts mit einem Verzeichnisse einzusenden. Sobald diese Scheine von dem Inspector an den Einnehmer zurückgelangt sind, hat dieser dem betreffenden Branntweinbrenner bei der nächsten Besteuerung seines Blasenhelms so viel an dem Betrage des Blasenzinses abzusetzen, als der Inspector zu diesem Ende auf dem Scheine bemerkt hat, und solches in dem Register sowohl, als auch in dem Quittungsbuche des Brenners zu bemerken.

§. 14. Der Einnehmer hat genau darauf zu halten, daß die Brenner die Helme nach Ablauf der besteuerten Zeit an ihn zurückliefern und ist zu dem Ende die Stunde der Verabfolgung des Helms genau in dem Register zu bemerken; die spätere Zurücklieferung von einer Stunde ist nicht zu attendiren, würde der Helm aber um 2 bis 4 Stunden später abgeliefert, so ist die verhältnißmäßige Steuer mit zugute Rechnung einer Stunde einzufordern und zu berechnen. Behielte der Brenner den Helm über 4 Stunden länger, so sind die Abgaben von 24 Stunden einzuziehen und würde er auch alsdann, d. h. nach 24 Stunden, noch nicht abgeliefert, so ist dem Accise-Inspector des Districts zur weiteren Untersuchung schleunig davon Nachricht zu geben, jedoch der Helm, wenn er nachher gebracht würde, anzunehmen und die Zeit der Zurücklieferung genau anzumerken.

Uebrigens sind die Branntweinshelme nur des Vormittags und zwar vom 1. April an bis zum 30. Sept. incl. von 7 bis 11 Uhr, und vom 1. Octbr. an bis zum 31. März incl. von 8 bis 11 Uhr von Stunde zu Stunde bei jedesmaliger Declaration der Brennzeit und gegen Entrichtung des Blasenzinses zu verabfolgen.

§. 15. Während die Helme bei dem Einnehmer niedergelegt sind, hat derselbe sie in sorgfältiger Verwahrung und Verschlusse zu halten. Ohne eine ausdrückliche Erlaubniß ist kein Helm in dem Gewahrsame des Brenners, außer der declarirten und versteuerten Brennzeit, auch nicht unter dem Mitbeschuß des Einnehmers oder unter dessen

Siegel zu lassen, sondern derselbe muß ohne Unterschied in die Wohnung des Einnehmers und in dessen eigene Verwahrung gebracht werden und hat er dafür zu sorgen, daß ohne sein Vorwissen der Helm nicht transportirt werden oder in die Hände des Brenners oder eines andern kommen könne.

§. 16. Wenn während der declarirten Brennzeit und vor deren Ablauf dem Brenner ein Unfall begegnet, welcher ihn verhindert, fortzubrennen, so hat der Einnehmer den ihm zur Ablieferung dargebotenen Helm zwar anzunehmen, die Zeit dieser Ablieferung anzumerken und sich von dem Unfall selbst zu überzeugen, zugleich aber dem Districts-Inspector sofort Nachricht zur weitem Untersuchung und Verfügung zu ertheilen und dem Brenner nicht eher eine Vergütung wegen des unbenutzten Helms zu geben, als bis dazu eine ausdrückliche Anweisung an ihn gelangt ist.

§. 17. Den Brennern und Brauern ist erlaubt, zwei Stunden vor der declarirten Brenn- und Brauzzeit Feuer unter den Blasen und Pfannen anzumachen. Der Einnehmer ist gehalten, darauf zu achten, daß diese Erlaubniß nicht überschritten werde und, wenn er solches in Erfahrung bringt, sich davon selbst zu überzeugen und so schnell als möglich den Aufseher oder Inspector davon zu benachrichtigen.

§. 18. Nicht weniger hat der Einnehmer darauf zu achten, daß nicht heimlich gebrauet oder gebrannt, oder steuerbare Waaren heimlich eingeschleppt werden und, wo er solches gewahr wird, die Waaren in Beschlag zu nehmen und Anzeige, wie vergebacht, davon zu machen.

§. 19. Uebrigens hat der Einnehmer in den ersten 3 Tagen des neuen Monats unfehlbar die Einnahme des verfloffenen Monats nebst einem Extracte aus den Registern, die Register selbst aber alle Quartal an den Kreiseinnehmer abzuliefern.

§. 20. Endlich hat der Einnehmer einen jeden prompt, ohne Aufenthalt und mit Bescheidenheit abzufertigen, sich überall keine Excusen anzumachen, sich eines sittlichen und ordentlichen Lebens zu befleißigen und seinen Dienst mit Gewissenhaftigkeit und Etre zu führen.

§. 21. F. Kammer behält sich vor, diese Instruction zu verändern, zu erweitern und zu beschränken.

Braunschweig, den 16. Juni 1815.

F. Br. L. R. E.

L. Resc. v. 2. Juli 1815.

Da die mittelt Bericht des f. St. Ger. vom 25. v. M. eingesandte, den Erdhandel in Wolfenbüttel betreffende, Polizeiordnung vom 18. Nov. 1751 mit der, auf die Beschränkung des Erdhandels in Braunschweig Bezug habenden, Verordnung vom 4. Aug. 1763 im Wesentlichen gleichen Inhalts ist, so wird nichts dagegen zu erinnern gefunden, daß bei den Vorschlägen und der Annahme neuer Erdbiler, in Gemäßheit der ersten, verfahren werde; nur ist selbige ad §. 4 in Ansehung der Soldaten-Montirung der Verordn. vom 1763, Art. 3, welche auf älteren allgemeinen Verordnungen beruht und

mit der Verfügung vom 24. Januar 1814 übereinstimmt, gemäß zu extendiren und sind die Tröbder gleich bei ihrer Annahme über diesen Punct gehörig zu instruiren.

Resc. f. R. E. v. 19. Juli 1815.

Durch das Resc. vom 14. Juni 1815 sind die Gerichte ermächtigt, die durch den Gewerbesteuer-Larif festgesetzte Steuer von 2 Rthlr 7 Ggr. für diejenigen auswärtigen Verkäufer, welche ihre Waare zu den Märkten des hiesigen Landes, besonders in den Gränzorten tragen, in einzelnen Fällen bis auf 1 Rthlr. 5 Ggr. herab zu ermäßigen. Die Erfahrung hat indeß gelehrt, daß selbst dieses Minimum in manchen Fällen noch zu bedeutend ist, so wie auch die Steuer von 4 Rthlr. 17 Ggr., welche für diejenigen fremden Kaufleute, die ihre Waaren zu Wagen transportiren, vorgeschrieben ist, oft mit der Ausdehnung des Handels dieser Fremden in gar keinem Verhältnisse steht, besonders wenn dieselben nur einzelne Gränzüörter beziehen. Die Gerichte werden daher autorisirt, die Gewerbesteuer für die letztere Classe von fremden Handelsleuten nach dem Umfange ihres Handels mit pflichtmäßiger Erwägung von 4 Rthlr. 17 Ggr. bis zu 2 Rthlr 7 Ggr. herabzubestimmen und die Gewerbesteuer der Pachtträger in einzelnen Fällen als Ausnahme auf 16 Ggr. herabzusetzen. Es ist indeß alle mögliche Vorsicht anzuwenden und mit Herabsetzung der Steuer nicht zu leicht zu verfahren, damit die Ausländer vor den einheimischen Kaufleuten, welche die volle Steuer erlegen müssen, keine überwiegende Vortheile erlangen. Uebrigens ist fernerhin nach Vorschrift des gedachten Rescripts zu verfahren.

Resc. f. R. E. v. 3. August 1815.

Da die ältern Krüger auf dem Lande vermöge ihrer Privilegien oder Concessionen Vorrechte vor den Patentkrügern haben, so ist beschloffen, daß künftig nur für diejenigen Krüger Gewerbebescheine ertheilt werden sollen, welche

a) zur Ausübung ihres Gewerbes durch einen Erbenzinsbrief oder durch eine Concession ausschließlich berechtigt sind;

b) wo dieses nicht der Fall ist, nur dann, wenn gegen die Anlegung eines Kruges in polizeilicher Hinsicht gar kein Bedenken obwaltet, oder das allgemeine Beste dessen Betrieb vielmehr erfordert.

In Betreff der Fälle dieser zweiten Art macht f. R. E. auf das westphälische Decret vom 4. Decbr. 1812 aufmerksam, durch welches ein zweckmäßiges Verhältniß der anzulegenden Krüge zu der Seelenzahl festgesetzt gewesen. Da die Anlegung der Krüge mit keinen bedeutenden Kosten verknüpft ist, so ist auch nicht zu erwarten, daß den Patentkrügern mit Aufhebung ihres Gewerbes ein bedeutender Verlust erwachsen wird. Sollte dieses aber dennoch in einzelnen Fällen vorkommen, so sollen die Gewerbebescheine zwar für das laufende Jahr ertheilt, den Patentkrügern aber dabei eröffnet werden, daß sie für das nächste Jahr ihr Gewerbe aufgeben müssen.

Resc. f. R. E. v. 20. September 1815.

Durch die höchste Verordnung vom 21. April 1815 ist festgesetzt, daß die eingehenden

henden Restverzeichnisse der rückständigen Steuern von den Kr. Ger. revidirt, und, wenn sich dabei nichts zu erinnern findet, nach geschehener Autorisation der darauf notirten Reste, an die Kreiseinnehmer zur Weitreibung abgegeben werden sollen; im Falle sich aber bei einzelnen Ansätzen Erinnerungen finden sollten, die Kr. Ger. auf deren schleunige Erläuterung und Erledigung Rücksicht zu nehmen haben.

Es folgt nun zwar aus dieser Verfügung, daß die Kr. Ger., durch Verweigerung der Autorisation, die Execution einstweilen suspendiren können, jedoch dürfen diese Suspensionen in keine Befristungen ausarten, vielmehr können sie, nach dem Sinne der Verordnung und zur Aufrechthaltung der Cassen-Ordnung, nur dazu dienen, um zur Erläuterung und Erledigung etwaiger Erinnerungen Zeit zu verschaffen und den Steuerpflichtigen während derselben nicht auf eine, vielleicht unverbiente Weise, erequiren zu lassen. Dennoch sind Fälle bekannt geworden, wo aus dergleichen einstweiligen Suspensionen der Execution förmliche und wiederholte Befristungen entstanden sind. Dieses liegt nicht im Sinne der Verordnung und werden die Gerichte also darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn der Fall eintreten sollte, daß sie nöthig finden, bei einem oder andern die Vollziehung der Execution zu suspendiren, wenn solche dem Debiten etwa im gegenwärtigen Augenblicke zu viel Nachtheil bringen und er zu Berichtigung des Rückstandes zu einem andern Zeitpunkte mehr im Stande sein würde, sie dieserhalb sofort anhero zu berichten und, den Umständen nach, entweder auf Niederschlagung des Restes oder auf Bewilligung der Befristung anzutragen haben. Sollte jedoch der Restant zur Bezahlung des Rückstandes gänzlich unfähig sein, so wird dieses das Protokoll des Executors ausweisen.

Besonders wird den Gerichten zur Pflicht gemacht, die bei ihnen eingehenden Restverzeichnisse so schleunig als möglich an die Kreiseinnehmer gelangen zu lassen, weil durch deren Zurückhaltung nur Unordnung entsteht und die Verfolgung der Reste erschweret wird.

Resc. f. R. E. v. 23. December 1815.

Wegen der, den Kesselhändlern zu ertheilenden Gewerbescheine, s. Polizei und Verwaltung S. 353.

Resc. f. R. E. v. 20. Januar 1816.

Da die, unter dem Namen Baulebung vorhin bestandene, in der westphälischen Zeit aber aufgehobene, Abgabe bei nunmehr wieder eingetretenen früheren Verhältnissen, vom 1. Januar d. J. an von denjenigen Individuen, welche derselben unterworfen sind, wiederum wie vormals an die betreffenden, zur Erhebung derselben unterm heutigen Datum angewiesenen, Rechnungsführer entrichtet werden soll, so werden die Kr. Ger. beauftragt, dieserhalb das Erforderliche in den Gemeinen zu publiciren, auch die Debiten nöthigenfalls, und auf vorgängige Requisition des Rechnungsführers, auf das strengste zu ihrer Schuldigkeit anzuhalten.

Resc. f. R. E. v. 7. Mai 1816.

Gewerbefcheine zur Garfküche können auf dem Lande nicht gegeben werden, da unter diesem Vorwande nur Schenkwirthschaft getrieben wird.

Resc. f. R. E. v. 6. Juli 1816.

Die Erfahrung lehrt, wie sehr die Branntweinhändler auf dem platten Lande die ihnen durch Ertheilung der Gewerbefcheine verliehene Erlaubniß zum Handel mit Branntwein im Großen, zum Nachtheil der Abgaben mißbrauchen. Es ist daher beschloffen worden, für die Zukunft überall keinem Einwohner auf dem platten Lande ohne ganz besondere Gründe den besagten Handel weiter zu gestatten und haben die Gerichte denen, welche sich bisher mit dem Handel mit Branntwein im Großen befaßt haben, solches zu eröffnen, damit sie sich zeitig darnach einrichten und von ihren Vorräthen losmachen können und von denjenigen, welche sich etwa dazu wieder melden, die speciellen Umstände zu vernehmen, dieselben zu untersuchen und davon mit Beifügung eines Gutachtens zu berichten.

Bekanntmachung f. R. E. v. 20. Juli 1816.

Demnach mit höchster Genehmigung behuf Controlirung der aus dem Auslande ein- und durchgehenden im Lande accisbaren Gegenstände und des Ausgangs des Weins und inländischen Branntweins an den Gränzorten zu Groß-Brunsbode, Lehre, Querum, Wendenthurm, Steinhof, Duttonstedt, Bettmar, Broistedt, Nordassel, Delber am weißen Wege, Kalbecht, Lobmactersen, Barum, Halchter, Achim, Jessendamm, Hefsen, Ribitzdamm, Schöningen, Helmstedt, Worsfelde, Calbörbe, Königsutter, Lutter am Barenberge, Windheim, Seesen, Windhausen, Mönchehof, Badenhäusen, Gittelde, Ildershausen, Osterbruch, Gandersheim, Opperhausen, Gerensbode, Delligsen, Bartschhausen, Ummensen, Einem, Merxhausen, Linse, Heyen, Neuhaus, Bremen, Holzminden, Weinbreyen, Fürstenberg, Forst, Reileiffen, Hehlen, Wisperode, Blankenburg, Heimbürg, Timmenrode, Hasselsfelde, Etiege und Zorge, Passchreibereien eingerichtet worden, bei welchen sich die Fuhrleute und ein Jeder, welcher dergleichen Waaren einführt, zu melden, die ihnen unentgeltlich zu ertheilenden Eingangsfcheine abzufordern und solche bei der betreffenden Accisebehörde oder, insofern die Waaren durchgehen, am letzten Gränzpasse abzugeben haben, woselbst auch die Exportationsfcheine über den auszuführenden Wein und inländischen Branntwein zu deren Attestirung abzugeben sind: so wird solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

(Dr. Anz. 1816 No. 64.)

Instruction für die Passchreiber.

§. 1. Der Passchreiber hat sich nach den höchsten landesherrlichen Verordnungen zu richten, die Vorschriften der f. Kammer zu befolgen und den Anweisungen des ihm zunächst vorgesetzten Accise-Inspectors des Districts gemäß zu verfahren.

§. 2. Die aus dem Auslande mit Frachtkutern und accisbaren Gegenständen einkommenden Fuhrleute und andere Personen und Reisende hat er nach der Ladung und bei

sich führenden Waaren zu befragen, sich die Frachtbrieife vorzeigen zu lassen und die Waaren, so weit es ohne Beschwerde und Aufenthalt der Fuhrleute und Reisenden geschehen kann, nachzusehen.

§. 3. Ueber die Ladung der Waaren, wenn sie aus solchen bestehen, welche nach dem der höchsten Verordn. vom 28. April 1815 beiliegenden Accise-Tarif für die Landstädte und das platte Land allgemein im ganzen Lande accisbar sind, nämlich Bier, Biereßig, Braantwein, Wein, Weineßig, Arrac, Rum, Kaffee, Zucker, Syrup, Talg, Leinsaamen, Taback, Tabacksblätter, Eisen, Kupfer, Messing, Glas und Porcellain, hat derselbe einen Eingangsschein nach dem gedruckten Formulare zu ertheilen und darin außer der Registernummer den Namen des Fuhrmanns oder Reisenden, das Geschirr, als Wagen, Karren, oder wie die Gegenstände sonst eingebracht werden, die Anzahl der vorgespannten Pferde, den Ort der Bestimmung im Lande oder die Durchfuhr ins Ausland, die Waaren selbst und deren Collizahl, den Stationsort des Passschreibers, Tag und Jahr auszudrücken, ihn mit seinem Namen zu unterschreiben und mit dem Dienst-siegel zu unterriegeln.

§. 4. Den Fuhrmann oder Einbringer der Waaren hat er darauf aufmerksam und ihm zur Pflicht zu machen, daß er sich mit den bei sich führenden Gegenständen auf den Hauptheerstraßen zu halten und keine Nebenwege zu fahren, den Eingangsschein auf allen Pöllen vorzuzeigen und visiren zu lassen, am Bestimmungsorte im Lande aber oder, wenn die Waaren unabeladen auf einer Achse durchgehen, am letzten Gränzzolle oder Pässe abzugeben habe.

§. 5. In Uebereinstimmung mit dem ertheilten Eingangsscheine hat er alles in das dazu eingerichtete Register einzutragen, wozu die Rubriken desselben die Anleitung geben.

§. 6. Wenn Waaren ins Ausland ausgeführt werden, so hat der Passschreiber die Fuhrleute oder andere Reisende zu befragen, ob sie Eingangss-, oder insofern die Waaren im Lande aufgeladen worden, Exportationscheine bei sich haben, im verneinenden Falle sie ungehindert passiren zu lassen, im eintretenden Falle aber die Scheine abzufordern, die darin benannten Waaren möglichst nachzusehen, sobald aber die Fuhrleute ohne weiteren Aufenthalt fahren und passiren zu lassen; es sei denn, daß ein dringender Verdacht der heimlichen Abladung einträte, in welchem Falle der Fuhrmann anzuhalten und allenfalls ein Pfand zu fordern, dem Accise-Inspector aber sofort davon zur weiteren Untersuchung Nachricht zu ertheilen und im Register davon Bemerkung zu machen ist. Den Schein hat er an sich zu behalten, die befundene Richtigkeit darunter zu attestiren oder die Differenz darunter zu bemerken, und alles auf gleiche Weise in das für den Waarenaußgang eingerichtete besondere Register in die gehörigen Rubriken, nach einer laufenden Nummer, welche zugleich neben dem Atteste auf den Scheinen anzuführen ist, einzutragen und die Scheine als Beläge dem Register beizufügen.

§. 7. In Ansehung des ausgehenden Weins und Braantweins ist die Revision genau vorzunehmen und darauf zu achten, daß diese Gegenstände wirklich in den Or-

fäßen, ohne die letzteren jedoch zu öffnen, enthalten sind und daß die Größe und Anzahl der Gefäße mit der Angabe in den Scheinen übereinkomme, und ist das Befundene, auch ob die Gefäße versiegelt gewesen, in den Urtheilen sowol, als in dem Register zu bemerken. Sollten die Gefäße dergestalt verpackt sein, daß sie der Ansicht gänzlich entzogen wären, der Fuhrmann auch die Ladung nicht losmachen können oder wollen; so ist derselbe gleichwol nicht aufzuhalten, jedoch jener Umstand auf dem Scheine und im Register zu bemerken.

§. 8. Die Formulare zu den Registern und Eingangsscheinen sind von der betreffenden Kreiscaffe gegen Quittung abzufordern.

§. 9. Die Register und die gesammelten Scheine als Beläge des Registers, welche letztere zu diesem Ende sorgfältig aufzubewahren sind, hat der Paßschreiber alle Vierteljahr unterschrieben an die betreffende Kreiscaffe einzusenden.

§. 10. Der Paßschreiber hat die Fuhrleute, Reisende und überhaupt diejenigen, welche er abzufertigen hat, mit Zuorkommung, Höflichkeit und Bescheidenheit zu behandeln, ihnen keine unnütze Weitläufigkeiten, in welcher Art solches geschehen kann, zu verursachen, vielmehr sie ohne allen Aufenthalt und so schnell als möglich zu befördern, die Scheine unentgeltlich zu ertheilen und sich aller und jeder Accidenzien, Erpressungen und sonstiger Anmaßungen gänzlich zu enthalten.

§. Kammer behält sich vor, diese Instruction nach den Umständen zu verändern, zu erweitern oder zu beschränken.

Braunschweig, den 20. Juli 1816.

J. Br. Lüneb. R. C.

Resc. f. R. C. v. 11. November 1816.

Der dem f. G. R. C. von dem f. R. C. gemachte Antrag, den Executoren einen festen Gehalt zu bewilligen, ist mittelst höchsten Rescripts vom 22. Octbr. 1816 abgelehnt und dabei dem f. R. C. die Verpflichtung auferlegt, darauf zu sehen, daß die f. Kr. Ger. bei Einziehung der Steuern ihren Obliegenheiten gehörig nachkommen und daß diejenigen derselben, welche sich darin säumig bezeigen und auf die bei ihnen eingereichten Restantenverzeichnisse der Kreiseinnehmer binnen der vorchriftsmäßigen Zeit nicht verfügen, deshalb mit angemessenen Strafauflagen angesehen werden sollen. Bereits durch das von f. R. C. unterm 20. Sept. 1815 an die sämtlichen f. Kr. Ger. erlassene Circul. Resc. hat dasselbe die Gerichte auf die strengste Befolgung der wegen Vollziehung der Executionen erlassenen Verordnungen und auf die Nothwendigkeit einer prompteren Einziehung der Steuerreste aufmerksam gemacht; dennoch hat eine kürzlich vorgenommene Vergleichung der Steuercaffen-Abschlüsse das unangenehme Resultat ergeben, daß im Jahre 1816 verhältnißmäßig mehr rückständig ist, als in der frühern Zeit. Den Gerichten wird daher zur Pflicht gemacht, die Kreiseinnehmer, welche zur ungesäumten Einziehung der Reste geschärft angewiesen worden, auf alle Art in ihren auf diesen Ge-

genstand gerichteten Bemühungen zu unterstützen und die zugesandten Restverzeichnisse nicht über die festgesetzten vier Tage aufzuhalten.

Resc. f. K. E. v. 25. Februar 1817.

Daß auf den Gewerbeschein zum Salz- und Gewürzhandel auch Garnsammeln und Höfcrhandel frei stehe.

Bekanntmachung f. K. E. v. 16. August 1817.

Durch die öffentliche Bekanntmachung vom 20. Juli v. J. sind diejenigen Gränzorte bezeichnet worden, an welchen zur Controlirung der aus dem Auslande ein- und durchgehenden Waaren, so wie des Ausganges des Weins und inländischen Brantweins, Paßschreibereien eingerichtet sind. Da mit höchster Genehmigung die Paßschreiberei zu Ammenfen nach Mühlenbeck bei Brunfen zu verlegen, auch annoch auf einigen andern Straßen dergleichen Gränzpässe anzulegen für nöthig gefunden worden: so wird nunmehr Folgendes wiederholt festgesetzt und hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

1) Die Paßschreibereien oder Gränzpässe bestehen an nachbenannten Orten:

a. im Districte Wolfenbüttel:

in Gr. Brunsbrode, Lehre, Quorum, Wendenthurm vor Braunschweig, Steinhof, Bettmar, Duttenstedt, Wechselbe, Broisfeld, Nordassel, Westerlinde, Delber am weißen Wege, Kalbecht, Lobmachersen, Barum, Halchter, Achim, Dobbeln, Hefsen, Hefsendamm, Kitzdamm;

b. im Districte Schöningen:

in Schöningen, Helmsfeldt, Königsutter, Vorsfelde, Calvörde;

c. im Districte des Harzes:

in Lutter am Barenberge, Alffeld, Bündheim, Seesen, Windhausen, Münchehof, Badenhäusen, Gittelde, Ildehausen, Osterbruch, Sandersheim, Opperhausen, Bornum, Gerrenrode, Delligsen, Bartschhausen, Mühlenbeck;

d. im Weser-Districte:

in Meryhausen, Linse, Heyen, Neuhaus, Bremke, Forst, Holzminden, Weinbrexten, Fürstenberg, Hehlen, Wisperode;

e. im Districte Blankenburg:

in Blankenburg an den sämtlichen drei Thoren, in Heimburg, Zinnenrode, Hasselfelde, Stiege, Sorge.

2) Die Fuhrleute und alle diejenigen, welche Waaren aus dem Auslande einbringen, es sei zum Ein- oder Durchgang, haben solche allein auf den Hauptheerstraßen und nicht auf Nebenwegen einzuführen, sich bei der Einführung bei dem nächsten Gränzpasse zu melden, die Waaren zur Revision vorzuführen, den Ort der Bestimmung im Einlande oder rücksichtlich der Durchfuhr im Auslande anzugeben, daselbst einen Eingangsschein, welcher ihnen unentgeltlich erteilt wird, zu entnehmen, sich mit der Ladung oder den Waaren auf den großen Heerstraßen zu halten, den erhaltenen Eingangsschein auf allen zu passirenden Pöllen zur Attestirung vorzulegen und ihn rücksichtlich bei der

für den Ort der Bestimmung angeordneten Accise-Receptur, wo die Waaren zugleich residirt werden müssen, oder bei durchgehenden Waaren auf dem letzten Gränzpasse abzugeben, bei Vermeidung der auf dem Eingangsscheine bemerkten Strafe von 10 Rthlr.

3) Ohne specielle Erlaubniß der Accisebehörden und ohne vorgängige Declaration der Waaren ist alle Abladung derselben an irgend einem Orte im Lande, die Waaren mögen für das Einland oder zur Durchfuhr nach dem Auslande bestimmt sein, bei den auf die Accise-Defraudationen verordneten Strafen verboten. Sollte ein eingetretener Unglücksfall die Abladung vor der ausgewirkten Erlaubniß und Declaration unvermeidlich erfordern, so ist davon unverzüglich nach geschehener Abladung, bei der nächsten Accise-Receptur Anzeige zu machen und deren Verfügung zu gewärtigen, widrigenfalls die so eben erwähnten Strafen eintreten.

4) Die über den ausgehenden Wein und inländischen Branntwein an den Orten der Versendung im Lande entnommenen Exportationscheine, insofern eine Vergütung der Accise von jenen Gegenständen gesetzlich bewilligt ist, sind auf dem letzten Gränzpasse beim Ausgange zur Attestirung abzugeben, widrigenfalls, oder wenn die Gegenstände nach Qualität und Quantität bei der Revision auf dem Gränzpasse mit der Angabe in dem Exportationscheine nicht übereinstimmend gefunden werden oder die Verpackung derselben geschehen ist, so daß die Gefäße der Ansicht entzogen sind, dergestalt, daß ein Attest nicht ertheilt werden kann, die Accisevergütung nicht Statt finden wird und haben diejenigen, welche auf die Accisevergütung von den genannten Getränken Anspruch machen können und wollen, bei Verladung der Gefäße dafür zu sorgen, daß dieselben ohne Schwierigkeit bei der Revision auf dem Gränzpasse übersehen werden können.

Es hat sich hiernach ein Jeder, den es angeht, zu achten.

(Br. Anz. 1817 No. 66, 67, 68.)

Bekanntmachung f. R. E. v. 13. September 1817.

Da der ausländische, aus andern Substanzen als Biermalz oder aus Zusätzen zur Verstärkung desselben bereitete Essig, insofern dessen Verkaufe rücksichtlich der Gesundheit kein Bedenken entgegen steht, nach dem Tarif des Weinessigs zu 2 Ggr. vom Stübchen veracciset werden muß, so wird solches zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

(Br. Anz. 1817 No. 78.)

Resc. f. R. E. v. 17. September 1817.

Durch ein höchstes Resc. vom 11. Sept. d. J. ist verordnet: daß, da die Ansprache auf die den Neuanbauern auf dem platten Lande in Gemäßheit der landesherrlichen Ausschreiben vom 19. März 1753 und 22. Januar 1755 zugesicherten Freijahre, insofern dieselben sich darauf gründen, daß die früher bewilligte Abgabefreiheit während der westphälischen Usurpation nicht zur Anwendung gekommen, gleiche Natur mit den Forberungen aus dieser Periode haben, auf welche gegenwärtig nicht eingegangen werden könne, auch auf diejenigen Freijahre, deren Verwilligungszeit während der westphälischen Usurpation abgelaufen, gegenwärtig nicht mehr zu attendiren sey, dagegen aber

Steuern, Rescripte.

431

wegen derjenigen Bewilligungen, welche noch in die Zeit nach der Wiederbesignahme der hiesigen Lande fortlaufen, so wie auch wegen der auf Lebenszeit ex gratia ertheilten Contributionsfreiheiten, insofern die damit Begnadigten noch am Leben seien, nach geschehener Ausmittlung weitere Verfügung erfolgen solle. F. R. E. beauftragt daher die Gerichte, diejenigen, welche nach vorstehender Verfügung noch Ansprüche auf Contributionsfreiheit zu haben glauben, auszumitteln und davon ein Verzeichniß, worin das Bewilligungs-Rescript bei jedem zu allegiren ist, fordersamst einzusenden, auch, im Falle dergleichen Befreite nicht vorhanden sein sollten, davon Anzeige zu machen.

Resc. f. R. E. v. 29. November 1817.

Von dem Zeitpunkte an, wo die Nachweisung der erlassenen Gewerbesteuer-Erkenntnisse eingesandt worden, sind von den in Gewerbesteuer-Contraventions-Sachen ergangenen Straf-Erkenntnissen, sobald dieselben rechtskräftig geworden, jedesmal beglaubte Abschrift an das f. R. E. einzusenden.

Resc. f. R. E. v. 13. Juni 1818.

Es sind in mehreren von den f. Kr. Ger. in Gemäßheit Rescripts f. R. E. vom 17. Sept. 1817 eingesandten Verzeichnissen Neuanbauer aufgeführt, welche noch auf Freijahre hinsichtlich der Contribution Anspruch machen, aber in den Contributions-Catastern gar nicht aufgenommen, auch unter den in den vormaligen Hauptcontributions- oder Kreiscaffen-Rechnungen beschriebenen Remissionen auf Neuanbauer nicht enthalten sind.

Bevor diese Sache wegen der den Anbauern noch zu bewilligenden Freijahre regulirt werden kann, ist es erforderlich, daß die Cataster, wonach der jetzige Contributionsbetrag jeder Gemeinde angesetzt ist, berichtigt und demnächst die Contribution wegen der den Anbauern von ihren Häusern und dabei befindlichen Gärten etwa noch zu bewilligenden Freijahre unter den Remissionen berechnet werden.

Diese Aufklärung ist um so nöthiger, da man vermuthen muß, daß bei den unterlassenen Nachträgen in dem Cataster auch die Einzahlung unterblieben oder nicht an f. Kreiscaffe gelangt sei.

Die Kr. Ger. haben daher, um gedachten Ansaß eintragen zu können, wegen der in dem angeschlossenen Verzeichnisse enthaltenen Personen nach Vorschrift des Formulars annoch die nöthigen Erläuterungen zu ertheilen und des Fordersamsten einzusenden.

Wegen derjenigen, welche die ihnen vorgeblich bewilligte Freiheit nicht nachweisen können, wird, insofern die ergangenen Acten und Rechnungen deshalb keine Nachweisung geben, ein Vorschlag zu fernern Erlasse nicht geschehen können.

Resc. f. R. E. v. 11. März 1819.

Da von einigen f. Kr. Ger. in den über Remissionsgesuche erstatteten Berichten der Betrag der von den Supplicanten zu entrichtenden Steuern oft von mehreren Steuerarten nur in einer Summe angegeben ist, diese generelle Angabe aber nicht genügt, weil in den zu ertheilenden Beschlüssen, so wie auch in den demnächst zu erlassenden Absz-decreten der Betrag einer jeden Steuerart besonders angegeben werden muß, so haben

die Kr. Ger. für die Folge in dergleichen Berichten den monatlichen Betrag einer jeden, von dem Supplicanten zu bezahlenden Steuer, besonders anzuführen.

Resc. f. R. E. v. 18. April 1819.

Wenn gleich der Art. 16 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 17. Februar 1810 die unbeschränkte Bestimmung enthält, daß jeder Detailhändler mit allen Handelsartikeln seiner Steuerklasse, nach Maßgabe des dem gedachten Gesetze angehängten Tarifs, en detail zu handeln berechtigt sei, so sind doch, theils durch besondere spätere Vorschriften, theils durch das Decret vom 1. Novbr. 1812 einige Handelsartikel einer besonderen Steuer unterworfen, nämlich: Korn, Holz und Vieh, oder in andere Steuerclassen gesetzt, welches in den Gewerbescheinen, ihrer Form nach, nicht immer gehörig bemerkt werden kann. Hierdurch sowohl, als auch durch mehrere, nach der höchsten Verordnung vom 16. Jan. 1814 erfolgte Modificationen sind über die Anwendung des gedachten Artikels des Gewerbesteuer-Gesetzes Zweifel entstanden, welche hierdurch zur allgemeinen Feststellung der Befugnisse der mit Gewerbescheinen versehenen Detailhändler und zur richtigen Beurtheilung etwaiger Reclamationen beseitigt werden sollen.

Insofern also nicht besondere Ausnahmen gemacht worden, sind

1) als Höher diejenigen zu betrachten, die mit solchen Gegenständen handeln, welche dem Steuerfaze der fünften Classe unterworfen sind, als Senf, Sand, Zwirn, Dochten, Schwefelsticken, Besen, Kienrauch, Sensesstreichen, Eichorien, thönernen Pfeifen und Pfeisengeräthe, Nägeln, Schreibmaterialien, Salz, Asche, Federn, Gerstengraupen, grünen Glaswaaren, kleinen Bildern, Liedern, Bäckerwaaren, Harken, Sensesbäumen, altem Eisen, Hecheln, Federvieh, Biergöst, kleinen hölzernen Waaren, auch Tubben, Molden, Schaufeln, Kinder-Spielzeuge, Hosenträgern, Kohlen, Obst, Pappwaren, Sägen, leinenen Strümpfen, ordinärem Wande, Theer, irdenen Töpfen und einzelnen Waaren. Diese Artikel dürfen jedoch nur durch die Höher von Detailhändlern der höhern Classe eingekauft und nur in geringem Umfange für Pennige und Groschen wieder verkauft werden; wenn der Ankauf von Kaufleuten en Gros oder aus den Fabriken und aus der ersten Hand überhaupt geschieht, so sind die handeltreibenden Personen nicht mehr als Höher zu betrachten, sondern müssen die Steuerpunkte einer angemessenen höhern Classe bezahlen.

2) Eine Ausdehnung des vorgeachten Handels auf kurze Waaren, Victualien, Getreidewaaren, Fische, Hülsenfrüchte, Taback, Pottasche, Essig, Bier, Branntwein, Mehl, Lichte, Seife, rohe Häute oder Felle, Sämerei, Siegellack, Wachslichte und Garnsammlerhandel kann nur gegen Bezahlung des Steuerfazes der vierten Classe gestattet werden.

3) Hat der Handel mehr Umfang und erstreckt sich auf Del, Seilerwaaren, Barometer, Landcharten, Brillen, Backsteine, Chocolate, Flachs, Gips, Kalk, Harz, optische, physikalische, mathematische und chirurgische Instrumente, so muß die Gewerbesteuer der dritten Classe entrichtet werden, welchem Steuerfaze auch die Mäler für den Mehlhandel unterworfen sind; wer Kleinigkeiten von Gewürz verkauft, zahlt zwar auch nur in der dritten Classe, doch müssen

4) die

4) die Kaufleute, welche mit Gewürz und Materialwaaren, oder Band, Lächern, Fayance, Porcellain, Farbekräutern, gemalten Federn, weißen Glaswaaren, Wein, Rum und sonstigen geistigen Getränken, Krannäblerwaaren, Kesseln, Kupferstichen, künstlichen Blumen, Knöpfen, Leder, Pelzwerk, Parfümerien, Schirmen und Tork handeln, den Steuersatz der zweiten Classe zahlen und die Handlung erlernt oder die Qualification als Kaufleute erwiesen haben, insofern sie erst solchen Handel anfangen wollen und einen Gewerbeschein dieser oder der ersten Classe noch nicht gehabt haben; doch kann die Ergänzung dieser Erfordernisse von den, bisher mit Gewerbescheinen bereits versehenen Handeltreibenden, nicht gefordert werden, welches Alles denn auch von der ersten Steuerklasse

5) den Kaufleuten gilt, welche mit Ellen-Schnitt-Modewaaren, Garn, Spitzen, Gold- und Silbersachen handeln.

Es wird noch bemerkt, daß, da es nicht möglich ist, alle Handelsartikel eines Kaufmanns in dem Gewerbescheine zu bemerken, nur allein der Steuersatz als Norm angesehen werden kann, wonach der Kaufmann sub 1 bis 5 mit allen Artikeln, welche sub 1 bis 5 aufgeführt sind, handeln darf, ohne mehr als den Steuersatz der ersten Classe zu zahlen und so abwärts der Kaufmann sub 4 mit allen Artikeln sub 1 bis 4, der Handelsmann sub 3 mit den von sub 1 bis 3 und der Handelsmann sub 2 mit den sub 1 und 2 genannten Artikeln; daß aber für andere Handelsartikel, für Großhandel, Commissionshandel und dergleichen eine besondere Steuer nach dem Umfange des Handels, welchen die Kr. Ger. künftig, insofern derselbe bekannt ist, in den Verzeichnissen der gewerbetreibenden Personen bemerklich zu machen haben, entrichtet werden muß.

Instruction für die Schaafzähler.

§. 1. Die Schaafzähler werden beauftragt, zufolge ihres geleisteten Eides, die Schaafe der ihnen angewiesenen Ortschaften und Schäferereien genau zu zählen und alle ersinnliche Aufmerksamkeit und Sorgfalt anzuwenden, die wahre Anzahl der baselbst vorhandenen Schaafe, sowohl der alten als der jungen, also auch der Lämmer, vollständig zu erforschen.

§. 2. Sie müssen zu diesem Ende im Monate Mai, wenn sie von dem Rechnungsführer des Schaaffschazes aufgefordert werden, sich nach den Orten unvermuthet und ohne es vorher kund werden zu lassen, und ohne Aufsehen zu machen, in der Stille hinverfügen, entweder des Morgens früh, wenn die Schaafe noch in den Hürden liegen, oder des Abends, wenn solche in die Hürden getrieben sind und alsdann sofort, da das Zählen der Schaafe im freien Felde oder auf der Weide nicht söglich geschehen und mit Sicherheit verrichtet werden kann, in Gegenwart des Hirten und wo möglich des Schäfererihern selbst, die in den Hürden befindlichen Schaafe, Stück für Stück, durch eine kleine Oeffnung der Hürde oder, wenn die Schaafe in Ställen sind, durch die Thür einzeln hinauslassen und Stück für Stück zählen, jedoch Verletzungen derselben verhüten, auch dabei Acht geben, daß keine Schaafe aus andern Oeffnungen und Thüren entkommen.

§. 3. Sie müssen also schon vorher, ohne daß die Schäfer oder Schäferei-Inhaber es gewahr werden, Kunde einziehen, in welchem Felde oder in welcher Gegend der Feldmark die Hürden stehen, und wo sonst Schaafe in Ställen, Häusern und Weiden befindlich sind.

§. 4. Außer diesem müssen sie sich bei den Ortsvorstehern, Bauermeistern oder anderen vertrauten Leuten erkundigen, welche Einwohner Schaafe halten, wie viel Jeder hat und wo sich solche befinden, um die etwa versteckten und verheimlichten Schaafe zu entdecken; besonders müssen sie zu erfahren suchen, ob und wie viel Schaafe die Prediger und Schullehrer halten, bezugleich ob und wie viel Schaafe Jemand durchgewintert und kürzlich — vor dem Termine der Schaaffschätzbeschreibung, — um solche dem Schatze zu entziehen, verkauft oder ins Ausland in die Weide gethan habe.

§. 5. Nach vollbrachter Zählung der Heerde müssen sie sogleich die gefundene Anzahl der Schaafe in das bei sich führende Protokoll, wovon ein Schema hiet angeschlossen ist, in Gegenwart der Schäfer oder der Schaafehaltenden schreiben, solches auch von denselben unterschreiben lassen und sodann das Protokoll mit ihrer Namensunterschrift und genauer Bemerkung des Orts und des Tages an den mit der Aufnahme der Schaaffschätzbeschreibung beauftragten Commissarius abliefern.

§. 6. Es ist folglich ihre Pflicht und die Hauptsache ihres Geschäfts, die vorgefundenen Schaafe, kein einziges ausgenommen, genau zu zählen und die Anzahl derselben richtig niederzuschreiben, ohne sich im geringsten darin irre oder wankelhaft machen zu lassen oder bei Ausrichtung ihres Geschäfts Bewirthung an Getränken und Speisen, am wenigsten an Branntwein u., noch weniger Geld oder sonst etwas anzunehmen, so lieb ihnen ihre Ehre und Dienst ist. Sie haben zwar die etwa vorgebrachten Ausreden, Einwendungen, Vorwände und Ausflüchte der Schäfer und Schaafehaltenden zu bemerken, jedoch sich darüber keineswegs in Erörterungen einzulassen, sondern die vorgefundene Anzahl anzuschreiben.

§. 7. Uebrigens haben sie sich gegen die Schäfer, Schaafehaltenden und Jedermann bescheiden und geziemend, wie auch überhaupt anständig zu verhalten, unnöthigen Wortwechsel und alles Gezänke zu vermeiden, auch sonst gegen Niemanden von der Sache zu reden oder zu offenbaren und, wo ihnen etwa Hindernisse in den Weg gelegt oder Ungebührlichkeiten bewiesen werden, solches ohne weitem Disput der Ortsobrigkeit anzuzeigen.

Es ist nicht alle Jahre thunlich und möglich, in allen Dörtern und alle Schäfereien nachzählen zu lassen, auch ist solches nicht allemal durchaus nothwendig, wenn man die Declarationen richtig findet; jedoch ist es erforderlich, wo sich Verdacht von falscher Angabe des Schaafeviehes zeigt und wo man Unrichtigkeiten in den Declarationen findet oder vermuthet.

Die Schaafezähler haben also von dem mit der Aufnahme der Schaaffschätz-Be-

Steuern, Rescripte.

435

Schreibung beauftragten Commissario Instruction zu erwarten, an welchen Orten eine Nachzählung besonders erforderlich ist.

Braunschweig, den 20. April 1819.

Fürstl. Braunsch. Lüneb. Kammer-Collegium.

S c h e m a.

Protokoll der Schaafzähler.

Wir unterschriebenen Schaafzähler haben gezählt:

am	ten	181	zu N. N.	
		bei dem Schäfer N. N.		Stück
am	ten	181	zu N. N.	
		bei dem Schäfer N. N.		
eodem daselbst bei dem Schäfer N. N.				
p. p.				

N. N.

N. N.

Resc. f. R. C. v. 20. April 1819.

Um den bei den Kreissassen angestellten Executoren, deren größter Theil seit längerer Zeit sich über unzureichenden Verdienst beschwert hat, Gelegenheit zu einigem Nebenverdienste zu verschaffen, ist dato an die f. Kr. Ger. die Verfügung erlassen, daß überall, wo es thunlich, diese Officianten zu passenden, von den Kr. Ger. abhängigen Dienstverrichtungen, z. B. des Einsammelns der Schulgelber und der rückständigen Gemeindegelder abhildirt werden sollen. Zu gleichem Behufe wird es dienen, wenn die Kreiseinnehmer, um besagten Executoren bei Eintreibung der Steuer-Rückstände eine Erleichterung ihrer Nahrung zu verschaffen, da, wo bisher es noch nicht geschehen sein sollte, denselben die Restanten-Extracte in der Regel für eine ganze Gegend auf einmal zur Weitreibung übergeben, welche Verfahrensweise also in der Folge da, wo es thunlich ist, zu beobachten haben.

Um indessen den, Eingangs gedachten, Beschwerden über Unzulänglichkeit des Verdienstes noch wirksamer zu begegnen, ist mittelst höchsten Rescripts vom 18. Febr. 1819 verfügt, daß den Executoren, jedoch bis auf Weiteres und mit ausdrücklichem Vorbehalte anderweitiger Verfügung, wenn die Umstände solche erfordern sollten, das von den vormaligen landshafthl. Executoren besorgte Nachzählen der Schaafe, behuf Controlirung des Schaaffschages, übertragen werden soll, und zwar gegen den Genuß eines Viertheils der einzuziehenden Strafgelber für die bei der jährlichen Beschreibung nicht angegebenen steuerbaren Schaafe. Die Kreiseinnehmer haben daher den ihnen untergeordneten Executoren vorstehende, zu ihrem Besten getroffene Anordnung, bekannt zu machen, denselben

die anliegende Instruction über ihr Verhalten bei dem Geschäfte des Nachzählens der Schaafe zuzustellen und sie, behuf der vorzunehmenden Beeidigung, an das nächste f. Kr. Ger. zu verweisen, wohin die nöthige Verfügung erlassen ist.

Resc. f. C. v. 15. Mai 1819.

f. Kr. Ger. wird aus der Anlage ersehen, was wegen der Erhebung der Exemtensteuer zu $1\frac{1}{2}$ Simplis contributionis von den Kirchen hiesigen Landes an die Generalsuperintendenten und übrigen geistlichen Behörden unterm 15. Mai 1819 erlassen ist.

f. Conf. vertraut zu den Kr. Ger., dieselben werden den Predigern in Rücksicht der unter Nd. 2 und 4 bemerkten Mittheilung der Steuer-Rollen vom Jahre 1807 und nöthigenfalls Bestimmung der Steuerbeiträge der Kirchen, nach den darüber gegebenen Vorschriften, mit aller thunlichen Genauigkeit und ohne Aufschub förderfamlich sein, und, wie f. Conf. übrigens das gedruckte Ausschreiben vom 23. Sept. 1807, die den Kirchen auferlegte Bezahlung von $1\frac{1}{2}$ Simplis contributionis betreffend, wegen Mangel an Exemplaren im Consistorial-Archiv, hier nicht besonders beifügen kann, so sind die Generalsuperintendenten u. zugleich angewiesen, dasselbe, so wie das angeführte Schreiben des f. R. C. vom 16. April 1819, den f. Kr. Ger. auf deren Verlangen zum Durchsehen mitzutheilen.

Ausschreiben f. C. v. 15. Mai 1819.

Es ist vorgekommen, daß bei den Steueransätzen der Kirchen in den Bezirken mehrerer vormaliger Aemter hiesigen Landes zu der unter dem 15. Juli 1807 höchsten Orts ausgeschriebenen Exemtensteuer von $1\frac{1}{2}$ Simplis contributionis Unbestimmtheit und Unrichtigkeiten, auch Mangel an gehöriger Ordnung in der Erhebung der Steuer und an zeitiger Kenntniß der Rechnungsführer vom Betrage herrsche, wodurch denn hin und wieder eine unverschuldete Verspätung in deren Berichtigung und den Kirchencassen unnöthige beschwerende Executionsgebühren veranlaßt worden.

Um diesem Uebel abzuhelpen, ist f. R. C. ersucht zu verfügen, daß für jede einzelne steuerpflichtige Kirche dem Rechnungsführer derselben eine gedruckte und gehörig ausgefüllte besondere Steuer-Rolle, in glaubhafter Form, zur Nachricht und Nachachtung vom competenten Kr. Ger. zeitig genug zugefertigt werde. f. Conf. hat jedoch darauf vom gedachten Collegio das abschriftlich anliegende Antwortschreiben vom 16. April 1819 erhalten, worin darauf angetragen ist, daß f. Conf. seiner Seits die im Jahr 1807 von den weltlichen Kirchen-Visitatoren bestimmten Contributions-Quanta selbst ausmitteln und die, behuf solcher Ausmittlung oder, im äußersten Falle, einer neuen vorschriftsmäßigen Steueranlage nöthigen Nachrichten einziehen möchte.

1) Dem zufolge haben nun die Generalsuperintendenten von den Superintenden ten ihrer Generalinspection und durch diese von den Predigern und anderen Kirchen-Rechnungsführern ihrer Specialinspection baldigst sich anzeigen zu lassen, ob wegen der $1\frac{1}{2}$ Simplorum contributionis von den Kirchen, deren Vermögen sie verwalten, etwa Zwei-

fel und Unbestimmtheit herrschen oder nicht (wie z. B. wegen der Kirchen im vormaligen Amte Satzdhalm die Sache bereits regulirt ist); auch im ersten Falle

2) denselben aufzugeben, die competenten f. Kr. Ger. um Mittheilung der im Jahre 1807 gefertigten Steuer-Kollen, so viel die Kirchen betrifft, zu ersuchen, wozu auch die f. Kr. Ger. unterm 15. Mai 1819 durch ein Aus Schreiben gleichfalls aufgefordert sind, in dem Falle aber, wenn wider Verhoffen auf diesem Wege die einzelnen Steueransätze nicht sollten auszumitteln stehen,

3) die Superintenden ten anzuweisen, die Contributionsbeiträge jeder einzelnen Kirche aus den Rechnungen derselben von den Jahren 1807 und 1808 zu erforschen und danach genau anzugeben und endlich, in etwaiger Ermangelung hinlänglicher Nachweisung,

4) sie ferner anzuweisen, in Gemäßheit des gedruckten Aus Schreibens vom 23. Sept. 1807, die den Kirchen auferlegte Bezahlung der $1\frac{1}{2}$ Simplorum contributionis betreffend, wovon einige Exemplare, auch um dasselbe nebst dem copeilich anliegenden Schreiben des f. R. E. vom 16. April 1819 den competenten f. Kr. Ger. auf ihr Verlangen zum Durchsehen mitzutheilen, hiebei erfolgen:

a) die freie Pachtländerei der Kirchen nach Morgen- und Ruthenzahl,

b) die unveränderliche jährliche Einnahme von Grundstücken, als Land- Wiesen- Garten- und Hofzins,

c) die den Kirchen etwa gebührenden Naturalzehnten und

d) die Natural-Korngefälle, als Meier- und andere Kornzinse der Kirchen, unverzüglich den competenten f. Kr. Ger. genau anzuzeigen und dieselben um verordnungsmäßige Bestimmung der Steuer für jede Kirche nach solcher Anzeige und um Benachrichtigung des Superintenden ten von deren Beträge zu ersuchen, und darauf

5) die von den Superintenden ten ihrer Generalinspection und durch diese von den sämtlichen Predigern und übrigen Kirchenrechnungsführern ihrer Specialinspection, so wie da, wo es nöthig ist, von den f. Kr. Ger. eingeholten Nachrichten und Bemerkungen, sobald es irgend thünlich ist, mit Berichte, welcher sich auf sämtliche Kirchen in der ihnen anvertrauten Generalinspection erstrecken muß, einzusenden, worauf f. Conf. sodann dem f. R. E. das Nöthige, behuf völliger Regulirung und Bestimmung der gedachten Steuer, wird zugehen lassen.

Resc. f. R. E. v. 29. Mai 1819.

Auf den Antrag verschiedener Kr. Ger. haben bisher mehrere Personen Gewerbe-scheine zur Betreibung von Commissions-Geschäften erhalten, deren Qualification dazu zuvor nicht gehörig geprüft zu sein scheint.

Wenn gleich solche Personen durch diese Gewerbescheine nur zu den rein com-mersialen Commissions-Geschäften habilitirt werden können, so haben sie sich doch mit dem Kaufe und Verkaufe von Grundstücken, An- und Ausleihe von Capitalen und mit der Abschließung von Contracten überhaupt befaßt, ohne die dazu erforderlichen juris-

stischen Kenntnisse zu besitzen. Sie haben sogar in einzelnen Fällen bloß ihres Gewinns wegen unkundige Personen zu Verträgen verleitet, welche gesetzlich nicht haben bestehen können.

Um den Nachtheilen vorzubeugen, welche für die Contrahenten fast immer daraus entstanden sind, sollen für die Zukunft, einer höchsten Vorschrift vom 24. Mai 1819 zufolge, Gewerbescheine zur Betreibung von Commissions-Geschäften für das platte Land und die Landstädte gar nicht mehr ertheilt werden, welches zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht wird.

* Die Erfahrung hat ferner gezeigt, daß manche polizeiliche Inconvenienzen daraus entstanden sind, daß die Ertheilung von Gewerbescheinen zum Marionetten- und Orgelspieler u., so wie auch zum Hausirhandel mit solchen Artikeln, welche von dem durch die höchste Verordnung vom 16. Januar 1814 ergangenen allgemeinen Verbote des Hausirhandels, durch die Bekanntmachungen vom 7. und 14. März 1814, erimirt sind, für Subjecte vorgeschlagen ist, die sich in polizeilicher Hinsicht nicht dazu qualificirt haben.

Die Kr. Ger. werden demnach veranlaßt, künftig bei ihren Vorschlägen zu der Ertheilung von Gewerbescheinen, nicht allein in Betreff der vorgedachten Gewerbe mit möglichster Sorgfalt zu verfahren, sondern auch genau darauf zu halten, daß Personen, welche Gewerbe, worauf sie mit Gewerbescheinen bisher noch nicht versehen gewesen sind, neu anfangen wollen, nach Maßgabe der gedachten Verordnung vom 16. Januar 1814 ihre Geschicklichkeit genägend erweisen oder, wenn eigentliche Geschicklichkeitsproben nach Beschaffenheit der Gewerbe sich nicht ablegen lassen, daß die sich meldenden Personen nur sonst ihre Qualifikation darthun.

Uebrigens wird noch bemerkt, daß bei Ablegung der Geschicklichkeitsproben solche Gebräuche der vormaligen Gilden, welche zu mißbilligen sind, eben sowohl vermieden werden müssen, als unnöthiger Kostenaufwand.

Resc. f. R. E. v. 20. September 1819.

Durch die landesherrl. Verordnung vom 16. Januar 1814 ist der Hausirhandel im Allgemeinen verboten; auch sind unter denjenigen Handelsartikeln, für welche nach den Bekanntmachungen vom 7. und 14. März 1814 der Hausirhandel als Ausnahme, wenn keine besondere Bedenken dagegen obwalten, gestattet werden kann, die Schnittwaaren nicht mit begriffen.

Der Verkauf von Schnittwaaren im Kleinen nach Proben im Hausiren ist dem Hausirhandel, welcher bei dem Herumtragen dieser Waaren selbst betrieben wird, nicht allein gleich zu achten, sondern desto schädlicher, je weniger er mit Schwierigkeiten verbunden ist und leichter verheimlicht werden kann.

Die bestehende Einrichtung, nach welcher größere Handlungshäuser eigene Commis reisen lassen, kann nur auf die Abschließung von Handelsgeschäften im Großen, Eincasirung von Geldern u. Bezug haben und wird ebenfalls nicht zu dulden sein, wenn sie

in den Verkauf en detail nach Proben von nicht erzinnten Artikeln, mithin in Hausirhandel ausarten.

Ferner sind nach dem Artikel 20 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 12. Febr. 1810 die Gewerbescheine personell und können von den Inhabern nicht auf andere Personen extendirt werden, so wie nach dem Artikel 31 desselben Gesetzes Abschriften der Gewerbescheine behuf des Hausirhandels nicht ertheilt werden dürfen; mithin können die Gehilfen der quaest. Kaufleute sich zu dem im Hausiren betriebenen Verkaufe von Schnittwaaren nach Proben auch nicht legitimiren.

Unter diesen Gründen kann also der in Rede stehende Verkauf von Schnittwaaren nach Proben nicht gestattet werden.

Resc. f. R. E. v. 15. November 1819.

Für die Gewerbetreibenden entsteht oft Nachtheil, wenn die Gewerbescheine nicht gleich im Anfange des neuen Jahrs ausgegeben werden können, besonders aber macht die Anfertigung der neuen Personalsteuer-Rollen die zeitige Aufstellung der Gewerbesteuer-Etats für das künftige Jahr nöthig und werden die Kr. Ger. angewiesen, das Verzeichniß der sämmtlichen für das Jahr 1820 gewerbesteuerpflichtigen Personen nach Maßgabe der auch hiebei in allen Punkten zu befolgenden Instruction f. R. E. vom 12. Dec. 1818 No. 26, 255 und mit Beachtung der den f. Kr. Ger. nachher etwa deshalb zugegangenen Erläuterungen, anzufertigen und, sobald als möglich, jedoch längstens binnen 4 Wochen einzusenden.

Ferner ist nöthig bei Anfertigung der Gewerbesteuer-Verzeichnisse noch Folgendes zu beachten:

1) bei den Viehhändlern muß die Stückzahl und Gattung ihres Viehes angegeben werden, auch ob dieses im Hause oder auf Märkten zum Handel aufgestellt wird, damit hiernach das Nöthige in den Gewerbescheinen bemerkt und danach die Steuer regulirt werden kann;

2) f. R. E. hat bemerkt, daß bisher einige Etats nach alphabetischer Reihenfolge der Gewerbe angefertigt gewesen sind.

Dieses ist nicht zweckmäßig und den Steuerpflichtigen dadurch nachtheilig, daß die Vortheile, die der Art. 16 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 12. Febr. 1810 ergiebt, nicht angewendet werden können, vielmehr doppelte Besteuerung dadurch veranlaßt wird.

Es sind daher die Gewerbetreibenden nach alphabetischer Ordnung der Namen, oder auch nach den Brand-Affecurations-Nummern, auf jeden Fall aber so anzufertigen, daß der Name des Steuerpflichtigen nur einmal vorkommt und dessen sämmtliche Gewerbe also bei diesem gleich ersichtlich werden.

Es versteht sich dabei von selbst, daß Nebengewerbe, die nicht mit dem Hauptgewerbe in unzertrennlicher Verbindung stehen, unter einer besondern Ordnungsnummer, wobei statt des Namens „derselbe“ zu setzen ist, besonders aufgeführt werden müssen. Uebrigens ist zur Erhaltung der Ordnung der Acten und zur schnellern Beförderung der

Geschäfte erforderlich, daß über jede einzelne für sich bestehende Sache besonders berichtet werde, welches auch bei der Gewerbesteuer-Veranlagung nothwendig ist. Wenn die Kr. Ger. daher in ihren Verzeichnissen (welche aus den verschiedenen Etats der Ortsvorsteher zusammengestellt werden) wie bisher die in Betreff der Anfertigung der Rollen, Ausfertigung der Gewerbescheine und Normirung der Steuersätze zur Erläuterung dienenden Bemerkungen machen, so muß doch in den Fällen, wo diese Bemerkungen nicht bloß eine Erläuterung oder gutachtliche Äußerung wegen des Steueransatzes enthalten, noch besonders berichtet werden. Dergleichen Fälle kommen am meisten bei dem Ansätze neuer Gewerbetreibenden und in Beziehung auf die Befugnisse der übrigen vor. Der Inhalt des Berichts, womit der Etat begleitet wird, muß sich in der Regel auf die in der Instruction vom 12. Dec. 1818 gebachten Gegenstände und namentlich auf eine Nachweisung der darin sub No. 3 erwähnten Gewerbetreibenden beschränken, in welcher letztern Hinsicht nur noch bemerkt wird, daß keine gewerbetreibende Personen von der Gewerbesteuer befreiet sind, für welche diese Befreiung durch eigene Verfügungen nicht deutlich ausgesprochen ist.

Nochmals werden die Kr. Ger. darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorschläge zur Ertheilung von Gewerbescheinen auf den Hausirhandel mit den durch die Bekanntmachung vom 7. und 14. März 1814 von dem allgemeinen Verbote erimierten Artikeln mit der größten Vorsicht und nur dann gemacht werden dürfen, wenn solcher Hausirhandel zum Besten des Publicums gereicht oder die betreffenden Personen sich auf gar keine andere Art ernähren können und in polizeilicher Hinsicht durchaus nichts gegen sie zu erinnern ist.

Die dem Haupt-Etat folgenden 4 Supplementair-Etats, welche jedesmal 14 Tage vor Ablauf des betreffenden Quartals eingesandt werden müssen, sind übrigens keine Mutations- sondern nur Zugangs-Etats. Es dürfen daher nur die zur Erwirkung der pro rata Zahlung nach Art. 4 des vorgedachten Gesetzes erforderlichen Atteste darin bemerkt werden, die Gutachten über Concessionsgesuche, Reclamationen oder Ermäßigungs-gesuche aber darin so wenig, als in dem Begleitungsberichte, angebracht werden.

Bekanntmachung f. K. C. v. 10. März 1820.

In Folge eines höchsten Rescripts vom 18. Juli 1817 ist durch eine Bekanntmachung f. Kammer in dem 66, 67 und 68ten Stücke der braunschw. Anzeigen des Jahrs 1817, unter dem 16. August desselben Jahrs neben der Benennung der bestehenden Gränzpässe im Lande Folgendes festgesetzt worden:

(No. 1 ist nicht mit abgedruckt.)

2) Die Fuhrleute und alle diejenigen, welche Waaren aus dem Auslande einbringen, es sei zum Ein- oder Durchgang, haben solche allein auf den Hauptheerstraßen und nicht auf Nebenwegen einzuführen, sich bei der Einföhrung bei dem nächsten Gränzpasse zu melden, die Waaren zur Revision vorzuführen, den Ort der Bestimmung im Einlande, oder rückfichtlich der Durchfuhr ins Ausland anzugeben, daselbst einen Ein-

gangs-

gangsschein, welcher ihnen unentgeltlich ertheilt wird, zu entnehmen, sich mit der Ladung oder den Waaren auf den großen Heerstraßen zu halten, den erhaltenen Eingangsschein auf allen zu passirenden Zöllen zur Attestirung vorzulegen und ihn rücksichtlich bei der für den Ort der Bestimmung angeordneten Accise-Receptur, wo die Waaren zugleich revidirt werden müssen, oder bei den durchgehenden Waaren auf dem letzten Gränzpasse abzugeben, bei der Vermeidung der auf dem Eingangsscheine bemerkten Strafe von 10 Rthlr.

3) Ohne specielle Erlaubniß der Accisebehörden und ohne vorgängige Declaration der Waaren ist alle Abladung derselben an irgend einem Orte im Lande, die Waaren mögen für das Einland oder zur Durchfuhr nach dem Auslande bestimmt sein, bei den auf die Accise-Defraudationen verordneten Strafen verboten. Sollte ein eingetretener Unglücksfall die Abladung vor der ausgewirkten Erlaubniß und Declaration unvermeidlich erfordern, so ist davon unverzüglich nach geschehener Abladung bei der nächsten Accise-Receptur Anzeige zu machen und deren Verfügung zu gewärtigen, widrigenfalls die so eben erwähnten Strafen eintreten.

Ob nun gleich die nöthigen Benachrichtigungs- und Warnungs-Zafeln an den Wegen, so wie an den Gränzpaß- und Zollhäusern angeheftet sind, so werden dennoch viele Waaren außer den Heerstraßen auf verbotenen Neben- und Schleichwegen mit Umgehung der Gränzpässe eingeführt, heimlich im Lande abgeladen und die Abgaben davon defraudirt.

Es sind daher zu mehrerer Aufsicht auf die Schleichwege und zur Verhütung und Entdeckung jener Mißbräuche Vorkehrungen getroffen und werden ferner noch eingerichtet werden, auch ist mit höchster Genehmigung verfügt worden, daß an den Orten, wo solches bisher noch nicht geschehen ist, für die Krüger, Krämer, Branntweinshändler und dergleichen Gewerbetreibende auf dem Lande besondere Bücher in der Art, wie solche ehemals Statt gefunden haben, eingeführt und darin die Vorräthe an accisbaren Gegenständen, so wie der von den Interessenten nachzuweisende und zu bescheinigende Zugang an solchen Gegenständen und der von ihnen anzugebende Abgang von den Accise-Officianten bei den Revisionen resp. eingetragen und abgeschrieben werden sollen, wobei es im Uebrigen bei der bestehenden Einrichtung wegen der Declaration der Waaren bei der betreffenden Accise-Receptur vor deren Abladung, der Vorführung derselben zur Revision und Bezahlung der Accise oder Vorzeigung des Passirzettels über die bereits bezahlte Accise sein fortbauernbes Bewenden behält.

Es wird demnach solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß und die obgedachte Bekanntmachung in Erinnerung gebracht, mit dem Bemerken, daß die Contravenienten und Defraudanten ohne alle Berücksichtigung zur gerichtlichen Untersuchung und Verurtheilung in die festgesetzten Strafen angemeldet werden sollen.

(Br. Anz. 1820 No. 23, 24.)

Resc. f. R. E. v. 10. März 1820.

Die wiederholten Beschwerden über die Accise-Defraudationen auf dem Lande, vorzüglich in bestimmten Gegenden, durch heimliche Einführung fremden Branntweins erfordern es, zur Verhütung und Entdeckung der Defrauden diejenigen Maßnehmungen anzuordnen, welche die gegenwärtigen Verhältnisse zulassen. Zu diesem Ende wird den Accise-Inspectoren hiedurch Folgendes eröffnet:

1) Vor allen Dingen sind die Acciseaufseher an die ihnen durch die Instruction auferlegten Dienstpflichten ernstlich zu erinnern, insbesondere ist ihnen die fleißigste Vereisung ihrer Aufsichts-Bezirke, die genaueste Beachtung der Heerstraßen sowohl als vorzüglich der Neben- und solcher verbotenen Wege, auf welchen die heimlichen Einschleppungen geschehen und die genaueste Controlirung der Kräger, Krämer und Branntweins Händler nachdrücklich einzuschärfen und sie anzuweisen, bei entstehendem Verdachte einer Defraude und wenn ihnen dergleichen hinterbracht wird, genaue jedoch vorsichtige Nachforschungen anzustellen, von dem, was sie desfalls in Erfahrung bringen, den Accise-Inspectoren möglichst schnell zur weiteren Instruction Nachricht zu ertheilen, auch über ihre Dienstverrichtungen das angeordnete Tagebuch zu führen und den Accise-Inspectoren solches von Zeit zu Zeit auf deren Verlangen zur Nachsicht und Prüfung vorzulegen.

Gleichermaßen sind

2) die Accise- und Zolleinnehmer, wie auch die Paßschreiber gemessenst aufzufordern, auf die Defraudationen zu achten und den Acciseaufsehern, welchen sie von dem, was sie davon in Erfahrung bringen, Nachricht zu geben haben, hierunter zu Hilfe zu kommen und sich die Befolgung der Instruction angelegen sein zu lassen.

3) Sind an den Orten, wo solches noch nicht geschehen ist, bei den Krägern, Branntweinshändlern und denen, welche mit accisbaren Waaren handeln und Verkehr treiben, besondere Bücher einzuführen, worin der Vorrath der Waaren einzuschreiben und der jedesmalige Zugang einzutragen, der Abgang aber abzusetzen und sodann die Revision der Vorräthe vorzunehmen ist. Die Eintragungen geschehen von den Accisofficianten unter Anführung des Datums mit seiner und des Gewerbetreibenden Unterschriften, nach der Angabe des letzteren, wobei jener sich bei der jedesmaligen Revision die Bescheinigungen über den Zugang vorlegen zu lassen und solche nach befundener Richtigkeit dem Eigenthümer zurückzustellen, ihm auch das Buch zur Aufbewahrung einzuhandigen hat. Treten Differenzen ein, so hat er das Buch an sich zu behalten und dem Accise-Inspector solches mit einer Anzeige von der Sache zur weiteren Verfügung sofort zugehen zu lassen.

4) Soll diese Verfügung zur Nachricht der Interessenten von Seiten f. Kammer öffentlich bekannt gemacht, auch dasjenige, was bereits früherhin wegen Einführung ausländischer Gegenstände auf den großen Heerstraßen, Anmeldung auf den Gränzpässen und wegen des Verbots der Abladung ohne Declaration, wobei es bei der in einigen Fällen erteilten Erlaubniß der Umladungen sein Bewenden behält, in Erinnerung gebracht werden.

5) Höchsten Orts ist genehmigt worden, daß die Husaren und Fußjäger bei der Verhütung und Entdeckung der Defraudationen thunlichst und so viel solches ohne Nachtheil für ihre übrigen Dienstverrichtungen geschehen kann, mitwirken und sollen deshalb Vorschläge geschehen.

F. R. E. beauftragt nun die Accise-Inspectoren, die Aufseher, Einnnehmer und Paßschreiber von dem, was ad No. 1, 2 und 3 bemerkt worden, in Kenntniß zu setzen.

Resc. f. R. E. v. 31. Januar 1821.

Bei den Häuslingen, welche in solcher Qualität in den Häuslingsverzeichnissen als Hauswirthe aufgeführt sind, sind die Häuser mit ihren Brandversicherungs-Nummern anzugeben; zugleich haben die Kr. Ger. auch den Ab- und Zugang der Häuslinge besonders bemerken zu lassen und die Verzeichnisse, welche zu einer besondern Receptur gehören, jedesmal mit einem besondern Berichte begleitet einzusenden.

Resc. f. R. E. v. 11. Februar 1821.

In Beziehung auf die Verfügung f. R. E. vom 28. Decbr. 1820 wird bekannt gemacht, daß zufolge einer allerhöchsten Bestimmung vom 30. Januar 1821, vom laufenden Jahre an, der Handel mit in- und ausländischen Eisen, mit alleiniger Ausnahme der sogenannten blanken, schneidenden und kurzen Eisenwaaren, in den hiesigen gesammten Landen nur den f. Eisenfactoren oder solchen Personen gestattet sein soll, welche mit besondern Concessionen darauf versehen sind.

Dieses und daß diejenigen Personen, von welchen der Eisenhandel bisher auf Gewerbescheine betrieben ist, sich binnen hier und drei Monaten ihrer Eisen-Vorräthe zu entledigen und nach Ablauf dieser Frist, wenn sie bis dahin nicht die erforderliche besondere Concession erhalten haben sollten, sich des ferneren Eisenhandels bei angemessener Strafe zu enthalten haben, wird hiemit öffentlich bekannt gemacht, indem die Erlaubniß zum Eisenhandel von den Befugnissen, welche durch die Einlösung von Gewerbescheinen auf den Groß- und Kleinhandel erlangt werden, ausdrücklich ausgeschlossen ist.

Die f. Kr. Ger. werden indessen beauftragt, an die Personen, welche diese Maßregel trifft, das Nöthige noch insbesondere ergehen zu lassen.

(Br. Anz. 1821 No. 15.)

Resc. f. R. E. v. 11. Februar 1821.

Da einer allerhöchsten Vorschrift zufolge der Auf- Vor- und Verkauf der rohen Felle in den hiesigen Landen, vom laufenden Jahre an, nur auf besondere, für diesen Gewerbezweig eigenda unter gewissen Bedingungen einzulösende Gewerbescheine gestattet sein soll, so wird solches hierdurch bekannt gemacht, indem die Erlaubniß zu solchem Auf- und Verkaufe der rohen Felle von den Befugnissen, welche durch die Einlösung der Gewerbescheine auf den Groß- und Kleinhandel überhaupt erlangt werden, hiemit ausdrücklich ausgeschlossen wird.

Diejenigen Personen, welche besondere Gewerbescheine auf den Auf- und Verkauf

der rohen Häute zu erhalten wünschen, haben sich zu dem Ende bei ihren Behörden zu melden und sodann wegen der zu übernehmenden Bedingungen das Weitere zu vernehmen.

(Br. Anz. 1821 No. 15. Vergl. Resc. vom 1. Nov. 1816 Art. Polizei und Verwaltung.)

Resc. f. R. E. v. 11. August 1821.

Da vorgekommen, daß die verordnete Accisefreiheit der in das hiesige Land eingehenden hannoverschen Berg- und Hüttenproducte, wenn Ursprungsatteste producirt werden, auch auf das Glas von hannoverschen Glashütten angewendet worden, Glas aber keineswegs unter Hüttenproducten begriffen ist, so werden die Accise-Inspectoren damit beauftragt, die Accise-Receptionen ihres Districts aufmerksam darauf zu machen und sie anzuweisen, von dergleichen Glase die in dem der höchsten Verordnung vom 28. April 1815 angehängten Tarife für die Landstädte und das platte Land vorgeschriebene Accise vom Glase einzufordern und zu berechnen.

Resc. f. R. E. v. 21. December 1821.

Die mit dem 1. Januar k. J. in Kraft tretende allerhöchste Verordn. vom 29. Oct. d. J., die Stempelsteuer betreffend, macht die Einziehung derjenigen Sportelpapiere, welche nach dem bisherigen Stempelsteuer-Gesetze vom 28. Juni 1812 mit der Stempelsteuer versehen sind, und die Anfertigung neuer Sportelpapier-Sorten nothwendig.

Es wird bemerkt gemacht, daß die Sporteln künftig in die f. Kammercasse, wie bisher, fließen, die Stempelsteuer aber an die Landessteuer-Casse abgeliefert werden muß und dieserhalb darauf zu sehen ist, daß der Betrag des Einen oder Andern, der Vorschrift gemäß, genommen werde, da es nicht genügt, den Gesamtbetrag in der einen oder andern Art zu cassiren.

Insofern die f. Kr. Ger. die mit und ohne Stempelsteuer benöthigten Gerichtsportel-Papiere von den Stempeldistributionen auf Credit entnehmen, erfordert die Controle gegen den Rechnungsführer und die solcherhalb angeordnete Revision der Materialbestände, daß dieselben ferner, wie zeither, spätestens am 10ten jeden Monats, die erhobenen Gerichtsporteln und Stempelsteuer von dem vorhergehenden Monate dahin abliefern und die monatlichen Extracte nebst der Quittung des Rechnungsführers sofort anhero einsenden.

Resc. f. R. E. v. 10. Januar 1822.

Da nach bekannten allerhöchsten Verordnungen von den indirecten Steuern die Accise-Chauffregeld- und Stempelsteuer-Erhebung seit dem 1. Januar 1822 zum Ressort des L. Str. E. gehört und dahin sämtliche, darauf Bezug habende, bei f. R. E. ergangene Acten haben abgeliefert werden müssen, so werden die f. Kr. Ger. veranlaßt, die in dergleichen Sachen rückständigen oder zu erstattenden Berichte dahin gelangen zu lassen.

Rücksichtlich der Gerichtsporteln verbleibt es bei den erlassenen Verfügungen, wonach diejenigen f. Ger., welche dergleichen Papiere von den Stempeldistributionen

auf Credit entnehmen, die Debits-Extracte ferner, wie bisher, monatlich an f. R. E. einzufenden haben.

Resc. f. R. E. v. 17. Januar 1822.

Nach dem §. 13 der Verordnung vom 29. Oct. 1821, die Gewerbesteuer betriff, soll die Veranlagung zu der Gewerbesteuer in solchen Verzeichnissen durch die Ortsobrigkeit der Steuerpflichtigen geschehen. Auch soll nach dem §. 15 für die in dem Tarife nicht genannten Gewerbe, wenn sie nicht ausdrücklich befreit sind, eine nach Verhältniß der benannten Gewerbe zu bestimmende Steuer angesetzt werden. Da die nach folgenden Gewerbe solche sind, deren in dem Tarife nicht gedacht ist, so wird den Gerichten bekannt gemacht, daß, der Gleichförmigkeit wegen, die neben denselben genannten Steuersätze dafür anzunehmen sind:

A. außer Classe, nach dem Umfange des Gewerbes:

- 1) Mischensammler wie Hausirer von 1 bis 6 Rthlr.
 - 2) Wollkämmer, desgl. 1 — 6 —
 - 3) Gipsbüstenverfertigung und Handel damit 1 bis 5 Rthlr.
 - 4) Inhaber von Kalkbrennereien 2 — 6 —
 - 5) Pottaschensieder 2 — 6 —
 - 6) Hengstreiter, von jedem Beschäler 2 Rthlr.
 - 7) Pferdeleger und Fohlenreißer, wenn sie approbirt, aber nicht Thierärzte sind 3 bis 10 Rthlr.
 - 8) Säge- Roß- und Lohmühlen, wie oberflächliche Mühlen.
 - 9) Siebmacher von 1 — 5 —
 - 10) Steinschneider = 3 — 10 —
 - 11) Viehhändler, welche beständig Vieh bei sich zum Verkauf aufgestellt haben oder mit Viehkoppeln und Kristen die Viehmärkte beziehen 4 — 20 —
- und zwar nach der Anzahl und Qualität ihres Viehes mit folgenden Abstufungen:

für Pferde oder Kindvieh,
wenn die Viehhändler jährlich absetzen oder in Koppeln und Kristen zu Märkte bringen, 1 bis 10 Stück 4 Rthlr.
11 — 20 „ 6 —
21 — 30 „ 8 —
31 — 40 „ 10 —
41 — 50 „ 15 —
51 und darüber 20 —

für Schweine und Schaafe:

von 1 bis 50 Stück 4 Rthlr.
„ 51 — 100 „ 6 —

Steuern, Rescripte.

von 101 bis 150 Stück	8 Rthlr.
„ 151 — 200 „	10 —
„ 201 — 250 „	15 —
„ 251 und darüber	20 —

für Füllen, Kälber und Kinder:

von 1 bis 20 Stück	4 Rthlr.
„ 21 — 40 „	6 —
„ 41 — 60 „	8 —
„ 61 — 80 „	10 —
„ 81 — 100 „	15 —
„ 101 und darüber	20 —

für Lämmer und Ferkeln:

von 1 — 100 Stück	4 Rthlr.
„ 101 — 200 „	6 —
„ 201 — 300 „	8 —
„ 301 — 400 „	10 —
„ 401 — 500 „	15 —
„ 501 und darüber	20 —

- 12) Viehhändler, welche den Viehhandel nur im Kleinen betreiben und keine Viehmärkte besuchen, nach der Anzahl ihres Verkaufs, die Hälfte der obigen Sätze. (Vergl. Resc. h. R. v. 25. Febr. 1828.)

- 13) Für die Lotterie-Haupt-Collecteurs, welche nach dem gedachten Tarife mit 3 bis 6 Rthlr. zu besteuern sind, können nachstehende Abstufungen beachtet werden.

Wenn der jährliche Debit besteht:

in 1 bis 50 Loosen	3 Rthlr.
„ 51 — 100 „	4 —
„ 101 — 200 „	5 —
„ 201 und mehr	6 —

B. In den Classen:

- 1) Geldwechsel- und Waarenmäkler der Satz der 3ten Classe.
- 2) Orgelbauer und dergleichen.
- 3) Korn- und Viehmäkler der Satz der 4ten Classe.
- 4) Gesindevermietther der Satz der 5ten Classe.

Resc. f. R. E. v. 25. Januar 1822.

Es sind bei Remissionsgesuchen der Unterthanen, wegen öffentlicher Abgaben, die Berichte sowohl wegen der Steuern als auch wegen der Domaniel-Gefälle in eins erstattet.

Da aber das Steuerwesen vom 1. Jan. 1822 an ausschließlich vom L. Str. E. behandelt wird, so sind künftig diese Berichte zu trennen und ist Hinfichts der Domaniel-Gefälle an f. R. E., Hinfichts der Steuern aber an das L. Str. E. zu berichten.

Resc. L. Str. E. v. 2. Februar 1822.

Nach dem §. 14 der Verordnung vom 29. October 1821, die Gewerbesteuer betreffend, sind die an das L. Str. E. einzusendenden Verzeichnisse der gewerbetreibenden Personen nach alphabetischer Ordnung anzufertigen.

Da es nicht zweckmäßig sein wird, die Gewerbetreibenden aus einem ganzen Gerichtsreise ohne deren Absonderung nach den Gemeinen alphabetisch zu ordnen, weil für jede Gemeinde besondere Rollen ausgefertigt und darnach auch die Gewerbescheine getrennt werden müssen, so werden die Kr. Ger. hierdurch veranlaßt, in den gedachten Verzeichnissen die Gemeinen absondern und die vorgeschriebene alphabetische Ordnung der Gewerbetreibenden nur hinsichtlich einer jeden Gemeinde eintreten zu lassen.

Circulare vom L. Str. E. an die sämmtlichen Kreiseinnehmer vom 13. Februar 1822.

Es sind verschiedentlich Beschwerden über Mißbräuche eingegangen, welche sich die Executoren bei Beitreibung rückständiger Gefälle erlauben, und daß sie besonders die Vollziehung der Execution verzögern, um dadurch Gelegenheit zu erhalten, bei gestatteten Fristen die Executionsgebühren sich öfterer bezahlen zu lassen.

Um diesen und anderen Mißbräuchen vorzubeugen, hält L. Str. E. für rathsam, die Executoren dahin zu verpflichten, daß sie über jede erhobene Executionsgebühren eine Empfangsbescheinigung ausstellen müssen.

Die Kreiseinnehmer haben sie also hiezu anzuweisen und ihnen zu eröffnen, daß, wenn die Quittung nicht ertheilt worden, der Executor im Falle erhobener Beschwerde zu gewärtigen habe, daß gegen ihn die Untersuchung auf Erpressung angestellt werde.

Uebrigens versteht sich L. Str. E. zu den Kreiseinnehmern, daß sie, denen die Executoren zunächst subordinirt sind, dahin auf das Sorgsamste einwirken werden, daß die Executionen gehörig vollstreckt werden, so daß aus der Art der Vollziehung den Unterthanen keine gerechte Klagen über Bedrückungen entspringen.

Bekanntmachung des L. Str. E. v. 28. Februar 1822.

Es ist die Erfahrung gemacht, daß gewerbetreibende Personen, für deren Gewerbe vor dem Jahre 1808 noch keine Gilden bestanden, welche aber die Absicht haben, die Erlaubniß zur Bildung eines neuen Gildverbandes anzuwirken, oder solche, welche durch den §. 13 der Gildordnung vom 29. Oct. 1821 von der Gildereinrichtung ausdrücklich bereits ausgeschlossen sind, so wie auch endlich die Kaufleute, in deren Hinsicht nach Maßgabe des §. 14 der erwähnten Gildordnung sich erst noch ergeben wird, ob und wie die Gilden für dieselben wieder hergestellt werden, in der irrigen Meinung stehen, die Einlösung der Gewerbescheine für das gegenwärtige Jahr nicht zu bedürfen.

Obgleich es sich nun schon von selbst versteht, daß bloß die Absicht oder der Wunsch, an einem Gildverbande Theil zu nehmen, von der allgemeinen Verpflichtung zur Einlösung der Gewerbescheine nicht befreien kann, so will L. Str. E. doch, um die Gewerbetreibenden vor der, durch den §. 32 der Gewerbesteuer betreffenden Verordn.

vom 29. Oct. 1821 festgesetzten Contraventionsstrafe zu warnen, hierdurch darauf aufmerksam machen, daß alle, der Contribution von der Nahrung nicht schon unterworfen, gewerbetreibende Personen, für deren Gewerbe noch keine Gilden bestehen oder für die es noch zweifelhaft ist, ob sie in eine der vorhandenen Gilden wegen des in Frage kommenden Gewerbes werden aufgenommen werden, zur Einlösung der nach der letzt gedachten Verordnung nöthigen Gewerbescheine verbunden sind und selbst dafür zu sorgen haben, daß sie mit diesen Gewerbescheinen zeitig versehen werden.

(Br. Anz. 1822 No. 18.)

Resc. l. Str. E. v. 9. März 1822.

Da durch die allerhöchste Verordn. vom 7. Febr. 1822 die bisher ausgesetzt gebliebene Wiedererhebung der Contribution von der Nahrung und den Handwerkern vom 1. Jan. 1822 an, nach Vorschrift des der höchsten Verordn. vom 14. Aug. 1787 beigefügten moderirten Contributionsfußes, mit Ausnahme der Contribution von den Häuslingen, welche bei fortbauender Personalfsteuer fernerweit ausgesetzt bleibt, verfügt worden, so werden die erforderlichen Formulare zur Anfertigung des Hauptetats mitgetheilt.

Uebrigens wird noch bemerkt, daß, da Exemptionen von Steuern überall nicht mehr Statt finden, auch die sub No. 11 und 14 des Contributionsfußes von der Nahrung und sub No. 20, 21 und 24 des Contributionsfußes von den Handwerkern als contributionsfrei aufgeführten Pachtmüller, Bäcker, Barbiers, Kalk- und Gipsbrenner, den übrigen Müllern, Bäckern u. gleich zur Contribution angesetzt werden müssen.

Resc. f. R. E. v. 5. April 1822.

Durch die beiden Verordnungen vom 29. Oct. 1821, die modificirte Gildeordnung und die Gewerbesteuer betreffend, ist die Regel festgestellt, daß ein jeder Gewerbetreibender sich in den Stand setzen muß, jederzeit wegen der Befugniß zur Ausübung seines Gewerbes sich gehörig auszuweisen. In den Städten geschieht dieses hinsichtlich der künftigen Gewerbe durch die Nachweisung der geschehenen Aufnahme in die Gilden, hinsichtlich des außer dem Zunftverbande stattfindenden Gewerbebetriebs aber durch die Lösung der Gewerbescheine oder durch Concessionen.

Auf dem Lande dagegen geschieht die gedachte Legitimation nur durch besondere Concessionen oder durch Gewerbescheine. Bei dem Gewerbebetriebe auf dem Lande kommt es auf eine Nachweisung der Theilnahme an einem Gildeverbande deshalb nicht an, weil nach dem §. 17 der Gildeordnung die Landhandwerker in jedem Falle mit Concessionen versehen sein müssen, wie sie auch nach dem §. 17 der Gildeordnung für die Krämer erforderlich sind, welche nach diesem § sogar ohne besondere Concession einer Gilde nicht einmal beitreten dürfen.

Nachdem nunmehr indessen durch die Verordnung vom 7. Februar 1822 die Contribution von der Nahrung und den Handwerkern wieder hergestellt ist, und nachdem, der Verordnung vom 14. August 1787 angehängten, rectificirten Contributionsfüße, auch die

die darin nicht genannten Handwerker analogisch zur Contribution herangezogen werden sollen; so kann die Ertheilung der Gewerbescheine nur noch in wenigen Fällen nöthig sein und werden mithin in den meisten Fällen die Gewerbetreibenden auf dem Lande durch Concessionen sich legitimiren müssen.

Mit solchen Concessionen haben sich sonach alle Gewerbetreibende auf dem Lande zu versehen, welche nicht schon vor der Usurpation damit versehen worden sind oder die seit der Usurpationsperiode auf eine vom h. K. C. ausgegangene besondere Erlaubniß außer derjenigen, welche in der Ertheilung der Gewerbescheine gelegen hat, den Betrieb ihres Gewerbes angefangen haben.

Die Personen, welche während und nach der westphälischen Usurpationszeit nur mittelst der Anmeldung zu den Gewerbescheinen ihre Gewerbe angefangen haben, bedürfen daher ebenfalls der Concessionen. Es veranlaßt f. K. C. die St. und Kr. Ger. ein Verzeichniß aller Gewerbetreibenden in ihren Gerichtskreisen einzusenden, an welche solchergestalt Concessionen ertheilt werden müssen. Die St. und Kr. Ger. haben dieses Verzeichniß mit einer Anzeige darüber zu begleiten, in welchem Jahre der Gewerbetreibende seinen Gewerbebetrieb begonnen hat, ob er, der bisherigen Erfahrung nach, die für seinen Standpunct nöthige Geschäftlichkeit besitzt und auf welche Handelsartikel die Concessionen der Krämer, den Umständen gemäß, nach dem Ermessen zu ertheilen sind. Auch haben die St. und Kr. Ger. ein kurzes Gutachten dabei beizufügen, ob sie die Ertheilung der Concession eines jeden Gewerbetreibenden überhaupt für rathsam halten oder nicht.

Wenn gleich die Absicht dahin geht, den Gewerbebetrieb auf dem Lande in ein der Localität, dem Berufe des Landmannes und dem Zwecke der Städte angemessenes Verhältniß zurückzuführen, oder dieses Verhältniß in Zukunft aufrecht zu erhalten, so wird doch bei Abgebung des Gutachtens zu berücksichtigen sein, daß die Gewerbetreibenden, von denen der Gewerbebetrieb auf Gewerbescheine angefangen ist, im Vertrauen auf die damals bestehenden Gesetze sich eingerichtet haben, die Untersuchung ihres bisherigen Gewerbebetriebes mithin nur durch hervorleuchtende, die Beförderung des gemeinen Wohls bezweckende Gründe, gerechtfertigt werden kann.

Resc. I. Str. C. v. 3. Mai 1822.

Durch die Verordnung vom 29. Oct. 1821, die Gewerbesteuer betreffend, ist der Betrag zu dieser Steuer für die fremden Kaufleute, welche Messen und Märkte beziehen, und ihre Waaren ohne Wagen transportiren, auf 1 bis 5 Rthlr., und für die fremden Kaufleute, welche ihre Waaren auf Wagen transportiren lassen, auf 5 bis 15 Rthlr. festgesetzt.

Da die Anmerkung der dadurch vorgeschriebenen Mindestsätze von resp. 1 und 5 Rthlr. auf solche fremde Kaufleute, welche nur einen einzelnen Gränzmarkt beziehen und einen unbedeutenden Handel betreiben, Schwierigkeiten gefunden hat, so wird dem f. Kr. Ger. in Gemäßheit eines allerhöchsten Resc. vom 26. März 1822 hiemit die Autorisation ertheilt, nach pflichtmäßiger Erwägung die Gewerbesteuer der Packenträger, welche nicht mehrere, sondern nur einzelne Märkte im hiesigen Lande besuchen und auf

diesen nur einen ganz unbedeutenden Handel betreiben, bis auf 16 Gutegroschen, und die Gewerbesteuer der Kaufleute, welche zwar die Waaren zu Wagen transportiren, aber diese Wagen behuf ihres Handels nicht ganz für alleinige Rechnung beladen und welche gleichfalls nicht mehrere Messen und Märkte, sondern nur einzelne Märkte beziehen, bis auf 2 Rthlr. 12 Ggr. herab den Umständen nach zu ermäßigen.

Die f. Kr. Ger. haben sich hienach zu achten und wird noch die Bemerkung hinzugefügt, wie das L. Str. G. das Vertrauen hat, daß die sonach gestattete Ausnahme nur auf solche Kauf- und Handelsleute werde ausgedehnt werden, die nach ihrem Vermögens- und Handelsumfange den tarifmäßigen Mindestsatz zu bezahlen offenbar nicht im Stande sind.

Resc. L. Str. G. v. 13. Mai 1822.

Da zur Ergänzung des §. 32 der Verordnung vom 29. Oct. 1821 mittelst allerhöchsten Resc. vom 19. März 1822 vorgeschrieben ist, daß auch künftig in Gewerbesteuer-Contraventionsfachen den Denuncianten ein Antheil zu dem Betrage der Hälfte von den eingehenden Gewerbesteuer-Contraventionsstrafen ausbezahlt werden soll, so wird solches den f. Kr. Ger. zu ihrer Nachricht hiemit bekannt gemacht.

Resc. L. Str. G. v. 25. Mai 1822.

In dem eingesandten Verzeichnisse des Kr. Ger. sind die unter den Ordnungsnummern 27 (Handel mit hölzernen Waaren), 61, (Salzhandel), 70, (Molendenhauer), 72, (Kesselflicker), 73, (Kammerjäger), 77, (Musikanten), und 78 (Ziegelbrenner), so wie die in dem Nachtragsverzeichnisse als arm zu freien Gewerbescheinen sub No. 1 (Barbiere), 12, (Schneider) und 13, (Schuhflicker), vorgeschlagenen Individuen wieder gestrichen, da dieselben in Gemäßheit der allerhöchsten Verordnung vom 7. Febr. 1822 und nach Anleitung des 10ten und 11ten Abschnitts des Contributions-Fußes vom 14. August 1787 zur Contribution von der Nahrung und den Handwerken heranzuziehen sind und ist dieserhalb verfügt, daß diese Posten in den betreffenden Rollen für die Erhebung der Contribution für das gegenwärtige Jahr mit aufgenommen werden.

Die verlangten Abschriften des Gewerbescheins für den Kesselhändler, können in Gemäßheit des §. 30 der Verordnung vom 29. Oct. 1821 die Gewerbesteuer betreffend, nicht erteilt werden.

Resc. f. K. G. v. 8. August 1822.

Da bisher die Conditoren oder Schweizerbäcker, welche zugleich Destillateurs sind, so wie die Apotheker, welche Distillirblasen, nicht bloß zur Betreibung der Apotheke, sondern auch zur Verfertigung von Liqueurs und zu anderen, mit der Apothekerkunst, nicht in unmittelbarer Verbindung stehenden Zwecken halten, als Destillateurs nicht besonders zur Gewerbesteuer herangezogen sind, diese Befreiung aber nicht länger fortzubauern kann, weil nach dem §. 4 der Verordnung vom 29. Oct. 1821, die Gewerbesteuer betreffend, für verschiedene Gewerbe auch verschiedene Gewerbescheine gelistet werden müssen und die Conditorei oder Schweizerbäckerei und das Destilliren als verschiedene, mit einander nicht in unzertrennlicher Verbindung stehende Gewerbe zu betrachten, so wie

denn auch in dem Gewerbesteuer-Tarife vom 29. Oct. 1821 die Schweizerbäcker in die erste, die Conditoren in die zweite und die Destillateurs besonders in die dritte Classe gesetzt sind, auch weil durch den §. 25 derselben Verordnung die Apotheker nur, insofern sie ihre Kunst ausüben, von der Gewerbesteuer frei gesprochen sind: so ist dafür Sorge zu tragen, daß die Conditoren oder Schweizerbäcker, welche zugleich Destillateurs sind und die Apotheker, welche Destillirblasen nicht bloß zur Ausübung ihrer Kunst, sondern auch zur Verfertigung von Liqueuren und zu ähnlichen mit dem Apothekergeschäfte nicht in unzertrennlicher Verbindung stehenden Zwecken, im Gange haben, vom gegenwärtigen Jahre an, in der Eigenschaft von Destillateurs, zur Gewerbesteuer herangezogen werden, so wie es sich von selbst versteht, daß die Apotheker auch hinsichtlich aller übrigen Gewerbe, die mit ihrer Kunst nicht in unmittelbarer Verbindung stehen, z. B. des Handels mit Apotheken-Material- und Farbe-Waaren, der Schenkwirthschaft u. s. w. zur Einlösung besonderer Gewerbescheine verbunden sind.

Resc. I. Str. E. v. 26. November 1822.

Da es in einigen Fällen zweifelhaft scheinen könnte, welche Personen zur Contribution von der Nahrung und den Handwerken und welche zu der Gewerbesteuer heranzuziehen sind, so werden die f. Kr. Ger. darauf aufmerksam gemacht, daß alle Handwerker, selbst diejenigen, welche in dem der Verordnung vom 14. August 1787 angehängten rectificirten Contributionsfuße nicht in dem Abschnitte II ausdrücklich genannt sind, zur Contribution angezogen werden müssen, weil nach der, diesem Abschnitte beigefügten Bemerkung auch die nicht specificirten Handwerke analogisch in Anschlag gebracht werden sollen, daß aber die übrigen Gewerbe nur insofern zur Contribution von der Nahrung anzusetzen sind, als sie sich in dem Abschnitte I des gedachten Contributionsfußes namentlich aufgeführt finden, sonst aber in die Veranlagung der Gewerbesteuer gehören.

Somit muß z. B. ein Victualien-Händler, der zugleich Wein, Garn und Leinwandhandel betreibt, hinsichtlich dieser letztern Handelszweige für jeden einzelnen die Contribution von der Nahrung, für den Materialwaarenhandel aber, womit solche Handelszweige nicht in unzertrennlicher Verbindung stehen, die Gewerbesteuer bezahlen.

Da indessen von demselben Geschäfte nicht Gewerbesteuer und Contribution zugleich bezahlt werden darf, ein Krämer oder Victualienhändler, wie er in dem rectificirten Contributionsfuße sub No. 7 aufgeführt ist, aber auch Materialwaarenhändler sein kann, so ist ein solcher Contribuent nur in dieser letzteren Qualität zur Gewerbesteuer anzuziehen, weil die Befugniß zur Krämerei oder zum Victualienhandel nach dem §. 16 der die Gewerbesteuer betreffenden Verordnung vom 29. Oct. 1821 auch in der Befugniß zu dem in erster Classe stehenden Detailhandel mit Materialwaaren einbegriffen ist.

Resc. f. R. E. v. 28. November 1822.

Die Befugniß der Pferdeleger betreffend, wird hiemit eröffnet, daß, da nach dem §. 15 der Gewerbesteuer-Verordnung vom 29. Oct. 1821 auch diejenigen Gewerbetreibenden zur Gewerbesteuer herangezogen werden müssen, welche nicht ausdrücklich befreit

und nur in dem Gewerbesteuer-Tarife nicht ausdrücklich genannt worden, auch die Pferdeleger der Gewerbesteuer unterworfen sind, insofern sie polizeilich für qualificirt erachtete Subjekte zu halten sind. Unstreitig gehört aber das Pferdelegen auch zu den Befugnissen der approbirten Thierärzte, welche als solche eines Gewerbescheins nicht bedürfen. Durch andere Personen, als solche Inhaber von Gewerbescheinen oder durch Thierärzte, darf das Pferdelegen überall nicht unternommen werden, auch sind die Kr. Ger. allerdings verpflichtet, darauf zu halten, daß das Pferdeleger-Gewerbe von unbefugten Personen nicht betrieben werde.

Die Kr. Ger. haben also sich hiernach zu achten und falls ihnen Contraventionsfälle bekannt werden, den Vorschriften gemäß zu verfahren.

Resc. I. Str. E. v. 14. December 1822.

Nachdem mittelst allerhöchsten Resc. vom 1. Decbr. 1822 genehmigt ist, daß die in dem §. 8 der Verordnung vom 29. Oct. 1821, die Personalsteuer betreffend, ausgesprochene Befreiung der herrschaftlichen Walдарbeiter von der gedachten Abgabe ausschließlich auf diejenigen Walдарbeiter bezogen werde, welche in der Absicht, sie während dreier Vierteltheile des Jahres wirklich bei herrschaftlicher Arbeit zu beschäftigen, von den betreffenden Kr. Ger. auf eine besondere Instruction beeidigt worden, so werden die Kr. Ger. hierdurch veranlaßt, dem gemäß die etwa nöthigen Rectificationen der Rollen in Antrag zu bringen, und wird übrigens noch bemerkt, daß durch f. R. E. sämmtlichen Oberforstbedienten aufgegeben ist, die f. St. und Kr. Ger. von den in Ansehung der Zahl der beeidigten Walдарbeiter etwa eingetretenen Veränderungen mittelst alljährlicher frühzeitiger Einsendung einer namentlichen Liste gehörig in Kenntniß zu setzen.

Resc. I. Str. E. v. 15. August 1823.

In Beziehung auf den §. 12 der Gewerbesteuer-Verordnung vom 29. Oct. 1821, dem zufolge den zu den Märkten außerhalb Braunschweig kommenden Fieranten über die geschehene Bezahlung der Gewerbesteuer Interimscheine ertheilt werden sollen, werden den f. Kr. Ger. gedruckte Formulare dieser Interimscheine zugefertigt, und dieselben veranlaßt, bei Ertheilung der Interimscheine sich nur dieser Formulare zu bedienen und über deren Ausfertigung ein Register führen zu lassen. Wenn die Exemplare verbraucht sind, so sind wieder eine angemessene Quantität einzufordern.

Da

aus

wegen der Betreibung
auf Messen und Märkten, den Betrag von Thalern Gutengroschen
in Convent. Münze als Gewerbesteuer deponirt hat, so wird de selben darüber, nach
Vorschrift des §. 12 der Gewerbesteuer-Verordnung vom 29. October 1821, bis zu
Eingang des Gewerbescheins, dieser Interimschein ertheilt.

den

182

Resc. f. R. E. v. 25. November 1823.

Wegen der Leineweber ist in Hinsicht auf den §. 20 der Silberordnung durch ein

allerhöchstes Resc. vom 10. Aug. 1823 vorgeschrieben, daß nur denjenigen, welche sich zu einer Gilde halten, Concessionen ertheilt werden sollen.

Den Krügern und Müllern werden Concessionen in dieser Art nicht ertheilt und sind selbige, so wie diejenigen Handwerker, welche vor 1808 bereits Concessionen erhalten haben, in dem eingesandten Verzeichnisse gestrichen.

Da durch die Verordnung vom 28. März 1754 der Leinsaamenhandel in den Dörfern gänzlich verboten ist, so haben die Anträge auf Ertheilung der Concessionen dazu nicht berücksichtigt werden können.

Für ein und dieselbe Person dürfen Concessionen auf zwei verschiedene Gewerbe nicht ausgefertigt werden. (S. 127 der Gildeordnung vom 29. Oct. 1821.)

Ein Chirurgus bedarf keiner Concession.

Resc. f. K. E. v. 10. März 1824.

Mehrere producirende Handwerker, insonderheit die Drechsler haben sich darüber beschwert, daß ihnen nicht allein wegen des Absatzes ihrer Waaren in das Ausland bedeutende Hindernisse durch die Erlegung hoher Eingangszölle und Gewerbesteuern entgegen seien, sondern daß auch den Ausländern der Absatz ihrer Handwerkszeugnisse auf den hiesigen Märkten noch durch den Ansat einer geringeren Gewerbesteuer, als wie selbige durch den Tarif vom 29. Oct. 1821 für die Fieranten festgesetzt sei, erleichtert werde.

F. K. E. muß es dahin gestellt sein lassen, wie eine solche Abweichung von dem Tarife sich mit den, von dem L. Str. E. ertheilten Instructionen, vereinigen läßt. Inbessen will f. K. E. die Kr. Ger. doch, da ihnen die Bestimmung der Marktgewerbesteuer zwischen dem gesetzlichen Minimum und Maximum von 1 und 5 Rthlr. für die Kaufleute, welche ihre Waaren ohne Wagen zu Märkte bringen, und von 5 bis 15 Rthlr. für diejenigen, welche ihre Handelsartikel zu Wagen fortschaffen, überlassen ist, darauf aufmerksam machen, daß von dieser Seite auf die Begünstigung der inländischen Industrie und Handwerks-Production hingewirkt werden kann, welches um so nöthiger ist, als andere Repressalien wegen der von den hiesigen Unterthanen im Auslande zu erlegenden hohen Steuern nicht ergriffen werden können.

F. K. E. will also gewärtigen, daß die Kr. Ger. in Zukunft diejenigen, zu den hiesigen Märkten kommenden Ausländer, welche mit inländischen Producenten concurriren und überhaupt mit solchen Waaren handeln, hinsichtlich welcher es an einer genügenden inländischen Concurrenz nicht fehlt, mit einer so hohen Gewerbesteuer belegen, als solches dem Gesetze der, erhaltenen Instructionen und den Umständen gemäß geschehen kann.

Resc. L. Str. E. v. 10. August 1824.

Nachdem ein Zweifel darüber entstanden, ob die wegen der Stempel-Gewerbesteuer- und Accise-Contraventionen eingehenden Geldstrafen bei f. Kammercasse, oder bei der L. Str. Cassé zu vereinnahmen sind, so ist zu dessen Beseitigung nunmehr mittelst höchsten Resc. vom 9. Juli 1824 die Bestimmung erfolgt, daß die Strafgeelder in diejenige Staatscasse fließen sollen, deren Interesse durch die bestrafte Contravention verletzt worden.

Wie demnach die Strafen wegen der Schaaffschaz-Gewerbsteuer-Reise- und Stempelcontraventionen der L. Str. Caffé gebühren und diese sämmtlichen Strafen, mit alleiniger Ausnahme der Stempelsteuer-Strafen, welche an die betreffenden Stempel-Recepturen abzuliefern sind, zunächst bei der Kreiscasse berechnet werden, so wird solches den f. Kr. Ger. zu ihrer Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Zugleich werden die Kr. Ger. hierdurch veranlaßt, von allen, in Steuer-Contraventionsfachen ergehenden Erkenntnissen, sobald solche rechtskräftig geworden sind, dem höchsten Circul. Resc. vom 5. Nov. 1822 gemäß, durch beglaubte Abschriften oder Extracte dem L. Str. G. Anzeige zu machen, weil sonst eine Controle wegen der Vereinnehmung der Contraventions-Strafen nicht ordnungsmäßig Statt finden kann.

Resc. L. Str. G. v. 8. Februar 1825.

Die Wollkammer sollen zur Gewerbesteuer angefehrt werden.

Resc. f. G. R. G. v. 19. März 1825.

Obgleich die Ursachen, aus welchen den neuen Anbauern auf dem Lande durch die unterm 19. März 1753 und 24. Januar 1755 erlassenen Circul. Resc. gewisse Baubouceurs und eine mehrjährige Abgabefreiheit zugestanden worden, bei den veränderten Zeitumständen überall nicht mehr Statt finden und deshalb auch in den letztern Jahren dergleichen Baubegünstigungen nicht mehr ertheilt sind, auch bereits durch das unterm 6. August 1802 erlassene Circul. Resc. die früher verwilligten allgemeinen Bau-Remissionen abgeschafft worden, so scheint doch hin und wieder bei denjenigen, welche neue Anbauten beabsichtigen und deshalb die dazu erforderliche Erlaubniß bei f. R. G. nachsuchen wollen, die Meinung zu bestehen, daß sie sich auf die obgedachten Baubegünstigungen noch jetzt Rechnung machen dürfen.

Um nun hierunter allen Zweifel zu beseitigen, so will f. G. R. G. hiemit ausdrücklich erklären, daß die angeführten Rescripte vom 19. März 1753 und vom 24. Januar 1755 als aufgehoben anzusehen sind und daß die in denselben ausgelobten Baubouceurs und Abgabefreiheiten überall nicht mehr verwilligt werden sollen, wonach also die f. Kr. Ger. in vorkommenden Fällen diejenigen, welche um die Erlaubniß zum Anbauen nachsuchen, zu bescheiden haben.

Resc. L. Str. G. v. 11. Mai 1825.

So wenig in der Feldbeschreibung, als in den Catastern sind die Veränderungen im Besitze der daselbst aufgeführten Grundstücke und der Abgang und Zuwachs der einzelnen, zu den Gehöften beschriebenen Parzellen gehörig nachgetragen, und ist in Folge davon nicht nur bei der Einsammlung der Steuern vielfältig Unordnung entstanden, sondern auch die gesetzlich verordnete Heranziehung der bislang nicht catastrirten Grundstücke außerordentlich erschwert. Um nun diesem Mangel abzuhelpen und die Einsammlung der auf den Grundstücken lastenden verschiedenen Abgaben nach einer den Beitrag eines jeden einzelnen Einwohners nachweisenden Heberolle verfügen zu können, auch zu anderen Zwecken, namentlich bei vorkommenden Gemeintheilungen eine Uebersicht des Umfangs

der Besitzungen eines jeden Feldmarkinteressenten zu haben, ist mittelst höchsten Rescripts vom 22. Oct. v. J. eine allgemeine Verichtigung der in den Feldbeschreibungen und Catastern über das Eigenthum der Grundstücke enthaltenen Angaben, und daß solche unter der Leitung des L. Str. C. durch die betreffenden f. Kr. Ger. besorgt werde, verfügt.

Das L. Str. C. veranlaßt demnach die Kr. Ger., sich jenem Geschäfte zu unterziehen und ertheilt dazu nachstehende nähere Instruction:

1) Die Gegenstände, auf welche sich die Verichtigung erstreckt, sind: Gärten, Aecker, Wiesen, Privatholzungen, Teiche und Bohnhäuser, letztere jedoch nur insofern sie nicht innerhalb des Gehöftes von Gütern und Bauerhöfen neu angelegt und als ein ungetrennter Theil derselben zu betrachten sind. Uebrigens sind die vorbenannten Gegenstände ohne alle Ausnahme, sie mögen der Grundsteuer unterworfen und in der Feldbeschreibung resp. den Catastern bereits erwähnt sein oder nicht, mit aufzuführen.

2) Hinsichtlich der bei der letzten Verichtigung der Cataster nicht erwähnten resp. nachher erst umgebrochenen Kottländerei ist, weil solche eine temporaire Begünstigung genießt, die Zeit, wann die Cultur begonnen hat, zu bemerken.

3) Insofern die Besitzer von dergleichen bislang nicht catastrirten Grundstücken wegen der künftig davon zu übernehmenden Steuern auf ein Relutions-Capital Anspruch machen zu können vermeinen und die Declaration bis jetzt unterlassen haben sollten, so ist denselben, daß wegen der im Verichtigungstermine angebrachten und begründeten Ansprüche Restitution werde ertheilt werden, später aber darauf nicht weiter zu rechnen sei, bekannt zu machen, daß solches geschehen in dem Protocolle zu bemerken, und wenn dergleichen Ansprüche erfolgen sollten, über jeden derselben ein besonderes Protokoll aufzunehmen und an Uns einzusenden.

4) Die Verichtigung ist wo möglich an Ort und Stelle und zwar durch Vernehmung der Gemeindeglieder vorzunehmen, welche dazu förmlich zu berufen und einzeln, wo nicht im Beisein aller übrigen, doch mindestens in Gegenwart des Ortsvorstehers und Geschwornen zu befragen sind. Den letztern ist unter Verweisung auf ihren geleisteten Dienst eid zur Pflicht zu machen, daß sie die Angaben beachten und wo sie Irrthümer und Mängel wahrnehmen, solche berichtigen.

5) Die Dorf- Feld- und Wiesen-Beschreibungen und Cataster werden dabei zum Grunde gelegt und nach Ordnung derselben jedem Gehöfte sein besonderes Folio in den Formularen gegeben, von welchen die Kr. Ger. die erforderliche Anzahl durch Uns empfangen werden. Am oberen Rande dieses Formulars ist neben den anzufüllenden Nummern der Name des Besitzers zur Zeit der Catasterberichtigung und bei nicht catastrirten Grundstücken zur Zeit der Feldbeschreibung nebst dem Namen des gegenwärtigen Besitzers, in den betreffenden Columnen aber zu bemerken, was an Gärten u. zur Zeit der Feldbeschreibung dabei cultivirt ist.

Wären die Parzellen eines Gutes oder Gehöftes unverändert geblieben, so würde solches unter der Rubrik: Nachweisung des Abganges und Zuwachses mit einem Striche

anzudeuten und dieselbe frühere Morgenzahl in die folgenden Columnen einzutragen seien: Wären dagegen innerhalb der Feldmark belegene, früher zu anderen Höfen oder Auswärtigen gehörig gewesene, ingleichen durch Ausrodungen u. neu entstandene Grundstücke hinzugekommen, oder deren etliche veräußert, so würden die hinzugekommenen und abgegangenen Stücke mit Bemerkung ihrer Lage und der Person, von welcher und an welche sie gekommen, der Reihe nach unter einander zu setzen, der Abgang und Zuwachs mit einander zu vergleichen, das plus oder minus dem früheren Bestande ab- oder hinzuzusetzen und der vermehrte oder verminderte dermalige Bestand in der betreffenden Columnne auszuwerfen sein. Für die minder ausgedehnten, oder doch nicht so veränderlichen und resp. nur aus einem Wohnhause und Garten bestehenden Besitzungen der Brinksfürer, Anbauer, herrschaftlichen und Gemeinediener, so wie für die Grundstücke Auswärtiger, deren mehrere auf einer Seite beschrieben werden können, ist ein besonderes Formular entworfen. Die letzte Columnne: Bemerkungen ist zunächst für die Eintragung der Privatholzungen und Leiche bestimmt.

6) Die einzelnen Ackerstücke und Wiesen, welche ein Ortseinwohner auf fremden Feldmarken besitzt, sind nicht an dem Orte seines Wohnorts, sondern da, wo sie liegen, unter der Rubrik „Besitzungen Auswärtiger“ in die betreffenden Columnen einzutragen. Damit jedoch die Besitzer von dergleichen auf fremden Feldmarken belegenen einzelnen Stücken an ihrem Wohnorte vernommen werden können, so sind deren betreffende Angaben vorläufig in der Columnne „Bemerkungen“ zu notiren.

7) Da die Feldbeschreibungen zwar die Morgenzahl des Surplus-Landes, nicht aber die nachmalen erfolgte Vertheilung desselben ersehen lassen, so wird dieserhalb auf die betreffenden Acten resp. die Cataster zu recurriren und da, wo keine Disposition über dasselbe Statt gefunden hat, dasselbe der Gemeinde anzusehen sein.

8) Am Schlusse einer jeden Vernehmung wird an Ort und Stelle die Recapitulation der einem jeden Einwohner und den Auswärtigen zugeschriebenen Acker und Wiesen vorzunehmen und das nach der Zusammenrechnung sich ergebende Resultat mit dem der Feldbeschreibung, welchem letztern die Morgenzahl der nachmalen entstandenen Acker und Wiesen hinzuzusetzen ist, zu vergleichen sein, damit im Falle mangelnder Uebereinstimmung sofort zur Aufklärung des Irrthums geschritten werden könne.

9) Die Classification der Grundstücke und deren Qualität, in Beziehung auf gutsherrliche Gerechtsame, bleiben bei der gegenwärtigen Beschreibung unverändert, wenn gleich namentlich die letztere durch Ablösungen, Allodificationen, seit der letzten Berichtigung der Cataster Veränderungen erlitten haben sollten.

Die betreffenden Rubriken haben demnach nur den Zweck, daß hinsichtlich der Rodtländerei und überhaupt der nicht bonitirten Acker die Classe nach den zunächst liegenden Feldern angegeben, bei Wiesen, welche bislang nicht catastrirt worden, der Ertrag durch Vernehmung des Ortsvorstehers und Geschwornen ausgemittelt und in die Columnne

beabsichtigt wird, nur durch diesen Betrieb sich zu ernähren im Stande sind, und endlich gegen deren Unbescholtenheit nicht der mindeste Zweifel obwaltet.

Indem f. R. C. also gewärtigt, daß bei den Vorschlägen auf Ertheilung der Gewerbescheine oder Concessionen hierauf Rücksicht genommen werde, werden die f. Kr. Aemt. auf den §. 22 der Gewerbe- und Gildeordnung vom 29. Oct. 1821 verwiesen, dem zufolge die mit Gewerbescheinen oder Concessionen versehenen Hausirer auch durch Hausirscheine ihrer obrigkeitlichen Behörden, worin ihr Signalement enthalten sein muß, sich alljährlich zu legitimiren haben.

Resc. I. Str. C. v. 4. Januar 1826.

Es soll nach höchster Verfügung auf die bei der Reserve oder auf Wartegeld stehenden Soldaten, die im 3ten Abschnitte des §. 8, 2 der Verordnung wegen der Personalsteuer vom 29. Oct. 1821 enthaltene Bestimmung analogisch dergestalt angewendet werden, daß die auf Wartegeld stehenden Soldaten in der Regel, wenn sie nur unmittelbar vor ihrer Versetzung auf Wartegeld entweder zu den Feldtruppen oder den, gleich dem Militair im regelmäßigen Dienste befindlichen Abtheilungen der Reserve gehört haben, die Reserve-Soldaten aber nur in dem einzigen Falle, daß sie zum regelmäßigen Dienste mit Sold und Verpflegung, gleich dem Feld-Militair, auf längere Zeit herangezogen werden, von der Personalsteuer befreit bleiben sollen; daß jedoch diejenigen Wartegelds-Empfänger, welche eine, mit einem festen Gehalte verbundene, bleibende Anstellung erhalten oder ein der Gewerbe- oder Nahrungssteuer unterworfenen Gewerbe betreiben, zu derjenigen Personalsteuer, welche dieser Anstellung oder diesem Gewerbe angemessen ist, herangezogen werden müssen. Auf eine Zurückzahlung der bisher von den auf Wartegeld stehenden Soldaten etwa entrichteten Personalsteuer kann nicht eingegangen werden.

Resc. I. Str. C. v. 18. Mai 1826.

Es ist bisher häufig vorgekommen, daß in den, über Remissions-Gesuche erstatteten Berichten, die Steuerbeträge der Supplicanten höher angegeben worden, als diese nach dem Contributions-Cataster und Rollen betragen und in der Regel auch unter den Steuern von den Grundstücken die Contribution u. von dem Viehe mit angeführt, obgleich ein Erlaß dieser letztern, da solche ein auf die ganze Gemeinde gesetztes Firum ist, nicht Statt finden kann. Es sind daher für die Folge die Steuerbeiträge der, um Remission nachsuchenden Unterthanen genauer anzugeben, und damit diese Angabe gehörig geprüft werden kann, die Grundstücke, von denen solche zu entrichten sind, mit Hinzufügung der Brandassurances-Nummer der Häuser, genau zu specificiren.

Resc. I. Str. C. v. 17. Juli 1826.

Die Einsendung der Haupt- und Nachtragsverzeichnisse und besonders die Einsendung der Personalsteuer-Mutationsetats sind unmittelbar an das I. Str. C. und nicht an die Oberhauptleute einzusenden; in Ansehung der Concessionen zur Betreibung der Gewerbe behält es bei der Bestimmung sein Verbleiben, daß die Anträge darüber mit Bericht an die Oberhauptleute einzusenden sind.

Die Bürgermeister in den Städten senden die fraglichen Verzeichnisse und Etats an das L. Str. G. und kann der in der Verordnung vom 26. März 1823 aufgestellte Unterschied zwischen Local- und Landes-Polizei auf Steuerangelegenheiten nicht bezogen werden.

Resc. h. R. G. v. 30. September 1826.

Wegen der Concessionen der Handelsleute, s. Polizei und Verwaltung S. 381.

Resc. L. Str. G. v. 4. October 1826.

Da der Grundsatz besteht, daß die Contribution von der Nahrung nur den im 10ten Abschnitte des allgemeinen Contributions-Fußes und den im 11ten Abschnitte des durch die Verordnung vom 14. August 1787 publicirten rectificirten Contributions-Fußes genannten Gewerbetreibenden auferlegt wird und sonach hinsichtlich der nicht genannten Nahrungsbetreibenden nicht so nach Analogie verfahren wird, wie es in Ansehung der Handwerker vorgeschrieben ist, vielmehr die im ersten Abschnitte des rectificirten Contributions-Fußes nicht genannten Nahrungsbetreibenden zur Gewerbesteuer herangezogen werden müssen: so will das L. Str. G. nicht allein in allgemeiner Beziehung hierauf nochmals aufmerksam machen, sondern auch eröffnen, daß, da die Geschäfte der Krämer und Victualien-Händler von denen der eigentlichen Kaufleute verschieden sind, diese Geschäfte auch als verschiedene Gewerbe angesehen und in den Fällen, wo beide Gewerbe von denselben Personen betrieben werden sollten, letztere hinsichtlich der Krämerei und des Victualien-Handels zur Nahrungs-Contribution, hinsichtlich des Material-Gewirzwaa- ren- und wegen des Ellenwaaren-Handels, zur Gewerbesteuer in Ansaß gebracht werden müssen.

Resc. L. Str. G. v. 5. October 1826.

Mittels höchsten Resc. vom 31. August 1826 ist genehmigt, daß der Gewerbesteuer-Tarif vom 29. Oct. 1821 auf die Musikanten folgendermaßen angewendet werde:

1) wenn die Musikanten in guter Nahrung stehen und das Gewerbe gewöhnlich in jeder Zeit im Jahre betreiben:

- | | |
|---|-----------|
| a) bei einer Anzahl von 8 und mehreren Gehilfen | 10 Rthlr. |
| b) bei 5, 6 oder 7 Gehilfen | 8 — |
| c) bei 2, 3 oder 4 Gehilfen | 5 — |
| d) mit einem Gehilfen | 1 — |

2) wenn dieselben geringe Nahrung haben oder den Gewerbetrieb auf Messen und Jahrmärkte beschränken:

- | | |
|---|----------------|
| a) bei 8 und mehreren Gehilfen | 8 Rthlr. |
| b) bei 5, 6 oder 7 Gehilfen | 3 bis 6 Rthlr. |
| c) bei 2, 3 oder 4 Gehilfen | 2 bis 3 Rthlr. |
| d) bei einem oder ohne Gehilfen | 1 Rthlr. |

Alle Lehrlinge, welche über 18 Jahre alt sind, sollen ohne Rücksicht darauf, ob ihr Lehrvertrag schon abgelaufen ist oder nicht, als Gehilfen angesehen werden.

Steuern, Rescripte.

Resc. h. S. R. C. v. 12. October 1826.

Die Vorschrift des Resc. v. 5. Nov. 1822 (S. S. 30.) wird in Erinnerung gebracht und auf die, in Gewerbesteuer=Contradictions=Sachen abgegebenen Erkenntnisse erstreckt.

Resc. L. Str. C. v. 27. November 1826.

Behuf Anfertigung des Haupt=Stats der von der Nahrung und den Handwerken contributionspflichtigen Personen für das Jahr 1827 gehen den Kr. Aemt. die erforderlichen Formulare zu, um darin die quaest. Gewerbetreibenden nach alphabetischer Ordnung unter jeder Gemeinde, welche in gleicher Ordnung nach einander folgen müssen, aufzuführen und die Simpla contributionis nach dem Contributions=Fuße vom 14. August 1787 anzusetzen auch bei den Müllern, neben Anführung der Zahl der Mühlengänge zu bemerken, ob solche ober= oder unterschlächtig sind, auch ob die Mühle Eigenthum oder Pachtgut des Müllers sei und im letzteren Falle den Eigenthümer mit zu benennen. Wegen Veranlagung des von den Gewerbetreibenden zu entrichtenden Landshages, welcher nach dem Umfange der Nahrung oder, ob der Steuerpflichtige zur Miethe wohnt, bezahlt wird, wird das Kreisamt veranlaßt, in der Rubrik der Bemerkungen bei den letztern das Wort: „Miether,“ bei denen aber, welche eigene Häuser besitzen, den Umfang der Nahrung mit: „Gut,“ „mittelmäßig“ oder „schlecht“ anzugeben und wird zugleich eröffnet, daß die Handwerksgesellen vom künftigen Jahre an zum Landshage von der Nahrung nicht mehr herangezogen werden, sondern nur die Contribution entrichten sollen, weshalb hinsichtlich dieser, die vorgebachten Angaben nicht erforderlich sind. Hinsichtlich der, im Laufe des Jahres vorkommenden Ab- und Zugänge soll nur mit dem Ablaufe eines jeden Quartals ein Verzeichniß derselben eingebracht werden.

Kreis=Gericht

Stat der von der Nahrung und den Handwerken contributionspflichtigen Personen für das Jahr 182

Gemeine.	Ordn. Nummer.	Vor- und Zunamen der Contributionspflichtigen.	Nahrung und Handwerk.	Simplum Contributionis		Bemerkungen.
				Ggr.	Pf.	

Steuern, Rescripte.

461

Resc. L. Str. C. v. 29. December 1826.

Da es erforderlich ist, daß die aufgenommenen Berichtigungs-Tabellen als jetziger Besitzstand der Grundstücke und die danach neu angefertigt werdenden Contributionen-Cataster bei jeder neu eintretenden Besitz-Veränderung berichtigt werden, indem nur dadurch die nöthige Ordnung in der Steuer-Erhebung erhalten werden kann: so veranlaßt das L. Str. C. die Kr. Aemt., die Ortsvorsteher derjenigen Gemeinen, wo die Berichtigung des Besitzstandes der Grundstücke bereits Statt gefunden hat, anzuweisen, jede vorkommende Veränderung den Kr. Aemt. sofort anzuzeigen und nach diesen Angaben sodann mit dem Ablaufe eines jeden Quartals eine Nachweisung, wozu eine Anzahl Formulare erfolgt, aufzustellen und an das L. Str. C. einzusenden.

Grundstücke

der

W i e s e n

Bemerkungen

Qualität

Benennung
nach der
Beschreibung

Stück

Grummet

Heu

Morg. | Ruth.

Morg. | Ruth.

Morg. | Ruth.

464 **Steuern, Rescripte. Suppliken und Memoriale.**

Resc. h. R. E. v. 12. März 1827.

Zufolge höchsten Resc. vom 21. v. M. sind Recognitionen vom Eisenhandel nicht mehr zu bezahlen, sondern Gewerbesteuer.

Resc. h. R. E. v. 26. April 1827.

Es ist in Erfahrung gebracht, daß von einigen Behörden die in dem §. 10 der Gewerbesteuer-Verordnung vom 29. Oct. 1821 enthaltene Vorschrift, der zufolge neue Gewerbe-Etablissements und Anträge auf Ertheilung von Gewerbescheinen nicht ohne Genehmigung h. R. E. gemacht werden dürfen, nicht genau befolgt werde. Da dieser Mangel an gehöriger Beachtung einer gesetzlichen Bestimmung, abgesehen von der für die Behörden daraus entstehenden Verantwortlichkeit, auch die nachtheilige Folge für die Gewerbetreibenden haben kann, daß Gewerbe-Etablissements, welche nicht in völlig legaler Art entstanden sind, wiederum aufgehoben werden müssen: so wird die sorgfältige Beachtung der Vorschrift anempfohlen.

Suppliken und Memoriale.

II. die Suppliken und Memoriale betr. (S. 217.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 1. Jeder, wer leserlich schreiben und seine Gedanken auf eine leserliche und vernünftliche Weise zu Papier bringen kann, kann seine Gesuche und Vorstellungen bei den betreffenden Behörden selbst abfassen, mit Ausnahme prozessualischer Verhandlungen. (S. 217.) [No. 14.] (18. März 1814.)

Welche jenes nicht können, müssen sich eines Advocaten oder einer solchen Person bedienen, welche von der competenten Behörde Erlaubniß erhalten hat. (S. 218.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 2. Erlaubniß ertheilt das Kr. Ger. — Vorschriften deshalb und (S. 218.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 3. wegen der Einrichtung und des Honorars. (S. 218.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 4. Verantwortlichkeit des Verfassers für die Wahrheit des Inhalts. (S. 218.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 5 und 6. Jede Bittschrift ist der Regel nach beim Kr. und St. Ger. einzureichen: Verfügung derselben darauf und Berichtserstattung. (S. 219 und 220.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 7. Ausnahmen. (S. 220.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 8. Untersuchung der Beschwerden gegen die Obrigkeit und Bestrafung deren Verunglimpfung. (S. 220.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 9. Auf Bittschriften oder Anzeigen ohne Namens-Unterschrift des Supplicanten oder Schriftstellers, wird in der Regel nicht verfügt. Ausnahme — Bestrafung wegen falscher Angabe. (S. 221.) [No. 14.] (18. März 1814.)

§. 10.

Suppliken etc. Todeserklärung. Trauscheine etc. Resc. 465

- §. 10. Auf Gesuche oder Memoriale, die den Vorschriften nicht gemäß sind, wird nicht verfügt, sondern es werden solche zurück gegeben — Verfahren darauf. (S. 221.) [No. 14.] (18. März 1814.)
- §. 11. Die Berichte sollen eben so, wie die Supplicate, rubricirt werden. (S. 222.) [No. 14.] (18. März 1814.)

Todeserklärung.

- W. die Todeserklärung der aus den letzten Feldzügen nicht zurückgekehrten Militär-Personen betr. (S. 1.) [No. 1.] (5. Jan. 1824.)
- §. 1. Recht auf Todeserklärung derer anzutragen, welche aus den Feldzügen von 1801 bis 1815 nicht zurückgekehrt sind. (S. 2.) [No. 1.] (5. Jan. 1824.)
- §. 2. Anbringung des Gesuches und Erfordernisse desselben. (S. 2.) [No. 1.] (5. Jan. 1824.)
- §. 3. Edictalladung — deren Inhalt — Bestellung eines Curators und Bekanntmachung. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1824.)
- §. 4. Nichterscheinen des Citirten — Todeserklärung — Publication des Erkenntnisses. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1824.)
- §. 5. Eröffnung des etwaigen Testaments des Abwesenden. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1824.)
- §. 6. Gebrauch anderer Beweismittel. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1824.)

T r a u s c h e i n e.

- W. die Wiedereinführung der Trauscheine betr. (S. 11.) [No. 3.] (24. März 1825.)
- §. 1. Verbindlichkeit zur Lösung der Trauscheine — Anzeige beim Kreisamte — Production beim Prediger. (S. 12.) [No. 3.] (24. März 1825.)
- §. 2. Worauf die Kr. Amt. Rücksicht zu nehmen haben. (S. 12.) [No. 3.] (24. März 1825.)
- §. 3. Stempel und Gebühren. (S. 13.) [No. 3.] (24. März 1825.)

R e s c r i p t.

Resc. h. R. E. v. 15. August 1827.

Da es sich gezeigt, daß über die Berechnung der in Gemäßheit der Verordnung vom 24. März 1825 für die Trauscheine zu erhebenden Gebühren hin und wieder Zweifel entstanden, auch der Vorschrift des Resc. vom 24. Januar 1826, wonach der der h. Kammer zustehende Antheil an diesen Gebühren jährlich an h. Kammercasse abzuliefern und der h. Kammer ein Verzeichniß derselben einzusenden ist, nicht überall gleichförmig nachgekommen wird; so werden die h. Kr. Amt. damit aufmerksam gemacht, daß nach Vorschrift der gedachten Verordnung, in Vergleichung mit dem, über die Ausförm-

lung der Pässe unterm 2. Juli 1824 ergangenen höchsten Circul. Rescripte (f. S. 378) die Hälfte der für Ausfertigung der Trauscheine zu erhebenden Schreibgebühr zu zwei Gutegroschen und Siegelgebühr zu ebenfalls zwei Gutegroschen, also für einen jeden Trauschein zwei Gutegroschen der h. Kammercasse zu berechnen sind, die andere Hälfte aber dem Gerichte für die Expedition zukommt und soll zur Vereinfachung der Berechnung des der h. Kammercasse zukommenden Antheils derselben, statt der in dem Rescripte vom 24. Jan. 1826 vorgeschriebenen jährlichen besonderen Einsendung, von jetzt an bei den quartaliter einzusendenden Copialien-Rechnungen, dergestalt mit in Einnahme gebracht werden, daß in der nächsten, auf Michaelis 1827 einzureichenden Copialien-Rechnung alle bisher noch nicht berechneten und abgelieferten Gebühren dieser Art in Einnahme angesetzt und mittelst eines der Rechnung beizufügenden speciellen Verzeichnisses belegt, für die Folge aber in derselben Art, hinsichtlich der, in einem jeden Quartale einkommene Gebühren dieser Art, verfahren werde, wogegen denn die jährliche Einsendung eines Verzeichnisses derselben hinwegfällt.

Verordnungs-Sammlung.

V. die Anlegung einer Verordnungs-Sammlung betr. (S. 2.) [No. 1.] (5. Jan. 1814.)

(Landt. Absch. vom 11. Juli 1823 Art. 38.)

a) Mit dem Anfange des achten Tages, nachdem die Bekanntmachung in den Anzeigen geschehen, soll eine jede darin erwähnte Verfügung für gehörig publicirt gehalten werden. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1814.)

b) Für jede Gemeinde soll ein Exemplar gehalten werden und sollen die Ortsvorsteher sie aufbewahren. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1814.)

c) Der Preis ist jedes Vierteljahr vorans zu bezahlen. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1814.)

d) Die Bestellung und Bezahlung soll in den Postämtern geschehen. (S. 3.) [No. 1.] (5. Jan. 1814.)

V. die unentgeltliche Lieferung des Jahrganges 1818 der Verordn. Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betr. (S. 61.) [No. 14.] (11. Dec. 1817.)

V. die unentgeltliche Lieferung des Jahrganges 1820 der hiesigen Verordn. Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betr. (S. 1.) [No. 1.] (24. Jan. 1820.)

Bekanntmach. f. G. R. C. die unentgeltliche Verabfolgung der Verordnungs-Sammlung auf das Jahr 1823 betr. (S. 33.) [No. 11.] (3. Dec. 1822.)

Bekanntmach. f. G. R. C. die unentgeltliche Lieferung des Jahrgan-

Volljährigkeit. Wegbau — Weggeld.

467

geß 1825 der Verordn. Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betrff. (S. 118.) [No. 19.] (9. Nov. 1824.)

Bekanntmach., die unentgeltliche Lieferung des Jahrganges 1827 der Verordn. Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betrff. (S. 3.) [No. 1.] (29. Dec. 1826.) (1827.)

Volljährigkeit.

W. das zur Volljährigkeit erforderliche Alter betrff. (S. 160.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

§. 1. Das Alter der Volljährigkeit bleibt das 25ste Jahr. (S. 160.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

§. 2. Mit dem vollendeten 21sten Jahre hört die Vormundschaft auf; man kann aber über die Substanz des unbeweglichen und Capital=Vermögens nur mit Genehmigung des vormundschafftlichen Gerichts disponiren. (S. 160.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

Es wird verfahren wie im §. 50 der Verfüg. vom 3. Febr. 1814 vorgeschrieben ist.

§. 3. Diejenigen Personen, welche bis zum 1. März 1814 die Volljährigkeitsrechte erlangt haben, behalten sie. (S. 161.) [No. 9.] (15. Febr. 1814.)

Wegbau — Weggeld.

W. die Abtretung der zu den Chaussée-Anlagen und Behuf Gewinnung der zu denselben erforderlichen Materialien benötigten Grundstücke und die dafür auszumittelnde Entschädigung betrff. (S. 119.) [No. 14.] (26. März 1823.)

(Vergl. W. v. 10. März 1704 §. 6 in Frederseb. Promt. fortgesetzt von Rächendahl, 7r B. S. 233. Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 5, 15, 66, 67.)

§. 1. Verbindlichkeit zur Abtretung gegen Entschädigung nach entworfenem und genehmigten Plane. (S. 120.) [No. 14.] (26. März 1823.)

§. 2. Vollständige Entschädigung vor der Befignahme — wo thunlich, durch Anweisung anderer Grundstücke, in deren Ermangelung Geldvergütung; (S. 121.) [No. 14.] (26. März 1823.)

§. 3. wo möglich durch Vergleich, sonst durch Schätzung — Ernennung der 3 Taxatoren. (S. 121.) [No. 14.] (26. März 1823.)

§. 4. Vortragung der Gründe, wenn der Eigenthümer dafür hält, nicht vollständig entschädigt zu werden — Entscheidung. (S. 122.) [No. 14.] (26. März 1823.)

§. 5. Grundstücke, welche für den Eigenthümer einen ganz außerordentlichen relativen Werth haben, sind in der Regel zu einer unfreiwilligen Abtretung nicht anzuziehen — Gültliche Vereinbarung deshalb — Abschätzung im Entstehungsfalle. (S. 123.) [No. 14.] (26. März 1823.)

§. 6. Gleiches Verfahren in Ansehung der, zu Gewinnung der Behuf des Chaussée=Baues erforderlichen Materialien, benötigten Grundstücke mit Rücksicht des eigenen

Bedürfnisses — nicht der besondere Werth für den Chaussée-Bau ist in Anschlag zu bringen. (S. 124.) [No. 14.] (26. März 1823.)

B. die Herabsetzung des Chaussée-Geldes für die breitfelgigen Räder und die Erhöhung desselben für die mit Kopfnägeln und Stiften beschlagenen Räder betrff. (S. 127.) [No. 15.] (26. März 1823.)

Von dem Fuhrwerke, dessen cylindrische Radfelgen 6 Zoll braunschw. Maaß erreichen, soll nur die Hälfte; von denen zu 8 Zoll, ein Drittel; die 10 Zoll erreichen, sind frei.

Fuhrwerk mit hervorstehenden Kopfnägeln oder Stiften bezahlt doppelt. (S. 128.) [No. 15.] (26. März 1823.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. G. R. E. v. 12. September 1815,

wegen der von Testamenten u. abzugebende Gelder zur Wegeverbesserungs-Anstalt, f. Arme u. f. G. 3.

Resc. f. R. E. v. 11. Juli 1818.

Es wird hiemit unverhalten, daß nach der annoch bestehenden Einrichtung und dem in der Verordnung vom 22. Febr. 1811, laut des derselben sub No. 9 angehängten Entwurfs, vorgeschriebenen Rechnungswesen der Chausséeelder die Strafen wegen der Contraventionen gegen die Begeordnung von den Chausséeelds-Einnehmern vereinnahmt und berechnet werden müssen, die letztern auch dazu besonders durch den §. 4 der Instruction über das Rechnungs- und Chausséeegeschäft und die Controle in Hinsicht der Chausséeelds-Einnahme vom 1. März 1813 angewiesen sind.

Resc. f. R. E. v. 25. September 1818.

Zufolge eines höchsten Rescr. vom 5. Juli 1818 soll eine genaue Untersuchung längs den sämtlichen Chausséen in den hiesigen Landen angestellt werden, um das in einer gewissen Entfernung von denselben befindliche und bisher unentdeckt gebliebene brauchbare Straßen-Bau-Material jeder Gattung aufzufinden und dem bisherigen Mangel davon abzuhehlen.

Es wird den f. Kr. Ger. ein Extract aus der dem zu diesem Geschäfte beauftragten Obersteiger erteilten Instruction zufertigt und werden dieselben veranlaßt, den Requisitionen desselben Genüge zu leisten, ihm diejenigen Notizen und Nachrichten, welche sie zu geben im Stande sein werden und die zur besseren Erreichung des vorliegenden Zwecks dienen können, mitzutheilen und dazu überhaupt alles dasjenige beizutragen, was in ihren Kräften steht.

Extract aus der Instruction über das Verfahren bei Erforschung und Auffindung brauchbarer Chaussée-Bau-Materialien in den hiesigen Landen, welche dem

Obersteiger N. N. unter dem 25. Sept. 1818 erteilt ist.

§. 4. Innerhalb des bemerkten Umkreises von einer Stunde müssen die Wälder,

Aecker, Aenger, Weiden u. und überhaupt alle diejenigen Grundstücke und Plätze, wo nach der Beschaffenheit des Bodens und nach sonstigen Anzeigen gedachte Materialien vermutet werden können, genau untersucht werden. Derselbe hat daher, ehe er mit dem Bohren und Schürfen den Anfang machen läßt, die Localumstände und alle sonstigen Anzeigen zu prüfen und alsdann die Aufsuchung vornehmen zu lassen.

Nicht weniger hat er von den angestellten Wegebaumeistern, Aufsehern und Wegewärtern und überhaupt von allen denjenigen Personen, von denen nützliche Nachrichten erwartet werden können, sich Notizen darüber zu verschaffen, wo bereits Steinbrüche, Gränd = Riesel = und Sand = Gruben vorhanden sind, oder wo zu erwarten ist, daß sich brauchbare Materialien jener Art vorfinden möchten.

§. 11. Derselbe hat sich bei dem Anfange der Untersuchung an einer Straße, bei dem betreffenden Kr. und St. Ger., in deren Umfange die Straße belegen ist, zu melden und demselben davon, daß er die quaest. Untersuchung vornehmen werde, Nachricht zu ertheilen, auch hat er mit dem betreffenden Wegebaumeister deshalb Rücksprache zu nehmen, und sind sämtliche Behörden und Officianten angewiesen, ihm bei der Ausrichtung des Geschäfts, so viel an ihnen ist, Beistand zu leisten, zu welchem Ende er sich bei denselben durch Vorzeigung seines Auftrages legitimiren wird.

§. 14. Uebrigens muß bei den Untersuchungs = Arbeiten, besonders bei dem Schürfen, dahin gesehen werden, daß an den Grundstücken und an den Früchten kein wesentlicher Nachtheil geschehe und ist dabei mit möglicher Schonung zu verfahren.

Diejenigen Schürflöcher, wo das Schürfen völlig mißlungen und überall kein brauchbares Material gefunden ist, sind sogleich wieder zuzuworfen und gehörig zu planiren.

Wo hingegen die Schürfversuche irgend einen Erfolg gehabt haben und auf den eingegangenen Bericht eine nähere Untersuchung von Seiten der Wegbau = Behörde erforderlich sein möchte, sind die Löcher bis zu weiterer Anweisung offen zu lassen. Sollten dieselben so belegen sein, daß sie für Menschen und Vieh Gefahr drohen, so müssen solche mit einer leichten Befriedigung von Stangen und Ricken versehen werden.

Resc. f. R. E. v. 11. Juli 1819.

Da Zweifel darüber entstanden sind, ob die Kreisbeamten, wenn sie auf Dienstreisen begriffen sind, das Chauffeegeld bezahlen müssen, so ist zu deren Beseitigung die höchste Bestimmung erfolgt, daß die Beamten das Chauffeegeld zwar bezahlen, in Official = Sachen solches aber unter den Gerichtsverwaltungskosten mit zu berechnen haben, welches den Kr. Ger. zur Nachachtung bekannt gemacht wird.

Resc. f. R. E. v. 19. August 1823.

Es sind die Häuslinge auf den f. Domainen und adlichen Gütern und in Pfarr- und Pfarrwitwenhäusern, so wie die Bewohner einer Eisenhütte, insofern dieselben Vieh, ohne Erlegung eines Weibegeldes, auf die Weide der betreffenden Gemeinde treiben, und an den sonstigen Einkünften der Gemeinde auf gleiche Weise, wie die übrigen Häuslinge,

470 Wegbau — Weggeld, Rescripte. Weser-Schifffahrt.

Theil haben, zu dem Wegbaue nach demselben Verhältnisse wie die letzteren, nämlich zu einem Drittel dessen, was die Brinksäger leisten, herbeizuziehen.

Resc. L. Str. C. v. 16. November 1825.

Die Kosten des Baues und die Unterhaltung der Chausséen sind so bedeutend und die Tariffsätze des Chausséegeldes im Verhältnisse zu diesen Kosten so mäßig, daß durch die Einnahme an Chausséegeldern jene Kosten bei Weitem nicht gedeckt werden.

Um diesen Mißverhältnissen thunlichst abzuhelpen, hat das L. Str. C. beschlossen, in Zukunft überall keine Freipässe auf Chausséegeld zu ertheilen, da der gute Zustand der Chausséen für die Fuhrleute den Vortheil hat, größere Lasten mit geringeren Kräften und Erhaltung des Geschirrs fortzuschaffen, und die durch Einäscherungen von Gebäuden in Schaden versetzten Landbewohner sich in der Regel einer solchen Unterstützung zu erfreuen haben, daß ihnen die Erlegung des auf dem Transporte der Materialien zu den Neubauten zu bezahlenden geringen Chausséegeldes nicht drückend sein kann.

Damit nun die zeitlich in dergleichen Sachen erstatteten Berichte erspart werden, setzt das L. Str. C. die Oberhauptleute von dem genommenen Beschlusse mit dem Ersuchen in Kenntniß, die betreffenden Behörden davon zu benachrichtigen.

Bekanntmachung des L. Str. C. v. 31. October 1827.

Demnach durch ein höchstes Resc. vom 19. Oct. 1827 befohlen worden, wegen der Promulgation des Straftarifs in Beziehung auf Chaussée-Polizei-Vergehen das Erforderliche zu verfügen: so wird höchstem Befehle zufolge dieser Straftarif zur allgemeinen Nachachtung zur Kenntniß der Gerichte, Wege- und Steuer-Officianten und des gesammten Publicums gebracht.

(Wegen der, auf den Chausséebau verwendeten Summe, s. neues vaterländisches Archiv des Königreichs Hannover und des Herzogthums Braunschweig. 1828. 1stes Heft.)

Weser-Schifffahrt.

W. die am 10. Sept. 1823 zu Minden abgeschlossene Weser-Schifffahrts-Acte betr. (S. 17.) [No. 6.] (5. März 1824.)

W. die Ertheilung der Erlaubniß-Scheine für diejenigen in den hiesigen Landen wohnenden Schiffer betr., welche auf dem Weserstrom Schifffahrt zu betreiben beabsichtigen. (S. 57.) [No. 7.] (5. März 1824.)

§. 1. Anbringung des Gesuchs wegen der Erlaubniß — Ausnahmen. (S. 57.) [No. 7.] (5. März 1824.)

§. 2. Bevollmächtigung zur Ertheilung der Erlaubniß-Scheine. (S. 58.) [No. 7.] (5. März 1824.)

§. 3. Vorherige Prüfung wegen der Ausstellung der Erlaubniß-Scheine — Untersuchung der Fahrzeuge. (S. 58.) [No. 7.] (5. März 1824.)

Weser-Schiffahrt.

471

- §. 4. Aeußere Bezeichnung des Schiffs — Formular des Erlaubniß-Scheins. (S. 59.) [No. 7.] (5. März 1824.)
- §. 5. Gültigkeit des Erlaubniß-Scheins auf ein Jahr — Befugniß zur Fahrt von Minden bis in die offene See u. (S. 60.) [No. 7.] (5. März 1824.)
- §. 6. Gebühren für den Schein — Erstattung der für die Bezeichnung der Schiffe veranlaßten Kosten. (S. 60.) [No. 7.] (5. März 1824.)
- §. 7. Recurs wegen der geschehenen Verweigerung des Erlaubniß-Scheins. (S. 60.) [No. 7.] (5. März 1824.)
- §. 8. Zurücknahme des Scheins vor Ablauf der einjährigen Bewilligungszeit. (S. 61.) [No. 7.] (5. März 1824.)
- §. 9. Vergehen der fremden Schiffer auf dem diesseitigen Gebiete. (S. 61.) [No. 7.] (5. März 1824.)
- Seren. Verordn., die von der zu Bremen versammelt gewesenen ersten Weser-Schiffahrts-Revisions-Commission verabredeten Ergänzungen der Weser-Schiffahrts-Acte betr. (S. 39.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 1. Zu §. 2 der Weser-Acte. Niederlassung und Wiederaufwinden der Fährlinie durch eigene Leute der Besitzer der Fähranstalten ohne Verzug. (S. 40.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 2. Zu §. 12. Berichtigung der Tabelle A. (S. 40.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 3. Zu §. 15. Ermäßigung des Zolls auf 3 Viertel — Vorbehalt. (S. 40.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 4. Zu §. 16. Berichtigung der Anlage C. (S. 41.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 5. Zu §. 17. Modificirung des §. 17. (S. 41.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 6. Zu §. 20. Berichtigung der Normalgewichts-Tabellen. (S. 43.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 7. Zu §. 24. Von den gegen einander über belegenen Zollstätten Beverungen und Lauenförde, ist die erste als unterhalb der letztern belegen anzunehmen. (S. 43.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 8. Zu §. 50. Es hat bei der Schiffahrts-Acte übriges sein Bewenden. (S. 43.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 9. Bestimmung des Zeitpuncts der Wirksamkeit der Verabredungen. (S. 44.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Art. 10. Bestimmung der Zusammenkunft der nächsten Revisions-Commission. (S. 44.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Anlage A. Verhältnisse der, im §. 12 der Weser-Acte gegebenen Gewichts-Mengen- und Getreide-Maß-Bestimmungen. (S. 45.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)
- Anlage B. Verzeichniß der durch die Weser-Schiffahrts-Acte beibehaltenen Zoll-

stätten an der Weser mit specificirter Angabe der daselbst zu erhebenden Zoll-Sätze. (S. 48.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)

Anlage C. Normal-Gewichts-Tabelle zur Berechnung des Weserzolls. (S. 54.) [No. 11.] (5. Mai 1826.)

Wiesen-Behütung.

W. die Bestimmung des Hütungs-Termins der einhauigen Wiesen betrff. (S. 97.) [No. 12.] (26. März 1823.)

Die Hegungszeit der einhauigen Wiesen soll mit dem 12. Mai jeden Jahrs ihren Anfang nehmen; wegen der zweihauigen bleibt es bei der Bestimmung des Circular-Rescripts vom 17. April 1753.

(S. Frederich. Promt. X. 5 S. 242. Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 58.)

W. eine Declaration des Circul. Resc. vom 17. April 1753 und der Verordn. vom 26. März 1823, die Wiesenhegung betrff.; über uneingeschränkte Anwendung der bestimmten Hegungszeit. (S. 35.) [No. 10.] (18. Juni 1827.)

§. 1. Anwendung des Circul. Resc. auf alle, aber auch nur auf solche Wiesen, welche bereits zu solcher Zeit zweischurig gewesen, oder seitdem zu den zweischurigen übergegangen sind. (S. 36.) [No. 10.] (18. Juni 1827.)

§. 2. Eintreten der in der Verordnung vom 26. März 1823 bestimmten Hegungszeit für einschurige Wiesen. (S. 37.) [No. 10.] (18. Juni 1827.)

R e s c r i p t.

Resc. f. G. R. C. v. 18. März 1824.

Wie die Bestimmungen des Circul. Resc. vom 17. April 1753 und der Verordn. vom 26. März 1823, daß die zweihauigen Wiesen vom 1sten und die einhauigen Wiesen vom 12. Mai an nicht mehr behütet werden sollen, deutlich genug ein zur Schonung des Grasschwundes des allgemeinen Bestens wegen erlassenes Polizeigesetz enthalten, vermöge dessen eine spätere Behütung der Wiesen gänzlich verboten ist, und mithin auch durch Herkommen, Observanz, oder Verjährung nicht rechtlich begründet werden kann, dagegen aber hergebrachte, oder sonst bestehende frühere Hütungsstermine allerdings beachtet werden müssen, so haben die f. Kr. Ger. hiernach in vorkommenden Fällen sich zu achten und zu verfügen.

Wildschäden.

Die Verordnung vom 16. September 1827, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betrff., f. S. 63 folg.

Auf den Grund der Bestimmung des §. 6 der landesherrl. Verordnung vom 16. Sept. 1827 ist in den Br. Anz. eine Uebersicht des in den herzogl. Jagdrevieren vorhandenen

Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt 2c. Refer. 473

handenen Roth- und Dammtwibes und der davon in dem Rechnungsjahre 182⁹ zu schießenden Stückzahl, den 31. Juli 1828, mitgetheilt.

Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt.

W. die Ausdehnung des §. 12 der Verordn. vom 30. März 1775 auf die aus der Militair-Wittwen-Casse auszahlenden Wittwengehalte betrff. (S. 61.) [No. 7.] (29. Juni 1819.)

Bekanntmach., die Vereinigung der früher besonders bestandenen Civil-Bedienten-Wittwen und Waisen-Casse für die landesherrlichen und landschaftlichen Bedienten betrff. (S. 21.) [No. 6.] (26. Juli 1822.)

(Landt. Absch. v. 11. Juli 1823 Art. 23, 34.)

Verwaltung durch eine gemeinschaftliche Deputation nach gleichen Grundsätzen. (S. 21.) [No. 6.] (26. Juli 1822.)

W. die in Braunschweig errichtete allgemeine Wittwenversorgungs-Anstalt betrff. (S. 1.) [No. 1.] (19. Dec. 1824.) (Im Jahrgange 1825.)

§. 1. Gerechtfame und Befugnisse dieser Anstalt. (S. 1.) [No. 1.] (19. Dec. 1824.)

§. 2. Kein Arrest auf die daraus zu zahlenden Pensionen. (S. 2.) [No. 1.] (19. Dec. 1824.)

§. 3. Portofreiheit. (S. 2.) [No. 1.] (19. Dec. 1824.)

§. 4. Unentgeltliche Ausfertigung der erforderlichen Bescheinigungen. (S. 2.) [No. 1.] (19. Dec. 1824.)

R e s c r i p t e.

Bekanntmachung f. G. R. E. v. 26. Juli 1822.

Demnach in Gemäßheit einer mit der löblichen Landschaft getroffenen Verabredung, die früher besonders bestandenen Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisen-Cassen für die landesherrlichen und landschaftlichen Bedienten nunmehr vereinigt und nach gleichen Grundsätzen von einer gemeinschaftlichen Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisen-Cassen-Deputation verwaltet werden sollen, und solche Deputation mit dem 1. Oct. d. J. in Wirksamkeit treten wird; so wird solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und haben sich daher diejenigen, welche in den betreffenden Angelegenheiten etwas vorzutragen haben, von dem vorgedachten Zeitpunkte an, an jene Deputation zu wenden.

(Wr. Anz. 1822 No. 60.)

Resc. f. R. E. v. 2. October 1822.

Da durch ein allerhöchstes Resc. vom 3. Sept. 1822 vorgeschrieben worden, daß von sämmtlichen städtischen Beamten, von der fixen Besoldung, indem solches von einigen derselben bisher nicht geschehen ist, die reglementmäßigen Beiträge zur f. Civil-Bedienten-Wittwenkasse geleistet werden sollen, so werden die Oberhauptleute veranlaßt, von sämmt-

lichen städtischen Officianten, welche einen fixen Gehalt aus den Stadt-Cassen zu beziehen haben, ein Verzeichniß mit der Bemerkung, welche von denselben zu f. Wittwen-Casse noch keinen Beitrag geleistet, anfertigen zu lassen und solches der f. Civil-Be diensten-Wittwencassen-Deputation einzusenden.

Wollmarkt.

W. die Errichtung eines Wollmarkts in Braunschweig betr. (S. 5.) [No. 2.] (12. Jan. 1823.)

Vom Donnerstage in der ersten Woche der Laurentius-Messe an bis zum Donnerstage der zweiten Woche — Ausdehnung der auf die Messe Bezug habenden Verordnungen auf dem Wollmarkt. (S. 5.) [No. 2.] (12. Jan. 1823.)

Zoll und Accise. (S. auch Steuern.)

W. wegen Erhebung des Durchzolls.

4 Ggr. vom Schiffsfunde auf den Packhöfen. (S. 49.) [No. 4.] (17. Jan. 1814.)

W. die mit dem bisherigen Zoll- und Accisetarife vorläufig vorzunehmenden Veränderungen betr. (S. 5.) [No. 2.] (3. Febr. 1815.)

§. 1. Erhebung nach dem neuen Tarife vom 3. Febr. 1815. (S. 5.) [No. 2.] (3. Febr. 1815.)

§. 2. Provisorische Beibehaltung der Consumtionssteuer vom Getreide und Schlachtviehe, so wie auch der Bier- und Brannteweinsaccise. (S. 6.) [No. 2.] (3. Febr. 1815.)

§. 3. Vorbehalt wegen der Verwaltung. (S. 6.) [No. 2.] (3. Febr. 1815.)

§. 4. Bestrafung der Defraudationen und Bekanntmachung des Urtheils. (S. 7.) [No. 2.] (3. Febr. 1815.)

W. f. G. R. C. die Insertion des mittelst der Verordn. vom 3. Febr. 1815 sanctionirten Zoll- und Accisetarifs in die Verordnungs-Sammlung betr. nebst Tarife. (S. 17.) [No. 4.] (11. März 1815.)

W. die Aufhebung der bisherigen Eingangs-Abgabe auf fremden Cichorien-Caffee betr. (S. 129.) [No. 15.] (26. März 1823.)

W. die Eingangs-Abgaben von mehrern ausländischen Berg- und Hütten-Producten und Fabrikaten betr. (S. 19.) [No. 6.] (17. Mai 1827.)

§. 1. Erhebung nach den benannten Sägen. (S. 19.) [No. 6.] (17. Mai 1827.)

§. 2. Für die nicht benannten bleiben die bisherigen Abgabe-Sätze unverändert. (S. 21.) [No. 6.] (17. Mai 1827.)

§. 3. In Ansehung der königl. hannov. Producte haben die Säge keine Anwendung. (S. 21.) [No. 6.] (17. Mai 1827.)

S. 4. Wegen des schwedischen und außerhalb Deutschland producirten Eisens, hat es bei dem Tarife vom 3. Febr. 1815 und D. vom 30. Jan. 1821 sein Verbleiben. (S. 21.) [No. 6.] (17. Mai 1827.) (S. 408.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. E. v. 28. Februar 1817.

Um die Defraudation der Zoll-Abgaben von Frachtgütern auf den Zollstätten und in den Fällen, wo die Gefälle nicht nach der Anzahl der vorgespannten Pferde, sondern nach dem Gewichte der Ladung erhoben werden, zu verhüten, ist folgendes Verfahren zu beobachten. In der Regel werden auf jedes vorgespannte Pferd 6 Centner Ladung gerechnet, und sind darnach die Gefälle zu berechnen und zu erheben. Es bleibt jedoch den Fuhrleuten unbenommen ein Mindergewicht nachzuweisen, welches durch Vorzeigung der Frachtbriefe geschehen kann, wobei jedoch die Zolleinnehmer, so viel als möglich die Ladung mit den Frachtbriefen zu vergleichen haben, damit nicht etwa ein Frachtbrief zurückbehalten wird. Weigert sich der Fuhrmann die Frachtbriefe vorzuzeigen, so bleibt es bei der angeführten Regel und er ist nicht durchzulassen, falls er nach dieser Berechnung, den Zoll nicht entrichten will. Ist hingegen ein Mindergewicht nachgewiesen, so dient dasselbe zur Berechnung der Gefälle. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß, wenn nur einzelne Stücke geladen sind und offenbar die Ladung nicht voll ist, das Gewicht nach Umständen zu bestimmen und darnach der Zoll zu erheben ist, so wie denn auch der letztere nach dem declarirten Gewichte erhoben werden kann, ohne weitere Bescheinigung zu verlangen, wenn dasselbe das Verhältniß zu 6 Centner auf ein Pferd übersteigt. Diese Verfügung findet auf den Zöllen keine Anwendung, auf welchen die Frachtgüter nicht nach dem Gewichte, sondern nach den Pferden und stückweise verzollt werden.

Resc. f. R. E. v. 19. April 1817.

Die Zollabgabe muß von den betreffenden Gegenständen, so bald und so oft sie, es sei in derselben oder in veränderter Gestalt, die Zollstätte passiren, insofern nicht ein Andres durch Gesetz oder Vertrag bestimmt oder durch Observanz hergebracht ist, entrichtet werden.

Resc. f. R. E. v. 20. November 1817.

In der Zollrolle vom 3. April 1700 ist nicht enthalten, daß für jeden einzelnen Gegenstand, welcher darin aufgeführt ist, der Zoll nach dem Verhältnisse der Ansätze in derselben, die Gegenstände mögen in Quantitäten durchgehen, worin sie wollen, allgemein der ausgeworfene Zollsatz erhoben werden soll, vielmehr ist ausdrücklich darin festgesetzt, daß von einem Frachtwagen mit verpackten Gütern von jedem Pferde vor demselben ein Gutergrösch, ohne alle Rücksicht auf die Gegenstände der Ladung und die Zollsätze, einzufordern ist. Die Zollrolle bestimmt die Zollsätze nicht für jeden Centner oder Tonne, Faß, Ballen, Decher, Stück, Eimer zc. dergestalt, daß nach diesem Verhältnisse, wenn mehrere Centner, Tonnen zc. geladen, oder ein voller Frachtwagen mit dergleichen und

andern Waaren bepackt ist, die Abgaben darnach ausgemittelt und entrichtet werden sollen, sondern sie schreibt nur vor, daß, der Tarif von jedem einzelnen Artikel Statt finden soll, wenn ein Centner, ein Eimer u. durchgeht und drückt solches absichtlich mit Zahlen aus. Sie setzt dabei in diesem Falle mit dem Ausdrucke: da die Güter stückweise verzollt werden, eine Nebenabgabe zu 4 Pfennigen von einem Pferde in Sehlen, d. h., welches angespannt ist, fest und bildet durch diese Bestimmungen zwei Sätze, nämlich 1) für einen beladenen Frachtwagen mit Gütern ohne Unterschied à Pferd 1 Ggr., 2) für einzelne geladene Gegenstände, wenn der Wagen nicht verpackt ist, d. h. keine volle Ladung, sondern nur ein einzelnes Stück Gut transportirt, den Tarif des Gegenstandes und besonders von einem vorgespannten Pferde 4 Pf.

Dieses ist daraus zur Genüge ersichtlich, daß in allen den Fällen der Zollrolle, worin ein specieller Tarif festgesetzt, auf welche aber der Begriff von Stücken oder stückweise nicht anwendbar ist, jedoch die besondere Verzollung der Pferde Statt finden soll, um allen Zweifel diesermwegen zu verhüten, diese Verzollung wiederholt angeführt ist, als bei Fudern, Karren, Wispeln u.

Resc. f. R. E. v. 23. Juni 1821.

Es muß in jedem Falle der Landzoll, wenn die Zollstätte berührt wird, entrichtet werden, darunter können aber die Gegenstände, welche von dem Orte der Zollstätte aus transportirt werden, nicht gerechnet werden.

Resc. f. R. E. v. 9. März 1826.

Zu mehrerer Erleichterung des Verkehrs zwischen den hiesigen und den königl. hannöv. Landen ist nachgelassen:

1) daß die auf den Straßen von Varum nach Lutter am Warenberge und von Halchter über Schladen nach Harzburg jetzt bestehende Einrichtung, nach welcher die dem allgemeinen Zollsatz unterworfenen Gegenstände von dem Ausgangszolle befreiet sind, dahin ausgedehnt werde, daß alle auf jenen Straßen transportirten Gegenstände ohne Unterschied, ob sie den allgemeinen oder besonderen Zollsätzen unterliegen, insofern sie der abzugebenden Declaration zufolge nach dem Ausgange das hannöversche Gebiet nicht wieder berühren, um an den Bestimmungsort zu gelangen, nur einem Antheile der angeordneten Eingangszollsätze und zwar zu einem Achttheile derselben unterworfen werden, bei dem Wiederausgange aber ganz zollfrei, auch der Sicherheit wegen die Zollgefälle von den eingangssteuerfreien Gegenständen zwar bei der Einfuhr zu voll erhoben, die erlassenen Siebenaachttheile jedoch bei dem Wiederausgange erstattet werden sollen;

2) daß das in den hiesigen Landen fabricirte rohe leinen Garn, welches unverpackt schon nach dem Zolltarife bei der Ein- und Ausfuhr völlig frei ist, im Falle der Verpackung aber dem allgemeinen Zollsatz unterliegt, selbst im verpackten Zustande, sobald es mit obrigkeitlich beglaubigten Ursprungsbescheinigungen versehen ist, sowohl bei dem Ein- als Ausgange nur mit einem Vierteltheile des bisherigen Zollsatzes, nämlich mit sechs Pfennigen für Einhundert Pfunde, jedesmal belegt werden soll;

3) daß eine gleiche Zollermäßigung auf sechs Pfennige für Einhundert Pfunde auch für die in den hiesigen Landen fabricirte Leinwand, sobald sie mit ähnlichen Ursprungsbescheinigungen versehen worden, ohne Unterschied, ob sie grob oder fein, verpackt oder unverpackt ist, zugestanden werden soll;

4) daß der Durchfuhr des Getreides, des Rübe-Kapp- oder Winter-Saamens auf der Straße nach Hamburg dieselbe Erleichterung, welche ihr bereits auf der Straße nach Bremen bewilligt ist, und die Exportationsfrist von drei auf sechs Monate verlängert werden soll;

5) daß der Durchgangszoll für den in den hiesigen Landen fabricirten Eichorien-Caffee, falls derselbe mit obrigkeitlich beglaubigten Ursprungsbescheinigungen begleitet ist, von fünf Gutegroschen auf drei Gutegroschen für Einhundert Pfund herabgesetzt und künftig bei dem Eingange statt der bisherigen vier Gutegroschen nur zwei Gutegroschen, bei dem Ausgange aber ferner der bisherige Tariffatz von einem Gutegroschen für Einhundert Pfunde erhoben werden soll;

6) daß zur Erleichterung der Communication mit dem Amte Vörsfelde der Verkehr zwischen letztem und den übrigen Theilen des hiesigen Landes, mit denselben Zollabgaben belegt werden soll, welche auf den Straßen von Barum nach Lutter am Barenberge und von Halchter über Schladen nach Harzburg erhoben werden, und daß diese Erleichterung nicht bloß auf der über Mörse führenden Straße, auf welcher, weil solche nur mit einer Nebenzoll-Receptur besetzt ist, nicht alle Waaren durchgeführt werden dürfen, sondern auf allen daselbst in Frage kommenden Gränz-Recepturen Statt finden soll.

Nach den von der königl. großbrit. hannöb. Oberzoll-Direction zu Hannover an die Zoll-Direction erlassenen Verfügungen sind sämtliche vorgedachte Bestimmungen vom 8. März d. J. an in Ausführung zu bringen gewesen und müssen die unter No. 2, 3 und 5 bemerkten Ursprungsbescheinigungen, mit welchen die Transporte außer den nach der königl. Zollverordnung vom 9. Sept. v. J. und nach dem Artikel 4 der öffentlichen Bekanntmachungen der königl. Oberzoll-Direction vom 22. Sept. v. J. allgemein erforderlichen Lagerungs- und sonstigen Legitimations-Documenten noch besonders begleitet sein sollen, nur von den Fabrikanten im Braunschweigschen selbst, oder ebenfalls von deren bekannten Factoren, oder Fabrikvorstehern ausgestellt und darin angegeben sein:

der Gegenstand selbst, die Anzahl der Colli, deren Marken oder Nummern, das Gewicht der Packungen als Verzollungsmaßstab.

Auch haben die Aussteller den Umstand, daß der Gegenstand im Braunschweigschen fabricirt worden, auf ihre Ehre und Gewissen ausdrücklich zu bezugen, außerdem aber noch die Eigenhändigkeit ihrer Namensunterschrift durch ein nachgefügtes, besiegeltes Attest der betreffenden braunschweigischen Ortsobrigkeit beglaubigen zu lassen.

Bei Versendungen des rohen leinen Garns und der Leinwand sollen auch Certificate zugelassen werden, welche nicht von den Fabrikanten, oder deren Factoren und Vorstehern selbst, sondern von den Leinenhändlern in hiesigen Landen ausgestellt worden,

und muß bei Versendungen des Eichorien=Caffees noch insbesondere der ausländische Bestimmungsart in den Certificaten angegeben sein, um der Zollermäßigung beim Eingange theilhaftig zu werden.

Die Dauer der Gültigkeit der Certificate ist auf sechs Wochen, vom Tage der Ausstellung an, beschränkt und treten übrigens bei falschen, oder verfälschten Certificaten die im §. 71 der königl. Zollverordnung angedrohten Strafen ein.

Was die Bestimmung unter No. 4 betrifft, so soll nach einer öffentlichen Bekanntmachung der königl. Oberzoll=Direction de dato Hannover den 13. Februar d. J. die partielle Erstattung des Eingangszolles von Getreide, Rapp= Rübe= oder Winter=Saamen und Hülsenfrüchten nicht bloß dann Statt finden, wenn die Früchte über die Hauptzoll=Recepturen Abbenßen (vorhin Steberdorf,) Walle, Rothemühle, oder Dungenbeck ein und über die Haupt=Recepturen zu Verden, Osterdamm, oder Hemelingen wieder ausgeführt werden, sondern auch außerdem in den Fällen, wo die Einfuhr über die Recepturen Wendebüsch, Harybüttel, Essenrode, Hattorf, Barnstorf, Trendel, Almkte, Gallersleben, Ochsendorf, Ehra, oder Groß=Lafferde und die Ausfuhr über Lüneburg oder Harburg erfolgt.

Die Erstattung beträgt in allen diesen Fällen für jeden wieder ausgeführten Humpfen Neu=Braunschweigscher Maasse zehn Pfennige, wenn der Eingangszoll einen Gutengroschen, vier Pfennige, acht Pfennige wenn solcher einen Gutengroschen und sechs Pfennige, wenn selbiger acht Pfennige ausmacht.

Die auf sechs Monate verlängerte Exportationsfrist wird vom Tage der Eingangszoll=Abfertigung angerechnet und auf alle diejenigen Fälle erstreckt, in welchen eine partielle Erstattung des Eingangszolles zulässig ist.

Diese Erstreckung findet auch auf diejenigen Früchte Anwendung, welche seit dem 1. October v. J. unter Beobachtung der gegebenen Vorschriften ein= und bislang noch nicht wieder ausgeführt sind.

Resc. h. R. E.

Da nach einem Schreiben des königl. großbritt. hannöb. Cabinets=Ministerii vom 16. Februar 1827 auf den Straßen,

- a) von Braunschweig über Hildesheim nach Holzminden und Ottenstein, welche Straße bei Bettmar unsern Groß=Lafferde in das Königreich Hannover ein und bei Capellenhagen oder Dörshelf aus demselben wieder ausführt;
- b) über Lafferde auf Bodenwerder nach Ottenstein;
- c) von Braunschweig nach Langelsheim, eintretend in das Königreich Hannover bei Weinum und wieder austretend bei Bredeln;
- d) über Grassdorf und Bokenem nach Gandersheim, Rühden und Bornhausen, die nämlichen Erleichterungen hinsichtlich des hannöverschen Zolles zugestanden sind, welche bereits für die Straßen von Bahrum nach Lutter am Barenberge, von Halchter über Schladen nach Harzburg und für die Straße nach Worsfelde, verwilligt worden, und

dann nach einem bei h. Kammer eingegangenen Schreiben der königl. Oberzoll-Direction zu Hannover vom 29ten v. M. die Zollerleichterungen in jener Maaße für obige unter a bis d bezeichnete anderweite Straßen mit dem 17. April eintreten können, so wird dieses damit eröffnet um die Einwohner davon in Kenntniß zu setzen.

Resc. h. R. E. v. 21. Juni 1827,

worin das folgende Rescript den h. Rr. Aemtern zur Nachachtung und Bekanntmachung, mitgetheilt wird:

Der h. Braunschweig-Lüneburgschen Regierung ist, wiewohl unter dem Vorbehalte der Widerruflichkeit zugestanden, daß die Kaufleute und Gewerbetreibenden in den Herzogl. Braunschw. Landen, hinsichtlich der Waaren, welche sie nach hiesigen Märkten eingeführt haben, und von denselben unverkauft aus dem Königreiche wieder zurückzuführen von Bezahlung des Ausgangszolls frei gelassen werden sollen.

Zur näheren Bestimmung des Umfangs dieser Begünstigung machen Wir darauf aufmerksam:

- a) daß dieselbe nur den Kaufleuten und Gewerbetreibenden in den Braunschw. Landen zugestanden ist, mithin nicht Marktbeziehern aus andern fremden Ländern;
- b) hinsichtlich der Eingangszollpflichtigkeit der, auf hier inländische Märkte gebracht werdenden Marktgüter, ist überall in der bestehenden Verfassung nichts verändert.

Eben so wenig kommt

- c) eine Restitution der, nach wie vor zu bezahlenden Eingangszollgefälle bei der Wiederausfuhr der unverkauft zurückgehenden Waaren, namentlich auch des Viehes in Frage;
- d) die Bewilligung erstreckt sich nur auf solche Braunschw. Marktgüter, welche von Hannöb. Märkten direct nach dem Braunschw. wieder zurückgeführt werden; nicht aber auf solche, bevor sie nach dem Braunschw. zurückgebracht werden, von hiesigen Märkten nach ausländischen geführt sind, z. B. nach Hamburg, Bremen, Minden, Rinteln u.

Wenn dergleichen Marktgüter nach ausländischen Märkten weiter geschafft werden, so ist von ihnen, gleich wie für sie die Eingangszollgefälle bei der ersten Einfuhr haben bezahlt werden müssen, auch der Ausfuhrzoll zu erlegen, und nicht minder bei der Wiedereinfuhr von den ausländischen Märkten der abermalige Eingangszoll und bei der Wiederausfuhr nach dem Braunschw. der abermalige Ausgangszoll zu entrichten.

- e) Zum Ueberflusse wird noch hinzugefügt, daß, wenn auch die Braunschw. Marktgüter, welche von hiesigen Märkten nach ausländischen, nicht Braunschw. Orten ausgeführt werden, nicht ganz, oder theilweise zurückkommen, dennoch der Ausgangszoll bei der Ausfuhr von Hannöb. Märkten allemal bezahlt werden muß.
- f) Es ist nicht thunlich, solchen Braunschw. Marktgütern, bei ihrer Rückführung nach dem Braunschw. die Zollfreiheit zuzugestehen, welche beim Eingange versteuert und mit Steuer-Passier-Scheinen auf hiesige Märkte gebracht sind;

Zoll und Accise, Rescripte.

g. dagegen kommt es, um zu dem Genuße der Zollbefreiung bei der unmittelbaren Zurückführung nach dem Braunschweigschen zu gelangen nicht darauf an:

- aa) ob das Marktgut vor dem Rücktransporte auf einzelne oder mehrere inländische Märkte, von einem zum andern, geführt worden; oder ob
- bb) die Zurückführung über dieselbe, oder über eine andere Receptur erfolgt, als über welche die Einfuhr Satt gehabt hat.

Nach Anleitung dieser Bestimmungen über die Gränzen der Begünstigung, wird nun das Königl. Obersteuer-Collegium in Gemäßheit des, von demselben gemachten gefälligen Erbietens die Steuer=Officianten von den inländischen Marktförtern dahin instruiren lassen, daß sie auf den, den Braunschw. Marktbeziehern, über unmittelbar nach dem Braunschw. zurückgeführt werdende Marktgüter zu ertheilenden Abfertigungen, Folgendes notire:

„Braunschweigische, auf dem hiesigen Markte nicht abgesetzte Retour=Waaren.“

N. N.

Auf geschehene Producirung der so bezeichneten Steuerabfertigungen, und nach vorschriftsmäßiger Revision der Ladung ist die Retour=Waare zollfrei auszulassen. Da jedoch auf mehreren Gränzpuncten die Steuer= und Zoll=Recepturen von einander getrennt sind, so haben die zurückgehenden Braunschw. Marktbezieher sowohl die, über die Retour=Waare gelöste Steuer=Abfertigung, als auch die Retour=Waare selbst auf solchen administrationsseitig getrennten Puncten, zuerst der Zoll=Receptur vorzuzeigen, damit diese die Unverletztheit der, von Steuerwegen angelegten Plomben, oder Siegel recognoscire, und No. und Datum der Abfertigung in das Zollaussgangs-Register, mit der nöthigen Bemerkung über den Grund der Zollfreiheit eintrage, worauf wenigstens, wenn verdächtige Umstände vorkommen sollten, der Zoll=Officiant, der von der Gränzsteuer=Receptur vorzunehmenden Ablösung der Plomben, oder Siegel und der gründlichen Revision beizuwohnen hat.

Die Zoll=Directionen Einbeck, Lüneburg und Verden, jede in ihrem Bezirke, haben hienach die ihnen untergeordneten Zoll=Recepturen und sonstigen Officianten fordersamst zu instruiren, damit, sobald auch die Steuer=Officianten ihre Instruction erhalten haben werden, die zugestandene Begünstigung den Braunschw. Marktbeziehern unverzüglich zu Theil werden möge.

Nachrichtlich fügen Wir noch hinzu, daß für jetzt eine gleiche Vorschrift, wie die gegenwärtige, an die Zoll=Direction Lingen nicht erlassen ist, weil hinsichtlich der Märkte in den Landestheilen jenseits des Dümmer=Sees anwendbare Fälle nicht vorkommen möchten.

Hannover, den 8. Juni 1827.

Königl. Großbritt. Hannov. Oberzoll=Direction.

Resc. h. R. E. v. 5. October 1827.

Nach einem bei dem h. R. E. eingegangenen Schreiben der Königl. Oberzoll=Direction

iii

Zoll und Accise, Rescripte.

481

in Hannover vom 28. Sept. 1827 hat die bisherige Erfahrung gezeigt, daß die zu Gunsten der hiesigen Unterthanen bewilligte Ermäßigung des hannöb. Zolles auf der Straße von Halchter über Ohrum, Schladen, Wiedelah und Wienenburg nach Harzburg häufig von preuß. und auch hannöb. Eingeseffenen aus der Grafschaft Hohnstein und dem Amte Elbingerode zu ihrem Vortheile gemißbraucht ist, indem sie bei dem Eintritte in das Königreich Hannover eine falsche Declaration und, wie die Fälle verschiedentlich vorgekommen sind, eigends zu diesem Behufe entworfene falsche Frachtbriefe abgegeben haben, zu Folge welcher die Waare nach dem braunschw. bestimmt gewesen, oder daher kommen sollen.

Da nun die zugestandene Zollbegünstigung einzig und allein die Erleichterung des Verkehrs zwischen den Bewohnern der durch das hannöb. Gebiet getrennten hiesigen Landestheile bezweckt; so hat sich zur Abstellung der vorgedachten Mißbräuche die königl. Oberzoll-Direction genöthiget gesehen, vorläufig die Verfügung zu treffen, daß der Erlaß am Durchgangszolle auf der Eingangs benannten Straße nur denjenigen Waarenführern zu Theil werde, welche mit einer glaubhaften Bescheinigung des Absenders, oder des Empfängers der Waaren versehen sind. Diese Bescheinigungen müssen auf Ehre und Gewissen ausgestellt und die Namensunterschrift muß durch die Obrigkeit mit Weidrückung des Diesfiegels beglaubigt sein. Die Bescheinigung des Absenders, oder des Empfängers muß die Qualität und Quantität der Waaren, so wie die Anzahl der Colli und Marken und Nummern in Buchstaben ausgedrückt enthalten und außer dem Namen und Wohnorte des Ausstellers muß erstere bestimmt den Namen und Wohnort des Empfängers, letztere aber den Ort, woher die Waaren kommen, angeben. Die Giltigkeit dieser Certificate ist auf die Dauer von vier Wochen beschränkt.

Chronologisches Verzeichniß

der
Verordnungen und Circular-Rescripte,
welche
in der Verordnungs-Sammlung enthalten sind.

1813.
26. Decbr. Seite 137.
27. Decbr. 137.
30. Decbr. 89. 137.
31. Decbr. 140.
1814.
2. Januar. 262.
4. Januar. 35. 341.
5. Januar. 466.
8. Januar. 35.
9. Januar. 403.
10. Januar. 262.
15. Januar. 138. 140. 338.
341.
16. Januar. 403. 403.
17. Januar. 262. 474.
20. Januar. 391.
22. Januar. 142.
24. Januar. 123. 262. 262.
25. Januar. 404.
26. Januar. 262.
29. Januar. 262.
30. Januar. 262.
2. Februar. 45.
3. Februar. 45. 138. 142.
9. Februar. 111.

11. Februar. S. 262.
12. Februar. 386.
15. Februar. 43. 208. 262.
467.
19. Februar. 342.
24. Februar. 241. 339.
28. Februar. 137.
1. März. 137.
3. März. 262. 391.
8. März. 262.
10. März. 386. 404.
12. März. 262.
18. März. 464.
21. März. 340.
24. März. 2.
27. März. 262.
28. März. 14.
2. April. 263.
3. April. 262.
13. April. 262.
14. April. 182.
21. April. 338.
2. Mai. 183.
16. Mai. 149.
19. Mai. 179.
23. Mai. 138.
20. Juli. 241.

21. Juli. S. 404. 404.
29. Juli. 241. 241.
22. August. 138.
19. Decbr. 138.
29. Decbr. 343.
1815.
20. Januar. 208.
3. Februar. 474.
6. Februar. 3.
11. März. 474.
17. April. 263.
21. April. 404.
28. April. 405.
29. April. 344.
3. Mai. 184.
5. Mai. 45. 47.
29. Juni. 139.
3. Juli. 264. 344.
7. Juli. 137.
11. Juli. 407.
18. Juli. 137.
14. August. 264.
24. August. 55.
4. Decbr. 241.
11. Decbr. 55.
18. Decbr. 259.
28. Decbr. 138.

Chronologisches Verzeichniß der Verordnungen zc.

483

1816.

- 6. Januar. S. 1.
- 5. Februar. 265.
- 6. Februar. 89.
- 5. März. 629.
- 14. März. 149.
- 6. Mai. 242.
- 28. Mai. 629.
- 7. Juni. 138.
- 9. Juli. 55.
- 22. Juli. 89.
- 19. August. 55.
- 14. September. 12.
- 3. October. 334.
- 15. October. 1.
- 13. Decbr. 149. 256.
- 19. Decbr. 242. 243. 243.
- 260.
- 30. Decbr. 138.

1817.

- 31. März. 407.
- 19. Mai. 407.
- 5. Juni. 395.
- 1. Juli. 34.
- 22. Juli. 336.
- 6. August. 336.
- 22. August. 55.
- 11. September. 184.
- 18. September. 396.
- 29. September. 150.
- 1. October. 43.
- 11. Decbr. 56. 466.
- 15. Decbr. 138.

1818.

- 2. Januar. 1. 150.
- 6. Januar. 151.
- 26. März. 269.
- 4. Mai. 44.
- 1. Juni. 395.
- 11. Juni. 269.
- 30. Juni. 270. 272.
- 9. Juli. 271.
- 3. August. 336.
- 17. August. 56.

25. September. S. 395.

- 5. October. 338.
- 15. November. 244.
- 1. December. 139.

1819.

- 12. Januar. 1.
- 21. Januar. 408.
- 26. Februar. 386.
- 8. März. 271.
- 30. März. 272.
- 4. Mai. 273.
- 10. Juni. 395.
- 15. Juni. 273. 273.
- 29. Juni. 473.
- 6. September. 246.
- 30. September. 395.
- 15. October. 33.
- 25. October. 15. 33.
- 15. December. 139.

1820.

- 24. Januar. 466.
- 17. Februar. 16.
- 10. April. 336.
- 25. April. 246.
- 1. Mai. 1.
- 5. Juni. 396.
- 13. Juli. 152.
- 31. Juli. 274.
- 25. September. 16.
- 30. September. 396.
- 9. October. 252.
- 13. December. 139.

1821.

- 30. Januar. 408.
- 20. Februar. 33.
- 6. Juni. 396.
- 24. Juli. 337.
- 30. Juli. 274.
- 27. August. 56.
- 27. September. 396.
- 29. October. 123. 182. 244.
- 245. 280. 287. 289. 290.
- 397. 408. 410. 410.
- 12. December. 139.

1822.

- 5. Februar. S. 411.
- 7. Februar. 411.
- 9. Februar. 300.
- 22. März. 411.
- 1. Mai. 386.
- 2. Mai. 396.
- 26. Juli. 473.
- 29. Juli. 391.
- 20. August. 412.
- 28. September. 396.
- 7. October. 14.
- 15. November. 337.
- 3. December. 466.
- 4. December. 56.
- 24. December. 337.
- 27. December. 139.
- 28. December. 344.
- 30. December. 56.

1823.

- 12. Januar. 474.
- 30. Januar. 152.
- 26. März. 10. 107. 152.
- 240. 260. 344. 393. 467.
- 467. 472. 474.
- 5. Mai. 17.
- 26. Mai. 396.
- 6. Juni. 137.
- 11. Juli. 252.
- 21. Juli. 347.
- 29. Juli. 34.
- 20. September. 396.
- 7. October. 386.
- 16. October. 138.
- 20. October. 393.
- 21. October. 391.
- 30. October. 138.

1824.

- 5. Januar. 465.
- 13. Januar. 337.
- 15. Januar. 387.
- 28. Januar. 300.
- 23. Februar. 16.
- 24. Februar. 337.
- 5. März. 154. 470. 470.
- 30. März. 12.

61 *

15. April. S. 18.
 20. Mai. 124.
 31. Mai. 396.
 9. Juni. 348.
 2. Juli. 348.
 5. Juli. 412.
 21. August. 412.
 23. August. 56.
 30. August. 16.
 4. October. 396.
 19. December. 473.

1 8 2 5.

19. März. 12.
 22. März. 56.
 24. März. 465.
 28. März. 44.
 27. Mai. 396.
 9. Juni. 125.
 18. Juni. 348.
 24. Juni. 256.
 14. Juli. 155. 241.
 26. Juli. 340.
 18. August. 392.
 22. August. 155.
 6. September. 413.
 12. September. 398.
 14. September. 155.
 16. September. 155.
 17. September. 18.
 26. September. 396.

7. October. S. 155.
 8. October. 156.
 20. October. 156.
 10. November. 18.
 14. November. 387.
 8. December. 140. 156.
 14. December. 140.
 16. December. 156.
 20. December. 156.

1 8 2 6.

12. Januar. 19.
 2. Februar. 19. 156.
 14. Februar. 157.
 5. März. 414.
 29. März. 157.
 13. April. 390.
 24. April. 413.
 28. April. 57.
 1. Mai. 157.
 2. Mai. 337.
 5. Mai. 471.
 8. Mai. 19.
 29. Mai. 396.
 1. Juni. 300. 300.
 22. Juni. 348.
 5. Juli. 349.
 13. Juli. 113.
 17. Juli. 337.
 29. Juli. 19.
 16. August. 157.

21. August. S. 138.
 28. August. 349.
 18. September. 390.
 2. October. 396.
 4. October. 113.
 16. October. 12.
 30. October. 390.
 8. December. 300.
 25. December. 399.
 29. December. 467.

1 8 2 7.

9. Januar. 391.
 7. Februar. 58.
 10. Mai. 138.
 17. Mai. 474.
 31. Mai. 138.
 3. Juni. 396.
 18. Juni. 20. 157. 472.
 22. Juni. 158.
 24. Juni. 158.
 19. Juli. 158.
 26. Juli. 20.
 9. August. 158.
 16. September. 59.
 24. September. 159. 396.
 15. October. 14.
 2. November. 414.
 12. November. 45.
 19. November. 300.
 20. November. 159.

Chronologisches Verzeichniß

der

Rescripte, Instructionen, Bekanntmachungen u.

1813.

9. Febr. R. f. E. Seite 184.

1814.

3. Jan. R. f. R. E. 62.
 17. Jan. R. f. R. E. 3. 20.
 7. März. Bekanntmachung der
 Direct. der direct. Steuern.
 414.
 13. März. Bekanntmach. d. Di-
 rect. d. dir. Steuern. 415.
 8. April. R. f. R. E. 114.
 3. Mai. R. f. R. E. 89.
 16. Mai. R. f. G. R. E. 114.
 24. Mai. R. f. R. E. 35. 114.
 1. Jun. R. f. R. E. 140.
 3. Jun. R. f. L. G. 20.
 20. Jun. L. R. 22.
 5. Juli. L. R. 159.
 20. Juli. R. f. R. E. 349.
 18. Aug. Reglem. h. R. E. 415.
 21. Aug. L. R. 388.
 2. Sept. R. f. R. E. 388.
 7. Oct. R. f. R. E. 388.
 24. Oct. R. f. R. E. 62.
 28. Oct. R. f. G. R. E. 350.
 4. Nov. R. f. G. R. E. 350.
 28. Nov. R. f. R. E. 159.
 1. Dec. R. f. L. G. 300.
 8. Dec. R. f. R. E. 35.

10. Dec. Reglem. f. E. E. 208.

25. Dec. R. f. R. E. 300.

30. Dec. R. f. G. R. E. 301.

1815.

10. Jan. R. f. R. E. 63.
 20. Jan. R. f. E. 186.
 24. Jan. L. R. 160.
 30. Jan. R. f. R. E. 301.
 31. Jan. R. f. R. E. 160.
 7. Febr. L. R. 114.
 10. Febr. L. R. 44.
 16. Febr. R. f. R. E. 114.
 21. März. L. R. 22.
 26. März. L. R. 22.
 29. März. L. R. 22.
 17. Mai. R. f. R. E. 35.
 17. Mai. L. R. 115.
 17. Mai. R. f. E. 186.
 17. Mai. R. f. R. E. 227.
 14. Mai. R. f. R. E. 420.
 3. Aug. R. f. R. E. 424.
 22. Aug. R. f. R. E. 63.
 12. Sept. R. f. G. R. E. 3.
 3. Oct. R. f. L. G. 23.
 17. Oct. R. f. R. E. 301.
 4. Nov. R. f. E. 186.
 16. Dec. R. f. R. E. 115.

1816.

8. Jan. R. f. G. R. E. 395.

20. Jan. R. f. R. E. E. 425.

31. Jan. R. f. E. 228.

31. Jan. Postf. f. E. 229.

1. Febr. Instruction für die
 Plaz-Commandant. 301.

5. Febr. Bekanntm. f. Intellig.
 Comt. 23.

17. Febr. R. f. R. E. 180.

20. Febr. R. f. Milit. Kam-
 mer-Deput. 301.

20. Febr. R. f. R. E. 353.

29. Febr. R. f. R. E. 180.

8. März. R. f. L. G. 100.

16. März. R. f. R. E. 89.

18. März. R. f. R. E. 63.

20. März. R. f. E. 229. 230.

1. April. R. f. R. E. 180.

18. April. R. f. G. R. E. 353.

29. April. R. f. G. R. E. 353.

2. Mai. R. f. M. A. E. 302.

5. Mai. R. f. M. A. E. 302.

7. Mai. R. f. R. E. 426.

10. Mai. R. f. R. E. 353.

12. Mai. R. f. M. A. E. 302.

25. Mai. Anschr. f. E. 186.

3. Juni. R. f. R. E. 355. 399.

11. Juni. Instr. f. R. E. 64.

12. Juni. Anschr. f. E. 189.

29. Juni. Bekanntm. f. M. A.
 E. 303.

2. Juli. Bekanntm. f. Post-Dis-
rection. C. 389.
6. Juli. R. f. R. C. 426.
20. Juli. R. f. R. C. 426.
20. Juli. Instr. f. R. C. 426.
22. Juli. R. f. R. C. 66.
25. Juli. L. R. 355.
4. Aug. Bekanntm. f. Post-Dis-
rection. 389.
13. Aug. R. f. G. R. C. 161.
18. Aug. L. R. 161.
27. Aug. R. f. G. R. C. 356.
11. Sept. R. f. R. C. 356.
13. Sept. R. f. L. G. 161.
17. Sept. R. f. R. C. 356.
7. Oct. R. f. L. G. 115.
31. Oct. R. f. R. C. 66.
1. Nov. R. f. R. C. 357.
9. Nov. Bekanntm. f. R. C.
66.
11. Nov. R. f. R. C. 428.
20. Nov. R. f. R. C. 357.
26. Nov. R. f. R. C. 115. 181.
28. Nov. R. f. L. G. 23.
5. Dec. R. f. R. C. 90.
10. Dec. R. f. G. R. C. 162.
24. Dec. R. f. R. C. 4.
30. Dec. R. f. R. C. 115.
1817.
18. Jan. Bekanntm. f. R. C. 67.
22. Jan. R. f. C. 230.
27. Jan. R. f. R. C. 90.
23. Febr. R. f. G. R. C. 162.
25. Febr. R. f. R. C. 357. 429.
27. Febr. R. f. L. G. 162.
28. Febr. R. f. R. C. 475.
29. Febr. R. f. R. C. 132. 357.
14. April. R. f. L. G. 165.
19. April. R. f. R. C. 475.
30. April. R. f. R. C. 36.
19. Mai. Schr. f. Oberjanit.
Colleg. 23.
19. Mai. R. f. R. C. 357.
6. Juni. R. f. R. C. 399.
10. Juni. R. f. G. R. C. 358.
29. Juni. R. f. M. H. C. 304.
11. Juli. R. f. R. C. 90.
1818.
2. Jan. R. f. R. C. 4.
7. Jan. R. f. R. C. 69.
13. Jan. R. f. R. C. 4.
15. Febr. R. f. G. R. C. 166.
26. Febr. R. f. G. R. C. 231.
234.
28. Febr. Instruction. 36.
7. März. R. f. C. 192.
9. März. R. f. R. C. 132.
31. März. R. f. R. C. 69.
9. April. R. f. R. C. 4.
25. April. R. f. M. H. C. 305.
9. Mai. R. f. G. R. C. 24.
12. Mai. R. f. R. C. 69.
14. Mai. R. f. R. C. 90.
28. Mai. R. f. R. C. 24.
13. Juni. R. f. R. C. 431.
22. Juni. R. f. G. R. C. 306.
27. Juni. R. f. R. C. C. 167.
29. Juni. R. f. R. C. 91. 94.
3. Juli. R. f. L. G. 24.
8. Juli. R. f. C. 192. 235.
11. Juli. R. f. R. C. 468.
29. Juli. R. f. R. C. 364.
20. Aug. R. f. R. C. 5.
26. Aug. R. f. G. R. C. 235.
19. Sept. R. f. C. 235.
25. Sept. R. f. R. C. 468.
20. Oct. R. f. R. C. 94.
23. Oct. R. f. G. R. C. 365.
2. Nov. R. f. G. R. C. 236.
11. Nov. R. f. G. R. C. 306.
23. Nov. L. R. 306.
27. Nov. R. f. R. C. 100.
30. Nov. R. f. G. R. C. 365.
4. Dec. R. f. R. C. 100.
17. Dec. R. f. R. C. 366.
366.
18. Dec. R. f. G. R. C. 116.
19. Dec. R. f. C. 237.
25. Dec. R. f. G. R. C. 366.
28. Dec. R. f. R. C. 100.
30. Dec. R. f. C. 193.
1819.
4. Jan. R. f. R. C. 39.
11. Jan. L. R. 25.
11. Jan. R. f. G. R. C. 367.
26. Jan. R. f. G. R. C. 367.
10. März. R. f. C. 195.
11. März. R. f. R. C. 413.
12. März. R. f. L. G. 25.
13. März. R. f. L. G. 116.
3. April. R. f. R. C. 7.
3. April. R. f. C. 237.
18. April. R. f. R. C. 432.
20. April. Instruct. f. R. C.
433.
20. April. R. f. R. C. 435.
23. April. R. f. R. C. 116.
23. April. R. f. G. R. C. 167.
14. Mai. R. f. L. G. 25.
15. Mai. R. f. C. 436. 436.
26. Mai. R. f. G. R. C. 181.
29. Mai. R. f. R. C. 437.
24. Juni. R. f. L. G. 116.

Chronologisches Verzeichniß der Rescripte zc.

487

5. Juli. R. f. R. E. 101.
 11. Juli. R. f. R. E. 469.
 13. Juli. R. f. G. R. E. 167.
 20. Juli. R. f. R. E. 367.
 23. Juli. R. f. R. E. 39.
 18. Aug. R. f. R. E. 367.
 21. Aug. R. f. E. 199.
 26. Aug. R. f. L. G. 25.
 31. Aug. R. f. R. E. 399.
 12. Sept. R. f. G. R. E. 306.
 14. Sept. R. f. L. G. 26.
 16. Sept. Instruct. f. G. R. E. 306.
 20. Sept. R. f. R. E. 438.
 23. Sept. R. f. L. G. 310.
 15. Nov. R. f. R. E. 439.
 25. Nov. R. f. L. G. 311.
 3. Dec. R. f. R. E. 7.
 17. Dec. R. f. L. G. 118.
 23. Dec. R. f. L. G. 28.
26. Febr. R. f. R. E. E. 7.
 19. März. R. f. R. E. 371.
 24. März. R. f. E. 199.
 31. März. R. f. G. R. E. 120.
 7. April. R. f. E. 237.
 8. April. R. f. R. E. 41.
 9. Juni. R. f. G. R. E. 170.
 14. Juni. R. f. R. E. 371.
 23. Juni. R. f. R. E. 476.
 4. Juli. R. f. R. E. 371.
 6. Juli. R. f. G. R. E. 171.
 9. Juli. R. f. L. G. 29.
 11. Aug. R. f. R. E. 444.
 6. Sept. R. f. L. G. 76.
 14. Nov. R. f. R. E. 171.
 20. Nov. R. f. G. R. E. 120.
 24. Nov. R. f. R. E. 41.
 1. Dec. R. f. E. 200.
 6. Dec. R. f. G. R. E. 121.
 10. Dec. R. f. G. R. E. 30.
 21. Dec. R. f. R. E. 444.
15. Jun. Bekanntm. f. R. E. E. 77.
 3. Juli. R. f. G. R. E. 201. 394.
 26. Juli. R. f. G. R. E. 473.
 8. Aug. R. f. R. E. 450.
 28. Aug. R. f. G. R. E. 172.
 11. Sept. Schr. f. Ob. San. E. 30.
 18. Sept. R. f. R. E. 134.
 19. Sept. R. f. R. E. 7.
 2. Oct. R. f. R. E. 473.
 4. Oct. R. f. M. A. E. 317.
 14. Oct. R. f. R. E. 134.
 5. Nov. R. f. G. R. E. 30.
 6. Nov. R. f. E. 238.
 13. Nov. R. f. E. 201.
 26. Nov. R. f. L. Str. E. 451.
 28. Nov. R. f. R. E. 451.
 3. Dec. R. f. R. E. 7.
 11. Dec. R. f. E. 201.
 14. Dec. R. f. L. Str. E. 452.
 30. Dec. R. f. G. R. E. 77.

1820.

25. Jan. R. f. L. G. 28.
 29. Jan. R. f. G. R. E. 118.
 1. Febr. R. f. G. R. E. 368.
 25. Febr. R. f. L. G. 28. 119.
 25. Febr. R. f. R. E. 368.
 1. März. R. f. E. 199.
 10. März. R. f. R. E. 442.
 19. März. R. f. G. R. E. 311.
 20. März. Bekanntm. f. R. E. 440.
 25. März. R. f. R. E. 369.
 19. April. R. f. G. R. E. 311.
 22. April. R. f. R. E. 29.
 26. April. R. f. G. R. E. 369.
 15. Juni. R. f. G. R. E. 370.
 27. Juni. R. f. G. R. E. 312.
 4. Juli. R. f. L. G. 168.
 25. Sept. R. f. G. R. E. 169.
 28. Sept. R. f. R. E. 370.
 29. Sept. R. f. R. E. 70.
 25. Nov. R. f. G. R. E. 170.
 25. Dec. R. f. G. R. E. 260.

1821.

31. Jan. R. f. R. E. 443.
 11. Febr. R. f. R. E. 443. 443.

1822.

10. Jan. R. f. R. E. 444.
 17. Jan. R. f. R. E. 445.
 18. Jan. L. R. 312.
 19. Jan. R. f. E. 237.
 24. Jan. R. f. R. E. 171.
 25. Jan. R. f. R. E. 446.
 28. Jan. R. f. L. Str. E. 172.
 2. Febr. R. f. L. Str. E. 447.
 12. Febr. R. f. G. R. E. 76.
 13. Febr. Circul. L. Str. E. 447.
 18. Febr. R. f. R. E. 372.
 28. Febr. Bekanntm. L. Str. E. 447.
 9. März. R. f. R. E. 373.
 9. März. R. f. L. Str. E. 448.
 5. April. R. f. R. E. 132. 448.
 13. April. R. f. E. 238.
 24. April. R. f. M. A. E. 316. 316.
 3. Mai. R. f. L. Str. E. 449.
 13. Mai. R. f. L. Str. E. 450.
 22. Mai. R. f. M. A. E. 317.
 24. Mai. R. f. L. Str. E. 400.
 25. Mai. R. f. L. Str. E. 450.

1823.

2. Jan. Instruct. f. R. E. 77.
 16. Jan. R. f. R. E. 102.
 18. Jan. R. f. M. A. E. 318.
 17. Febr. R. f. R. E. 82.
 22. Febr. R. f. E. 239.
 24. Febr. R. f. R. E. 134.
 28. Febr. R. f. G. R. E. 8.
 1. März. R. f. M. A. E. 323.
 26. März. R. f. G. R. E. 373.
 28. März. R. f. R. E. 373.
 30. März. R. f. G. R. E. 374.
 11. April. R. f. G. R. E. 373.
 12. April. R. f. R. E. 135.
 19. April. R. f. R. E. 8.
 28. Mai. R. f. R. E. 374.
 10. Juni. R. f. G. R. E. 121.
 15. Aug. R. f. L. Str. E. 452.
 19. Aug. R. f. R. E. 469.
 15. Sept. R. f. R. E. 135.
 16. Sept. R. f. L. G. 83.
 25. Sept. R. f. G. R. E. 202.
 8. Oct. R. f. G. R. E. 30.
 17. Oct. R. f. R. E. 374.

25. Nov. R. f. R. E. C. 136.
452.

6. Dec. R. f. R. E. C. 136.

31. Dec. R. f. E. C. 202. 239.

1824.

16. Jan. R. f. M. A. E. C. 323.

19. Jan. R. f. R. E. C. 83.

23. Jan. R. f. M. A. E. C. 323.

27. Jan. R. f. M. A. E. C. 324.

14. Febr. R. f. R. E. C. 85.

20. Febr. R. f. M. A. E. C. 325.

28. Febr. R. f. E. C. 10.

4. März. R. f. M. A. E. C. 327.

10. März. R. f. R. E. C. 453.

13. März. Circul. Ausfchr. f. E. C. 202.

18. März. R. f. G. R. E. C. 472.

29. März. Instruct. 304.

5. April. R. f. M. A. E. C. 327.

30. April. R. f. G. R. E. C. 172.

15. Mai. R. f. E. C. 239.

20. Mai. R. f. G. R. E. C. 172.

24. Juni. R. f. R. E. C. 378.

30. Juni. R. f. E. C. 13.

2. Juli. R. f. G. R. E. C. 378.

7. Juli. R. f. R. E. C. 102.

16. Juli. R. f. M. A. E. C. 328.

4. Aug. R. f. M. A. E. C. 328.

10. Aug. R. f. E. C. 31.

453.

26. Aug. R. f. R. E. C. 329.

9. Oct. Circul. Ausfchr. f. E. C. 204.

9. Oct. R. f. E. C. 205.

6. Dec. R. f. M. A. E. C. 329.

11. Dec. R. f. E. C. 240.

1825.

16. Jan. R. f. R. 389.

19. Jan. R. f. E. C. 205.

8. Febr. R. f. R. E. C. 418.

8. Febr. R. f. E. C. 454.

24. Febr. R. f. R. E. C. 419.

4. März. R. f. E. C. 137.

5. März. R. f. R. E. C. 341.

18. März. R. f. G. R. E. C. 329.

19. März. R. f. G. R. E. C. 454.

21. März. R. f. R. E. C. 85.

26. März. R. f. E. C. 13.

3. April. R. f. R. E. C. 335.

350. 424.

5. April. R. f. R. 173.

11. April. R. f. R. E. C. 103.

14. April. R. f. G. R. E. C. 379.

27. April. R. f. R. E. C. 175.

29. April. R. f. R. E. C. 137.

11. Mai. R. f. E. C. 454.

14. Mai. R. f. E. C. 206.

27. Mai. R. f. G. R. E. C. 379.

30. Mai. R. f. R. E. C. 419.

9. Juni. R. f. R. 351.

14. Juni. R. f. R. E. C. 351.

14. Juni. R. f. R. 419.

16. Juni. Instruct. f. R. E. C. 420.

2. Juli. R. f. R. 423.

11. Juli. R. f. E. C. 175.

19. Juli. R. f. R. E. C. 424.

20. Juli. R. f. R. E. C. 85.

25. Juli. R. f. G. R. E. C. 379.

26. Juli. R. f. E. C. 13.

6. Aug. R. f. E. C. 206.

9. Aug. R. f. R. 351.

10. Aug. R. f. G. R. E. C. 121.

10. Aug. R. f. E. C. 457.

26. Aug. R. f. E. C. 176.

31. Aug. R. f. G. R. E. C. 352.

12. Sept. R. f. G. R. E. C. 468.

20. Sept. R. f. R. E. C. 424.

25. Sept. R. f. E. C. 400.

29. Sept. R. f. E. C. 31.

3. Oct. R. f. E. C. 394.

8. Oct. R. f. E. C. 206.

10. Oct. R. f. R. E. C. 457.

19. Oct. R. f. G. R. E. C. 352.

28. Oct. R. f. R. E. C. 352.

16. Nov. R. f. E. C. 470.

30. Nov. R. f. G. R. E. C. 122.

30. Nov. R. f. E. C. 401.

8. Dec. R. f. E. C. 110.

18. Dec. R. f. R. E. C. 379.

23. Dec. R. f. R. E. C. 353.

29. Dec. R. f. R. E. C. 122.

1826.

4. Jan. R. f. E. C. 458.

9. Jan. R. f. R. E. C. 380.

19. Jan. R. f. R. E. C. 86. 380.

26. Jan. R. f. R. E. C. 122.

27. Jan. R. f. R. E. C. 123.

9. Febr. R. f. E. C. 176.

9. März. R. f. R. E. C. 476.

17. März. R. f. R. E. C. 380.

24. März. R. f. R. E. C. 381.

26. März. R. f. G. R. E. C. 32.

26. März. R. f. R. 87.

7. April. R. f. R. 87.

10. April. R. f. E. C. 176.

21. April. R. f. M. A. E. C. 329.

18. Mai. R. f. E. C. 458.

23. Mai. R. f. R. 401.

24. Mai. R. f. R. E. C. 10.

1. Juni. R. f. G. R. E. C. 331.

5. Juni. R. f. R. E. C. 87.

6. Juni. R. f. R. 177.

19. Juni. R. f. R. E. C. 104.

331. 394.

24. Juni. R. f. E. C. 207.

29. Jun. R. f. R. 381.

13. Juli. R. f. R. 123.

16. Juli. R. f. R. E. C. 111.

17. Juli. R. f. E. C. 458.

29. Juli. R. f. E. C. 207.

30. Juli. R. f. R. 88.

31. Juli. R. f. R. E. C. 88.

5. Aug. R. f. R. 331.

26. Aug. R. f. E. C. 240.

10. Sept. R. f. G. R. E. C. 207.

20. Sept. R. f. E. C. 207.

28. Sept. R. f. R. E. C. 123.

381.

30. Sept. R. f. R. E. C. 42.

381.

4. Oct. R. f. E. C. 459.

5. Oct. R. f. E. C. 459.

12. Oct. R. f. G. R. E. C. 460.

18. Oct. R. f. R. E. C. 10.

6. Nov. R. f. G. R. E. C. 381.

20. Nov. R. f. E. C. 177.

27. Nov. R. f. E. C. 460.

29. Nov.

Chronologisches Verzeichniß der Rescripte zc.

489

29. Nov. R. h. R. C. C. 381.
 4. Dec. R. h. L. G. 32.
 8. Dec. Bekanntm. h. G. R. C. 332.
 23. Dec. Auschr. h. C. 382.
 25. Dec. R. L. Str. C. 401.
 29. Dec. R. L. Str. C. 461.

1827.
 R. h. R. C. dessen Datum nicht bekannt ist. 478.
 2. Jan. R. h. R. C. 332.
 15. Jan. R. h. R. C. C. für Kl. Sachen. 42.
 15. Jan. R. h. R. C. 383.
 12. März. R. h. R. C. 464.
 15. März. R. h. R. C. 337.
 17. April. R. h. R. C. 42.
 23. April. R. h. R. C. 137.
 26. April. R. h. R. C. C. 333. 464.
 27. April. R. h. St. R. 104.
 25. Mai. R. h. L. G. 177.
 8. Juni. Schreib. der Hannövr. Ober: Zoll: Direct. 479.
 8. Juni. L. R. 104.
 12. Juni. R. h. G. R. C. 333.
 15. Juni. R. h. R. C. 104.
 16. Juni. R. h. R. C. 105.
 21. Juni. R. h. R. C. 479.
 28. Juni. R. h. R. C. 383.
 1. Juli. R. h. R. C. 383.
 2. Juli. R. h. L. G. 177.
 4. Juli. R. h. R. C. 383.
 6. Juli. R. h. G. R. C. 402.
 11. Juli. Bekanntm. L. Str. C. 402.
 26. Juli. R. h. G. R. C. 178.
 28. Juli. R. h. R. C. C. 111.
 1. Aug. R. h. R. C. 334.
 4. Aug. L. R. 394.
 11. Aug. R. L. Str. C. 403.
 15. Aug. R. L. Str. C. 403.
 15. Aug. R. h. R. C. 465.
 23. Aug. R. h. R. C. 384. 384.
 3. Sept. R. h. Land. Deconom. Commiss. 111.
 5. Sept. R. h. R. C. 106.
 5. Oct. R. h. R. C. 480.
 10. Oct. R. h. R. C. 42.
 21. Oct. Bekanntm. h. R. C. 43.
 21. Oct. R. h. R. C. 337.
 28. Oct. R. h. R. C. 385.
 31. Oct. Bekanntm. L. Str. C. 470.
 7. Nov. R. h. R. C. 385.
 17. Dec. R. h. G. R. C. 179.

R e g i s t e r.

A.

- Abfindungen, Bestimmung ders. Seite 171. 175.
 Abgaben, Ausgleichung ders. 410.
 Abgaben, Liquidation ders. 165. Aufsicht darüber. 179. Einhebung. 342. s. auch Steuern.
 Abladen der Waaren. 441.
 Ablesen der Verordnungen von den Canzeln. 254.
 Ablösung des Zehnten. 108.
 Abnahme der Gemeinde-Rechnungen. 89 und folg.
 Abschied des Militärs. 277.
 Abschieds-Gesuche des Militärs. 303.
 Abschriften, Ertheilung ders. 155.
 Abspenftigmachung der Kunden. 131.
 Abzug vom Golde. 283. 287.
 Abzugsrecht. 1. Aufheb. mit Sachs. Weimar, das. Bundestagsbeschl. das. Aufheb. mit Preußen, das. Oesterreichische Verordn. das.
 Accisbare Waaren, Declaration ders. 426. 429. f. 440.
 Accise, 405. 414. 474. von Eisenwaaren. 407. 408.
 Accise, Ueberweisung ders. an die Landessteuer-Casse. 253.
 Accisebefraubation, Verhütung und Entdeckung ders. 442.
 Accise-Einnnehmer, Instruct. für diesel. 420. 442.
 Accisfreiheit haubdv. Berg- und Hütten-Producte. 444.
 Acciseofficianten, Vorladung ders. C. 169.
 Accouchiranstalt, Aufnahme darin. 365.
 Acten, Auffuchung derselben. 113.
 Acteneinsendung. 147. Gebühren und Porto dafür in Criminalsachen. 31.
 Acteneinsicht. 19. Gebühren dafür. 114.
 Acteneinsicht beim Krieg. Ger. 292.
 Acten, Foliiren ders. 162.
 Actenverschickung. 141. 142. 145.
 Actenverzeichnisse. 21. 26.
 Actuarien. 153. Verrichtungen im Falle der Verhinderung des Beamten. 156. 170.
 Auctionen von denselben zu halten. 166.
 Rechnungsführung der Kr. Arm. Cassé von dens. 4. 7. f. Holzverkauf von dens. 83.
 Adressen, Post. 389. f.
 Adjudicationsdecret. 179.
 Administration, f. Verwaltung; unentgeltlich zu verwalten. 355.
 Advokaten. 145. Wohnort ders. 154. Prüfung ders. 157.
 Advokaten, Zulass. d. ausländ. 175.
 Aelterlicher Consens bei Wiederverheirathung der Kinder. 235.
 Altvatertheil, Bestimmung dess. 171. 175.
 Amtsunterbediente, deren Anstellung. 171.
 Amtsvoigte, Feuervogt. von dens. 353. Auction von dens. zu halten. 167. Deren Anstellung. 171. Convertiren der Decrete in Kammer-Prozesse. 181.
 Amtszimmermeister, Instruction für diesel. 359. Eid ders. 363.
 Anbauer, Bestätigung deren Contracte. 158. Freijahre derselben. 430. 431. Baubouccours u. 454.

- Anklage beim Krieg. Ger. S. 292.
 Anleihe, Staats-, 241. Einwilligung der
 Stände ic. 248.
 Annus luctus. 199.
 Anpflanzungen, öffentliche. 1.
 Anschläge, Bauz. 350. 359. f. 374. f.
 Anschreiben der Gerichtsgebühren. 115.
 Anstalten, öffentliche, Aufsicht darüber. 181.
 Ansteckende Krankheiten, s. epidemische ic.
 Krankheiten.
 Anthelle der Strafen in Gewerbesteuer, Con-
 travent. Sachen. 450.
 Antichretische Nutzung, Ablösung ders. 107.
 Anträge in der Landschaft. 250.
 Antretung der Strafen, vorläufige. 31.
 Anzeigen, Bekanntmachung der Strafen durch
 dieselben. 28. Wegen Beleidigungen des
 Polizei- Militairs. 311. Wegen nicht ge-
 brauchten Stempels. 398. s. 18.
 Anzeigen, Bekanntmach. gestöhl. Sachen durch
 dieselben ex officio. 23.
 Apotheker, Gewerbescheine zu d. Destilliren.
 450. Materialhandel ders. 132.
 Apothekerschulden. 157.
 Appellation in Civilsachen. 142. 143. 144.
 152. 154. In Criminalsachen. 146. Ver-
 waltungssachen. 142. 343.
 Appellat. Commission. 141. Verfahren bei
 ders. 144.
 Appellat. Summe. 154. Die Appellat. Com-
 mission. 144.
 Arbeit, Einsehn dafür. 132.
 Arbeit der Forstfrevler. 76. 77.
 Arbeitslöhne. 348. 349.
 Arme. 2. Versorgung, Aufsicht deshalb. 179.
 349.
 Arme Kranke, Kosten deshalb. 383.
 Armenanstalt, Vermächtniß an dieselben. 3.
 5. 8. 10.
 Armenanstalten. 2. f.
 Armenanstalten in Braunschweig. 3.
 Armencassen- Rechnungen. 2. 4. 100.
 Armengelder aus Contracten. 8.
 Armenpartheien. 113.
 Armenrecht. 114. 115. 152. 165.
 Armenstock, Eröffnung. 10.
 Arrest der Soldaten während der Untersuch.
 296.
 Arrest auf die Unterstützungsgelder der Re-
 serve-Unterofficiers (Sold). S. 306.
 Arrestanlegung. 152.
 Arrestanten, Entweichenlassen ders. 283.
 Arretirung der ausgetretenen Cantonist. 334.
 Arretirung der Verbrecher. 153.
 Arznei für arme Kranke. 349.
 Arzt, Liquidation der Gebühren von denselb.
 23. 24. 29. 30. 349.
 Aerzte, Aufsicht über dies. 339.
 Affecurationsnummer in den Berichten anzuführen. 351.
 Affecuranzgesellschaften. 12.
 Attestate, wegen Zurücksetzung ic. im Militair. 317. 324. Wegen freiwill. Dienst. 328. Aus den Kirchenbüchern. 223.
 Abzugskosten. 114. 119. Der transportirten Gefangenen. 353.
 Auction, Holz-. 83. Andere. 166. Von Privatpersonen. 172. In Vormundsch. Sachen. 176. Gebühren dafür. 166. Ablieferung der Gelder. 167.
 Auditeur, Pflichten derselben. 294.
 Auditoren, Advociren derselben. 176.
 Aufgebot der Diensthoten. 201. Wiederholung desselb. nach geschehener Proclamation. 207. Nach der Ehescheidung. 207. Ort desselb. 189. 192. Eintragung ins Kirchenbuch bei Dispensat. 240.
 Aufrufungsgebühr. in Untersuch. Sachen. 114.
 Ausbesserung der an fremden Orten gefertigten Arbeiten. 131.
 Ausfuhr von Waffen ic. 344.
 Ausgaben, Landes-. 252.
 Ausgesetztes Kind. 212.
 Ausgetretene Cantonisten, Arretirung, Ablieferung ic. derselben. 334.
 Ausländer, Gewerbescheine für diese auf Märkten. 420. 424. 440. 452. 453. Verstorbene f. Fremde, Verstorbene.
 Ausland, Verbrechen. in dens. 32.
 Ausschuß der Landschaft. 248. Größern. 249.
 Außerordentliche Vorfälle, Berichte deshalb. 159. 380.
 Auswärtiger, Verstorbene desselben, Eintragung ins Kirchenbuch. 217.
 Ausweichen der Fuhrleute. 388.

Auszüge aus den Canton-Rollen. S. 325.
Aus den Kirchenbüchern, f. Kirchenbücher,
Bescheinigungen aus denselben.

B.

Bachhaus, Gemeine. 359. 363. 368.
Bäckfen, Anlegung ders. 359.
Bäcker, Gemeine, Wohnungen für dier. 368.
Bajonette, Ziehen desselb., Strafe. 284.
Bankerotte. 10.
Bankerotte, Verordnung gegen die muthwilligen und vorsehlischen. 254.
Banart der Dörfer, 355. 359. 364.
Baubouceur. 12. 454.
Bauen. 355. 359. 364. 370. 374. f.
Bauerhöfe, Erhaltung derselben. 171.
Bauerhöfe, Uebertragung derselben. 161.
Bauern, Beschäftig. der Verträge ders. 156. 158.
Bauhandwerker, Lohn derselben. 348.
Bauhandwerker, Tischler. 135.
Bauholz zu verbrauchen. 352. verwilligtes, Revision deshalb. 85.
Bauholzansforderungen. 66. Etats. 69.
Banlehung. 425.
Baulichkeiten an Kirchen u. 183.
Baulöhner. 349.
Baumaterialien, Abschleppen derselb. 349.
Bauofficanten, Diäten in Gemeine-Bauegelegenheiten. 100.
Bau-Risse und Anschläge. 359. Genehmigung ders. 355. 370. 374. f. geistl. Gebäude. 385.
Bauwesen, Aufsicht f. Kammer darüber. 179. 359.
Beante, Ausrichtung der Geschäfte. 119.
Behinderungsfälle ders. 170. Gerichtsstand. 155. Prüfung ders. 157. Städtische. 345.
Beante, Kreis in Helmstedt, Mitglied der f. Schulcommission. 206.
Beauftragung der Distr. Ger. 153.
Bedemund, Beibringung desselb. 240. Gebühren dafür. 374. f. auch Trauscheine.
Beerdigung der Hoken. 381. Der Soldaten. 289. Der Zeugen in Untersuch. Sachen. 20.
Beerbigung, zu frühe. 238.

Befreiung vom Militair. S. 275. 316. 317. 324. Von Steuern, Aufhebung derselben. 252.
Beglaubigung der Abschriften. 155.
Begrabene, Eintrag. ins Kirchenbuch. 217.
Beitreibung der herrschaftl. Intraden. 404. 415. 419. 428.
Bekanntmachung der Urtheile gegen Milit. Personen. 295.
Beleidigungen der Soldaten. 284. 300. 306. 310. 311. Der Staatsbehörden. 169.
Belohnung der Husaren und Fußjäger wegen besonderer Thätigkeit. 306. 329.
Bergarbeiter, Vorladung ders. 169.
Bergbau, Aufsicht darüber. 179. Auf Stein und Braunkohlen. 256.
Berichte, Anführen der Brandversicher. No. in denselben. 351.
Berichte wegen außerordentlicher Vorfälle u. 159. 380. Auf Suppliken. 665. Wegen Remissionen. 431. 446. 458. Wegen Gewerbesteuer. 439. f. in Steuer, Accise, Weggelds, Stempelsteuer, Sachen. 444.
Berufung in Civil-Sachen. 142. 143. 144. Criminal-Sachen. 146. Verwaltungs-Sachen. 142. 343.
Beschäler. 341.
Bescheinigungen aus den Kirchenbüchern. 223.
Beschwerden in Verwaltungsangelegenheiten. 142. 343.
Besitz, jüngster. 152.
Besätigung der Hypotheken. 140.
Besätigung der Verträge der Bauern. 156. 158.
Bestrafung wegen Beleidig. des Poliz. Milit. 300. Der Soldaten u. 280. f. 290. Wegen nicht milit. Vergehen. 297.
Bettelei. 351.
Betteln der Gesellen. 130.
Beurlaubte Soldaten, Gerichtsstand derselb. 280. Einberufung. 301. Kranke. 302.
Beweis durch Zeugen, Anretung. 157.
Beweismittel wegen Befreiung vom Milit. 324.
Beweisverfahren. 142.
Bibelgesellschaften. 12.
Bier, billige Preise desselb. 255.
Bigamie, vom Milit., Bestrafung. 285.

R e g i s t e r.

493

- Blasiusstift. S. 254. Verwaltung dessen Güter. 181.
 Blattern, Impfungsregister deshalb. 382.
 Blattern unterm Militair. 331.
 Blauer Montag. 130.
 Bleckappen in den Cassen nicht anzunehmen. 337.
 Brandschäden. 12. 13.
 Brandstiftung vom Milit., Bestrafung. 285.
 Brandversicherung. 12. Taxation dieserhalb. 363.
 Brandversicherungsangelegenheit, Sporteln in ders. 120.
 Brandversicherungs-Anstalt, Direction über diese. 248.
 Brandversicherungsgelder, Einsammlung ders. 342.
 Brandversicherungsnummer in den Berichten anzuführen. 351.
 Brantweinbrennen, Beschränkung dess. 256.
 Brantwein, Veraccisung. 303. 304. 412. 413.
 Brantweinschändler auf dem Lande. 426.
 Brantweinsverkauf. 14.
 Braunkohlen, Van darauf. 256.
 Braunschweig, Arm. Anstalt. 3.
 Brautpaare, Eintrag. ins Kirch. Buch. 215.
 Brinkfeger, Bestätig. der Contracte ders. 158.
 Brinkfegerstellen, Uebertragung ders. 161.
 Brod, billige Preise desselb. 255.
 Brodformunterstützung. 6. 7.
 Brunnen, Befriedigung ders. 383.
 Büchernachdruck. 14.
 Bürgermeister. 345. 346.
 Bundestagsbeschlüsse wegen des Milit. 273.
 Bundesversammlung, deutsche. 33.
 Bustag. 254.
 C.
 Cammerer. 345.
 Candidaten, Prüfung ders. 157. 182. 391.
 Cantonisten, Ertheilung der Pässe an diesel. 355. Heirathen ders. 279. 331. Loosen ders. 277. Gebrechen ders. 312. f. Untersuchung. 325. Wegen Blattern. 331. 332. Zurücksetzung ders. 317. Untersuchung vor dem Nachloosen. 320. Abermalige Untersuchung vor der Gesundheits-
 Commiss. S. 325. Absendung an den Casernenverwalter. 326. Die nicht volle 2 Jahr mehr dienen. 326. f. Arretirung der ausgekretenen. 334. Uebergangene ic. 320. Freiwillige. 322. Maasß ders. 323. Beibring. der Atteste Behuf Freisprechung ic. 324. Vorarbeiten wegen der Aushebung. 325.
 Canton-Commission. 275. f. Physicus Consulent ders. 316. Entscheidungen derselb. 318. f.
 Cantonreglement. 274.
 Cantonrollen. 275. Anfertigung ders. Instr. 306. Führung ders. 318. Anmerkungen. 319. Nachträge. 319. Zwischen Proclamat. und Copulat. 207. Auszüge daraus von der Cant. Commiss. 325. Kosten derselben, Liquidation. 327. Vorbereit. zur Rectification und Completirung. 331.
 Cantonsachen, haben die Kr. Amt. und Magistrate. 348.
 Canzeln, Ablesen der Verordnung. von denselben. 254.
 Capitalien, Ausleihung. 158. Der Minderjährigen. 160. f.
 Cartel mit Hannover. 272. Mit Preußen. 273. Ehurf. Hessen. 273.
 Cassation der Officiere. 287.
 Cassenmünze. 332.
 Cassiren der Stempel. 113.
 Cassiren, Vorladung ders. 169.
 Cassiren der Pferde. 340. 381.
 Caution wegen der Sportelrechnung. 122.
 Cautionbestellungen, Zinsen. 245.
 Censur. 14. Verletzung der Cens. Gesetze. 169.
 Cessionen der Forderungen. 140.
 Chausseeanlagen, Abtretung der Grundsteuer deshalb. 256.
 Chausseebau. 245. Kosten. 252. Verbindlichkeit der Häuslinge ic. dazu. 469.
 Chausseegelb, Contract deshalb, Ablieferung der Strafen. 468. Bezahlung desselben in Officialgesch. 469. Freipässe deshalb. 470.
 Chausseegelb, Tarif. 253. Von Wagen mit breiten Rädern. 468.
 Chausseegelbeinnehmer, Vorladung ders. 170.
 Chausseepolizei, Vergehen. 470.

- Chirurgen, Aufsicht über dieselben. S. 339. Zuzieh. bei armen Kranken. 349. Concess. ders. 136. 453.
- Choristenbahren, Feuerversicher. ders. 256.
- Citationen zu den Terminen. 163.
- Civilbedienten, Wittwen- und Waisen-Casse. 253. 473.
- Civilgesetzbuch. 248.
- Civilgesetzgebung u., Vorlegung der Verordnungen in den Landständen. 248.
- Civilstandsregister, Aufhebung ders. 208.
- Collecteurs, Lotterien. 369.
- Commissionarien bei Schließung der Contrace u. 158. 437.
- Commissionen in dem Landtage. 250. 251.
- Commissionsgebühren bei Angelegenh. geistl. Gebäude. 116.
- Commissions-Geschäfte, Gewerbeschein darauf. 437.
- Competenz. 44.
- Competenz der Gerichte in Civilprozessen. 141. f. 142. 144. 155. In Untersuchung. Sach. 152. 153. Wegen der Widerklage. 156.
- Competenzbestimmung bei einf. Diebst. 32.
- Competenzbestimmung in Jagd- und Forstfrevel- auch Steuer- Contraventions- und ähnlichen Sachen. 19. Wegen anderer Verbrechen. 20. 32.
- Concessionen. 125. f. Apotheker. 132. f. d. Leineweber. 136. Der Krüger und Müller. 136. Der Chirurgen. 136. 453. Abgaben davon. 253. Legitimation durch dieselben. 448. 452. f. zwei verschiedene für eine Person. 453. Zum Hausiren. 457.
- Concessionen zu Hoken- und Victual-Handel u. 42. 125.
- Concessionisten, Nachsicht deren Bücher. 381.
- Concurrenz wegen der Lebensbedürfnisse. 347.
- Concurs über Rittergüter, Erscheinen in der Landschaft während desselben. 247.
- Concurs, Versiegelung bei E. 177.
- Concurskosten. 159.
- Conditoren, Gewerbesch. z. Destilliren. 450.
- Confirmation der Hypotheken. 140.
- Confirmation der Katechumenen. 186. 199. 206.
- Confirmirte, Eintrag. ins Kirchenb. 214. 228.
- Confiscation des Vermögens der Deserteurs. S. 305.
- Constitutenverzeichnisse. 210.
- Confrontation vor dem Krieg. Ger. 292.
- Consens, älterlicher, bei Wiederverheirath. der Kinder. 235. Milit. und obrigkeitl. 240. 283. 286.
- Consens der Maier- und Erbenzinsleute zur Verpfändung. 35. 113.
- Consens zur Verheirath. der Soldaten. 192.
- Consistorium, Verwaltung desselben. 182. Aufsicht über Prediger und Schullehrer. 255.
- Continent. causar. forum. 159.
- Contracte, Abgabe zur Armen- und Wegeverbesserungs-Casse. 3. 7. 8. 380.
- Contracte der Bauern, Bestätig. ders. 156. 158.
- Contracte, Diäten dieserhalb. 117.
- Contracte, Pacht-, über Verpachtung der Gemeine-Güter. 104.
- Contracte, Schließung derselben und Mätlergebühren. 158.
- Contradictor, Erscheinen in der Landsch. 247.
- Contrasignaturen des Ministers. 248.
- Contribution, Weibehaltung ders. 252.
- Contribution der Kirchen. 436.
- Contribution, Wiedereinführung ders. 407. 410. 448.
- Contribution von der Nahrung, welche sie geben, sind von der Gewerbest. frei. 253.
- Contribution von der Nahrung und Handwerkern (ungewisse Contrib.) 133.
- Contribution von der Nahrung. 411. 448. Wer dazu anzusetzen. 450. 451. 459. Einsendung der Hauptetats darüber. 460.
- Contributionscataster, Revision ders. 454.
- Contumacial-Erkenntnisse, Insinuat. 156.
- Convenc. Münze in den Cassen anzunehmen. 337.
- Copialien für die Kirchenbücher. 229.
- Copialienrechnung. 114. 122.
- Copialisten. 122.
- Copulation, Benachrichtig. deshalb von dem Prediger der die Proclamation verrichtet. 237.
- Copulation, Ort ders. 189. 192. Gebühren. 190. Der Dienstboten. 190. 201. Der

- Gesellen. S. 201, unmittelbar nach dem zweiten Aufgebote. 202. Zwischenraum. 202.
- Copulationen, Aufsicht des Consistor. deshalb. 183.
- Copulationslisten. 207. 231. 234. Der Juden. 235.
- Copulirte, Eintrag. ins Kirchenbuch. 215. Bescheinigung. 223.
- Corpus delicti. 153.
- Correferent. 154.
- Couvert der Decrete in Kammerproz. 181.
- Credit wegen Stempelpapiers. 444.
- Criminalacten, Einsendung ders. 25.
- Criminalgesetzbuch. 248.
- Criminalgesetzgebung, Vorlegung der Verordn. den Landständen. 248.
- Criminaljustiz. 16.
- Criminalkostenrechnung. 353.
- Criminaltabelle. 21. 27. 311.
- Curatelen. 152.
- Curatelgelder beim Leihhause zu belegen. 259.
- Curatoren ruhender Erbmassen, Bestell. ders. 177.
- Curatoren, Bestellung ders. 157.
- Curien der Landtschaft. 246. s. auch Städte.
- Cyriacusstift. 254. Verwaltung dessen Güter. 181.
- D.**
- Darmstadt, Requisition in peinlichen Sachen an dessen Gerichte. 24.
- Declaration der Waaren. s. Gränzpässe.
- Decrete in Kammerprozessen, Convertiren ders. 181.
- Decret. de alienando. 160. 161.
- Defensionkosten. 115.
- Degenziehen vom Militair, Strafe. 284.
- Denuncianten, Antheil der Strafen. in Gewerbesteuer. Contravent. Sachen. 450.
- Deposita. 152. 153. 154. 172. 173. 259. Aufsicht der Oberhauptleute darüber. 339.
- Depositencbuch. 154.
- Depositengebühren. 154.
- Depositengelder, Verzeichniß darüber und Einsendung ders. 173. Belegung beim Leihhause. 259.
- Depositentassen, Verwahrung desselb. 172.
- Depositenscheine, Einsendung derselb. an das Leihhaus. S. 260.
- Deputirte aus den Distr. Ger. 152.
- Deputirte, Stabts. 342. 345.
- Deserteurs. 262. 263. 264. Pardon ders. 269. Auslieferung. 272. 273. 279. 281.
- Confiscation deren Vermögen. 305. Versucht wegen ders. 305. Ablieferung an Preussen. 329.
- Desertionsprozesse. 43.
- Destillateurs, Gewerbeschein ders. 450.
- Deutsche Bund. 33.
- Diäten der Physici. s. Physici.
- Diäten beim Verkauf der Zinsfrüchte. 115.
- Wegen der Bauten geistl. Gebäude. 116.
- Wegen Testamentsaufnahme, Cessistungen, Contracten u. 116 u. f. der Landstände. 251. Der Husarenofficiere. 274.
- Diebesfinten, Wilddiebes. 347.
- Diebstahl, Competenzbestimmung. 18. Dritter. 32. 285 geringer 32.
- Diebstahl vom Militair. 284. 285.
- Diebstahl, Verordn. deshalb zu erlassen. 254.
- Dielen v. d. herrschaftl. Sägemühlen. 87.
- Dienstabrechnung. 41.
- Dienstbarkeiten, Ablösung ders. 107.
- Dienstbeschwerden. 343.
- Dienstboten, Aufgebot ders. 201. Domicil ders. 201.
- Dienstboten, Untersch. ders. Befehl Milit. Dienstes, Loosung. 317. 320. 323.
- Dienstboten, Verrfertig. der Handw. Arbeit. 124. Gesellen als Dienstboten. 129. Feiertagen ders. 129. Copulation und Aufgebot ders. 190. 201.
- Dienste der Hauslinge. 35. 39.
- Dienstkleidung. 34.
- Dienstpflicht, Ablösung ders. 108.
- Dienstreglement, Verlesung desselb. 169.
- Dienstsigel der Ortsvorsteher. 90.
- Dienstzeit der Gesellen. 130.
- Dienstzwang. 154. 343.
- Diptysa, s. Kirchenbücher.
- Dispensation wegen der Confirmation. 215.
- Dispensation vom Eheverbote. 183. Von den Banderjahren. 134.
- Districte, Landes. 339.

Distr. Gerichte. S. 152. 154. Mitglieder
 ders. 155. Sind die Deputirte Beamte.
 153. Rangiren nach dem Dienstalter. 155.
 Doctoren der Medicin, Aufsicht über dies.
 339.
 Dörfer, Verwaltung in denselb. 345. 346.
 Bauart in dens. 355.
 Domainen. 35. Beitrag ders. zu der Aus-
 gabe der Dorfgemeinen. 90. 106.
 Domainengefälle, Beitreibung ders. 415. 419.
 Domainenpächter, Beitrag zu den Ortsvor-
 stehergehalte. 106.
 Domainenpächter, Bevollmächtigte in Ramm-
 Prozeß. 160. 171. Polizeibeamte. 343.
 Domainen: Verwaltung. 179.
 Domicil der Dienstboten. 201. Begründung
 desselben. 370. 373. f. Preuß. Waga-
 bunden. 352. Domicil einer Ehefrau ei-
 nes im Auslande wohnenden Mannes. 353.
 Der Häuslinge und Feldhüter. 369. 370.
 Der Kinder. 373. Durch Heirath. 373.
 Ablieferung der Verwiesenen an dasselbe.
 343. 358. 366. f.
 Drechsler, Absatz ihrer Waaren ins Ausland.
 453.
 Druckfehler im Reglem. wegen Führung der
 Kirchenbücher. 229.
 Druckschriften, Zueign. ders. an d. Bundes-
 versamml. 33.
 Duell, Bestrafung desselben unterm Militair.
 264. 287.
 Durchmarsch: Convention mit Preuß. 270.

E.

Eheliches Kind, Geburtszeit dess. 213.
 Ehesachen. 43. 144. 152.
 Ehescheidung, Aufgebot nach ders. 207.
 Ehestiftungen, Diäten bei der Aufnahme. 116.
 f. Bestimmung der Abfindungen u. darin.
 171.
 Eheverbot, Dispensation davon. 183.
 Ehrenmedaille. 26. 287.
 Ehrenzeichen des Militairs. 26. 287.
 Eid der Soldaten. 289.
 Eigenthum des Viehes, Haftens für Hudestres-
 sel von den Hirten. 77.
 Einführungskosten der Prediger. 202.

Eingeständniß, Präjudiz. 159.
 Einlegungsfrist der Vorstellung. S. 19.
 Einlegungsfristen. 142. 145.
 Einnehmer, Accise, Instruct. für dies. 420.
 Einquartirung fremder Truppen. 339.
 Einsehung der Acten in Criminalsachen. 31.
 147.
 Eintragung der Hypotheken. 139. Protestas-
 tion dabei wegen der Prälat. des Fiscus.
 140.
 Eisen, Besteuerung desselben. 407. 408.
 Eisenfactoren. 443.
 Eisenhandel, Gewerbesteuer davon. 664.
 Eisenwaaren, Handel damit. 353. 371. 443.
 Entbindungsanstalt in Braunschweig, Aufnah-
 me der Schwangeren darin. 365.
 Entleibte, Eintragung ins Kirchenbuch. 218.
 Entscheidung in den Verwaltungsangelegen-
 heiten. 343.
 Ephoren, geistl. Revision der Kirchenbücher
 von dens. 222.
 Epidemische ansteckende Krankheiten. 29. 339.
 349. 352.
 Erbegräbniß, Beerdigung darin, Eintrag.
 ins Kirchenbuch. 217.
 Erbzinsgüter, Verpfändungen. 35. Sub-
 hastation ders. 179.
 Erbzuladungszeit der Gildemitglieder. 125.
 Der Landstände. 252.
 Erbmassen, Bestellung der Curatoren für ru-
 hende. 177.
 Erbschaftsstempel. 397. 399. Nachweisung
 deshalb. 400. 401. Wegen unehel. Kin-
 der. 403.
 Erkenntnisse. 142. Versiegelung ders. 123.
 In Untersuch. Sachen. 146. Publicat.
 147. 150. Execution das. 150. Gegen
 Milit. Personen. 300. 311. In Steuern
 defraudat. Sachen, Einsehung derselben.
 431. 454. 460.
 Erlaß an Steuern, Angabe in den Berich-
 ten wegen ders. 446. 458.
 Erleuchtungen. 349.
 Ermordete, Eintrag. ins Kirchenbuch. 218.
 Essig, Accise davon. 430.
 Etappen: Convention mit dem Königl. Preuß.
 Gouvernem. 270. Etappenwesen. 339.
 Etat, Haupt, der Nahrungscontribut. 460.
 Etat

- Etat, Rechnungs. S. 345. 346.
 Execution der Erkenntnisse der Appellations-
 Commiss. 144. In Untersuch. Sachen.
 147. 150. Wegen der Steuer- und
 Grundabgaben. 154.
 Execution, Instruct. wegen ders. in Rücksicht
 der herrschaftl. Intraden. 415. Leitung
 ders. durch die Kreiseinnehmer und Do-
 mainen-Recepturen. 419.
 Execut. Gebühren in Kammer-Sachen. 114.
 Execution wegen der Steuern. 404. 415.
 424. f. 428. Wegen der Gemeinesteuer.
 346. Auf den Sold des Milit. 283. 287.
 Executionen, Hülfselder und Gebühren des-
 halb. 118.
 Executionsordnung. 33.
 Executionsreglement. 415.
 Executivprozeß. 145.
 Executoren, Gehalt ders. ic. 428. 435. Ge-
 schäfte ders. 435. Verhalten. 447. Re-
 glement für dies. 415.
 Exemtensteuer der Kirchen. 436.
 Exemption von den Steuern. 448.
 Expedition, Verschleunigung ders. 163.
 Exportations-Scheine. 430.
 Extraposten. 386. 387.
- F.**
- Fabrikanten, Verdingung der Gesellen bei
 dens. 129.
 Fabriken, Aufsicht der Kammer über dies.
 179.
 Fälschung vom Milit. begangener Strafe. 284.
 Fatale interpos. remed. 19. 142. 145.
 Fächten der Gesellen. 130.
 Feiertagsordnung. 44. 254.
 Felddiebstahl. 23. Vergl. Schand- und Straf-
 pfahl.
 Feldhüter, Domicil ders. 369. Beerdigung ic.
 385.
 Feldpolizei, Aufsicht der Oberhauptleute dar-
 über. 339.
 Feldvermessungs-Beschreibungen. 368. 378.
 Revision ders. 454.
 Felle, rohe-, Aufkauf ders. 357. 443.
 Fesselung der Gefangenen. 19.
 Festungsarbeit der Soldaten. 286.
 Festungsarrest, Festungsstrafe der Militair-
 Personen. S. 22.
 Feuercasse. 374.
 Feuerlöschungscommissaire. 354. 356.
 Feuerlöschungsgeräthschaften. 354.
 Feuerlöschungssteu. 379.
 Feuerordnung. 256. 347. 355. In Braun-
 schweig. 344.
 Feuersbrunst, Anzeige ders. durch die Orts-
 vorsteher. 352.
 Feuerherren. 353.
 Feuerspritzen. 354.
 Feuerversicherung. 12. Der Cichorienbarren.
 256.
 Feuervisitationen. 353. 374.
 Fichtensaamen, Einsammeln dess. ic. 68.
 Fideicommiss. 45.
 Fideicommiss, Ablösung. 107. 108.
 Fiktion der Abschriften. 155.
 Fieranten, Interimscheine ders. 452. Ge-
 werbesteuer ders. f. Ausländer.
 Filialgemeinen, Kirchenbücher ders. 210. 228.
 Findling, Eintrag. ins Kirchenbuch. 212.
 Fiskalische Anklagen. 169.
 Fischereiwogen. 53. Allgemeine Bestimmun-
 gen. 54.
 Fisci-Gebühren h. Kammer. 180.
 Fiscus, Hypoth. desselb. wegen der Steuern ic.
 139. Protestat. bei Eintrag. der Hypo-
 theken. 140. 142.
 Flecken, Rechnungswesen ders. 94. Verwal-
 tung in dems. ic. 346.
 Fleisch, billige Preise desselb. 255.
 Förster, Vorladung ders. 66. 170.
 Fohlen Schneider, Examiniren ders. 357.
 Foliiren der Acten. 162.
 Formulare zu Kirchenbüchern. 229.
 Forstarbeit. 56. 76. 77.
 Forstbedienten, Dienstkleid ders. 34.
 Forstbußgelder, Niederschlag. der inexigibeln.
 69.
 Forsten, Ablösung der Dienstbarh. in dens.
 109. Gemeine. 85. Privat-Forst- und
 Jagdsfrevl in dens. 87.
 Forsten, Begränzung ders. 51. Verwüstung
 ders. 169. Verwaltung. 179.
 Forstfrevl. 45. 47. 255. Competens der
 Distr. Ger. 88. Im preuß. Forste be-

treffend. S. 32. 67. 83. Instruction für die Husaren deshalb. 67. 304. f. Maafregeln zur Verhütung ders. in den preuß. Gränzwaldungen. 58.
 Forstrevell: Protokolle, fehlerhafte. 69.
 Forst- und Jagdrevell in Privatforsten. 87.
 Forstreveller, Instruct. wegen Gebrauch deren Strafarbeit. 77. Vollziehung der ihnen zuerkannten Strafen. 57.
 Forstpolizei. 49. 53.
 Forstpolizei, Aufsicht der Oberhauptleute dar- über. 339.
 Forstpolizei: Vergehen. 49.
 Forstschreiber, Bauholzrevision von dens. 85.
 Forststraf: Directorium. 47. Ergänzung. 56. Declaration. 255.
 Forststraferekenntnisse auf Arbeit. 76.
 Forststrafesolber. 30. Umwandlung ders. 69 und f.
 Forststrafsachen. 45. Declarat. 56. Competenz. 88.
 Forst- und Jagdwesen. 45.
 Forstvergehen, f. Forstwrogen.
 Forstwrogen. 45. 47. 255. Competenz wegen deren Untersuch. 152. 153.
 Forum continent. causar. 159.
 Forum delicti commissi. 24.
 Forum privilegium. 141. 154. 160.
 Frankreich, dahin Reisende, Pässe ic. 348.
 Französische Forderungen. 89.
 Frauenzimmer, Rittergutsbesitzer, Erscheinen in der Landschaft. 246.
 Freijahre der Rentanbauer. 430. 431.
 Freipässe wegen Weggeldes. 470.
 Freiwillige Gerichtsbar. 148. 153. 154. 156.
 Freiwillige zum Militair. 276. 304. 322. Atteste. 328.
 Fremde, Anmelden ders. 341. Aufsicht deshalb. 344.
 Fremde, Verstorbene desselben, Eintragung ins Kirchenbuch. 217.
 Fromme Stiftungen, Aufsicht über dieselb. 183. Belegung deren Capitalien beim Leih- hause. 187.
 Führung der Cantourollen. 318.
 Führen, Gefangen. 364. 371.
 Fuhrleute, Forstwrogen ders. 51. Auswei- chen ders. 388.

Fuhrlohne, Liquidat. ders. S. 383.
 Fußjäger, 271, sind d. Krieg. Artik. unter- worfen. 285. Beleidigungen ders. 300. 306. 310. 311. Untersuch. deren Ex- cesse. 311. Belohnungen. 329.

G.

Gaarküchen auf dem Lande. 426.
 Gebäude, geistlicher, f. geistliche Gebäude.
 Geborne, Verzeichnisse ders. 212. 227. Li- sten. 231. 234.
 Gebühren in Land. Verwalt. u. Brandcassen- Angelegenheiten. 120. Gemeinangele- genheiten. 123. Für Tausen. 186. 227. Fürs Siegel. 113. 123. Für Beschein- gungen aus den Kirchenbüchern. 224.
 Der Taxatoren bei Pachtübergaben. 181.
 Geburten, Zwillings und Drillings, unge- tige ic. Eintrag. ins Kirchenbuch. 214.
 Geburtssfälle, Anzeige ders. 208. In ei- ner andern Gemeinde. 227.
 Geburtshelfer, Zuzieh. desselb. 234.
 Geburtslisten. 207. 212. 227. 231. 234.
 Der Juden. 235.
 Geburtsscheine. 223. Beibringung ders. von den Wittwen ic. 235.
 Gefängnißstrafe. 20.
 Gefangene, Aufsicht der Oberhauptleute dar- über. 339. 340. Transport ders. 352. 371. f. auch Transport der Verbrech. ic.
 Gefangene, Transport ders. 24. Kostenrech- nung wegen ders. 116. 119. 351. Fesse- lung ders. 19.
 Gefangenwärter, Gebühren desselb. 114.
 Gefundene Sachen. 18.
 Geistliche Gebäude, Baulichkeiten ders. 183.
 Geistliche Gebäude und Schulgebäude. Bei- trag der Rittergüter zu deren Reparatur. 205. Bauten ders., Diäten desb. 116.
 Geistliche Güter, Obliegenh. der Kr. Ger. deshalb. 343.
 Geistliche Stiftungen, Verwalt. deren Ver- mögens. 183.
 Geldablieferung an die Kammer: Cass. 43.
 Geldbriefe, Versiegelung ders. 389.
 Geldstrafen, Verwandlung ders. 20.
 Geldstrafen in Steuercontraventions: Sachen, Einsetzung ders. 453.

- Gemeineangelegenheiten, Gebühren. S. 120. 121.
 Gemeinbachhäuser. 359. 363. 368.
 Gemeinbäcker, Wohnungen für dies. 368.
 Gemeinbauangelegenheiten, Diäten deshalb. 101. 122.
 Gemeingüter, Veräußerung, Verpachtung u. 342. 344. 345.
 Gemeingüter, Verwaltung. 88. 89. Inventarium. 90. Verpachtung. 104. 348.
 Gemeinholz, Aufsicht über dies. 62. 85. Culturen in dens. 88.
 Gemeinlasten, Beitragsverbindlichk. der herrschaftlichen Officianten. 105. Heranzieh. der Prediger, Kirchen- und Schuldiener und herrschaftl. Officianten zu dens. 90. 104.
 Gemeinemitglieder, wer dazu zu rechnen. 104. 105.
 Gemeinen, Bezahlung der Einführ. Kosten der vorgesezten Prediger. 204.
 Gemeinen, Pfandrecht der Städte und übrigen Gemeinen. 139.
 Gemeinen, Vernehmung ders. 177. Aufsicht über dies. 179.
 Gemeinprozesse. 343.
 Gemeinerath. 342.
 Gemeinerechnungen, Gebühren für deren Abnahme. 90. 104. 123. Etat. 91. f. Abnahme. 94. 342. Aufsicht der Oberhauptleute und Abnahme ders. 339. 342.
 Gemeinereihedienste, Verbindlichkeit dazu. 90. 140.
 Gemeindesteuer, Veranlegung ders. 345.
 Gemeine-Vermögen, Verwaltung dess. 34. 344.
 Gemeine-Verwaltung. 342. 345. f. 348. 354.
 Gemeinewaldung, f. Gem. Holzung.
 Gemeinewiesen. 102.
 Gemeinheitsheilung. 107. 255. Auswärtiger Gemeinen. 110. 111. 255. Kosten der Servitut. Ablös. 111.
 Gendarmerie, preuß., Mittheil. der Stadtbrieft an dies. 351.
 Generalsuperintendent in Braunschweig. 183.
 Gerichte, Eintheilung. 141. 152. Verhältnisse ders. gegen einander. 148.
 Gerichtliches Verfahren. 142.
 Gerichtsbarkeit, freiwillige. S. 148. 153. 154. 156.
 Gerichtsgebühren, Bestimmung verschiedener. 113. Anschreiben. 115. In Untersuch. Sachen. 119.
 Gerichtssiegel. 113. 123.
 Gerichtsporteln. 111. Rechnung darüber. 114.
 Gerichtsstand, privilegirter. 141. 153. 154. Des Militärs. 263. 264. 280. 284.
 Gerichtsverfassung, veränderte. 154.
 Gerichtsverwaltungskosten. 383.
 Geschenke, Annehmung ders. von den Unterofficieren. 286. Von den Officieren. 287.
 Geschäftlichkeitsprobe. 131. Der Tischler. 135.
 Gesellen. 129. f. Wanderbuch ders. u. das Geschenk ders. 130. Lohn ders. 130.
 Streitigkeit zwischen Meister und Gesellen das. Unfug, Schimpfen ders. 131.
 Heirath ders. 201. 331.
 Gesetze, Ueberschreitung verbieter. 169.
 Gesetzeskraft der westphäl. Gesetze. 141.
 Gesetzgebung, Einwilligung der Landstände. 248. Verfü. wegen deren Mängel. 248.
 Gesetzliche Hypotheken. 139. 140. f. auch Hypothek.
 Gesindeordnung. 256. 347.
 Gesindel, Maaßregeln gegen dasselbe. 351. f. auch Vagabunden.
 Gestohlene Sachen, Bekanntmach. ders. durch die Anz. ex officio. 23.
 Gestorbene, Eintrag. ins Kirchenbuch. 217. Listen ders. 231.
 Gestüt, Land. 255. 341.
 Gesundheitsbescheinig. der Inquisit. bei ihrer Ablieferung an das Zucht- und Zwangshaus. 23.
 Getaufte, Verzeichnisse ders. 212. 227.
 Gevattern, Anzahl ders. 202.
 Gewehre der Jagdsrevier. 305. Wilddiebesgewehre. 347.
 Gewerbe, Gränzen zwischen dens. 135, unbefugtes, Bestraf. 131. Legitimat. dazu. 132. f.
 Gewerbebetrieb, und Etablissements, nicht ohne Genehmigung h. Kammer zu machen. 464.
 Gewerbeordnung. 133. 254.

- Gewerbescheine. S. 133. 408. Unfertig. dersh. 439. f. für Auswärtige auf Märkte. 420. 424. 449. 452. 453. 457. Für Detailhändler. 432. Für die Kaufleute. 447. Zum Hausiren. 457. Zum Handeln als Kaufmann u. 459. Mit Eisen. 464. Für Hengstreiter. 341. Für Krüger. 424. Für Lohnkutscher. 386. An Militairs pflichtige und Minderjährige. 134.
- Gewerbsteuer. 408. Wer dazu heranzuziehen. 451. Reclamation deshalb. 411.
- Gewerbsteuercontravent. Unterfuch., Einsetzung der Erkenntnisse darin. 460.
- Gewerbsteuer: Contravention, Bestraf. dersh. 408.
- Gewerbsteuer: Sätze für die, im Tarif nicht genannten Gewerbe. 445.
- Gewerbsteuer: Verzeichnisse, Einricht. dersh. 447.
- Gewerbetreibende, Concession und Legitimat. 133. 448. Verhältniß derselb. auf dem Lande. 133.
- Gewürzwaarenhandel, Gewerbeschein dazu. 459.
- Gildeartikel, Gildebrieft. 124. 135.
- Gildeband, Besteuerung der darin Begriffenen. 253.
- Gildebeiträge. 131.
- Gilbedeputirte. 126.
- Gildegerechtfame, Verlust. 131.
- Gilden. 123. f. Mitglied verschiedener. 131. Gränzen in Rücksicht deren Arbeiten. 135.
- Gildeordnung. 123. 254.
- Gildeprivilegien. 124. 135.
- Gildetotentcassen. 128. Stempelfreih. 137. vergl. 139. S. 1. No. 5.
- Gildevermögen. 124. Administrat. dess. 132.
- Gildenvorsteher, Wahl dersh. 134.
- Glas, Accise davon. 444.
- Glaser, Holzarbeiten dersh. 137.
- Gottesdienst, Beiwohnung von den Soldaten. 280.
- Gränz-Commission. 256.
- Gränzen des wolfsenbüttelschen und schöningenschen Districts. 256. Des Fürstenthums Blankenburg. 257. Des Harzdistr. 258. Des Biederdistricts. 258.
- Gränzpässe. 426. 429. 440.
- Gränzregulirung mit dem Königreiche Hannover. S. 256.
- Gränzsachen. 141.
- Grasraupe, schädliche, Vertilgung dersh. 371.
- Großhändler. 125.
- Grundbesitzer, Veränderungen bei dens. 36.
- Grundprästationen, Register über dies. 153.
- Grundsteuer. 403. 404.
- Grundstück, Besitz desselben, Befreiung vom Militair. 317.
- Grundstücke, Abtretung zum Wegbau. 467.
- Bekanntmachung deren Verlassung. 139.
- Pflegebefohlener, Verpachtung dersh. 177.
- Veränderung mit denselben, anzuzeigen. 457. 461. Verlassung dersh. 156. 177.
- Verkauf dersh. der Minderjähr. gehörig. 157. 160. 161.
- Güte, Versuch dersh. 153. Gebühren dafür. 114. In Steuerdefraudat. Sachen. 404.
- Gutbesitzer, Polizeibeamte. 341. 343.
- Gymnasiasten, Befreiung vom Militair. Attestate deshalb. 275. 317.
- H.
- Häuslinge, Dienstleistung dersh. 35. Waldarbeiter, Dienstgeld dersh. 42.
- Häuslingsverzeichnisse. 35. 39. 41. 42. 443.
- Hagelfeier. 254.
- Halseisen, (Schand- und Strafpfahl). 20.
- Handelsgericht. 145.
- Handelsleute auf dem Lande, Erneuerung deren Concess. 381.
- Handlanger, Lohn. 348.
- Handwerker, Bau: Löhne dersh. 348. 349.
- Handwerker, Concessionen dersh. 448. Heirath dersh. 201. 331. Lohn dersh. 348. Hafsen für die Arbeit. 132. Legitimation zum Nahrungsbetriebe. 133.
- Handwerksinnbräuche. 131.
- Handwerkschammer, Sportelfreiheit. 120.
- Handwerksches Militair, Hülfeleistung desselb. 350.
- Hannover, Cartel mit dems. 272. Conventwegen Unters. und Bestrafung der Brechen. 24.
- Haussdiebstahl. 25.
- Haussiren mit Eisen. 353. 371. Mit Löpferwaaren. 372.

- Hausirhandel. S. 125. 137. 403. 409. 414.
 415. 438. 440. 457.
 Hauskaufen, Gebühren dafür. 183.
 Hebammen, Aufsicht über dieselben. 339. Zu-
 ziehung derselben. 234.
 Heerstraßen zu fahren. 440. f. 442.
 Heimathsscheine. 370. 373.
 Heirathen, s. Copulation, Proclamation. Der
 Soldaten. 192. Der Dienstboten. 201.
 Der Cantonisten. 279. 331. Der Ge-
 sellen. 129. Der Soldaten. 283.
 Heiraths- (Wedemunds-) Scheine. Gebühren
 dafür. 374.
 Heiraths-Consens, milit. und obrigkeitl. Ein-
 trag, in die Kirchenbücher. 240. 287.
 Heirathslisten, s. Copulationslisten.
 Helmstedt, Verwaltung der Güter der ehe-
 maligen Universität. 254.
 Helmstedtsche, Schulcommission, Mitglieder.
 206.
 Helmstedtsche Statuten. 177.
 Hengstlegen. 340. f. Castiren der Pferde.
 Hengstreuter. 341.
 Herbergen. 130.
 Herrendienst, Abrechnung. 41. Beschwerden.
 343. Ansagen desselben. 356.
 Herrschaftl. Dienstsachen auf die Adresse der
 Dekrete in Kammerfachen zu setzen. 181.
 Herzogin, Titel der verwitweten. 137.
 Herzoglich, Prädicat. 138.
 Hessen, Cartel mit denselben. 273.
 Hessen, Darmstadt, gerichtl. Communicationen
 mit denselben. 165.
 Hessen, Kurfürstenth., Convent. wegen Aus-
 lieferung der Verbrecher. 17.
 Hilfsgelehrte, Executions-. 118.
 Hirten, eigene, Kleebehütung durch dieselben.
 241.
 Höfe, Bauer-, Erhaltung derselben. 171.
 Hoheitsgränze gegen das Königr. Hannover.
 256.
 Hoken, Handelsartikel derselben. 432. Nachsicht
 deren Bücher, Verewidigung u. 381.
 Hokenhandel. 42.
 Holz, gestohlenes. 55.
 Holz zum Bauen. 362.
 Holz der Gemeinen. 85.
 Holzanforderungen. 66. Etats. 69.
 Holzhauer, Befreiung von der Personalsteuer.
 S. 452. Instruct. für dieselben. 64. Verewi-
 digung derselben. 66.
 Holzhauer- und Rückerlöshne. 67.
 Holzverkauf durch Meistgebot. 83.
 Holzverwüstungen. 169.
 Hudekrevel, Haftten der Eigenth. des Viehes
 wegen derselben von Hirten begangen. 77.
 Hubewrogen. 52. 53.
 Hüttenarbeiter, Verladung derselben. 169.
 Hüttenbediente, Dienstkleid. derselben. 34.
 Hütung der Wiesen. 472.
 Husaren, nachher Landwehrdragoner u. Land-
 wehrjäger, s. S. 331. 332. Dienst der-
 selben in Friedenszeiten. 265.. Gerichts-
 stand derselben. 268. Requisition an dieselben.
 268. 302. Vereinigung mit den Fuß-
 jägern. 271. Dienststreifen der Officiere.
 274. Instruct. wegen der Forstkrevel.
 304. Bestrafung der Beleidig. derselben. 306.
 Untersuch. deren Excesse. 311. Belohnun-
 gen derselben. 306. 329. Visitat. nach accis-
 baren Waaren. 443.
 Hypothek, stillschweigende, Fiscus, Gemeinde,
 Brandversicherungsanstalt, Meier- und
 Erbseninsherren; Kirche, fromme Stiftun-
 gen, Ehefrauen, Kinder, Minderjähr.
 139. Stillschweigende und gefegliche. 139.
 254. Rang. 139. 140. 142. Confir-
 mation. 140. Eintrag. derselben. 139. 148.
 Protestat. dabei in Rücksicht des Fiscus.
 140. 142. Rang derselben. 148.
 Hypothekbestellung der Beamte u. 155.
 Hypothekenbücher. 148. 152. Kosten derselben. 114.
 Hypothekenscheine. 140. 153. Stempel dazu.
 402.
 Hypothekenwesen. 138. f. 148. Aufsicht der
 Oberhauptleute darüber. 339.
 J.
 Jäger, Fuß-. 271.
 Jagd, Eröffnung der niedern. 55. 56.
 Jagd, Verpachtung derselben. 86. An Gemei-
 nen. 76.
 Jagddienste. 63.
 Jagdkrevel. 45. 47. 56. In Privatforsten.
 87. Instruct. für die Husaren. 304. f.

- Jagdfrevler, Ablieferung derselben, Gewehre
 ders. S. 305.
 Jagdverhältnisse an der Gränze gegen Han-
 nover. 259.
 Jagdwesen. 45.
 Jagdwroren. 53. 56. Instruct. der Husaren.
 304.
 Jahrmärkte, Gewerbeschein in denselben, s.
 Markt, Gewerbeschein.
 Immobilien, Bekanntm. deren Verlass. 139.
 Immobilien, Verkauf ders. der Minderjahr.
 157. 160. 161.
 Impfung der Schaafpocken. 368.
 Impfungsregister, Pocken. 382.
 Industrie, Aufsicht darüber. 179.
 Injurien gegen die Obrigkeit. 464. Der
 Soldaten. 284.
 Injuriensachen. 143. 152. 154.
 Inquisiten, Fesselung. 19. Transport ders.
 24. Vermögensumst. ders. 25. Verhaf-
 tung ders. 26. Vornamen, Stand, Al-
 ter, Aufenthalts- und Geburtsort ders.
 26.
 Inquisiten, Transport ders. 343.
 Insnuation, der Contumacial, Erkenntnisse.
 156. Beschleunigung der Insn. 163. f.
 Insnuat. Gebühren in Kammer-Sach. 114.
 Inspectio actor. 82. Gebühren dafür. 114.
 Instruction in Untersuch. Sachen. 146.
 Instructionen
 für Acciseeinnehmer. 420.
 wegen Auffindens des Materials zum Weg-
 bau. 468.
 zur Anlegung der Canton-Rollen. 306.
 für Domaineneinnehmer in Rücksicht des
 Zinsgetraides. 40.
 zur Erhebung der Forstrevenden. 70.
 wegen der Forstfrevler — Strafart. ders.
 77. 82.
 für die Holzhauer und Wasenbinder. 64.
 für die Husaren, die Forst- und Jagdfre-
 vel betrff. 67. 304.
 wegen Beitreibens der herrschaftl. Intra-
 den. 415.
 für die Kohlenbögte. 36.
 für die Postschreiber. 426.
 für die Schaafzähler. 433.
 Integritätschein. 202. 189.
 Interimscheine der Fieranten. S. 452.
 Interimswirthschaft, Taxation des Inventas-
 riums. 177.
 Interposit. remedior. 142.
 Inventarien, Aufnahme ders. 153. Taxation
 bei Anordn. der Interimswirthsch. 177.
 Israclit, s. Juden.
 Juden, beabsichtigte Heirath desselben, wenn
 er zum Christenth. übergehen will. 206.
 Verhältnisse und Unterricht. 255. Hei-
 raths-, Geburts- und Sterbelisten ders.
 235. Eintragung in die Kirchenb. 236.
 Strolgebühr ders. 199. Getaufte, Ein-
 tragung ins Kirchenbuch. 214.
 Judenkinder, Unterricht ders. 394.
 Jungfer, aufgebotene. 239.
 Jurisdiction über das Militair. 263. 264.
 280. 284.
 Justiz-Beamte, Gerichtsstand. 155. 241.
 Deputirte aus den Distr. Ger. 152.
 Behinderung ders. 170.
 Justiz, Beförderung ders. 162.
 Justizverfassung. 140. 152. 254.
 Justiz-Verwaltung, Verhältniß der Obers-
 hauptleute dazu. 340.
 K.
 Kammer, königl. hannöv., Sportelfreiheit
 ders. 120.
 Kammer-Casse. 180.
 Kammer-Casse, Geldabliefer. an dies. 43.
 Kammeranwalt, Kammerprozesse Namens
 desselben. 167.
 Kammer-Colleg., Revision der Arm. Cass.
 Rechnung. 4.
 Kammer, Communicat. ders. mit den Kr.
 Amt. 380.
 Kammer, Dienstkleid. deren Personals. 35.
 Geschäftskreis. 179.
 Kammer, Erkennung der Strafen gegen Of-
 ficianten. 22.
 Kammerfiscus, Gebühren für dens. 180. Des-
 sen Hypothek, Protestat. beschalh. 140.
 142.
 Kammerprozesse, Gebühren in denselb. 114.
 123. Anwälde. 159. 160. 167. 171.
 Porto. 180. 181. Couvert der Decreta.
 181.

R e g i s t e r.

503

- Kammerſchulden. S. 182. 253.
 Kanzeln, Verordn. davon zu verlesen. 204.
 Karrenſtrafe. 20.
 Karrenſtrafe gegen gemeine Soldaten. 286.
 Katechiſmus, Landes. 255.
 Katechumenen, Confirmation derſ. 186. 199. 206.
 Katholiken, Stolgebühr. derſ. 199. Eintragung in die Kirchenbücher. 236. Copulation, Laufe und Begräbniß. 236. Schulgeld derſ. 205. Verheirath. mit Proteſtanten. 207.
 Kaufgericht. 145. 155.
 Kaufleute en detail, en gros u. 432. Gewerbeſcheine derſ. 447. 459.
 Keſſelhändler, Abſchrift deren Gewerbeſcheine. 450. Zum Hausſiren. 353.
 Kind, ausgeſetztes. 212. Eheliches, Geburtszeit deſſelb. 213. Uneheliches daſ. Eintragung ins Kirchenbuch. 213. 215. 238. Taufſtummes, blindes. 215. Todtgebornes. 218. Eintr. ins Kirchenb. 238. 239. Des ehelichen. 239.
 Kinder, arme. 2. Anzeige der Geburt der Kinder. 186. Laufe. 186. Uneheliche, Anerkennung derſelben von Ehemännern. 201.
 Kirchenbücher, Aufbewahrung derſ. 220. Aufſicht über die Führung derſ. 183. Formulare dazu. 229. In tabellarischer Form. 207. f. Weglaubigungsformeln unter deren Duplicate. 238. Weiſcheinigungen aus derſ. 223. Druckfehler derſ. 229. Einſendung derſ. 221. Eintrag. der unehel. Kinder. 237. Fremder Religionsverwandten. 235. Führung derſ. während der Prediger-Vacanzen. 237. Revision derſ. 222. 230. Von dem Generalsuperint. 299. Verlorenes. 222.
 Kirchencapitalien, Belegung derſelb. beim h. Leihhauſe. 187.
 Kirchen, Exemtenſteuer derſ. 436.
 Kirchengebäude, Herſtellung derſ. 254.
 Kirchen-Rechnungen, Hauptbericht deſhalb. 100. Abnahmeprotokolle, Abſchluß derſ. 184. Monitur u. 193. Berichte deſhalb. 193. 195.
 Kirchen-Rechnungen, Abnahme derſ. S. 343.
 Kirchenrechnungs- und Pſarwmittwenhaus: Rechnungswesen, Monitur, Berichte, Ueberſicht u. 193. 195.
 Kirchen- und Schulangelegenheiten. 102.
 Kirchen- und Schuldiener, Aufſicht über dieſelben. 183.
 Kirchenvermögen, Verwaltung. 183. 344.
 Kirchen-Viſitationen, Vorlegung der Kirchenbücher bei denſ. 222.
 Kirchen-Viſitatoren. 207.
 Kirchhöfe, Aufſicht über dieſ. 202.
 Klagen des Milit. in bürgerl. Sachen. 299. 302. f.
 Kleebehütung. 240. 255.
 Kleiderſeller. 418. 419. 423.
 Klingebeutelgelder, Aufbewahrung derſ. u. 10.
 Kloſtergüter, Verwaltung derſ. 253.
 Kohlenvoigt, Inſtruct. deſſelben. 36.
 Kornunterſtützung. 10.
 Koſten der Cant. Commiſſ. Liquid. derſ. 327. Des Transports der Verbrecher u. 344. 353. 358. 367.
 Koſten wegen der Servitutsablöſung. 111.
 Koſten in Unterſuch. Sachen. 21.
 Krämer, Gewerbesteuer derſ. 459.
 Kranke, arme, Unterſtützung derſelb. 2. 3. Ärztliche Behandlung. 29. 349. Transport derſ. 371. Koſten. 383. Im Handverſehen. 383.
 Kranke beurlaubte Soldaten. 302.
 Kranke, nicht an das Zucht haus und die Zwangarb. Anſtalt abzuliefern. 22. 29.
 Kranke Geſellen. 130.
 Krankencasse der Geſellen. 130.
 Krankenhaus, Aufnahme darin. 349.
 Krantheiten, ansteckende. 29. 339. 349.
 Krantheiten, Anführen derſ. in den Sterkelisten. 234. Der Cantoniſten. 312.
 Krantheiten, epidemiſche. 29. 339. 349.
 Kreisämter. 152. Unmittelbare Communication mit h. Kammer. 380. Folgeleiſtung derſelben. 153. Gerichtsſtand. 155. Hofsbeamte der Land. Decen. Commiſſ. 110. Obliegenheiten. 348.
 Kreisarmencasse. 3. 4. 6. 7.
 Kreisbeamte, Behinderung derſ. 170. Rang derſ. 192. Gerichtsſtand. 241. In Ru-

lit. Sach. C. 343. Verwaltung ders. durch Mitglieder der Distr. Ger. C. 153.
 Kreise, Gerichts. 152.
 Kreisgerichte, Aufsicht ders. über die Aerzte u. 339.
 Kreisgerichte. 141. 142. 241. Abn. d. Kr. Arm. Cass. Rechn. 5. Verfahren vor demselben. 142. Sorge für die Armen. 3.
 Kreisphysicus, s. auch Physici. Consulent der Cant. Commiss. 316.
 Kriegsartikel. 262. 280.
 Kriegsbedürfnisse, Ausführung derselb. 264. 269. 344.
 Kriegs-Collegium. 300. 331.
 Kriegsführen. 262. 264.
 Kriegsschäden. 244.
 Kriegsteuer von 1806. 244.
 Kriegs-Gerichte. 291.
 Kronen von Nadelholzstämmen, Verk. ders. 55.
 Krüge, Aufhebung der in westphäl. Periode angelegten. 350.
 Krüger, Gewerbescheine für dies. 424. Concessionen ders. 453.
 Künstler, Verdingung der Gesellen bei dens. 129.
 Kunden, Aufhalten ders. 132.
 Kurheffen, Convent. mit dems. wegen Auslieferung der Verbrecher. 17.

L.

Landesbehörden, Klagen über dies. 248.
 Landesgericht. 141. 153. Verfahren vor dems. 143. Aufsicht über die Kr. und St. Ger. 148. Ueber die Distr. Ger. 153. Präsentat. Recht zu 2 Stellen. 245.
 Landesherrliche Gerechtsame, Vertheidigung ders. 180.
 Landesmünze. 419.
 Landesöconomie-Commission. 107. 110. Untersuchung der Kräfte der Meierhöfe. 261.
 Landespolizei. 180. 352. 380. Allgemeine Medicinal-. 29. 341. 341. 346. 352.
 Landespolizei, darin einschlagende Geldsachen sind sportelfrei, s. Sportelfreiheit in Geldsachen.
 Landesschulden, Feststellung, Zurückzahlung u. 252. 253.

Landesschuldenwesen. C. 180. 241. 244. 245.
 Landessteuer-Casse. 245. 247. 252.
 Landessteuer-Collegium. 245. 247. 253.
 Landfiscal. 168.
 Landgestüt. 255. 341.
 Landmeister. 125. Gebühren. 135.
 Landphysicus, s. Physicus.
 Landrabbiner. 394.
 Landrentmeister. 245.
 Landschaft. 246. Sectionen. 249. Stimmeneinheit. 249.
 Landschafts-Ausschuß. 248. 250.
 Landschafts-Bediente. 252.
 Landschafts-Commissarien. 251.
 Landschafts-Officianten. 249.
 Landschafts-Ordnung. 245. 252.
 Landschafts-Präsident. 249.
 Landschafts-Siegel. 249.
 Landschaft, Erhebung desselben. 413.
 Landstände, ihre Pflichten. 247. Eid. 249.
 Landstreicher, Maaßregeln gegen dies. 351.
 Transport. 343.
 Landsturm. 263.
 Landyndicus. 246. 249. Vollmacht desselben zur Führung der Prozesse. 172.
 Landtag, Zusammenberufung desselben. 249.
 Termin zur Zusammenberufung desselb. Sectionen. 249. Vertagung. 251.
 Landtagsabschied. 252. Druck desselb. 251.
 Landwehr. 262.
 Landwehrdragoner. 300. Den Kriegsartikeln unterworfen. 285. Beleidigungen ders. 300. 306. 310. Untersuch. deren Excesse. 311. Belohnungen. 306. 329.
 Landwehrdragoner und Landwehrjäger. 331. 332.
 Landwehrjäger. 300. Den Kriegsartikeln unterworfen. 285. Belohnungen. 306. Beleidigungen ders. 300. 306. 310. 311. Untersuch. deren Excesse. 311. Belohnungen. 329.
 Lebensbedürfnisse, Concurrenz zur Erhaltung billiger Preise. 255. 347.
 Legitimation zum Gewerbe. 132. f. 448.
 Lehn, Abgung desselben. 107.
 Lehnscommission. 256.
 Lehnssachen. 141. 256.
 Lehrbriefe. 123. 128.

Lehr,

R e g i s t e r.

505

- Lehrburschen loosen nicht am Orte wo sie lernen. S. 329.
 Lehrherren. 131.
 Lehrlinge. 128.
 Leichen, Besichtigung ders. 31. Eintragung ins Kirchenbuch u. 217.
 Leih- und Creditanstalt, Aufsicht darüber. 180.
 Leihhaus. 259. Sportelfreiheit. 115. Belegung der Kirch. Capitalien bei dems. 187.
 Leineweber, Concess. ders. 136. 452.
 Leinsaamenhändler, Concess. ders. 453.
 Leinsaamenhandel. 136.
 Liquidation der Landes Schulden. 242. Der Steuern. 165.
 Liquidations-Commission. 241.
 Listen der untersuchten Cantonisten. 320. f.
 Localbeamte, Vortrag. derselb. vor Versiegung in Concurssachen. 177.
 Localpolizei. 346. 347.
 Löhne der Bauhandwerker. 348. 349. 362.
 Löhnungsabzüge. 269.
 Lösungsgeräthschaften. 354.
 Lohnkutscher, Gewerbeschein ders. 386.
 Loosen wegen Zurückzahl. der Land. Schul. 144.
 Loosen der Cantonisten. 276. f. Vertauschung der Loose. 277. Doppelte Loosung. 320. 322. Der Dienstboten. 317. 320. 323.
 Lotterie, Aufsicht darüber. 180. Verbotene, die Ausgabe der preuß. Promessen ist nicht verboten. 379.
 Lotterie, Collecteurs, Verfügung wegen ders. 369.
 Lumpen, Ausführen derselb. 356. Factoren, Sammler, ebendas.
 M.
 Maafß der Cantonisten. 323. 328.
 Märlergebühr. 158.
 Magistrat in Braunschweig und Wolfenbüttel. 345. 346.
 Mandate des Ob. Appell. Ger., Gebühren dafür. 113.
 Marktgewerbescheine für Auswärtige. 420. 424. 452. 453. 457.
 Mastwogen. 52.
 Materialien zum Wegban, Abtretung der Grundstücke, worin diese befindlich. S. 467.
 Auffinden derselben. 468.
 Materialwaarenhandel, Gewerbesch. der Apotheker. 132. 459.
 Maturitätsprüfungen. 255.
 Mauermeister, Vereidigung ders. 132.
 Medaille, Militair. 269. 271.
 Medicinalbeamte, militair. Bestrafung ders. 287.
 Medicinallisten. 217.
 Medicinisch-polizeiliche Untersuchung. 29.
 Mehrheit der Stimmen in der Landschaft. 250.
 Meier, Conf. zur Verpfändung. 35.
 Meierhöfe, Untersuch. der Kräfte ders. 255. 260.
 Meiergüter, Einziehung ders. 169.
 Meierzinsen, Verfahren bei deren Annahme. 39.
 Meilengelber. 113.
 Meineid, Bestrafung desselb. vom Milit. begegangen. 285.
 Meister. 131. f. Ertheil. der Gesellen-Zeugnisse. 129. Betragen gegen die Gesellen. 130. Haft für die Arbeit. 132. Genügeleistung der Milit. Pflicht. 134.
 Meisterbriefe. 131.
 Meisterwerden. 129. 131.
 Meisters Wittwe. 132.
 Meistbietend verkaufen und verpachten durch Priv. Personen. 172.
 Memoriale, Verfertigung ders. u. 464.
 Milde Stiftungen, Aufsicht über dieselb. 183.
 Rechnungswesen ders. 195.
 Militair, Abzug am Solde desselben. 283.
 Arretirung desselben. 263. 264.
 Ausgaben für dasselbe. 252.
 Beamte, Unterwerfung unter die Kriegsgesetze. 286.
 Befreiung von demselben. 275. 316.
 Bestrafung desselben. 254. 263. 290. Wegen nicht militair. Vergehen. 311.
 Durchmarschirendes, Kosten dafür. 252. 270.
 Jurisdiction über dasselbe. 263. 264. 311.
 Justiz-Verfassung. 254. 274.
 Pflichtigkeitkeit. 137. 248. 254. 274. Genü.

- ung vor dem Gewerbsbetriebe. S. 134.
 Befreiung davon, Beweismittel deshalb.
 324.
 Requisition desselben von der Civil-Obri-
 keit Behuf Ausübung der Gesetze. 301.
 302. Der Uhlanen. 301.
 Untersuchungen gegen dasselbe. 296. 311.
 Schleunige Verreibung das.
 Unterstützung der Civil-Obrikeit. 265.
 Des Hannöverschen. 350.
 Urtheile von den Civilgerichten wegen bür-
 gerlicher Vergehen. 311.
 Verheirathung desselben. 192. Der Witt-
 wer. 200.
 Zurücksetzung darin. 317.
 Militair-Administ. Commiss. 301.
 Militair Ehrenmedaille. 26. 269. 271.
 Militair-Medaille. 26. 269. 271.
 Militairpersonen, Desertionsbeschlagen ders.
 43. Tod ders. anzuzeigen. 306. Zwangs-
 arbeit ders. 22.
 Militair-Prozesse. 290. Klagen in bürger-
 lichen Sachen. 299. Publicat. der Er-
 kenntnisse. 311.
 Militairsachen, Obliegenh. der Kr. Gerichte
 343 und Aemter 348.
 Militairsachen, Verwaltung der h. Kammer.
 179.
 Militairsschule, Aufsicht darüber. 182.
 Militairstrafen. 28. 80. 287. 290. Benen-
 nung ders. 287. f. Publicat. der Erkennt-
 nisse. 311.
 Militairverabschiedung. 278.
 Militairwesen, s. auch Soldaten. 262.
 Militair-Wittwen-Casse. 473.
 Minderjährige, decret. de alien. 160. Er-
 scheinen in der Landschaft. 246. Verpach-
 tung der Grundstücke. 177.
 Minderjährige, Gewerbsbetrieb derselb. 134.
 Verkauf deren Grundstücke. 157. 177 u.
 Inventar. das.
 Minister, Contrassignaturen desselb. 248.
 Mißbräuche der Handwerker. 131.
 Mißgeburth, Eintrag. ders. ins Kirchenbuch.
 214.
 Mitalieder der Distr. Ger. und Kr. Aemt.,
 Gerichtsstand ders. 155.
 Montag, blauer. 130.
 Moratorium des Leihhauses. S. 259. 260.
 Mord, Selbst. 31.
 Mortification der auf den Inhaber ausge-
 stellten Obligat. 151. 158.
 Mühlen, Abänderung ders. 162. Neu errich-
 tete. 334. f.
 Mühlenberg. 155.
 Mühlenreiber, Vorladung ders. 169.
 Müller, Herumfahren ders. 367. Concession
 ders. 453.
 Mündliches Verfahren, schriftliche Ausführ-
 rungen darin. 178.
 Münze, Aufsicht darüber. 180.
 Münzen, 336. welche in den Cassen anzu-
 zunehmen. 337.
 Musikanten, Gewerbesteuer ders. 459.
 Mutat. Etats, Einfindung ders. 458.
 N.
 Nachdruck. 14.
 Nachloosen der Cantonisten. 320. 322.
 Nachtwachen in den Dörfern. 351. 353. f.
 Nachwächter, Vorladung ders. 169.
 Nadelholzspitzen, Verkauf ders. 55.
 Nahrungs-Contribution. 411. 448. Wer dazu
 ansetzen. 450. 451. Analogisch. 459.
 Nebenausgaben der Dorfgemeinen. Beiträge
 dazu von den Domainen. 90.
 Negocegebühren. 158.
 Neuanbauer, Freijahre ders. 430. 431.
 Wichtigkeitsbeschwerde. 19. 142. 145. 147.
 154. 156.
 Notariatsinstrument. 338. Siegel. 339.
 Notariatsregister. 148.
 Notarien. 142. 338. Prüfung ders. 157.
 Nummertauscher. 277. Bemerkung in den
 Signalen. 329.
 Nutzholz, Anforderungen. 66.
 O.
 Oberappellationsgericht. 149. Gerichtspor-
 teln desselben. 252.
 Obersörster, Holzaukt. von dens. 83. Auf-
 sicht über die Gemeinesorsten. 85.
 Oberhauptleute. 142. 339. 340. 342. 380.
 Oberhauptleute, Sorge für die Armen. 3.
 Aufsicht über die Kr. Arm. Cass. 4. 8.
 Gemeinerechnungen. 94. Mittheilung der

- Straferkenntn. gegen die Husaren (Landwehrradegoner u. Jäger) S. 269. Aufsicht über die gute Ordnung u. Polizeiangelegenheiten. 339. 343. Ausrichtung der Aufträge. 343.
- Obligation, Gebühren dafür. 113. Bestätigung und Cession ders. 140. Auf Inhaber. 151. Mortification. 151. 158.
- Obligationen, Landes-Schulden. 241. Altbraunschweigische. 243. Schloßbau. 242. Westphälische. 242. 243. Versorner. 242.
- Obrigkeit, Beleidigung ders. 464.
- Deconomie-Commission. 107. 110. Untersuchung der Kräfte der Meierhöfe. 261.
- Officianten der Landschaft. 252.
- Officianten, deren Vorladung. 169. Herrschaftl. auf dem Lande. Beitrags-Verbindlichkeit zu den Gemeinelaften. 105. Im Staatsdienste, Verbindlichkeit zum Militair-Dienst. 262.
- Officiere, Kriegsartikel für dies. 286.
- Opferleute, Verantwortlichkeit wegen richtiger Führung der Kirchenbücher. 209.
- Ordination der Prediger. 183.
- Ortsarmencasse. 5.
- Ortsvorsteher, Zuzieh. ders. zur Füh. der Armenassen-Rechnung. 5. Erhebung der Hauer- und Rückerlöbne. 67. Erlassung des Herrendienstes. 381. Entlassung ders. 89. 346. Wahl ders. 342. Anstellung. 346. Befugnisse. 346. Achtung zu beweisen. 343. Dienstiegel ders. 90. Remuneration ders. 100. 101. 103 u. folg. 342. 346. 381. Für Erheb. der Steuern. 104. Anzeige der Verbrechen. 333. Einsammlung der Steuern. 342. Ansagen des Herrendienstes. 356.
- Ortsvorstehergehalt, Beitragung dazu. 100. 101. 103. 106.
- P.
- Pachtübergaben, Gebühren wegen ders. 117.
- Pachthausofficianten, Vorladung ders. 169.
- Pässe, Vieh. 373.
- Pässe, Vorzeigung ders. und Ausstellung u. 344. 348. Der nach Frankreich Reisenden. 348. Ertheilung derselben. 355.
- S. 378. Gebühren dafür. 379. Für die Formulare. 383.
- Papierfabrikant, Gewerbesteuer ders. 411.
- Papiermüller, Bestellung der Factoren und Lumpensammler. 356.
- Pardon. 262. 269. 300. 327.
- Parochialgebühren der Reformirten, Katholiken und Juden. 199.
- Parochiallasten. 106.
- Parochien, auswärtige, Kirchenb. ders. 210.
- Parole, Verrathen ders. 282.
- Passschreiber, Instruction für dies. 426. 442.
- Patentmühlen. 335.
- Patrimonialgerichtsbarkeit. 154.
- Patronatrecht der Prälaten. 254.
- Pensionaire, Versorgung und Unterstützung ders. 179.
- Personalsteuer. 410. Beibehaltung ders. 253. Der Reserve und auf Bartgeld stehenden Soldaten. 458. Befreiung der Waldbesitzer davon. 452. Reclamation deshalb. 411.
- Personalsteuermutat. Etats, Einsetzung ders. 458.
- Vertinenzqualität. 256.
- Pfand, antichretisches, Nutzung, Ablösung desselb. 107.
- Pfandrecht der Gemeinen. 139.
- Pfarren, Lasten ders. s. Paroch. Lasten. 106.
- Pfarren, Einkünfte ders. aus Klöstern. 254. Steuerfreiheit. 404.
- Pfarrgebäude, Beitrag für Unterhaltung ders. von den Rittergütern. 205.
- Pfarrstellen, Verbesserung ders. 255.
- Pfarrwittwenhausrechnungen, Monitor u. 193. Hauptbericht desb. 100.
- Pfarrwittwenthum, Steuerfreiheit. 404.
- Pferdelegen. 340. 381.
- Pferdeleger, Gewerbesteuer ders. 451.
- Pferdezuucht. 340.
- Pflückeri, Bestrafung unbefugt. Betreib der Gewerbe. 131. 135.
- Pflückerjagen. 127.
- Physici, Liquidation der Gebühren ders. 23. 24. 29. 30. 349. 357. 384. Consulenten der Cant. Commiss. u. 316. 325.
- Zuziehung bei armen Kranken. 349.
- Pia corpora, Rechnungswesen ders. 195.

- Planrisse zu Neubauten. S. 374. f.
 Pocken, s. auch Schutzpocken.
 Pocken, Register wegen deren Impfung. 382.
 Pocken unterm Militair. 331. 332.
 Polizei. 153. Verwaltung. 254. 343. 344.
 348. Medicinisch-polizeil. Untersuchung,
 Diäten deshalb. 29.
 Polizei, administrative. 153. Gewerbs.
 179. Landesicherheit. 179. Allgemeine
 Medicinals. 29.
 Polizei-Beamte. 154. 341. f. 343. 345.
 346. 347.
 Polizei-Behörden, Bewohnung der Polizei-
 gerichte. 346.
 Polizeibezirke. 348.
 Polizeidirection in den Städten. 343. 344. f.
 Polizeigericht. 346. 347. Kosten dieferh. 115.
 Polizeihilfsbeamte, Achten auf das Armen-
 wesen. 5.
 Polizeimilitair, Bestrafung wegen Beleidig-
 ung desselb. 300. 306. 310. Untersu-
 chung dessen Excesse. 311. Anzeige der
 Verbrechen an dasselbe. 333.
 Polizeistrafgelder. 3. 4. 6. 8.
 Polizeiuntersuchungen. 145. 152. 153.
 Polizeivergehen. 27. 141. 145. 152. 153.
 324. Bestimmung deshalb. 341.
 Porto. 386. Für Acten in Partheifach. 173.
 In Kammerprozeßsachen. 180. In Ar-
 menpartheifachen. 152. Liquidat. desselb. in
 Officialfachen. 388. Nicht wieder einge-
 zogene. 388.
 Portofreiheit, Vorschrift deshalb. 389. Der
 Ortsvorsteher. 91.
 Postpassirscheine. 386.
 Postschreiber, Vorladung ders. 169.
 Postschreibereien. 426. 429. 440.
 Postwesen. 386. Aufsicht darüber. 180.
 Präfectur, Aufhebung ders. 137.
 Präindiz des Eingekändnisses. 159.
 Prälaten, Curie der Landfch. 246. Dienst-
 obliegenheiten u. 253. Patronatrecht.
 253.
 Präparanden, Schulz, Militairpflicht. 316.
 Präsentationerecht zu 2 Stellen im Landes-
 gerichte. 254.
 Präsident der Landtschaft. 249. 251. Vices-
 präsident. Das.
- Prediger, Anzeige von verunglückten Perso-
 nen durch dies. S. 24. Armencaff. Führ.
 5. Einführungskosten ders. 202. Heraus-
 ziehen ders. zu den Gemeinlasten. 90.
 Remotion derselb. 255. Bildungsanstalt
 für dies. 255. Verantwortlichkeit wegen
 richtiger Führung der Kirchenbücher. 209.
 Preise der Lebensbedürfnisse. 347.
 Preußen, Ablieferung der Verbrecher. 25.
 87. Sportelfreiheit in Armenuntersuch.
 Sachen, s. Verbesser. und Zuf.
 Preußen, Cartel mit dems. 273.
 Preussische Arrestate, Transport ders. 352.
 358. 365. 367. 372.
 Preuß. Gebiet, Forstfrevel in dems. 32. 67.
 83.
 Preuß. Gendarmerie, Mittheilung der Steck-
 briefe an dies. 351.
 Preuß. Militair-Strafen. 270. Entschädi-
 gungsfälle wegen des durchmarschirenden
 preuß. Militairs. 271.
 Privatforsten, Forst- und Jagdfrevel in dem-
 selben. 87. 255.
 Privilegien der Gilden. 124. 135.
 Privilegien, Rücksichten dabei. 253. Für
 Schriftsteller. 390. f.
 Privilegirter Gerichtsstand. 141. 154. 160.
 Probst, Wahl desselb. in Steterburg. 254.
 Proclamation, Ort desselb. 169. 192. Der
 Dienstboten. 201. Zwischenraum zwischen
 Proclam. und Copulation. 206. Weibrin-
 gung der Erlaubnißscheine. 240.
 Proclamirte, Eintragung ins Kirchenbuch.
 215. 240.
 Procuratoren. 145. Der h. Kammer. 171.
 Promessen, Königl. preuß. 379.
 Propositionen der landesherrschafft. an die
 Landtschaft. 250. Der Landstände. 250.
 Profelyten, Eintrag. ins Kirchenbuch. 214.
 240.
 Protokolle, Vorlesung ders. und Unterzeich-
 nung. 147. Aufnahme. 153.
 Proviantgeld, Fixirung desselb. 252.
 Prozeß, gemeiner. 142.
 Prozeßarten. 145.
 Prozesse, Gemeines. 343.
 Prozesse der Gilden. 126. Der Militair-
 Personen. 290. 299. 302. f.

R e g i s t e r.

509

Prozeßkosten, Erstattung. S. 144.
 Prozeßlisten. 148.
 Prozeßordnung. 153.
 Prüfung der Candidaten. 391.
 Publication der Erkenntnisse in Untersuch.
 Sach. 147. 150.

Q.

Quirl, Verkauf ders. 55.
 Quittungen, Einsendung ders. an das Leih-
 haus. 260. Der Executoren. 447.

R.

Rabbiner, Land. 394.
 Räder, breitfällige. 253. 468.
 Rang der Hypotheken. 139. 140. 142.
 Rang der Kreisbeamten. 192.
 Raub vom Militair begangen. 285.
 Raupen, Gras-, schädliche. 371.
 Reccesse, schriftl. in mündl. Prozeß-Verfahr-
 ren. 178.
 Recruten, Verzeichniß ders. 325.
 Rechnungen, Gemeines. 339. 342. 344.
 Rechnungsetat. 345. 346.
 Rechnungswesen der Kammer. 180. Der
 Kirchen u. 193. f. Der Städte und
 Dörfer. 342. 344. f. Städtisches. 89. 94.
 345. Hauptbericht desh. 100. Etat. 345.
 Rechtsmittel in Civilsachen. 142. 149. 152.
 155. In Criminalsachen und Polizeius-
 tersuch. Sachen. 145. 150. 156. Gegen
 provisorische Verfügungen. 146. Erklä-
 rung derselb. 147. Elective Einlegung
 ders. 172. Gebühren u. Postgeld für Be-
 richte bei Einsendung der Acten. 172.
 In Jagd- und Forstfrevell auch Steuern,
 Contravent. und ähnlichen Sachen. 19.
 Der Vorsell. u. Nichtigkeits- Beschwerte.
 19. In Verwaltungsangelegenheiten. 343.
 Rechtspflege, Vorträge der Landstände an
 den Landesherrn deshalb. 248.
 Reclamation wegen der Personals- und Ge-
 werbesteuer. 411.
 Recognitionsgelder fallen weg. 253.
 Referent und Correferent. 154.
 Reformirte, Stolzgebühr ders. 199. Eintra-
 gang in die Kirchenbücher. 235.
 Registrationscommission. 137.

Register der Kirchenbücher. S. 218.
 Reihedienste, Verpflichtung der herrschafil.
 Officianten dazu. 105.
 Reihewiesen, kein pratrimon. universitat.
 102.
 Reinigungsgeid hat beim Krieg. Ger. nicht
 Statt. 292.
 Reisegelber. 113.
 Reisende Kaufleute, Hausfrier. 438.
 Relation in Untersuch. Sachen. 146.
 Relutionsschein. 410. 414.
 Remissionsgesuche, Angabe der Steuer desh.
 446. 458.
 Remissionsgesuche, Berichte darauf. 431. 446.
 458.
 Remissionsvorschlüge. 247.
 Requisitionsschreiben, Gebühren dafür. 116.
 Requisition des Militairs von den Gerichten.
 301. 302.
 Requisition in peinlichen Sachen an Darm-
 stadt. Gerichte. 24.
 Reserve, Militair. 262.
 Reservsoldaten, Personalssteuer ders. 458.
 Restverzeichnisse, Autorisation wegen Betrei-
 bung der Reste. 404. 424. 428. 435.
 Revision, Bauholz. 85.
 Revision wegen des angewiesenen Holzes. 362.
 Der Kirchenbücher. 222. Der Steuer-
 Cataster. 454. Der Urth. des Kriegsgg-
 richts. 295.
 Rindviehpässe. 373.
 Rindvieh-Scuche, f. Scuche.
 Risse, Bau. 350. 374. f. Geistl. Gebäude.
 385. Feldvermessungs. 368.
 Rittergüter, Beitragung ders. zur Reparatur
 der Pfarr- und Schulgebäude. 205.
 Rittergutsbesitzer, Landstände. 246.
 Rückerlöshne. 67.
 Rückschreiben, Gebühren dafür. 116.
 Rüthen, kleinen. 155.
 Rüningen. 155.

S.

Sabbath, f. Feiertagsordnung. 44.
 Sachdarstellung beim Land. Ger. 144.
 Sachen, gesunde. 18.
 Sæcularfeier. 184. 191.

- Sägemüller, Beeidig. und Antheil ders. an
 confiscirtem Holze. S. 63.
 Salpeter, Ausföhrung desselben. 264.
 Salz. 391. f. Einföhrung des fremden. 18.
 Salzkärner. 392.
 Schaafpocken, Vorkehrung dagegen. 368. 384.
 Schaaffsch. 412.
 Schaafzählen durch die Executoren. 435.
 Schaafzähler, Instruction für dies. 433.
 Schärfung der Strafen. 20.
 Schand- und Strafsfahl. 20. 23.
 Schema zu Taxat. Berechn. d. Wilsch. 73.
 Schickelsheim, Wiederherbeziehung zu den
 Domainen. 253.
 Schimpfen der Gilden. 127. 131.
 Schilbwache, Beleidig. ders. 281.
 Schläge, Forst. 51.
 Schloßbauschulden. 242. 244.
 Schmiedezins. 42.
 Schornsteinfeger, Anzeig. der Feuergefährlich-
 keiten. 132.
 Schornsteinfegereien. 350.
 Schreibgebühren. 114. In Kammerfch. 114.
 Berechnung. 121. 122. 123.
 Schriftliche Ausföhrungen im mündlichen pro-
 zessualischen Verfahren. 178.
 Schriftliches Verfahren. 142. 143. 153.
 Schriftfassen, Landstände. 246.
 Schulcommission in Helmstedt. 394.
 Schulcommission, Kr. Amtmann ist Mitglied
 ders. 206.
 Schulden, Landes. 241. 244.
 Schuld- und Hypoth. Verschreib., Gebühren
 dafür. 113. Consens. deshalb. 113.
 Landes. 241.
 Schuldiener, Aufsicht darüber. 183.
 Schuldiener, Heranzieh. ders. zu den Gemei-
 nelasten 90.
 Schuldverschreibungen, Mortificirung. 158.
 Schuldverschreibungen auf die Inhaber. 151.
 Schulen. 393.
 Schulen, Aufsicht darüber. 182.
 Schulen, Steuerfreiheit. 404.
 Schulgebäude, Beitrugung der Rittergüter
 zu deren Unterhaltung. 205.
 Schulgeld, Bezahlung desselben. 393. 394.
 Schulgeld, Erhebung auf dem platten Lande.
 183. Herkommen deshalb. 201. 255.
 Schullehrer, Remotion ders. S. 255.
 Schulpräparanden, Milit. Pflichtig. 316.
 Schulstufen, Heizung ders. 255. 393. 394.
 Schulstellen, Einkünfte ders. aus einzelnen
 Klöstern. 254. Verbesserungen. 255.
 Schulvisitatoren. 207. 212.
 Schußpocken. 331. 394. f. Register deshalb.
 382.
 Schweizerbäcker, Gewerbeschein zum Destil-
 liren. 450.
 Sectionen. 31. Gebühren der Physici. 24.
 Seelenlisten. 207. 236. f.
 Selbstentleibte, Eintrag. ins Kirchenbuch. 218.
 Selbstentleibung. 31.
 Selbstmorde. 30.
 Seminaristen, Milit. Pflichtigkeit. 316.
 Service in Braunschweig und Wolfenbüttel.
 253. Der Husaren. 266.
 Servitut, Ablösung. 107. Kosten besch. 111.
 Senche, Rindvieh. 373.
 Sicherheitspolizei. 179.
 Siegel, Anlegung ders. 153. Gerichts, Auf-
 bewahrung. 123. Der Landschaft. 249.
 Der Ortsvorsteher. 90. Der Polizeibes-
 amten. 346.
 Siegelgebühren. 113. 114. 123.
 Siegellack. 113. 123. 350.
 Siegelung der Geldbriefe. 389.
 Siegesfeier. 395.
 Signalement der Inquisiten. 21. 23. Der
 Recruten, einzelne. 329. f.
 Signalementslisten des Militärs. 323. Ein-
 richtung ders. betr. 320. 329. f.
 Simonie. 169.
 Sittlichkeit, Aufsicht deshalb. 339.
 Sold, Abzug davon. 283. 287. 306.
 Soldat, Consens zur Verheirathung. 192.
 , Der Wittwer. 200. Ehrenmedaille. 26.
 Soldaten, f. auch Milit. Pardon ders. 269.
 Abzüge von der Löhnung. 269. Gerichts-
 stand. 280. Beurlaubte, franke. 302.
 Tod ders. anzuzeigen. 306. 333. Erschei-
 nen vor den Civil-Gerichten. 312. Re-
 serve- und auf Wartegeld stehende Per-
 sonal-Steuer ders. 458.
 Spielen vom Militair, Bestraf. 284.
 Spinnerci. 125.

- Sportelfreiheit in Administrat. Sachen. S. 120. 121. Der Domainen. 121. In Gildesachen. 126.
 Sportelfreiheit des Leihhauses. 115.
 Sporteln. 111. 142. Aufsicht der Oberhauptleute darüber. 339. In Kammerfachen. 123. In Untersuch. Sachen. 119.
 Sportelrechnung. 114. 122. Cautio desh. und Revision u. 122.
 Sportelstempel. 444.
 Sporteltaxe nicht zu überschreiten. 118.
 Staatsdiener, Beleidigungen gegen dies. 169. Klagen über dies. 248.
 Staatsministerium. 138.
 Stabeisen, Hausiren damit. 371.
 Stadtcassenrechnung. 345. 346.
 Stadtdeputirte. 342. 345.
 Stadtgerichte, Hilfsbeamte der L. Deconom. Commiss. 110.
 Städte, Aufsicht darüber. 179. Curie der Landschaft. 246. Rechnungswesen derselb. 89. 94. Neubau in dens. 370. Verwaltung in dens. 345.
 Standgerichte. 295.
 Stationsgeld. 386.
 Statuten der Stadt Helmstedt. 177.
 Steckbriefe, Mittheil. an die preuß. Gendarmerie. 351. Im Kriegsgerichte. 291.
 Steinkohlen, Bau darauf. 256.
 Stellvertreter, Militair. 277. Bemerkung in deren Signalen. 328.
 Stempel. 396. f. Einziehung des alten. 444. Zu den Bescheinigungen wegen Einsagen nicht zu nehmen. 237. Cassiren desselb. 113. Zu Meißer- und Lehrbriefen. 401. 403. Zu Hypothekenscheinen. 402. Zu Prioritäts-Urtheilen, Vollmachten, Contracten stempelfreier Personen, Nichtcontracten, andern Contracten, Obligationen. 402. In Administrations-Sachen. 399. Wegen Cautionsleistungen. 399. 400. In Untersuch. Sachen. 119. Verwalt. Sachen. 121.
 Stempelfreiheit. 399.
 Stempelpapier zu den Ger. Sporteln. 398. 444. Verfertigung. 399. Credit desh. 444.
 Stempelfeuersätze, Abänder. mehrerer. 253.
 Sterbefälle, Anzeige deshalb. S. 208. 217. Berunglückte. 231.
 Sterbelisten. 207. 231. 234.
 Sterbescheine. 223.
 Steierburg, Probst desselben. 254.
 Steuerbeiträge, Angabe in den Berichten. 446. 448.
 Steuerbefreiung, Aufhebung ders. 252. 253. Rücksichten dabei. 253.
 Steuerkasse. 247. 252.
 Steuercataster, Revision ders. 454.
 Steuercollegium, Landes. 245.
 Steuercontravention, Untersuch. derselb. 22. 152. 153. Einföndung der Urtheile. 30.
 Steuerdefraudationen. 403. 404. 408. 409. 414.
 Steuern. 403. Beitreibung ders. 154. Einsammeln ders. 342. Von Eisen. 408. Exemption davon. 448. Liquidation dess. 165. Aufsicht der Oberhauptleute. 339.
 Steuerfreiheit, Declaration der Grundeßiger deshalb. 412.
 Steuerofficianten, Vorladung ders. 169.
 Steuerwesen, Aufsicht f. Kammer. 179.
 Stifter, St. Blasii und Cyriaci. 254.
 Stiftungen, Verwaltung ders. 254.
 Stillschweigende Hypotheken. 139. 140.
 Stimmenabgebung in der Landschaft. 250. 251.
 Stimmengleichheit in den Distr. Ger. 156. In der Landschaft. 250.
 Stimmenmehrheit in der Landschaft. 250. In Gemeinetheil. Sachen. 111.
 Stimmenzählung beim Kriegsgerichte. 294.
 Stipendien, Collation ders. 246. Verwaltung von der Landschaft. 254.
 Stolzgebühren der Reformirten, Katholiken und Juden. 199.
 Strafanbrod der Polizeibeamten. 347.
 Strafe, vorläufige Antretung ders. 31.
 Straßdirectorium, Forst- u. Jagdrevell. 47.
 Strafen, Antheil der Denuncianten in Verwerbestreiter-Contravent. 450. Einfönd. ders. 453. Bekanntmach. durch die Anzeigen. 28. Wegen Beleidigung des Militairs. 311. Stempeldefraudat. 398. (S. 18.)
 Strafen, Competenzbestimmung ders. wegen Diebstahls. 32. Gegen das Milit. 280.

- f. 287. f. 290. 300. Benennung. S. 289. Bei nicht milit. Vergehen. 284. 297. 302. Wegen Beleidig. des Polizei: Milit. 300. Antheil der Husaren ic. 329. Gegen Kammerofficianten. 22. Der Forstfrevler, Vollziehung ders. 57. Gegen die Husaren (Landwehrdragoner und Jäger). 269. 288. Militair. 287. Verwandl. ders. 20.
- Straferkenntnisse in Steuerdefraudat. Sachen, Einfindung ders. 431. 454. 460.
- Strafgelder in die herrschaftlichen Cassen zu liefern. 3. In den Städten in die Sammereicassen. 4. Von dem Lande in die Kreisarmencasse. 6. 8. Ablieferung ders. 20. 30.
- Straßpfahl. 20. 23.
- Straftarif wegen Wegpolizei: Vergehen. 470.
- Strafzeit bei Verwandl. erkannter Geldbuße in Gef. und Arbeits: Strafen. 20.
- Straßenbau, Abtretung des Materials dazu ic. 467. Auffinden des Materials. 468.
- Studirende, Befreiung vom Militair. 275. 317. 2 Mal. Prüfung ders. 255.
- Stundungsbrief des Leihhauses. 259.
- Stuten, belegte. 341.
- Succumbenzgelber. 19. 144. 147.
- Sühneversuch. 153. In Steuerdefraudat. Sachen. 404. Gebühren dafür. 114.
- Summarische Wiederholung in Untersuchung. Sachen. 146.
- Superintendent, Führung der Kirchenbücher. 221.
- Superintendent in Braunschweig und Querum. 183. Rang der Superintend. 192.
- Supplication. 142. 143. 144. 152.
- Suppliken, Verfertigung ders. ic. 464.
- T.
- Tagwachen. 351. 353. f.
- Tannensaamen. 68.
- Taubstumme, Eintrag. ins Kirchenb. 214.
- Tausen, Aufsicht deshalb. 183. Zeitraum. 186. Gebühren. 186. 227. In den Kirchen. 202.
- Taufscheine, Beibring. ders. von den Wittwen bei Wiederverheirathungen. 235.
- Taufstermin, Verlängerung desselben. 184.
- Taxationsgebühren bei Uebergaben. S. 116. 181. Der Amtszimmermeister. 363.
- Termin unter Präjudiz des Eingekändnisses. 159. Verhörs. 142.
- Testament, worin die Veräußerung der Minderjährigen verordnet ist. 161.
- Testamente, Auf- und Annahme ders. 156. Vermächtniß an die Armen. 3. 4. 8.
- Testamentsaufnahme, Diäten dafür. 116.
- Thaler und Gutegroschen Berechnung darnach. 419.
- Thatsbestand in Untersuchung. Sachen. 146.
- Thedinghausen. 155. Gränze desselb. 259.
- Theilung der Gemeinheiten. 107. 255. Auswärtige Gemeinde. 110.
- Thierärzte. 340. Examiniren derselben. 357. Castriren der Pferde. 340. 381. 452.
- Tabacksrachen auf den Straßen. 344.
- Thoreinnehmer, Vorladung ders. 169.
- Tod Verunglückter ic. 24. 231.
- Todesarten, Eintrag. ins Kirchenbuch. 217. 231.
- Todeserklärung. 465.
- Todesfälle der Milit. Personen, Anmelden ders. 306. 333. Mögliche. 30.
- Todesstrafe gegen Officiere. 287.
- Todtencassen der Gilden. 128. Stempelfreiheit. 137.
- Todtenscheine. 223.
- Töpferwaaren, Hausirhandel damit. 372.
- Toller Hundebiß, Gestorbene daran, Eintrag. ders. ins Kirchenbuch. 218.
- Tractament des Militairs, Abzug davon. 283. 287. 306.
- Transport, Fuhr, der Inquisiten. 24.
- Transport der Verbrecher und Landstreicher ic. 343. 352. 358. 364. 365. Preussischer. 352. 358. 365. 367. 371.
- Transportkosten für Verbrecher ic. 344. 353. 358. 367.
- Trauerjahr. 183.
- Trauerjahr der Wittwen. 239.
- Trauscheine. 465. f. auch Bedemund.
- Traung, f. Copulation.
- Treibjagen. 63.
- Trödelhandel. 418. 419. 423.
- Trunkenheit des Milit., Strafe. 284.
- Truppen, durchmarschirende, Kosten deshalb. 252. Ergänzung ders. 278.

R e g i s t e r.

513

U.

- Uebergabe, Gebühren ders. S. 116.
 Ueplingen, Ueberweisung an die Stelle des
 Klostersguts Hamersleben. 253.
 Umtriebe, revolutionaire. 33.
 Unehel. Kinder, Anerkennung ders. von Ehe-
 männern. 201. Eintragung ins Kirchen-
 buch. 213. 215. 230. 237. 238. f. Ver-
 heiratheter. 237. Ihr Domicil. 379.
 Ungehorsam, Insinuation der Erkenntnisse
 im Falle des Ungehorsams einer Partei.
 156.
 Uniform der Forst- u. Bediente. 34.
 Uniform der Oberhauptleute. 340.
 Universitäten, Bundestagsbeschuß deshalb. 33.
 Universität Helmstedt, Verwaltung deren Gü-
 ter. 254. Wittwenkasse. 254.
 Unterbediente, Gerichts. 153. Anstellung ders.
 selben. 171. Achtung zu beweisen. 343.
 In den Städten. 345. Gebühren derselb.
 28. f. Gerichtssporteln.
 Unterofficiere, Kriegsartikel für dieselb. 285.
 Erscheinen vor den Civilgerichten. 312.
 Untersuchung der Gebrechen der Cantonisten.
 312. 325. Wegen plötzlich Verunglückter.
 31. Der bürgerl. Vergehungen der Sol-
 daten. 297. 302. Der Husaren und Fuß-
 jäger. 311.
 Untersuchungsacten, Aufbewahrung ders. 149.
 Einsend. ders. 25. Registriren wegen des
 Vermögens der Angeschuldigten. 25. 26.
 Verhaftung ders. 26.
 Untersuch. Sachen, Kosten. 21. 28. 119.
 Verzeichniß. 21. 26. Competenz. 16. 18.
 19. Stempel. 113. Schriftl. Citat. in
 dens. 119. Verfahren. 145. 150. 152.
 153. Vortrag in dens. 146. Erkenntniß
 das. Listen darüber. 148. Rechtsmittel.
 145. 150. 156.
 Untersuchungsstermin. 145.
 Urkunden, Deposit. ders. 153.
 Urlaub der Landschaftsmitglieder. 251.
 Urtheile, Besiegelung ders. 123. Einsend. an
 d. L. Str. C. in Steuer-Contrav. Sachen.
 30. Organ Milit. Person. 295. 300. 311.
 Gesamt. 295. In Steuerbefrahd. Sachen,
 Einsend. ders. 431. 454. 460.

V.

- Vaccination. S. 331. f.
 Vagabunden, Transport derselb. 343. Preis-
 fischer. 352. 358. 365. 367. 371. Maß-
 regeln gegen dies. 351. Aus entferntem
 Lande. 379. Kosten der preuß. 381.
 Veränderung der Grundbesitzungen anzuzeigen.
 457. 461.
 Veränderungen der Grundbesitzer. 36.
 Veräußerung d. Gemeinvermögens. 342. 345.
 Der Grundstücke Minderjährig. 157. 160.
 161. 162.
 Verbotende Gesetze, Ueberschreit. ders. 169.
 Verbrechen. 16. 145. Anzeige ans Polizei-
 Militair. 333. Im Auslande verübt. 32.
 Convent. mit Hannover deshalb. 24.
 Verbrecher, Ablieferung an die Zwangarbeits-
 Anstalt. 22. 29. Transport derselb. 343.
 364. Ablieferung an die preuß. Behörden.
 25. 32. Auslieferung ders., Convent. mit
 Kurfürsten. 17.
 Vergehen. 16. 49. 141. 145. 329. Militairs
 291. Forst-, f. Forstwogen. Wider Forst-
 polizei. 49.
 Vergleichsversuch. 142. 144.
 Verheirathung, f. Aufgebot, Proclamation,
 Copulation. Der Soldaten. 192.
 Verhörstermin unter Präjudiz des Eingestän-
 nisses. 159.
 Verkauf der Grundstücke an Meistbietende von
 Privat-Personen. 172.
 Verkauf der Kammerzinsfrüchte. 181.
 Verlassung der Grundstücke. 156. In Helm-
 stedt. 177.
 Verlöbnißsachen. 43. 144. 152. 153.
 Verlobung, Klage deshalb. 43.
 Vermessungsbeschreibungen. 368. 378.
 Vermögen der Deserteurs, Confisc. dess. 305.
 Vermögensumstände der Angeschuldigten. 25.
 Vernehmung der Gemeinden. 177.
 Verordnungen, Ablesen ders. von den Kanzeln.
 204. 254. Wegen des Diebstahls und Ver-
 untrennung. 254. Einwilligung der Landstände.
 248. Ueberschreitungen verbotender. 169.
 Verordnungssammlung. 254. 466.
 Verpachtungen, Gebühren dafür. 117.

- Verpachtung der Gemeinegüter. S. 104. Der Grundstücke Pfliegbesohner. 177. Durch Meistgebot von Privat-Personen. 172.
 Versicherung der Mobilien ic. 12.
 Versiegelungen. 153.
 Versiegelung der Acten. 113. In Concurs-Sachen. 177.
 Versteigerung der Kammerzinsfrüchte. 181.
 Verstorbene, Eintrag. ins Kirchenbuch. 217.
 Versuch der Güte in Steuerdresfraudat. Sachen. 404.
 Verteidigung vor dem Kriegsgerichte. 292. In Untersuchung. Sachen. 146. 150.
 Verteidigungs-Kosten. 115.
 Verträge der Bauern, Bestätig. 156. 158.
 Verunglückte, Beerdigung ders. 24. Eintragung ins Kirchenbuch. 217. 231.
 Veruntreuungen, Verordnung deshalb. 254.
 Verurtheilte, Eintragung ders. ins Kirchenbuch. 218.
 Verwaltung. 341. f. Besorgung durch die Kr. Aemt. 153. Verfahren darin. 343. Vorträge der Landstände desh. 248.
 Verwaltung der Städte. 179. 345.
 Verwaltungsangelegenheit, Landes-, Gebühren in dens. 120.
 Verwaltungsangelegenheiten. 341. f. Entscheidung streitiger. 343. Beschwerden deshalb. 343.
 Verwandlung der Strafen. 20.
 Verzeichniß der Depositengelder. 174. Der Gewerbetreibenden. 133. Der Recruten vor der Canton-Commission. 324. f. Der Verbrecher. 21. 27. Der Vormundschaften. 148. 149. 153. 165. Ueber die Untersuchung. Sachen, Prozesse, Vormundschaften. 148. 149. 153. 165.
 Viecuallienhändler, Nachsicht deren Bücher. 381. Handelsartikel ders. 432. Gewerbeschein. 459.
 Viecuallienhandel. 42.
 Vibrationen-Gebühren. 113. 116.
 Vieh, krankes, Schlachten desselben. 381.
 Viehhäute, rohe, Aufkauf derselben. 357.
 Viehpässe. 373.
 Viehverzeichnisse. 110.
 Visitationen, Feuer-. 353. 374. Nach Gesinde. 374.
 Visitatoren, weltliche, Kirchen. S. 183. 297. Rang ders. 192.
 Visitatoren, Vorladung ders. 169.
 Volljährigkeit. 467.
 Vollmacht in Prozesssachen. 144.
 Vollstreckung der Erkenntnisse der Appellat-Commission. 144.
 Vollziehung der Erkenntnisse in Untersuchung. Sachen. 150.
 Vorfälle, außerordentliche, Bericht deshalb. 159.
 Vorladung der Unterofficanten. 169.
 Vormünder, Bestellung derselben. 153. 157. 176.
 Vormundschaften. 148. 152. 176. Committiren ders. 176. Aufsicht der Oberhauptleute. 339.
 Vormundschaftenverzeichnis. 148. 149. 153. 165.
 Vormundschafts-Acten, Porto dafür. 173.
 Vormundschafts-Gelder beim Leihhause zu belegen. 259.
 Vormundschafts-Rechnungen, Hauptber. des halb. 100.
 Vormundschaftl. Regierung. 137. 138.
 Vormundschafts-Inventarien, Aufnahme derselben. 176.
 Vormundschaftsverwaltung, Verk. der Grundstücke. 157. Der Inventarien. 176.
 Vorseminaristen, Milit. Pflicht. 316.
 Vorsitzendes Mitglied im Distr. Ger. 155.
 Vorspann-Commissarien. 301.
 Vorspannwesen. 264. 301. 339.
 Vorstellung, Rechtsmittel. 19. In Polizei- und Untersuchungen. 145. In Verwaltungsangelegenheiten. 343.

W.

- Waaren-Ausstellung. 431. Vollenbung der an fremden Orten gefertigt. 131.
 Waaren, Declaration ders. 426. 429. 440.
 Wachen in den Dörfern. 351. 353.
 Wahl der Rechtsmittel. 172.
 Waldbarbeiter. 49. Befreiung von der Personalfener. 452.
 Wanderbuch. 129.
 Wanderschaft, Dispensation davon. 134.
 Wanderzeit. 129.

R e g i s t e r.

515

- Warnung vor dem Meineide beim Kriegs-
 gerichte. S. 292.
 Wasenbinder, Instruction für dieselben. 64.
 Weeibigung derselben. 66.
 Wasserbehälter. 379.
 Wasserfchen, Gestorbene daran, Eintragung
 ins Kirchenbuch. 216.
 Weberei. 125.
 Wechselprozeß. 145.
 Wegbau. 467. Verbindlichkeit der Häus-
 linge ic. 469.
 Wege, Verbesserung ders. 256.
 Wege, verbotene. 440. f. 442.
 Wegeverbesserung von den Forstrevlern. 82.
 Wegeverbesserung, Dienste der Häuslinge dazu.
 35.
 Wegeverbesserungsgelder aus Contracten ic. 3.
 8. 10. Verwendung derselben. 372. An
 die Cämmerei abzugeben. 380.
 Wegeordnung, Contravent. gegen dieselben.
 468.
 Wegpolizei-Staatarif. 470.
 Wegweiser. 357.
 Weibliche Personen, Vorfertig. von Frauen-
 putz ic. 125.
 Wernigerode, Gränzen desselben. 259.
 Weferschiiffahrt. 470. f.
 Westphälische Gesetze, Anwendung ders. 150.
 Aufhören ders. 141.
 Westphälische Obligationen. 242. 243.
 Widerklage, Competenzbestimmung. 158.
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. 144.
 Wiesen, Gemeinereiche. 102. Behütung
 ders. 255. 422.
 Wild, Beschränkung desselben. 255. Scho-
 nung desselben. 85. Verschwendung des-
 selben. 62.
 Wildbestand, Normal. 56.
 Wilddiebe, Auslob einer Prämie für deren
 Entdeckung. 77.
 Wilddieberei. 56. Im Blankenburgschen ic.
 67. 77.
 Wilddiebeskinten. 347.
 Wildpret, angeschossenes ic. 69.
 Wildpretverkauf. 67.
 Wildschäben. 59. 63. 70. 85. 472. Taxat.
 Berechnung. 74.
 Wildstand, Verminderung desselben. 70. 85.
 Windmühlen, Bewachung ders. S. 381.
 Wissenschaften sich Widmende, Befreiung vom
 Militair, Attestate ders. ic. 275. 317.
 Wittwen der Beamten und Actuarien, Ge-
 richtsstand. 155. Meisters. 132.
 Wittwen, Versorgung ders. 179. Ander-
 weite Verheirathung. 199.
 Wittwencassen, Vereinigung ders. 253. In
 Helmstedt. 254.
 Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt.
 473.
 Wittwer, Militair-, Consens zur anderweiten
 Verheirathung. 200.
 Wohnort, Eintragung derselben ins Kirchen-
 buch. 212. f.
 Wohnsitz, Begründung desselben. 370. 373.
 f. Der Diensthoten. 201. Der Ehefrau
 eines im Auslande wohnenden Mannes.
 323. Der Häuslinge. 369. Der Kin-
 der. 373. Durch Verheirathung. 373.
 Ablieferung der Bagabunden an denselb.
 343. 358. 366. f. Deren Bagabunde,
 Uebereinkunft mit Preußen deshalb. 352.
 Wolfenbüttel, Etappenort. 270.
 Wollkammer, Gewerbesteuer ders. 454.
 Wollmarkt. 474.
 Wolterf, Gränze desselben. 259.
 Wrogen, Forst. 47.
 Wrogen (Polizeivergehen). 27. 145. 153.
 Wundärzte, Aufsicht über dieselb. 339.
 3.
 Zehnten, Ablösung desselben. 108.
 Zeugenabhörung. 142.
 Zeugen, Weeibigung in Untersuch. Sachen.
 20. 24.
 Zeugenbeweis, Antretung. 157.
 Zeugengebühr in Untersuch. Sachen. 28.
 Zeugenrotel. 113.
 Zeugnisse aus den Kirchenbüchern. 223. Bes-
 gen der Zurücksetzung im Militair. 317.
 Zimmer- und Tischlergilde, Gränzen ihres
 Gewerbes. 135.
 Zimmermeister, Instruction für dieselb. 359.
 Zinsen, Erhebung ders. für die Kirchen ic.
 beim h. Leihhause. 186. Von Landes-
 schulden. 241. 242. 243. f. Vom Leih-
 hause. 259.

Zinsfrüchte h. Kammer, Verkauf ders. S. 181. Verfahren bei deren Annahme. 39. Diäten. 115.

Zinswucher. 169.

Zölle, Declarat. der Waaren bei denselben. 429.

Zoll. 474. Aufhebung und Abänderung. 256. Vereinbarung mit Hannover dersh. 476. f.

Zolldefraudation, Vorschrift wegen deren Verhütung. 475.

Zolleinnehmer, Instruction ders. 442. Vorladung ders. 169.

Zollrolle von 1700. 475.

Zuchthaus, Ablieferung der Verbrecher. S. 22. Zuchthausstrafe, Verhältniß ders. gegen andere Strafen. 20.

Zuchthengste. 341.

Züchtigung der Sträflinge. 20.

Zünfte, Ausnahmen. 125.

Zurückgesetzte Cantonisten. 320.

Zwangarbeitsanstalt, Ablieferung der Verbrecher. 22. 29.

Zwangarbeitsstrafe, Verhältniß. 20.

Zwei Jahre Dienstzeit der Cantonisten, nicht volle. 327.

Zwillingsgeburten, Eintragung ins Kirchenbuch. 213.

Verbesserungen und Zusätze.

- §. 31. ist folgendes Rescript des f. G. R. E. vom 7ten April 1825. einzuschalten:
 Da die Wirkung der mit der vormaligen königlich Preussischen Regierung und Kriegs- und Domainen-Kammer zu Halberstadt unter dem 30sten August 1767. abgeschlossenen Convention, nach welcher von den Gerichten hiesiger Lande und den Gerichtsbehörden im Fürstenthume Halberstadt und den dazu gehörigen Graf- und Herrschaften, auf gegenseitige Requisition alle und jede in Untersuchungs-Sachen Unvermögender vorkommenden Expeditionen unentgeltlich verrichtet und außer Porto und Botenlohn keine Gebühren bezahlt werden sollen, mit Einverständnis des königl. Preussischen Gouvernements auf den ganzen Umfang des gesammten königl. Preuss. Staats ausgedehnt worden ist; so läßt f. G. R. E. solches sämmtlichen Gerichtsbehörden der hiesigen Lande zur Nachachtung und Befolgung der Reciprocität in allen mit königl. Preuss. Gerichten zu verhandelnden Criminal-Sachen der vorgedachten Art hiemit unverhalten.
 (Fredericks Werks Promtuar. T. I. S. 186: Criminalsachen.)

- Bei den Erklärungen der Abkürzungen Z. 3. v. u. setze L. Resc. bedeutet Landesherrliches Rescript.
 §. 3. nach S. 6. ist noch zu bemerken: Wegen der Behandlung armer Kranke, f. B. vom 5ten July 1826. unter Polizei und Verwaltung.
 §. 10. Z. 14. v. u. l. jeden st. jedes.
 §. 13. Z. 8. v. u. l. des st. das.
 §. 15. Z. 10. v. o. l. der st. den und Cataloge st. Catalogen.
 §. 15. Z. 17. v. u. l. ihrer st. seiner.
 §. 16. Z. 10. v. o. l. lüttischen st. lüttisch.
 §. 19. Z. 7. v. u. l. Contraventions: st. Contravent.
 §. 20. Z. 14. v. o. l. Verwandlung st. Verwendung.
 §. 22. Z. 4. v. o. l. strafbare st. strafbarer.
 §. 22. auf diese Seite gehört das Resc. v. 5. Juli 1814. v. S. 159.
 §. 23. Z. 11. v. o. l. gedenkt st. gedenken.
 §. 28. Z. 9. v. u. l. der st. die.
 §. 28. Unter den Inhalt des Resc. vom 25sten Jan. 1820. setze: Vergl. Resc. v. 2ten Jan. 1748. (Woltrecks kurz. Begriff v. S. 408.)
 §. 29. Z. 19. v. o. l. denselben st. demselben.
 §. 41. Z. 7. v. o. l. Annahme st. Abnahme.
 §. 42. Z. 10. v. o. setze 30 st. 20.
 §. 45. setze die B. vom 2ten Febr. 1814. voran.
 §. 57. Z. 19. v. o. l. Arme st. Armen.

58. 3. v. o. l. derselben st. denselben.
 58. 8. v. o. l. den st. der.
 58. 16. v. u. l. und st. auf.
 67. 9. und 17. v. u. l. Rückerlöshne st. Rückerlöshne.
 70. 10. v. u. l. Stückzahl st. Rückz.
 71. 16. v. o. l. demjenigen st. denj.
 77. 13. v. o. l. letztere st. letzter.
 82. 4. v. u. streiche „werden“ aus.
 85. 10. v. o. l. ist st. sei.
 85. 16. v. o. l. des st. der.
 87. 9. v. o. setze nach Justiz S. 32.
 87. 12. v. u. l. sind st. sein.
 87. 11. v. u. l. anzustellen haben.
 106. 8. v. u. l. tritt st. treten.
 110. 17. v. o. l. letztere st. letztern.
 113. 14. v. o. l. Resc. st. V. und Verfassung st. Verwaltung.
 114. fallen die 3 Zeilen 4. 5. 6. v. u. weg.
 122. 17. v. u. l. Aemter st. Ämte.
 124. 15. v. o. l. vor st. von und Mitglieder st. Mitgliedern.
 127. 5. v. u. l. ist st. sind.
 128. 13. v. u. l. einem st. einen.
 128. 18. v. o. l. den st. der.
 130. 6. v. u. l. dem st. den.
 130. 17. v. o. l. Voraussetzung st. Voraussehung.
 133. 14. v. u. l. Gewerbescheinen st. Gewerbescheine und bedürfen st. bedürften.
 135. 14. v. o. l. 29 Octbr. 1821. st. 29 Septbr. 1822.
 136. 14. v. u. l. 1754.
 136. 20. v. u. l. ausartet st. ausarte.
 138. 8. v. o. setze hinter Rechtsverbindlichkeit: „Der von.“
 143. 11. v. o. l. einen st. einem.
 145. 9. v. o. l. rechtshängigen st. rechtsfugigen.
 146. 10. v. o. setze hinter desselben: „ist der Angeschuldigte.“
 147. 13. v. u. setze hinter Sachen: „bei den Kr. Ger.“
 148. 4. v. o. l. nach st. auch.
 148. 13. v. u. l. dem st. den.
 149. 18. v. u. l. von dem st. des.
 150. 14. v. o. l. den st. dem.
 150. 17. v. o. streiche nach Rechtfertigung „der.“
 150. 7. v. u. l. der st. deren.
 151. 11. v. o. l. Berechtigte st. Berechtigten.
 152. 6. u. 9. v. o. l. Supplicaten st. Supplicanten.
 152. 13. v. u. setze hinter Sachen: „bis.“
 154. 16. v. u. l. im st. in.
 158. 15. v. u. l. diesem st. dieser.
 158. 17. v. u. l. Commissionarien st. Commissarien.
 158. 20. v. u. l. 19. st. 9.
 165. 11. v. o. l. denselben st. demselben.

Verbesserungen und Zusätze.

519

- G. 176. 1. v. u. l. dem st. den.
 G. 179. 10. v. o. l. abgehaltenem st. abgehaltenen.
 G. 184. 14. v. u. l. benificirenden st. benific.
 G. 202. 18. v. o. l. mag st. mach.
 G. 202. 23. v. o. l. sollen st. sollten.
 G. 206. 13. v. u. l. Vermehrung st. Vernehmung.
 G. 206. 9. v. u. setze nach anstellen: „soll.“
 G. 229. 9. v. u. l. den st. dem.
 G. 241. 7. v. u. l. Producirung st. Produce.
 G. 246. 16. v. o. l. dem st. den.
 G. 249. 13. v. o. l. vor st. von.
 G. 250. 16. v. o. l. jedem st. jeden.
 G. 250. 4. v. u. setze nach kann: „aber.“
 G. 251. 11. v. o. l. Deliberation st. Dalib.
 G. 252. 11. v. u. l. rechtsabhängigen st. rechtsfügigen.
 G. 259. 7. v. u. l. Convention st. Convocation.
 G. 264. 12. v. o. l. welcher st. welche.
 G. 265. 6. v. o. l. derselben st. desselben.
 G. 266. 17. v. u. l. die st. den.
 G. 266. 13. v. u. l. deren Abtheilungen st. der Abtheilung.
 G. 267. 7. v. o. l. ihnen st. an sie.
 G. 268. 17. v. o. streiche: „schriftliche.“
 G. 273. 14. v. o. l. dem st. den.
 G. 277. 9. v. u. l. Dienstfähigkeits st. Dienstpflicht.
 G. 284. 13. v. o. l. welcher st. welche.
 G. 285. 14. v. u. l. diesem st. diesen.
 G. 285. 5. v. u. l. dieser st. diese.
 G. 289. 19. v. u. l. einem st. einen.
 G. 291. 3. v. o. setze nach Strafe: „
 G. 296. 1. v. o. l. Stand: Gerichte st. Stand, Recht.
 G. 298. 16. v. o. l. genannten st. genannt.
 G. 302. 7. v. o. l. requirirenden st. requirirenden.
 G. 304. 2. v. o. l. nach unter: „18.“
 G. 306. 15. v. o. l. scheint st. scheine.
 G. 306. 6. v. u. l. haben st. hätten.
 G. 307. 16. v. u. l. nachmals st. nochmals.
 G. 310. 1. v. o. l. andere st. andern.
 G. 310. 19. v. u. l. erhalten st. erhellet.
 G. 311. 1. v. o. l. dem st. den.
 G. 312. 19. v. o. l. und st. um.
 G. 314. 14. v. o. l. behaarten st. beharrten.
 G. 318. 11. v. o. l. der st. den.
 G. 320. 2. v. u. l. zurückgesetzten st. zurückgesetzte.
 G. 321. 12. v. o. l. solchen st. solche.
 G. 322. 3. v. u. l. besonderer st. besonderen.
 G. 329. 10. v. u. l. worden st. werden.
 G. 344. 17. v. u. l. Postofficianten st. Passofficianten.

Verbesserungen und Zusätze.

- G. 345. 3. 6. v. u. l. Veranlagung st. Veranleg.
 G. 370. 3. 10. v. o. l. Individuo st. Individur.
 G. 379. 3. 14. v. u. setze hinter Bagabunden: „aus Ungarn“ und Verbrechen st. Verbrechen.
 G. 392. 3. 7. v. u. l. den st. die.
 G. 398. 3. 15. v. o. l. Verbot st. Bebot.
 G. 402. 3. 10. v. u. l. würde st. würden.
 G. 420. 3. 17. v. u. l. dem st. den.
 G. 420. 3. 3. v. o. l. f. st. h.
 G. 424. 3. 19. v. u. l. April st. Aug.
 G. 454. Das Resc. f. G. R. E. v. 19 März 1825. ist in der Verordnungs-Sammlung befindlich.
 G. 469. 3. 16. v. u. l. Erfolg st. Ergolg.
 G. 478. 3. 19. v. o. streiche hinter Outegroschen das Komma.
 G. 495. 3. 8. v. u. setze hinter 299: f. „auch Schreibgebühren.“
 G. 500. 3. 22. v. o. setze hinter 133: „Gewerbe, Polizei 179.“
 G. 502. 3. 15. v. u. setze hinter Colleg.: „179.“
 G. 502. 3. 16. v. u. setze hinter 167: „Geschäfte desselben 179.“
 G. 504. 3. 7. v. u. setze hinter Landespolizei: „179.“

2219 141